Studia Slavica Oldenburgensia

Studia Slavica Oldenburgensia **23**

hrsg. von Rainer Grübel, Gerd Hentschel
und Gun-Britt Kohler

Mark Brüggemann

Die weißrussische und die russische Sprache in ihrem Verhältnis zur weißrussischen Gesellschaft und Nation

Ideologisch-programmatische Standpunkte
politischer Akteure und Intellektueller 1994–2010

BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Dissertation an der Fakultät III – Sprach- und Kulturwissenschaften –
der Universität Oldenburg

Oldenburg, 2014

Verlag/Druck/Vertrieb
BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg
E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2304-9

Inhalt

1. Konzeption und theoretische Grundlagen 10
1.1 Idee und Anlage der Untersuchung 10
1.2 Das Verhältnis von Sprache zu Ethnizität und nationaler Identität: Forschungstradition und wissenschaftliche Diskussion 20
1.3 Sprach(en)politik 28
1.3.1 Sprachstatuspolitik 32
1.3.2 Sprachkorpuspolitik 36
1.3.3 Spracherwerbspolitik 38
1.3.4 Exkurs: Sprachpolitik in der weißrussischen Forschung – Die Typologie von Nina Mjačkoŭskaja 39
1.4 Diglossie und Bilingualismus: soziolinguistische Aspekte 42
1.5 „It's all just ideology"? Sprachideologie und die politische Ökonomie von Sprachen 49
2. Sprache(n), Nation und Staatlichkeit in Belarus' 60
2.1 Staatlichkeit, Konfessionen und Ethnizität in Weißrussland bis zum Zerfall der Sowjetunion 60
2.1.1 Frühphase und Kiever Rus' 61
2.1.2 Die weißrussischen Gebiete im Großfürstentum Litauen 61
2.1.3 Staatlichkeit, Konfession und Ethnizität nach der Union von Lublin (1569) und der Union von Brest (1596) 62
2.1.4 Weißrussland als Teil des Russischen Reiches (1795–1917) 63
2.1.5 Die Weißrussische Sowjetrepublik (BSSR) 64
2.2 Sprachen in Weißrussland 66
2.2.1 Die Sprachgeschichte auf weißrussischem Gebiet bis Ende des 19. Jahrhunderts 67
2.2.2 Die Entwicklung der sprachlichen Situation in Weißrussland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart 71
2.2.3 Herausbildung und Entwicklung der modernen weißrussischen Literatursprache seit Ende des 19. Jahrhunderts 87
3. Sprache und Nation in Belarus': Sprachideologische Äußerungen aus den Jahren 1994 bis 2010 97

3.1 Der Präsident und die Sprachen 98
3.1.1 Biographie 99
3.1.2 Exkurs: Charakteristika des allgemeinen politischen Diskurses der Staatsmacht 107
3.1.3 Äußerungen von Aljaksandr Lukašėnka zur Rolle des Russischen und des Weißrussischen 109
3.1.3.1 Armes Weißrussisch, arme Sprecher 109
3.1.3.2 Vom unbefangenen Sprechen ohne Zwang 112
3.1.3.3 Die Hälfte des Staatshaushalts für die weißrussische Sprache? 113
3.1.3.4 Mit dem Russischen in die Informationsgesellschaft? 118
3.1.3.5 Der Präsident, die Schriftsteller und die Sprache 123
3.1.3.6 Das Russische der Weißrussen als sozialistische Aufbauleistung 135
3.1.3.7 Im Kampf für die sprachliche Einheit 138
3.1.3.8 Kleine Geschichte der Zweisprachigkeit 141
3.1.3.9 Und doch: Weißrussisch muss man können! 144
3.1.4 Fazit: Von der „armen Sprache“ zum ideologischen Potenzial 146
3.2 Der „Anti-Lukašėnka“ in den 1990er Jahren: Zjanon Paznjak 150
3.2.1 Kurzbiographie 150
3.2.2 Mit dem Weißrussischen gegen das Imperium: Der Essay „Die weißrussische Sprache“ 153
3.2.3 Fazit: Paznjak und das „Reich des Bösen“ 168
3.3 Der Verteidiger sprachlicher Rechte: Aleh Trusaŭ, Vorsitzender der Gesellschaft für die weißrussische Sprache 169
3.3.1 Die Gesellschaft für die weißrussische Sprache 169
3.3.2 Kurzbiographie Aleh Trusaŭs 171
3.3.3 Sprache und Demokratie I: Die Rolle der weißrussischen Sprache 173
3.3.4 Sprache und Demokratie II: Die Rolle der russischen Sprache 180
3.3.5 Fazit: Aleh Trusaŭ – Vorkämpfer einer fürsorgenden Sprachpolitik „von oben“ 188
3.4 Vasil’ Bykaŭ und Adam Mal’dzis zu Sprache und Nation in Belarus’ 189

3.5 Zwischen Lukašėnka und den „Nationalisten“: Russischsprachige Intellektuelle in Belarus’ 195
3.5.1 Kurzbiographien 196
3.5.2 Zusammenfassende Betrachtung der Biographien 205
3.5.3 Von der normativen Kraft sprachlicher Fakten: Die Position der russischsprachigen Intelligenz 207
3.5.3.1 Zwei Staatssprachen: Den Status quo akzeptieren, Russland nicht reizen 207
3.5.3.2 Völlige Wahlfreiheit oder „Handicap“ für das Weißrussische: Die Unterrichtssprachen 228
3.5.3.3 Herrscher oder Außenseiter: Die zukünftige Rolle des Weißrussischen 243
3.5.4 Sympathie für das Weißrussische, Skepsis gegenüber Weißrussifizierung 263
3.6 Das Weißrussische als „Nonsens“: Die russophil-imperiale Sichtweise Jury Barančyks 272
3.6.1 Jury Barančyk und das Internetportal <imperiya.by> 273
3.6.2 Die Argumentation Jury Barančyks in zwei Streitgesprächen über Sprache 274
3.6.2.1 Die Diskussion über das Referendum von 1995 274
3.6.2.2 Die Ergebnisse der Volkszählung von 2009 aus Barančyks Sicht 283
3.6.2.3 Zusammenfassung: Sprache als Marktfaktor und Privatsache 294
4. Zusammenfassung und Ausblick 295
Literatur **323**
Anhang **350**

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Fakultät III der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg als Dissertation angenommen. Allen Personen, die mit ihrem fachlichen, oft auch persönlichen Beistand in der einen oder anderen Weise zum Entstehen der Dissertationsschrift beigetragen haben, möchte ich herzlich danken. Besonders hervorzuheben ist Prof. Dr. Gerd Hentschel als Betreuer der Arbeit. Er hat nicht nur mein Interesse an der Sprachendebatte in Weißrussland geweckt, sondern stand mir stets mit wertvollen Hinweisen und aktuellen Forschungsergebnissen zum realen Gebrauch der Sprachen und den Sprechereinstellungen im Land zur Seite. Dank gebührt auch den Korreferenten der Dissertation: Prof. Dr. Bernhard Kittel für die sozialwissenschaftliche Perspektive auf das Thema, Prof. Dr. Hermann Bieder für seine belarussistische Expertise, insbesondere zur Sprachgeschichte Weißrusslands. Verbleibende Unzulänglichkeiten der Publikation liegen in der Verantwortung des Autors. Prof. Dr. Rainer Grübel, Prof. Dr. Gerd Hentschel und Prof. Dr. Gun-Britt Kohler danke ich für die Aufnahme der vorliegenden Untersuchung in die Reihe "Studia Slavica Oldenburgensia", Sviatlana Tesch für die Erstellung der Druckvorlage.

Die Arbeit an der Dissertation und die Recherche in Weißrussland wurden mir nicht zuletzt durch ein zweijähriges Stipendium der Robert-Bosch-Stiftung ermöglicht, das mit der Aufnahme in das interdisziplinäre Promotionskolleg "Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert" verbunden war. Meinen Mitkollegiaten und den Koordinatoren des Kollegs, das bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) angesiedelt war, danke ich für spannende Diskussionen und die angenehme Arbeitsatmosphäre. In Minsk möchte ich Doz. Dr. Siarhej Zaprudski hervorheben, der mir während meines rund einjährigen Aufenthalts immer wieder für belarussistische Konsultationen zur Verfügung stand. Dem Lehrstuhl für Kulturologie an der Fakultät für internationale Beziehungen der Weißrussischen Staatsuniversität wiederum gebührt Dank für die Möglichkeit, im Rahmen eines wissenschaftlichen Praktikums an der deutschlandkundlichen Lehre mitzuwirken.

Last but not least möchte ich meinen Eltern danken, die mir gerade in Phasen hoher Arbeitsbelastung wichtigen persönlichen Rückhalt gaben.

Oldenburg, im Mai 2014

1. Konzeption und theoretische Grundlagen

1.1 Idee und Anlage der Untersuchung

Die Lage der weißrussischen Sprache in Belarus' unter dem seit 1994 amtierenden Staatspräsidenten Aljaksandr Lukašėnka ist uneindeutig. Diachron betrachtet, trat die Republik Belarus', 1991 als unabhängiger Staat gegründet, das sprachliche Erbe der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) an. In dieser hatte jahrzehntelang das Russische den städtischen Alltag dominiert und war auch auf dem Land als Zweitsprache verbreitet gewesen (zur Rolle des Russischen in Belarus' siehe etwa KURCOVA 2001; 2002). In synchroner Betrachtungsweise erscheint das Weißrussische Anfang des 21. Jahrhunderts in einer eigentümlichen Zwischenposition zwischen Mehrheits- und Minderheitssprache, wie der Minsker Belarussist ZAPRUDSKI (2007, 112) hervorgehoben hat: Es ist einerseits eine der anerkannten slavischen Literatur- oder Standardsprachen, Sprache der Titularnation und eine der beiden Staatssprachen von Belarus' – neben dem Russischen. Andererseits haben in Umfragen nur zwischen 11 und 37% der Bevölkerung angegeben, tatsächlich im Alltag Weißrussisch zu sprechen. Neuere Untersuchungen wie die von HENTSCHEL & KITTEL (2011a), die nicht nur nach der Verwendung von Weißrussisch und Russisch fragen, sondern als dritte Option der Antwort die weit verbreitete gemischte weißrussisch-russische Rede berücksichtigen, weisen auf noch niedrigere Verwendungsraten des Weißrussischen hin.

Außer auf diese Diskrepanz zwischen offiziellem Status und tatsächlicher Verwendung der weißrussischen Sprache wird häufig auf die Politisierung der Sprachenfrage in Belarus' hingewiesen. In der weißrussischen Bevölkerung und bei ausländischen Beobachtern des politischen Geschehens gilt das Weißrussische oft als Sprache der Anti-Lukašėnka-Opposition. Die Machthaber haben es wiederholt als Sprache von Gegenmacht und Instabilität dargestellt und mit gewalttätigen Aktionen in Verbindung gebracht (GOUJON 1999, 673). Zu diesen Bewertungen passt ein Befund der Minsker Linguistin MEČKOVSKAJA (2002, 129f.): Sie hat festgestellt, dass der weißrussischen Literatursprache heute vor allem eine symbolische und metasprachliche, weniger eine kommunikative Funktion zukomme.

Herrscht im Allgemeinen über die Rolle der weißrussischen Sprache als politischer Faktor in Belarus' Konsens, so sind die Akzentsetzungen in wissenschaftlichen und publizistischen Beiträgen unterschiedlich, wenn es um

die Frage geht, wo denn die Hauptursache für den geringen Gebrauch des Weißrussischen zu suchen sei. Die einen Autoren werfen der Staatsführung von Belarus' vor, mit ihrer Politik den Verfall der weißrussischen Sprache und Kultur zu beabsichtigen oder zumindest nicht zu unterbinden (z. B. BIEDER 2000, 663). Andere heben hervor, dass weder die staatliche Sprachpolitik unter Lukašėnka noch die sowjetische Sprachpolitik allein für die geringe praktische Bedeutung des Weißrussischen verantwortlich zu machen sei (so etwa IOFFE 2003, 1041).

Aus dem Einblick in die unterschiedlichen Bewertungen der sprachlichen Situation sowie der Sprachpolitik in Belarus' seit 1991 ist das Konzept für die vorliegende Arbeit entstanden. Ihr Ziel ist, die sprachbezogenen Standpunkte politischer Akteure und Intellektueller aus verschiedenen ideologischen Lagern Weißrusslands herauszuarbeiten und dem allgemeinen modelltheoretischen sowie dem landesbezogenen linguistischen Forschungsstand gegenüberzustellen. Die gewählte Problemstellung erforderte für die Konzeption der Arbeit mehrere Auswahl-Entscheidungen.

Die erste Auswahl betraf den Zeitraum, aus dem Quellen gesichtet werden sollten. Da die Untersuchung Erkenntnisse über die Sprachdebatte unter Staatspräsident Lukašėnka gewinnen sollte, kam grundsätzlich der gesamte Zeitraum seit Beginn seiner Präsidentschaft in Frage, d. h. seit Juli 1994. Der Verfasser dieser Arbeit hat sich allerdings, mit Ausnahme einer sehr bekannten und oft zitierten Äußerung Lukašėnkas aus dem Dezember 1994, entschieden, Quellen aus den Jahren 1995 bis 2010 auszuwerten. Grund dafür, erst 1995 zu beginnen, ist, dass Lukašėnka im Mai des genannten Jahres ein Referendum über die Staatssprachen und Staatssymbolik in Belarus' durchführen ließ. Erst in den Monaten vor dem umstrittenen Referendum entwickelte sich eine lebhafte Debatte um Lukašėnkas Sprachpolitik. Der Grund, mit der Sichtung der Quellen 2010 aufzuhören, liegt in einem wichtigen Einschnitt auf der Ereignisebene: Im Dezember 2010 ließ Lukašėnka einen Massenprotest gegen mutmaßliche Fälschungen der kurz zuvor abgehaltenen Präsidentenwahl niederschlagen und zahlreiche Demonstranten inhaftieren. Er zerstreute damit die zuvor aufgekommenen Hoffnungen auf eine Liberalisierung des politischen Systems, darunter auch der Sprach- und Kulturpolitik.

Außer über den Untersuchungszeitraum musste eine Entscheidung über die Quellen getroffen werden, in denen nach Beiträgen zur Sprachendebatte gesucht werden sollte. Kriterien waren hier die Zugänglichkeit, die voraussichtliche inhaltliche Tendenz der aufgefundenen Texte sowie der Stellenwert

des Mediums in der weißrussischen Medienlandschaft (vgl. zu den Massenmedien in Belarus' DOROCHOW 2005; STEGHERR & LIESEM 2010, 356ff.).

Aufgrund ihrer Flüchtigkeit wurden etwa Beiträge des Staatsfernsehens und -radios in Belarus' als Quellen ausgeschlossen. Im Untersuchungszeitraum machten die Sender ihre ausgestrahlten Programme noch sehr rudimentär durch Podcasts oder Transkripte im Internet zugänglich.[1] Im Internet gut zugänglich und für die Jahrgänge ab etwa 2000-2005 archiviert sind dagegen die großen, republikweit erscheinenden staatlichen Tageszeitungen, außerdem die bekanntesten kommerziellen und oppositionellen Tages- und Wochenzeitungen.

Sprachwissenschaftliche Fachzeitschriften und Internetportale wurden für die Materialsammlung nicht berücksichtigt. Zweifellos wäre der linguistische Spezialdiskurs[2] innerhalb der weißrussischen Belarussistik und Russistik – sowie der beiden Disziplinen untereinander – ein lohnenswertes Untersuchungsobjekt. Wissenschaftliche Aufsätze unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer Adressaten (der jeweiligen Fachkollegen) und ihres Zwecks (Darstellung von Forschungsergebnissen, Erkenntnisgewinn) grundlegend von meinungsäußernden Beiträgen in Publikumsmedien, so dass die Zusammenführung in einer einzigen Studie nicht sinnvoll gewesen wäre.[3] Nicht systematisch ausgewertet wurden zudem die russischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften in Belarus'. Grund ist, dass sich sowohl die staatlichen als auch die nichtstaatlichen russischsprachigen Printmedien nur sehr selten mit der Sprachgeschichte und aktuellen sprachlichen Situation in Belarus' beschäftigen. Wird die Sprachenproblematik aufgegriffen, so in der Regel ereignisgebunden und in einer eher informierenden als kommentierenden Form.

Nach dem Kriterium des Stellenwerts entfielen als Quellen regional begrenzte weißrussische Medien. Auch Blogs wurden nicht über einen längeren Zeitraum verfolgt. Grund ist die starke Fragmentierung der Bloggerszene, die

1 Webpräsenz der staatlichen elektronischen Medien in Belarus': http://www.tvr.by [Stand: 28.7.2011]

2 Unter Spezialdiskursen werden hier nach der Duisburger Schule der Kritischen Diskursanalyse alle wissenschaftlichen Diskurse in einer gegebenen Gesellschaft verstanden (TONKS 2010).

3 Dass Forschung auch mit außerwissenschaftlichen Interessen verknüpft ist und sprachwissenschaftliche Aufsätze auch politische Standpunkte der jeweiligen Verfasser offenbaren können, soll damit selbstverständlich nicht bestritten werden.

verlässliche Aussagen über die Autorität einzelner Blogs kaum möglich macht.

Als Quellen, in denen breit rezipierte meinungsäußernde Texte zur Sprachgeschichte und aktuellen sprachlichen Situation in Belarus' zu vermuten waren, wählte der Verfasser nach dem geschilderten Ausschlussverfahren vier Medien aus. Priorität für die Auswertung hatten die Druckausgaben, die der Verfasser während eines Minsk-Aufenthalts von September 2006 bis Juni 2007 sichten konnte.[4] Ergänzend zu den Print-Versionen von frühestens Januar 1995 bis Juni 2007 wurden, sofern vorhanden, von Juli 2007 bis Dezember 2010 die Internet-Auftritte der jeweiligen Periodika gesichtet.

Zu den ausgewerteten Medien gehört die Minsker Tageszeitung *Zvjazda* 'Stern'. Sie wurde 1917 gegründet und war nach der Oktoberrevolution eines der wichtigsten Propaganda-Organe der *bol'ševiki* (HISTORYJA). Seit 1927 erscheint sie ausschließlich auf Weißrussisch. Herausgeber der Zeitung im unabhängigen Staat Belarus' sind die beiden Kammern des weißrussischen Parlaments und der Ministerrat. Nach Einschätzung des Moskauer Think Tanks *Nasledie Evrazii* 'Erbe Eurasiens' ist die Zeitung „vor allem auf die Unterstützung der staatlichen Politik in Kultur und Bildung gerichtet" (SREDSTVA MASSOVOJ INFORMACII). Ihre Auflage beträgt nach Angaben von *Nasledie Evrazii* 42.000 Exemplare. Die gedruckten Ausgaben von *Zvjazda* hat der Verfasser von Januar 1995 bis Juni 2007 gesichtet, die Internet-Präsenz von Juli 2007 bis Dezember 2010. Ziel der Auswertung von *Zvjazda* war, meinungsäußernde Texte zur Sprachgeschichte und aktuellen sprachlichen Situation in Belarus' zu finden, welche die regierungsnahe Sichtweise auf das Problem widerspiegeln.

Zweites Medium, das ausgewertet wurde, ist die ebenfalls weißrussischsprachige Wochenzeitung *Naša Slova* 'Unser Wort'. Sie wird von der Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva Belaruskaj Movy*, TBM) herausgegeben, einer registrierten Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte der Weißrussischsprecher einsetzt.[5] *Naša Slova* wurde im Untersuchungszeitraum nicht im Internet veröffentlicht. Die Druckausgaben konnte der Verfasser nur bis einschließlich 2004 lückenlos einsehen. Die

4 Der Forschungsaufenthalt in Minsk war mit einem Lektorat der Robert-Bosch-Stiftung an der Weißrussischen Staatsuniversität verbunden. Der Verfasser dankt der Stiftung für die Förderung der vorliegenden Untersuchung im Rahmen eines Promotionskollegs zu Mittel- und Osteuropa, das bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) angesiedelt war.

5 Für nähere Informationen zur Gesellschaft für die weißrussische Sprache siehe Kapitel 3.3.1

Auswertung von *Naša Slova* hatte das Ziel, meinungsäußernde Texte zur Sprachgeschichte und aktuellen sprachlichen Situation in Belarus' aufzufinden, die einen sprachschützerischen Charakter haben, das Weißrussische aber nicht zum Kampfinstrument gegen das Lukašėnka-Regime erklären.

Weitere Quellen für die Materialsammlung waren die weißrussischsprachige Wochenzeitung *Naša Niva* 'Unser Feld' und das ebenfalls weißrussischsprachige Magazin *Arche*, dessen Druckausgabe im annähernd monatlichen Turnus erschien. Von der Auswertung dieser beiden Periodika erwartete der Verfasser, Texte aufzufinden, die das Weißrussische aus Sicht der Lukašėnka-Gegner als Politikum thematisieren.

Naša Niva erschien 1906 zum ersten Mal und gilt als erste bedeutende weißrussischsprachige Zeitung. Im frühen 20. Jahrhundert war die Zeitung ein Sammelbecken für die entstehende national gesinnte Intelligenz Weißrusslands (ABOUT NASHA NIVA). Nachdem ein Erscheinen in der Sowjetzeit nicht möglich gewesen war, wurde *Naša Niva* 1991 wiedergegründet. In den Jahren darauf war das Blatt zunächst vorwiegend kulturell ausgerichtet. Seit Amtsantritt von Staatspräsident Lukašėnka politisierte es sich aber und wurde zur wichtigsten Zeitung des national gesinnten Teils der Opposition. In ihrer Druckversion wurde *Naša Niva* für diese Arbeit von 1995 bis zum Juni 2007 ausgewertet. Für den Zeitraum von Juli 2007 bis Dezember 2010 wurde ergänzend die Internetpräsenz[6] des Blattes gesichtet.

Das Magazin *Arche* wurde 1998 von dem Geisteswissenschaftler Valer Bulhakaŭ und dem späteren *Naša-Niva*-Chefredakteur Andrėj Dyn'ko gegründet. Als Ziel der Kultur- und Debattenzeitschrift gab DYN'KO (1998) an, die politische und künstlerische Unabhängigkeit Weißrusslands zu fördern. Darunter verstand er „die Befreiung von der russischen geistigen Besatzung, die als „slawische Einheit" oder „wirtschaftlich unabdingbares Bündnis" getarnt wird" (ebd.). Die Druckausgaben von *Arche* wurden von 1998 bis zur Ausgabe 6/2007 ausgewertet. Bis Ende 2007 erschienen die Beiträge der Druckausgaben mit Verzögerung auch im Internet[7] und wurden daher ebenfalls hinzugezogen. 2008 gestaltete die *Arche*-Redaktion ihren Internetauftritt neu.[8] Statt der Beiträge aus der Druckausgabe bietet das Portal <arche.by> seitdem eine Sammlung aktueller Artikel aus dem weißrussischsprachigen Internet zu Politik, Kultur, Sprache und anderen Themen. Da es sich bei die-

6 http://www.nn.by [Stand: 31.7.2011]

7 http://arche.bymedia.net [Stand: 31.7.2011]

8 http://arche.by [Stand: 31.7.2011]

sen Artikeln vielfach um Übernahmen aus anderen Medien und Blogs handelt, wurde auf ihre systematische Auswertung verzichtet. Die Druckausgabe von *Arche* musste 2012 vorübergehend eingestellt werden. Anlass für das faktische Verbot der Zeitschrift war eine kritische Publikation von *Arche* zur Sowjetisierung Westweißrusslands (JANEKE 2013). Die Veröffentlichung führte zu Extremismusvorwürfen der weißrussischen Staatsmedien gegen die Zeitschrift und zu einer zwischenzeitlichen Festnahme des Chefredakteurs Valer Bulhakaŭ, der kurz darauf das Land verließ.

Aus dem entstandenen Korpus von Texten zur Sprachgeschichte und aktuellen sprachlichen Situation in Belarus' ergaben sich Erkenntnisse darüber, welche Personen in diesem Diskurs immer wieder erwähnt wurden, und welche Kommentatoren oder auch Interviewpartner in der Sprachdebatte als Autoritäten angesehen wurden. So war im Textkorpus, das *Zvjazda* entstammte, eine starke Orientierung an den Hierarchien in Staat und Wissenschaft festzustellen.

Staatspräsident Lukašėnka hebt sich mit seiner großen Präsenz in *Zvjazda* von allen anderen Personen des öffentlichen Lebens ab: Programmatische Reden, Grußworte und Pressekonferenzen Lukašėnkas wurden im untersuchten Zeitraum in großer Häufigkeit und oft ohne ersichtliche redaktionelle Kürzungen abgedruckt. Dieser Medienpräsenz entspricht die Dominanz des weißrussischen Staatspräsidenten im offiziellen politischen Diskurs. Deshalb hat der Verfasser die Äußerungen Lukašėnkas zur Sprachgeschichte und aktuellen sprachlichen Situation in Belarus' als einen der Standpunkte ausgewählt, welche die vorliegende Arbeit analysiert.

Naša Slova, die Wochenzeitung der Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva Belaruskaj Movy*), hat für den untersuchten Zeitraum den Charakter eines typischen Verbandsbulletins. Im Blatt finden sich Nachrichten aus den TBM-Lokalgruppen, populärwissenschaftliche Beiträge zur Sprach- und Literaturgeschichte Weißrusslands, eine Rubrik zur Sprachkultur, Buchrezensionen, Gedichte und Leserbriefe. Für das Selbstverständnis der Gesellschaft für die weißrussische Sprache sind die abgedruckten Reden und Essays ihrer Vorsitzenden die einschlägigste Quelle. Aus forschungspraktischen Gründen musste der Verfasser sich mit seiner Analyse auf Äußerungen von einem der drei Vorsitzenden beschränken, die im untersuchten Zeitraum an der Spitze des TBM standen. Von 1989 bis 1997 hatte Nil Hilevič das Amt inne. Der schon zur Sowjetzeit bekannte Dichter prägte die Aufbauphase des Verbandes. Sie fiel zum großen Teil in die ersten Jahre der weißrussischen Unabhängigkeit, als die „Wiedergeburt" durch Sprache und

Nationalkultur ein zentrales Thema des Elitendiskurses war. Nur rund zwei Jahre von Hilevičs Amtszeit fielen dagegen in den Zeitraum, den diese Arbeit untersucht. Überhaupt nur zwei Jahre, von 1997 bis 1999, amtierte Henadz' Buraŭkin, ebenfalls ein bereits zur Sowjetzeit bekannter Dichter. Am prägendsten für die Ausrichtung des TBM unter Staatspräsident Lukašėnka war im untersuchten Zeitraum Aleh Trusaŭ, Historiker, sozialdemokratischer Politiker und seit 1999 TBM-Vorsitzender. Deshalb wird sein Standpunkt zur Sprachgeschichte und sprachlichen Situation in Belarus' in dieser Arbeit untersucht.

Auch wenn *Naša Slova* im untersuchten Zeitraum einen eher sprachschützerischen als politischen Charakter hatte, gab es in dem Blatt gelegentlich auch klar regimekritische Beiträge über die weißrussische Sprache. Einen solchen Beitrag mit dem Titel *Belaruskaja mova* 'Die weißrussische Sprache' verfasste 2001 Zjanon Paznjak. Paznjak, der seit 1996 im Exil lebt, ist der wohl bekannteste nationalkonservative Intellektuelle Weißrusslands und ein erbitterter Gegner Lukašėnkas. Der Text *Belaruskaja mova* ordnet die weißrussische Sprache in Paznjaks Geschichtsauffassung ein und stellt den Bezug zur Politik Lukašėnkas her. Daher wird er in dieser Untersuchung analysiert.

In den ausgewerteten Ausgaben von *Naša Niva* zählen die Sprachgeschichte und aktuelle sprachliche Situation in Belarus' zu den am häufigsten behandelten Themen. In den Essays, Kommentaren und Leserbriefen erscheint die weißrussische Sprache durchgehend als wichtiges nationales Attribut, das dem Lukašėnka-Regime bei seiner vermeintlichen Entnationalisierung der Weißrussen im Weg steht und deshalb unterdrückt wird. Zu Wort kommt in dem Blatt eine Vielzahl von Journalisten, Akteuren und Intellektuellen aus dem liberalen bis nationalkonservativen politischen Spektrum Weißrusslands und des Exils. Ein ähnliches Gesamtbild wie bei den Veröffentlichungen von *Naša Niva* zu Sprache und Nation ergibt sich bei der Zeitschrift *Arche*. Hauptunterschied ist, dass das Thema in *Arche* überwiegend essayistisch und mit geringerem Aktualitätsbezug als in *Naša Niva* aufgegriffen wird.

Dass sich russischsprachige Medien in Belarus' kaum mit dem Thema Sprache und Nation beschäftigen, bedeutet nicht, dass es keinen Standpunkt russischsprachiger Intellektueller dazu gäbe. Als Angehörige dieser Gruppe werden hier Publizisten, Wissenschaftler, Politiker und Künstler außerhalb des Lukašėnka-Regimes verstanden, die für die veröffentlichte Meinung in Belarus' eine wichtige Rolle spielen und sich ganz überwiegend in russischsprachigen Medien äußern. Ihre Position zur Sprachgeschichte und aktuellen

sprachlichen Situation in Belarus' ließe sich zum einen indirekt erschließen, nämlich aus der Auseinandersetzung der Weißrussischsprachigen mit ihnen. Zum anderen werden sie aber auch gelegentlich von den weißrussischsprachigen Medien zu diesem Thema befragt. So veröffentlichte die Zeitschrift *Arche* 2004 die Antworten von zwölf russischsprachigen Intellektuellen auf sieben Fragen, in denen es überwiegend um den Stellenwert der russischen und der weißrussischen Sprache in Belarus' ging (APYTAN'NE 2004). Im untersuchten Zeitraum ist dies in den ausgewerteten Medien die ausführlichste und inhaltlich am breitesten gefächerte Stellungnahme der Russischsprachigen zur sprachlichen Situation in Belarus'. Deshalb werden die relevanten Teile dieser Umfrage in der vorliegenden Untersuchung analysiert.

Es erwies sich mehrfach als notwendig, das Korpus der untersuchten Äußerungen um Material zu erweitern, das nicht aus den durchgängig gesichteten Quellen stammt. Ein solcher Fall sind die russischsprachigen Intellektuellen: Aus den Äußerungen der Weißrussischsprachigen in den gesichteten Medien ließ sich folgern, dass es unter den Russischsprachigen eine Position geben müsse, deren Hauptmerkmal die offene Geringschätzung der weißrussischen Sprache sei. Eine solche Haltung nahm in der *Arche*-Umfrage von 2004 allerdings keiner der befragten Intellektuellen ein. Bei ergänzenden Recherchen auf den Internetseiten des weißrussischsprachigen Exilsenders *Radyë Svaboda*[9] stieß der Verfasser dann auf die Transkripte zweier Streitgespräche aus dem Jahr 2010: In dem einen der Gespräche (DRAKACHRUST 2010) geht es um Russisch und Weißrussisch als Staatssprachen, in dem anderen (DRAKACHRUST 2010a) um die Sprachenstatistik der Volkszählung von 2009. Jury Barančyk, Chefredakteur eines russlandfreundlichen, zugleich aber präsidentenkritischen Internetportals in Belarus', äußert sich in den Interviews abschätzig über das Weißrussische und die Rolle für die nationale Identität, die der weißrussischen Sprache zugeschrieben wird. Er nimmt damit die Position ein, die aus den anderen ausgewerteten Quellen nur indirekt zu erschließen war. Deshalb werden auch Barančyks Einschätzungen in der vorliegenden Untersuchung berücksichtigt.

Primärquellen außerhalb von *Zvjazda*, *Naša Slova*, *Naša Niva* und *Arche* werden auch für die Analyse des Standpunktes von Aljaksandr Lukašėnka hinzugezogen. In den Reden, Grußworten und Pressekonferenzen Lukašėnkas, die *Zvjazda* im untersuchten Zeitraum abdruckte, behandelte der weiß-

9 Es handelt sich dabei um den weißrussischsprachigen Dienst von *Radio Free Europe* in Prag, Internetpräsenz: http://www.svaboda.org [Stand: 11.8.2011]

russische Präsident die Sprachenfrage in Belarus' nicht als selbstständiges Thema, sondern ging jeweils nur kurz darauf ein. Um die Materialbasis zu vergrößern und aussagekräftiger zu machen, wurden daher Aussagen aus Reden Lukašėnkas hinzugenommen, die auf den Webseiten des Präsidenten[10] archiviert sind.

Gegenstand der Untersuchung sind somit Presseäußerungen von fünf Akteuren und Diskutanten – in einem Fall einer Gruppe von Diskutanten – in der weißrussischen Sprachpolitik. Ziel der vorliegenden Studie ist, herauszuarbeiten, was die ausgewählten Akteure und Diskutanten über das Verhältnis der Sprachen zur weißrussischen Nation und Gesellschaft gesagt haben, was sie verschwiegen haben, welche Aspekte des Verhältnisses der Sprachen zu Nation und Gesellschaft sie besonders hervorgehoben und wie sie dabei argumentiert haben. Die Arbeit soll damit kritisch hinterfragen, wie führende weißrussische Politiker und Intellektuelle nach dem Amtsantritt von Aljaksandr Lukašėnka „Wissen" über die historische und gegenwärtige gesellschaftliche Rolle der weißrussischen und russischen Sprache diskursiv erzeugt haben (zur Produktion von Wahrheit als diskursivem Effekt siehe JÄGER 1999, 129).[11]

Der Kontext der analysierten Äußerungen zu Sprache und Nation in Belarus' wird wie folgt dargestellt: Zunächst wird ein Überblick über den Forschungsstand zu allgemeinen – d. h. nicht speziell auf Belarus' bezogenen – Aspekten der hier interessierenden Problematik gegeben. Dabei geht es um das Verhältnis von Sprache zu Nation, Kultur und Staatlichkeit sowie die wissenschaftliche Diskussion über Sprachpolitik und Mehrsprachigkeit. Vorgestellt werden außerdem Ansätze zur Erforschung von Sprachideologien. Diese Ansätze spielen für die vorliegende Untersuchung eine zentrale Rolle. Daran anschließend wird der landesspezifische Kontext der Sprachendebatte erläutert. Ein Kapitel zur Geschichte skizziert den Forschungsstand zu Staat-

10 http://www.president.gov.by [Stand: 11.8.2011]

11 Mit dem Diskurs über das Weißrussische befasst sich auch die 2012 erschienene Dissertationsschrift von SCHARLAJ (2012). Diese erforscht aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive das Netz von Metaphern, mit dem Anhänger des Weißrussischen in Literatur und Publizistik operieren. Die vorliegende Studie dagegen ist stärker an Sprache als Gegenstand historischer und politischer Auseinandersetzung interessiert und umfasst demzufolge auch prorussische Positionen. Darüber hinaus erschien 2013 eine Monographie, welche die Konstruktion nationaler Identität in Belarus' anhand von Nominationen und Metaphern in weißrussischen Zeitungen untersucht (KOSAKOWSKI 2013) und sich damit ebenfalls vom hier vertretenen Ansatz unterscheidet.

lichkeit, Ethnizität und Konfessionen auf dem Gebiet der heutigen Republik Belarus'. Am Ende des einführenden Teils wird die Entwicklung der sprachlichen Konstellation von der Christianisierung der Kiever Rus' bis in die Gegenwart nachgezeichnet.

An dieser Stelle sind noch einige Anmerkungen zu Terminologie und Schreibweise anzubringen. War in den Jahren nach der Unabhängigkeit des Landes (1991) noch die traditionelle deutsche Bezeichnung „Weißrussland" am weitesten verbreitet, so ist in den vergangenen Jahren ein Trend zur Verwendung von „Belarus'" festzustellen. Dies gilt auch für Verben, Adjektive und Substantive, die von dem Ländernamen abgeleitet sind: weißrussifizieren/belarussifizieren, weißrussisch/belarussisch, Weißrusse/Belarusse usw. In dieser Untersuchung werden beide Begriffe völlig synonym verwendet, mitunter zur Abwechslung des Ausdrucks. Eine Wertung ist damit nicht verbunden, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von Weißrussland/Belarus' zu Russland.

Da in Belarus' sowohl das Weißrussische als auch das Russische Staatssprache ist, stellt sich die Frage nach der adäquaten Transliteration von Orts- und Personennamen. Die Namen von Persönlichkeiten mit direktem Bezug zur weißrussischen Geschichte und zum heutigen weißrussischen Areal werden in dieser Untersuchung in Transliteration aus der offiziellen Orthographie des Weißrussischen wiedergegeben, es sei denn, eine andere Schreibvariante ist im Deutschen etabliert (z. B. polnisch Mickiewicz statt weißrussisch Mickevič). Für sonstige Personennamen wird die am weitesten verbreitete Sprachvariante verwendet (z. B. Großfürst Vladimir (russisch) statt Volodymyr (ukrainisch)); eine historische Bewertung ist damit ausdrücklich nicht beabsichtigt. Die Schreibung von Ortsnamen hält sich an folgende Regeln: In der Gegenwart allgemein bekannten deutschsprachigen Benennungen (z. B. Moskau, Wilna) wird Vorrang gegeben. Ist die etablierte Toponymie im Deutschen (nahezu) deckungsgleich mit der Lautung in einer ostslavischen Sprache, so wird aus dieser transliteriert (Kiev statt Kiew; Černobyl' statt Tschernobyl). Liegt (a) keine deutsche Benennung vor oder ist diese (b) nur noch punktuell in Gebrauch und als historisch anzusehen, so wird das Toponym in der Amtssprache des Staates verwendet, auf dessen Territorium sich der Ort heute befindet, im Fall Weißrusslands auf Weißrussisch (z. B. (a) Białystok, Mahilëŭ; (b) Pskov statt Pleskau, Liepāja statt Libau). Für alle Fälle, in denen mehrere sprachliche Varianten weit verbreitet sind, sei auf die Konkordanz im Anhang verwiesen.

Damit die vorliegende Studie auch für Leser nutzbar ist, die das Weißrussische und Russische nicht beherrschen, werden wissenschaftliche Literatur und Quellen in diesen Sprachen auf Deutsch wiedergegeben. Sofern nichts anderes angegeben ist, stammen die Übersetzungen vom Verfasser dieser Untersuchung. Zitate aus englischsprachiger Fachliteratur werden im Original belassen, wenn sie eigenständige Sätze bilden. Werden nur Satzteile zitiert, so werden sie vom Verfasser ins Deutsche übersetzt.

1.2 Das Verhältnis von Sprache zu Ethnizität und nationaler Identität: Forschungstradition und wissenschaftliche Diskussion

Zur Entstehung von Nationen und nationaler Identität gibt es eine mittlerweile kaum noch überschaubare wissenschaftliche Literatur (so auch LINDNER 1999, 16). Ein erschöpfender Überblick über den Forschungsstand zu diesen Themen kann hier deshalb nicht gegeben werden. Der Verfasser beschränkt sich statt dessen auf die wichtigsten Arbeiten und Positionen, welche die soziolinguistische Perspektive entscheidend beeinflusst haben. Eine Zusammenschau über die soziolinguistische Sicht auf Sprache, Nation und Ethnizität liefern die entsprechenden Bände der Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (AMMON et al. 1987; AMMON et al. ^{2}2004). Deren Artikel, die für das Thema dieser Arbeit einschlägig sind, werden im Folgenden zusammengefasst und um Begriffsbestimmungen aus den wichtigsten anderen Quellen ergänzt.

Die Begriffe „Ethnie“ und „Nation“ sowie die von diesen Substantiven abgeleiteten Adjektive „ethnisch“ und „national“ werden im Alltag häufig synonym verwendet, haben aber eine unterschiedliche Entstehungsgeschichte. Mit *éthnos* waren im antiken Griechenland Gruppen von Individuen gemeint, die in bestimmten geographischen Gebieten lebten und sich von anderen Gruppen kulturell und sprachlich unterschieden (DEUMERT 2004, 355). Gegenübergestellt war *éthnos* dem *dēmos*, einem Begriff, der sich auf die gesamte Bürgerschaft eines Gemeinwesens bezog, die nicht unbedingt ethnisch homogen sein musste. Für LE PAGE & TABOURET-KELLER (1985, 247) ist der Zusammenhalt einer ethnischen Gruppe ein Akt von Identität:

> [Ethnic group] is a concept we form as individuals, and the extent to which, and the manner in which, we project our concepts on to those around us and establish shared suppositions determines the nature of the groups in our society and their mode of operation.

Deumert beruft sich auf diese Definition, indem er ethnische Identität als soziale Konstruktion bezeichnet. Diese Konstruktion sei sowohl durch die Angehörigen der ethnischen Gruppe als auch von außen veränderbar. Völlig willkürlich verlaufen Schaffung und Modifikation ethnischer Identität aber nicht, wie DEUMERT (2004, 356) betont:

> Dies bedeutet nicht, dass Ethnizität aus dem Nichts konstruiert wird, sondern dass sie eine Konstruktion ist, die auf kollektiver Erfahrung von kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten beruht. Gemeinsame Sprachverwendung [...] hat sich in vielen Fällen als eine sehr wichtige dieser angenommenen kollektiven Erfahrungen erwiesen, ist aber keine notwendige Bedingung für Herausbildung und Bewahrung einer separaten ethnischen Identität.

Ist im nicht-wissenschaftlichen Sprachgebrauch von Ethnizität oder ethnischer Identität die Rede, so werden diese Begriffe meist auf Gruppen bezogen, die innerhalb eines Staates die Rolle einer Minderheit einnehmen. DEUMERT (2004, 359) betont jedoch zu Recht, dass auch die sogenannte „Mehrheitskultur" keineswegs ethnisch neutral sei, auch wenn sie von ihren Vertretern oft so dargestellt werde.

Der Begriff „Nation" wurde Ende des 14. Jahrhunderts in die deutsche Sprache entlehnt (KLOSS 1987, 102). Er stammt vom lateinischen Wort *natio* ab, mit dem in Antike und Mittelalter die Zugehörigkeit von Menschen zu bestimmten Stämmen oder Regionen bezeichnet wurde (GARDT 2004, 369). Für KLOSS (1987, 102) besteht der Unterschied zwischen einer Nation und einem Volk darin, dass das Volk „jahrhundertelang eine fast geschichtslose Größe, mehr Objekt als Subjekt der Geschichte" gewesen sei, während Nationen „so gut wie immer auch politisch-staatliche Gegebenheiten oder Zielsetzungen" anstrebten.

Den Nationsbegriff, der ab dem 19. Jahrhundert verwendet worden ist, unterteilt Kloss in „Formalnationen" und „Gesinnungsnationen". Unter einer Formalnation versteht er alle Bürger eines Staates. Der Begriff „Gesinnungsnation" dagegen schließt ihm zufolge bestimmte Auffassungen vom Wesen einer Nation ein. KLOSS (1987, 102) unterscheidet vier Typen von Gesinnungsnationen: Erstens Nationen, die „aufgrund von gemeinsamer Sprache und Kultur einen eigenen Staat oder ein anderes staatsähnliches […] Gemeinwesen (polity) bilden oder anstreben". Zweitens Staatsnationen, d. h. „Großgruppen, deren Angehörige trotz Fehlens einer ihrer Mehrheit gemeinsamen Muttersprache ein eigenes souveränes oder doch wenigstens „gliedstaatliches" Staatswesen bilden und innerlich bejahen" (ebd.). Drittens „Kulturnationen", d. h. Gesamtheiten „derjenigen Angehörigen eines Sprachvol-

kes, die unabhängig von ihrer staatlichen Zugehörigkeit als eine Wesens-, Kultur- und in einem außerpolitischen Sinne als eine Willensgemeinschaft empfinden“ (ebd.). Viertens einen Nationsbegriff, der sich in den theoretischen interethnischen Auseinandersetzungen herausgebildet habe, welche die letzten Jahrzehnte des Alten Österreich durchzogen hätten; dieser Nationsbegriff sei heute durch den Begriff „Nationalität“ abgelöst worden (KLOSS 1987, 104).

Problematisch ist an Kloss’ Darstellung aus heutiger Sicht die fehlende Reflexion dessen, was hier bereits bei der Behandlung der Begriffe „Ethnie“ und „Ethnizität“ angesprochen wurde: die Tatsache, dass es sich um soziale Konstrukte handelt. Die breit rezipierte Arbeit *Imagined Communities* von Benedict Anderson (deutsche Ausgabe: ANDERSON 1988) hat diesen Aspekt der Nationsbildung besonders hervorgehoben. Diesen Impuls hat die Neuauflage des Soziolinguistik-Bandes der Handbücher für Sprach- und Kommunikationswissenschaft aufgenommen. In ihr wird der Nationsbegriff, der von einer gemeinsamen Kultur und Sprache ausgeht, deutlicher in Frage gestellt als noch von Kloss (GARDT 2004, 370):

> Während bei der Bestimmung dessen, was eine *Staatsnation* ausmacht, das Moment der willentlichen Entscheidung, des gezielten Bekenntnisses zur Nation im Vordergrund steht, wird in Argumentationen, die die Existenz einer *Kulturnation* für einen jeweiligen historischen Fall behaupten, aufgrund der (angenommenen oder tatsächlichen) langen und tiefgreifenden Traditionsbindung von Bevölkerungsgruppen häufig ein nahezu natürliches und damit nicht sinnvoll hinterfragbares Begründetsein der Nation angenommen.

Begründet wird die vermeintliche Existenz einer Kulturnation Gardt zufolge oft durch eine „meist assoziative, sachlich unspezifische Verbindung von Sprache mit den Größen *Nation*, *Reich*, *Staat*, *Land*, *Kultur*, *Sitte*, *Volk*, *Rasse* etc., unter Verwendung von Bildungen wie *Nationalkultur*, *Volksgeist*, *Sprachgeist*, *Nationalcharakter*, *Sprachcharakter*, *Sprachnatur*, *Sprachwesen*, *Volkswesen*, *Volksseele*, *arteigene Sprache*, *rassegemäße Sprache* etc.“ (GARDT 2004, 374f.). Als Beispiel nennt Gardt den Sprachcharakter, der dem Deutschen zugeschrieben werde: Deutsch sei demnach eine markante, klare, natürliche und unaffektierte Sprache. Diese Zuschreibung ist Gardt zufolge eine Folge des Germanenmythos, d. h. eines vermeintlichen Nationalcharakters, der auf die Sprache übertragen wird. Solche Darstellungen, die Gardt sprachpatriotisch und sprachnationalistisch nennt, untersucht die Sprachideologieforschung, auf die noch einzugehen ist.

Die hier umrissenen Begriffe „Ethnie“ und „Nation“ klar gegeneinander abzugrenzen, hat sich in der empirischen Praxis oft als schwierig erwiesen. Dies macht BARBOUR (2002, 7) an einem Beispiel deutlich: Er wirft die Frage auf, ob die britischstämmige Mehrheit der australischen Nation eine englische, eine britische, eine englisch-australische, eine britisch-australische oder einfach eine australische ethnische Gruppe sei. BARBOUR (2002, 7f.) gibt einige Anhaltspunkte zur Unterscheidung von Ethnien und Nationen an, als notwendige oder gar ausreichende Bedingungen betrachtet er sie aber nicht: So könnten ihm zufolge etwa die Mythen und historischen Erinnerungen, die den Gruppenzusammenhalt begründeten, bei Ethnien wesentlich plausibler sein als bei Nationen. Denn ethnische Gruppen seien mitunter wesentlich kleiner als moderne Nationen. In kultureller Hinsicht vereinten Nationen zudem sehr disparate Elemente, während bei Ethnien ein hoher Grad von gemeinsamen kulturellen Normen vorliegen könne. Anders als bei Nationen könne darüber hinaus bei Ethnien eine territoriale Dimension der Gruppenidentität fehlen.

Anthony D. Smith, neben Benedict Anderson einer der bedeutendsten Nationalismusforscher, liefert demgegenüber Definitionen der Begriffe „Ethnie“ und „Nation“. Eine Ethnie ist für ihn „eine mit Namen versehene menschliche Bevölkerung von angenommener gemeinsamer Abstammung, geteilten Erinnerungen und Elementen gemeinsamer Kultur, mit einer Verbindung zu einem spezifischen Territorium sowie einem Maß an Solidarität“ (SMITH 1996, 447). Eine Nation dagegen definiert Smith als „eine mit Namen versehene menschliche Bevölkerung, die ein historisches Territorium, gemeinsame Mythen und historische Erinnerungen teilt, außerdem eine öffentliche Massenkultur, eine gemeinsame Wirtschaft sowie gemeinsame Rechte und Pflichten“ (ebd.). Die beiden Definitionen unterscheiden sich in folgenden Punkten: Bei Nationen liegen für Smith lediglich gemeinsame Mythen und historische Erinnerungen vor, während für Ethnien eine gemeinsame Abstammung angenommen wird. Für den Nationsbegriff Smiths sind ferner ein gemeinsames Territorium sowie eine gemeinsame Wirtschafts- und Rechtsordnung entscheidend, also Elemente von Staatlichkeit. Ethnien dagegen weisen ihm zufolge nur eine diffuse Verbindung zu einem bestimmten Territorium auf. Die Erwähnung von Solidarität in der Definition von Ethnien dagegen verweist auf einen engeren Gruppenzusammenhalt als innerhalb von Nationen. Nationen werden Smith zufolge lediglich von einer gemeinsamen „öffentlichen Massenkultur“ zusammengehalten. Von Barbours Kriterien unterscheiden sich Smiths Definitionen dadurch, dass für Smith auch Ethnien an ein bestimmtes Territorium gebunden sind. Zur Frage, welche Bevölke-

rungsgröße notwendig ist, damit sich eine Ethnie zur Nation entwickeln kann, äußern sich beide Forscher nicht. Vor allem im 19. Jahrhundert hat das sogenannte „Schwellenprinzip“ bei der Debatte um die Nationsbildung häufig eine Rolle gespielt. Nach diesem Prinzip musste eine ethnische Gruppe eine ausreichende Größe aufweisen, um selbstständig für ihre materielle Zukunft sorgen zu können und als historisch legitimierter Akteur auf der Bühne der Nationen aufzutreten (HOBSBAWM 1991, 42ff.).

Ähnlich umfangreich wie zu Nationalismus und Ethnizität allgemein ist die wissenschaftliche Literatur zum Verhältnis von Sprache und Nation bzw. Sprache und Ethnizität. Wie in der allgemeinen Debatte über *nation building* stehen sich auch hier essenzialistische und konstruktivistische Positionen gegenüber. Undifferenzierten essenzialistischen Betrachtungsweisen, nach denen Sprache „zum quasi-naturgegebenen Element ethnischer Identität verklärt“ wird (SALZBORN 2005, 106f.), stellen radikale Konstruktivisten eine gleichfalls vereinfachte Sicht gegenüber: Ihr zufolge ist Sprache lediglich ein konventionelles System von Zeichen, mit dessen Entstehen und Vergehen keinerlei gesellschaftliche Probleme verbunden sind (ebd.).[12]
Eine gemäßigte Position in diesem Streit nimmt z. B. MAY (2001, 129) ein. Er betrachtet Sprache zwar nicht als deterministisches Merkmal ethnischer und nationaler Identität, wie dies der essenzialistischen bzw. primordialen Sichtweise entspräche. Sprache sei aber ein in vielerlei Hinsicht bedeutsamer Faktor, den man nicht einfach als sekundär oder oberflächlich abtun könne. Offiziell anerkannte Sprachen spielen MAY (2001, 130) zufolge eine zentrale Rolle für die Legitimation von Nationalstaaten, ihre Anerkennung sei aber ein „gewissermaßen arbiträrer Prozess, der genau so viel mit politischen und sozialen Machtverhältnissen zu tun hat wie mit allem anderen“. Auf diese Aushandlungsprozesse, die BOURDIEU (1994, 35ff.) als „Ökonomie des sprachlichen Austauschs“ bezeichnet, geht die vorliegende Untersuchung im Kapitel zu Sprachideologien und der politischen Ökonomie von Sprachen ein.

Vorweggenommen werden kann hier, dass für solche Aushandlungsprozesse oft Sprachgrenzen eine wichtige Funktion haben. Denn ethnische oder nationale Bewegungen betrachten sie häufig als „Demarkationslinien“ ihrer kollektiven Identität. Werden vermeintliche Sprachgrenzen aus Sicht solcher

12 In seiner Studie zum Volksgruppenrecht in Europa vertritt Salzborn klar die konstruktivistische Position. Einen gelungenen Überblick über den Widerstreit von konstruktivistischen und essenzialistischen Positionen in der Diskussion um die Förderung von Minderheitensprachen bieten darüber hinaus GERHARDS (2011) und NUNNER-WINKLER (2011).

Bewegungen nicht beachtet, so wird dies häufig als Bedrohung für die Existenz der jeweiligen Ethnie oder Nation angesehen (KHLEIF 1979). Ist aber Sprache erst einmal als zentrales Merkmal der Gruppenidentität etabliert, so kann sie leicht zum Ausgangspunkt für andere Aktivitäten von führenden Vertretern der jeweiligen Gruppe werden. Dies kann der Versuch sein, eine „nationale" Geschichtsschreibung zu begründen oder besondere Rechte für die sprachlich definierte Gruppe einzufordern (MAY 2001, 132).

Die Auseinandersetzung um die Bedeutung von Sprache für Ethnizität und Nationsbildung lässt sich letztlich auf die Frage zurückführen, welche Rolle Sprache bei der Entstehung kultureller Identität zukommt. Der Ursprung dieser Debatte kann bis zu den sprachbezogenen Abhandlungen von Johann Gottfried Herder und Wilhelm von Humboldt zurückverfolgt werden.

Für Herder spiegelt sich die Vielfalt der Völker in der Vielfalt der Nationalsprachen (folgende Ausführungen zu Herder nach IRMSCHER 2001, 45ff.). Herder zufolge ist der Wesensgehalt jeder dieser Sprachen nur dem zugänglich, der in ihr aufgewachsen ist. Schüler oder Gelehrte, die mit einer Vielzahl von Sprachen in Kontakt kommen, geraten nach Herders Auffassung in die Gefahr, sich im „Labyrinth" der sprachlich gespeicherten Menschheitsgeschichte zu verlieren. Um die Verbindung mit der gesamten Menschheit herzustellen, sei es zwar nützlich, Fremdsprachen zu lernen. Doch nur die Muttersprache biete auf dem „grenzenlosen Meer" der Menschheitsgeschichte Orientierung.

Eine ähnlich große Bedeutung wie für Herder haben die historisch „gewachsenen" Einzelsprachen für Wilhelm von Humboldt (folgende Ausführungen zu Humboldt nach DI CESARE 1998, 51ff.). Das Menschheits-Allgemeine ist für Humboldt nur im Individuellen gegeben, im sprachlichen Bereich in Gestalt der Sprachenvielfalt. Wilhelm von Humboldt betrachtet das Denken als abhängig von der Sprache, und zwar nicht nur von der allgemeinen Sprachfähigkeit des Menschen, sondern auch von der konkreten Einzelsprache, die verwendet wird. Die Verschiedenheit von Sprachen lässt sich für Humboldt nicht auf eine Verschiedenheit von Bezeichnungen für eine Wahrheit reduzieren, die sprachunabhängig existiert. Sie ist vielmehr gleichbedeutend mit einer Verschiedenheit von Weltsichten. Deshalb hält Humboldt eine möglichst große Sprachenvielfalt auf der Welt für erstrebenswert. Denn

jede neue Sprache liefere zugleich eine neue Perspektive auf die Welt und bereichere damit die Erkenntnis der gesamten Menschheit.[13]

Ursprung der sprachlichen Verschiedenheit ist für Humboldt vor allem die Verschiedenheit der Nationen. Die Nationen begreift er als „schöpferische Individualitäten". Sie erschaffen ihre jeweilige Nationalsprache, die dann wiederum gemeinschafts- und identitätsstiftend wirkt.

Eine der wichtigsten Weiterentwicklungen der Sprachphilosophie Herders und von Humboldts stammt von den Anthropologen Edward Sapir und Benjamin Whorf. Sapir und Whorf stießen in den 1920er und 1930er Jahren die Debatte um sprachliche Relativität an (siehe zu den folgenden Ausführungen WERLEN 2002, 187ff.). Sapir hat Indianersprachen erforscht und einige von ihnen erstmalig beschrieben. In seinem Werk „Language" von 1921 vertritt er die Auffassung, das Denken sei abhängig von den Pfaden, die ihm die Sprache vorbahne, „indem sie in ihren Klassifikationen und Formen latente Denkformen und -inhalte vorgibt" (WERLEN 2002, 193). Diese zunächst noch „schwache Determinationshypothese" (WERLEN 2002, 194) radikalisiert Sapir in späteren Schriften und bezieht sie auf gesellschaftliche Gruppen. Seine entscheidenden Grundannahmen dabei sind, dass „die jeweilige historische Sprache einer Gruppe eine Rolle bei der Konstitution der gesellschaftlichen Realität für diese Gruppe spielt; und [...] dass die Unterschiede zwischen den Gruppen und Sprachen so groß sind, dass keine zwei die gleiche gesellschaftliche Realität konstituieren" (WERLEN 2002, 195).

Als eigentlicher Vater des sprachlichen Relativitätsprinzips aber gilt Benjamin Lee Whorf, ebenfalls ein Spezialist für Indianersprachen, der eng mit Sapir zusammenarbeitete. Das Prinzip sprachlicher Relativität, das begrifflich an Einsteins Relativitätstheorie anknüpft, bringt Whorf in folgendem Zitat auf den Punkt (zit. n. WERLEN 2002, 229):

> Wir gelangen daher zu einem neuen Relativitätsprinzip, das besagt, daß nicht alle Beobachter durch die gleichen Sachverhalte zu einem gleichen Weltbild geführt werden, es sei denn, ihre linguistischen [sic!] Hintergründe sind ähnlich oder können in irgendeiner Weise auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden.

Positiv ausgedrückt bedeutet dies: Unterschiedliche Sprachen führen zu unterschiedlichen Weltbildern (WERLEN 2002, 229). Dies ist keineswegs eine stark deterministische Position zum Verhältnis von Sprache und Weltsicht,

13 Dieses Argument wird auch in der jüngeren Debatte um die Förderung von Minderheitensprachen immer wieder ins Feld geführt, vgl. die Darstellung in GERHARDS (2011) und NUNNER-WINKLER (2011).

wurde aber in der Rezeption von Whorfs Werken oft so dargestellt (WERLEN 2002, 238). In der späteren wissenschaftlichen Debatte sind die Theorien von Sapir und Whorf häufig zur „Sapir-Whorf-Hypothese“ verkürzt worden. Ihr zufolge neigen Menschen, die verschiedene Sprachen sprechen, zu verschiedenen kulturellen Weltsichten. Denn die besondere Struktur jeder Sprache führe zu einer kulturspezifischen Strukturierung der Wirklichkeit (MAY 2001, 133).

Auf die Untersuchungen von Sapir und Whorf bezieht sich Joshua Fishman, der einschlägig zu Mehrsprachigkeit, Sprache und Ethnizität sowie Spracherhalt geforscht hat. Für ihn sind Sprache und ethnokulturelle Identität indexalisch, symbolisch und in einer Teil-Ganzes-Beziehung miteinander verknüpft (siehe zu den folgenden Ausführungen FISHMAN 1991, 20ff.).

Unter der indexalischen Verbindung versteht Fishman Folgendes: Eine Sprache, die historisch mit einer bestimmten Kultur verbunden sei, könne die Kunst, die in dieser Kultur entstanden sei, am besten in Worte fassen. Außerdem sei sie am besten dazu geeignet, die Interessen, Werte und Weltsichten, die in dieser Kultur auftreten, zu formulieren. Diese Verbindung zwischen Ethnosprache und Kultur ist für Fishman allerdings keine isomorphische. Auch könne langfristig eine andere Sprache die überkommene Sprache in dieser Rolle ersetzen.

Symbolisch sind nach Fishmans Auffassung Sprache und ethnische Identität dadurch verknüpft, dass Sprachen ihre jeweilige ethnische oder nationale Sprechergemeinschaft repräsentieren. Dem sozialen und politischen Status derjenigen, die eine gegebene Sprache verwenden, kommt Fishman zufolge eine wichtige Rolle für die symbolische Funktion dieser Sprache zu.

Die Teil-Ganzes-Beziehung von Sprache und Kultur sieht Fishman darin, dass ein Großteil einer jeden Kultur verbal sei, z. B. Belletristik, Liedgut, Sprichwörter, Gesetze und wissenschaftliche Arbeiten. Die konkrete Sprache sei somit Teil einer bestimmten Kultur.

Die skizzierte Position Fishmans wirft die Frage auf, wie man Kulturen definiert und voneinander abgrenzt. Darauf kann hier nicht weiter eingegangen werden. Ein für diese Arbeit wichtiges Unterscheidungskriterium für ethnische bzw. nationale Kulturen liefern SMOLICZ & SECOMBE (1988): Sie weisen darauf hin, dass „Kulturen“ sich im Hinblick darauf unterscheiden, wie sprachzentriert sie sind. Als Beispiel für eine wenig sprachzentrierte national-kulturelle Identität wird häufig die irische genannt. USSHER (1949, 107) spitzt diese Ansicht zu: „The Irish of course like their language, but they like it dead“.

EASTMAN (1984, 259) zufolge ist die Beziehung zwischen Sprache und ethnischer Identität eine Beziehung der Assoziation. Eine bestimmte „assoziierte Sprache“ sei ein notwendiger Bestandteil ethnischer Identität. Diese assoziierte Sprache müsse jedoch nicht die Sprache sein, die auch im Alltag benutzt werde.

Zu Sprache und Nation, Ethnizität und kultureller Identität gibt es eine viel umfänglichere wissenschaftliche Literatur, als in diesem kursorischen Überblick dargestellt werden konnte. Entscheidend ist, dass sowohl bei den Versuchen, Ethnie und Nation zu definieren, als auch bei der Debatte um die Rolle von Sprache für ethnische und nationale Identität die Hauptkonfliktlinie zwischen essenzialistischen und konstruktivistischen Positionen verläuft. Die meisten gegenwärtigen Forscher nehmen eine Zwischenposition ein, indem sie Nation und Nationalsprache grundsätzlich als Konstrukte begreifen, die aber aufgrund von objektiven Faktoren geschaffen werden. Das Spannungsverhältnis zwischen Essenzialismus und Konstruktivismus spielt auch für die Diskussion um Sprache und Nation in Belarus’ eine wichtige Rolle.

1.3 Sprach(en)politik

Neben dem Zusammenhang von Sprache und nationaler Identität ist für die untersuchten Texte auch die Sprachpolitik in Weißrussland ein wichtiges Thema. Daher soll im Folgenden die wissenschaftliche Diskussion über Sprachpolitik skizziert werden. Als Ausgangspunkt dient dabei der Eintrag „Sprachen- und Sprachpolitik“ im Soziolinguistik-Band der Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (HAARMANN 1988). Neben HAARMANN (1988) und dort angegebener Literatur werden aktuellere englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, außerdem Ansätze aus dem russischen Sprachraum, die für die Diskussion in Belarus’ einschlägig sind.

Die Begriffe „Sprachpolitik“ und „Sprachenpolitik“ werden in der deutschsprachigen Forschungs
literatur oft synonym verwendet. Eine Ursache dafür könnte GLÜCK (1979, 43) zufolge sein, dass in der sehr viel umfangreicheren englischsprachigen Literatur nur die Singularform *language* gebräuchlich ist, etwa in *language politics*, *language planning* usw.[14] HAARMANN (1988, 1661) definiert Sprachen- und Sprachpolitik wie folgt:

14 Auch das Russische kennt nur die Singularform *jazykovaja politika*. Dieser Begriff bezieht sich auf Politik, die den Status von Sprachen in der Gesellschaft beeinflusst. Für sprachpflegerische Aspekte von Sprachpolitik ist der Begriff *kul'tura reči* ‘Redekultur’ etabliert.

> Während sich Sprachenpolitik auf politische Gegebenheiten bezieht, die Sprachen im Hinblick auf deren Status sowie deren gesellschaftliche Funktionen einschließen, betrifft Sprachpolitik den Sachverhalt einer politisch reglementierten Sprachverwendung.

Als Beispiel für *Sprach*politik führt HAARMANN (ebd.) die Manipulation des Wortschatzes im nationalsozialistischen Deutschland an („Führerprinzip", „Rassehygiene", „Endlösung der Judenfrage" usw.). Außerdem nennt er das Verbot des pejorativen Ausdrucks *ryssä* für Russen in der finnischen Sprache in den 1940er Jahren. Dieses sehr enge Verständnis von Sprachpolitik als „Reglementierung bestimmter Wortschatzbereiche" hat sich jedoch nicht durchgesetzt, gerade auch wegen des Einflusses der englischsprachigen Forschung. Wenn in deutschsprachigen Arbeiten überhaupt zwischen Sprach- und Sprachenpolitik unterschieden wird, so geschieht dies eher in einer Weise, wie sie MARTI (1996, 274f.) vorschlägt:

> „Sprachenpolitik" ist ein Teil dessen, was heute meist als Sprach(en)-planung bezeichnet wird. Unter Sprach(en)planung versteht man jegliche bewußte Einflußnahme auf Sprache(n) oder den Versuch dazu. Die bewußte Einflußnahme kann sich dabei auf eine einzige Sprache beschränken (Purismus, Ausbau des Wortschatzes, Kodifizierung usw.); dafür bietet sich der Begriff „Sprachpolitik" an. Für die bewußte Einflußnahme auf das Verhältnis zwischen Sprachen (Vorschriften über Verwendung bestimmter Sprachen, Sprachverbote usw.) wird im folgenden der Begriff „Sprachenpolitik" verwendet.

Diese Abgrenzung zwischen Sprach- und Sprachenpolitik ergibt mehr Sinn. Das einigende Moment beider Begriffe ist die „bewusste Einflussnahme" auf sprachliche Verhältnisse, das Unterscheidungsmerkmal dagegen das Objekt des Handelns – eine einzige Sprache (Sprachpolitik) oder mehrere Sprachen im Verhältnis zueinander (Sprachenpolitik). Bereits GLÜCK (1979, 42) hat das Kriterium der „Bewußtheit, der Intentionalität in bezug auf den Gegenstand ‚Sprache'", postuliert, um „intentional sprachenpolitische Aktivitäten zu unterscheiden von solchen politisch bedingten Veränderungen von Sprachenverhältnissen, die „spontane", ungeplante Folgen ökonomischer oder sozialer Entwicklungen sind oder zweitrangige Konsequenzen politischer, militärischer, soziokultureller usw. Maßnahmen". Allerdings räumt GLÜCK (1979, 40) zu Recht ein, dass das Kriterium der Intentionalität nicht immer eindeutig sei. Einerseits ist zwischen Vorliegen und Fehlen sprach(en)politischer Motive bei politischen Entscheidungen keine klare Grenze zu ziehen. Andererseits können die offiziellen Begründungen politischer Maßnahmen

sprach(en)politische Konsequenzen entweder verschleiern oder übermäßig hervorheben.

Nicht nur die Begriffe „Sprachpolitik“ und „Sprachenpolitik“ werden oft synonym verwendet, sondern auch beide Begriffe als Synonyme für „Sprachplanung“.[15] Verbreitet hat sich der Terminus „Sprachplanung“ durch Forschungsarbeiten Einar Haugens, der sich mit der sprachlichen Situation in Norwegen beschäftigt hat. HAUGEN (1966, 511f.) versteht unter Sprachplanung Folgendes:

> Normative or prescriptive linguistics may be regarded as kind of management or manipulation of language, which presupposes what I shall here call “language planning” (hereafter written LP). PLANNING [Hervorhebung im Original, Anm. MB] is a human activity that arises from the need to find a solution to a problem. [...] LP is called for whenever there are language problems. […] If a linguistic situation for any reason is felt to be unsatisfactory, there is room for a program of LP.

Wissenschaftsgeschichtlich betrachtet, sollten Konzepte der Sprachplanung vor allem ein theoretisches Gerüst dafür liefern, die sprachlichen Verhältnisse in den postkolonialen Staaten Afrikas zu beeinflussen. In den westlichen Gesellschaften dagegen sollte Sprachplanung in den 1970er Jahren ein Mittel zur Beseitigung sozialer Ungleichheit sein. Mit seiner Auffassung, dass sprachliche Verhältnisse planbar seien, stellt sich Haugen gegen die damals verbreitete Auffassung, dass die Sprachwissenschaft sich nur mit der Beschreibung von Sprache beschäftigen solle, nicht dagegen mit der Normierung. Zugespitzt hieß es, man solle Sprache „in Ruhe lassen“ (HALL 1950). Mit der Ansicht, Sprache sei nicht planbar, polemisiert noch 1985 COULMAS (1985, 80). Er kritisiert, dass Sprachplanung „von denen, die sich mit Sprachgeschichte befassen, gemeinhin nicht als einer den Sprachwandel beeinflussenden Faktoren berücksichtigt oder anerkannt“ werde.

Problematisch am Begriff „Sprachplanung“ ist die Vorstellung, die ihm zugrunde liegt: Unpolitische Experten verbessern scheinbar frei von Machtinteressen die sprachlichen Verhältnisse in einem gegebenen Land. Dass es durchaus eine Frage von widerstreitenden politischen Interessen ist, ob eine sprachliche Situation als befriedigend empfunden wird oder nicht, bleibt dabei ausgeklammert. Diese Planungseuphorie findet sich auch in Haarmanns Feststellung, der Begriff der Sprachplanung werde „auf der Grundlage eines

15 Die Wortform „Sprachenplanung“ kommt in der Literatur, soweit ersichtlich, nicht vor. Auch dies dürfte eine Folge der Tatsache sein, dass im Englischen nur die Singularform *language planning* verwendet wird (MARTI 1996, 274).

modernen Verständnisses von Gesellschaft und Demokratie [...] allgemein positiv konnotiert“ (HAARMANN 1988, 1666).

Im Gegensatz zu Marti ist für Haarmann Sprach(en)politik nicht Teil der Sprachplanung. Nach Haarmanns Auffassung gibt es keine Sprachplanung ohne Sprachenpolitik, wohl aber Sprachenpolitik ohne Beteiligung von Sprachplanung. Sprachenpolitik sei im Gegensatz zur Sprachplanung „wertfrei, d. h. sprachpolitische Maßnahmen in einem Staat können fördernd sein (positive Wertung), sie können aber auch in hohem Maße diskriminierend sein (negative Wertung)“ (HAARMANN 1988, 1666).

Damit keine verwirrende Vielfalt der Begriffe „Sprachpolitik“, „Sprachplanung“, „Sprachenpolitik“ und „Sprach- und Sprachenpolitik“ entsteht, wird in dieser Arbeit der Begriff „Sprachpolitik“ übergreifend verwendet. Er hebt sowohl auf eine Politik ab, die sich nur auf eine einzige Sprache bezieht, als auch auf politische Maßnahmen, die das Verhältnis zwischen Sprachen betreffen. Die inhaltlich notwendige Differenzierung des Gegenstandsbereichs von Sprachpolitik wird über drei Begriffe erreicht, die im Folgenden erläutert werden: Sprachstatuspolitik, Sprachkorpuspolitik und Spracherwerbspolitik.[16] Wenn in diesem Kapitel vorerst noch von Sprachplanung die Rede ist, dann mit dem Ziel, die Original-Terminologie der zu besprechenden theoretischen Ansätze beizubehalten.

Erste Versuche, die Gegenstandsbereiche von Sprachplanung genauer zu bestimmen, stammen von Heinz Kloss. KLOSS (1969, 81ff.) hat in diesem Zusammenhang die Begriffe „Korpusplanung“ und „Statusplanung“ in die linguistische Debatte eingeführt.

16 Eine abweichende, breiter angelegte Bestimmung des Gegenstandsbereichs stammt von Spolsky: Er unterteilt Sprachpolitik in a) die tatsächliche Sprachpraxis der Mitglieder einer „Redegemeinschaft” (*speech community*), b) die Werte, welche die Mitglieder einer „Redegemeinschaft” den sozial verbreiteten sprachlichen Varietäten und Varianten zuschreiben, c) die Bemühungen von einzelnen, mit Autorität ausgestatteten Mitgliedern der „Redegemeinschaft”, die Sprachpraxis anderer Mitglieder zu beeinflussen (SPOLSKY 2012, 5).

1.3.1 Sprachstatuspolitik

Sprachstatusplanung, in dieser Untersuchung Sprachstatuspolitik genannt, ist für KLOSS (1969, 81) dadurch gekennzeichnet, dass sie den Status einer Sprache im Verhältnis zu anderen Sprachen oder gegenüber der Regierung eines Staates festlegt:

> Those concerned with this type of language planning [Sprachstatusplanung, Anm. MB] take the corpus of the language for granted, at least for the time being. They are primarily interested in the status of the language whether it is satisfactory as it is or whether it should be lowered or raised.

Laut Cooper ist sprachliche Statusplanung bestrebt, die Verteilung von Funktionen zu beeinflussen, welche die Sprachen in einer bestimmten Gemeinschaft innehaben. In Anlehnung an STEWART (1968) unterscheidet Cooper insgesamt zwölf solcher möglichen Funktionen einer Sprache. Seine Einteilung erscheint schlüssig und wird daher im Folgenden referiert (siehe zu den folgenden Ausführungen COOPER 1989, 99ff.).

Offizielle Funktion: Diese Funktion erfüllen für Cooper Sprachen, die auf dem Gebiet eines Staates für offizielle Zwecke verwendet werden. Cooper unterscheidet drei Untertypen: Gesetzlich verankerte offizielle Sprachen (*statutory official languages*) sind solche Sprachen, die in einem Staat rechtlich als offizielle Sprachen festgelegt worden sind. *Offizielle Arbeitssprachen* (*working official languages*) sind Sprachen, die im Staatsapparat tatsächlich in der alltäglichen Kommunikation verwendet werden. *Symbolische offizielle Sprachen* werden von Vertretern des Staates für repräsentative Zwecke gebraucht. Die drei genannten Funktionen offizieller Sprachen können zusammenfallen, müssen dies aber nicht. Als Beispiel führt COOPER (1989, 100) die Situation in Israel an, wo Hebräisch alle drei Funktionen einer offiziellen Sprache erfülle, Arabisch eine gesetzlich verankerte offizielle Sprache und offizielle Arbeitssprache sei, aber keine symbolische Funktion habe; Englisch wiederum sei lediglich als Arbeitssprache im offiziellen Gebrauch. Die *gesetzliche Verankerung von offiziellen Sprachen* sei *stets* das Resultat von Statusplanung (bzw. Sprachpolitik). Die *Verwendung von Arbeitssprachen im offiziellen Kontext könne, müsse aber nicht* auf Statusplanung beruhen. So sei etwa das Englische von Beginn an selbstverständliche Arbeitssprache des amerikanischen Kongresses gewesen. Die *symbolische Verwendung offizieller Sprachen* ist Cooper zufolge *niemals* das Produkt von Statusplanung. Denn Symbole würden nicht durch Gesetzgebung erschaffen, sondern durch die Geschichte.

Unerwähnt lässt Cooper, dass auch dem scheinbaren Fehlen von Statusplanung bzw. Sprachpolitik politische Absichten zu Grunde liegen können. Dies kann dann der Fall sein, wenn dominierende Sprechergruppen bemüht sind, ihre Vorherrschaft gegenüber konkurrierenden Gruppen durch Untätigkeit in der Sprachpolitik zu erhalten. Fragwürdig ist auch Coopers Feststellung, die symbolische Verwendung offizieller Sprachen sei nie Resultat von Statusplanung. Dass Symbole nicht allein durch Gesetzgebung erschaffen werden können, ist zwar richtig. Doch erscheint es wenig sinnvoll, Statusplanung bzw. Sprachpolitik auf den Erlass von Rechtsakten zu reduzieren. Schließlich ist eine langfristig angelegte Sprachpolitik durchaus vorstellbar, die darauf abzielt, eine bestimmte Sprache als Symbol einer Ethnie, einer Nation oder eines Staates zu etablieren. Eine solche Politik kann man als Teil „sprachlicher Prestigepolitik" betrachten, der „Politik im Hinblick auf Elemente der ethnischen Identität" (HAARMANN 1988, 1671)[17].

Regionale offizielle Funktion: Sprachen mit dieser Funktion (bei Cooper *provincial or regional official languages*) können prinzipiell die gleichen drei Funktionen erfüllen wie offizielle Sprachen. Ihre Verbreitung ist allerdings auf ein Gebiet beschränkt, das kleiner als das jeweilige Staatsgebiet ist.

Funktion der weiteren Kommunikation: Diese Aufgabe erfüllen sprachliche Varietäten, die unter den Einwohnern eines Landes[18] als Kommunikationsmedien über Sprachgrenzen hinweg dominieren.

Internationale Funktion: Diese Funktion übernehmen Sprachen, die als Hauptkommunikationsmittel für die internationale Verständigung verwendet werden, zum Beispiel in Diplomatie, Außenhandel und Tourismus.

Hauptstadtfunktion: Sprachliche Varietäten, die als Hauptkommunikationsmittel in der Umgebung der Hauptstadt des jeweiligen Staates dienen. Diese Funktion ist laut Cooper für stark zentralistische Staaten charakteristisch, in denen der Sprachgebrauch der Peripherie stark vom Sprachgebrauch des Zentrums abweicht.

Gruppenfunktion: Diese Funktion erfüllen Cooper zufolge sprachliche Varietäten, die Mitglieder einer kulturell oder ethnisch definierten Gruppe als normales Kommunikationsmedium verwenden. Die assoziative Verbindung

17 Haarmann trennt allerdings den Begriff „Prestigepolitik" von Sprachenpolitik und Sprachplanung.

18 Cooper verwendet hier den Begriff *nation* ganz offensichtlich im Sinne von Staatsbürgerschaft.

zwischen sprachlichem Verhalten und Gruppenidentität könne dabei mitunter so groß sein, dass ein Sprachsystem mit Gruppenfunktion als informelles Kriterium für die Gruppenzugehörigkeit diene (COOPER 1989, 107). Cooper nennt zwei Beispiele für Statusplanung, welche Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Etablierung einer solchen Gruppenfunktion zum Ziel gehabt habe: den Versuch, das Irische als alltägliches Kommunikationsmittel der Iren wiederherzustellen, sowie die Bemühungen, das Hebräische als Gruppensprache der Juden zu revitalisieren.

Wie bereits erwähnt wurde, muss die mit der jeweiligen Gruppe assoziierte sprachliche Varietät nicht diejenige sein, welche die Gruppenmitglieder auch im Alltag verwenden. Deshalb ist zur Gruppenfunktion Folgendes zu ergänzen: Sprachpolitik (in Coopers Terminologie Statusplanung) kann auch das Ziel haben, die identitätsstiftende Funktion einer Sprache zu aktivieren, ohne daran etwas zu ändern, dass die jeweilige Gruppe im Alltag eine andere Sprache benutzt.

Bildungsfunktion: Dies ist nach Cooper und Stewart die Funktion einer Sprache als Kommunikationsmittel der primären und sekundären Bildung, regional oder national. Zu ergänzen wäre Sprache als Medium der Hochschulbildung. COOPER (1989, 112) nennt das Bildungswesen zu Recht als einen der Bereiche, in denen Statusplanung am stärksten politischem Druck unterliege:

> Since education is, from the state's point of view, a primary means of social control and, from the individual's or family's point of view, a means for social mobility, it is scarcely surprising that the language of instruction should be an important political issue.

Schulfachfunktion: Hierunter fallen Sprachen, die als Fächer in Schulen und Hochschulen unterrichtet werden. Cooper zufolge gibt es um die Schulfachfunktion von Sprachen weniger politischen Streit als um Sprachen, die Unterrichtsmedium sind. Doch spielen bei der Schulfachfunktion prinzipiell die gleichen Aspekte wie bei der Bildungsfunktion eine Rolle: Interesse der Eliten, die den jeweiligen Staat dominieren, ist laut Cooper, solche Sprachen als Schulfächer vorzuschreiben oder anzubieten, die ihnen für die politische Orientierung des Staates wünschenswert und nutzbringend erscheinen. Hauptinteresse der Eltern, Schüler und Studenten dagegen dürfte es sein, Sprachen zu erlernen, die größtmögliche Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen.

Literarische Funktion: Dies ist laut Cooper die Verwendung einer sprachlichen Varietät für Wissenschaft und Literatur. Nationalbewegungen

betrachten die literarische Funktion häufig als Beleg für die Eigenständigkeit ihrer „Sprache“, die aufgrund sprachstruktureller Kriterien auch Teil des Diasystems einer anderen Sprache sein könnte. KLOSS (1969a, 74) verwendet für solche Fälle den Begriff „Ausbausprachen“:

> [Es gibt] Idiome, die nur deshalb als Sprachen anerkannt werden können, weil sie in ausgedehntem Maße in Schrift und Druck verwendet werden. Und zwar ist der ausschlaggebende Maßstab weniger die Zahl der Bücher, die in diesem Idiom erschienen ist, als ihr Inhalt; die Bezeichnung „Sprache“ ist gerechtfertigt, wenn das Schrifttum viel nichtdichterische Prosa, sog. Sachprosa umfaßt. Als „Sprache“ wird dieses Idiom anerkannt, weil es als literarisches Ausdrucksmittel vielseitig ausgebaut ist; man kann es daher auch als *Ausbausprache* [Hervorhebung im Original, Anm. MB] bezeichnen.

Das Gegenteil einer Ausbausprache ist für KLOSS (1969a, 74) eine Abstandsprache, d. h. eine sprachliche Varietät, die aufgrund linguistischer Kriterien so weit von sprachlichen Nachbarvarietäten entfernt ist, „daß sie auch dann unter die „Sprachen“ eingereiht werden würde, wenn kein einziges Buch in ihr gedruckt worden wäre“.
Kloss verweist zu Recht darauf, dass für die literarische Funktion einer Sprache nicht nur allgemein anerkannte literarische und wissenschaftliche Werke entscheidend sind, sondern außerdem ein möglichst breites Spektrum von „Sachprosa“. Dazu gehören populärwissenschaftliche Texte, Trivialliteratur, aus heutiger Sicht wohl auch Textgattungen des Internets wie Blogs.

Religiöse Funktion: Mit ihr meint Cooper die Verwendung einer Sprache innerhalb einer bestimmten Religionsgemeinschaft. Er unterscheidet drei Bereiche dieser religiösen Funktion von Sprache: die religiöse Unterweisung oder Missionierung, die Verschriftlichung sakraler Texte und die Liturgie. Die Botschaft der Missionierung sei potenziellen Gläubigen nicht nur sprachlich verständlicher, sondern erscheine auch inhaltlich weniger fremd, wenn sie in der Muttersprache der Adressaten vermittelt werde[19]. Sei die Sprache der Liturgie und der heiligen Schriften eine andere als die Volkssprache, so könne dies dem Ritus und den Texten zwar eine transzendente Aura geben, behindere aber mitunter das Verständnis. Auch könne diese Verschiedenheit dazu dienen, die Macht religiöser Eliten zu bewahren, die über Kenntnisse der Liturgiesprache verfügten. Reformbewegungen würden dann häufig versuchen, durch eine Änderung der kirchlichen Sprachpolitik die al-

19 Cooper verweist hier auf das Beispiel des hl. Stefan von Perm. Stefan habe als russisch-orthodoxer Bischof von Perm im 14. Jahrhundert die Sprache der Komi erlernt, um diese dann mit großem Erfolg zu missionieren.

ten Eliten zu stürzen oder den Ritus stärker den Bedürfnissen der Gläubigen anzupassen.

Verwendung der Sprachen in den Massenmedien und am Arbeitsplatz: Diese beiden Funktionen von Sprache ergänzt Cooper gegenüber Stewart. Die Sprachstatusplanung der israelischen Regierung in den Massenmedien etwa lege fest, wie viele Stunden des Fernseh- und Radioprogramms in Hebräisch, Arabisch und Fremdsprachen gesendet würden. Ein bekanntes Beispiel für Sprachstatusplanung am Arbeitsplatz sei die kanadische Provinz Quebec. Dort bemühten die Behörden sich seit Mitte der 1970er Jahre, das Französische im Berufsleben zu stärken.

1.3.2 Sprachkorpuspolitik

Sprachkorpusplanung, von uns als Sprachkorpuspolitik bezeichnet, definiert KLOSS (1969, 81) als Versuche von Behörden, Gruppen oder Individuen, das Korpus einer Sprache zu ändern. Dazu würden etwa neue technische Termini oder eine Änderung der Orthographie, gelegentlich sogar morphologische Änderungen vorgeschlagen oder vorgeschrieben. Die Gemeinsamkeit solcher Innovationen sei, dass sie die Beschaffenheit der Sprache modifizierten.

Laut COOPER (1989, 125ff.) gehören zur Korpusplanung vier Bereiche: Graphisierung, Standardisierung, Modernisierung und Erneuerung. Die Kategorien Graphisierung, Standardisierung und Modernisierung übernimmt Cooper von FERGUSON (1968). HAUGEN (1987, 626ff.) hingegen, der ein eigenes Modell der Sprachplanung entworfen hat, unterteilt Korpusplanung in Kodifizierung und Ausbau (*elaboration*). Innerhalb der Kodifizierung unterscheidet er Graphisierung, Grammatisierung und Lexikonbildung (*lexication*), innerhalb des Ausbaus terminologische Modernisierung und stilistische Entwicklung. Für das Modell Haugens spricht, dass es Graphisierung als Teil des Kodifizierungs- bzw. Standardisierungsprozesses auffasst. Nicht überzeugend ist an Haugens Modell, dass er die Normentwicklung aus der Korpusplanung auslagert und der Statusplanung zurechnet. Haugen betrachtet nur die Statusplanung als Angelegenheit der Gesellschaft und als Aushandlung von Macht (*power brokerage*). In der Korpusplanung dagegen setzen ihm zufolge Linguisten ihren Sachverstand ein. Diese Untersuchung dagegen betrachtet auch die „Korpusplanung“ als Politikum. Sprachkorpuspolitik ist für uns demzufolge der Widerstreit von Interessen in Bezug auf eine gegebene Sprache. Diese Interessen artikulieren sich gerade im Diskurs über die Normentwicklung. Leicht von Haugen abweichend, unterscheiden wir in-

nerhalb der Sprachkorpuspolitik die (aktive, diskursiv ausgehandelte) Normentwicklung und den Ausbau.

Kodifizierung: Graphisierung, Grammatisierung und Lexikonbildung. Mit Graphisierung ist die Schaffung eines Schriftsystems für eine gegebene Sprache gemeint. Aus unserer Sicht ist Graphisierung um die Auswahl aus bereits bestehenden Schriftsystemen zu erweitern, d. h. um die Diskussion über Orthographien. Grammatisierung ist der Bereich der Kodifizierung, der sich auf Morphologie und Syntax bezieht. Bei der Lexikonbildung dagegen geht es darum, welche Lexeme Bestandteil des kodifizierten Wortschatzes der jeweiligen Sprache sein sollen.

Ausbau: Terminologische und stilistische Entwicklung. Der Ausbau einer Standardsprache geht grundsätzlich von einer bereits etablierten Orthographie, Grammatik und Alltagslexik aus. Die Prozesse, die oben als Normentwicklung zusammengefasst wurden, sind also schon fortgeschritten (vgl. HAUGEN 1987, 632). In der Praxis laufen Normentwicklung und Ausbau jedoch häufig parallel ab: Es wird bereits an Fachterminologie und stilistischen Differenzierungen gearbeitet, während im gesellschaftlichen Streit um konkurrierende Normen noch keine Einigung eingetreten ist.

Akteure, die auf die verschiedenen Bereiche des Sprachkorpus Einfluss zu nehmen versuchen, stehen vor einer Reihe von Entscheidungsalternativen. Um diese zu systematisieren, hat OMDAL (2006, 2390) in Anlehnung an Vikør vier Prinzipien der Sprachkorpusplanung vorgeschlagen.

Sprachinterne Prinzipien: Darunter fallen für Omdal Kriterien wie die Eindeutigkeit des sprachlichen Zeichens, das phonologische und das morphologische Prinzip von Orthographien oder die Einfachheit des sprachlichen Ausdrucks. Omdal bezeichnet diese Prinzipien als psycholinguistische, da sie „technische" Aspekte des Korpus beträfen.

Prinzipien, die das Verhältnis zu anderen sprachlichen Varietäten betreffen: Hierbei geht es Omdal zufolge um Fragen wie die strukturelle Annäherung oder Entfernung einer Sprache von einer anderen sowie den Sprachpurismus. Diese Prinzipien sind für Omdal soziolinguistische, da sie Sprache zu sozialen Gegebenheiten in Bezug setzten.

Prinzipien, die das Verhältnis zwischen der Sprache und ihren Benutzern betreffen: Darunter versteht Omdal Prestige oder Stigma sprachlicher Varietäten, sprachliche Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse sowie die ästhetische Bewertung einer Sprache durch ihre Sprecher. Sowohl soziolinguistische als auch psycholinguistische Gesichtspunkte spielen laut Omdal in dieser Kategorie eine Rolle.

Prinzipien, die mit Ideologien zusammenhängen, die in der jeweiligen Gesellschaft existieren: Damit meint Omdal etwa das Verhältnis von Sprache und Nationalismus oder Sprache und Demokratie. Diese Prinzipien seien der Soziolinguistik zuzurechnen.

Für die vorliegende Untersuchung sind primär die soziolinguistischen Aspekte der Sprachkorpuspolitik interessant. Psycholinguistische Gesichtspunkte sind nur insoweit zu berücksichtigen, wie sie zur Untermauerung von Argumenten aus der Soziolinguistik dienen.

1.3.3 Spracherwerbspolitik

Im Gegensatz zu Kloss, Haugen und Haarmann unterscheidet COOPER (1989, 157ff.) innerhalb der Sprachplanung nicht nur Statusplanung und Korpusplanung, sondern außerdem die Erwerbsplanung (*acquisition planning*). Erwerbsplanung, von uns Spracherwerbspolitik genannt, sind für COOPER (1989, 157) organisierte Anstrengungen, das Erlernen einer Sprache zu fördern. Mit seinen Beispielen wie dem British Council oder dem Goethe-Institut macht Cooper deutlich, dass er unter Erwerbsplanung auch „sprachliche Außenpolitik" versteht: die Anstrengungen, die Staaten unternehmen, um „ihre" Sprachen im Ausland als Fremdsprachen zu etablieren. Für kleinere Sprachen wie das Weißrussische ist dieser Aspekt eher marginal. Eine Definition von Erwerbsplanung, die ausschließlich den Spracherwerb innerhalb eines Staates betrifft, bietet etwa WRIGHT (2004, 61):

> Acquisition planning is the term generally employed to describe the policies and strategies introduced to bring citizens to competence in the languages designated as 'national', 'official' or 'medium of education'.

COOPER (1989, 159f.) dagegen nennt zwei Kriterien, nach denen sich konkrete Fälle von Spracherwerbsplanung/Spracherwerbspolitik unterscheiden lassen: das Ziel der Erwerbsplanung sowie die Methode, die zum Erreichen dieses Ziels angewendet wird.

Als mögliche Ziele von Erwerbsplanung nennt Cooper:

a) Eine Sprache soll als Zweit- oder Fremdsprache erlernt werden. Ein Beispiel seien die Anglophonen in Montreal, die Französisch lernten.

b) Eine Bevölkerung eignet sich die Sprache wieder an, die sie früher entweder als Mundart benutzt hat, oder die in der Gesellschaft eine besondere Funktion hatte. Für den ersten Fall nennt Cooper die Wiederbelebung des Hebräischen in Israel als Beispiel, für den zweiten Fall das Wiedererlernen des schriftlichen Chinesischen in Taiwan.

c) Eine Sprache soll erhalten werden. Hierfür steht laut Cooper etwa der Versuch, den weiteren Niedergang des Irischen in der Gaeltacht aufzuhalten. Gegen mögliche Einwände, dass Spracherhalt nicht zur Erwerbsplanung gehöre, führt Cooper zu Recht an, dass der Erhalt einer Sprache nur dann möglich sei, wenn sich die jüngeren Generationen die Sprache weiterhin aneigneten.

Für die Methoden der Erwerbsplanung nimmt Cooper ebenfalls drei Varianten an: Erwerbsplanung könne darauf angelegt sein, in erster Linie die *Möglichkeiten* zum Lernen einer Sprache zu schaffen oder zu verbessern. Sie könne aber auch danach trachten, *Anreize* zum Erlernen der Sprache zu schaffen oder auszuweiten. Dritte Methode sei, beide Ansätze miteinander zu verbinden. In den Beispielen, die Cooper nennt, bestehen Anreize zum Spracherwerb in sozialem Aufstieg, beruflicher Karriere oder der Möglichkeit, unternehmerisch tätig zu sein.

1.3.4 Exkurs: Sprachpolitik in der weißrussischen Forschung – Die Typologie von Nina Mjačkoŭskaja

Um die Standpunkte zur Sprachpolitik in Belarus' besser einordnen zu können, kann es hilfreich sein, sich auch die theoretischen Ansätze der weißrussischen Soziolinguistik anzusehen.[20] Einen guten Einblick bietet hier das Kapitel zur Sprachpolitik in einem Standardlehrwerk der Minsker Linguistin Nina Mjačkoŭskaja (siehe zu den folgenden Ausführungen MEČKOVSKAJA 2006, 199ff.). Auf dieses soll hier nur insoweit Bezug genommen werden, wie es von den bereits diskutierten Ansätzen zu Sprachstatuspolitik, Sprachkorpuspolitik und Spracherwerbspolitik abweicht und für die Verhältnisse in Belarus' von Interesse ist.

Im einleitenden Teil ihrer Typologie der Sprachpolitik verweist Mjačkoŭskaja auf den russischen Terminus *jazykovoe stroitel'stvo*, den man grob als „sprachlichen Aufbau" übersetzen kann. Der Begriff ist in der Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren im Zusammenhang mit der Leninschen Nationalitätenpolitik geprägt worden. Im Zuge einer großen Alphabetisierungskampagne und der Propaganda für den „Aufbau" des Sowjetsys-

20 Auf eine umfassende Übersicht über die russischsprachige „sprachpolitologische" Forschung wird dagegen verzichtet. Im Wesentlichen orientiert sich diese ebenfalls an theoretischen Ansätzen und Modellen, die in der „westlichen", vor allem der englischsprachigen, Soziolinguistik (in einem weiten Sinn) entwickelt worden sind, vgl. etwa die Standardwerke BELIKOV & KRYSIN (2001) sowie VACHTIN & GOLOVKO (2004). Detailliert zur sowjetischen und postsowjetischen Sprachpolitik siehe, neben vielen anderen, auch ALPATOV (1997).

tems wurden damals die Sprachen nationaler Minderheiten besonders gefördert. Mjačkoŭskaja stellt fest, dass *jazykovoe stroitel'stvo* ebenso positiv konnotiert sei wie der Begriff der Sprachplanung, den Haugen später eingeführt hat. Sprachpolitik umfasst Mjačkoŭskaja zufolge aber auch *destruktive* Arten der Einflussnahme auf die jeweilige sprachliche Situation.
Die Unterscheidung der Sphären, in denen sprachpolitisch gehandelt wird, ist bei Mjačkoŭskaja weniger ausgearbeitet als etwa bei Cooper. MEČKOVSKAJA (2006, 201) nennt hier lediglich das Schulwesen, Buchdruck und Presse sowie – in polyethnischen Gemeinwesen – „die Regelung der ethnischen (oder ethnoreligiösen) Wechselbeziehungen der Gemeinschaften". Akteure der Sprachpolitik sind Mjačkoŭskaja zufolge Ministerien, Staatskomitees oder staatliche Abteilungen zur Regelung interethnischer Beziehungen, Bildungsministerien, die Leitungen von Massenmedien und Verlagen, sprachwissenschaftliche Einrichtungen und Sprachschutz-Verbände.

Für die Unterscheidung verschiedener Arten von Sprachpolitik sind laut Mjačkoŭskaja zwei Faktoren zu berücksichtigen: die Zahl der Sprachen, die in einer Gesellschaft verwendet werden, sowie das politische System im jeweiligen Staat.

Ein- oder Mehrsprachigkeit der Gesellschaft: In einsprachigen Gesellschaften sei Sprachpolitik lediglich Teil der Bildungs- und Kulturpolitik, in mehrsprachigen Gesellschaften dagegen der wichtigste Bereich der Innenpolitik. Denn Sprachpolitik sichere in mehrsprachigen Gesellschaften die Herrschaft und gewährleiste den inneren Frieden im Staat. In einsprachigen Gesellschaften verhielten sich die Bürger zu ihrer Sprache so achtlos wie zu Atemluft. In mehrsprachigen Gesellschaften dagegen sei Sprache den Sprechern als wichtige, geradezu physische Rahmenbedingung bewusst.

Politisches System: Mjačkoŭskaja unterscheidet hier offene/demokratische/liberale von geschlossenen/totalitären/autoritären Systemen.[21] Für diese Untersuchung sind nur Mjačkoŭskajas Ausführungen zu mehrsprachigen Gesellschaften wichtig. Kennzeichen offener politischer Systeme in mehrsprachigen Gesellschaften sei das Bestreben, die Sprachpolitik zu „entpolitisieren" und die Gleichberechtigung von Ethnien und Sprachen herzustellen. Weitere Merkmale seien ethnisch-sprachlicher Pluralismus und Polyzentrismus sowie die Priorität individuell-menschlicher Maßstäbe bei den Kriterien für gute Sprachpolitik.

21 Mjačkoŭskaja verwendet zwar den Begriff *obščestvo* 'Gesellschaft', meint aber wohl die politische Ordnung.

Die Akteure geschlossener politischer Systeme dagegen betonen Mjačkoŭskaja zufolge den staatstragenden und politischen Charakter von Sprachpolitik. Sie privilegierten eine Ethnie und eine Sprache gegenüber anderen, neigten zu sprachlichem Zentralismus und Unitarismus und stellten die „Staatsräson“ über individuelle Maßstäbe der Sprachpolitik.

Hinsichtlich der Sprachgesetzgebung in einzelnen Bereichen der Gesellschaft stellt Mjačkoŭskaja vier Modelle nebeneinander: In Modell A sei sowohl Mehrheitssprache als auch Minderheitssprache in der jeweiligen Domäne obligatorisch. In Modell B sei die Mehrheitssprache obligatorisch, die Minderheitssprache zulässig. Modell C, das in offenen politischen Systemen das häufigste Modell sei, lasse beide Sprachen im jeweiligen Bereich zu. Modell D dagegen, das für offene politische Systeme untypisch sei, schreibe die Mehrheitssprache vor und verbiete die Minderheitssprache.

In einem binären Schema vergleicht Mjačkoŭskaja dann die typische Sprachengesetzgebung liberaler politischer Systeme mit dem Sprachenrecht totalitärer Systeme.

Liberale Systeme lassen laut Mjačkoŭskaja in folgenden Bereichen normalerweise sowohl Mehr- als auch Minderheitssprache zu: Bildungssystem, Massenmedien und Dienstleistungssphäre. Verpflichtend seien beide Sprachen in persönlichen offiziellen Dokumenten und in visuellen Informationen wie amtlichen Orts- und Hinweisschildern. In den Behörden sei in liberalen Gesellschaften die Mehrheitssprache obligatorisch, die Minderheitssprache zulässig und zum Teil ebenfalls obligatorisch.

In totalitären Systemen sei in folgenden Bereichen üblicherweise die Mehrheitssprache obligatorisch und die Minderheitssprache unzulässig (Modell D): Bildungswesen, Behörden, amtliche Dokumente und visuelle Informationen. In den Massenmedien sei die Mehrheitssprache verpflichtend, die Minderheitssprache dagegen nur teilweise zulässig. Uneingeschränkt zulässig sei die Minderheitssprache nur in der Dienstleistungssphäre.

Ein detaillierteres Schema entwirft Mjačkoŭskaja für das Bildungssystem. Für das Schul- und Hochschulwesen unterscheidet sie zwischen der Sprache als Unterrichtssprache und der Sprache als Unterrichtsfach. In offenen politischen Systemen seien sowohl Mehrheits- als auch Minderheitssprache als Unterrichtssprache in Schulen und Hochschulen zulässig, außerdem als Lehrfach in den Hochschulen. Als Lehrfach in den Schulen seien beide Sprachen verpflichtend. In geschlossenen, totalitären politischen Systemen sei die Mehrheitssprache in Schulen und Hochschulen obligatorisch, die Minderheitssprache dagegen nicht zulässig.

Insgesamt ist Mjačkoŭskajas hier nur kurz skizziertes Modell deutlich von der Auseinandersetzung mit der sowjetischen Sprachpolitik geprägt. Dies zeigt sich erstens in der deutlichen Distanzierung vom positiv konnotierten Begriff des *jazykovoe stroitel'stvo* sowie in der Betonung, dass Sprachpolitik auch destruktiv sein könne. Zweitens fällt der Etatismus in Mjačkoŭskajas Modell auf. Obwohl sie nicht bestreitet, dass auch nichtstaatliche Akteure Einfluss auf die Sprachpolitik nehmen, nimmt ihr Ansatz vor allem „Sprachpolitik von oben" in den Blick: die Strategien und Handlungen des Staatsapparats, der Staatsmedien und der führenden Sprachwissenschaftler. Drittens ist in Mjačkoŭskajas Kapitel zur Sprachpolitik Mehrsprachigkeit der Gesellschaft an Polyethnizität geknüpft, was in der Realität aber keineswegs immer der Fall ist. Viertens ist die Zuordnung von Sprachpolitik zu demokratischen und totalitären politischen Systemen zu ungenau und wird der realen Vielfalt der Herrschaftsformen und sprachlichen Situationen nicht gerecht.

Eine wertende Terminologie, die vom Erbe der sowjetischen Sprachpolitik geprägt ist, findet sich auch in anderen soziolinguistischen Arbeiten aus Belarus' und Russland, z. B. bei Liskavec (siehe zu den folgenden Ausführungen LISKOVEC 2005, 22f.). Liskavec kommt bei ihrer Klassifikation der Sprachpolitik zu zwei binären Oppositionen. Zum einen unterscheidet sie eine *retrospektive* von einer *perspektivischen* Sprachpolitik. Retrospektive Sprachpolitik sei auf die Beibehaltung des funktionalen Verhältnisses zweier sprachlicher Varietäten gerichtet. Perspektivische Sprachpolitik dagegen ziele auf eine Veränderung dieses Verhältnisses. Zum anderen sei eine *internationale* Sprachpolitik von einer *nationalen* zu unterscheiden. Eine internationale Sprachpolitik berücksichtige die Interessen aller ethnischen Gruppen einer Gesellschaft, eine nationale dagegen die Interessen nur einer ethnischen Gruppe. Nach dieser Klassifizierung sei die sowjetische Sprachpolitik formell international(istisch) und perspektivisch gewesen, de facto aber retrospektiv und national. Eine ähnliche Situation konstatiert Liskavec für die Sprachpolitik in Belarus' unter Staatspräsident Lukašėnka.

1.4 Diglossie und Bilingualismus: soziolinguistische Aspekte

Da sich die Sprachendebatte in Belarus' mit einer mehrsprachigen Gesellschaft beschäftigt, ist hier auch auf die Forschung zur Mehrsprachigkeit einzugehen. Vorgestellt werden können nur die einflussreichsten Ansätze, die sich auf die Situation in Belarus' übertragen lassen.

Die Linguistik war vom 19. Jahrhundert bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts stark auf die Untersuchung von Einzelsprachen und ihren Mundarten gerichtet (KREMNITZ 2004, 158). Ihr Forschungsinteresse entsprach damit einer gesamtgesellschaftlich überlieferten Betrachtungsweise, die als „Ideologie der Einsprachigkeit" bekannt geworden ist. Lüdi führt diese Perspektive auf zwei Traditionsstränge zurück. Erstens nennt er „die [...] Vorstellung, die im Mythos vom Turmbau zu Babel ihren biblischen Ausdruck fand [...], wonach die Menschen ursprünglich einsprachig waren und die Mehrsprachigkeit als ‚Sprachverwirrung' wie ein Fluch Gottes auf der Menschheit lastet" (LÜDI 1996, 233). Zweitens verweist Lüdi auf „die bei der Bildung der europäischen Nationalstaaten entstandene Vorstellung, dass ‚Staaten' gleichsam natürlicherweise mit einem Sprachgebiet zusammenfallen, daß Nationen von Nationalsprachen zusammengehalten werden" (ebd.).

Erst mit dem Aufkommen der Sprachkontaktforschung in den 1950er Jahren nahm in der Linguistik das Interesse an individueller und gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit zu (KREMNITZ 2004, 159). Eines der bis heute einflussreichsten Konzepte, die damals entstanden sind, ist das Diglossie-Modell von FERGUSON (1959). In seinem bekannten Aufsatz aus dem Jahr 1959 definiert FERGUSON (1959, 336) den Begriff „Diglossie"[22] wie folgt:

> Diglossia is a relatively stable language situation in which, in addition to the primary dialects of the language (which may include a standard or regional standards), there is a very divergent, highly codified (often grammatically more complex) superposed variety, the vehicle of a large and respected body of literature, either of an earlier period or in another speech community, which is learned largely by formal education and is used for most written and formal spoken purposes but is not used by any sector of the community for ordinary conversation.

Kennzeichen der Diglossie in Fergusons Verständnis ist somit die komplementäre Verwendung zweier sprachlicher Varietäten: Einerseits ist dies eine volkssprachliche oder alltagssprachliche Varietät, die Ferguson L-Varietät (*low variety* ‘niedere Varietät') nennt. Ihr gegenüber steht eine literatursprachliche Varietät, die Ferguson als H-Varietät (*high variety* ‘hohe Varietät') bezeichnet. Die L-Varietät wird Ferguson zufolge etwa im Arbeitsalltag, im Gespräch mit Familienmitgliedern und Freunden sowie in volkstümlicher Literatur verwendet. Die H-Varietät dagegen werde z. B. im Gottesdienst, in

22 Der Begriff stammt aus dem Griechischen und wurde KREMNITZ (2004, 159) zufolge das erste Mal bereits 1885 verwendet, um die sprachliche Situation Griechenlands zu beschreiben.

persönlichen Briefen, Parlamentsreden oder der Dichtung benutzt. Die Sprecher bewerten laut Ferguson das Prestige der H-Varietät höher als das Prestige der L-Varietät. Mitunter seien sie sich gar nicht bewusst, dass überhaupt eine L-Varietät existiere. Die H-Varietät verfüge über eine Literaturtradition, welche die Sprecher hoch bewerteten. Die Grammatik der H-Varietät sei im Gegensatz zur L-Varietät genau erforscht und recht stabil. Die Lexika von H- und L-Varietät verfügen Ferguson zufolge über zahlreiche Lexeme mit gleicher oder ähnlicher Bedeutung, welche die Rede eines Sprechers als H oder L charakterisierten. L werde in der Familie, H durch Unterricht erworben. Als entscheidendes Merkmal, das Diglossie vom Verhältnis einer Standardsprache zu einem Dialekt unterscheide, führt Ferguson an, dass in der Diglossie kein Teil der Sprachgemeinschaft regelmäßig die H-Varietät im Alltag verwende.
Diglossie ist laut FERGUSON (1959, 332) eine normalerweise stabile sprachliche Situation, die typischerweise mindestens mehrere Jahrhunderte andauere. Folgende Beispiele für Diglossiesituationen führt er an: klassisches Arabisch (H-Varietät) und „Ägyptisch“ (L-Varietät), Standarddeutsch (H-Varietät) und Schweizerdeutsch (L-Varietät), Französisch (H-Varietät) und haitianische Kreolsprache (L-Varietät) sowie klassisches Griechisch (H-Varietät) und modernes Griechisch (L-Varietät).

Das Diglossiekonzept Fergusons wurde von nachfolgenden Forschungsarbeiten zur Mehrsprachigkeit aufgegriffen, aber auch kritisiert (zur Kritik siehe KREMNITZ 2004, 159f.). Das Modell wurde als zu starr angesehen. Es übersehe Konfliktpotenzial, das entstehen könne, wenn sich das Verhältnis der beteiligten Varietäten verändere. Außerdem lasse Ferguson wichtige äußere Faktoren wie die Sprecherzahl von H und L unberücksichtigt. Aufgrund solcher Einflussfaktoren sei eine jahrhundertelange Stabilität von Diglossien keinesfalls zwingend. Zudem operierten die Bezeichnungen „H-Varietät“ und „L-Varietät“ mit einem vereinfachten Verständnis vom Prestige einer Sprache.

Auch wenn Ferguson in seinem Aufsatz von 1959 Diglossie nicht wertend beschreibt, so sind Rezeption und Weiterentwicklung seines Begriffsapparates mitunter nicht frei von solchen Wertungen. Ein Beispiel dafür ist eine einschlägige Arbeit von HAUGEN (1966), welche die sprachliche Situation in Norwegen beschreibt. Diese ist durch das Nebeneinander zweier Varianten der norwegischen Schriftsprache gekennzeichnet, die sich in ihrem Grad der Beeinflussung durch das Dänische voneinander unterscheiden. Die Folge dieser Normenkonkurrenz ist HAUGEN (1966, 280) zufolge „Schizoglossie“, eine Persönlichkeitsspaltung, die viele Menschen sprachlich unent-

schlossen mache. Haugens Schizoglossie-Begriff hebt zwar weniger auf das Verhältnis zwischen einer H- und einer L-Varietät als auf die vermeintlichen psycholinguistischen Folgen ab, die aus dem Nebeneinander zweier Standardvarietäten entstehen. Doch ist dieser Begriff vor dem Hintergrund von Fergusons Modell zu sehen und wird in Fallstudien häufig als Ergänzung zu Fergusons Begriffsapparat verwendet (in Bezug auf Belarus' etwa in WEXLER 1992).

Weitere, komplexere Modelle gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit sind in den 1960er bis 1980er Jahren entstanden. Spracherhalt und Sprachwechsel von Migranten sowie von indigenen Bevölkerungsgruppen in den USA, Ozeanien und Afrika zogen verstärkt wissenschaftliches Interesse auf sich. Ein einflussreiches Modell in diesem Forschungszusammenhang stammt von Fishman. Neben „Diglossie" verwendet er die Begriffe „Bilingualismus", „Diethnizität" und „Bikulturalismus" (siehe zu den folgenden Ausführungen FISHMAN 1985, 39ff.). Von Ferguson übernimmt Fishman die Vorstellung von Diglossie als einem dauerhaften gesellschaftlichen Arrangement. Dieses muss laut Fishman mindestens drei Generationen umfassen, damit jede der beteiligten sprachlichen Varietäten einen gesicherten Funktionsbereich übernehmen könne. Bilingualismus dagegen bezieht sich für Fishman nicht auf gesellschaftliche, sondern auf individuelle Mehrsprachigkeit. Diese Unterscheidung führt Fishman zu vier möglichen Kombinationen von Diglossie und Bilingualismus: Diglossie und Bilingualismus, Diglossie ohne Bilingualismus, Bilingualismus ohne Diglossie und weder Diglossie noch Bilingualismus.

In Gesellschaften mit Diglossie und Bilingualismus sei individueller Bilingualismus nicht nur weit verbreitet, sondern werde auch institutionell gestützt. In welchen kommunikativen Kontexten die L-Varietät und in welchen die H-Varietät zu verwenden sei, gehört Fishman zufolge zum kanonischen kulturellen Wissen der Gruppenmitglieder.

Als Diglossie ohne Bilingualismus seien sprachliche Situationen zu bezeichnen, in denen zwei oder mehr[23] verschiedensprachige, prinzipiell monolinguale Bevölkerungsgruppen in einem Staat vereinigt seien. Beispiele seien die Schweiz, Belgien oder Kanada.

23 Fishman verwendet zwar durchgehend den Begriff "Bilingualismus", sieht seine Ausführungen aber grundsätzlich als übertragbar auf Situationen an, an denen mehr als zwei sprachliche Varietäten beteiligt sind.

Bilingualismus ohne Diglossie liege zum einen in Gesellschaften vor, in denen indigene Sprachen durch von außen eindringende Träger einer anderen Sprache verdrängt würden. Beispiele seien die Sprachen amerikanischer Indianerstämme oder der australischen Aborigines. Zum anderen komme es zu Bilingualismus ohne Diglossie, wenn Immigranten ihre Muttersprache zugunsten der Sprache ihres Gastlandes aufgäben. Fishman betrachtet einen solchen Bilingualismus somit als Übergangszustand zwischen Einsprachigkeit in der Muttersprache und Einsprachigkeit in der Zielsprache, die sozialen Aufstieg verspricht.

Der geschilderte Sprachwechsel führt Fishman zufolge zum Fehlen von Bilingualismus und Diglossie. Es gebe aber auch Gesellschaften ohne Bilingualismus und Diglossie, die nicht dieses Stadium des Sprachwechsels durchlaufen hätten. Zum Beispiel habe es in Korea, dem Jemen, Kuba, Portugal und Norwegen in den drei Generationen vor Erscheinen von Fishmans Studie kaum Einwanderung gegeben, und auch indigene Minderheiten seien kaum bis gar nicht vorhanden.

Die Begriffe „Diethnizität“ und „Bikulturalismus“ gebraucht Fishman analog zu „Diglossie“ und „Bilingualismus“: Unter Diethnizität versteht er ein stabiles gesellschaftliches Arrangement, in denen Elementen des einen wie des anderen ethnischen Verhaltens komplementäre Funktionen zugewiesen sind. Bikulturalismus dagegen ist für ihn die Fähigkeit des Individuums, sich den Regeln ethnischen Verhaltens anzupassen, die in zwei verschiedenen Ethnien gelten.

Wenn Bilingualismus und Diglossie vorliegen, kann Fishman zufolge Diethnizität fehlen. Dies sei zum Beispiel in Paraguay der Fall, wo Spanisch und die indigene Sprache Guarani gesamtgesellschaftlich komplementäre Funktionen ausfüllten. Beide würden als Zeichen der Zugehörigkeit zur ethnokulturellen Gruppe der Paraguayer akzeptiert. Zudem sei Kompetenz in beiden Sprachen die Bedingung, um als Paraguayer akzeptiert zu werden.

Wenn Diglossie fehle, aber Bilingualismus vorliege, könne es sein, dass Bikulturalismus vorhanden sei, Diethnizität jedoch nicht. Dies sei in Situationen von kulturübergreifenden Kontakten sowie von sprachlichem und kulturellem Übergang einer ethnischen Gruppe der Fall. Sprachlicher und kultureller Übergang müssten dabei nicht parallel verlaufen.

In Situationen von Diglossie ohne Bilingualismus ist Fishman zufolge Diethnizität ausgeschlossen. Diethnizität trete vor allem in vormodernen Kontexten auf. Denn die meisten Bereiche des modernen Lebens erlaubten es nicht, Repertoires menschlicher Verhaltensweisen und Werte strikt komplementär zu verteilen. Als Beispiele für Diethnizität nennt Fishman die

Amish People und die chassidischen Juden. Beide bemühten sich, die innerhalb der Gruppe geltenden Regeln „korrekten“ Verhaltens klar von den Maßstäben zu trennen, die außerhalb der Gruppe gelten.

Neben den hier ausführlicher vorgestellten Ansätzen von Ferguson und Fishman sind seit den 1950er Jahren weitere Konzepte zur theoretischen Erfassung von Mehrsprachigkeit entwickelt worden. Eine recht konzise Übersicht über die Begriffsentwicklung bietet Mackey (siehe zu den folgenden Ausführungen MACKEY 1987, 702ff.). Statt zwischen Bilingualismus und Diglossie ist etwa zwischen individuellem und gesellschaftlichem Bilingualismus unterschieden worden.

Individueller Bilingualismus: Diesen unterteilt Mackey in *bilinguale Kompetenz* und *bilinguales Verhalten*. Die *bilinguale Kompetenz* ist für ihn anhand folgender Kriterien zu erfassen: Beteiligte Sprachen (strukturelle Nähe/Ferne), Ort, Zeit, Grund, Art und Umfang des Spracherwerbs. Hinsichtlich der Zeit des Spracherwerbs unterscheidet Mackey zwischen *Kinder- und Erwachsenen-Bilingualismus* sowie zwischen *gleichzeitigem und konsekutivem Bilingualismus*. Als Motiv für den Erwerb individueller zweisprachiger Kompetenz gibt es Mackey zufolge den *integrativen Bilingualismus.* Ihm liege der Wunsch des Lerners zugrunde, Mitglied einer weiteren Gemeinschaft zu werden. Ein anderes Motiv sei der *instrumentelle Bilingualismus.* Bei ihm stünden materielle Gründe und Karriereanreize im Vordergrund. Hinsichtlich der Art des Spracherwerbs unterscheidet Mackey zwischen *primärem Bilingualismus* (Erwerb ohne Unterweisung) und *sekundärem Bilingualismus* (Erwerb durch Unterweisung). Den Umfang der individuellen Sprachkompetenz differenziert Mackey nach *sprachsystemischer* ‘linguistic’ und *kommunikativer Kompetenz*. Diese Kompetenzen können in Bezug auf die beteiligten Sprachen gleich oder ungleich verteilt sein (*gleicher* oder *ungleicher Bilingualismus*). Mit der sprachsystemischen Kompetenz ist die Beherrschung von Grammatik, Wortschatz und Phonologie gemeint. Die kommunikative Kompetenz bezieht Mackey auf die Produktion mündlicher wie schriftlicher Äußerungen, Lesefähigkeit und Hörverständnis.

Das *bilinguale Verhalten* umfasst laut Mackey die Bereiche *Sprachverhalten* und *soziales Verhalten*. Eine Frage des bilingualen Sprachverhaltens sei etwa, wie und unter welchen Umständen die Sprecher die beteiligten Sprachvarietäten auseinanderhalten (MACKEY 1987, 704). In Bezug auf das soziale Verhalten unterscheidet Mackey zwischen *reziprokem* und *nicht-reziprokem Bilingualismus*. Reziproker Bilingualismus liege vor, wenn Bilinguale in der Kommunikation mit anderen Bilingualen beide Sprachen ver-

wendeten, die ihnen zur Verfügung ständen. Nicht-reziproker Bilingualismus sei es dagegen, wenn die Sprecher in der Kommunikation mit anderen Bilingualen und Monolingualen nur eine der beiden Sprachen benutzen.

Gesellschaftlicher Bilingualismus: Die wesentlichen Aspekte gesellschaftlicher Zweisprachigkeit sind hier bereits bei der Vorstellung der theoretischen Ansätze Fergusons und Fishmans angerissen worden, außerdem im Kapitel über die Sprachstatuspolitik. Mackey unterscheidet hier zwischen *bilingualen Gemeinschaften* und *bilingualen Institutionen*.

In *bilingualen Gemeinschaften* könnten außer der schon erwähnten Diglossie Bilingualismus zwischen Gruppen (*intergroup bilingualism*) und Bilingualismus innerhalb einer Gruppe (*intragroup bilingualism*) auftreten. Im Bilingualismus zwischen Gruppen werde eine der beiden Sprachen ausschließlich zur Kommunikation mit Nicht-Gruppenmitgliedern verwendet. Im Bilingualismus innerhalb einer Gruppe würden beide Sprachen innerhalb derselben ethnischen Gruppe benutzt.

Hinsichtlich der Entwicklung von Bilingualität innerhalb einer Sprechergemeinschaft differenziert Mackey zwischen den Phasen des beginnenden (*incipient*), fortschreitenden (*progressive*), integralen (*integral*), regressiven (*regressive*) und remanenten (*residual*) Bilingualismus. Im beginnenden Bilingualismus kennen Mackey zufolge nur wenige Sprecher die „neue" Sprache und verwenden in ihr nur wenige Phrasen für bestimmte Situationen. Im fortschreitenden Bilingualismus seien Kenntnisse der „neuen" Sprache weit verbreitet, doch wiesen die Äußerungen der meisten Sprecher starke Einflüsse der Muttersprache auf. Der integrale Bilingualismus sei dadurch gekennzeichnet, dass die meisten Sprecher eine hohe Kompetenz in beiden Sprachen besäßen und dies auch gesellschaftlich von ihnen verlangt werde. Im regressiven Bilingualismus gebe es bereits erhebliche Einflüsse der gesellschaftlich „neuen" auf die „althergebrachte" Sprache, während im remanenten Bilingualismus nur noch bestimmte Elemente der „alten" Sprache formelhaft in bestimmten Situationen verwendet würden.

Bilinguale Institutionen reichen laut Mackey von der Mikroebene (Familie) über die Mesoebene (Schulen, Behörden) bis zur Makroebene (Staaten). Nicht jeder Angehörige der jeweiligen Institution müsse bilingual sein. Für die Mikroebene der Familie unterscheidet Mackey zwischen frei alternierender, personengebundener, ortsgebundener und zeitgebundener Sprachwahl. Außerdem differenziert er bilinguale Schulen: Ethnische Schulen bilden ihm zufolge Schüler aus, deren Muttersprache von der Sprache der Bevölkerungsmehrheit abweicht. Biethnische Schulen brächten Schüler unterschied-

licher ethnischer Gruppen mit unterschiedlichen Muttersprachen zusammen. Ziel bilingualer Schulen könne der Transfer einer sprachlichen Gruppe in eine andere Sprechergemeinschaft oder der Erhalt einer Minderheitensprache sein.

Eine Besonderheit der sprachlichen Situation in Belarus' ist die weite Verbreitung einer gemischten Rede, die sich aus weißrussischen und russischen Elementen zusammensetzt. Um die kulturellen Prozesse zu erklären, die den Hintergrund dieses gemischten Sprechens bilden, ist das Konzept einer Kreolidentität oder hybriden Identität auf die weißrussischen Verhältnisse übertragen worden (KITTEL & LINDNER 2011, 631f.; KITTEL & LINDNER im Druck). Als Kreolidentität wird eine Identität verstanden, die im Kontakt zweier Kulturen entstanden ist, gegenüber ihren Ursprungskulturen eine neutrale Position einnimmt und in ihrer Entwicklung offen ist. Ein grundsätzliches Problem dieses Ansatzes ist mit KITTEL & LINDNER (2011, 632) darin zu sehen, dass er keine inhaltlichen Kriterien für das Vorliegen einer Kreol- oder Hybrididentität liefert und damit unklar lässt, „ob eine Vereinheitlichung beider Kulturen gemeint ist oder ob die Fähigkeit zur Abgrenzung zu beiden Monokulturen ausschlaggebend ist".

1.5 „It's all just ideology"? Sprachideologie und die politische Ökonomie von Sprachen

Mit der Diskussion von Diglossie, Bilingualismus, Diethnie, Bikulturalismus etc. hatte die Soziolinguistik bereits einen wichtigen Schritt unternommen, der Komplexität realer mehrsprachiger Verhältnisse gerecht zu werden. Dennoch sind die Modelle von Ferguson, Fishman und anderen Forschern, die in den 1950er bis 1970er Jahren zur Mehrsprachigkeit gearbeitet haben, in der Folgezeit kritisiert worden. Gegenstand der Kritik war das Festhalten dieser Ansätze an einer strukturalistischen und funktionalistischen Sichtweise von Sprache. Denn Grundlage der meisten Arbeiten zu Diglossie und Bilingualismus sei die Vorstellung von der klar eingrenzbaren, systemisch beschreibbaren Einzelsprache, die im Normalfall einer ebenfalls klar eingrenzbaren Sprechergemeinschaft zuzuordnen sei. Kritik an einer solchen Herangehensweise an individuelle und gesellschaftliche Mehrsprachigkeit äußert etwa HELLER (2006, 162):

> This monolingual norm [...] has been the dominant one influencing studies of bilingualism. Many of these over the past forty years or so have been devoted to measuring deviation from the norm as an index of assimilation, or of language loss or endangerment, whether seen from a

> linguistic, demographic, sociological or social psychological perspective.

Die monolinguale Norm, die der klassischen Diglossie- und Bilingualismus-Forschung (oft implizit) zugrunde liegt, ist insbesondere von Forschern in Frage gestellt worden, die sich mit *codeswitching* beschäftigt haben. Unter *codeswitching*, für das zahlreiche Definitionen existieren und um das die Theoriediskussion andauert, soll hier mit HELLER & PFAFF (1996, 594) die Benutzung von mehr als einer sprachlichen Varietät durch einen einzelnen Sprecher innerhalb eines einzelnen Gesprächs verstanden werden. Gerade in jüngerer Zeit haben Studien zum *codeswitching* ergeben, dass dieses von den Sprechern keineswegs immer als Anzeichen für sprachliche Anormalität oder drohende nationale Assimilation angesehen wird, sondern durchaus auch als legitimes und funktionales Mittel des sprachlichen Ausdrucks (HELLER & PFAFF 1996, 594). Dieser Befund hat dazu geführt, Sprache als Praxis und die Sprecher in den Mittelpunkt der Analyse gemischten Sprechens zu stellen, weniger dagegen die Beschreibung des zugrunde liegenden sprachlichen Systems (HELLER 2006, 160f.). Auf dieser Grundlage zeigt HELLER (2006, 167) Perspektiven für die weitere soziolinguistische Forschung zu gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit auf:

> What emerges now is a sense of bilingualism as only one perspective on a more complex set of practices which draw on linguistic resources which have been conventionally thought of as belonging to separate linguistic systems, because of our own dominant ideologies of language, but which may more fruitfully be understood as sets of resources called into play by social actors, under social and historical conditions which both constrain and make possible the social reproduction of existing conventions and relations, as well as the production of new ones.

Mit der Verwendung von Begriffen wie *set of practices*, *linguistic resources* und *social reproduction of existing conventions and relations* verortet Heller ihre Forschungsdesiderate im Paradigma neomarxistischer und poststrukturalistischer Ansätze. Von ihnen stammt die Annahme eines engen Zusammenhangs von politischer Ökonomie einerseits, Kultur und Sprache andererseits. Verworfen wurde in der Übertragung auf die Soziolinguistik allerdings das ursprüngliche marxistische Verständnis von Kultur und Sprache als bloßem Überbau der ökonomisch bestimmten Gesellschaft. Vor allem Pierre Bourdieus Ansatz der symbolischen Herrschaft bzw. der Ökonomie des sprachlichen Austauschs leistete einen entscheidenden Beitrag für die weitere Theorie-Entwicklung (GAL 1989, 348).

Bourdieu geht davon aus, dass in jeder Gesellschaft ein sprachlicher Markt existiert (siehe zu den folgenden Ausführungen BOURDIEU 1994, 38ff.). Dessen Strukturen zeichnen sich Bourdieu zufolge durch ein „System von spezifischen Sanktionen und Zensur“ aus. Beherrscht werde der sprachliche Markt von der offiziellen Sprache. Diese sei ein Produkt der sozialen Klassen, welche die jeweilige politische Einheit (in der Regel den Staat) dominierten. Die herrschenden Klassen etablieren Bourdieu zufolge eine offizielle Sprache und machen damit ihren eigenen klassenspezifischen Sprachgebrauch zur legitimen Sprache (*legitimate language*). Die gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit dieser legitimen Sprache stütze die bestehende Klassenstruktur der Gesellschaft. Deshalb streben laut Bourdieu die herrschenden Klassen nach Vereinheitlichung des sprachlichen Marktes. Ihr Ziel sei, alle Erscheinungsformen von Sprache abzuwerten, die von der offiziellen Sprache abweichen: Dialekte, nicht-offizielle, aber verbreitete Standardsprachen, gemischtes Sprechen usw. Ergebnis dieser institutionell forcierten Bemühungen sei eine einheitliche Sprachgemeinschaft. Wichtigste Institution zur Durchsetzung der legitimen Sprache sei das nationale Bildungssystem.

Dass sich die offizielle Sprache etabliert und die Machtposition der herrschenden Klassen stützt, sieht Bourdieu jedoch nicht in erster Linie als Ergebnis eines politischen Diktats. Entscheidender sei der Mechanismus des sprachlichen Marktes, der für Bourdieu Teil des symbolischen Marktes ist. Der sprachliche Markt verfüge analog zum ökonomischen Markt über Gesetze der Preisbildung: Sprecher, die sich in der legitimen Sprache äußern, erzielen Bourdieu zufolge auf dem sprachlichen Markt einen höheren symbolischen oder auch materiellen Preis für ihre Äußerungen als Sprecher, die eine andere sprachliche Erscheinungsform verwenden. In der Kenntnis der legitimen Sprache bemisst sich für Bourdieu das sprachliche Kapital des einzelnen Sprechers. Einerseits sei das sprachliche Kapital, mit dem ein Sprecher in Marktbeziehungen trete, von der sozialen Schicht abhängig, welcher er entstamme. Andererseits beeinflusse das sprachliche Kapital die Stellung des Sprechers in der jeweiligen Gesellschaft. Denn Bedingung für sozialen Aufstieg sei das Beherrschen der legitimen Sprache.

DE SWAAN (2001) hat Bourdieus Ansatz zu einem ökonomischen Weltsystem von Sprachen weiterentwickelt. Sein Modell vergleicht die hierarchischen Beziehungen von Sprachen mit Sonnensystemen im Weltall. Im Zentrum des Weltsystems von Sprachen stehe das Englische als Sprache der globalen Kommunikation. Neben dem Englischen gebe es elf weitere einflussreiche Sprachen, die de Swaan als suprazentrale Sprachen (*supercentral lan-*

guages) bezeichnet: Arabisch, Chinesisch, Französisch, Deutsch, Hindi, Japanisch, Malaiisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Suaheli. Ihre Rolle sieht de Swaan analog zur Rolle von Sonnen für das jeweilige Sonnensystem. Um diese suprazentralen Sprachen gruppieren sich de Swaan zufolge etwa 100 zentrale Sprachen (*central languages*), die jeweiligen Planeten, und um diese wiederum die peripheren Sprachen (*peripheral languages*), die Monde des Sprachensystems.

Sprachen sind laut DE SWAAN (2001, 27ff.) hyperkollektive Güter (*hypercollective goods*), weil sie zwei Bedingungen erfüllen: Erstens seien sie kostenlos und ohne Beschränkungen zugänglich, zweitens komme es bei ihrem Gebrauch zu externen Vernetzungs-Effekten (*external network effects*). Mit externen Vernetzungs-Effekten meint de Swaan, dass jeder neue Sprecher einer Sprache deren Nutzen für die anderen Sprecher erhöht. Für die individuelle Entscheidung, eine bestimmte Sprache zu erlernen oder, umgekehrt, eine Sprache aufzugeben, sind de Swaan zufolge eben solche ökonomischen Gesichtspunkte entscheidend. Diese operationalisiert er im Q-Wert (*Q-value*) einer Sprache, den er wie folgt definiert (DE SWAAN 2001, 21):

> The 'Q-value' of a language is the product of the proportion of those who speak it among all speakers in the constellation *and* [Hervorhebung im Original, Anm. MB] the proportion of multilingual speakers whose repertoire includes the language among all multilingual speakers in the constellation.

Den Anteil aller Sprecher einer bestimmten Sprache an der Gesamtsprecherzahl bezeichnet de Swaan als Prävalenz (*prevalence*) der jeweiligen Sprache. In der Prävalenz bemessen sich die Möglichkeiten, welche die Sprache für die direkte Kommunikation bietet, z. B. mit anderen Bürgern desselben Staates (DE SWAAN 2001, 33). Den Anteil der mehrsprachigen Sprecher einer bestimmten Sprache an allen Mehrsprachigen einer Gesamtheit dagegen nennt de Swaan Zentralität (*centrality*) der jeweiligen Sprache. Die Zentralität misst damit die Vernetzung einer Sprache mit anderen Sprachen und die Möglichkeiten, die sie für die indirekte Kommunikation bietet (ebd.).

Die von Bourdieu und de Swaan entwickelten Theorien des sprachlichen Marktes haben gewisse Schwächen. De Swaan etwa geht von klar abgrenzbaren Einzelsprachen aus, wodurch sein Modell für Konstellationen mit weit verbreiteter Sprachmischung nur begrenzt anwendbar ist. Ein weiteres Problem ist, dass die sozioökonomischen Ansätze Bourdieus und de Swaans andere Faktoren ausblenden, die Einfluss auf die Verwendung von Sprachen haben. So weisen KITTEL & LINDNER (2011, 629) darauf hin, dass Sprecher

sich den Vorgaben der „offiziellen“ Sprach- und Nationalisierungspolitik widersetzen können und damit ihre kulturelle Identität bewusst gestalten. Das Bourdieusche Konzept, das Anpassung an die legitime Sprache als Teil des Habitus betrachte, übersehe dagegen diesen Aspekt sprachlicher Selbstsozialisation, der mit einer bewussten gesellschaftlichen Positionierung verbunden sei. Kathryn Woolard sieht für die Möglichkeit zum Widerstand gegen die *legitimate language* Status und Solidarität als entscheidende Größen an: Während die Verwendung der offiziellen Sprache den sozialen Status des Sprechers verbessert, zieht die Benutzung nichtstandardsprachlicher Elemente häufig die Solidarität anderer Sprecher auf sich (wiedergegeben nach GAL 1989, 354):

> Despite the authority of dominant forms, local social networks use material and social sanctions to exercise strong controls on speakers, constraining them to symbolically demonstrate local solidarity by maintaining local linguistic variants. Thus, the sociolinguistic evidence argues for a less totalizing conception of societal reproduction than Bourdieu's view, one that emphasizes the active, though often self-defeating, resistance of subordinate groups through solidarity-based linguistic practices.

GAL (1989, 354) verweist ferner auf weitere Schwachpunkte in Bourdieus Modell: So gelinge es den Bildungssystemen keinesfalls immer und überall, Konsens über die Dominanz einer einzigen sprachlichen Varietät herzustellen: Für weite Teile Großbritanniens, die europäische Peripherie und die „Dritte Welt“ sei diese Annahme problematisch. Außerdem berücksichtige Bourdieu nicht, dass selbst in Europa die jeweils dominante Sprache nicht nur wegen ihres symbolischen Marktwerts dominiere, sondern auch deshalb, weil nicht standardsprachliche Praktiken häufig schlicht zu heterogen und zu fragmentiert seien, um sich gegen die dominante Sprachpraxis durchzusetzen.

Trotz der Kritik am mitunter zu starken Determinismus der Theorien zu Sprache und sozialen Machtverhältnissen sind mittlerweile zahlreiche Untersuchungen entstanden, die auf diesen Ansätzen aufbauen. GAL (1988, 250f.) etwa hat in Fallstudien zu Sprachminderheiten *codeswitching* als Praxis dargestellt, die nicht losgelöst von politisch-ökonomischen Gegebenheiten und deren Genese zu verstehen sei:

> Unlike social classes, ethnic groups can have various relations to the political economic system. [...] [D]ifferences between [ethnic, Anm. MB] groups in codeswitching patterns are due in part to their historically different class positions and in part to links with co-ethnics in other states, links which do not exist for social classes. [...] Current linguistic minorities can be located in several structural positions in this

> world system [of political economy, Anm. MB], depending on their particular histories (e.g. how and in what historical period they became minorities) and especially on the timing and legal constraints of their inclusion in the 19th and 20th century expansion of capital.

Als Beispiele für ihre These führt Gal drei Sprachminderheiten an. Zum Sprachgebrauch der Siebenbürger Deutschen im sozialistischen Rumänien stellt sie fest, dass die Sprecher Rumänisch und Deutsch getrennt gehalten hätten und das Rumänische nur in wenig prestigeträchtigen Kontexten in den deutschsprachigen Code eingedrungen sei. Gal begründet dies mit dem höheren Prestige des Deutschen: Bis zum Zweiten Weltkrieg sei es die Sprache der Bevölkerungsgruppe gewesen, die in Rumänien wirtschaftlich dominiert habe. Außerdem sei in der internationalen Nachkriegsordnung Rumänien ein politisch und wirtschaftlich peripherer, die Bundesrepublik Deutschland dagegen ein zentraler Staat gewesen.

Als zweites Beispiel nennt Gal die Ungarn im Burgenland. Das Siedlungsgebiet der kleinen Gruppe von Burgenländer Ungarn fiel 1921 an Österreich. Die Ungarn seien dadurch Bürger eines Staates im Zentrum der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geworden. Zugleich seien sie überwiegend in der Landwirtschaft tätig gewesen. Dieses politisch-ökonomische Setting habe zu einer umgekehrten codeswitching-Praxis als bei den Rumäniendeutschen geführt: Wenn die Burgenländer Ungarn Expertentum und Autorität ausspielen oder soziale Distanz oder Ärger ausdrücken wollen, fügen sie GAL (1988, 254) zufolge Deutsch als Sprache der Staatsmacht in ihren ungarischen Code ein. Deutsch dringe also „von oben“ in die Konversation der Ungarn ein.

Weniger klar als für die Siebenbürger Deutschen und Burgenländer Ungarn ist laut Gal der Fall italienischer Arbeitsmigranten in Deutschland. Ihr *codeswitching* sei stärker von situationsbedingten Aushandlungsprozessen als von den äußeren Rahmenbedingungen abhängig. Als Fazit fordert GAL (1988, 259) zwar, dass die soziolinguistische Forschung historische und aktuelle politisch-ökonomische Einflüsse auf den Sprachgebrauch ethnischer Gruppen berücksichtigen müsse. Gleichzeitig warnt sie aber davor, daraus voreilige Schlüsse zu ziehen:

> [R]ather than being directly determined by political economic position, the [linguistic, Anm. MB] practices are part of the group's actively constructed and often oppositional response to that position. Indeed, for language groups facing a dominant culture that imposes external images of them, linguistic practices and evaluations are among the readily available and revealing sources of information about the implicit self-perceptions and unspoken evaluations of the ethnic "other" that make up consciousness.

Aufschlussreich für die Untersuchung impliziter Selbst- und Fremdwahrnehmungen ethnischer Gruppen können nicht nur *codeswitching* und Sprachwahl, sondern auch grammatische Prozesse sein (GAL 1989, 357).

In der Diskussion um die politische Ökonomie von Sprachen ist häufig der Begriff der Ideologie verwendet worden, dabei aber undefiniert oder „untertheoretisiert" geblieben (GAL 1989, 359). Einige Forscher wie etwa SCHIFFMAN (o. J.) hat dies dazu veranlasst, „Ideologie" als vermeintlich unspezifischen akademischen Modebegriff („It's all just ideology!") rundheraus abzulehnen.

In einem 1990 erschienenen Sammelband zu Sprachideologien (JOSEPH & TAYLOR 1990) unternimmt Roberge den Versuch, eine für die Soziolinguistik geeignete Definition von Ideologie zu finden (siehe zur folgenden Darstellung ROBERGE 1990, 134ff.). Roberges Thema in dem Sammelband sind Ideologien in der historischen linguistischen Forschung zu Afrikaans. Er greift dabei auf Definitionen von Religion, Zivilreligion, sozialer Philosophie und Ideologie zurück, die Moodie erarbeitet hat (MOODIE 1975). Auf dieser Grundlage entwickelt Roberge sein eigenes Verständnis des Begriffs „Ideologie". Religion definiert Moodie als eine Ansammlung von Symbolen (Worte, Gegenstände, rituelle Handlungen), die eine Einzelperson oder eine Gruppe dabei unterstützen, zu den grundlegenden Problemen menschlicher Identität und Bestimmung vorzudringen. Zivilreligion sei dagegen die religiöse Dimension des Staates. Sie sei mit der Ausübung von Macht und der ständigen Reproduktion der sozialen Ordnung verbunden. Soziale Philosophie oder soziale Metaphysik wiederum legt nach Moodie die Einheit von Gesellschaftsanalyse (Familie, Nation, soziale Klasse, die gesamte Menschheit) fest, außerdem die Übertragung von politischer Macht. Ideologie besteht Moodie zufolge aus präskriptiven Äußerungen, die sich aus Zivilreligion und sozialer Philosophie ableiten und diese Vorgaben in konkrete politische Handlungsanweisungen übersetzen. ROBERGE (1990, 135) ist diese Definition zu sehr auf politisches Handeln verengt. Er schlägt deshalb folgenden Ideologiebegriff vor:

> *Ideology* [Hervorhebung im Original, Anm. MB] I take to mean [...] a set of articulations that derive from a system of beliefs and symbols embedded in popular consciousness, reinforced by civil ritual, and codified in the social order.

Als Beispiel für eine Zivilreligion unter weißen Südafrikanern, die Afrikaans sprechen, nennt ROBERGE (1990, 137) den Glauben, Gott habe das Volk der weißen „Afrikaner" für ein besonderes Ziel auserwählt. Bestandteil der sozi-

alen Philosophie weißer Südafrikaner sei dagegen die angenommene Interdependenz kultureller und menschlicher Beziehungen: Sprache, Rasse, Geschichte, Vaterland, Religion und Kultur seien demnach die bestimmenden Merkmale eines Volkes. Sprache reflektiere den Charakter eines Volkes, und keine Nation könne ohne eigene Sprache existieren.

Eine Definition des Begriffs „Sprachideologie“ hat 1997 BLOMMAERT (1997, 3) in der Einleitung eines Bandes zu politischer Sprachwissenschaft gegeben. Diese Definition erscheint zwar klarer als Roberges Begriffsbestimmung. Sie lässt jedoch außer Acht, dass das definitorische Hauptproblem im Ideologiebegriff selbst angelegt ist:

> Language ideologies or ideologies of language are shared perceptions of what a language is, what it is made of, what purpose it serves, and how it should be used.

Die wohl umfassendste Diskussion der theoretischen Probleme, die mit der Erforschung von Sprachideologien zusammenhängen, hat Woolard geführt. Sie unterscheidet vier Grundtypen von Verwendungen des Ideologie-Begriffs (siehe zur folgenden Darstellung WOOLARD 1998, 5ff.). Der erste Typ begreife Ideologien als Ideen oder Konzepte. Ideologien in diesem Sinne hätten etwas zu tun mit Bewusstsein, subjektiven Repräsentationen und Glaubensüberzeugungen. Das zweite und am weitesten verbreitete Verständnis von Ideologien meine die Erfahrungen und Interessen, die von einem spezifischen sozialen Standpunkt aus artikuliert werden. Ein solches Begriffsverständnis geht Woolard zufolge davon aus, dass Ideologien keine Erkenntnisse liefern, die von materiellen und praktischen Aspekten des menschlichen Zusammenlebens unabhängig sind. Eine dritte Position sehe Ideologien als Ideen, Diskurse oder Bezeichnungspraktiken an, die dem Erwerb oder der Bewahrung von Macht dienten. Ein viertes Begriffsverständnis wiederum betrachte Ideologien als Verzerrungen, Illusionen, Fehler, Mystifikationen oder unzulässige Rationalisierungen irrationaler Vorgänge. Ursache dieser Verfälschungen können Woolard zufolge Machtinteressen, aber ebenso Mängel des menschlichen Wahrnehmungsvermögens und Intellekts sein. Hinsichtlich der Wertung von Ideologien stuft Woolard die genannten Positionen auf einer Skala ein: Das erste Begriffsverständnis stehe Ideologien wertfrei oder positiv gegenüber, das dritte eher negativ, das vierte eindeutig negativ.

Neben der Frage, was unter Ideologien zu verstehen ist, hat in der politischen Linguistik die Diskussion darüber eine wichtige Rolle gespielt, wie Sprachideologien erforscht werden können, und ob es typische Merkmale sprachideologischer Debatten gibt. Blommaert und Verschueren etwa haben

anhand von Presseartikeln die Bedeutung von Sprache für den Nationalismus in Europa untersucht (siehe zur folgenden Darstellung BLOMMAERT & VERSCHUEREN 1998). Die Ergebnisse ihrer Untersuchung fassen die Autoren unter den Überschriften „Sprache als distinktives Merkmal“ (*Language as a Distinctive Feature*) und „Sprache im Imperium“ (*Language in the Empire*) zusammen. Mit Blick auf Sprache als distinktives Merkmal stellen sie Folgendes fest: Im ausgewerteten Korpus von Texten zu interethnischen Konflikten und nationaler Identität trete Sprache als selbstständiges Thema kaum auf, sei aber implizit relevant (*The Significance of a Nonissue*). Wo Sprache als distinktives Merkmal im Diskurs in Erscheinung trete, sei sie ein Identitätsmarker. Sie sei dabei Teil eines Merkmalbündels, zu dem auch Abstammung, Geschichte, Kultur und Religion gehörten. Die identifikatorische Funktion dieses Merkmalbündels setze natürliche Diskontinuitäten in der realen Welt voraus. Diese Diskontinuitäten seien „Nationen“ oder „Völker“, die aufgrund von Sprache, Religion und Kultur auf eine ähnliche Weise voneinander unterschieden würden wie Gattungen des Tierreichs aufgrund von biologischen Merkmalen. Innerhalb der Nationen und Völker sei in den untersuchten Texten Homogenität die Norm: Sprachliche, religiöse, kulturelle und andere Differenzen würden als schädlich angesehen. Auch werde das objektive Vorhandensein von Nationen in den analysierten Texten vorausgesetzt (BLOMMAERT & VERSCHUEREN 1998, 201):

> Nowhere does it come to mind that groups – wherever they are to be found – have a strongly subjective basis, that „nations“ such as Lithuania or the Ukraine are defined territorially more than ethnically, and that they are therefore almost without exception multiethnic in population structure.

Dem Postulat, nationale Eigenständigkeit zu bewahren, werde offensichtliche Universalität beigemessen. So würden etwa die Niederländer aus deutscher wie aus flämischer Sicht mitunter als „unnormale“ Nation dargestellt, da sie ihrer nationalen Identität und Sprache zu wenig Bedeutung beimäßen.

Unter der Überschrift „Sprache im Imperium“ fassen Blommaert und Verschueren drei Aspekte typischer sprachideologischer Argumentationsweisen zusammen. „Sprache als Schlachtfeld“ trete im Diskurs in Kontexten auf, für die Spannungen zwischen einer Zentralregierung und sich national definierenden sprachlichen Gruppen charakteristisch seien. Prototypisch sei hier das sowjetische Modell: Der Zentralmacht, die als illegitim dargestellt werde, stünden „nationale“ Sprechergruppen gegenüber. Deren Interessen würden unhinterfragt als legitim angesehen, da die Nationalsprache als na-

türliches Merkmal der Gruppe gelte. Als damit zusammenhängend betrachten Blommaert und Verschueren den Aspekt „natürlicher Widerstand und Demokratie“. Da das Imperium die nationalen Gruppen in seinem Herrschaftsbereich vermeintlich unterdrücke, komme diesen ein quasi natürliches Widerstandsrecht zu. Nach Homogenität strebender Nationalismus werde mit Demokratie und Freiheit assoziiert, in Osteuropa außerdem mit Antikommunismus. Was schließlich das Verhältnis von Multilingualismus und Toleranz angeht, stellen Blommaert und Verschueren für die Debatte in Europa Folgendes fest: Individuelle Mehrsprachigkeit werde begrüßt, innergesellschaftliche institutionalisierte Mehrsprachigkeit dagegen werde als Gefahr für die vermeintlich natürliche Homogenität der jeweiligen Gesellschaft betrachtet. Auf internationaler Ebene wiederum werde Mehrsprachigkeit verteidigt, z. B. gegen Bestrebungen, die Zahl der Arbeitssprachen in der Europäischen Union zu reduzieren.

Der Metadiskurs über Sprache kann im Kontext politischer Auseinandersetzungen sehr komplex sein und mit Metaphern, Metonymien und Symbolen geführt werden (BLOMMAERT 1999, 429). Zur Identifikation der semiotischen Prozesse, die sich in sprachideologischen Debatten vollziehen, haben IRVINE & GAL (2000) einen wichtigen Beitrag geleistet. Sie unterscheiden drei solcher Prozesse: Ikonisierung, fraktale Rekursivität und Löschung. Als Ikonisierungen bezeichnen IRVINE & GAL (2000, 37) Umwandlungen des signativen Verhältnisses zwischen sprachlichen Merkmalen und der außersprachlichen sozialen Wirklichkeit:

> Linguistic features that index social groups or activities appear to be iconic representations of them, as if a linguistic feature somehow depicted or displayed a social group’s inherent nature or essence.

Unter fraktaler Rekursivität verstehen Irvine und Gal die Übertragung eines Gegensatzes, der für eine bestimmte Ebene salient sei, auf eine andere Ebene, ähnlich der Gestalt von Fraktalen in der Geometrie. Der Dichotomisierungs- und Abgrenzungsprozess, der einer Opposition (z. B. zwischen sozialen Gruppen oder sprachlichen Varietäten) zugrunde liege, wiederhole sich: Entweder schaffe er neue Unterkategorien auf jeder Seite der gegebenen Opposition, oder er erzeuge neue übergeordnete Kategorien, die beide Seiten der bereits existierenden Opposition einem neuen Gegensatzpartner gegenüberstellten. Löschung schließlich sei ein semiotischer Prozess, bei dem die Sprachideologie die sprachlich-soziale Realität vereinfache, indem sie Personen, Handlungen oder soziolinguistische Phänomene aus ihrer Wahrnehmung ausblende oder nur oberflächlich erkläre.

Beispiele liefern Irvine und Gal unter anderem aus den Auseinandersetzungen über die sprachlichen Verhältnisse in Mazedonien Anfang des 20. Jahrhunderts, nach der Zurückdrängung des Osmanischen Reichs (1912). So habe die westeuropäische Sichtweise auf die sprachliche Situation in Mazedonien damals angenommen, die Mehrsprachigkeit der Mazedonier sei ikonisch für die Loyalität zu mehreren Nationen und damit für geringe Vertrauenswürdigkeit. Ein Beispiel für fraktale Rekursivität ist Irvine und Gal zufolge das Unverständnis damaliger westlicher Beobachter dafür, dass dieselben mazedonischen Eltern ihre Kinder oft auf unterschiedliche nationale Schulen geschickt hätten – bulgarische, griechische, rumänische und serbische. Der westliche Blick habe darin die Rekursivität des vermeintlichen ethnischen Durcheinanders auf dem Balkan gesehen. Tatsächlich habe diese Praxis der Ausweitung des sozialen Netzes in politisch unsicherer Zeit gedient. Löschung schließlich habe die westeuropäische Sichtweise insofern betrieben, als sie das Verständnis der Attribute „griechisch" und „türkisch" ignoriert habe, das im Osmanischen Reich entstanden sei. Anders als von Beobachtern interpretiert, habe die örtliche Bevölkerung die Begriffe „griechisch" und „türkisch" nicht ethnisch, sprachlich oder territorial verstanden, sondern in erster Linie religiös: Muslime seien als Türken betrachtet worden, orthodoxe Christen dagegen als Griechen.

Neben nationalistischen Sichtweisen sind in jüngerer Zeit auch Argumentationsstrategien untersucht worden, die zwar vermeintlich für sprachliche Demokratisierung und Pluralisierung eintreten, dabei aber einer wenig reflektierten Perspektive auf Sprache und Ethnizität verhaftet sind. Ein Beispiel dafür ist der Diskurs über die Bedrohung von Sprachen (siehe zur im Folgenden wiedergegebenen Kritik DUCHÊNE & HELLER 2007). Duchêne und Heller zufolge gibt es in ihm zwei häufig wiederkehrende Argumentationsmuster: Das eine verknüpfe sprachliche Diversität mit Biodiversität. Dabei werde argumentiert, dass der Erhalt der sprachlichen Diversität auf der Welt für die kulturelle „Umwelt" des Menschen ebenso gut sei wie die Bewahrung der Artenvielfalt für die materielle „Umwelt". Das zweite Argumentationsmuster betrachte sprachliche Diversität als Teil des Weltkulturerbes (HELLER & DUCHÊNE 2007, 2). Duchênes und Hellers Kritik an diesem Bedrohungsdiskurs richtet sich zum einen gegen dessen Annahme, dass „Sprachen" als einheitliche, klar voneinander abgrenzbare Gebilde aufträten (HELLER & DUCHÊNE 2007, 3). Zum anderen wendet sich die Kritik gegen das Konzept der vermeintlichen Bedrohung als solches (HELLER & DUCHÊNE 2007, 4):

> We argue that discourses of language endangerment are discourses about some broader sense of endangerment, about some threat from outside (from some Other) to the social order; at the same time that threat discourse, for reasons that we need to discover, is produced and managed on the terrain of language.

Da das Weißrussische immer wieder als bedrohte Sprache bezeichnet wird, liegt auch in der vorliegenden Untersuchung ein besonderes Augenmerk darauf, wie dieser Bedrohungsdiskurs geführt wird und welche sozialen und politischen Interessen dabei verhandelt werden.

2. Sprache(n), Nation und Staatlichkeit in Belarus'

Neben dem dargestellten Forschungsstand zu Sprache, Nation, Mehrsprachigkeit, Sprachpolitik, „Sprachökonomie" und Sprachideologie ist der landesspezifische Hintergrund der Sprachendebatte zu berücksichtigen. Das folgende Kapitel übernimmt diese Aufgabe und gliedert sich in folgende Abschnitte: Zunächst wird ein Überblick über die Entwicklung von Staatlichkeit und Ethnizität in Weißrussland bis zum Zerfall der Sowjetunion gegeben (Kapitel 2.1). Es folgt eine zusammenfassende Darstellung zur sprachlichen Geschichte und Sprachpolitik (Kapitel 2.2).

2.1 Staatlichkeit, Konfessionen und Ethnizität in Weißrussland bis zum Zerfall der Sowjetunion

Auch rund 20 Jahre nach der Unabhängigkeit der Republik Belarus' ist die Zahl der deutsch- und englischsprachigen Untersuchungen, die sich ausschließlich mit der Geschichte Weißrusslands beschäftigen, überschaubar. Von den deutschsprachigen Historikern hat insbesondere LINDNER (1999) einschlägig zu Belarus' gearbeitet. 1999 legte er mit „Historiker und Herrschaft" eine umfangreiche Untersuchung zu Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrussland im 19. und 20. Jahrhundert vor. 2001 gab er zusammen mit Dietrich Beyrau einen bis heute maßgebenden deutschsprachigen Sammelband zur Geschichte Weißrusslands heraus (BEYRAU & LINDNER 2001).[24]

24 Verschiedene Aspekte der weißrussischen Geschichte behandeln auch zwei 2011 bzw. 2013 erschienene, an ein breiteres Publikum gerichtete Sammelbände (BOHN & SHADURSKI 2011; BOHN et al. 2013).

Im angelsächsischen Sprachraum ist gegenwärtig sicherlich David Marples einer der ausgewiesensten Belarus'-Historiker. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen gehören „Belarus – From Soviet Rule to Nuclear Catastrophe" (MARPLES 1996) und „Belarus – A Denationalized Nation" (MARPLES 1999).

Für die Zeit bis unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wird häufig auf eine Monographie von VAKAR (1956) Bezug genommen. Sie ist bereits 1956 erschienen, bietet jedoch auch aus heutiger Sicht noch einen guten Überblick. Auf die weißrussische Geschichte gehen darüber hinaus zwei rezente englischsprachige Monographien ein, deren Schwerpunkt jedoch auf der politischen Entwicklung unter Staatspräsident Lukašėnka liegt (BENNETT 2011; WILSON 2011).

In weißrussischer und russischer Sprache gibt es selbstverständlich eine größere Anzahl eigenständiger Publikationen zur weißrussischen Geschichte. Sie sind jedoch teilweise stark von geschichtspolitischem Lagerdenken in Belarus' beeinflusst und werden hier nur punktuell hinzugezogen.

2.1.1 Frühphase und Kiever Rus'

Gesamtdarstellungen der Geschichte Weißrusslands beginnen in der Regel im 9. oder 10. Jahrhundert. Die frühesten erhaltenen ostslavischen Chroniken nennen für diese Zeit die Stämme der Kryvičen, Dryhavičen und Radzimičen als Bewohner der weißrussischen Gebiete. Auch die Siedlungszentren Polack (862) und Turaŭ (980) werden erstmals erwähnt (LOJKA 2001, 69).

Wie die übrigen ostslavischen Fürstentümer jener Zeit wurden auch die protoweißrussischen Gebiete in die Auseinandersetzungen innerhalb des Herrschaftsverbandes der Rus' hineingezogen. 881 gelang Fürst Oleg die Vereinigung der Rus', Kiev wurde zum Sitz des Großfürsten erklärt, und 988 nahm Großfürst Vladimir den byzantinischen Glauben an. Die blutigen Machtkämpfe zwischen den ostslavischen Fürstentümern dauerten jedoch an, und mit der Eroberung des bereits zerstörten Kiev durch die Mongolen-Tataren (1237-1240) zerfiel der Staatsverband endgültig. Während die nordöstlichen ostslavischen Fürstentümer unter die Oberhoheit des Khanats gerieten, blieben die heutigen weißrussischen Gebiete von der Invasion weitgehend verschont (MARPLES 1999, 1).

2.1.2 Die weißrussischen Gebiete im Großfürstentum Litauen

Weißrussland wurde in der Folgezeit Teil des „Großfürstentums von Litauen, der Rus' und Schemaitens" (LOJKA 2001a, 80), kurz meist Großfürstentum Litauen genannt. Im 13. Jahrhundert begannen die ethnisch litauischen

Stämme westlich von Polack, sich politisch zu organisieren und Territorien der ehemaligen Rus' zu erobern (VAKAR 1956, 43). Mitte des 15. Jahrhunderts, als der Staat seine größte Ausdehnung erreicht hatte, bestand er zu etwa neun Zehnteln aus Gebieten, in denen eine überwiegend ostslavische Bevölkerung orthodoxen Bekenntnisses lebte (VAKAR 1956, 44). 1385 wurde mit der Akte von Krėva eine Personalunion zwischen Polen und Litauen abgeschlossen. Polen trat seinen Thron an Jahajla ab, der zugleich Großfürst von Litauen blieb.

2.1.3 Staatlichkeit, Konfession und Ethnizität nach der Union von Lublin (1569) und der Union von Brest (1596)

Zwischen den Großfürstentümern Litauen und Moskau entwickelte sich eine Konkurrenz um die Rolle als „Sammler" der ostslavischen Gebiete (PLOKHY 2006, 106). Im Livländischen Krieg, der 1558 begann, brachte der Moskauer Zar Ivan IV. („der Schreckliche") einem Bündnis aus livländischem Orden, polnischer Krone und litauischem Großfürsten eine Reihe von militärischen Niederlagen bei. Dadurch rückten Litauen und Polen enger zusammen, was 1569 zu einer Realunion, der Union von Lublin, führte (SAHANOWITSCH 2001, 93; SNYDER 2003, 24).

Neben den militärischen Auseinandersetzungen, die zur Union von Lublin führten, spielten für die Entwicklung Weißrusslands im 16. und 17. Jahrhundert religiöse Gegensätze eine wichtige Rolle. Ab Mitte des 16. Jahrhunderts gelangten die Lehren der Reformation auf weißrussischen Boden, verbreitet insbesondere von den Magnaten des Großfürstentums Litauen (OSWALT 2001, 345). Die Reformation wertete wie im westlichen Teil Europas die Volkssprache auf. Zusammen mit der Verbreitung des Buchdrucks führte dies dazu, dass religiöse Schriften in weißruthenischer Sprache entstanden (OSWALT 2001, 347). Auch der Jesuitenorden, den die römisch-katholische Kirche zur Rekatholisierung nach Litauen schickte, förderte in seinen Schulen die Verwendung der Volkssprache. Gegen die Ausbreitung des Protestantismus richtete sich darüber hinaus die Kirchenunion von Brėst (1596). Die unierte oder griechisch-katholische Kirche, welche die Oberhoheit des Papstes anerkannte, aber ihre Gottesdienste nach östlichem Ritus und auf Kirchenslavisch zelebrierte, fand im heutigen Weißrussland zahlreiche Anhänger.

Die Lubliner und Brėster Union hatten entscheidenden Einfluss auf die Identität der ostslavischen Bevölkerung im Großfürstentum Litauen. Der Adel fühlte sich von der prestigeträchtigen polnischen Kultur und Sprache

sowie vom römischen Katholizismus angezogen, über den westliche Ideen und moderne Bildungseinrichtungen nach Litauen gelangten. Deshalb polonisierte er sich weitgehend (VAKAR 1956, 56ff.). Eine Rus'-Identität bewahrten vor allem diejenigen Adligen, die an ihrer Zugehörigkeit zur unierten oder orthodoxen Kirche festhielten (PLOKHY 2006, 187). Gleiches gilt für die orthodoxen Bauern sowie die ostslavischen Stadtbewohner des Großfürstentums, die Katholizismus und Kirchenunion ablehnten (VAKAR 1956, 59ff.).

2.1.4 Weißrussland als Teil des Russischen Reiches (1795–1917)

Ende des 18. Jahrhunderts zerfiel die polnisch-litauische *Rzeczpospolita* aufgrund von inneren Konflikten und wurde zwischen Preußen, Österreich und Russland aufgeteilt. Die weißrussischen Territorien fielen vollständig dem Russischen Reich zu (SAHANOWITSCH 2001a, 118).

Unter der recht liberalen Bildungs- und Kulturpolitik von Zar Alexander I. breiteten sich – nach einer restriktiven Phase unter Katharina der Großen – in intellektuellen Kreisen die Ideen der deutschen Romantik aus, die zu einem Interesse an regionaler Geschichte und Kultur führten (SCHYBEKA 2001, 121). Unter den Adligen im heutigen weißrussischen Gebiet wuchs der Lokalpatriotismus (SAKALOVA et al. 2005, 44). Nach dem Aufstand von 1830-1831, der die Wiederherstellung der *Rzeczpospolita* zum Ziel gehabt hatte, wurde die russische Politik im ehemaligen Polen-Litauen wieder repressiver. 1839 wurde die unierte Kirche für aufgelöst erklärt und der Orthodoxie einverleibt (ZERASCHKOWITSCH 2001, 360). Die Bezeichnungen „Weißrussland" und „Litauen" verschwanden nach einer 1840 erlassenen Anordnung von Zar Nikolaus I. aus offiziellen Dokumenten, statt dessen wurde die Bezeichnung „Nordwestgebiet Russlands" (*Severo-Zapadnyj kraj Rossii*) verwendet (TEREŠKOVIČ 2004, 77). Nach einem weiteren Aufstand gegen die Zarenherrschaft (1863) wurde die Verwaltung der heutigen weißrussischen Gebiete vollends entpolonisiert. Angesichts der russischen Dominanz wurde die russische Kultur für den weißrussischen Adel und die Intelligenz ähnlich attraktiv wie im Jahrhundert zuvor die polnische.

Mit der Ausdifferenzierung der politischen Kräfte im Russischen Reich und dem wachsenden Widerstand gegen die Zarenherrschaft bildete sich auch eine weißrussische Nationalbewegung heraus. Ihr Einfluss auf die Masse der Bevölkerung war jedoch gering, auch während der bürgerlichen Revolution 1905-1906 (VAKAR 1956, 87). Erst als die Bedeutung der sozialen Mittelschicht zunahm, weil sich ihre wirtschaftliche Situation durch die bürgerliche Revolution verbesserte (ebd.), entstand ein potenzieller Adressat für die

weißrussische Nationalbewegung. Eine große Bedeutung für die Selbstverständigung der weißrussisch-national gesinnten Intelligenz und die Verbreitung ihrer Ideen hatte die Presse. Besonders wichtig war die Wochenzeitung *Naša Niva*, die von 1906 bis 1915 in Wilna erschien. Zusammenfassend werden die Jahre von 1906 bis 1917 in historischen Darstellungen häufig als Epoche der „Wiedergeburt" (*adradžėnne*) bezeichnet. In ihr formierte sich der weißrussische politische Nationalismus (VAKAR 1956, 91).

2.1.5 Die Weißrussische Sowjetrepublik (BSSR)

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem unter deutscher Besatzung für wenige Monate ein weißrussischer Nationalstaat (Weißrussische Volksrepublik, BNR) existiert hatte, wurde am 1. Januar 1919 die Weißrussische Sowjetische Sozialistische Republik (BSSR) mit der Hauptstadt Minsk gegründet (MARPLES 2001, 138). Das heutige Westweißrussland dagegen fiel mit dem Friedensvertrag von Riga (1921) an das wiedererstandene Polen. Die weitere historische Darstellung konzentriert sich auf die BSSR; zur Lage der Weißrussen in Ostpolen (den *Kresy Wschodnie*) in der Zwischenkriegszeit BABIŠČĖVIČ et al. (2006), BENECKE (2001) und VAKAR (1956), zu Weißrussland unter nationalsozialistischer Besatzung vgl. MARPLES (1999; 2001) und VAKAR (1956).

Um den Nationalismus in den Sowjetrepubliken, darunter auch in der BSSR, für den Aufbau einer sozialistischen Ordnung zu nutzen, betrieb die Kommunistische Partei (KP) vom Anfang der 1920er bis zum Anfang der 1930er Jahre die Politik der „Verwurzelung" (*korenizacija*). Sie bestand darin, systemtreue Kader aus den Titularnationen der jeweiligen Republiken in Führungspositionen des Staats- und Parteiapparats zu bringen. Mit der „Verwurzelung" ging in der BSSR eine Sprachpolitik einher, die in der Regel als „Weißrussifizierung" bezeichnet wird.

An der Wende von den 1920er zu den 1930er Jahren änderte sich die Parteilinie in der nationalen Frage. In Moskau hielt man die Förderung des Nationalismus in den Sowjetrepubliken für strategisch nicht mehr sinnvoll und begann eine Politik der Repressionen gegen die nationale Intelligenz. Die Repressions- und Vernichtungswellen gipfelten schließlich im Großen Terror von 1939 bis 1941, als auch zahlreiche Weißrussen nach Sibirien und in den Fernen Osten deportiert wurden (MARPLES 2001, 144; 1999a, 566).

Eine besonders hohe Opferzahl hatte die Bevölkerung Weißrusslands im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung zu beklagen (vgl. SNYDER 2010, 259). Der Widerstand der pro-sowjetischen weißrussischen Partisanen

gegen die Deutschen wurde daher zum zentralen Mythos der wiedererrichteten BSSR (vgl. AKUDOWITSCH 2013, 59).

Auch wenn mit dem Tod Stalins der Terror endete, gab es keine grundsätzlichen Veränderungen der KP-Linie in nationalen Fragen. Die Partei propagierte zwar die individuelle Entwicklung der „sozialistischen Nationen", Ziel war jedoch die Annäherung und Verschmelzung der Sowjetvölker unter russischer Führung. Diese Politik wirkt bis in die Gegenwart nach, wenn auch mit zwiespältigem Ergebnis: HENTSCHEL & KITTEL (2011a) zeigen aktuell, dass der ganz überwiegende Teil der Weißrussen (aus allen sozialen Schichten) zwar meint, man könne Weißrusse sein, ohne Weißrussisch zu sprechen, und immer noch der größere Teil, man könne Weißrusse und gleichzeitig Russe sein. Befragt nach der eigenen Identität, geben aber über 90 Prozent der Respondenten an, nur Weißrusse zu sein, und lediglich ca. drei Prozent bezeichnen sich gleichzeitig als Weißrussen und Russen.

Neben der Haltung der KP zur Nationalitätenfrage spielte für die nationalen Verhältnisse in der Nachkriegs-BSSR Industrialisierung und Urbanisierung eine wichtige Rolle (Zahlen im Folgenden nach MARPLES 1996, 21ff.): Lebten 1959 noch 31 Prozent der BSSR-Bevölkerung in Städten, so waren es 1990 bereits 66 Prozent. Allein die Einwohnerzahl der Hauptstadt Minsk vergrößerte sich von 509.000 im Jahr 1959 auf mehr als 1,6 Millionen im Jahr 1989. Waren die weißrussischen Städte vor dem Krieg russisch, jüdisch und polnisch geprägt gewesen, so wurden die Weißrussen in der Nachkriegszeit erstmals zur zahlenmäßig dominanten Nationalität. Da aber nach 1945 zahlreiche Russen in die BSSR übersiedelten und hier oft Leitungsfunktionen in Partei, Verwaltung und Industrie übernahmen, blieb eine kulturelle und sprachliche „Weißrussifizierung" der Städte aus.

Zu einem Anstieg des Nationalbewusstseins unter den Weißrussen kam es in der späten Sowjetunion aufgrund von zwei Ereignissen: der Katastrophe von Černobyl' und der Entdeckung des Massengrabs in Kurapaty. Die Geheimhaltungspolitik und Untätigkeit Moskaus nach dem Reaktorunglück in Černobyl' erschütterten das Vertrauen vieler Weißrussen in das Sowjetsystem und in die enge politische Bindung an das vermeintliche russische Brudervolk. Dieser Vertrauensschwund war ein wichtiges Motiv dafür, dass der weißrussische Oberste Sowjet 1990 die Souveränität der BSSR erklärte. Im nördlich von Minsk gelegenen Kurapaty-Gebiet dagegen entdeckte der Archäologe Zjanon Paznjak 1988 ein Massengrab mit mindestens 30.000 Menschen, die Ende der 1930er Jahre vom sowjetischen Volkskommissariat des Inneren (NKWD) getötet worden waren. Die Publikation der Ausgra-

bungsergebnisse fand große Resonanz in der Öffentlichkeit und war einer der Gründe für die Entstehung der Weißrussischen Volksfront (*Belaruski Narodny Front*, BNF), aus der sich die heutige nationalkonservative Partei BNF entwickelte. Die BNF stellte Kurapaty als Genozid am weißrussischen Volk dar, verurteilte die sowjetische Russifizierung Weißrusslands und forderte die Unabhängigkeit von Moskau (SAHM 1994, 544).

Die KP-Führung Weißrusslands dagegen verteidigte lange den Verbleib der BSSR in der Sowjetunion, und der neue Unionsvertrag, den KPdSU-Generalsekretär Gorbačev zur Abstimmung vorlegte, erhielt im März 1991 mit 82,7 Prozent eine hohe Zustimmung in Weißrussland (SAHM 1994, 545). Mit dem Putschversuch gegen Gorbačev im August 1991 siegten aber auch in der BSSR die zentrifugalen politischen Kräfte, zumal die weißrussische KP-Führung und ein Teil des Parlamentspräsidiums in Minsk ihre Unterstützung für den Umsturzversuch geäußert hatten. Ende August 1991 stimmte eine Mehrheit aus Abgeordneten von KP und BNF, die inzwischen in den Obersten Sowjet gewählt worden war, für die Unabhängigkeit Weißrusslands (SAHM 1994, 546). Die Auflösung der Sowjetunion beschlossen im Dezember 1991 dann die Präsidenten der Weißrussischen, Russländischen und Ukrainischen Sowjetrepublik, Šuškevič, El'cin und Kravčuk.

2.2 Sprachen in Weißrussland

Für die Analyse der Standpunkte zu Sprache und Nation in Belarus' ist es notwendig, auch einen Blick auf die Sprachgeschichte Weißrusslands zu werfen. Dies ist im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur kursorisch möglich und erfolgt in drei Abschnitten. Zunächst wird ein Überblick über die Sprachgeschichte auf weißrussischem Gebiet bis Ende des 19. Jahrhunderts gegeben. Dieser Einschnitt wurde gewählt, weil sich ab der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts das Bewusstsein dafür verbreitete, welche Bedeutung eine eigenständige weißrussische Literatursprache für die Schaffung einer nationalen Identität hat (MCMILLIN 1980, 112). Dann wird die Entwicklung der sprachlichen Situation in Weißrussland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart in den Blick genommen. Unter der sprachlichen Situation soll mit GUTSCHMIDT (2000, 69) Folgendes verstanden werden:

> […] vorhandene Sprachgebilde (Idiome), ihr Zustand, ihre Funktionen und ihre Verwendung in Kommunikationsbereichen und -situationen; ethnische, soziale und religiöse Differenzierung der Sprach- und Kommunikationsgemeinschaft; Sprachenpolitik des Staates und der Gruppen der Sprachgesellschaft; rechtliche Festlegungen; Einstellung

zu und Wertung von Idiomen, sowohl aus der Sicht der „gewöhnlichen" Sprachbenutzer als auch der Linguistik.

Eine umfassende Charakteristik aller dieser Faktoren für den genannten Zeitraum würde den Rahmen dieses einführenden Kapitels sprengen. Deshalb wird nur auf die Teilbereiche der sprachlichen Situation eingegangen, die für die jeweilige historische Periode die wichtigsten sind.
Im dritten Teil dieses Kapitels soll schließlich die Entwicklung der weißrussischen Standardsprache seit Ende des 19. Jahrhunderts nachgezeichnet werden.

2.2.1 Die Sprachgeschichte auf weißrussischem Gebiet bis Ende des 19. Jahrhunderts

Infolge der Christianisierung der Kiever Rus' (988) gelangte das Kirchenslavische auch auf das Gebiet des heutigen Weißrussland. Die frühesten bekannten Texte aus den ethnisch weißrussischen Gebieten stammen allerdings erst aus dem 12. Jahrhundert (MCMILLIN 1980, 105). Es handelt sich dabei vor allem um Heiligenlegenden und Predigten, etwa die Vita der heiligen Eŭfrasinnja Polackaja sowie die Predigten und Gebete des heiligen Kiryla Turaŭski. Sie sind auf Kirchenslavisch verfasst. Im 13. und 14. Jahrhundert dagegen treten immer häufiger Sprachdenkmäler auf, die lokale, typisch weißrussische sprachliche Merkmale enthalten, und zwar in Phonetik, Grammatik und Lexik (PRYHODZIČ 1998, 13). Dies sind vor allem Urkunden wie etwa der 1229 abgeschlossene Vertrag der Stadt Smolensk mit Riga und Gotland (PANZER 1999, 39). Über das Verhältnis von Kirchenslavisch und ostslavischer Volkssprache in den frühen ostslavischen Textdenkmälern wird bis in die Gegenwart gestritten. Meist hingen die Anteile der beiden Varietäten von Status und Gattung des jeweiligen Textes ab: Prinzipiell, vor allem in religiösen Texten, überwog das Kirchenslavische, ostslavische Einflüsse gab es in den Chroniken (USPENSKIJ 1987, 65f.). Stark ostslavisch geprägt waren dagegen Rechtstexte und private Korrespondenz auf Birkenrinden, die zur BSSR-Zeit in Vicebsk und Mscislaŭ gefunden wurden (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 147).

Im späten 14. sowie im 15. Jahrhundert wurde das Kirchenslavische der sogenannten Rebulgarisierung unterzogen (BIRNBAUM 1975; TALEV 1973; WORTH 1983). Durch eine sprachliche Archaisierung der religiösen Schriften sollten Einflüsse der ostslavischen Volkssprache beseitigt werden (ISSATSCHENKO 1980, 211ff.; TALEV 1973). Sie galten als Verfälschung des göttlichen Wortes und damit als „Werk des Teufels". Die Folge der „Rebul-

garisierung“ war, dass das Kirchenslavische für den größten Teil der ostslavischen Bevölkerung nahezu unverständlich wurde.[25] Neben dem politischen Aufstieg des Großfürstentums Litauen war dies ein wichtiger Faktor, der die Entstehung einer Literatursprache auf autochthoner Grundlage begünstigte. Nach Ansicht von CYCHUN (2002, 574) entwickelte sich damals aus den Mundarten, die an die Verwaltungszentren des Großfürstentums angrenzten, eine städtische Koiné, auf die sich die „altweißrussische“[26] Schriftsprache stützte. Diese verwendete das kyrillische Schriftsystem und wurde in zeitgenössischen Texten als *ruskij jazyk* bezeichnet, in Anlehnung an das Wort *Rus'* (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 147). Gegenübergestellt war der Begriff *ruskij jazyk* dem *slavjanskij jazyk*, d. h. dem Kirchenslavischen (MIKULIČ 1996, 65f.). PLOTNIKAŬ & ANTANIUK (2003, 11f.) unterscheiden insgesamt acht Genres von Sprachdenkmälern des Altweißrussischen: amtliche Dokumente, Chroniken, Übersetzungen weltlicher Literatur, religiöse Texte, Memoiren, künstlerische und polemische Literatur sowie Abhandlungen über Sprache. Große Bedeutung für die nationale Geschichtsschreibung der Weißrussen hat der Buchdrucker Francysk Skaryna (1485?-1540). Er ist Verfasser einer Bibelübersetzung ins Kirchenslavische, die er mit kunstvollen Erläuterungen auf Altweißrussisch versah (MCMILLIN 1980, 107). Die am häufigsten auftretenden altweißrussischen Texte aber waren Akten, Dokumente und Verträge (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 148). Das Altweißrussische war im Großfürstentum Litauen Staatssprache und diente als Kommunikationsmittel in Behörden, Kanzleien und im diplomatischen Schriftverkehr. Die bedeutendsten amtlichen Dokumente der damaligen Zeit sind die Litauischen Sta-

25 „Fremd“ war das Kirchenslavische der autochthonen ostslavischen Bevölkerung bereits gewesen, als es im Zuge der Christianisierung in die Rus' gelangt war; inwieweit es damals verständlich war, ist in der Forschung umstritten. In der Folgezeit näherte sich das Kirchenslavische immer mehr dem autochthonen Ostslavischen an. Auch wenn von dieser Entwicklung vor allem Texte weltlichen Inhalts (z. B. Chroniken) betroffen waren, war die dann beschlossene Rebulgarisierung kirchlich motiviert und schuf erneut eine große Distanz zwischen Kirchenslavisch und Volkssprache.

26 Der Terminus „Altweißrussisch“ für die hier umschriebene sprachliche Varietät ist insofern problematisch, als er eine Kontinuität zur heutigen Nationalsprache der Weißrussen suggeriert. Diese Kontinuität wurde jedoch Ende des 18. Jahrhunderts unterbrochen. Auch drängt der Terminus „Altweißrussisch“ die Tatsache in den Hintergrund, dass diese Sprache im Großfürstentum Litauen nicht nur von den Vorfahren der ethnischen Weißrussen, sondern auch von anderen Ostslaven und Balten verwendet wurde und – neben zahlreichen kirchenslavischen Elementen – im südlichen Landesteil auch einige typisch ukrainische Merkmale aufwies.

tute in ihren Redaktionen von 1529, 1566 und 1588. Es handelt sich bei ihnen um Sammlungen von Rechtsvorschriften des Großfürstentums. So heißt es im Litauischen Statut von 1566 (zit. n. ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 150):

> Ein weltlicher Schreiber soll im *ruski jazyk*[27] und mit dessen Worten und Buchstaben alle Briefe und Vorladungen schreiben, nicht in anderer Sprache und anderen Worten.

Diese Formulierung war allerdings bereits ein erstes Zeichen für den beginnenden Bedeutungsverlust des Altweißrussischen. Er wurde durch die polnisch-litauische Realunion (1569) beschleunigt. Denn nach der Union begann der weißrussisch-litauische Adel, den litauischen Reichsteil der *Rzeczpospolita* nach polnischem Vorbild umzugestalten. Ziel war, die eigene politische und wirtschaftliche Stellung zu sichern (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 150). Die polnische Kultur und Sprache wurden auch für den ostslavischen Adel immer attraktiver. Hinzu kam die Kirchenunion von 1596, die das Polnische als Sakralsprache förderte. Unter litauisch-weißrussischen Adligen verbreitete sich eine altweißrussisch-polnische Zweisprachigkeit. Das Altweißrussische wurde aufgrund der politischen Dominanz und kulturellen Blüte des Polnischen[28] letztlich entbehrlich (HENTSCHEL 1997, 223). Geschwächt wurde es zudem durch ein Wiedererstarken des Kirchenslavischen: Nach dem Vorbild protestantischer und gegenreformatorischer Bildungseinrichtungen, vor allem der Jesuitenkollegien, entstanden an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert im ostslavischen Raum orthodoxe Bruderschaftsschulen. Ihre Attraktivität bestand in einem umfassenden Bildungsangebot, zu dem auch die Verbesserung der Kirchenslavisch-Kenntnisse gehörte. Gegenüber dem mittlerweile stark polonisierten Altweißrussischen galt das Kirchenslavische als „reines Slavisch". Es wurde zum Symbol des Widerstandes gegen das Vordringen des römischen Katholizismus (DINGLEY 2001, 444f.).

Als schließlich 1696 der Reichstag (*Sejm*) in Warschau die amtliche Verwendung des Altweißrussischen verbot, war dies lediglich die formale Bestätigung seines Bedeutungsschwundes. Das Weißrussische bestand im 18. Jahrhundert in erster Linie in dialektaler Form fort. Seine Sprecher waren die analphabetische Landbevölkerung, der Kleinadel und die Handwerker in den

27 Der Begriff wurde hier im Original belassen, da die Übersetzung als „russische Sprache" eine unzutreffende Gleichsetzung mit der Sprache der modernen russischen Nation bedeuten würde. Um dies zu vermeiden, wäre grundsätzlich die Übersetzung „Rusisch" möglich, die sich im Deutschen allerdings nicht durchgesetzt hat.

28 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auf die höchst attraktive und anerkannte Literatur der polnischen Renaissance.

Städten (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 150). Der Schwerpunkt künstlerischen Schaffens verlagerte sich auf die mündlich überlieferte Folklore: Märchen, Legenden, Sagen und Sprichwörter. Schriftlich wurde das Weißrussische fast ausschließlich für Zwischenspiele von Theaterstücken verwendet, wenn es darum ging, Figuren als bäuerlich zu charakterisieren.

Als Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge der sogenannten Polnischen Teilungen die weißrussischen Gebiete unter russische Herrschaft gerieten, änderte sich sprachlich zunächst nicht viel. Die Eliten in den jüdisch und polnisch geprägten Städten verwendeten überwiegend das Polnische (RADZIK 1999, 95). Die Landbevölkerung sprach weiterhin dialektales Weißrussisch und betrachtete diese Sprache als „einfach", bäuerlich sowie ungeeignet für den Druck und die Hochkultur.

Im Zuge der romantischen Bewegung wandten sich jedoch ab Anfang des 19. Jahrhunderts Dichter den weißrussischen Bauern zu, um sich von deren Sprachgebrauch inspirieren zu lassen (DINGLEY 2001, 446). Die „Wiedergeburt" der weißrussischen Sprache und Kultur soll insbesondere eine Gruppe von Professoren aus Wilna angestrebt haben. Einer dieser Wissenschaftler war Michal Babroŭski, der 1835 einen „Weißrussischen Katechismus" herausgab (CYCHUN 2002, 575f.). Umstritten ist die Autorenschaft zweier Travestiegedichte, der „Änäis andersherum" (*Ėneida navyvarat*) und „Taras auf dem Parnass" (*Taras na Parnase*). Sie erschienen kurz nach Babroŭskis Werk und verarbeiteten die weißrussische Volkssprache aus dem nordöstlichen Dialektgebiet. Auch wenn diese ersten neuen Werke auf Weißrussisch noch recht unsystematisch auf Dialektmaterial zurückgriffen, so gaben sie doch bereits eine Richtung für die Entstehung der modernen weißrussischen Literatursprache vor: Man knüpfte nicht an das weitgehend verschüttete altweißrussische Erbe aus der Zeit des Großfürstentums Litauen an, sondern schuf auf Basis der aktuell gebräuchlichen Mundarten etwas Neues.

Mit dem literarischen Schaffen gingen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch erste ethnographische, volkskundliche und sprachwissenschaftliche Untersuchungen in Weißrussland einher. Diese Forschungen wurden oft sogar in russischem Auftrag durchgeführt, um den vermeintlich russischen Charakter der neu gewonnenen weißrussischen Gebiete nachzuweisen (DINGLEY 2001, 446f.). In der Wissenschaftselite des Zarenreiches galt das Weißrussische als Dialekt des Russischen. Erste weißrussische Grammatiken wurden in Moskau nicht gedruckt, weil sie das Weißrussische als „Sprache" bezeichneten (PLOTNIKAŬ & ANTANIUK 2003, 65). Die russischen Machthaber fürchteten sich vor der Entwicklung nationalen Bewusstseins in ihrem

Herrschaftsbereich. Polnischen und russischen Zeitschriften war es daher verboten, literarische Texte in der weißrussischen „Volkssprache“ zu veröffentlichen. Auch Theateraufführungen auf Weißrussisch waren untersagt. 1859 konfiszierten und vernichteten die Behörden eine Übersetzung des berühmten polnischen Poems „Pan Tadeusz“ ins Weißrussische (MCMILLIN 1980, 110). Angefertigt hatte sie Vincėnt Dunin-Marcinkevič.

Dunin-Marcinkevič zählte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch zu den weißrussischen Schriftstellern, die mit ihren Werken versuchten, Normen für eine neue weißrussische Literatursprache zu erarbeiten (CYCHUN 2002, 576; ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 151). Erschwert wurde ihre Arbeit jedoch von der immer repressiveren Sprachpolitik des Zarenreiches nach dem Aufstand von 1863. An ihm waren neben Polen auch Weißrussen beteiligt gewesen. Zur staatlichen Politik nach dem Aufstand wurde die „Russifizierung der Nordwestprovinz“. Verboten war neben dem Buchdruck auf Weißrussisch im Grunde jede Erscheinungsform eines eigenständigen weißrussischen Kulturlebens. Weißrussischsprachige Bücher wurden im Ausland gedruckt und ins Zarenreich geschmuggelt. Für den größten Teil der Eliten in den weißrussischen Gebieten blieb die weißrussische Sprache aber bis Ende des 19. Jahrhunderts eine gering geschätzte Bauernsprache. Dies hatte zwei Gründe: Zum einen war der Anteil von Polen und Russen an den Landeigentümern und Beamten in der „Nordwestprovinz“ des Russischen Reiches hoch. Zum anderen war auch für ethnische Weißrussen, die den sozialen Aufstieg schaffen wollten, das Russische die „Sprache des Broterwerbs“. Sprachliche Einflüsse des Weißrussischen dagegen galten als Makel, der auf eine niedrige soziale Herkunft schließen ließ (ZAPRUDSKI 2007, 102f.).

2.2.2 Die Entwicklung der sprachlichen Situation in Weißrussland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart

Das „erste explizite Zeugnis eines autonomen weißrussischen Sprachbewusstseins“ stammt nach Meinung von GUTSCHMIDT (2000, 71) aus dem Jahr 1891, und zwar von dem Schriftsteller Francišak Bahušėvič. Bahušėvičs Äußerung aus dem Vorwort zu seinem Gedichtband *Dudka belaruskaja* ‘Die weißrussische Schalmei’ ist eine der meistzitierten Aussagen der weißrussischen Sprachgeschichte (BAHUŠĖVIČ 1891, III):

> Wenn ich euch meine Arbeit zu Füßen lege, muss ich mit euch ein wenig über unser Schicksal sprechen, über unsere althergebrachte Sprache der Väter, die wir selbst, doch nicht wir allein, sondern alle ungebildeten Menschen „bäuerliche Sprache“ nennen, und die doch eigent-

> lich „weißrussische Sprache“ heißt. […] Ich habe mich überzeugt, dass unsere Sprache genau so menschlich und herrschaftlich ist wie die französische, die deutsche oder irgendeine andere. […] Ist es denn für uns schon natürlich geworden, dass man nur in einer fremden Sprache lesen und schreiben kann? Es ist gut, ja sogar notwendig, die Nachbarsprache zu kennen, aber zuerst muss man seine eigene kennen. […] Es hat viele Völker gegeben, die zuerst ihre Sprache verloren haben – so wie jener Mensch vor seinem Ableben, dem die Sprache genommen wird – und dann endgültig verstorben sind. Und so gebt ihr nicht unsere weißrussische Sprache auf, auf dass sie [die Weißrussen, Anm. MB] nicht sterben mögen! […] Es mag jemand fragen: Wo ist jetzt die Belarus’? Sie ist dort, Brüder, wo unsere Sprache lebt!

Einen Einschnitt in der Entwicklung der tatsächlichen sprachlichen Situation in Weißrussland markiert allerdings erst die russische Revolution von 1905-1907 (GUTSCHMIDT 2000, 71). Das Druckverbot für weißrussische Schriften wurde aufgehoben, sowohl für die lateinische als auch für die kyrillische Schreibung. Weiterhin nicht benutzt werden durfte das Weißrussische allerdings bei Kulturveranstaltungen und im politischen Leben; auch ein weißrussischsprachiges Schulwesen entstand noch nicht (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 153). Von 1906 bis 1915 wurden die ersten legalen weißrussischsprachigen Zeitungen *Naša Dolja* ‘Unser Schicksal’ (1906-1907) und *Naša Niva* ‘Unsere Flur’ (1906-1915) herausgegeben. In *Naša Niva* veröffentlichten damals die wichtigsten Vertreter der national gesinnten Intelligenz wie etwa die Dichter Jakub Kolas, Janka Kupala und Maksim Bahdanovič oder die Publizisten Anton Luckevič und Vaclaŭ Lastoŭski. Das Blatt erschien zeitweise parallel in zwei Schriftsystemen, dem kyrillischen für die orthodoxen Weißrussen und dem lateinischen für die Katholiken (BIEDER 1991, 407). Es kam zur Gründung weißrussischer Verlage in Wilna und St. Petersburg und eines weißrussischen Lehrervereins in Wilna (BIEDER 2001, 452f.). Die Anzahl weißrussischsprachiger Bücher, Zeitungen und Zeitschriften nahm deutlich zu – nach Schätzungen gab es von 1905 bis zur Oktoberrevolution 1917 245 Veröffentlichungen, während über das gesamte 19. Jahrhundert nur 75 erschienen seien (PRYHODZIČ 1998, 16). Die ersten Bände der später berühmten Schriftsteller Kupala, Kolas und Bahdanovič wurden in der russischsprachigen Presse als „unnötige, klägliche Literaturparodie“ verspottet, die weißrussische Sprache dagegen als „widerlicher, derber Dorfdialekt, der nur die Volksbildung behindere“ und von polnischen Revolutionären erfunden worden sei (BIEDER 1991, 407).

Für den Zeitraum der deutschen Besatzung im Ersten Weltkrieg sind zwei Perioden zu unterscheiden: Innerhalb des sogenannten Verwaltungsgebiets

Ober-Ost (Oktober 1915 bis März 1918) hatte das Weißrussische erstmals offiziellen Status, was neben einer weißrussischsprachigen Presse den Aufbau eines weißrussischsprachigen Schulwesens ermöglichte (vgl. CYCHUN 2002, 577; ZAPRUDSKI 2007, 103f.). In der zweiten Phase, der deutschen Besatzung in ganz Weißrussland und der Existenz der Weißrussischen Volksrepublik (März bis November 1918), kam die deutsche Militärverwaltung der weißrussischen Nationalbewegung noch weiter entgegen und erlaubte ihr neben dem Aufbau von Zentral- und Regionalbehörden den weiteren Ausbau des weißrussischsprachigen Schul- und Pressewesens.

Für die Sprachpolitik der Sowjetunion waren nach der Oktoberrevolution von 1917 zunächst die Grundsätze von Lenins Nationalitätenpolitik richtungweisend, die eine Gleichberechtigung aller Völker und Sprachen forderte. Im Zuge der *Belarusizacyja* 'Weißrussifizierung' sollte das Weißrussische in der belarussischen Sowjetrepublik (BSSR) zum primären Kommunikationsmittel werden (GUTSCHMIDT 2000, 72). Der entsprechende Beschluss des zentralen Exekutivkomitees der BSSR vom Juli 1924 forderte unter anderem die Gründung von Schulen und Hochschulen mit weißrussischer Unterrichtssprache, die Förderung weißrussischsprachiger Literatur und den Übergang zur Belarussophonie in Partei-, Staats-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsapparat sowie der Armee. Die sprachliche Weißrussifizierungspolitik ist im Kontext einer gleichzeitigen Alphabetisierungskampagne zu sehen. Die *Belarusizacyja* wurde im Schulwesen offiziell so konsequent umgesetzt, dass im Schuljahr 1930–1931 bereits 88 Prozent der Schüler Schulen mit weißrussischer Unterrichtssprache besuchten (BIEDER 2001, 454). 94,3 Prozent der Bücher und Broschüren, die 1930 in der BSSR erschienen, waren angeblich auf Weißrussisch verfasst. Von 196 Zeitungen, die 1932 herausgebracht wurden, verwendeten 146 die weißrussische, 13 die weißrussische und russische, sechs die russische, drei die jiddische und zwei die polnische Sprache (VEŠTORT 1999, 123). Auch im Staats- und Parteiapparat wurde nach einigen Jahren Übergangszeit die weißrussische Sprache als Amts- und Arbeitssprache verwendet. Von 20 Prozent im Jahr 1925 soll die Weißrussisch-Verwendung in öffentlichen Institutionen bereits 1927 auf 80 Prozent gestiegen sein (SMOLICZ & RADZIK 2004, 516). Nur an den Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen kam die von oben verordnete sprachliche Weißrussifizierung nur langsam voran, vor allem aus zwei Gründen: Zum einen machten hier die ethnischen Weißrussen unter den Lehrkräften und Studenten nur etwa ein Drittel bis ein Viertel aus; die zahlenmäßig überwiegenden russischen und jüdischen Hochschulangehörigen dagegen sprachen eher Russisch

als Weißrussisch (KUNCEVIČ 1999, 145). Zum anderen war in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern die weißrussischsprachige Terminologie nicht hinreichend entwickelt, so dass etwa die Akademie der Wissenschaften zwar in den Humanwissenschaften vor allem auf Weißrussisch, in den Naturwissenschaften dagegen auf Russisch publizierte (SOLOVJANČIK 1999, 148). Mit der Verfassung der BSSR von 1927 erhielt das Weißrussische den Status als „vorrangige [Sprache] für die Beziehungen zwischen staatlichen, beruflichen und staatsbürgerlichen Institutionen und Organisationen" (PRYHODZIČ 1998, 17). Gleichzeitig war es verboten, die Sprachen der nichtweißrussischen Bevölkerungsgruppen wie Polnisch, Jiddisch und Russisch zu diskriminieren.

In Wirklichkeit aber begünstigte auch in der Hochphase der weißrussifizierenden Sprachpolitik die Urbanisierung der BSSR das Russische: Dem 1926 bereits 39,3-prozentigen Anteil ethnischer Weißrussen an der Stadtbevölkerung standen lediglich 20 Prozent der Stadtbewohner gegenüber, die Weißrussisch als ihre Muttersprache angaben. Auf dem Land dagegen lag der Anteil der Bürger, die sich als Muttersprachler des Weißrussischen deklarierten, bei 76,9 Prozent (IOFFE 2003, 1025). Insgesamt ist Skepsis gegenüber den offiziellen Statistiken angebracht, die in Schulen, Partei- und Staatsorganen eine massive Hinwendung zum Weißrussischen zu belegen scheinen (SMOLICZ & RADZIK 2004, 516). Diese Daten sind sicherlich in hohem Maße eher die Deklaration von politisch erwünschter Sprachverwendung, als die realen Verhältnisse widerzuspiegeln.

Der sprachpolitische Kurs der Weißrussifizierung endete bereits Anfang der 1930er Jahre, als die sowjetische Staats- und Parteiführung den „lokalen Nationalismus" als Bedrohung der Sowjetunion ausmachte. Zahlreiche Vertreter der national gesinnten Intelligenz fielen in den 1930er und 1940er Jahren Repressionen bis hin zur physischen Vernichtung zum Opfer (PLOTNIKAŬ 2000, 53). Eine 1934 erlassene Parteidirektive erklärte das Russische in der gesamten Sowjetunion zur überregionalen Verkehrssprache (BIEDER 2001, 459). Die 1937 verabschiedete BSSR-Verfassung nahm dem Weißrussischen den Status als Staatssprache (BIEDER 2001, 459). Eine Verordnung der UdSSR-Führung machte es 1938 in den Schulen aller nationalen Republiken und Gebiete zur Pflicht, das Russische zu lernen (CYCHUN 2002, 577). Die Politik der „Zweitsprache Russisch" diente offiziell dem Ziel, den angeblichen kulturellen und sprachlichen Isolationismus der Weißrussen durch sowjetischen Internationalismus zu ersetzen (BIEDER 1991, 411).

Auch in den Gebieten, die nach dem Friedensvertrag von Riga (1921) Teile Polens wurden, konnte die weißrussische Nationalbewegung mit der staatlichen Sprachpolitik nicht zufrieden sein (CYCHUN 2002, 577; LUCKEVIČ 1920). Ein 1924 verabschiedetes Schulgesetz sah zweisprachige Schulen als vorherrschende Form des Unterrichts für die nationalen Minderheiten vor. Einsprachige weißrussische Schulen zu gründen, wurde damit praktisch unmöglich. Hatte es 1920 noch 346 privat gegründete Schulen mit Weißrussisch als Unterrichtssprache gegeben, so blieben von diesen im Jahr 1925 nur vier übrig (BIEDER 2001, 456). Die 1921 gegründete „Gesellschaft für die weißrussische Schule" (*Tavarystva belaruskaj školy*) setzte sich gegen die Schließung weißrussischer Schulen ein, gab Schulbücher und andere Publikationen heraus und organisierte weißrussischsprachige Kulturveranstaltungen.[29] 1936 verboten die polnischen Behörden die Tätigkeit der Gesellschaft (CYCHUN 2002, 577). Im Schuljahr 1938-1939 gab es in Westweißrussland keine Schule mit Weißrussisch als Unterrichtssprache mehr (BIEDER 2001, 456). Auch weißrussische Zeitungen und Zeitschriften wurden häufig verboten (BIEDER 2001, 457). Nach Einschätzung von Bieder war es in der Zwischenkriegszeit Ziel der polnischen Staatsführung, „die Bevölkerung Westweißrusslands innerhalb von 50 Jahren mit Hilfe der polnischen Schule und des polnischen Katholizismus gänzlich zu assimilieren" (BIEDER 2000a, 206). Fast 700 000 katholische Weißrussen seien auf diese Weise in den 1920er Jahren zu Polen geworden. Bereiche, in denen die weißrussische Sprache verwendet werden konnte, waren dagegen das religiöse Leben der orthodoxen Kirche und die Belletristik (BIEDER 2001, 457).

Unter nationalsozialistischer Besatzung im Zweiten Weltkrieg wurde das Weißrussische in den Zeitungen verwendet, die von der deutschen Verwaltung kontrolliert wurden, teilweise auch in den Schulen (GUTSCHMIDT 2000, 72). Ziel dieser Politik war es, die weißrussische Bevölkerung zur Kollaboration mit den Besatzern zu bewegen (BIEDER 2001, 459).

Nach dem Krieg war das Russische bis zum Zerfall der Sowjetunion faktisch deren Staatssprache, ohne dass dies rechtlich festgelegt gewesen wäre (BIEDER 1992, 146). Zu dieser Entwicklung kam es in Weißrussland nicht zuletzt deshalb, weil viele Führungspositionen in der Staats- und Parteielite der BSSR mit Kadern aus der russischen Sowjetrepublik (RSFSR) besetzt wurden (ZAPRUDSKI 2007, 105). 1959 verabschiedete der Oberste Sowjet der

29 Die Organisation wurde mit ähnlicher Zielsetzung 1996 wiedergegründet (vgl. TAVARYSTVA BELARUSKAJ ŠKOLY 2005).

BSSR ein Gesetz, nach dem der Weißrussischunterricht in Schulen mit russischer Unterrichtssprache vom Wunsch der Schüler und Eltern abhängig gemacht wurde (ZAPRUDSKI 2007, 106). Infolgedessen ließen sich vor allem in den 1960er und 1970er Jahren zahlreiche Schüler vom Weißrussischunterricht befreien. 1969 lernten republikweit rund 30 Prozent der Schüler kein Weißrussisch, in Minsk sogar etwa 90 Prozent (ZAPRUDSKI 2007, 106). Ein Beschluss des UdSSR-Ministerrats von 1978 machte zudem das Russische ab der ersten Klasse zum Unterrichtsfach für alle „nationalen" Schulen, d. h. auch für die weißrussischsprachigen (ZAPRUDSKI 2007, 106). Gleichzeitig ging die Zahl der Schulen mit Weißrussisch als Unterrichtssprache immer mehr zurück. 1988 besuchten gerade einmal noch 14 Prozent der schulpflichtigen Kinder solche Schulen (BIEDER 2001, 464). 1987 war in den Bezirkshauptstädten, Minsk eingeschlossen, nicht eine einzige Schule mit weißrussischer Unterrichtssprache verblieben. Weißrussischsprachige Klassen gab es in den Städten im Schuljahr 1987-1988 insgesamt lediglich neun, davon acht in Minsk und eine in Navapolack (ASSOCIATION OF BYELORUSSIANS IN GREAT BRITAIN 1988, 27). Republikweit sank von 1965 bis 1986 die Zahl der Schulen mit Weißrussisch als Unterrichtssprache von 9827 auf 3983 (KUNCEVIČ 1999, 141). Selbst in diesen Schulen war das Weißrussische mitunter nur sehr eingeschränkt Arbeitssprache: Unterrichtsmaterialien standen oft nur auf Russisch zur Verfügung, Schülern war es erlaubt, im Unterricht auf Russisch zu antworten oder Werke weißrussischsprachiger Schriftsteller in russischsprachiger Übersetzung zu lesen (KUNCEVIČ 1999, 141f.). Eine Ausbildung gab es zwar für Lehrer des Fachs Weißrussisch, nicht aber für Lehrer anderer Fächer an weißrussischsprachigen Schulen (ASSOCIATION OF BYELORUSSIANS IN GREAT BRITAIN 1988, 28). Der Unterricht an Hochschulen, technischen und berufsbildenden Schulen fand in russischer Sprache statt, Ausnahmen waren weißrussische Sprache und Literatur sowie teilweise weißrussische Geschichte.

Ein wichtiger Faktor, der die Situation der weißrussischen Sprache in der BSSR erschwerte, war die massenhafte Urbanisierung in den 1960er bis 1980er Jahren. In der städtischen, russischsprachigen Umgebung wurde für viele ehemalige Landbewohner das Weißrussische zu einer „nutzlosen", ja sogar verachteten Sprache (ZAPRUDSKI 2007, 106). Die offizielle Ideologie förderte diese Haltung, indem sie die Theorie der „zweiten Muttersprache" Russisch für alle nicht-russischen Nationalitäten propagierte. Diese vermeintliche Zweisprachigkeit wurde als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer einheitlichen Sowjetnation und zum Kommunismus angesehen (ZAPRUDSKI

2007, 106). Wegen des geringen Prestiges des Weißrussischen und seiner Nutzlosigkeit für den sozialen Aufstieg bemühten sich die Migranten vom Land in die Städte, sich an die russischsprachige Umgebung anzupassen. Dies gelang in unterschiedlichem Maße und führte zu verschiedenen Formen von sprachlicher Interferenz bis hin zu Sprachmischung.

In der letzten Dekade der Sowjetunion war das Russische bereits im gesamten öffentlichen Leben der BSSR vorherrschend. Während in ländlicher Umgebung weißrussische Dialekte noch verbreitet waren, war in den Städten die öffentliche Benutzung des Weißrussischen deutlich markiert und wurde mitunter als politische Provokation aufgefasst (BIEDER 2001, 464). In eher offiziellen, prestigeträchtigen Kommunikationssituationen war man auch auf dem Land bemüht, sich des Russischen zu bedienen. Das Weißrussische hatte beinahe ausschließlich in nicht-offizieller Kommunikation seinen Platz, und die weißrussische Standardsprache spielte auch hierbei fast keine Rolle (MOSER 2000, 195). Der Sprachgebrauch war zudem altersabhängig: Je jünger und gebildeter Sprecher auf dem Land waren, desto mehr verwendeten sie neben dem Ortsdialekt das Russische (NIKOLAEVA 1999, 228).

Zur sprachlichen Situation in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre liefert die 1999 erschienene „Typologie der Zwei- und Mehrsprachigkeit in Belarus'" (*Tipologija dvujazyčija i mnogojazyčija v Belarusi*) umfangreiches statistisches Material. In der Belletristik etwa erschienen 1987 in der BSSR zwar 112 Titel auf Weißrussisch gegenüber nur 74 Titeln auf Russisch. Dafür aber hatten die weißrussischsprachigen Bücher eine Gesamtauflage von nur 943.200 Exemplaren, während die russischsprachigen auf rund 20,7 Millionen kamen (VEŠTORT 1999, 121). Bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen in philologischen Fächern lagen die Verhältnisse ähnlich: Die Zahl der Titel in weißrussischer Sprache war höher als in russischer Sprache, die russischsprachigen Publikationen hatten aber eine deutlich höhere Gesamtauflage. In naturwissenschaftlichen und technischen Fächern ist Veštort zufolge praktisch keine wissenschaftliche Literatur auf Weißrussisch veröffentlicht worden (VEŠTORT 1999, 122). Von elf republikweit erscheinenden Zeitungen wurden Ende der 1980er Jahre sechs auf Weißrussisch herausgegeben, fünf auf Russisch, wobei die Auflage der russischsprachigen Zeitungen etwa fünfmal so hoch war wie die der weißrussischsprachigen (VEŠTORT 1999, 125). Eine Erhöhung des weißrussischsprachigen Anteils gab es in den 1980er Jahren in den damals vier staatlichen Radioprogrammen – von 105 gesendeten Stunden pro Woche (1980) auf 122,5 (1988). Der Anteil der russischsprachigen Sendestunden pro Woche sank im selben Zeitraum von 35

auf 21 (VEŠTORT 1999, 133). In annähernd 22 der weißrussischsprachigen Rundfunk-Sendestunden pro Woche sei aber auch das Russische – ohne Übersetzung ins Weißrussische – präsent gewesen, etwa in Form von russischsprachigen Antworten auf weißrussischsprachige Reporterfragen (VEŠTORT 1999, 134). Im einzigen „eigenen" Fernsehkanal der BSSR, der neben drei unionsweiten Programmen existierte, gab es 1988 25,6 Sendestunden pro Woche auf Weißrussisch, 45,9 auf Russisch (VEŠTORT 1999, 136). Im kulturellen Bereich war das Russische ebenfalls dominant: Von 17 Theatern, die 1987 in der BSSR existierten, waren drei weißrussischsprachig und 14 russischsprachig (MEL'NIKOVA 1999, 161); das BSSR-Kinostudio „Belarus'film" produzierte keine weißrussischsprachigen Filme (MEL'NIKOVA 1999, 167).

Die Ergebnisse der staatlichen Sprachpolitik in der Sowjetunion spiegeln sich auch in den Sprachstatistiken der Volkszählungen (Zahlen wiedergegeben nach BIEDER 2001, 462f.): Im Zensus von 1959 bekannten sich noch 93,2 Prozent der Weißrussen zum Weißrussischen als Muttersprache, 6,8 Prozent dagegen zum Russischen. 1989, in der letzten Volkszählung der Sowjetzeit, nannten nur noch 80 Prozent der Weißrussen Weißrussisch als Muttersprache, 19 Prozent gaben Russisch an. Der Anteil derer, die tatsächlich über eine umfassende Sprachkompetenz im Weißrussischen verfügten, dürfte erheblich niedriger zu veranschlagen sein, gerade wenn es um die Literatursprache geht.

Mit dem Beginn der Perestrojka-Politik gab es erste Proteste national gesinnter weißrussischer Intellektueller gegen die staatliche Sprachpolitik. Es hieß, sie benachteilige das Weißrussische und russifiziere das öffentliche Leben (GUTSCHMIDT 2000, 73). Die Proteste kamen unter anderem in (unbeantworteten) Briefen an den KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbačev zum Ausdruck (LISTY 1987). Zu beachten ist dabei, dass dieselben weißrussischsprachigen Schriftsteller, welche die „sowjetische" Sprachpolitik für das mangelnde Interesse an ihren Werken verantwortlich machten, von ebendieser Sprachpolitik auch jahrzehntelang profitiert hatten. Ihre Bücher waren nämlich in staatlich finanzierten Garantieauflagen von einigen Tausend Exemplaren erschienen, unabhängig vom tatsächlichen Leserinteresse (GAPOVA 2008, 142).

Die Führung der KP in Weißrussland verweigerte noch 1988 eine grundsätzliche Änderung der Sprachpolitik in der BSSR. Der Erste Sekretär der Partei, Sakaloŭ, hielt am Ziel der „weißrussisch-russischen Zweisprachigkeit" fest und lehnte in der Diskussion um die Sprache des Schulunterrichts „Privilegien, Einschränkungen oder Zwang" ab (zit. n. GUTSCHMIDT 2000, 73).

Die Bewegung für eine „Wiedergeburt“ der weißrussischen Sprache und Kultur wurde jedoch in der Folgezeit stärker. Anhänger einer solchen Politik gründeten 1989 die Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva belaruskaj movy*, TBM). 1990 wurde das Weißrussische alleinige Staatssprache, für den Übergang der öffentlichen Institutionen zum Weißrussischen wurde eine Frist von zehn Jahren festgelegt. Der Ministerrat beschloss ein Programm, mit dem die weißrussische Sprache gefördert werden sollte (SCHARLAJ 2008, 53). Die Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen wurde im unabhängigen Weißrussland von westlicher Seite unterstützt. So wurden etwa Anfang der 1990er Jahre in der US-amerikanischen Botschaft in Minsk telefonische und schriftliche Anfragen ausschließlich auf Weißrussisch oder Englisch beantwortet, selbst wenn die jeweilige Person oder Institution sich auf Russisch an die Botschaft gewandt hatte (GAPOVA 2008, 153).

Gegen die staatliche Weißrussifizierungspolitik gab es vielerorts Widerstand, vor allem in den Schulen (SCHARLAJ 2008, 54). Insbesondere die gesellschaftlich einflussreiche Gruppe der Weltkriegsveteranen protestierte öffentlich dagegen, dass im Schuljahr 1993-1994 76 Prozent der Erstklässler ihre Schullaufbahn auf Weißrussisch begannen, in einer Sprache, deren hochsprachliche Variante nur die wenigsten beherrschten (GAPOVA 2008, 146). Daneben stieß die Weißrussifizierungspolitik auch auf objektive Hindernisse wie finanzielle Probleme in Verwaltung und Bildungssystem sowie den Mangel an ausreichend qualifizierten Lehrkräften, die in der Lage gewesen wären, auf Weißrussisch zu unterrichten (SCHARLAJ 2008, 55). Staatspräsident Aljaksandr Lukašėnka konnte sich somit der Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung sicher sein, als er 1995 in einem Referendum über das Sprachenproblem abstimmen ließ. In dem Plebiszit wurde gefragt, ob die russische Sprache einen Status erhalten solle, der dem Weißrussischen ebenbürtig ist. Lediglich 12,7 Prozent der Teilnehmer stimmten dagegen (ebd.). Nach dem Referendum begann die Staatsführung, die von 1989 bis 1994 betriebene sprachliche Weißrussifizierungspolitik wieder rückgängig zu machen. Der Anteil der Erstklässler, die auf Weißrussisch unterrichtet wurden, sank bis 2006 landesweit auf 18 Prozent, in Minsk sogar auf nur 2,2 Prozent (GAPOVA 2008, 146). Nach Angaben der Gesellschaft für die weißrussische Schule reduzierte sich der Anteil der auf Weißrussisch unterrichteten Schüler von 29,4 Prozent im Schuljahr 1994-1995 auf 18,4 Prozent im Schuljahr 2008-

2009, in Minsk im Zeitraum von 1994-1995 bis 2007-2008 von 21 auf 2,5 Prozent.[30]

Im Verlagswesen dagegen bietet sich ein anderes Bild: Hier nahm die Zahl der veröffentlichten weißrussischsprachigen Bücher 1998 gegenüber 1994 sogar noch leicht zu, von 795 auf 806 (siehe hierzu und zu den folgenden Angaben GAPOVA 2008, 152). Eine wichtige Rolle im weißrussischsprachigen Buchdruck nehmen Übersetzungen ausländischer Werke ein. Hier sind allerdings private Enthusiasten federführend, deren Übertragungen ins Belarussische von westlichen Förderern unterstützt werden. Von 421 Übersetzungen ins Weißrussische, die 2005 erschienen sind, wurden nur 92 in den staatlichen Verlagen herausgegeben. Auf dem Zeitschriftenmarkt stieg nach dem Referendum von 1995 die Zahl der weißrussischsprachigen Titel, von 36 im Jahr 1990 auf 109 im Jahr 1998. Gleichzeitig nahm allerdings auch die Zahl der russischsprachigen Journale von 90 auf 205 zu (MEČKOVSKAJA 2002a, 129).

Radioprogramme, die in Belarus' ausgestrahlt werden, müssen zu mindestens 75 Prozent Musik aus Weißrussland spielen, wobei die Sprachverwendung allerdings nicht quotiert ist (GAPOVA 2008, 156).

In der Volkszählung von 1999 gaben 81 Prozent der Staatsbürger von Belarus' ihre Nationalität als weißrussisch an. 85,6 Prozent der Weißrussen nannten Weißrussisch als ihre Muttersprache. Allerdings gaben nur 41,3 Prozent der Weißrussen an, zu Hause normalerweise Weißrussisch zu sprechen. 62,8 Prozent der Gesamtbevölkerung von Belarus' – einschließlich der nationalen und ethnischen Minderheiten – nannten das Russische als Sprache der häuslichen Kommunikation (MEČKOVSKAJA 2002a, 125).

Neben den Daten der Volkszählung geben auch einige sozialwissenschaftliche Erhebungen über Einstellungen der Bevölkerung zur sprachlichen Situation Aufschluss. Wichtige Beiträge dazu haben die Studien des nichtstaatlichen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts NISĖPI mit Sitz in Wilna geleistet, in jüngerer Zeit insbesondere ein Forschungsprojekt Oldenburger und Minsker Linguisten und Soziologen zur gemischten Rede in Belarus'[31].

30 Angaben aus einer E-Mail des Vorsitzenden der Gesellschaft für die weißrussische Schule, Ales' Lozka, an den Verfasser (3.11.2009). 2012-2013 soll der Anteil der auf Weißrussisch unterrichteten Schüler weiter gefallen sein, auf 16 Prozent (RĖZALJUCYJA 2013).

31 Eine Übersicht über die Veröffentlichungen, die aus dem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekt der Universität Oldenburg sowie der Belarussischen Staatsuniversität

In einer repräsentativen Umfrage, die NISĖPI im September 2005 in Belarus' durchführte, erklärten 56 Prozent der Befragten, Weißrussisch und Russisch als Staatssprachen haben zu wollen, 20,1 Prozent sprachen sich ausschließlich für Weißrussisch, 11,2 Prozent ausschließlich für Russisch aus, 10,1 Prozent gaben an, dieses Thema sei ihnen nicht wichtig (NISĖPI 2005). Auf die Frage in derselben Erhebung, in welcher Sprache ihre Kinder unterrichtet werden sollten, wenn dies von ihnen abhänge, antworteten 49,7 Prozent der Respondenten „Russisch und Weißrussisch", 36,1 Prozent „Russisch" und 9,4 Prozent „Weißrussisch". Die Anhänger von Bilingualität machten also eine deutliche Mehrheit aus.

Auch eine Studie des Oldenburger und Minsker Forschungsprojekts hat unter den befragten Weißrussen wenig Zustimmung zu der Option festgestellt, Russisch zur einzigen Staatssprache in Belarus' zu erklären: Lediglich 17,2 Prozent waren damit eher oder voll einverstanden, 68,2 Prozent äußerten sich ablehnend, 49,3 Prozent davon sogar entschieden ablehnend, 14,3 Prozent waren unentschieden (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). Dazu passt das Ergebnis derselben Studie, dass nach Ansicht von 75,5 Prozent der Respondenten die weißrussische Kultur durch die weißrussische Sprache erhalten wird. Die Befragten sehen in der russischen Sprache und der Mischsprache zwar mehrheitlich keine Bedrohung für die weißrussische Kultur (68,2 Prozent gegen eine Bedrohung durch das Russische, 65,2 Prozent gegen eine Bedrohung durch die Mischsprache). Doch ist die Ansicht, dass es eine solche Bedrohung gebe, mit rund einem Drittel der Antworten eine stark vertretene Minderheitsmeinung (29,0 Prozent sehen im Russischen eine Bedrohung, 30,5 Prozent in der Mischsprache).

In einer weiteren repräsentativen Umfrage des NISĖPI vom Oktober 2006 wurde die deklarierte alltägliche Sprachverwendung erfragt, in einem zweiten Schritt dann die Begründung der Respondenten für ihre Sprachwahl im Alltag (NISĖPI 2006). 52,3 Prozent der landesweit Befragten gaben Russisch als Alltagssprache an, 23,0 Prozent eine „krude Mischung", 16,1 Prozent Russisch und Weißrussisch und 7,8 Prozent Weißrussisch. Bei allen Gruppen überwog als Erklärung für die Sprachverwendung, dass die jeweilige Sprache schon seit der Kindheit benutzt werde. Den höchsten Anteil (72,9 Prozent) hatte diese Begründung bei denen, die angaben, Russisch zu sprechen, den niedrigsten Anteil (53,0 bzw. 53,2 Prozent) bei den Respondenten, die nach

---

Minsk hervorgegangen sind, findet sich unter http://www.trasjanka.uni-oldenburg.de/48973.html [Stand: 28.10.2011].

eigenen Angaben Russisch und Weißrussisch bzw. eine Mischsprache sprechen. Die Begründung „Dies ist dort, wo ich lebe, die am weitesten verbreitete Sprache“ war bei den Mischsprachen-Sprechern mit 41,9 Prozent am stärksten vertreten, die patriotische Begründung „Dies ist die Sprache meines Volkes und meines Landes“ dagegen bei den Weißrussischsprechern (27,4 Prozent), aber auch den Respondenten, die angaben, sowohl Russisch als auch Weißrussisch zu verwenden (23 Prozent). Interessant an diesen Ergebnissen ist vor allem, dass unter den Respondenten, die Weißrussisch als Alltagssprache angaben, nicht die Sprachpatrioten die dominierende Gruppe sind, sondern diejenigen, die diese Sprache nach eigenen Angaben lediglich aus dem Elternhaus mitgebracht haben.

In dem Oldenburger und Minsker Forschungsprojekt wurden 1230 Respondenten weißrussischer Nationalität nach ihrer Muttersprache gefragt, außerdem nach Sprachen, die sie zusätzlich im Alltag verwenden (KITTEL et al. 2010). Mit 48,6 Prozent hatte das Weißrussische den stärksten Anteil an den Muttersprachen-Angaben, lag aber deutlich unter dem Wert der Volkszählung von 1999. An zweiter Stelle lag die im Zensus nicht zur Wahl stehende weißrussisch-russische Mischsprache mit 37,6 Prozent, das Russische kam auf 29,6 Prozent. Bei den zusätzlich im Alltag verwendeten Sprachen lag das Russische mit 44,4 Prozent vorn, gefolgt von der Mischsprache (37,8 Prozent) und dem Weißrussischen (20 Prozent).

Über den sozialen Hintergrund der Sprachwahlen in Belarus’ gibt ebenfalls eine Publikation des Oldenburger und Minsker Forschungsprojekts Aufschluss (KITTEL & LINDNER 2011). Nach den Selbstauskünften[32] der Sprecher gibt es von der ältesten zur jüngsten Generation der Respondenten einen klaren Trend von der Verwendung der Mischsprache zur Verwendung des Russischen im Alltag. Die Werte für das Weißrussische als Alltagssprache fallen ebenfalls von der ältesten zur jüngsten Generation, allerdings von einem deutlich geringeren Niveau aus. Die gemischte Rede ist bei älteren Frauen verbreiteter als bei älteren Männern.

Auch Bildung hat der Studie zufolge auf die Sprachwahl Einfluss. Von einem niedrigen bis zu einem mittleren Bildungsniveau steigt die Wahrscheinlichkeit, die gemischte Rede, oder – auf deutlich niedrigerem Niveau – das Weißrussische zu benutzen, während unter höher Gebildeten das Russi-

32 Das problematische Verhältnis von erklärter und tatsächlicher Sprachverwendung kann hier nicht vertieft werden, vgl. dazu etwa EICHINGER (2010).

sche dominiert. Die gemischte Rede ist aber grundsätzlich in allen Bildungsschichten verbreitet.

Auch der Wohnort spielt für die Sprachwahl eine Rolle: Die Verwendung des Weißrussischen nimmt der Studie zufolge mit der geographischen Entfernung von der Hauptstadt Minsk zu, die gemischte Rede ist in Städten mit geringer Einwohnerzahl am weitesten verbreitet, und zwar in allen Landesteilen.

Ein Licht auf das Verhältnis von Sprache und Nationsverständnis in Belarus' wirft eine Umfrage des NISĖPI vom November 2006 (NISĖPI 2006a). In dieser Umfrage wurde die Selbsteinschätzung über die verwendete Alltagssprache zur Definition der weißrussischen Nation in Bezug gesetzt. Auf den ersten Blick überrascht, dass unter den erklärten Weißrussischsprechern das ethnische Nationsverständnis mit 11,7 Prozent die geringste Rolle spielt, während das Verständnis als Kulturnation (40,4 Prozent) und Gemeinschaft von Staatsbürgern (40,1 Prozent) nahezu gleichauf liegen. Unter den erklärten Russischsprechern ist das ethnische Nationsverständnis dagegen am stärksten (33,7 Prozent), dicht gefolgt vom staatsbürgerlichen (32,2 Prozent); gemeinsame Kultur spielt mit 18,3 Prozent die geringste Rolle. Unter den Respondenten, die angaben, sowohl Russisch als auch Weißrussisch im Alltag zu sprechen, dominiert der kulturelle Nationsbegriff (39,4 Prozent), bei den erklärten Mischsprachen-Sprechern die gemeinsame Staatsbürgerschaft (46,1 Prozent). Wenn man davon ausgeht, dass unter den erklärten Weißrussischsprechern nicht die städtische Intelligenz, sondern die kleinstädtische und ländliche Bevölkerung mit niedrigem oder mittlerem Bildungsstand dominiert, so kann man – wie die Autoren der Studie – den hohen Anteil derer, welche die Weißrussen über gemeinsame Staatsbürgerschaft definieren, als Erbe des sowjetischen Internationalismus werten. Das große Gewicht des ethnischen Nationsverständnisses unter den Russischsprechern dagegen betrachten die Autoren der Studie als Strategie zum Erhalt der nationalen Identität: Da die russischsprachigen Weißrussen Staatsbürgerschaft und russischsprachige Massenkultur mit den Russen in Belarus' teilten, bleibe das Verständnis der Nation als Abstammungsgemeinschaft die einzige Möglichkeit, sich als Weißrussen zu identifizieren.

Die bereits erwähnte Untersuchung von KITTEL & LINDNER (2011, 642f.) zum sozialen Hintergrund von Sprachwahlen in Belarus' liefert ebenfalls Erkenntnisse zum Verhältnis von sprachlichen Selbsteinschätzungen und Identität der Weißrussen. Demnach besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen der pro-weißrussischen kulturellen Identifikation und der Selbstein-

schätzung von Respondenten, Weißrussisch oder den gemischten Code als Alltagssprache zu verwenden. Während somit die kulturelle Identifikation für die Abgrenzung zur Russischsprachigkeit ein wichtiger Faktor ist, spielt sie für die Entscheidung zwischen Weißrussisch und gemischter Rede kaum eine Rolle. Ebenfalls keinen Effekt auf die Sprachwahl hat der Studie zufolge das religiöse Bekenntnis der Respondenten.

Die schwierige Situation der weißrussischen Sprache und das Image Weißrusslands als „letzte Diktatur Europas" haben in den vergangenen Jahren vermehrt Aufmerksamkeit in westlichen Ländern erhalten. Folge dieser größeren Aufmerksamkeit waren etwa Auftritte weißrussischer Rock-Bands in Polen und Deutschland, Auslandsaufenthalte von Journalisten, Künstlern und Wissenschaftlern und ein langsam, aber stetig wachsendes Interesse an Übersetzungen weißrussischer Literatur (vgl. GAPOVA 2008, 154f.). Die Verwendung der weißrussischen Sprache wird im Westen in der Regel als Zeichen der Opposition gegen Lukašėnka gewertet.[33] Weißrussischsprachigkeit ist für belarussische Intellektuelle zudem ein Alleinstellungsmerkmal, das sie von der *intellectual community* in Russland abgrenzt. In der Konkurrenz um Fördermittel westlicher Stiftungen sind die Gegnerschaft gegen Lukašėnka und die Eigenständigkeit als nationale intellektuelle Elite wichtige Faktoren.

Einhergehend mit einer gewissen Öffnung Weißrusslands nach Westen, die seit den Gasstreitigkeiten mit Russland um die Jahreswende 2006-2007 festzustellen war, wurde die staatliche Sprachpolitik zum Teil widersprüchlich: Zum einen gab es offenbar weiterhin Verhaftungen wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses, das lediglich in der Verwendung der weißrussischen Sprache auf Demonstrationen bestand (GAPOVA 2008, 156f.). Zum anderen ergingen jedoch auch überraschende Gerichtsurteile, die eine stärkere Präsenz der weißrussischen Sprache im öffentlichen Leben anmahnten. Ein Beispiel dafür ist der Fall eines jungen Weißrussen, der sich an der Grenze geweigert hatte, die ausschließlich auf Russisch vorhandene Zolldeklaration auszufüllen (GAPOVA 2008, 156f.).

33 Für bestimmte Gruppen gilt dies natürlich nicht, etwa für Belarussisten aus dem staatlichen Wissenschaftsbetrieb von Belarus', welche die weißrussische Sprache aus beruflichen Gründen verwenden. Wie problematisch auch abgesehen von solchen Fällen die Gleichsetzung von Weißrussischsprachigkeit und proeuropäischer Gesinnung ist, zeigen Studien des Weißrussischen Instituts für strategische Studien (*Belaruski Instytut Stratėhičnych Dasledavannjaŭ*) mit Sitz in Wilna (SILICKI 2010; 2011).

Zur Beschreibung der sprachlichen Situation in Weißrussland sind seit der Unabhängigkeit des Landes verschiedene soziolinguistische Modelle herangezogen worden. So hat SMUŁKOWA (2000a) die Gemengelage mit dem Modell Fishmans zu Mehrsprachigkeit und Ethnizität (FISHMAN 1985, 39ff.) zu erfassen versucht. Der polnischen Forscherin zufolge liegen im heutigen Weißrussland drei sprachliche Situationen vor: (1) Bilingualismus bei gleichzeitiger Diglossie, (2) Bilingualismus ohne Diglossie und (3) Diglossie ohne Bilingualismus. Bilingualismus bei gleichzeitiger Diglossie gebe es auf dem Land. Hier habe das Russische oder die weißrussisch-russische gemischte Rede das höhere Prestige, der weißrussische Dialekt dagegen das niedrigere (SMUŁKOWA 2000a, 417). Weißrussisch-russischer Bilingualismus ohne Diglossie sei die Verwendung beider Sprachen in jeweils nur einem kommunikativen Akt, etwa in den Medien (SMUŁKOWA 2000a, 420). Diglossie ohne Bilingualismus gebe es unter weißrussischsprachigen Katholiken, die das Polnische nur für Gebete benutzten (SMUŁKOWA 2000a, 421). Gleichzeitig liege in Belarus' Diethnizität vor, d. h. in der Kultur Weißrusslands sind Smułkowa zufolge sowohl Elemente der weißrussischen als auch der russischen Kultur vorhanden. Nicht charakteristisch für die weißrussische Situation sei dagegen Bikulturalismus, d. h. ein Hin- und Herspringen der einzelnen Weißrussen zwischen den Normen zweier verschiedener Kulturen (SMUŁKOWA 2000a, 421f.).

Fishmans Modell zu Spracherhalt und Sprachwechsel, mit dem Smułkowa in ihrer Beschreibung der weißrussischen Mehrsprachigkeit arbeitet, wurde in nachfolgenden Studien als zu statisch angesehen. SLOBODA (2009, 16ff.) etwa plädiert dafür, das *language management* in Belarus' zu erforschen, d. h. eine Weiterentwicklung von Fishmans Ansatz zu verwenden. Anhand der sprachlichen Äußerungen und Interviewaussagen innerhalb einer erweiterten weißrussischen Familie und der Fakultät einer weißrussischen Universität überträgt Sloboda den *language management*-Ansatz auf die Gegebenheiten in Weißrussland. Er stellt bei seinen Gesprächspartnern die typischen Schritte des Sprachmanagements fest, die das Individuum in seinem Sprachgebrauch prozesshaft mit der gesellschaftlichen Makroebene verbänden: Normabweichung in der sozialen Interaktion; (mögliche) Feststellung dieser Normabweichung durch die Beteiligten der Interaktion; (mögliche) Bewertung der Normabweichung; (mögliche) Entwicklung einer Anpassungsstrategie aufgrund dieser Bewertung; schließlich: (mögliche) Implementierung der Anpassungsstrategie (SLOBODA 2009, 17). Als Beispiel für diese Prozesse nennt Sloboda die Interaktionen junger Weißrussischsprecher

auf der sozialen Mikroebene, die auf der Makroebene zur Herausbildung einer Gruppe „national bewusster“ Weißrussischsprecher mit einem spezifischen Wertesystem beitrügen. Diese Gruppe wiederum könne die Sprachwahl einiger Russischsprecher beeinflussen, die das Wertesystem der Weißrussischsprecher zu teilen und Weißrussisch zu sprechen begännen (SLOBODA 2009, 44).[34]

Hentschel vertritt mit Bezug auf korpusbasierte Untersuchungen die Meinung, dass das diglossische Moment in Belarus’ (zumindest in den Städten, wo fast zwei Drittel der Bevölkerung Weißrusslands leben) eher in der Verteilung des Russischen als High-Varietät und der gemischten weißrussisch-russischen Rede (und nicht des Weißrussischen[35]) als Low-Varietät ausgeprägt sei. Dies lässt das Weißrussische prinzipiell in der Relation eines asymmetrischen Bilingualismus zum Russischen, wobei die Asymmetrie bei den meisten Weißrussen im selteneren Gebrauch, im engen Spektrum der Verwendung und auch im geringeren Grad der Beherrschung bedingt liegt (vgl. HENTSCHEL im Druck; 2008, ähnlich auch schon HENTSCHEL & TESCH 2006). Insgesamt wird in diesen Arbeiten von einem prinzipiellen Oszillationspotenzial zwischen „reinem“ Russisch, gemischter weißrussisch-russischer Rede und „reinem“ Weißrussisch ausgegangen, das in Abhängigkeit von Kommunikationskontext, Kommunikationspartnern und partiell auch Kommunikationsthemen geradezu stufenlos genutzt werden kann.

Auch wenn die empirische Erforschung der gemischten Rede in Belarus’ erst begonnen hat, so wurde ihre soziolinguistische Einordnung bereits Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion. Eine Kontroverse drehte sich etwa um die Frage, ob in der gemischten Rede ein Usus völlig fehlt (so MEČKOVSKAJA 2002a, 127), oder ob sich ein Usus mit einer gewissen Oszillationsbreite herausgebildet hat (so die Annahme in HENTSCHEL & TESCH 2006). Jüngste Untersuchungen (HENTSCHEL 2014; im Druck), die ersten auf breitem Korpusmaterial basierenden Studien, verweisen sehr wohl auf eine partielle Konventionalisierung in der Verteilung ursprünglich weißrussischer oder russischer Elemente in der gemischten Rede. Die dabei auftretenden örtlichen Unterschiede ähneln deutschen Regiolekten, die Mischungen aus Dialekten und der Standardsprache sind (HENTSCHEL 2013).

34 Beispiele, wie sich der Ansatz des *language management* auf die Sprachpolitik im weißrussischen Bildungssystem anwenden lässt, liefern GIGER & SLOBODA (2008).

35 Auf dem Land dagegen können mit Hentschel noch verbreitet weißrussische Mundarten als Low-Varietät vorliegen, wie stark auch immer diese inzwischen vom Russischen beeinflusst sind.

2.2.3 Herausbildung und Entwicklung der modernen weißrussischen Literatursprache seit Ende des 19. Jahrhunderts

Wichtige Grundlagen für die Entstehung der modernen weißrussischen Literatursprache legten die Schriftsteller der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das Wörterbuch *Slovar' belorusskogo narečija* 'Wörterbuch des weißrussischen Dialekts' von Ivan Nasovič, erschienen 1870, sowie die Zeitung *Naša Niva* in ihren Erscheinungsjahren 1906 bis 1915 (CYCHUN 2002, 576). Zusammen mit anderen Zeitungen leistete das Blatt vor allem zur Herausbildung einer politischen und sozialen Terminologie im Weißrussischen einen wichtigen Beitrag (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 154). Dass *Naša Niva* bis 1912 parallel in lateinischer und kyrillischer Schrift erschien, spiegelte die Teilung der weißrussischen Nationalbewegung in römische Katholiken und Orthodoxe (DINGLEY 1989, 147). Die Redaktion entschied sich dann, das Blatt nur noch in kyrillischer Schrift herauszugeben, weil zum einen die Kosten für Parallelausgaben in zwei Schriftsystemen zu hoch waren, zum anderen deutlich mehr Leser die kyrillische Variante der Zeitung kauften (MAYO 1977, 30). Es bildeten sich die Besonderheiten des weißrussischen Alphabets gegenüber dem russischen aus, so die Verwendung der Grapheme *і* und *ыч* anstelle von russischem *и* und *ы* sowie des im Russischen nicht vorhandenen *ў* (PRYHODZIČ 1998, 16).

Die neue Literatursprache knüpfte weniger an die altweißrussische Kanzleisprache an, als sie eine Auswahl von dialektalen Sprachmerkmalen traf, die auf dem weißrussischen Territorium weiträumig verbreitet waren (BIEDER 2001, 453). Als „reinste" weißrussische Dialekte galten den frühen Sprachpuristen dabei die westweißrussischen (WEXLER 1985, 38). Basis der modernen Standardsprache wurden letztlich jedoch vor allem die zentralen weißrussischen Mundarten der Region um Minsk (MCMILLIN 1980, 113). Einer der Gründe dafür war, dass die wichtigsten weißrussischen Schriftsteller, die Anfang des 20. Jahrhunderts ihre Werke publizierten, aus Zentralweißrussland stammten (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 154). Außerdem wiesen die zentralen Dialekte aus puristischer Sicht am wenigsten Einflüsse aus den benachbarten Sprachen Polnisch und Russisch auf (WEXLER 1967, 215). Außer den Dialekten gingen dann jedoch auch Entlehnungen aus den Nachbarsprachen sowie Neuschöpfungen in die Lexik der weißrussischen Literatursprache ein (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 154).

Die sowjetische Politik der *karenizacyja* 'Verwurzelung' gab der Normierung der weißrussischen Literatursprache in den 1920er Jahren entscheidende Impulse (vgl. BIEDER 2001, 457). Staats- und Parteiführung stießen die Her-

ausgabe von Lehrbüchern, Wörterbüchern und Grammatiken an, intensiv wurde auch mit der Erarbeitung fachwissenschaftlicher Terminologie begonnen. Eine 1921 ins Leben gerufene wissenschaftlich-terminologische Kommission erarbeitete von 1922 bis 1930 insgesamt 24 terminologische Wörterbücher zu unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 155). Zugleich vergrößerte sich die Vielfalt der Funktionalstile in der weißrussischen Literatursprache, die nun nicht mehr ausschließlich Sprache der künstlerischen Literatur war, sondern darüber hinaus gesellschaftliche Funktionen übernahm (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 155). Die ersten weißrussischsprachigen Romane erschienen, außerdem literarische Übersetzungen aus anderen Sprachen. All diese Faktoren trugen dazu bei, dass sich das Weißrussische bis Anfang der 1930er Jahre zu einer eingeschränkt polyfunktionalen Schriftsprache entwickelte (GUTSCHMIDT 2000, 74). Deutlich überwogen in dieser Phase – auch in der offiziellen Sprachwissenschaft – puristische Tendenzen, nach denen die Nutzung „eigener" Ressourcen der Nationalsprache (d. h. der Dialekte) Vorrang vor „fremden" Elementen aus dem Russischen und Polnischen hatte (SJAMEŠKA 1998, 46).

Zu einem zweiten wichtigen Zentrum der Sprachnormierung wurde das polnische Westweißrussland: Hier wirkte der Philologe Branislaŭ Taraškevič, der bereits 1918 seine berühmte „Weißrussische Grammatik für Schulen" veröffentlicht hatte. Sie war im Wesentlichen eine zusammenfassende Kodifizierung der Normen, welche die Autoren von *Naša Niva* entwickelt hatten, umfasste Orthographie, Orthoepie, Morphologie und Syntax und wurde bis 1929 in mehreren Auflagen herausgegeben, sowohl im kyrillischen als auch im lateinischen Schriftsystem (KLIMAŬ 2006).[36] Tendenziell folgte die Orthographie bei Vokalen dem phonetischen, bei Konsonanten dem morphologischen Prinzip, bei noch schwach integrierten Lehnwörtern orientierte sie sich an der Schreibung in der Gebersprache (MAYO 1977, 33f.). Neben Taraškevič war der Sprachwissenschaftler Jan Stankevič ein weiterer wichtiger Verfechter der weißrussischen Sprache in Polen. Er gab 1921 ein „Kleines moskowitisch-weißrussisches Wörterbuch" heraus und veröffentlichte in der Folgezeit zahlreiche Arbeiten zur Normentwicklung des Weißrussischen. Die offizielle Sprachwissenschaft der BSSR übernahm zunächst die Kodifizierung von Taraškevič. Jazėp Lësik entwickelte sie in seinen Lehrbüchern, die von 1921 bis 1929 erschienen, weiter (KLIMAŬ 2006). Eine wissenschaft-

36 Eine weitere, postume, Auflage der Grammatik von Taraškevič erschien 1943 unter deutscher Besatzung in Minsk.

liche Konferenz (1926) und danach eine Sonderkommission, der neben Lësik unter anderem der Sprachwissenschaftler Vaclaŭ Lastoŭski und der Schriftsteller Janka Kupala angehörten, sollten im Auftrag des staatlichen Instituts für weißrussische Kultur (*Inbelkul't*) einige Inkonsequenzen im Regelwerk von Taraškevič beseitigen (DINGLEY 1989, 153; ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 155). LËSIK (1926, 3) setzte sich vor allem für eine Ausweitung des phonetischen Prinzips der Orthographie ein, das es den breiten Massen erleichtere, die Rechtschreibung zu beherrschen.

Die 1930 veröffentlichten Empfehlungen der Kommission, die sowohl Orthographie als auch Grammatik betrafen und das Weißrussische in deutlichem Abstand zum Russischen hielten, wurden jedoch nie umgesetzt. Grund war der Anfang der 1930er Jahre einsetzende Kampf der Sowjetführung gegen „nationaldemokratische Abweichler". Zahlreiche Intellektuelle und Wissenschaftler, die sich zuvor um das Weißrussische verdient gemacht hatten, waren Repressionen bis hin zur physischen Vernichtung ausgesetzt. Verhaftet wurden unter anderem die vormaligen Akademiemitglieder Jazep Lësik und Vaclaŭ Lastoŭski. Branislaŭ Taraškevič, der als Kommunist inzwischen von Polen in die UdSSR übergesiedelt war, wurde 1938 im Zuge der stalinistischen Säuberungen hingerichtet (BIEDER 2001, 458).

Neben den Urhebern der noch jungen Sprachnormen gerieten auch die Normen selbst ins Visier. Der zuvor verfolgte puristische Kurs wurde scharf kritisiert, und zwar als Hinwendung zur „Sprache des analphabetischen Dorfes" (SJAMEŠKA 1998, 46). Im August 1933 erließ die BSSR-Regierung ein Dekret mit dem Titel „Über die Änderungen und Vereinfachung der weißrussischen Rechtschreibung". Ziel der Reform, die entgegen dem Titel des Beschlusses über die Orthographie hinausging und auch die Morphologie umfasste, war die Annäherung der weißrussischen Standardsprache an die russische (BIEDER 2001, 460). Als Mittel dazu diente die Hinwendung zu den Merkmalen der nordöstlichen weißrussischen Dialekte, welche die größte Ähnlichkeit mit dem Russischen aufwiesen (WEXLER 1985, 42). In der Einleitung zu dem Regierungsdekret über die Reform heißt es (zit. n. STANKEVIČ o. J.):

> Der Nationaldemokratismus strebte mit allen Mitteln und auf alle Arten danach, die weißrussische Literatursprache von der Sprache der breiten weißrussischen werktätigen Massen loszureißen, indem er eine künstliche Barriere zwischen der weißrussischen und russischen Sprache schuf und das Weißrussische mit verschiedenen mittelalterlichen Archaismen und bourgeoisen Vulgarismen vermüllte.

Als „nationalistische Abweichung“ angeprangert wurden insbesondere Neologismen, die sich teilweise am Ukrainischen orientierten, außerdem dem Russischen unähnliche Dialektismen, Rückgriffe auf die Kanzleisprache des Großfürstentums Litauen, die Aneignung fremdsprachlicher Lexik ohne Vermittlung der russischen Sprache sowie Polonismen (GUTSCHMIDT 2000, 75). Im Gegensatz zum Sprachpurismus vor 1933, der nur polnische (und russische) Lehnwörter ablehnte, wurden nun auch weißrussische Lexeme aus der Standardsprache verdrängt, die ähnlich lautende polnische Entsprechungen hatten (WEXLER 1985, 43). Zu den neuen Regeln, die das Weißrussische dem Russischen annähern sollten, zählten, neben einigen anderen (siehe hierzu MAYO 1977, 42ff.; MAYO 1978, 27):

- die Schaffung einer Kategorie „revolutionärer“ Wörter, deren Akan’e in der Schreibung nicht wiedergegeben werden sollte (z. B. *rėvoljucyja*, *sovet*, *komunizm* statt *rėvaljucyja*, *savet*, *kamunizm*);
- die Übernahme von *l* als nicht-palatalisierter Laut bei der Wiedergabe fremdsprachlicher Namen und Begriffe, z. B. *Londan* statt *Lëndan*;
- die Übernahme von *s* und *z* in Fremdwörtern als palatalisierte Laute, z. B. *sistėma*, *fizika* statt *systėma*, *fizyka*;
- der Wegfall des Weichheitszeichens zur Kennzeichnung von regressiver Palatalisierung der Konsonanten *z*, *s* und *c*, z. B. *razvedka* ‘Geheimdienst’, *svet* ‘Welt’ und *cvet* ‘Farbe’ statt *raz’vedka*, *s’vet*, *c’vet*;
- in der Morphologie: die Kodifikation von Aktivpartizipien im Präsens, vor allem zur Bezeichnung von Tätigkeiten mit „gesellschaftlicher Bedeutung“.[37]

Die Reform war die erste gesetzlich verbindliche Kodifizierung der weißrussischen Sprache (ŽURAŬSKI & PRYHODZIČ 1994, 155). Langfristig gesehen war sie der Ausgangspunkt für eine Spaltung der weißrussischen Literatursprache in zwei Standards, von denen einer die Reform übernahm, der andere nicht (vgl. KLIMAŬ 2006). Von ihren Gegnern wurde die Reform als Russifizierung der weißrussischen Sprache abgelehnt. Verschwiegen wurde dabei oft, dass einige der beschlossenen Veränderungen bereits von der Orthographiekommission vorgeschlagen worden waren, der Lësik, Lastoŭski und Kupala angehört hatten. Ein Beispiel dafür ist der Wegfall des Weichheits-

37 Usuell verbreitet, wenn auch (außer in Luckevičs Grammatik aus dem Jahr 1916) nicht kodifiziert waren Aktivpartizipien im Präsens allerdings bereits in der weißrussischen Literatursprache der *Naša-Niva*-Periode. Ungebräuchlich dagegen waren Passivpartizipien im Präsens.

zeichens bei der Wiedergabe der regressiven Palatalisierung von *z*, *s* und *c* (DINGLEY 1989, 154; MAYO 1977, 42).

Die Publikationen im polnischen Westweißrussland schlossen sich den genannten Veränderungen der weißrussischen Standardsprache zunächst nicht an. Der polnische Staat mischte sich in die Diskussionen um die Normierung des Weißrussischen überhaupt wenig ein, was zu mitunter radikalen Experimenten mit der Literatursprache führte (KLIMAŬ 2006). Eine weitere Besonderheit Westweißrusslands in der Zwischenkriegszeit war, dass hier das lateinische Schriftsystem für die weißrussische Sprache neben der kyrillischen Schrift in Gebrauch blieb (MAYO 1977, 31). Als 1939 Ostpolen unter sowjetische Besatzung geriet, mussten jedoch auch hier das kyrillische Schriftsystem und die Sprachreform von 1933 übernommen werden (BIEDER 2001, 461).

Unter deutscher Besatzung (1941 bis 1944) wurde die Schulgrammatik von Taraškevič wieder eingeführt (BIEDER 2001, 461). Für die Orthographie wurde die Kodifizierung *Belaruski pravapis* 'Weißrussische Rechtschreibung' maßgeblich, die 1943 in Minsk erschien, und deren Herausgeber Anton Lësik, der Bruder Jazėp Lësiks, war. Auf Anordnung von Reichsminister Alfons Rosenberg wurde im Juni 1942 die Lateinschrift in den weißrussischen Schulen eingeführt, auch mehrere Zeitungen und Zeitschriften verwendeten sie. Die 1933 aus der Sprachreform hervorgegangene Variante des Weißrussischen lebte – in kyrillischer Schrift – in Publikationen des kommunistischen Untergrunds fort und wurde 1944 mit der Wiedergründung der BSSR wieder in Kraft gesetzt.

Hervorstechendstes Merkmal der weißrussischen Lexik ab den 1930er Jahren wurde die Ideologisierung des Wortschatzes nach russischem Vorbild. Die meisten Lehnübersetzungen, oft auch einfach transliterierten Übertragungen von Begriffen aus dem Russischen stammten aus Politik, öffentlichem und kulturellem Leben, etwa bei der Benennung von staatlichen Institutionen (SJAMEŠKA 1998, 47f.). Zudem wurde im offiziellen russisch-weißrussischen Wörterbuch von 1937 bei Synonymen in der Regel das dem Russischen ähnliche Lexem an erste Stelle gesetzt. Verben, die in früheren Wörterbüchern noch das Suffix *-ava-* aufwiesen, erhielten nun das am Russischen orientierte Suffix *-irava-*, z. B. *kapituliravac'* 'kapitulieren' statt *kapituljavac'*.

1957, vier Jahre nach dem Tod Stalins, wurden zwar einige Neuerungen der Sprachreform von 1933 wieder rückgängig gemacht; so ließ man etwa in der Orthographie die Wiedergabe des Akan'e in Schlüsselwörtern der sozialistischen Gesellschaftsordnung wie *savet* oder *kamunizm* wieder zu

(DINGLEY 1989, 156). Doch auch in der Nachkriegszeit wurde das Russische von der staatlichen Sprachpolitik in der BSSR als wichtigste Quelle für die vermeintliche Bereicherung der weißrussischen Sprache angesehen. Dies demonstriert das Vorwort zum 1953 erschienenen „Russisch-weißrussischen Wörterbuch" der Akademie der Wissenschaften (zit. n. STANKEVIČ o. J.):

> Die weißrussische Sprache erreichte wie die gesamte Kultur der weißrussischen Nation in den Jahren der Sowjetherrschaft einen hohen Entwicklungsstand […]. Sie arbeitete ihre literarischen Normen aus und erweiterte ihren lexikalischen Bestand beträchtlich, und zwar mit Wörtern aus der ihr verwandten russischen Sprache.

Scharfe Kritik an der „Russifizierung" der weißrussischen Sprache kam in den Jahrzehnten nach 1945 vor allem von national gesinnten Exil-Weißrussen. Der wohl profilierteste Gegner der sowjetischen Normentwicklung war Stanislaŭ Stankevič, der aus dem ehemals polnischen Westweißrussland stammte und 1949 in die USA emigrierte. In einer ursprünglich 1962 erschienenen linguistischen Polemik mit dem Titel „Die Russifizierung der weißrussischen Sprache in der BSSR" listet Stankevič zahlreiche Beispiele aus Belletristik, Sachliteratur, Zeitungen und Zeitschriften der BSSR auf, um zu belegen, wie weit die Russifizierung der weißrussischen Literatursprache bereits fortgeschritten sei (STANKEVIČ o. J.). Als Russismen wertet er unter anderem

- in der Morphologie: die Ausbreitung von Endungen auf -a im Gen. sg. mask. anstelle der „weißrussischen" Endungen auf -u (*zavoda/zavodu* 'des Betriebs'); die analytische Superlativbildung mit samy anstelle der synthetischen mit dem Präfix naj- (*samy bahaty/najbahatšy* 'der reichste'); die Verwendung von Passivpartizipien wie in *pravodzimyja merapryemstvy* 'Veranstaltungen, die durchgeführt werden' oder *peražyvaemy mamėnt* 'der Moment, der erlebt wird';
- in der Syntax: die Rektion der Verben des Lehrens (*vučyc', navučac', pavučac'*) – neben dem „ursprünglich" im Weißrussischen geforderten Genitivobjekt trete hier bereits analog zum Russischen der Dativ auf; die Rektion des Verbs *dzjakavac'* 'danken' – hier breite sich neben dem Dativobjekt immer mehr der Gebrauch eines Akkusativobjekts, analog zum russischen *blagodarit'*, aus; die Verwendung der Präposition *pa* analog zum Gebrauch von *po* im Russischen, wo im Weißrussischen eine andere Präposition verwendet werden müsste (*pa mjascovamu času/pavodle mjascovaha času* 'nach Ortszeit');

– in der Phraseologie: Verwendung von *na samaj sprave* analog zum russischen *na samom dele* ‘tatsächlich, in der Tat’ statt Benutzung des Adverbs *sapraŭdy*;
– in der Lexikologie: Verwendung von *apasacca* analog zum russischen *opasat’sja* ‘befürchten, sich fürchten, vor etwas zurückschrecken’ statt *bajacca*, *as’cerahacca*, *s’cerahčysja*; Benutzung von *abnarodavac’* ‘bekanntmachen, publik machen’ analog zum russischen *obnarodovat’* und anstelle von *abves’cic’*; Verwendung von *uzrost* ‘Alter’ analog zu russischem *vozrast*, wo es auf Weißrussisch *vek* heißen müsste. Stankevič unterscheidet im Wortschatz drei Typen von Russismen: Erstens Wörter mit zwar slavischer, aber im Weißrussischen wenig produktiver Wurzel (Beispiel *apasacca*), zweitens Wörter, deren Wurzel auf Weißrussisch anders (in anderer Struktur oder Bedeutung) verwendet wird als im Russischen (Beispiel *abnarodavac’*), drittens Wörter, die im Weißrussischen zwar in identischer Form wie im Russischen existieren, dabei aber eine andere Bedeutung haben (für weißrussisches *uzrost* nennt Stankevič die Bedeutung ‘Wuchs, Höhe’).

Die geschilderten Phänomene sieht Stankevič nicht als Ergebnis intensiven Sprachkontakts an, sondern als Folge „eines planmäßig durchgeführten Russifizierungsprozesses“.

Die weißrussische Emigration in Westeuropa und Nordamerika, der Stankevič angehörte, war bis zur Perestrojka Refugium für den Standard der weißrussischen Sprache, der sich auf die Grammatik von Taraškevič berief (*Taraškevica*). Die Normen, die nach der Reform von 1933 in der BSSR entstanden (die sogenannte *Narkomaŭka*, benannt nach dem BSSR-Volkskommissariat für das Schulwesen), wurden von den Emigranten abgelehnt. Da die weißrussische Diaspora weder über ein besonders ausgebautes Presse- und Verlagswesen noch über ein weißrussischsprachiges Schulsystem verfügte, konnte sie „ihre“ Sprachnormen zwar in groben Zügen konservieren, aber nicht annähernd stabilisieren (KLIMAŬ 2006).

Auch wenn es die antikommunistische Emigration war, welche die sowjetische Sprachnorm des Weißrussischen am schärfsten ablehnte, so regte sich auch in der BSSR selbst Widerstand. Etwa Mitte der 1960er Jahre begannen einige Schriftsteller, Journalisten und Sprachwissenschaftler, die Vorschriften in den Wörterbüchern und Grammatiken der Akademie der Wissenschaften zu ignorieren. Sie benutzten Lexeme sowie grammatische Formen, die für die *Taraškevica* oder die südwestweißrussischen Dialekte typisch waren und sich vom Russischen deutlich unterschieden (KLIMAŬ 2006;

SJAMEŠKA 1998, 49f.). Als Resümee einer Konferenz, die 1972 in der Akademie der Wissenschaften stattfand, verurteilte der Schriftsteller Kandrat Krapiva diese Entwicklung als „unbegründetes Neuerertum, [als] Bestreben, eng dialektale grammatische und lexikalische Mittel in den Rang der literarischen Norm einzuführen“ (zit. n. SJAMEŠKA 1998, 50). Zudem wurden die „Neuerer“ Schikanen ausgesetzt (GUTSCHMIDT 2000, 76).

Im Allgemeinen zeichneten sich nach Ansicht von Klimaŭ die 1950er bis 1970er Jahre durch „extremen Präskriptivismus“ aus, der die Möglichkeiten zur Auswahl von Lexemen und Mustern der Wortbildung beschränkt habe. Entlehnungen seien praktisch nur über das Russische zugelassen worden (KLIMAŬ 2006). Dieser Präskriptivismus war allerdings nicht nur eine Folge der Sprachpolitik, die auf die Annäherung der weißrussischen Literatursprache an das Russische abzielte. Er reflektierte auch die Ansicht der Prager linguistischen Schule, nach der Literatursprachen sich vor allem durch Bewahrung vorhandener Normen sowie Stabilität auszeichnen sollten (SJAMEŠKA 1998, 51).

Mit der Perestrojka ging auch eine Liberalisierung des Gebrauchs der Literatursprache einher. Die an die Tradition vor 1933 anknüpfenden Normierungen gelangten aus der Emigration nach Weißrussland (KLIMAŬ 2006). Zahlreiche nicht-staatliche, aber auch einige staatliche Periodika gingen Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre dazu über, Varianten der weißrussischen Schriftsprache zu verwenden, die sie für die *Taraškevica* hielten. Zusätzlich gelangte die zuvor verbotene wissenschaftliche Literatur und Belletristik der 1920er Jahre wieder in Umlauf (SJAMEŠKA 1998, 52). Insbesondere Anhänger des nationalen politischen Lagers und der sogenannten Wiedergeburtsbewegung forderten eine Rückkehr zu den Normen, wie sie vor der Reform von 1933 gegolten hatten (BIEDER 2001, 468). Unter jungen Intellektuellen galt die Verwendung der *Taraškevica* als Zeichen einer elitären Gegenkultur gegen das sowjetische Erbe (KLIMAŬ 2006). Dies schloss einen permissiven Umgang mit den sprachlichen Normen und das Ausprobieren von Dialektismen und Wortneuschöpfungen ein. Sie sollten zum Teil Lexeme ersetzen, die man als Russismen empfand. Nur vereinzelt dagegen wurde im weißrussischsprachigen Druck auch wieder die Lateinschrift verwendet. Die national orientierte Zeitung *Naša Niva* etwa druckte zwei Jahre nach ihrer Wiedergründung im Jahr 1991 eine ganze Ausgabe in der *Lacinica*, was aber ein einmaliges Experiment war (MEČKOVSKAJA 1998, 62).

Außerhalb dieser Gruppe der sogenannten „Reformer“, die vor allem im nationalkonservativen politischen Lager Rückhalt hatten, gab es auch ein-

flussreiche Diskutanten, welche die sowjetische Variante des Weißrussischen, d. h. die sogenannte *Narkomaŭka*, beibehalten wollten. Bieder bezeichnet diese Gruppe als die „Traditionalisten“ (BIEDER 1995). Sie lehnten es ab, die seit 1933 vorangeschrittene Normentwicklung durch eine „künstliche“ Archaisierung, Ausweitung von Dialektismen, Neuschöpfungen und durch die Verwendung von Polonismen wieder rückgängig zu machen. Aljaksandr Žuraŭski etwa, Minsker Belarussist und einer der bekanntesten Vertreter der Traditionalisten, warnte in einem Konferenzbeitrag von 1998 vor solchen vermeintlich destruktiven Prozessen im Usus der weißrussischen Literatursprache (ŽURAŬSKI 1998).

Nach dem Amtsantritt von Staatspräsident Aljaksandr Lukašėnka wurde die Verwendung der sowjetischen Sprachnormen des Weißrussischen für alle staatlichen Medien und Verlage wieder bindend (KLIMAŬ 2006). Maßgebend waren dabei die Wörterbücher und Grammatiken des Instituts für Sprachwissenschaft an der Akademie der Wissenschaften. Im weißrussischen Schulwesen war auch zuvor schon nur die offizielle Variante der weißrussischen Literatursprache verwendet worden.

An den Normen, welche die weißrussische Diaspora konserviert hatte, orientierten sich in der Folgezeit ausschließlich nicht-staatliche Herausgeber von Periodika und Büchern sowie Auslandssender mit Programm für Belarus’. Gegen die Zeitung *Naša Niva*, deren Redaktion sich der offiziellen Norm verweigerte, strengte das staatliche Druckkomitee 1998 ein Verfahren wegen „Entstellung der allgemeingültigen Normen der verwendeten Sprache“ an. In seiner Expertise im Namen der Akademie der Wissenschaften warf der Belarussist Aljaksandr Žuraŭski den Herausgebern des Blattes vor, eine Variante der Schriftsprache zu verwenden, „welche die Kollaborateure der Faschisten während der Okkupation Weißrusslands“ benutzt hätten (zit. n. KLIMAŬ 2006). Aufgrund eines Gegengutachtens anderer Wissenschaftler gewann *Naša Niva* den Prozess. Neben Zeitungen wie *Naša Niva*, deren Sprachverwendung auf maximale Abgrenzung vom Russischen bedacht war, gab es auch nicht-staatliche Periodika, die zwar grundsätzlich die offizielle Variante der Schriftsprache verwendeten, aber Elemente der sogenannten *Taraškevica* in ihren Sprachgebrauch aufnahmen.

Hauptproblem der Gegner der offiziellen Kodifizierung ist, dass sich hinter dem Begriff *Taraškevica* keine einheitliche, von einer Mehrheit von Sprechern anerkannte Norm, sondern im Grunde eine Vielzahl von Sprachverwendungen verbirgt, deren einzige Gemeinsamkeit die Abgrenzung von der staatlich anerkannten, „russifizierten“ Variante des Weißrussischen ist. Zwar

wurden bereits seit den 1990er Jahren Versuche unternommen, die zahlreichen *Taraškevica*-Praktiken zu einer einzigen Kodifizierung zusammenzufassen (für die Orthographie etwa BUŠLJAKOŬ et al. 2005), doch letztlich erhielt keine dieser Initiativen eine breite Unterstützung der Sprechergemeinschaft.

Neben den Versuchen, die *Taraškevica* zu vereinheitlichen, gab es auch mehrere Anläufe, die offiziellen Normen – und hier insbesondere die Orthographie – zu reformieren. Erst im August 2006 legten die vom Bildungsministerium beauftragten Sprachwissenschaftler einen Reformentwurf vor, dem die Staatsführung im Juli 2008 mit einigen Änderungen zustimmte. Die Rechtschreibreform wurde im September 2010 verbindlich für alle Massenmedien, Schulen, Hochschulen und andere öffentliche Institutionen eingeführt. Anhänger der *Taraškevica* befürchteten vor der Einführung, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Rechtschreibregeln abweichende Schreibungen verboten und bestraft würden. So ging *Naša Niva* bereits im Dezember 2008 zur Verwendung der offiziellen Orthographie über, mit der Begründung, damit den Leserkreis vergrößern zu wollen (AD RĖDAKCYI 2008), möglicherweise aber eher aus Angst vor einem erneuten Prozess gegen die Zeitung wegen Verstoßes gegen die Orthographie.

Außer der Spaltung in (mindestens) zwei Varianten ist nach wie vor die eingeschränkte Polyvalenz ein Problem des Weißrussischen (GUTSCHMIDT 2000, 77). Außerhalb der Philologie und anderer Geisteswissenschaften gibt es weiterhin in einigen wissenschaftlichen Disziplinen terminologische Probleme. Auch der Befund Gutschmidts, dass von einer kolloquialen Erscheinungsform der weißrussischen Standardsprache nur bedingt die Rede sein könne (GUTSCHMIDT 2000, 77), trifft im Kern weiterhin zu, auch wenn hier durch die populären Kommunikationsmöglichkeiten im Internet (etwa in sozialen Netzwerken) eine gewisse Verbesserung eingetreten ist (vgl. rezent zur weißrussischen Umgangssprache auch RAMZA 2013).

3. Sprache und Nation in Belarus': Sprachideologische Äußerungen aus den Jahren 1994 bis 2010

Die im Folgenden untersuchten Essays und Interviewaussagen zu Sprache und Nation in Belarus' haben den Status der weißrussischen und der russischen Sprache zum Thema. Zeitlich beziehen sie sich sowohl auf das unabhängige Weißrussland nach 1991 als auch auf die frühere Geschichte der weißrussischen Territorien. Vorangestellt sind den Untersuchungen jeweils Hintergrundinformationen, die für das Verständnis der jeweiligen Diskurspositionen unerlässlich sind: die Biographien der Diskutanten und gegebenenfalls Angaben zu den Medien und Organisationen, in denen die Debattenteilnehmer eine leitende Funktion einnehmen. Diese Hintergrundinformationen sind nicht Ergebnis eigener Forschungsarbeit, sondern werden aus biographischer Literatur und Internetquellen referiert.

Die Äußerungen der ausgewählten weißrussischen Politiker und Intellektuellen zum Status des Weißrussischen und Russischen werden in folgender Reihenfolge untersucht: Zunächst werden Aussagen von Staatspräsident Aljaksandr Lukašėnka ab dem Jahr seines Amtsantritts (1994) analysiert. Es folgt mit „Die weißrussische Sprache" (*Belaruskaja mova*) ein 2001 veröffentlichter Essay von Zjanon Paznjak, dem bekanntesten politischen Gegner Lukašėnkas in den 1990er Jahren. Von Aleh Trusaŭ, seit 1999 Vorsitzender der Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva Belaruskaj Movy*), sind zwei Texte Gegenstand der Untersuchung: „Die Rolle der weißrussischen Sprache bei der Demokratisierung unserer Gesellschaft" (*Rolja belaruskaj movy ŭ dėmakratyzacyi našaha hramadztva*) und „Die Rolle der russischen Sprache bei der Demokratisierung in Belarus'" (*Rolja ruskaj movy ŭ dėmakratyzacyi ŭ Belarusi*), beide aus der Verbandszeitung *Naša Slova*. Lediglich in Form eines Exkurses, ohne analytische Vertiefung, wird auf sprachbezogene Äußerungen zweier weiterer Intellektueller eingegangen: Der 2003 verstorbene Schriftsteller Vasil' Bykaŭ sowie der Literaturwissenschaftler, Historiker und Schriftsteller Adam Mal'dzis traten zwar in den untersuchten Medien im ausgewerteten Zeitraum nicht mit Meinungsbeiträgen zu Sprache und Nation in Erscheinung, sollen hier aber aufgrund ihrer Autorität innerhalb der weißrussischen Wiedergeburtsbewegung kurz gewürdigt werden.

Die Russischsprachigen außerhalb des Regierungslagers sind dann Thema der zwei folgenden Kapitel. Das eine beschäftigt sich mit den Aussagen russischsprachiger Intellektueller zur sprachlichen Situation in Belarus'. Die Äußerungen sind Ergebnis einer Umfrage, welche die Kulturzeitschrift *Arche* 2004 durchgeführt hat. Das andere Kapitel betrachtet Äußerungen, die Jury Barančyk in zwei Interviews mit dem Prager Sender *Radyë Svaboda* zur Sprachensituation in Belarus' getroffen hat. Als Chefredakteur des Internetportals <imperiya.by> vertritt Barančyk, wie gezeigt wird, eine andere Position in der Debatte um Sprache und Nation als die russischsprachigen Intellektuellen, die von *Arche* befragt worden sind.

3.1 Der Präsident und die Sprachen

Nicht nur in den staatlichen, sondern auch in den oppositionellen Medien in Belarus' ist Staatspräsident Aljaksandr Lukašėnka die Person des öffentlichen Lebens, über die mit Abstand am meisten berichtet wird. Angesichts der Machtfülle, mit der Lukašėnka seit der Verfassungsänderung von 1996 ausgestattet ist, sowie seines offensiven Auftretens in der Öffentlichkeit ist dies wenig verwunderlich.

In den zahlreichen Reden Lukašėnkas, die in den staatlichen Printmedien abgedruckt werden – oftmals ohne redaktionelle Bearbeitung –, nehmen Äußerungen zu Sprache und nationaler Identität nur sehr geringen Raum ein. Es dominiert ganz eindeutig der Diskurs über Wohlstand und Wirtschaftswachstum, was darauf zurückgeführt worden ist, dass Lukašėnka keine in sich stringente Staatsideologie entwickelt habe und daher seine Themen pragmatisch setzen müsse (HANSĖN 2007). Längere programmatische Äußerungen des Präsidenten zur sprachlichen Situation oder Sprachpolitik in Belarus' waren im untersuchten Zeitraum nicht auffindbar. Um die Position Lukašėnkas in der Frage des Verhältnisses von Sprache und Nation in Belarus' zu erschließen, war es deshalb notwendig, zahlreiche Kurzstatements des Präsidenten zu dem Thema zusammenzutragen. In der Zusammenschau erhellt aus ihnen aber, wie sich die Position Lukašėnkas über den untersuchten Zeitraum hinweg entwickelt hat und wo es Konstanten gibt. Quelle für die Aussagen Lukašėnkas war vor allem die staatliche weißrussischsprachige Tageszeitung *Zvjazda*, welche die Reden des Präsidenten zu verschiedenen Anlässen oft ungekürzt abdruckte. Weitere wichtige Quellen waren die Inter-

netpräsenz Lukašėnkas[38] sowie, für die chronologisch erste untersuchte Äußerung, ein Sammelband mit Dokumenten und Meinungsäußerungen zur Situation des Weißrussischen (BAHDANKEVIČ et al. 2000). Obwohl diese Aussage nicht aus dem grundsätzlich gewählten Untersuchungskorpus stammt, wurde sie für die Analyse hinzugenommen, weil sie das wohl am meisten zitierte Statement Lukašėnkas zu den Sprachen in Belarus' ist.

3.1.1 Biographie

„Westliche" Medien nehmen Weißrussland unter Staatspräsident Lukašėnka in erster Linie als „letzte Diktatur Europas" wahr. Dementsprechend groß ist die Aufmerksamkeit, welche die Person des „Diktators" erhält, wenn über Belarus' berichtet wird. Neben den staatlichen Medien, in denen Lukašėnka eher spärliche Informationen über seine Biographie verbreiten lässt, gibt es andere Quellen, die den Lebensweg Lukašėnkas kritischer nachzeichnen.

Die wohl umfassendste und fundierteste politische Biographie des weißrussischen Präsidenten hat FEDUTA (2005) vorgelegt. Er gehörte dem ersten Wahlkampfstab Lukašėnkas an und war von Juli bis Dezember 1994 Leiter der Informationsabteilung in der Präsidialverwaltung. Eine weitere umfangreiche und kritische Darstellung zum Werdegang Lukašėnkas haben die Journalisten ŠEREMET & KALINKINA (2004) verfasst. Darüber hinaus ist in Polen eine – mitunter satirisch überspitzte – Biographie des Präsidenten von Belarus' erschienen, geschrieben von einem Journalisten des Nachrichtenmagazins „Newsweek Polska" (KACEWICZ 2007). Als Grundlage für die folgenden Ausführungen zur Biographie des Staatspräsidenten dienen neben diesen drei Monographien der Eintrag über Lukašėnka im Nachschlagewerk „Chto josc' chto ŭ Belarusi" (ANDROSIK et al. 2007) und Erwähnungen des Präsidenten in Darstellungen der politischen Verhältnisse in Belarus'.

Lukašėnka wurde am 30.8.1954 in der Kleinstadt Kopys' geboren, die im Osten Weißrusslands, im Bezirk Orša der Region Vicebsk, liegt (ANDROSIK et al. 2007, 122). Er wuchs ohne Vater und in ärmlichen Verhältnissen auf. Seine Mutter, eine Melkerin (KACEWICZ 2007, 6), zog mit ihm bereits in jungen Jahren in das Dorf Aljaksandryja bei Škloŭ (siehe hierzu und zu den folgenden Ausführungen FEDUTA 2005, 18ff.).

Nach dem Ende seiner Schulausbildung studierte Lukašėnka Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Mahilëŭ und schloss das Studium 1975

38 Die offizielle Website des weißrussischen Staatspräsidenten ist unter http://president.gov.by zu finden.

ab. Während seiner Studienzeit war er in der kommunistischen Jugendorganisation *Komsomol* aktiv. Nach dem Studium wurde Lukašėnka zum Wehrdienst einberufen, den er an der Westgrenze der BSSR, in Brėst, ableistete. Dort trat er in die KP ein und wurde Instrukteur der für den *Komsomol* zuständigen politischen Abteilung. Nach Ende seines Wehrdienstes trat Lukašėnka weitere Ämter an, deren Funktion die Verbreitung der kommunistischen Ideologie war – er wurde *Komsomol*-Sekretär in Mahilёŭ, danach Sekretär der staatsbürgerlichen Vereinigung *Znanie* 'Wissen' in Škloŭ. Über die frühe Karriere Lukašėnkas schreibt FEDUTA (2005, 21):

> An ihm [Lukašėnka, Anm. MB] war nichts Aufrührerisches. Er war durch und durch sowjetisch und hatte die Absicht, eine gewöhnliche sowjetische Karriere zu machen. Diejenigen von den Studenten, die keine klar zum Ausdruck kommenden professionellen Fähigkeiten hatten, dafür aber Energie bis über den Rand, fingen an, sich aktiv mit staatsbürgerlicher Arbeit zu beschäftigen, und schafften es in die Strukturen des *Komsomol*. Und wenn sie dann erst einmal dort waren, „leiteten" sie diejenigen an, die das Talent eines Ingenieurs, Lehrers oder Agrarwissenschaftlers an den Tag legten. So begann auch Saša [russischsprachige Koseform für Aljaksandr, Anm. MB] Lukašėnka.

Trotz seiner Ausbildung als Geschichtslehrer strebte Lukašėnka nach seiner Rückkehr in die Region Škloŭ in die Landwirtschaft. 1987 wurde er zum Direktor einer Sowchose ernannt. Die wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion verschlechterte sich damals zunehmend, was insbesondere in der Planung der Kolchosen und Sowchosen spürbar war. Lukašėnka nutzte dies, um mit Attacken gegen korrupte Parteifunktionäre und Misswirtschaft bereits damals politisch auf sich aufmerksam zu machen (KACEWICZ 2007, 22f.). 1988 bewarb sich Lukašėnka um ein Mandat für den Obersten Sowjet der BSSR, unterlag jedoch Vjačaslaŭ Kebič, dem späteren ersten Premierminister der unabhängigen Belarus' (vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen KACEWICZ 2007, 26ff.). Auch die ein Jahr später stattfindenden Wahlen, bei denen Lukašėnka um den Vorsitz des lokalen Exekutivkomitees von Škloŭ kandidierte, konnte er nicht für sich entscheiden. Erst sein dritter Anlauf, eine politische Karriere zu beginnen, war erfolgreich. Mit Hilfe von zahlreichen Wahlkampfreisen über das Land und populistischen, gegen die Parteinomenklatur gerichteten Reden gelang es ihm 1990, ein Mandat als Abgeordneter des Obersten Sowjet zu erringen. Er nutzte daraufhin Ansprachen im Parlament, um mit weiteren Angriffen auf „korrupte" Funktionäre seine Bekanntheit zu steigern, und suchte anfangs sowohl zu Politikern der Belarussischen Nationalen Front (BNF) als auch zu Kommunisten und Demokraten außer-

halb des nationalen Lagers Kontakt. Sein Hauptgegner war damals das Establishment der KP, wie sich Stanislaŭ Šuškevič, seinerzeit Parlamentsvorsitzender, erinnert (zit. n. KACEWICZ 2007, 29):

> Am schlimmsten waren diejenigen, die mit der Nomenklatur und Premierminister Vjačeslaŭ Kebič verbunden waren. Auf solche wie Lukašėnka schauten sie von oben herab. Für die alten Apparatschiks war es nur ein Übergangszustand, dass in den [Minsker, Anm. MB] Salons der Schreihals Lukašėnka und die weißrussischen Patrioten auftauchten, ein Moment der Schwäche, bis die Nomenklatur [...] Eigentum und Macht übernimmt.

In die Kadenz des 1990 gewählten Obersten Sowjets der BSSR fiel die Auflösung der Sowjetunion. Das Ende der UdSSR wurde im Dezember 1991 in der Heide von Belaveža in Westweißrussland besiegelt, durch Unterschrift des russischen Präsidenten Boris El'cin, des ukrainischen Präsidenten Leonid Kravčuk sowie des weißrussischen Parlamentsvorsitzenden Stanislaŭ Šuškevič. Entgegen seinen späteren Behauptungen, er habe als einziger Abgeordneter des weißrussischen Obersten Sowjets gegen die Ratifizierung der Übereinkunft von Belaveža gestimmt, war Lukašėnka – zusammen mit einigen anderen Abgeordneten – der Abstimmung lediglich ferngeblieben (ŠEREMET & KALINKINA 2004, 21).

Im Parlament nahm in der Folgezeit die Konfrontation zwischen der alten Parteinomenklatur auf der einen Seite, den Demokraten und Nationalisten auf der anderen Seite zu (vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen KACEWICZ 2007, 29ff.). Ein wichtiges Instrument in dieser Auseinandersetzung waren Untersuchungsausschüsse. Lukašėnka wurde im April 1993 Vorsitzender eines solchen Ausschusses zum Kampf gegen die Korruption. Demokraten und Nationalisten unterstützten seine Kandidatur, da sie sich von seinem Eifer im Kampf gegen die alten Parteikader eine entscheidende Schwächung der Kebič-Regierung erhofften. Als Ausschussvorsitzender erhielt Lukašėnka aus dem ganzen Land Anzeigen, in denen Minister, Abgeordnete und Beamte der Bestechlichkeit bezichtigt wurden. Die Beratungen des Untersuchungsausschusses und die anklagenden Reden Lukašėnkas wurden vom weißrussischen Staatsfernsehen übertragen und in der Presse viel diskutiert. Lukašėnka wurde so bei weiten Teilen der weißrussischen Bevölkerung bekannt und beliebt, auch wenn seine Attacken kaum Fälle von Korruption in großem Ausmaß aufdeckten (FEDUTA 2005, 90ff.).

In seinen Auftritten als Vorsitzender der Antikorruptions-Kommission griff Lukašėnka nicht nur die Parteinomenklatur an. Wie die Nationalisten und Demokraten versuchte auch der „Apparat" um Kebič, Lukašėnka auf

seine Seite zu ziehen, und lieferte ihm kompromittierendes Material über das gegnerische Lager. Ausschalten wollte Premierminister Kebič insbesondere Parlamentspräsident Šuškevič, den er als Hauptgegner in der für 1994 angesetzten Wahl des ersten weißrussischen Staatspräsidenten betrachtete. Lukašėnka gelang es jedoch, durch die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses beide Politiker soweit zu diskreditieren, dass sie ihm in den Präsidentschaftswahlen im Juni und Juli 1994 klar unterlagen.

Als erster Präsident der unabhängigen Belarus' hatte Lukašėnka zunächst außer in den Geheimdiensten keinen Rückhalt in einem bestimmten politischen Lager (ŠEREMET & KALINKINA 2004, 32). Er beließ leitende Beamte und die Mehrzahl der Minister der Kebič-Regierung im Amt (ŠEREMET & KALINKINA 2004, 36) und brachte zusätzlich junge, ehrgeizige Fachleute in leitende Positionen. Trotz ihrer politischen Sozialisation im *Komsomol* waren diese Nachwuchskräfte zu Reformen und zur Zusammenarbeit mit westlichen Institutionen bereit (KACEWICZ 2007, 37). Doch erste Tendenzen in Richtung einer Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild wurden rückgängig gemacht, als der Präsident im Wirken der Wirtschaftsliberalen eine Gefahr für seine Machtposition erkannte. Lukašėnka drängte die wichtigsten seiner anfänglich engsten Berater nach und nach aus ihren Ämtern, ließ Strafverfahren gegen sie einleiten und trieb sie damit in die Opposition oder die Emigration. Die Nachfolge dieser ehemaligen „Komsomolzen" oder, wie sie wegen ihres Reformeifers auch genannt wurden, „jungen Wölfe" traten ehemalige Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes, des weißrussischen KGB[39] und des KP-Parteiapparates an (MIRONOWICZ 2007, 320). Astrid Sahm charakterisiert den Herrschaftsstil Lukašėnkas seit seinem Amtsantritt 1994 als „zunehmende Deinstitutionalisierung und Personalisierung der Macht" und als eine „Privatisierung der Staatsgewalt" (SAHM 2001, 191f.). Anfang 1995 führte der weißrussische Präsident die sogenannte Machtvertikale ein, nach der die Machtausübung dem Prinzip der Befehlskette beim Militär folgt und grundsätzlich vom Staatspräsidenten ausgeht (MIRONOWICZ 2007, 313f.):

> Da er die Kontrolle über die Massenmedien, die Armee, die Polizei sowie die Verwaltung ausübte, konnte Lukašėnka die Organe von Gesetzgebung und Justiz ignorieren. In der allgemeinen Wahrnehmung wurde die Präsidentenmacht zum Synonym der Staatsmacht, das Parlament dagegen zum Ort unaufhörlicher, unverständlicher und sich bis in die Unendlichkeit erstreckender Diskussionen. Demokratie wurde

39 Die Bezeichnung „KGB" hat der weißrussische Geheimdienst – im Gegensatz zum russischen „FSB" – von seinem Vorgänger aus der Sowjetzeit übernommen.

zum Synonym von Zerstörung in Politik und Wirtschaft und zur Ursache des Zusammenbruchs sozialer Sicherheit.

Seine Kontrolle über die staatlichen Massenmedien nutzte Lukašėnka 1995 dazu, die Idee eines Referendums zu verschiedenen politischen Fragen zu propagieren (vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen MIRONOWICZ 2007, 314ff.). Neben der Sprachenfrage sollte es dabei um drei Themen gehen: Erstens sollten die Bürger gefragt werden, ob sie dafür sind, die erst wenige Jahre zuvor eingeführte weiß-rot-weiße Flagge und das Wappen des litauischen Reiters durch die rot-grüne Flagge und das Ährenkranz-Wappen aus der BSSR-Zeit (in geringfügig überarbeiteter Form) zu ersetzen (vgl. zur Resowjetisierung der Staatssymbolik auch TEMPER 2012, 158ff.). Zweitens sollte das Referendum nach der Zustimmung zu Lukašėnkas politischer Anlehnung an Russland fragen, drittens danach, ob der Präsident bei Verfassungsverstößen des Parlaments das Recht erhalten solle, dieses aufzulösen.

Das Referendum wurde für den Mai 1995 angesetzt. Eine Gruppe von Parlamentariern – darunter der BNF-Politiker Zjanon Paznjak sowie der Sozialdemokrat und Verteidiger der weißrussischen Sprache, Aleh Trusaŭ – protestierte im April mit einem Hungerstreik im Parlamentsgebäude gegen das Vorhaben. Spezialeinheiten lösten den Protest gewaltsam auf. Mehr als 75 Prozent der Teilnehmer am Referendum beantworteten die Fragen im Sinne des Präsidenten: Sie votierten für das Russische als zweite Staatssprache, für die neosowjetische Flagge und Staatssymbolik, für die Integration mit Russland und für das Recht des Präsidenten, den Obersten Sowjet bei Verfassungsverstößen aufzulösen.

Auch wenn Lukašėnka bereits gemäß der seit März 1994 gültigen Verfassung die umfassende Kontrolle über die Exekutive übernommen hatte, hatte er im Parlament und in den höchsten Gerichten (Verfassungsgericht und Oberstes Gericht) potenziell gefährliche Gegenspieler. Denn verfassungswidrige Entscheidungen Lukašėnkas konnten die Richter blockieren, der Oberste Sowjet konnte sogar ein Amtsenthebungsverfahren einleiten. Ein solches wurde im Frühjahr 1996 immer wahrscheinlicher, da der Präsident mit zahlreichen seiner Dekrete die Verfassung und die Urteile des Verfassungsgerichts missachtete. Um die Gefahr eines *impeachment* abzuwenden, legte Lukašėnka einen neuen Verfassungsentwurf vor, der vorsah, die Rechte von Legislative und Justiz deutlich zu beschneiden. Er sollte den Bürgern im November 1996 zur Abstimmung vorgelegt werden (vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen SAHM 2001, 192f.). Der Verfassungsentwurf trieb selbst bisherige Verbündete Lukašėnkas in die Opposition – die Agrarier, die

mittlerweile die Parlamentsmehrheit hatten, und einen bedeutenden Teil der Kommunisten. Als die Bürger im November abstimmten, erhielt Lukašėnka zwar mehr als 70 Prozent Zustimmung für die neue Verfassung. Die OSZE-Staaten – außer Russland – erkannten das Ergebnis und die darauf folgende Parlamentsauflösung jedoch nicht an. Sie verwiesen auf schwer wiegende Verfahrensverstöße und Manipulationen.

Das Verfassungsreferendum von 1996, das oft als „kalter Staatsstreich" bezeichnet wird, machte Lukašėnka in Westeuropa und den USA zur *persona non grata* (vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen MIRONOWICZ 2007, 325ff.). Ein Einreiseverbot gegen Lukašėnka und einige hohe Funktionäre Weißrusslands sprach die „westliche" Staatengemeinschaft im Juni 1998 aus. Westlichen Diplomaten war zuvor der Zugang zu ihren Botschaften verwehrt worden, zunächst mit der Begründung, Kanalisierungsarbeiten seien notwendig geworden. Später wurden Spionagevorwürfe gegen Botschaftsmitarbeiter erhoben (FEDUTA 2005, 346ff.).

Der Konflikt mit dem Westen sowie die enge wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland führten dazu, dass Minsk politisch enger an Moskau rückte. Lukašėnka forderte einen engeren Zusammenhalt der ehemaligen Sowjetvölker gegen die vermeintliche Bedrohung durch die NATO. Bereits 1997 hatten der damalige russische Präsident El'cin und Lukašėnka das Statut einer russisch-weißrussischen Union unterzeichnet. Einen Entwurf dieses Statuts, den die weißrussische Seite ursprünglich zur Unterschrift hatte vorlegen wollen, haben viele Beobachter als Versuch Lukašėnkas gewertet, die staatliche Souveränität Russlands auszuhöhlen und längerfristig auch in der russischen Politik eine führende Rolle zu spielen (ŠEREMET & KALINKINA 2004, 82ff.). Diese Interpretation scheint berechtigt. Denn die Idee einer russisch-weißrussischen Integration war in Russland beliebt, insbesondere unter Kommunisten und Nationalisten. Lukašėnkas antiwestliche Rhetorik und seine als fürsorglich wahrgenommene Sozialpolitik machten ihn in den Augen vieler russischer Bürger zu einem möglichen gemeinsamen Staatsoberhaupt. Die politische Führung Russlands war jedoch in der Folgezeit nicht bereit, ihren Handlungsspielraum von den Gemeinschaftsorganen der Union einschränken zu lassen und Belarus' als gleichberechtigten „souveränen" Partner anzuerkennen. Lukašėnka dagegen lehnte 2002 das Angebot der russischen Führung ab, Weißrussland als Föderationssubjekt in die Russische Föderation aufzunehmen.

Die Beliebtheit des Staatspräsidenten von Belarus' schien im Frühjahr 2001 zu sinken. Damals gelangten aus dem weißrussischen KGB Informati-

onen in die oppositionelle Presse, nach denen Personen aus dem engsten Umfeld des Präsidenten für die Entführung und Ermordung oppositioneller Politiker und Journalisten verantwortlich seien (MIRONOWICZ 2007, 337ff.). Beobachter interpretierten die Meldungen als Versuch Moskaus, Lukašėnka im Vorfeld der 2001 anstehenden Präsidentenwahlen zu schwächen, um ihn zu einer russisch-weißrussischen Integration zu den Bedingungen Russlands zu zwingen. Die Versuche der weißrussischen Opposition, durch Demonstrationen eine unabhängige Untersuchung über die „Todesschwadronen" zu erzwingen, endeten jedoch in Polizeigewalt und zahlreichen Verhaftungen. Unter dem Vorwurf, illegale Versammlungen abgehalten zu haben, wurden außerdem etwa 1000 weißrussische Bürger verhaftet, die im Wahlkampf Werbung für Gegenkandidaten Lukašėnkas gemacht hatten. Laut offiziellem Ergebnis gewann Lukašėnka die Präsidentenwahl 2001 mit mehr als 75 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Einige Monate nach der Wahl wurde das Schulfach „Staatsideologie" in die Lehrpläne eingeführt. Außerdem begann die Ausbildung von Ideologiebeauftragten, die in den Staatsbetrieben agitieren sollten. Die Ideologie knüpfte an Symbole und Traditionen der BSSR-Epoche an und propagierte „allgemein slavische" Werte wie Kollektivismus, gesellschaftlichen Aktivismus und soziale Gleichheit. Diese wurden dem westlichen „Individualismus, Liberalismus und Elitarismus" gegenübergestellt (MIRONOWICZ 2007, 341; Näheres zur späteren Entwicklung der weißrussischen Staatsideologie bei KAMYŠĖVIČ 2007, 44ff.; RADZIK 2005). Ziel des Ideologie-Unterrichts war, die Bindung des Herrschaftsapparats und der staatlichen Institutionen an Lukašėnka zu stärken. Dieses Ziel war um so wichtiger, als Lukašėnkas zweite, laut Verfassung letzte Amtszeit 2006 ablief. Der Präsident aber startete über die staatlichen Medien bereits Jahre im Voraus eine Kampagne, die um Unterstützung für eine erneute Kandidatur und eine dementsprechende Verfassungsänderung warb. Ab Ende 2003 sprachen sich einflussreiche, dem Präsidenten nahestehende Personen des öffentlichen Lebens für einen Verbleib Lukašėnkas im Amt aus. Lukašėnka selbst setzte für den Oktober 2004 ein Referendum an, in dem über die Frage der Amtszeit des Präsidenten entschieden werden sollte. Mit – nach offiziellen Angaben – mehr als 76 Prozent der Stimmen erhielt er die gewünschte Unterstützung.

Im Vorfeld der Präsidentenwahl 2006 präsentierten die staatlichen Medien die Amtszeit Lukašėnkas als Erfolgsgeschichte und gaben Gegenkandidaten kaum Möglichkeiten, sich den Wählern vorzustellen. Nach offiziellen Angaben erhielt Lukašėnka bei der Wahl 82,6 Prozent der abgegebenen

Wählerstimmen (MIRONOWICZ 2007, 345). Unabhängige Wahlbeobachter und die politische Opposition in Belarus' waren sich darüber einig, dass die Wahl demokratischen Standards nicht genügt habe. Eine Demonstration in Minsk, bei der einige tausend Menschen gegen die Manipulationen bei der Abstimmung demonstriert hatten, wurde von den Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst.

Ab Ende 2006 verschlechterte sich das Verhältnis der weißrussischen Staatsführung zu Russland erneut. Anlass war, dass der russische Energiekonzern Gazprom von Belarus' ab 2007 einen rund viermal höheren Energiepreis als zuvor forderte (MIRONOWICZ 2007, 357). Ein langwieriger Konflikt konnte im letzten Moment durch einen Kompromiss abgewendet werden, der einerseits die von Weißrussland zu zahlenden Energiepreise auf niedrigerem Niveau hielt als ursprünglich gefordert, andererseits aber einen Teil der weißrussischen Energiewirtschaft an russische Konzerne abtrat und damit die wirtschaftliche Abhängigkeit Weißrusslands von Russland vergrößerte. Auf den Konfrontationskurs der russischen Führung und den stärker werdenden wirtschaftlichen Modernisierungsdruck reagierte Lukašėnka in den folgenden drei Jahren mit einer begrenzten Annäherung an die EU-Staaten. Die Politikwissenschaftlerin SAHM (2008, 57) resümierte 2008 zu dieser Entwicklung:

> Insgesamt haben sich die Grundlagen und die Handlungslogik des vermeintlich stabilen Lukaschenka-Regimes seit Mitte der 1990er Jahre [...] erheblich verändert und erfolgreich an den Wandel der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau angepasst. An die Stelle des charismatischen Populismus und der Integrationsrhetorik ist nun der rein pragmatische Erhalt des wirtschaftlichen Status quo und die Propagierung eines neuen belarussischen Nationalbewusstseins getreten, die das belarussische Modell aus dem Antagonismus zwischen Ost und West herauslösen.

Dass Lukašėnka im August 2008 die damals letzten international anerkannten politischen Häftlinge freiließ und zur Parlamentswahl einen Monat später einige Oppositionskandidaten antreten konnten, vergrößerte die Hoffnungen auf eine allmähliche Liberalisierung des politischen Systems in Belarus'. Diese Erwartung wurde jedoch bei der Präsidentenwahl im Dezember 2010 bitter enttäuscht. Bei der Wahl selbst kam es nach OSZE-Angaben zu massiven Unregelmäßigkeiten, doch noch größere Empörung riefen international die brutale Niederschlagung der Proteste gegen die Wahlfälschungen und die anschließenden Massenverhaftungen hervor (vgl., neben vielen anderen, OERTEL 2010). Annähernd 80 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen nach offiziellen Angaben auf Lukašėnka, unabhängige sowie oppositionsnahe

Beobachter dagegen gingen von einer maximal dreißig- bis vierzigprozentigen Unterstützung für ihn aus (KRÖKEL 2010).

3.1.2 Exkurs: Charakteristika des allgemeinen politischen Diskurses der Staatsmacht

Für die Analyse der Aussagen Aljaksandr Lukašėnkas zur sprachlichen Situation und Sprachpolitik in Belarus' sind einerseits die Ansätze zu Sprache und Nation, Mehrsprachigkeit, Sprachpolitik und Sprachideologien hinzuzuziehen, die im einleitenden Teil dieser Untersuchung vorgestellt wurden. Andererseits sind etwa die Erkenntnisse von Blommaert und Verschueren zu sprachnationalistischen Ideologien hier nur bedingt verwertbar. Denn wie im Folgenden gezeigt wird, positioniert sich Lukašėnka als Gegner des nationalistischen Diskurses. Anstelle von Analyseinstrumenten, die nationalistische Argumentationsweisen im Fokus haben, lohnt sich im Fall Lukašėnkas daher ein anderer Zugang. Die Äußerungen des weißrussischen Staatspräsidenten sollen hier im Kontext dessen betrachtet werden, was HANSĖN (2007) den offiziell-regierungstreuen politischen Diskurs in Belarus' nennt, BRZOZOWSKA (2006) das postsowjetische Narrativ. Vor diesem Hintergrund lässt sich dann die Frage beantworten, inwieweit sich die Aussagen Lukašėnkas zu Sprachenfragen in den offiziellen Gesamtdiskurs einfügen und inwieweit sie zu anderen Elementen dieses Diskurses in Widerspruch stehen. Gestützt auf die Arbeiten von Hansen und Brzozowska sollen die wesentlichen Merkmale des offiziellen Diskurses hier kurz vorgestellt werden. Historische Aspekte werden dabei ausgeklammert, da deren Interpretation durch die konkurrierenden weißrussischen Historiographien bereits behandelt wurde. Die Position des offiziellen Diskurses fällt hier im Wesentlichen mit dem russophil-imperialen Standpunkt zusammen.

Hansen weist zu Recht darauf hin, dass der offizielle Diskurs in Belarus' an den offiziellen Diskurs zur Sowjetzeit erinnere (siehe zur folgenden Darstellung HANSĖN 2007). Er sei sowohl inhaltlich als auch performativ und ikonographisch[40] durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Optimismus, Zugänglichkeit (leichte Verständlichkeit), Volksverbundenheit und romantischer Utopismus. Da Lukašėnka aber trotz der Einführung von Ideologieunterricht in den Schulen keine umfassende Staatsideologie entwickelt habe, nehme der romantische Utopismus sehr pragmatische Züge an. Er beschränke sich im Wesentlichen auf die Verheißung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Überhaupt sei der Zukunftsbezug im offiziellen Diskurs weit weniger ausgeprägt als im oppositionellen Diskurs.

40 Vgl. zu den bildlichen Aspekten der Resowjetisierung auch TEMPER (2012, 156ff).

Neben dem Optimismus sei die Erwähnung von Bedrohungen und Feinden für offizielle Verlautbarungen charakteristisch. Die Vorstellung von diesen Bedrohungen und Feinden sei elastisch. Feinde würden als „Sündenböcke“ für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht und ggf. ihres Amtes enthoben. Die vermeintlichen Bedrohungen benötige Lukašėnka, um der Öffentlichkeit Strategien zur Beseitigung der Bedrohung vorstellen zu können und damit als Retter in der Krise zu erscheinen.

Im Vergleich zum sowjetischen offiziellen Diskurs sei der weißrussische unter Aljaksandr Lukašėnka eloquenter. Er beschränke sich nicht auf kurze Propagandaformeln, sondern werde vor allem von den Reden und Anordnungen des Präsidenten geprägt.

Die inhaltlichen Grundideen des offiziellen Diskurses haben sich Hansen zufolge während der Amtszeit Lukašėnkas folgendermaßen geändert: Mitte der 1990er Jahre habe der Kampf gegen die Korruption dominiert, gegen Ende der 1990er Jahre die damals angestrebte Vereinigung mit Russland, zuletzt dagegen die Schaffung eines starken, unabhängigen Staates Belarus’. Mit der stärkeren Betonung der weißrussischen Unabhängigkeit gehe die Übernahme einiger national-weißrussischer (kultureller, historischer, sprachlicher) Elemente einher, die zuvor fast ausschließlich von der Opposition verwendet worden seien.

In der Rhetorik des offiziellen Diskurses spiele das Schlüsselwort von Belarus’ als jungem Staat eine wichtige Rolle. Diese Zuschreibung diene erstens dazu, den Eindruck jugendlicher Dynamik zu erzeugen. Zweitens werde dem personifizierten Weißrussland das Recht der Jugend eingeräumt, Fehler zu machen. Drittens erscheine Belarus’ durch die Bezeichnung als junger Staat (*maladaja dzjaržava*) wie ein kleines Mädchen, um das sich der „Vater“ (*bac’ka*) Lukašėnka kümmern müsse.[41] Zu dieser vermeintlichen Fürsorge gehört Brzozowska zufolge auch, dass „Vater“ Lukašėnka von Zeit zu Zeit seine weißrussischen „Kinder“ nach ihrer Meinung befrage, z. B. in Form von Referenda.[42] Als Gegenleistung erwarte er von ihnen Gehorsam und Vertrauen in seine vermeintlich guten Absichten.

Die Familienmetapher werde im offiziellen Diskurs nicht nur auf das Verhältnis von Vater Lukašėnka zu seinen weißrussischen Kindern angewendet, sondern auch auf das Verhältnis der Weißrussen zu Russen und Ukrainern

41 Die Metapher des kleinen Mädchens wird dadurch verstärkt, dass das Genus des Wortes „Belarus’“ im Russischen und Weißrussischen feminin ist. Lukašėnka soll diese Metapher wörtlich in einer Wahlkampfrede von 2001 verwendet haben (BRZOZOWSKA 2006, 21).

42 Die Bedeutung der Familienmetaphorik für den pro-weißrussischen Diskurs dagegen untersucht detailliert SCHARLAJ (2012, 229ff.).

(BRZOZOWSKA 2006, 23). Weißrussen, Russen und Ukrainer seien demnach Brüder, wobei den Russen die Rolle des großen Bruders zukomme (vgl. dazu für den Zeitraum von Lukašėnkas Amtsantritt bis 2001 auch KOSAKOWSKI 2013, 409ff.). Dieser gewähre den Weißrussen Schutz und verlange im Gegenzug Respekt.

Als weiteres wichtiges Schlüsselwort des offiziellen Diskurses in Belarus' nennt Hansen Stabilität. Dies passt zu ihrer Feststellung, dass der offizielle Diskurs weniger zukunfts- als vergangenheitsorientiert sei und Kontinuität betone. Der Stabilität, die der Präsident mit seiner Herrschaft vermeintlich garantiere, würden Chaos und Rowdytum gegenübergestellt. Diesen „Hooliganismus" (*chulihanstva*) bringe der offizielle Diskurs oft mit westlichen Vorstellungen von Demokratie in Verbindung. Die Machtvertikale, die Stabilität garantieren solle, erscheine dabei in staatlichen Medien mitunter als Baum-Metapher. Ihr zufolge sei Lukašėnka der Stamm, von dem alle Äste und Zweige der Macht ausgingen. Diese Metapher stattet Hansen zufolge die Machtvertikale mit den Attributen Natürlichkeit, Wohlgeformtheit und Dynamik des Wachstums aus.

3.1.3 Äußerungen von Aljaksandr Lukašėnka zur Rolle des Russischen und des Weißrussischen

Im folgenden Abschnitt werden die zentralen Aussagen Lukašėnkas zur sprachlichen Situation und Sprachpolitik in Belarus' in chronologischer Folge analysiert. Da sich die Argumentationsmuster des Staatspräsidenten im untersuchten Zeitraum von 1994 bis 2010 mitunter wiederholten, wird stellvertretend für jede dieser Argumentationen nur eine einzige Äußerung untersucht.

3.1.3.1 Armes Weißrussisch, arme Sprecher

In einer vor dem Stadtrat von Homel' am 1. Dezember 1994 gehaltenen Rede traf Lukašėnka zur weißrussischen Sprache folgende Aussage (LUKAŠĖNKA 1994):

> Leute, die Weißrussisch sprechen, können nichts anderes tun, als sich auf Weißrussisch zu unterhalten, denn es ist unmöglich, auf Weißrussisch irgendetwas Großes auszudrücken. Die weißrussische Sprache ist eine arme Sprache. Auf der Welt existieren nur zwei große Sprachen – Russisch und Englisch.

Mit einfachen Worten formuliert Lukašėnka hier eine allgemeine Regel und suggeriert, dass diese dem gesunden Menschenverstand unmittelbar einleuchtet. Diese nicht differenzierte Argumentationsweise signalisiert Volksverbundenheit. Lukašėnka konstruiert die Weißrussischsprecher als gesell-

schaftliche Gruppe, die durch ihr sprachliches Verhalten von der Norm, Russisch zu sprechen, abweicht. Das Verb „sich unterhalten“ (russ.[43] *razgovarivat'*) ist im Kontext der vorliegenden Äußerung negativ konnotiert. Es suggeriert den Zuhörern der Ansprache (bzw. Lesern ihres Abdrucks), dass es sich bei den Weißrussischsprechern um faule Menschen handelt, die nur herumplaudern, während die gesellschaftlich wichtige Arbeit von Russischsprechern erledigt wird. Die „Leute, die Weißrussisch sprechen“ sind somit potenzielle Sündenböcke für wirtschaftliche Probleme des Landes.

Potenziell konnotiert ist auch die Bezeichnung des Weißrussischen als „arme“ Sprache. Diese Bezeichnung kann gerade bei der älteren Generation in Belarus', für die materielle Armut neben dem Krieg eine der schmerzhaftesten biographischen Erfahrungen ist, Vorbehalte gegen die Sprache aktivieren und die Vorstellung vom Russischen als einziger Sprache des sozialen Aufstiegs stärken. Mit der Feststellung, man könne auf Weißrussisch nichts Großes ausdrücken, macht Lukašėnka darüber hinaus die Existenz bedeutender Werke in einer Sprache zum Maßstab für deren Wert. Dabei blendet er aus, dass Anfang des 20. Jahrhunderts sowohl in der Belletristik als auch – in Ansätzen, vor allem in den 1920er Jahren – in der Wissenschaft durchaus beachtliche Werke in weißrussischer Sprache erschienen sind. Dass er seine Aussage, das Weißrussische sei eine arme Sprache, in keiner Weise einschränkt, erklärt die vermeintliche Rückständigkeit dieser Sprache mit deren intrinsischen Eigenschaften, nicht mit den Ergebnissen von Sprachpolitik. Von dieser Prämisse aus ist es dann nicht weit zu einer Ikonisierung: Vom vermeintlich niedrigen Entwicklungsstand der weißrussischen Sprache schließt Lukašėnka auf mangelnde intellektuelle Fähigkeiten der Sprecher.

Die „Größe“ von Sprachen bemisst sich nach Lukašėnkas Aussage aber offenbar nicht nur in deren Fähigkeit, Medium bedeutender kultureller und wissenschaftlicher Leistungen zu sein. Denn dann müsste er neben dem Russischen und Englischen noch zahlreiche andere Nationalsprachen, in denen wichtige Werke entstanden sind, nennen. Dass Lukašėnka nur diese beiden als „große Sprachen“ nennt, dürfte vielmehr damit zusammenhängen, dass dies die Sprachen der zwei Supermächte des Kalten Krieges, der Sowjetunion und der USA, waren. Er überträgt somit politische Machtverhältnisse auf die Bedeutung von Sprachen – Sprachen, die Großmächte verwenden, sind be-

43 Aljaksandr Lukašėnka äußert sich in der Öffentlichkeit fast ausschließlich auf Russisch. In den weißrussischsprachigen Medien – staatlichen wie nichtstaatlichen – werden seine Ansprachen, Anordnungen etc. jedoch häufig ins Weißrussische übersetzt.

deutend, andere Sprachen dagegen zu vernachlässigen. „Kleine“ Nationen wie die weißrussische können nach dieser Logik im internationalen Machtgefüge nur bestehen, wenn sie sich einer der „großen“ Sprachgemeinschaften anschließen. Lukašėnkas Perspektive ist dabei auf den Ost-West-Gegensatz zwischen dem amerikanisch und dem russisch dominierten Block verengt, denn die Sprachen weiterer wichtiger Mächte wie etwa Chinesisch nennt er nicht.

Was waren Ende 1994 Lukašėnkas Motive, die weißrussische Sprache und ihre Sprecher abzuwerten? Ein Grund ist sicherlich in seiner sozialen Herkunft zu sehen. Lukašėnka ist in ärmlichen Verhältnissen im Ostteil der BSSR aufgewachsen, der politisch, wirtschaftlich und kulturell eng mit den benachbarten russischen Gebieten verbunden war. Jemandem mit dieser Biographie konnte es in der ersten Hälfte der 1990er Jahre absurd erscheinen, dass die Führung der jungen Republik Belarus’ das Russische im öffentlichen Leben zurückdrängte. Denn das Russische war ja zur Sowjetzeit für viele Weißrussen die Sprache des sozialen Aufstiegs gewesen, während sie sich von ihrer Muttersprache, der vermeintlichen Bauernsprache Weißrussisch, besser lossagten, wenn sie Karriere machen wollten. Die propagierte Wiedergeburt der weißrussischen Sprache war nach Ansicht vieler Menschen, denen das Sowjetsystem zum sozialen Aufstieg verholfen hatte, ein Luxusproblem weniger Intellektueller. Wenn Lukašėnka der „Armut“ einer Sprache die „Größe“ anderer Sprachen gegenüberstellt, so spiegelt dies genau das Hauptmotiv für den Sprachwechsel vieler Weißrussen vom Weißrussischen zum Russischen wider.

Die weißrussischsprachige Elite, die als Reaktion auf die Perestrojka, die Černobyl’-Katastrophe, die Entdeckung des Massengrabs von Kurapaty und die Unabhängigkeit Weißrusslands entstanden war, versuchte, mit der Zurückdrängung des Russischen ihre Macht abzusichern. Dies wollte Lukašėnka als Staatspräsident verhindern. Er war Ende 1994, als die zitierte Äußerung im Homeler Stadtrat fiel, erst wenige Monate im Amt. Seine verächtliche Aussage über das Weißrussische ist ein Versuch, die weißrussischsprachige Elite, die sich im Wahlkampf gegen ihn gestellt hatte, lächerlich zu machen.

3.1.3.2 Vom unbefangenen Sprechen ohne Zwang

Von der offenen Geringschätzung des Weißrussischen wechselte Lukašėnka recht bald zu einer anderen Rhetorik in der Sprachenfrage. Bei einem offiziellen Besuch in Litauen Anfang 1995 traf er sich mit Vertretern der weißrussischen Diaspora. Dabei äußerte er sich folgendermaßen[44] zur Sprachenproblematik in Weißrussland (LUKAŠĖNKA 1995):

> Ich sollte euch offen sagen, dass ich jemand bin, der an der Grenze zu Russland aufgewachsen ist, und der [seine Ausbildung, Anm. MB] in russischer Sprache abgeschlossen hat. Aber einen Menschen danach zu beurteilen, inwieweit er Weißrussisch sprechen kann, wäre sehr oberflächlich... Ich werde niemanden dazu zwingen, sich in dieser oder einer anderen Sprache zu unterhalten. [...] Was Sprache betrifft – gebt dem Menschen das Recht, sich sprachlich selbst zu bestimmen. Lasst uns die Muttersprache unterstützen. Wir unterstützen sie, aber Zwang, dass welche Sprache auch immer gesprochen wird, darf auf gar keinen Fall ausgeübt werden! Was das betrifft, muss man klug und vorsichtig Politik betreiben.

Lukašėnka dürften mit den Vertretern weißrussischer Organisationen in Litauen Menschen gegenübergestanden haben, für die Fragen des Sprach- und Kulturerhalts höchste Bedeutung haben. Sicherlich war die weißrussische Diaspora über die politische Entwicklung in den ersten Monaten nach Amtsantritt Lukašėnkas informiert und wegen dessen Sprachpolitik besorgt. Diese Sorgen zu zerstreuen, dürfte Hauptintention von Lukašėnkas zitierter Aussage sein.

Zunächst nimmt der weißrussische Präsident potenzieller Kritik, er sei in sprachlichen Fragen befangen, Wind aus den Segeln, indem er offen eingesteht, auf Russisch sozialisiert worden zu sein. Nach dieser Personalisierung des Sprachenproblems, die Vertrauen zum Redner schafft, geht Lukašėnka zur Offensive über: Was die Befürworter einer weiteren sprachlichen „Weißrussifizierung“ fordern, verstößt gegen die Menschenwürde. Denn es reduziert Menschen auf die Rolle als Sprecher einer bestimmten Sprache. Lukašėnka stellt sich als Anhänger eines offenen politischen Systems dar, das

44 Durch die folgende Übersetzung geht verloren, dass die Aussage Lukašėnkas in der Quelle zwischen russischer und weißrussischer Sprache oszilliert. Ob Lukašėnka in der Äußerung die Sprachen tatsächlich gemischt hat, ist fraglich. Da es sich um den Nachdruck aus einer „oppositionellen“ Zeitung – *Belaruskaja maladzëžnaja* ‘Weißrussische Jugendzeitung’ – handelt, könnte es auch sein, dass an dem Zitat sprachlich manipuliert worden ist, um Lukašėnka als Trasjankasprecher lächerlich zu machen.

eine solche Instrumentalisierung von Menschen nicht zulässt. Er stellt sich in seiner Äußerung auf die Seite von Demokratie, (sprachlicher) Selbstbestimmung und Menschenrechten. Die sprachliche Selbstbestimmung erscheint dabei voraussetzungslos – losgelöst von der sowjetischen Sprachpolitik, die eine wichtige Ursache für die Russischsprachigkeit der Bevölkerungsmehrheit ist. Den Begriff des „Zwangs" bezieht Lukašėnka ausschließlich auf die Gegenwart, nämlich auf seine politischen Gegner: Diese geben sich als Demokraten aus, wollen die Weißrussen aber zur Verwendung einer bestimmten Sprache zwingen. Diese Rede von sprachlichem Zwang reduziert eine Sprachpolitik, die auf Erhalt des Weißrussischen ausgerichtet ist, auf deren Wahrnehmung durch russischsprachige Gegner.

Indem er die Ansicht äußert, jeder möge einfach in der Sprache sprechen, die ihm gefällt, versucht Lukašėnka, das Thema Sprache zu individualisieren. Die weißrussische Nation als Kollektivsubjekt spielt in seiner Argumentation keine Rolle. Eine „kluge" und „vorsichtige" Sprachpolitik besteht der Äußerung zufolge eben darin, Sprache aus der politischen Diskussion in Belarus' herauszuhalten. Lukašėnkas Ermunterung, die weißrussische „Muttersprache" zu unterstützen, lässt ihn vordergründig als Sprachpatrioten erscheinen, verschweigt aber zugleich, wie wenig das Weißrussische als Erstsprache verbreitet ist.

Insgesamt bereitet Lukašėnkas Äußerung vor den litauischen Diaspora-Gruppen dem Staatssprachen-Referendum vom Mai 1995 den Boden. Die offene Verachtung des Weißrussischen, die für seine Rede in Homel' charakteristisch ist, weicht einer vermeintlich demokratischen, menschenrechtlichen Argumentation: „Gebt dem Menschen das Recht, sich sprachlich selbst zu bestimmen!"

3.1.3.3 Die Hälfte des Staatshaushalts für die weißrussische Sprache?

1999 jährte sich in Belarus' zum vierten Mal das Referendum über die Staatssprachen, die Staatssymbolik, die Befugnisse von Präsident und Parlament sowie die Politik gegenüber Russland. Die Zeitung *Naša Slova* nahm dies zum Anlass, Stenogramme der Parlamentssitzungen im März 1995 abzudrucken, in denen über die Pläne zu der Volksabstimmung debattiert worden war. In den Sitzungen tritt neben den Parlamentariern mehrfach auch Lukašėnka auf, um die Abgeordneten von der Richtigkeit des Referendums zu überzeugen. Zum Thema Sprache äußert sich der Präsident nur innerhalb eines einzigen Redebeitrags, in dem er auf die Aussagen zweier Vorredner

Bezug nimmt. Daher seien diese hier zunächst zusammengefasst, bevor die Äußerung Lukašėnkas betrachtet wird.

Der erste dieser Vorredner ist Nil Hilevič, ein bekannter Dichter, der in der Sowjetzeit nationalkommunistisch orientiert war. Er war 1989 Gründer und dann bis 1997 Vorsitzender der Gesellschaft für die weißrussische Sprache. Hilevič vertritt in seiner Rede die Ansicht, man dürfe der russischen Sprache heute auf gar keinen Fall den Status einer Staatssprache in Belarus' geben (ZMAHANNE ZA MOVU[1]). Denn über Jahrzehnte eines totalitären Systems hinweg sei die weißrussische Sprache vom Russischen unterdrückt worden, bis an die Grenze ihres Verschwindens und bis zur Verdrängung aus allen gesellschaftlichen Sphären. Deshalb laute die Frage, vor der man nun stehe, „entweder – oder". Entweder das Weißrussische werde gerettet, oder man versöhne sich mit dem Gedanken, dass die Sprache aufhöre zu existieren.

Die weißrussische Sprache sei in einem so vernachlässigten Zustand, dass sie starke staatliche Unterstützung benötige. Wenn man aber der russischen Sprache den Status einer Staatssprache gebe, werde jeder noch so unbedeutende Staatsbeamte sich weigern, zum Weißrussischen überzugehen beziehungsweise dieses zu lernen. Im Ergebnis werde die weißrussische Sprache niemals den ihr gebührenden Platz im souveränen Weißrussland einnehmen; sie werde untergehen.

Die Beibehaltung des Weißrussischen als einzige Staatssprache bedeute nicht, dass die Weißrussen kein Russisch könnten und sich von der russischen Kultur lossagen wollten. Schließlich sehe das Sprachengesetz vor, dass Russischunterricht in allen Schulen von Belarus' obligatorisch bleibe. Ziel derer, die nun das Russische zur zweiten Staatssprache machen wollten, sei nicht, die russische Sprache zu schützen – denn diese bedürfe keines Schutzes –, sondern die weißrussische Sprache daran zu hindern, „sich zu erheben und einen wahrhaft staatlichen Status einzunehmen". Denn wenn das Weißrussische überlebe, werde Belarus' niemals zum Nordwestgebiet (russ. *Severo-Zapadnyj Kraj*) Russlands. Auch das Argument, staatliche Zweisprachigkeit berücksichtige die Tatsache, dass die Bevölkerungsmehrheit Russisch spreche, lässt Hilevič nicht gelten, denn die Mehrheit spreche nicht Russisch, sondern „weißrussisch-russische Trasjanka"[45]. Außerdem sei es

45 Dass Hilevič hier das Russische der Weißrussen als *Trasjanka* bezeichnet, ist nur ein Beispiel für die große Bandbreite von sprachbezogenen Verwendungen des Begriffs in der weißrussischen Debatte. So werden in anderen sprachpolemischen Aussagen auch solche Äußerungen als *Trasjanka* abgewertet, die sich an den „sowjetischen" Normen der weißrussischen Standardsprache orientieren, ohne in Richtung des Russischen abzuweichen.

kein Zeichen kluger Politik, nur von der bestehenden sprachlichen Situation auszugehen und dabei nicht an die Zukunft zu denken – wie ein Bauer, der die Saatkartoffel aufesse, statt sie zu säen. So sei es der Tschechoslowakei nach der Unabhängigkeit 1918 innerhalb von zwei bis drei Jahren gelungen, die überall dominierende deutsche Sprache durch Tschechisch zu ersetzen.

Der zweite Vorredner Lukašėnkas, Valjancin Holubeŭ, ist Historiker und war von 1991 bis 1995 stellvertretender Vorsitzender der nationalkonservativen Partei BNF (GOLUBEV). Er nennt in seiner Rede das Referendum den Versuch, „Russen und Weißrussen, russischsprachige und weißrussischsprachige Weißrussen" gegeneinander in Stellung zu bringen, statt sie zu vereinen, „um den Staat zu retten, uns selbst zu retten und das Nötige zu tun, damit etwas zu essen da ist" (ZMAHANNE ZA MOVU[2]). Im Wahlprogramm des Präsidenten habe es nur einen Satz zur Sprachenfrage gegeben, nämlich den, dass Lukašėnka jedem die Möglichkeit zusichern werde, in der Sprache zu denken, in der er spreche. Dies aber sei lächerlich, denn wie könne man staatlicherseits in den privaten Gebrauch von Sprache eingreifen? Die weißrussische Nation interessiere sich nicht für Referenda, sie wolle leben und arbeiten können. Und jeder Mensch wähle selbst, in welcher Sprache er spreche und seine Kinder erziehe.

An diese Äußerungen knüpft Lukašėnka an, als er am 24. März 1995 im Parlament auftritt (ZMAHANNE ZA MOVU[3]):

> Und ich möchte Sie, verehrte Delegierte, daran erinnern, dass man sich nicht Emotionen unterwerfen darf, denn es sind hier natürlich kluge Leute aufgetreten. Ich sage doch nicht, dass der Kandidat der Wissenschaften Valjancin Holubeŭ nicht versteht, was er gesagt hat, oder unser Volksdichter Nil Hilevič. Und doch entsteht der Eindruck, dass in Wahrheit die Verräter hier sitzen, nämlich die, die in diesen Fragen dem Präsidenten folgen. Nil Symonavič [Hilevič, Anm. MB] sagt, dass wir die weißrussische Sprache zugrunde richten werden. Aber der Untergang der weißrussischen Sprache besteht doch nicht darin [gemeint ist das Referendum, Anm. MB]; der Untergang wird dann stattfinden, wenn wir sie [die weißrussische Sprache, Anm. MB] nicht unterstützen, sowohl finanziell als auch wirtschaftlich.
>
> Sagen Sie – was hat der Präsident in den Monaten, in denen er an der Macht ist, für die weißrussische Sprache schlechter gemacht? Worin soll das bestehen? Habe ich irgendwo irgendetwas eingeschränkt? (Schrei nicht, Aleh [Trusaŭ, sozialdemokratischer Politiker und Verteidiger der weißrussischen Sprache, Anm. MB], wozu hier herum-

---

Einen Überblick über verbreitete Verwendungen des Begriffs *Trasjanka* geben Cychun und Zaprudski (CYCHUN 2000; ZAPRUDSKI im Druck).

> schreien?) Ich frage Sie das nicht, damit Sie es mir sagen. Wir haben nichts finanziell eingeschränkt, und so, wie wir die Verlage unterstützt haben, unterstützen wir sie auch weiterhin. Letzten Endes sind Sie es doch, die den Beschluss fassen, wo und was unterstützt werden soll, Sie teilen doch die Haushaltsgelder auf. Und wenn Sie schriftlich festhalten, dass 50 Prozent des Staatsbudgets in die Bezuschussung weißrussischsprachiger Publikationen gehen sollen, dann wird das geschehen. Das ist doch in Ihren Händen. Vor allem darin besteht die Unterstützung der weißrussischen Sprache, Unterstützung und nochmals Unterstützung.

Mit der Äußerung, man dürfe sich im Streit um Sprache nicht zu Emotionen hinreißen lassen, unterstellt Lukašėnka einigen seiner Vorredner eben diese unangemessene Emotionalität. Obwohl er bei seinen öffentlichen Auftritten oft selbst unbeherrscht wirkt, reklamiert er hier die Rolle des Staatsmannes, der die Wogen glättet. In dieser Rolle zollt er seinen Gegnern Hilevič und Holubeŭ Respekt („sie wissen, was sie sagen"), obwohl diese seine Sprachpolitik zuvor scharf attackiert und ihm Böswilligkeit (Hilevič) beziehungsweise Lächerlichkeit (Holubeŭ) unterstellt haben. Den weithin geschätzten „Volksdichter"[46] Hilevič und den ebenfalls anerkannten Historiker Holubeŭ mag Lukašėnka nicht attackieren. Er attackiert aber deren Argumentation, die ihn als Verräter an der weißrussischen Sprache dastehen lässt. Dass ein Staatspräsident von führenden Intellektuellen des Landes so in die Enge gedrängt wird, stellt Lukašėnka indirekt als mangelnden Respekt vor seinem Amt hin. Das ist ein Beispiel für seine Selbstinszenierung als „Vater" (*bac'ka*) der Weißrussen, dem keine bösen Absichten unterstellt werden können.

Lukašėnka stellt dann pauschal in Abrede, was Hilevič zum Untergang der weißrussischen Sprache gesagt hat. Dass die weißrussische Sprache prinzipiell „untergehen" kann, übernimmt er allerdings von Hilevič. Zum „Untergang" des Weißrussischen kommt es nach Aussage Lukašėnkas, wenn „wir" – Präsident und Parlament gemeinsam – die weißrussische Sprache finanziell und wirtschaftlich nicht unterstützen. Indirekt ist dies ein Vorwurf an die Parlamentarier, durch prinzipiellen Widerstand gegen die Politik des Präsidenten dem Erhalt des Weißrussischen selbst im Weg zu stehen. Einen Streit über die grundsätzliche Ausrichtung der staatlichen Sprachpolitik sieht diese Argumentation Lukašėnkas nicht vor. Sprachpolitik, so die Botschaft der Aussage, ist lediglich die Frage, wofür – bei feststehendem Ziel – Geld aus-

46 Mit dem Titel „Volksdichter" (*Narodny Paėt*) werden in Weißrussland seit der Sowjetzeit – analog zu Titeln wie „Held der Arbeit" usw. – besonders verdiente Schriftsteller vom Staat ausgezeichnet.

gegeben werden sollte, oder anders: Unterstützung ist erforderlich, kein politischer Streit.

Mit einer rhetorischen Frage („Ich frage Sie das nicht, damit Sie mir es sagen") „erkundigt" sich Lukašėnka daraufhin, wo er der weißrussischen Sprache geschadet haben soll. Er suggeriert mit der Frage, was er für die weißrussische Sprache „schlechter gemacht" habe, analog zu anderen Politikfeldern auch für die Sprachpolitik Stabilität. Statt einer aktiven Politik zum Erhalt des Weißrussischen betrachtet er bereits diese vermeintliche Stabilität der Sprachpolitik als ausreichend, um sich gegen Kritik zu immunisieren. Als Beleg dafür, dass das Weißrussische unter ihm keine Nachteile erleidet, nennt er die finanzielle Unterstützung der Verlage, die auf Weißrussisch veröffentlichen. Dass es zusätzlich nötig wäre, weitere Möglichkeiten und Anreize zum Weißrussischlernen zu schaffen, blendet Lukašėnka aus. Selbst die Unterstützung weißrussischsprachiger Veröffentlichungen macht Lukašėnka lächerlich: Die Parlamentarier könnten den Verlagen ja auch 50 Prozent des Staatshaushaltes zuschießen, denn schließlich verfügten sie über das Budgetrecht. Die ironische Äußerung ist auch eine Spitze gegen das Parlament, das damals noch von der Opposition gegen Lukašėnka dominiert wurde. Denn indem der Präsident es dem Obersten Sowjet zutraut, eine derart übertriebene Summe für den weißrussischsprachigen Druck auszugeben, stellt er seine Gegner als verantwortungslose Politiker dar. Mitte der 1990er Jahre war schließlich die wirtschaftliche Not in Belarus' besonders groß, so dass sich die Sprach- und Kulturpolitik als Kostenfaktor gut gegen die Sozialpolitik ausspielen ließ.

Lukašėnkas Vorredner Nil Hilevič hat Recht, wenn er konstatiert, der Präsident gehe nur von der gegenwärtigen sprachlichen Situation aus. Wie die Zukunft des Weißrussischen als nur noch eine von zwei Staatssprachen aussehen soll, geht aus dem Redebeitrag Lukašėnkas nicht hervor. Dass sämtliche Karriere-Anreize wegfallen, das Weißrussische zu lernen, wenn Russisch als zweite Staatssprache eingeführt wird, erwähnt Lukašėnka nicht. Ebenso wenig kommt in seiner Ansprache die Rolle der weißrussischen Sprache für die nationale Identität der Weißrussen vor, ferner die Rolle der russischen Sprache für das Verhältnis von Belarus' zu Russland. Insgesamt ist Lukašėnka im zitierten Textfragment bemüht, die Veränderungen der sprachlichen Situation durch das geplante Referendum als äußerst geringfügig erscheinen zu lassen. Dies zeigt sich auch darin, dass er sich in der Debatte im Obersten Sowjet weit mehr zu den anderen Fragen des Referendums (Staatssymbolik, Politik der Integration mit Russland, Parlamentsauflösung,

Verfahrensfragen) als zu den Staatssprachen äußert. Den Erhalt der weißrussischen Sprache stellt er als entpolitisiertes Kulturthema dar. Lukašėnka gibt sich als verantwortungsvoller Staatspräsident, der kein Interesse daran hat, mit seiner Politik die weißrussische Sprache zu gefährden.

3.1.3.4 Mit dem Russischen in die Informationsgesellschaft?

In *Zvjazda* vom 21.6.1996 ist eine Ansprache Lukašėnkas abgedruckt, die dieser auf einer landesweiten Versammlung von Exekutivkomitee-Leitern gehalten hat (LUKAŠĖNKA 1996). Thema des Vortrags sind – laut Überschrift und Einleitung des Redners – die „Probleme der sozial-kulturellen Sphäre in der derzeitigen Etappe" der staatlichen Entwicklung von Belarus'. Die Aspekte Soziales, Kulturelles und Bildungswesen stehen auch im Mittelpunkt des Vortrags, den Lukašėnka allerdings wie so häufig dazu nutzt, zwischen verschiedenen Themen zu springen und mit seinen Kritikern abzurechnen.

Lukašėnka äußert sich in seiner Ansprache auch zur Sprachpolitik in Belarus' nach dem Referendum von 1995. Eingeleitet wird dieser Textabschnitt von einer Verurteilung des „aggressiven Nationalismus" und der „Teilung der Menschen in [national, Anm. MB] „bewusste" und „nicht-bewusste" Weißrussen". Diese führe zu „kultureller Autarkie" und „geistiger Verarmung der Staatsbürger". Die ostslavische Kultur habe sich immer durch Offenheit, Verständnis und Bereitschaft zum Dialog mit den Kulturen anderer Nationen ausgezeichnet. Nun aber werde den Weißrussen vorgeschlagen, sich vom gemeinsamen ostslavischen Kulturerbe loszusagen. Ziel dieser Vorschläge sei, „der nationalen Beschränktheit und der Reanimation von zweifelhaften Aktivisten der Vergangenheit einen Dienst zu erweisen". Dann kommt Lukašėnka zum Thema Sprache (LUKAŠĖNKA 1996):

> Die Versuche der National-Radikalen, die Ergebnisse des Mai-Referendums von 1995 zu torpedieren, hören nicht auf. Das Leben hat unsere „bewussten Aktivisten" nichts gelehrt.
>
> Indem die Nation Weißrusslands für die Einführung staatlicher Zweisprachigkeit gestimmt hat, hat sie sich de facto nicht nur für die Gleichheit der Sprachen ausgesprochen, sondern auch gegen einen Zustand, in dem als Bewertungskriterium für die Tätigkeit eines Menschen oft nur die Kenntnis der weißrussischen Sprache diente und die berufliche Qualifikation der jeweiligen Person ignoriert wurde.
>
> Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Anerkennung der russischen Sprache als Staatssprache die breiten Möglichkeiten zur Entwicklung kultureller Verbindungen erhält und vervielfacht sowie den Zugang der Republik Belarus' zu einer gewaltig großen Schicht an wissenschaftlich-technischen und anderen Informationen weiterhin sicherstellt.

> Gleichzeitig ist dem Studium und der Entwicklung des Weißrussischen als Sprache der Nation, welche die Bevölkerungsmehrheit der Republik ausmacht, vorrangige Bedeutung einzuräumen. Es muss auch weiterhin zielgerichtet und geduldig daran gearbeitet werden, das Netz der weißrussischsprachigen Schulen zu entwickeln sowie günstige Voraussetzungen für die Herausgabe von Büchern, Broschüren, Lehrwerken und Lernmitteln in weißrussischer Sprache zu schaffen.
>
> Wir bekräftigen eindeutig die Staatlichkeit der weißrussischen Sprache. Aber in der Sprachpolitik sollten sich Taktgefühl, Geduld, Achtung für die nationale Würde und die Wahlfreiheit jedes Einzelnen äußern.

Lukašėnka bedient sich zunächst eines Freund-Feind-Schemas und einer Kriegs-Metaphorik. Feinde von Belarus' sind die nicht näher spezifizierten „National-Radikalen", weil sie die Ergebnisse des vermeintlich demokratischen Referendums von 1995 nicht anerkennen. Die Propaganda-Kampagne in den Staatsmedien, welche die Bürger vor dem Urnengang dazu aufgefordert hatten, für die zweite Staatssprache Russisch zu stimmen, bleibt selbstverständlich unerwähnt (Belege dafür z. B. in BAHDANKEVIČ et al. 2000). Ebenfalls nicht erwähnt wird der informelle Druck, den die Schulbehörden unmittelbar vor und nach dem Referendum ausübten, damit Eltern ihre Kinder zum neuen Schuljahr in russischsprachigen Klassen anmeldeten (auch hierfür zahlreiche Belege in BAHDANKEVIČ et al. 2000). Statt auf diese Vorwürfe einzugehen, greift Lukašėnka seine Gegner mit der Rhetorik eines strengen Vaters an: Die „National-Radikalen" sollten mittlerweile eigentlich genug Lebenserfahrung haben, um auf ihre jugendliche Dummheit, die Unterteilung der Weißrussen in national bewusste und national unbewusste, zu verzichten.

Lukašėnka lobt dann die „Weisheit" des weißrussischen Volkes, das die wahrhaft guten Absichten des Referendums – und damit Lukašėnkas als treibender Kraft hinter dem Plebiszit – erkannt habe. Denn seit dem Mai 1995, so die Argumentation des Präsidenten, herrscht in Belarus' mehr Gerechtigkeit. Diese äußert sich nicht nur in der „Gleichheit der Sprachen" (*roŭnasc' moŭ*), sondern auch in einer gerechten Beurteilung der Arbeit, die jeder Weißrusse leistet. Dementsprechend klug erscheint die Entscheidung Lukašėnkas, das Volk in einem Referendum nach seiner Meinung gefragt zu haben.

Wenn Lukašėnka das Ergebnis des Referendums als Entscheidung für die „Gleichheit der Sprachen" bezeichnet, so ist dies eine rein formale Sichtweise. Sie berücksichtigt ausschließlich den Rechtsstatus des Russischen und Weißrussischen als Staatssprachen, nicht aber deren tatsächlichen Gebrauch.

Als Arbeitssprache der Staatsorgane dominiert seit 1995 wieder das Russische, ebenso als symbolische offizielle Sprache. Denn Lukašėnka sowie die meisten Minister und hohen Beamten verwenden auch bei offiziellen Anlässen das Weißrussische nicht. Im öffentlichen Leben außerhalb des Staatsapparats kann noch weniger von einer tatsächlichen „Gleichheit" der Sprachen die Rede sein.

In der weiteren Argumentation Lukašėnkas bilden „Erfahrung" (*vopyt*), „erhält" (*zachoŭvae*) und „weiterhin"[47] (*pracjahvae*) eine Gruppe von Schlüsselwörtern. Diese sind ein Beispiel für den Stabilitätsdiskurs der staatlichen Medien in Belarus': Das Referendum ist demnach kein Bruch in der staatlichen Politik Weißrusslands, sondern eine Fortsetzung dessen, was sich über Jahrzehnte bewährt hat und nur von den politisch unreifen Nationalisten in Frage gestellt wird.

Eine zweite Gruppe von Schlüsselwörtern in Lukašėnkas Äußerung besteht aus „vervielfacht" (*pamnažae*), „breite Möglichkeiten" (*šyrokija mahčymasci*), „Entwicklung" (*razviccja*) und „gewaltig groß" (*velizarnaha*). Diese Wörter erzeugen bei Zuhörern beziehungsweise Lesern der Ansprache Zukunftsoptimismus. Eine formell geringfügige Änderung in der Sprachgesetzgebung – die Hinzunahme des Russischen als Staatssprache – wird mit Hilfe dieser Schlüsselwörter zum Quell positiver Erwartungen: Kaum haben die weißrussischen Bürger das Russische zur Staatssprache gemacht, bekommt Weißrussland „Zugang" zu den „Schichten" von „wissenschaftlich-technischen und anderen" Informationen. Die Bergbau-Metapher, mit der Lukašėnka hier den Informationsaustausch beschreibt, lässt die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache unvermeidlich erscheinen: Die weißrussische Nation kann die Informationen, welche sie zum Überleben braucht, nur mit einem geeigneten „Werkzeug" – der russischen Sprache – „abbauen". Außerdem macht die Metapher das Thema Sprachpolitik zum Teil des Diskurses über Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Umfassende Kulturkontakte zu pflegen und internationalen Austausch in Wissenschaft und Technik zu betreiben, stellt Lukašėnka als besonders wichtig für eine „junge Nation" wie die Weißrussen dar. Der Grund, warum er ein russophones Weißrussland als Bedingung dafür nennt, ist die Größe der russischen Sprachgemeinschaft. Ein Weißrussland, in dem die weißrussische

47 Im weißrussischsprachigen Original aus der Zeitung *Zvjazda* liegt mit *pracjahvae* ein Verb in der 3. Person Singular Indikativ Präsens aktiv vor, wörtlich zu übersetzen mit „setzt fort". Um die Stilistik der deutschsprachigen Übersetzung zu verbessern, wurde das Verb hier jedoch als Adverb „weiterhin" wiedergegeben.

Sprache einzige Staatssprache ist, verbindet er dagegen implizit mit kulturel-ler Beschränktheit und wissenschaftlich-technischer Rückständigkeit.

Das Beispiel der Schweiz, in der trotz der Gruppenfunktion des Schweizerdeutschen am Deutschen als überdachende Hochsprache festgehalten wurde, zeigt, dass Lukašėnkas Argument grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen ist. Problematisch ist die Absolutheit, mit der Lukašėnka wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Erfolg von der Zugehörigkeit zu einer großen Sprachgemeinschaft abhängig macht. Das Argument dient dem weißrussischen Präsidenten letztlich zur Rechtfertigung seiner Entscheidung, Weißrussland politisch eng an Russland zu binden.

Begründet Lukašėnka mit Stabilität und wirtschaftlichem Nutzen, warum aus seiner Sicht das Russische Staatssprache sein muss, so argumentiert er mit Blick auf das Weißrussische anders. „Studium und Entwicklung" der weißrussischen Sprache müssen demzufolge „Priorität" haben, da dies die Sprache der Nation ist, welche die Bevölkerungsmehrheit stellt. Die Rede von „Studium und Entwicklung" (*vyvučėnne i razviccë*) der weißrussischen Sprache macht diese zum Objekt von Forschung, die aus heimatkundlichem Interesse betrieben wird. Von einem konkreten Nutzen des Weißrussischen als Kommunikationsmittel spricht Lukašėnka nicht. Nach seiner Argumentation sollten sich die Weißrussen nur deshalb mit der eigenen Nationalsprache beschäftigen, weil sich das für eine moderne, selbstbewusste Nation so gehört. Die Nation ist also auch für Lukašėnka eine wichtige Bezugsgröße. Er ordnet die weißrussische Sprache der Nation als Attribut zu, lässt allerdings das Verhältnis, in dem Nation und Nationalsprache stehen, ungeklärt. Auf diese Weise kann er gleichzeitig für das Russische als Staatssprache eintreten.

Indem Lukašėnka Studium und Entwicklung des Weißrussischen „vorrangige Bedeutung" beimisst, erklärt er sich als Staatspräsident zum Hauptförderer der Nationalsprache. Der Opposition spricht er diese Rolle ab: Weißrussischsprachige Schulen sowie Bücher und Lehrwerke können nur dann Erfolg haben, wenn die entsprechende Förderung sich durch Zielgerichtetheit (*mėtanakiravanasc'*) und Geduld (*cjarplivasc'*) auszeichnet. Der Aufruhr, den die Opposition in diese Themen bringt, schadet demzufolge der Förderung des Weißrussischen, statt ihr zu nützen. Lukašėnkas Forderung nach „Zielgerichtetheit" und „Geduld" lenkt von dem Hauptproblem bei der Förderung des Weißrussischen ab: Es fehlt nicht nur an Möglichkeiten, sondern auch an materiellen Anreizen, das Weißrussische zu lernen und zu benutzen.

Da Lukašėnkas politische Gegner dessen Absichten in der Sprachpolitik misstrauen, tritt der Präsident diesen Zweifeln am Ende seiner Aussage entschieden entgegen: „Wir bekräftigen eindeutig die Staatlichkeit der weißrussischen Sprache." Wenn er gleich darauf einschränkend („aber") fordert, in der Sprachpolitik müssten „Taktgefühl, Geduld und Achtung für die nationale Würde und die Wahlfreiheit des Einzelnen" herrschen, so richtet sich dies indirekt wieder gegen die nationale Opposition: Es darf nicht sein, dass ein paar Radikale mit Hilfe von Sprache die Weißrussen gegeneinander aufhetzen.[48] Um die Gegner seiner Politik zu attackieren, erklärt Lukašėnka den Gegensatz zweier unterschiedlicher Ansätze der Sprachpolitik zu einem Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern sprachlicher Menschenrechte um. Wer wie Lukašėnka die Dominanz des Russischen im öffentlichen Leben bewahren will, ist nach dieser Argumentation Anhänger einer „taktvollen" und „geduldigen" Sprachpolitik, die das Individuum achtet. Wer eine größere Rolle des Weißrussischen befürwortet, befürwortet damit eine repressive, „ungeduldige", die Stabilität im Land gefährdende Sprachpolitik.

Insgesamt rechtfertigt Lukašėnka mit der zitierten Äußerung den sprachpolitischen Kurs, den er mit dem Referendum eingeschlagen hat. Er präsentiert das Plebiszit als Fortsetzung des „Großreinemachens" seit seinem Amtsantritt: Wer in einem öffentlichen Amt wenig leistet, soll sich nicht zum Schutz auf seine hervorragenden Weißrussischkenntnisse berufen können. Eine wichtige Rolle für Lukašėnkas Argumentation spielt außerdem die Integration mit Russland. Den Willen zur Integration hatten beide Seiten im April 1996 mit einem Vertrag über eine russisch-weißrussische Union bekundet. Der Rechtfertigung dieser Politik dient Lukašėnkas Bemerkung über die großen Möglichkeiten, die das Russische zur Erweiterung des kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Horizonts der Weißrussen biete. Die Ansprache Lukašėnkas verbindet somit den Diskurs der Korruptionsbekämpfung und des „Durchgreifens", der für den Beginn seiner Amtszeit typisch ist,

48 Wieder einmal spitzt Lukašėnka hier ein Argument propagandistisch zu, das prinzipiell nicht von der Hand zu weisen ist. Realer Hintergrund der Forderung nach „Taktgefühl" in der Sprachenfrage ist der häufige, oft auch indirekt geäußerte Vorwurf weißrussischsprachiger Politiker und Publizisten an ihre russisch- und gemischtsprachigen Landsleute, ungebildet und unpatriotisch zu sein. Beispiel für eine solche indirekte, gleichwohl scharfe Abwertung ist die Überschrift eines Essays zur Präsidentenwahl von 2001, die als Wahl eines „Präsidenten der Kreolen" bezeichnet wird (BULHAKAŬ 2001). Die Abwertung durch den Begriff „Kreolen" bezieht sich auf die kulturelle Identifikation der Lukašėnka-Anhänger, Sprache ist ein Teil davon.

mit dem Thema „Integration mit Russland“, das in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bestimmend wird.

3.1.3.5 Der Präsident, die Schriftsteller und die Sprache

Ein neuer Anlass für Lukašėnka, sich zur Situation der weißrussischen Sprache zu äußern, entstand 1998 durch einen Konflikt mit dem Verband der weißrussischen Schriftsteller (*Sajuz belaruskich pismennikaŭ*). Ein gekürztes Stenogramm von einem Treffen des Staatspräsidenten mit dem Verbandsvorstand ist in der Zeitung *Zvjazda* vom 16. September 1998 abgedruckt (DYJALOH 1998). Das Treffen fand am 5. August 1998 statt. Zu dem Gespräch kam es wegen eines Streits um den Sitz des Verbandes im Zentrum von Minsk. Lukašėnka hatte das Gebäude, das seit 1934 im Besitz des Schriftstellerverbandes gewesen war, 1997 per Dekret zum Eigentum der Präsidialverwaltung erklärt und von den Schriftstellern Miete verlangt. Diese weigerten sich zu zahlen (OERTEL 2006).

Ursache des Streits um das Gebäude war, dass der Schriftstellerverband Lukašėnka nach dessen Amtsantritt immer wieder für seine Sprach- und Kulturpolitik kritisiert hatte (FREUNDEL 2008). Das Verhältnis zwischen Lukašėnka und dem Verband verschlechterte sich nach dem Gespräch, um das es hier geht, weiter. 2001 strich Lukašėnka dem Schriftstellerverband die staatliche Unterstützung. Die Staatsmedien stellten den Verband fortan als nationalistische und regierungsfeindliche Organisation dar. 2002 versuchte das Regime, regierungstreue Schriftsteller in den Vorstand einzuschleusen, was jedoch wegen des Widerstands der Mitglieder nicht gelang (OERTEL 2006). 2005 änderten die Machthaber die Strategie: Sie ließen einen neuen staatlichen Schriftstellerverband gründen, zu dessen Vorsitzendem der frühere Leiter des Wahlstabs von Lukašėnka ernannt wurde (MELNIK & KESSNER 2005). Dieser Verband der Schriftsteller von Belarus’ (*Sajuz pismennikaŭ Belarusi*) gilt unter Regimegegnern als präsidententreue Marionettenorganisation, während der weiterhin existierende Verband weißrussischer Schriftsteller von der Staatsmacht bekämpft wird. So berichtete im Februar 2010 der Vorsitzende des Verbandes weißrussischer Schriftsteller, Ales’ Paškevič, von einem Rundschreiben der Präsidialverwaltung an die Leitungen staatlicher Einrichtungen. Das Zirkular nenne den Verband eine „zerstörerische Organisation“. Eine Mitgliedschaft in ihm sei „nicht mit der Arbeit in staatlichen Institutionen und Behörden zu vereinbaren“ (PILECKI 2010).

Als das Gespräch, um das es hier geht, stattfand, war Uladzimir Njakljaeŭ Vorsitzender des Schriftstellerverbands. Er verkündete 1999 seinen Bruch mit den Machthabern und verließ Belarus' (ANDROSIK et al. 2007, 153). 2003 kehrte er zurück (KOLJADA & CHALEZIN 2003). Im Februar 2010 initiierte Njakljaeŭ die Kampagne „Sag die Wahrheit" (*Havary praŭdu*) mit dem erklärten Ziel, eine Gegenöffentlichkeit zu den Staatsmedien zu schaffen (O PROEKTE 2010). Bei der Präsidentenwahl im Dezember 2010 trat er gegen Lukašėnka an und erreichte nach offiziellen Angaben weniger als zwei Prozent der abgegebenen Stimmen, nach der Wählerbefragung des Wilnaer Unabhängigen Instituts für sozioökonomische und politische Studien (NISĖPD) rund acht Prozent (CIK 2010; STUDZINSKAJA 2011). Als Njakljaeŭ am Wahlabend an der Großdemonstration gegen Fälschungen teilnehmen wollte, wurde er niedergeschlagen und im Krankenhaus festgenommen.

Bei dem Treffen mit den Schriftstellern äußert sich Lukašėnka das erste Mal zur weißrussischen Sprache, nachdem er über seinen Konflikt mit dem Verband gesprochen hat. Er wirft den Literaten vor, in ihren Reihen Radikale zu dulden, die zu seinem Sturz oder sogar zum Mord an ihm aufgerufen hätten. Er selbst sei sich keiner Schuld an den Spannungen bewusst. Trotz ihrer radikalen Äußerungen habe er die Schriftsteller nie unterdrückt, sondern immer unterstützt und es nicht zu einer Situation wie in Russland kommen lassen, wo es mehrere Schriftstellerverbände gebe. Mit seiner dann folgenden Äußerung wendet sich Lukašėnka an Njakljaeŭ:

> Sie haben gesagt, Uladzimir, dass Vertreter der Staatsmacht ein aufmerksames Auge auf Sie haben. Aber analysieren Sie doch die Handlungen einzelner Schriftsteller, die unter einer Flagge, die gegen den Präsidenten gerichtet ist, in die Jugendkollektive kommen. Wissen Sie, nicht nur ich, sondern auch das Volk ist von dieser Hetzjagd müde geworden. Ich aber kann es als Staatsoberhaupt nicht zulassen, wenn auch noch die Jugend in diese Hatz hineingezogen wird. Und so geht doch alles auf diesen Versammlungen los: Es beginnt mit zwei Vorschlägen in der Muttersprache [im Original: *na rodnaj matčynaj move*, Anm. MB], und dann aber los, und [man redet] „über den Staat" und „über Lukašėnka".

Lukašėnka hebt die weißrussische Sprache hier als Identitätsmerkmal der Opposition hervor. Als weiteres Identitätsmerkmal seiner Gegner betrachtet er die weiß-rot-weiße Flagge, die bis 1995 offizielle Flagge der Republik Belarus' war. Indem Lukašėnka politische Proteste als jugendgefährdende „Hetzjagd" bezeichnet und behauptet, das Volk sei dessen müde geworden, stellt er sich als Staatsoberhaupt dar, das die Volksmeinung hinter sich weiß.

Er verdrängt damit, dass seine Gegner nicht einfach eine unbedeutende soziale Randgruppe sind, sondern dass die Spaltung in Befürworter und Gegner seiner Herrschaft durch die gesamte Gesellschaft verläuft. Statt dies anzuerkennen, stellt er die oppositionell gesinnten Schriftsteller als Urheber von Chaos und Rowdytum dar.

Das Weißrussische tritt in der zitierten Äußerung in einer doppelten Funktion auf: Zum einen ist der Begriff der Muttersprache (*rodnaja matčynaja mova*) mit Vorstellungen von Nestwärme, wohlbehüteter Kindheit und elterlichem Schutz konnotiert. Andererseits ist die weißrussische Sprache Ausgangspunkt für Kontrollverlust. Das Weißrussische erscheint somit wie ein Medikament, das wohldosiert positive Wirkung – ein Gefühl der Geborgenheit und Verbundenheit mit der weißrussischen Heimat – entfaltet, vor dessen Missbrauch man die Jugend aber unbedingt schützen muss.

Ausführlicher geht Lukašėnka an anderer Stelle des Gesprächs auf das Thema Sprache ein. Er beschwert sich zunächst, dass der Schriftstellerverband zu wenig mit den Behörden kommuniziere. Außerdem lade die Gesellschaft für die weißrussische Sprache Vertreter der Präsidialverwaltung grundsätzlich nicht zu ihren Sitzungen ein. Dann sagt er:

> Was die weißrussische Sprache anbelangt. Ich kontrolliere ständig die Aufnahmeprüfungen [der weißrussischen Universitäten, MB], und man gibt mir Informationen über die Aufsätze, Nacherzählungen und Diktate [die Bestandteile dieser Prüfungen sind, MB]. Eine seltsame Sache. Während in den östlichen Regionen vor zwei Jahren fast 90 Prozent der Abiturienten den Aufsatz, die Nacherzählung und das Diktat auf Russisch geschrieben haben, haben sie in diesem Jahr 70 Prozent der Aufsätze, Nacherzählungen und Diktate eben in der weißrussischen Sprache geschrieben – es ist ja ihre freie Wahl. Ist das kein Indikator? Wir sind es doch, die eine weißrussische Elite heranbilden! Gestern Abiturient, heute Student, morgen staatsbürgerliche Elite.
>
> Wohin hat denn vor fünf Jahren das Gerenne um das Parlament mit dem Aufruf „Los, los, Hilevič“ geführt? Wir haben ihn überall unterstützt. Auch ich habe ihn unterstützt. Wir hatten ein sehr gutes Verhältnis. Aber wohin sind wir gekommen? Nach dem sprachlichen Prinzip hätten wir fast die Nation gespalten. Wer brauchte so etwas? Und überhaupt – welche Streitigkeiten kann es über Sprache geben? Sie alle, die Sie hier sitzen, sind Demokraten. Wir haben auf die allerdemokratischste Weise die Menschen gefragt, was getan werden soll. Und mehr als 90 Prozent haben ihre Meinung in dieser Frage kundgetan. Und ich als Staatsoberhaupt bin dazu verpflichtet, mich an diese Willensbekundung zu halten, die staatliche Politik zu verfolgen und die staatlichen Prinzipien zu verteidigen.

> Mit Gewalt kann man eine Sprache nicht unterstützen. Staatliche Politik lässt sich selbst in diesem Bereich nicht ohne gründliche Überlegung führen. Und was Ihre Bücher betrifft, so kann ich ihren Verkauf nicht garantieren. Wir werden Ihnen helfen, sie zu drucken. Doch Bücher werden nur dann gekauft, wenn sie für den Leser interessant sind. Ich habe hier Daten, nach denen 1995 der Verlag „Mastackaja Litaratura" 70 bis 80 Prozent seiner Bücher abgesetzt hat.

Lukašėnka reklamiert zunächst für sich die Kompetenz, über die Situation des Weißrussischen zu urteilen – er kontrolliert ständig die Aufnahmeprüfungen an den Universitäten, und alle Sprachstatistiken dazu sind ihm bekannt. Dann attackiert er seine Gegner, die ihm – wie der Schriftstellerverband – Unterdrückung der weißrussischen Sprache vorwerfen: „Eine seltsame Sache." Um die (unausgesprochene) These zu widerlegen, seine Politik führe zum „Tod" der weißrussischen Sprache, führt Lukašėnka Statistiken über die Sprache der Eingangsprüfungen in den östlichen Regionen Weißrusslands an. Diese gelten als stark russifiziert; gegen die staatliche Politik der sprachlichen Weißrussifizierung gab es hier Anfang der 1990er Jahre den größten Widerstand. Zudem ist der Osten Weißrusslands die politische Heimat Lukašėnkas. Wenn in diesen Gebieten 1996 – also kurz nach Ende der staatlichen Weißrussifizierungspolitik – noch 90 Prozent der Abiturienten ihre Prüfungen auf Russisch abgelegt haben, zwei Jahre später dagegen bereits 70 Prozent auf Weißrussisch, dann kann, so die Argumentation, von Unterdrückung der weißrussischen Sprache keine Rede sein. Indem Lukašėnka für sich in Anspruch nimmt, auf diese Weise eine weißrussische Elite heranzubilden, macht er der national gesinnten Opposition ihre Rolle als Bewahrerin der weißrussischen Sprache streitig. Die Vorhersage „gestern Abiturient, heute Student, morgen staatsbürgerliche Elite" zeigt dabei den Optimismus, der für den offiziellen Diskurs in Belarus' typisch ist.

Wenn Lukašėnka den hohen Anteil an Hochschulzugangsprüfungen, die auf Weißrussisch abgelegt werden, als Entstehung einer „weißrussischen Elite" wertet, so offenbart dies, dass für ihn nicht nicht der Erst-, sondern der Zweitsprachenerwerb des Weißrussischen zur Bildung einer solchen Elite ausreicht. Denn nicht nur zum Zeitpunkt des Gesprächs mit den Schriftstellern, sondern auch Ende 2013 (Redaktionsschluss dieser Untersuchung) noch gab es keine einzige staatliche Hochschule in Belarus', in der die Studenten ausschließlich in weißrussischer Sprache unterrichtet würden.

Das vermeintliche Versagen der „Nationalisten" verdeutlicht er dann am Beispiel des Dichters Nil Hilevič. Dieser war von 1985 bis 1995 Abgeordneter im Obersten Sowjet, Vorsitzender der Parlamentskommission für Bildung,

Kultur und Bewahrung des historischen Erbes (ANDROSIK 2007, 50f.) und als Gründer der Gesellschaft für die weißrussische Sprache einer der bekanntesten Verfechter der sprachlichen Weißrussifizierungspolitik. Hilevičs Anhänger stellt Lukašėnka in seinem Redebeitrag als nationalistische Scharfmacher dar. Diese haben – so die Argumentation – mit ihren radikalen Forderungen den Bogen überspannt und selbst wohlgesonnene Politiker wie Lukašėnka („Auch ich habe ihn unterstützt") abgeschreckt. Seine große Sorge um das Wohl der Nation unterstreicht Lukašėnka, indem er die Verurteilung des sprachlichen „Radikalismus" in die Wir-Form kleidet und damit in eine Selbstanklage der gesamten politischen Elite verwandelt: „Aber wohin sind wir gekommen? Nach dem sprachlichen Prinzip hätten wir fast die Nation gespalten." Dieser Argumentation zufolge stehen sich in Lukašėnkas Äußerung Stabilität und Chaos als Gegensatzpaar gegenüber: Die Stabilität verkörpert der Präsident als Garant für die Umsetzung des Volkswillens und die Verteidigung „staatlicher Prinzipien". Für das Chaos dagegen stehen die Nationalisten, die Anfang der 1990er Jahre Nil Hilevič und andere Verteidiger der weißrussischen Sprache zu immer radikaleren Weißrussifizierungsmaßnahmen angetrieben haben.

„Spaltung" und „Streit" passen nicht in das harmonische Bild, das Lukašėnka von der weißrussischen Gesellschaft zeichnet. Sie erscheinen als Bedrohungen, die der Präsident durch die Ansetzung des Referendums abgewendet hat. Nach dem Plebiszit wiederum ist es nach Lukašėnkas Argumentation sinnlos geworden, über Sprache zu streiten, weil das Volk seine Entscheidung getroffen hat. Nach dem Begriff der weißrussischen Elite eignet sich Lukašėnka dann einen weiteren Begriff seiner politischen Gegner an – den der Demokratie. Damit setzt er die Schriftsteller unter Rechtfertigungsdruck: Wenn die demokratischste Art, über eine politische Frage zu entscheiden, ein Referendum ist, dann handelt derjenige undemokratisch, der das Ergebnis des Referendums nicht akzeptiert. Seine aktive Rolle bei der Volksbefragung über die Staatssprachen spielt Lukašėnka herunter: Wenn das Volk seinen Willen ausgedrückt hat, muss das Staatsoberhaupt diesen Willen umsetzen. Indem er derart vereinfachend über demokratische Verfahren spricht, gibt sich Lukašėnka volksverbunden.

Er fasst dann seine vorhergegangenen Ausführungen zusammen: Mit „Gewalt" kann man Sprache nicht unterstützen, und sogar in der Sprachpolitik – das heißt in einem vermeintlich weniger wichtigen Politikfeld – darf der Staat nicht überhastet handeln. Lukašėnka überträgt mit dieser Äußerung seine Wahrnehmung von Demonstrationen auf die sprachpolitischen Kon-

zepte, die seine Gegner befürworten: Ähnlich wie die Kundgebungen unter weiß-rot-weißer Flagge für ihn eine gewaltsame, demokratisch nicht legitimierte „Hetzjagd“ sind, ist die Sprachpolitik Anfang der 1990er Jahre gewaltsam, überstürzt und undemokratisch gewesen. Lukašėnkas Sprachpolitik dagegen ist in dieser Sichtweise überlegt, friedlich und demokratisch legitimiert.

Nach einer weiteren Beschwerde, dass der Schriftstellerverband lieber offene Briefe verfasse, als direkt mit ihm zu sprechen, geht Lukašėnka auf eine Forderung der Schriftsteller ein. Sie wollen, dass ein Gesetz zum Schutz der weißrussischen Sprache verabschiedet wird:

> Sie sprechen von einem Gesetz zum Schutz der weißrussischen Sprache. Wissen Sie, Sie verfügen über den gleichen Maximalismus wie ich. Sie wollen alles mit einem Schlag erledigen ... Ich will genauso, dass morgen der Durchschnittslohn 200 Dollar beträgt. Allerdings können nicht alle bei uns rechnen. Ich kann Ihnen beweisen, dass der Verdienst bei uns heute vielleicht sogar höher ist als 200 Dollar. Lassen Sie uns berücksichtigen, dass Sie für Ihre Wohnung heute so um die zehn Dollar bezahlen; dagegen bezahlt man zum Beispiel im Baltikum für eine Drei-Zimmer-Wohnung 150 Dollar. Denken Sie nicht darüber nach, dass ich als Staatsoberhaupt 140 Dollar für jede Wohnung kompensieren muss? Das wollte ich nur mal den Politikern sagen, die 200 Dollar versprechen.
>
> Wir können ein Gesetz zum Schutz der weißrussischen Sprache annehmen. Das können wir! Aber was bringt das in dieser Phase? Wollen Sie noch einmal Kleinholz machen oder den Bogen überspannen? Man darf nur ein solches Gesetz annehmen, das alle Staatsbürger zu akzeptieren bereit sind. Lassen Sie uns das feinfühliger machen, mit mehr Sinn und Verstand, ohne Druck, durch Ihre wunderbaren Werke, durch Überzeugungsarbeit und Propaganda.

Zunächst lobt Lukašėnka die Schriftsteller für ihren „Maximalismus“, den er als Willen zur schnellen Lösung aller Probleme definiert. Er rückt sich und die Literaten somit als Menschen ins rechte Licht, die dem rechtschaffenen Volk verbunden sind, weil sie Probleme energisch angehen. Dann folgt ein abrupter Themenwechsel von einer sprachpolitischen Frage zur Einkommenssituation in Belarus’. Lukašėnka greift damit Klagen der Schriftsteller über die materielle Situation einiger von ihnen auf. Er wechselt das Thema, um ein Negativbeispiel für „Maximalismus“ zu nennen, nämlich die Forderung nach einem Durchschnittsgehalt von 200 Dollar in Belarus’. Dieser Wunsch ist nach Lukašėnkas Argumentation deshalb unverantwortlich, weil er die wirtschaftliche Gesamtlage nicht berücksichtigt. Die Aussage, nicht

alle in Belarus' könnten rechnen, disqualifiziert die Forderung als eine, die von vornherein nicht ernst zu nehmen ist. Lukašėnka stellt sich als gütigen, sorgenden Vater dar, der großzügig die Mieten in Belarus' bezuschusst und dafür Undank in Form von überzogenen Wünschen erhält. Er unternimmt diesen Exkurs in die Einkommens- und Mietverhältnisse, um den vermeintlichen Gegensatz zwischen verantwortungsvoller staatlicher Sozialpolitik und populistischen sozialpolitischen Forderungen der Opposition auch für den Streit um die Sprachpolitik nutzbar zu machen.

Als eben eine solche populistische Forderung stellt er den Vorschlag der Schriftsteller dar, ein Gesetz zum Schutz der weißrussischen Sprache zu erlassen. Mit der Formulierung „Wir können ein solches Gesetz annehmen!" begegnet Lukašėnka dem möglichen Vorwurf, solch ein Gesetz verhindern zu wollen, um den Untergang der Sprache zu beschleunigen. Seine Ablehnung begründet er ausschließlich taktisch: Was soll das „in dieser Phase" bringen? Sein Argument ist, dass eine Politik, die das Weißrussische rechtlich bevorzugt, am Widerstand der Bürger gescheitert ist und wieder scheitern würde. Die Formulierung „in dieser Phase" legt zudem nahe, dass die staatliche Sprachpolitik unter Lukašėnka *längerfristig* auf Schutz des Weißrussischen ausgerichtet ist, ein schützendes Sprachgesetz aber diese längerfristigen Planungen durcheinanderbringt.

Zum Schluss der zitierten Äußerung schließt sich Lukašėnka dem vermeintlichen Konsens, dass man das Weißrussische bewahren müsse, an. Gleichzeitig weist er den Schriftstellern die Verantwortung dafür zu, dass dieses Ziel erreicht wird: Nur wenn deren Werke wirklich „wunderbar" sind, ist auch die Masse der Bevölkerung für die weißrussische Sprache zu begeistern. Im Optimismus, der für den offiziellen Diskurs in Belarus' typisch ist, gibt Lukašėnka sich überzeugt, dass dies auch gelingt. Dabei fällt der Dualismus auf, in dem er einerseits Staatsführung und intellektuelle Elite, andererseits die Masse der Bürger sieht: Staatsführung und Intellektuelle sollten nach Lukašėnkas Argumentation zusammenarbeiten, um Einigkeit unter den Bürgern herzustellen oder aufrechtzuerhalten. Die Bevölkerungsmasse ist dieser Sicht zufolge leicht steuerbar – durch „Überzeugungsarbeit" und „Propaganda".

Alle anderen Methoden als die, Begeisterung an der Sprache zu wecken, stellt Lukašėnka als unsensibel, aufgezwungen und daher unvernünftig dar. Indem er damit staatliche Sprachpolitik psychologisiert, vermeidet er die Auseinandersetzung mit der Frage, was der Staat für die Förderung des Weißrussischen tun kann. Die Äußerung reflektiert aber ebenso die auch aus

anderen Sprachgemeinschaften bekannte Situation, dass die aktive Förderung einer wenig gebrauchten Sprache häufig auf Widerstand stößt, wenn sie mit individuellen Verpflichtungen, vor allem obligatorischem Schulunterricht, verbunden ist.

Die nächste Aussage Lukašėnkas zur Sprachenproblematik folgt, nachdem er sich bereit erklärt hat, weißrussischsprachige Schriftsteller zu unterstützen, die finanzielle Probleme haben.[49] Deren bedeutendste Bücher würden vom Staat auf jeden Fall gedruckt. Entsetzt äußert sich Lukašėnka dann zu der TV-Aussage eines Schriftstellers, der zugegeben habe, nicht zu wissen, was die aktuellen Probleme seines Wohnbezirks seien. Ein Schriftsteller, so Lukašėnka, müsse natürlich wissen, was seine Nation bewege – alles, das er sich nur am Schreibtisch ausdenke, sei „leere Philosophie". Lukašėnka fügt hinzu:

> Für ein wahres Genie oder Talent hat keine entscheidende Bedeutung, in welcher Sprache es schreibt.

Darauf wirft der Schriftsteller Henadz' Buraŭkin ein, dass ein wahres Genie nur in seiner Muttersprache schreibe. Lukašėnka fährt fort:

> Das ist eine ganz andere Frage. Es stimmt, dass man sein ganzes Wesen in einem Werk nur dann äußern kann, wenn man in der Sprache schreibt, in der man denkt. Ich habe eine russische Schule abgeschlossen, aber ich beherrsche die weißrussische Sprache wunderbar. Eine schlechtere Note als „hervorragend" [weißruss. *vydatna*, Anm. MB] habe ich nie bekommen, weder für einen Aufsatz noch für ein Diktat. Ich kann zwei Stunden Weißrussisch sprechen, und Sie werden mein Reden von dem Ihren nicht unterscheiden. Aber manchmal komme ich ins Nachdenken: Als Sie in den Staatsorganen gearbeitet haben oder in engem Kontakt mit ihnen standen, waren Sie es doch, die für die russische Sprache und das gemeinsame sowjetische Volk agitiert und mir das Russische beigebracht haben. Auch wenn das eine Sprache ist, die nicht nur dem russischen Volk gehört – ich erhebe den Anspruch, dass es auch unsere Sprache ist. Da ist auch unser kleiner Teil drin, der weißrussische. Aber für mich als Politiker ist die Frage der Zweisprachigkeit bereits entschieden: In Belarus' herrscht Gleichheit der Sprachen – der russischen und der weißrussischen Sprache. Und wenn irgendwo irgendwelche wilden Vorgänge zum Vorschein kommen, wenn jemand von den Beamten die weißrussische Sprache oder weißrussische Klassen verboten hat, die Anordnung gegeben hat, den Unterricht der weißrussischen Sprache einzuschränken, oder Druck auf die Eltern

49 Konkret nennt Lukašėnka den bekannten Schriftsteller Ivan Šamjakin, der bei dem Gespräch auch anwesend ist.

> ausübt – dann werde ich das entschieden stoppen, selbst wenn das Einzelfälle sind.

Indem Lukašėnka zunächst die „leere Schreibtischphilosophie“ mancher Schriftsteller kritisiert und dann behauptet, es habe für ein „wahres Genie“ keine Bedeutung, in welcher Sprache es schreibe, spielt er das Sprachenproblem in Belarus’ zu einer bedeutungslosen Frage herunter. Buraŭkin widerspricht ihm und macht das Schreiben in der „Muttersprache“ (*rodnaja mova*) zur notwendigen Bedingung für schriftstellerische Genialität. Daraufhin bestreitet Lukašėnka, dass die Aussage Buraŭkins im Widerspruch zu der eigenen Äußerung stehe: „Das ist eine ganz andere Frage.“ Indem er sagt, es sei richtig, dass man Wesentliches nur in der Sprache ausdrücken könne, in der man denke, versucht Lukašėnka, Konsens mit Buraŭkin herzustellen. Gleichzeitig schiebt er dem Begriff „Muttersprache“ (*rodnaja mova*) aber seine eigene Definition unter: die Sprache, in der man denkt. Diese Definition entspricht nicht der Bedeutung, die vermutlich Buraŭkin mit seinem Einwand im Sinn hatte. Er dürfte mit *rodnaja mova* das Weißrussische als Sprache gemeint haben, die mit der nationalen Identität der Weißrussen assoziiert ist. Dieses symbolische Verständnis des Begriffs *rodnaja mova* teilt Buraŭkin mit der Mehrheit der Weißrussen, die Weißrussisch als Muttersprache angeben. Während aber in einer Untersuchung nur etwas mehr als ein Drittel derjenigen, die Weißrussisch als Muttersprache nannten, es auch als Erstsprache angaben (HENTSCHEL & KITTEL 2011a), geht Buraŭkin hier vom Weißrussischen als der am besten beherrschten Sprache aus.

Als nächstes rühmt sich Lukašėnka, im Weißrussisch-Unterricht immer nur sehr gute Noten erzielt zu haben. Indem er seine Sprachkenntnis mit der Sprachkenntnis der Schriftsteller vergleicht, bekämpft er das Bild eines kulturlosen ehemaligen Kolchosdirektors, das oft von ihm gezeichnet wird. Diesem Bild stellt Lukašėnka die Erfolgsgeschichte eines sozialen Aufsteigers gegenüber, der mit Fleiß und Talent so gut Weißrussisch gelernt hat, dass er ohne Probleme mit den Schriftstellern mithalten kann. Dieser biographische Exkurs erfüllt aber nicht nur die Funktion, sich kulturell mit den Schriftstellern auf eine Stufe zu stellen: Die Aussage, dass er das Weißrussische „wunderbar“ beherrsche, dient als Beleg dafür, keine schlechten Absichten dieser Sprache gegenüber zu verfolgen.

Nach dieser abwehrenden Rhetorik geht Lukašėnka zum Angriff über. Er unterstellt dem Schriftstellerverband in der Sprachenfrage Opportunismus. Zur Sowjetzeit hätten die Schriftsteller – im engen Kontakt zu den kommunistischen Machthabern – für die russische Sprache und die Sowjetnation

Propaganda betrieben, während sie nach der Unabhängigkeit Weißrusslands plötzlich zu Verfechtern des Weißrussischen geworden seien. Lukašėnka greift dann die Unzufriedenheit der national gesinnten Weißrussen mit seiner Anlehnung an die sowjetische Sprach- und Nationalitätenpolitik auf. Er präsentiert sich selbst als patriotischen Politiker, der selbstbewusst einen Anspruch gegenüber Russland erhebt: Russisch ist nicht nur die Sprache der Russen, sondern auch die Sprache der Weißrussen. Das Verhältnis, in dem Lukašėnka das in Weißrussland gesprochene Russisch zur russischen Gesamtsprache sieht, entspricht dabei dem Verhältnis der BSSR zur Sowjetunion. Zu dieser Sichtweise gehört, dass die BSSR in der unmittelbaren Nachkriegszeit stark von der Aufbauhilfe Moskaus profitierte und sich später zu einer der wohlhabendsten Sowjetrepubliken entwickelte. Aus dieser Parallele folgt für Lukašėnka das Recht der Weißrussen, auf „ihr" Russisch stolz zu sein: Alle Sowjetbürger haben demnach gemeinsam – als Russischsprecher – eine gewaltige wirtschaftliche Aufbauleistung vollbracht. Zugleich haben sie in dem Russischen ihrer jeweiligen Republik lokale Elemente bewahrt. Das Russische in Belarus' verweist demzufolge auf die wirtschaftliche Anstrengung der Weißrussen zur Sowjetzeit – und sollte deshalb hoch angesehen werden.

Lukašėnka wechselt dann zum Thema der staatlichen Zweisprachigkeit und verkündet apodiktisch – und mit dem Optimismus des offiziellen Diskurses –, dass diese Frage „entschieden" sei. Denn das gewünschte Ziel „Gleichheit der Sprachen" sei erreicht. Er legt nahe, dass das Weißrussische höchstens in Einzelfällen benachteiligt werde und der Grund dafür die Eigenmächtigkeit einzelner Beamter sei.

Zum Thema Sprachpolitik kommt Lukašėnka dann wieder in einem wirtschaftlichen Kontext. Er kritisiert seine Gegner für ihre Orientierung nach Westen. Lukašėnka argumentiert, der Westen habe kein Interesse am Kauf weißrussischer Produkte, und deshalb orientiere sich Belarus' wirtschaftlich anderweitig. Dann sagt er:

> Was soll ich denn tun, soll ich das Volk mit Souveränität, genauer gesagt mit Gesprächen über Souveränität, Unabhängigkeit und die weißrussische Sprache, ernähren? Von diesem Gerede wird man doch nicht satt. Deshalb ist es meine Aufgabe, diese Fragen ruhig zu lösen, mich mit dem Volk zu beraten und den Menschen selbst die Möglichkeit zu geben, auszuwählen, mit wem sie sein wollen. Was die Sprache anbelangt, so war es Ihre Aufgabe – nicht meine –, das Sprachenproblem ins Gleichgewicht zu bringen. Nicht auf den Straßen herumschreien, nicht mit Transparenten herumlaufen, sondern es [das

> Sprachenproblem, Anm. MB] ins Gleichgewicht bringen. Wie? Eine Methodik mit den Beamten ausarbeiten, die heute mit Ihnen an einem Tisch sitzen. Und meine Aufgabe war es, darüber nachzudenken, wo ich für das Land ein Stück Brot verdiene.

Lukašėnka bewertet zunächst die Themen seiner Gegner – der national gesinnten Opposition – als „brotloses Gerede“. Dieses bringt demnach nur unnötige Aufgeregtheit und Streit in die Gesellschaft; die oppositionelle Intelligenz versucht, die Menschen zu bevormunden. Lukašėnka setzt dem “Ruhe”, “Beratung mit dem Volk” (Referenda) und “Auswahlmöglichkeiten” entgegen. Die vermeintliche Volksverbundenheit spielt somit auch hier wieder eine zentrale Rolle in Lukašėnkas Argumentation. Als Ideal der sprachlichen Verhältnisse in Belarus’ stellt er das „Gleichgewicht“ hin. Als Staatspräsident sieht er es allerdings nicht als seine Aufgabe an, sich um dieses Gleichgewicht der Sprachen zu kümmern. Da er, wie er sagt, dem Land etwas zu essen besorgen muss, delegiert er die Sprachpolitik an seine Beamten und die Schriftsteller. Lukašėnka nimmt hier gleichsam die Rolle eines Familienvaters ein, der hart arbeiten muss, um seine Familie, die Bürger von Belarus’, zu ernähren. Damit er sich auf seine Rolle als Ernährer konzentrieren kann, benötigt er Ruhe und verlangt, nicht mit vermeintlich nebensächlichen Diskussionen über staatliche Souveränität oder die Nationalsprache belästigt zu werden. Das Ideal, das aus der zitierten Äußerung spricht, ist eine Gesellschaft in Friedhofsruhe, in der technokratische Lösungen intellektuelle Debatten ersetzen.

An anderer Stelle des Gesprächs zeichnet Lukašėnka sein Selbstbild als sorgender Vater der Weißrussen fort. Er malt sich seinen Ruhestand aus:

> Die Zeit wird vergehen, und dann werde ich mich an den Kamin setzen und von Souveränität und Unabhängigkeit erzählen. Und das auf Weißrussisch. Und nicht schlechter als Henadz’ Buraŭkin.

Hier wird am deutlichsten, wie nachrangig für Lukašėnka zum damaligen Zeitpunkt die Diskussionen über Souveränität und Unabhängigkeit von Belarus’ sind: sie haben für ihn den Stellenwert von Erzählungen eines Großväterchens am Kamin. Das Weißrussische ist dabei Sprache dieser „Geschichten von früher“, denen zuzuhören der Respekt vor dem Alter gebietet, die aber für die Lösung der aktuell wichtigen politischen Fragen ohne Bedeutung sind. Für den Weißrussisch sprechenden Ex-Präsidenten am Kamin wiederum ist es am wichtigsten, sich damit rühmen zu können, nicht schlechter zu sprechen als Henadz’ Buraŭkin. Die Bedeutungslosigkeit der Themen überträgt sich somit auf das Kommunikationsmittel: Weißrussisch ist demzufolge

die Sprache besserwisserischer älterer Herren am Kamin, nicht die Sprache des politischen Tagesgeschäfts.

Das Thema Sprache greift Lukašėnka noch einmal auf, um über die politische Rolle des Schriftstellerverbandes zu sprechen:

> Die Sprache, Worte – das ist Ihr Arbeitsinstrument. Wenn man einem Meister sein Instrument wegnimmt, geht er zugrunde. Ich verstehe, warum Ihnen das Schicksal der weißrussischen Sprache so nahe geht. Sie wollen alles so gut wie möglich machen. Und es ist nicht Ihre Schuld, sondern vielleicht Ihr Verhängnis, dass Sie als „wahnsinnige" Menschen, die sich schon auf allen möglichen Versammlungen gezeigt haben, diese – Ihre – Waffe abgegeben und die Sprache in eine politische Karte verwandelt haben. Das ist vielleicht unser allgemeines Verhängnis, ich unterstreiche dies noch einmal.

Lukašėnka erklärt die weißrussische Sprache zum „Handwerkszeug" der Schriftsteller. Nur mit diesem Handwerkszeug können sie überleben, und deshalb sollten sie es sich nicht wegnehmen lassen. Er gibt sich voller Verständnis dafür, dass die Schriftsteller nur das Beste für ihr Arbeitsinstrument, die weißrussische Sprache, wollen. Die Bezeichnung als Arbeitsinstrument blendet die identitätsstiftende Funktion des Weißrussischen aus. Sie geht davon aus, Gleichgültigkeit der weißrussischen Sprache gegenüber sei politisch neutral, die Parteinahme für den Spracherhalt dagegen ein Politikum.[50]

Lukašėnka nutzt dann die Handwerks-Metapher, um vor dem Missbrauch des Weißrussischen zu politischen Zwecken zu warnen: Wie ein zuverlässiger Handwerker sein Werkzeug nicht aus der Hand gibt, sollten die Schriftsteller die weißrussische Sprache nicht der Opposition überlassen. Lukašėnka vermeidet es jedoch, die Schriftsteller direkt zu kritisieren. Statt dessen bezeichnet er es lediglich als „allgemeines Verhängnis", dass die weißrussische Sprache in falsche Hände gelangt sei. Unter moralischen Druck setzt Lukašėnka seine Gesprächspartner allerdings sehr wohl: Er macht in seiner Äußerung aus einem Gegensatz zwischen unterschiedlichen national-kulturellen Orientierungen einen Gegensatz zwischen Vernünftigen und Verantwortungsbewussten auf der einen Seite, Verantwortungslosen und Wahnsinnigen auf der anderen Seite. Den Schriftstellern legt Lukašėnka damit nahe, sich auf der vermeintlich richtigen Seite einzuordnen.

50 Das Modell, das Lukašėnka hier indirekt propagiert, hat Ähnlichkeiten mit den Verhältnissen in Irland: Hier hat sich der Staat nach erfolglosen Versuchen, die Verbreitung des Irischen zu fördern, ab den 1960er Jahren weitgehend aus Sprachenfragen herausgehalten – eine Politik, die bei der Bevölkerung überwiegend akzeptiert ist (näher zur Sprachpolitik in Irland Ó LAOIRE 2008).

Insgesamt war das Gespräch mit dem Schriftstellerverband ein Versuch Lukašėnkas, den Verband von seinem oppositionellen Kurs abzubringen und auf die Linie des Präsidenten einzuschwören. Die zitierten Äußerungen machen deutlich, dass Lukašėnka den Verband gern in einen Interessenverband nach sowjetischem Muster zurückverwandelt hätte, der zur politischen Führung in einem symbiotischen Verhältnis steht. Diese Symbiose bestand zur Sowjetzeit in der Anerkennung der Schriftsteller als intellektuelle Elite und der Finanzierung ihrer Werke im Austausch gegen politisches Wohlverhalten. Wie der weitere Gang der Ereignisse zeigte, war die Führung des Schriftstellerverbandes zur Wiederherstellung solcher Beziehungen jedoch nicht mehr bereit. Dass 2010 der frühere Verbandsvorsitzende Njakljaeŭ in der Präsidentenwahl gegen Lukašėnka antrat, bewusstlos geschlagen und festgenommen wurde, markiert den vorläufigen Höhepunkt dieser Konfrontation zwischen Staatsführung und oppositionellen Schriftstellern.

3.1.3.6 Das Russische der Weißrussen als sozialistische Aufbauleistung

Besonders viel Unmut unter Anhängern der weißrussischen Sprache löste im November 1998 eine Rede Lukašėnkas aus. Der weißrussische Staatspräsident trat damals vor führenden Geisteswissenschaftlern des Landes auf (LUKAŠĖNKA 1998). In der Rede äußert er sich zunächst erfreut darüber, dass weißrussische Wissenschaftler an russischen Universitäten gern gesehene Gäste seien. Dann kommt er auf die russische Sprache der Weißrussen zu sprechen:

> Heute sind die Wissenschaftler unserer Akademie der Wissenschaften, der Belarussischen Staatsuniversität und so weiter gefragte Gäste an jeder beliebigen Hochschule Russlands. Und man muss zugeben, dass in Russland ein kolossales Potenzial erworben worden ist. Das ist nicht nur russisches Potenzial. Das ist auch unser Potenzial. Wie auch die Sprache, in der wir sprechen. Wir werden nicht selten für die „russische Sprache“ getadelt. Nun, aber was für eine „russische“ Sprache ist das denn? Warum sagen wir uns von dem los, was wir über all die Jahre sowjetischer Herrschaft geschaffen haben? Die rein russische Sprache unterscheidet sich sehr von der, die wir sprechen. Wissen Sie, manch einer spottet: Diese „Trasjanka“ da und so weiter. Unwichtig, mag sein, dass es „Trasjanka“ ist. Aber wir waren es, die diese Sprache geschaffen haben. Auf Basis der russischen Sprache. Warum sollten wir uns heute von ihr lossagen? Das ist die Sprache der internationalen Beziehungen im Rahmen der früheren Sowjetunion. Weißrussisch sprechen die Usbeken nicht, Russisch dagegen sprechen sie. Nun gut, dann werden wir mit ihnen Russisch sprechen. Warum sagen wir uns davon los?

Lukašėnka schmeichelt hier zunächst den Geisteswissenschaftlern, an die seine Rede gerichtet ist: Sie können seiner Aussage zufolge stolz sein, denn als Wissenschaftler aus der kleinen Belarus' sind sie selbst im Wissenschaftsbetrieb des großen Russland angesehen. Auf die Größe Russlands hebt Lukašėnka auch ab, wenn er vom „kolossalen Potenzial" spricht, das dort vorhanden sei. Die breit gefächerte Hochschullandschaft Russlands ist demzufolge ein riesiger Markt für wissenschaftlichen Fachverstand aus Belarus'.

Weißrussische Patrioten könnten dagegen einwenden, dass es nicht Aufgabe des Bildungssystems in Belarus' sein sollte, Spitzenforscher für russische Hochschulen auszubilden. Auf diese mögliche Kritik geht Lukašėnka ein, indem er auf die gemeinsame sowjetische Vergangenheit verweist: Nicht nur die Russen selbst haben demzufolge dazu beigetragen, dass das „Potenzial" der russischen Forschung heute so groß ist, sondern auch die anderen Völker der Sowjetunion. Deshalb haben auch die weißrussischen Forscher Grund, auf den Stand der heutigen russischen Wissenschaft stolz zu sein – und es gibt keinen Grund, sich wegen der Zugehörigkeit zu einer anderen Nation um diese Karrierechancen zu bringen.

Die Frage, ob weißrussische Geisteswissenschaftler das Russische oder das Weißrussische als Arbeitssprache verwenden sollten, erscheint in Lukašėnkas Argumentation als Entscheidung über Internationalität oder Provinzialität: Forscher, die das Russische benutzen, haben Zugang zu russischen Hochschulen, weißrussischsprachige Akademiker dagegen bleiben auf ihr Heimatland beschränkt. Dass Lukašėnka Angst vor einer Provinzialisierung durch das Weißrussische schürt, ist insofern unberechtigt, als die wissenschaftliche Internationalisierung seit dem Zerfall der Sowjetunion vor allem über das Englische erfolgt.

Die russische Sprache ist Lukašėnka zufolge Teil des gemeinsamen, aus sowjetischer Zeit überkommenen „Potenzials" von Russen und Weißrussen. Die Position seiner national gesinnten Gegner in der Sprachenfrage fasst er als „Tadel" für das Benutzen der russischen Sprache zusammen. Das Verb „tadeln" (*paprakac'*) stellt die Handelnden – hier die weißrussischen Sprachschützer – als belehrende, kleinliche Personen dar. Doch nicht nur durch die expressive Färbung des Verbs, sondern auch inhaltlich begegnet Lukašėnka dem Vorwurf, mit seinem Eintreten für das Russische die Weißrussen zu denationalisieren: Er argumentiert, dass das Russische in Weißrussland gar nicht im nationalen Sinne russisch ist, sondern eine Sprache, welche die Bürger der BSSR geschaffen haben. Die – im nationalen Sinne – russische Sprache (*čysta ruskaja mova*) war demzufolge lediglich Rohstoff für diesen

schöpferischen Akt. Auf ihn sollten die Bürger Weißrusslands Lukašėnka zufolge stolz sein, statt sich von Nationalisten das Produkt als vermeintlich minderwertige Sprachmischung schlecht machen zu lassen.

Auch wenn Lukašėnka den Begriff *Trasjanka* in seiner Äußerung zunächst zitiert und ihn dann als möglicherweise passend für das beschriebene Phänomen bezeichnet, hebt er in seiner Argumentation nicht auf die *Trasjanka* im engeren Sinne ab. Gegenstand seiner Betrachtung ist hier eine Varietät, die als weißrussischer Natiolekt des Russischen bezeichnet worden ist.[51] Diesen Natiolekt überhöht Lukašėnka als Ergebnis einer sprachlichen Aufbauleistung in der BSSR und macht ihn zugleich zum distinktiven Merkmal sowie zum Identitätsmarker. Wer den weißrussischen Natiolekt des Russischen verwendet und sich zu ihm bekennt, zeigt nach dieser Argumentation seinen Sowjetpatriotismus. Wer ihn dagegen mit der pejorativen Bezeichnung *Trasjanka* stigmatisiert, macht Lukašėnka zufolge deutlich, dass er sich von den Errungenschaften der Sowjetzeit lossagen will. Das Paradoxe dieser Argumentation besteht darin, dass zur Sowjetzeit zwar aufgrund von Interferenz und Substrateinflüssen sehr viele regionale Varianten der unionsweiten Verkehrssprache Russisch vorlagen, die offizielle Sprachpolitik aber gegenüber Variation der russischen Standardsprache – areal wie sozial – sehr intolerant war (vgl. zur sowjetischen Sprachpolitik gegenüber dem Russischen etwa TOŠOVIĆ 2002, 422ff.; zur Normentwicklung und Sprachpflege KRETSCHMER 1999). Zudem erklärt der weißrussische Präsident hier den weißrussischen Natiolekt des Russischen zum Artefakt, das durch eine Willensentscheidung der Sprechergemeinschaft geschaffen wurde und so lange existiert, bis dieselbe Sprechergemeinschaft sich entschließt, das Artefakt aufzugeben und durch ein anderes zu ersetzen.[52]

Insgesamt fordert Lukašėnka in seiner Äußerung die Bürger Weißrusslands dazu auf, die sowjetische Vergangenheit positiver zu bewerten. Statt sich vom Spott der Nationalisten über alles Sowjetische beeinflussen zu lassen, sollten sie demzufolge stolz auf das damals Erreichte sein und sich mit diesem Selbstbewusstsein und den positiven Erinnerungen an die BSSR Russland zuwenden. Lukašėnka betrachtet dabei Sprache und kollektive

51 Die Abgrenzung der *Trasjanka* vom weißrussischen Akzent des Russischen diskutieren HENTSCHEL & TESCH (2006, 216ff.). Vgl. zum Russischen der Weißrussen auch MEČKOVSKAJA (2005); STERN (2013); WOOLHISER (2012; im Druck).

52 Unter einem Artefakt wird hier ein Objekt verstanden, das intentional von einem Urheber oder mehreren Urhebern geschaffen worden ist und einem bestimmten Zweck dient (Definition des Begriffs nach HILPINEN 2011).

Identität als eng zusammenhängend. Den weißrussischen Natiolekt des Russischen sieht er in einem indexalischen Verhältnis zur sowjetischen Kollektividentität der Weißrussen.

Aus biographischer Sicht ist das Eintreten Lukašėnkas für eine positiv bewertete Sowjetidentität auch ein Kampf um die Anerkennung des eigenen Lebenswegs. Schließlich ist Lukašėnka in einfachen Verhältnissen im stark auf Russland hin orientierten, überwiegend russischsprachigen Ostteil des Landes aufgewachsen. Da er außerdem zur Sowjetzeit nicht dem intellektuellen und künstlerischen Milieu angehörte, dürfte er außerhalb des Sprach- und Literaturunterrichts kaum mit der weißrussischen Literatursprache in Berührung gekommen sein. Daraus lässt sich seine Abneigung gegen die Weißrussifizierungspolitik in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erklären. Andererseits war der weißrussische Einfluss in der russischen Rede Lukašėnkas zumindest in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft noch so groß, dass oppositionelle Medien sich häufig über die Sprache des Präsidenten lustig machten. Dass Lukašėnka das Vorhandensein weißrussischer Elemente in der russischen Sprache als Errungenschaft lobt, passt dazu.

Neben Lukašėnkas Biographie spielt für die zitierte Äußerung zu Sprache und Nation auch sein damaliges außenpolitisches Interesse eine Rolle. Die Sowjetnostalgie, die er mit dem Lob für die *Trasjanka* aufruft, sowie sein Drängen, Anschluss an den russischen Wissenschaftsbetrieb zu halten, begleiten seine damals intensiven Bemühungen um eine Integration mit Russland. So hatten Russland und Belarus' im Mai 1997 das Statut über die Schaffung eines Staatenbundes unterzeichnet. Im Juni desselben Jahres war das erste Mal die Parlamentarische Versammlung dieses Staatenbundes zusammengetreten und hatte als Hymne die alte Hymne der Sowjetunion gewählt (vgl. MIRONOWICZ 2007, 375).

3.1.3.7 Im Kampf für die sprachliche Einheit

Äußerte sich Lukašėnka 1998 vor den Geisteswissenschaftlern zum weißrussischen Natiolekt des Russischen, so ging es in einer 2001 gehaltenen Rede um einen anderen Aspekt des Verhältnisses von Weißrussisch zu Russisch – die Normierung der weißrussischen Sprache (LUKAŠĖNKA 2001). Die Ansprache ist Stand und Entwicklung von Kultur und Kunst in Belarus' gewidmet. Sie zeichnet ein positives Bild der staatlichen Kulturpolitik seit dem Amtsantritt Lukašėnkas und enthält scharfe Attacken gegen die Kulturpolitik von 1991 bis 1994 sowie gegen die national gesinnte Opposition. Dieser wirft Lukašėnka vor, sich von den kulturellen Errungenschaften der BSSR abge-

wandt zu haben und Künstler zu verehren, die mit dem Nationalsozialismus kollaboriert hätten. In diesem Zusammenhang lenkt Lukašėnka die Aufmerksamkeit dann auf das vermeintlich zerstörerische Einwirken der Nationalisten auf die weißrussische Sprache:

> Unter Geschrei, dass „die weißrussische Sprache vernachlässigt“[53] werde, begannen sie [die von 1991 bis 1994 einflussreichen national gesinnten Politiker und Intellektuellen, von Lukašėnka als „aggressives Häuflein Nationalradikaler“ bezeichnet, Anm. MB], die bis dahin entstandene normative, einheitliche weißrussische Literatursprache zu zerstören. Sie fingen an, diese nach Regionen und nach Ortsdialekten auseinanderzunehmen, mit Polonismen und analphabetischen Lehnübersetzungen aus anderen, nichtslavischen Sprachen zu verunreinigen. Statt der lebendigen Volkssprache, die sich in der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik fast ein ganzes Jahrhundert lang energisch entwickelt hatte, begannen sie, vergessene historische Varianten zurückzuholen.
>
> Wie klug doch der wunderbare weißrussische Schriftsteller Kuz’ma Čorny vor einer solchen Praxis gewarnt hat: „Sprache ist ein lebendiges Wesen. Sie lebt mit dem Volk – und existiert nicht bloß“.[54] Sie lebt und existiert nicht bloß. Doch die neuen Anhänger revolutionärer Reformen [sic!] haben auf diese Warnung nicht gehört. Leider ging es darum, zu zerschlagen statt aufzubauen, und viel Verstand brauchte man dazu nicht.
>
> Zum Glück haben in der Gesellschaft die gesunden Kräfte gesiegt, die es schafften, sich den zerstörerischen Prozessen entgegenzustellen. [...] Wir haben die einheitliche weißrussische Literatursprache vor Zerstörung bewahrt, ihren Reichtum und ihre Leben spendende Anreicherung aus dem Alltagsleben des Volkes.

Lukašėnka stellt das Wirken der national gesinnten Verteidiger der weißrussischen Sprache Anfang der 1990er Jahre wie den Beutezug einer Räuberbande dar: Sie geben „Geschrei“ von sich, sie „zerstören“, „nehmen auseinander“ und „verunreinigen“. Das Freund-Feind-Schema, welches für den offiziellen Diskurs typisch ist, wendet Lukašėnka hier somit auf die vermeintlich radikalen Nationalisten an, die er als Feinde der weißrussischen Sprache darstellt. Durch seine Rede von „Geschrei“ psychologisiert Lukašėnka die Kritik an der Sprachpolitik der BSSR. Die Nationalisten haben seiner Äußerung zufolge Chaos über die weißrussische Literatursprache ge-

53 Das (auch im Original) in Anführungszeichen gesetzte Fragment formulierte Lukašėnka auf Weißrussisch, während er die Rede insgesamt auf Russisch hielt.

54 Lukašėnka zitiert hier wiederum auf Weißrussisch.

bracht. Der ab 1933 gültigen sowjetischen Norm der weißrussischen Sprache schreibt Lukašėnka Einheitlichkeit, Reinheit und Lebendigkeit zu, den von den Nationalisten favorisierten Varianten dagegen Uneinheitlichkeit, Verunreinigung und Leblosigkeit.[55]

Als Autorität, die seine Argumentation stützen soll, zitiert Lukašėnka dann den weißrussischen Schriftsteller Kuz'ma Čorny. Čorny (1900-1944) ist einerseits ein in Belarus' allgemein anerkannter Literat und gilt als Vater des sozialpsychologischen Romans in der weißrussischsprachigen Literatur (zu Leben und Werk Čornys vgl. MCMILLIN 1977, 304ff.; NEUREITER 1983, 139ff.). Andererseits entsprach sein Schaffen ab den 1930er Jahren bis zu seinem Tod der Linie der Kommunistischen Partei. Diese forderte, soziale Gegensätze aus einer klaren Klassenposition heraus zu behandeln sowie den Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion und den weißrussischen Widerstand gegen die Besatzer moralisch eindeutig zu verarbeiten. Čorny ist somit als literarische Autorität für Lukašėnka hervorragend geeignet, denn er verkörpert das sowjetische Literaturerbe, ohne dass sein Schaffen einfach als Propaganda abgetan werden könnte.

Mit dem Zitat, dass Sprache mit dem Volk *lebe* und nicht bloß existiere, wirft Lukašėnka seinen Gegnern indirekt vor, in sprachlicher Hinsicht Ewiggestrige zu sein: Die weißrussische Sprache hat sich demzufolge in der BSSR rasant weiterentwickelt, die Nationalisten aber hängen „vergessenen historischen Varianten" an.

Lukašėnka kehrt dann zur Räuberbanden-Metaphorik zurück. Er unterstellt den national gesinnten Politikern und Intellektuellen, die von 1991 bis 1994 die staatliche Kultur- und Sprachpolitik maßgeblich beeinflussten, Willen zur Zerstörung statt zum „Aufbau". In der Redeweise eines Erwachsenen, der ein jähzorniges Kind tadelt, stellt er fest, dass nicht viel Verstand nötig sei, wenn man nur zerstören, aber nichts aufbauen wolle. Den Beginn seiner Präsidentschaft beschreibt Lukašėnka dann als Ende des vermeintlichen nationalistischen Wütens. Im Optimismus, der für den offiziellen Diskurs in Belarus' charakteristisch ist, lobt Lukašėnka die „gesunden Kräfte", die diese Politik beendet haben. Einheitlichkeit und Reichtum der weißrussischen Literatursprache wurden demnach erhalten, gleichzeitig ihre Verbun-

55 Bei aller Polemik der Äußerung Lukašėnkas darf nicht übersehen werden, dass auch weißrussische Belarussisten und einflussreiche Publizisten des nationalistischen Lagers den Rückgriff auf die Normen vor 1933 heute kritisch beurteilen. Hauptargument dabei ist, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Weißrussen ihre Nationalsprachen-Kenntnisse in der *Narkamaŭka* erworben hat.

denheit mit dem Alltagsleben des Volkes, ohne welche die Sprache nicht überlebensfähig wäre.

Den Gegensatz zwischen Anhängern und Gegnern der offiziellen Normierung des Weißrussischen lässt Lukašėnka als Gegensatz zwischen präsidententreuer Bevölkerungsmehrheit und der Opposition erscheinen, die vom Volk isoliert ist.[56] Das Volk sehnt sich dieser Sichtweise zufolge nach sprachlicher Stabilität, ähnlich wie es die vermeintliche politische Stabilität unter Lukašėnka gutheißt. Mit der Archaisierung und dialektalen Spaltung des Weißrussischen sowie der Verwendung von Polonismen richten dieser Argumentation zufolge die Nationalisten ein ähnliches Chaos an, wie sie es durch die Verwendung historisch belasteter Staatssymbolik, den Versuch, die Bevölkerung zu spalten, und die Hinwendung zum Westen erzeugt haben.

3.1.3.8 Kleine Geschichte der Zweisprachigkeit

Noch seltener als zur aktuellen Sprachsituation äußert sich Lukašėnka zur Sprachgeschichte in Belarus'. Sein Blick auf die Sprachgeschichte erhellt allerdings aus einer Rede, die er 2003 vor Wissenschaftlern und Studenten der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk gehalten hat (LUKAŠĖNKA 2003). Lukašėnka gibt an, mit dem Vortrag beantworten zu wollen, warum die Weißrussen sich für den eingeschlagenen politischen Kurs entschieden haben, und welches die Rolle der Belarussischen Staatsuniversität angesichts der bevorstehenden Aufgaben ist. Er spricht zunächst zu vielen unterschiedlichen Themen, darunter zur wirtschaftlichen und außenpolitischen Situation. Dabei attackiert er „den Westen" und die weißrussische Opposition. Dann holt Lukašėnka zu einem längeren Exkurs in die weißrussische Geschichte aus. Er bezeichnet die Kiever Rus' als „altrussischen Staat", dessen Bestandteile auch die Fürstentümer von Polack und Turaŭ gewesen seien. Daran schließt er wie folgt an:

> Aus der Perspektive der heutigen Diskussionen über unsere staatliche „Zweisprachigkeit", über den Status der russischen und weißrussischen Sprache, ist die historische Periode vom Ende des 9. bis zum Anfang des 13. Jahrhunderts sehr wichtig. Damals nämlich formierte sich, bildlich gesprochen, die altrussische Basissprache, die den ostslavischen Fürstentümern gemeinsam war. Auf deren Grundlage entstanden dann

56 Die tatsächliche Distanz weiter Teile der Bevölkerung zur politischen Opposition in Belarus' soll hier natürlich nicht in Abrede gestellt werden.

quasi die Knospen, und es begann die Entwicklung der Dialektgruppen und Ortsdialekte[57], danach auch die der Nationalsprachen.

Deshalb hat unsere „Zweisprachigkeit“ alte Wurzeln und alte Traditionen. Die russische Sprache wurde auf weißrussischem Boden nicht als fremde, gewaltsam eingeführte Sprache, sondern als „Buch“sprache gebildeter Menschen wahrgenommen, als Sprache des Austauschs mit den benachbarten Fürstentümern, welche die Entwicklung, parallele Benutzung und Formierung der weißrussischen Sprache nicht störte.

In der „Erzählung der vergangenen Tage“ wird vermerkt, dass die russische Sprache eine slavische Sprache ist. Ich zitiere: „A sloven'ski jazyk i russkij odno est'“[58]. Nicht zufällig hat Francysk Skaryna mit Stolz gesagt: „Ja ruski z goroda Polocka”.

Lukašėnka verwendet hier ein Stammbaum-Modell, um die Entwicklung von der Sprachensituation in der Rus' bis in die Gegenwart zusammenzufassen: Das „Altrussische“ der Kiever Periode ist der Baum, der in späteren Zeitabschnitten Knospen trägt. Diese Knospen sind Lukašėnka zufolge sämtliche areal begrenzte Sprachvarietäten in der östlichen Slavia, von den Ortsdialekten bis hin zu den Nationalsprachen.

Indem er die Existenz einer areal homogenen „altrussischen Basissprache“ annimmt, vereinfacht Lukašėnka die sprachliche Situation in der Kiever Rus'. Nimmt man Uspenskijs insgesamt überzeugendes Modell einer kirchenslavisch-ostslavischen Diglossie[59] in der Kiever Rus' zur Grundlage (USPENSKIJ 1994, 9ff.), so meint Lukašėnka mit der „altrussischen Basissprache“ offenbar die ostslavische Redaktion des Kirchenslavischen. Denn er charakterisiert sie als Buchsprache gebildeter Menschen. Mit der Bezeichnung „altrussische Basissprache“ bewegt sich Lukašėnka allerdings in der Tradition der russischsprachigen Linguistik, die ein stark autochthon-ostslavisch eingefärbtes Kirchenslavisch als „Altrussisch“ (*starorusskij jazyk*) bezeichnet.

Um zu beweisen, dass die ostslavischen Einzelsprachen, darunter Weißrussisch, aus dem „Altrussischen“ hervorgegangen sind, zitiert Lukašėnka aus der Nestorchronik: Slavische und russische Sprache sind eins. Wie wenig

57 Im russischsprachigen Original: *narečija* und *govory*.

58 Dieses Zitat wird hier, ebenso wie das nachfolgende, nicht in übersetzter Form, sondern im Original wiedergegeben. Denn die Frage nach der richtigen Übersetzung dieser Aussagen führt direkt zu ihrer Interpretation und damit zum Standpunkt, den Lukašėnka mit den Zitaten verdeutlicht.

59 Uspenskij spricht zwar wörtlich von einer kirchenslavisch-russischen Diglossie, doch ist „russisch“ im Kontext seiner Ausführungen als autochthon-ostslavisch zu verstehen.

dieser vermeintliche Beweis überzeugt, zeigt ein Vergleich von Lukašėnkas russischsprachigem Redemanuskript mit der Original-Textstelle: Der Schreibung *russkij* (mit doppeltem „s“) im Redemanuskript steht in der Nestorchronik *ruskyi* gegenüber (Text zu finden u. a. in MÜLLER 1977). Das Adjektiv *ruskyi* im Originaltext aber bezieht sich auf die Rus’ als Herrschaftsverband und die in ihr verwendeten ostslavischen Sprachvarietäten, nicht auf die Russen als Nation und Russisch als Nationalsprache.[60]

Als weitere Autorität zitiert Lukašėnka dann Francysk Skaryna. Weißrussisch-national gesinnte Historiker verehren Skaryna, einen Bibelübersetzer und Buchdrucker der Renaissance (1490?-1551?), als weißrussischen „Titan der Epoche der Wiedergeburt“ (zit. n. LINDNER 2001, 45). Lukašėnka eignet sich somit einen Nationalhelden seiner politischen Gegner für die eigene Argumentation an. Funktion dieser Vereinnahmung ist, eine vermeintlich herausgehobene Rolle der russischen Sprache in der Slavia historisch zu begründen. In Wirklichkeit aber ist es unhistorisch, Skarynas Äußerung *Ja ruski z goroda Polocka* als Ausdruck einer russischen nationalen Identität zu verstehen, zumal Skaryna sich auch als *litvin* bezeichnete, was zur damaligen Zeit auf die Zugehörigkeit zum Reichsverband des Großfürstentums Litauen abhob (TSCHAKWIN 2001, 338).[61]

Hauptfunktion des zitierten Rückgriffs in die Sprachgeschichte ist aber, Kontinuität von der Sprachsituation der Rus’ zur Sprachsituation in Belarus’ herzustellen. Indem Lukašėnka hervorhebt, dass das Russische als Sprache der Bildung und des Austauschs der ostslavischen Fürstentümer das Weißrussische nicht behindert habe, schafft er eine Analogie zu Belarus’ nach 1995: Wenn die Bewohner der weißrussischen Fürstentümer in der Rus’ parallel zum Russischen die weißrussische Sprache entwickeln konnten, so gibt es keinen Grund, warum in der heutigen Belarus’ das Russische dem Weißrussischen schaden sollte. Für patriotische Weißrussen gibt es somit keinen Anlass, sich vom Russischen loszusagen.

---

60 Als Beispiel dafür, wie unkritisch selbst in jüngeren linguistischen Darstellungen das historische Ethno- und Glottonym *ruski* auf die heutige russische Nation bezogen wird, sei auf den sprachpolitischen Anhang des soziolinguistischen Standardwerks BELIKOV & KRYSIN (2001) verwiesen; vgl. hierzu die treffende Rezension von MEČKOVSKAJA (2003a).

61 Für die Bezeichnung von Ostslaven aus dem Moskauer Reich wurden zur Zeit Skarynas Ableitungen des Städtenamens „Moskau“ verwendet. Das Ethnonym *Rus’* dagegen war in der Karpato-Ukraine noch Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitet, obwohl die dortige ostslavische Bevölkerung nie Teil eines russischen oder auch nur ostslavischen Staatsverbands gewesen war.

Insgesamt passt die sprachgeschichtliche Argumentation Lukašėnkas in das russophil-imperiale Geschichtsbild in Belarus', gleichzeitig aber auch zur dominanten Linie der sprachlichen Geschichtsschreibung in Russland. Der vermeintlichen altrussischen Nationalität ist eine „altrussische Basissprache" zugeordnet, welche die gesamte Kiever Rus' sprachlich einte. Die altrussische Nationalität diente als historische Rechtfertigung für die Russifizierungspolitik des Zarenreichs und die Schaffung einer Sowjetnation in der UdSSR. Analog dazu sollte die These von einer „altrussischen" Literatursprache die dominante Stellung des Russischen in Zarenreich und Sowjetunion legitimieren. Diese Argumentation hat Lukašėnka in der zitierten Äußerung übernommen.

3.1.3.9 Und doch: Weißrussisch muss man können!

Bezeichnete Lukašėnka 1994 das Weißrussische noch öffentlich als „arme" Sprache, so legte er später diese offene Geringschätzung ab. Dabei rückte er allerdings nicht grundlegend von seiner Argumentation ab, dass Belarus' nur dann wissenschaftlich und kulturell den Anschluss an aktuelle Entwicklungen halten könne, wenn auch das Russische Staatssprache sei. Für diesen veränderten Tonfall mögen zwei Beispiele genügen. In seiner Antwort auf die Frage eines russischen Journalisten nach Unterstützung für das Weißrussische betonte Lukašėnka 2006 die Bedeutung der russischen Sprache für die Weißrussen, fügte dann aber hinzu (LUKAŠĖNKA 2006):

> Und die weißrussische Sprache – ich selbst tadele oft die Schulen und sage, dass es bei uns in einigen Schulen mehr englische Sprache als weißrussische und russische gibt. Das ist schlecht. Schlecht ist nicht, dass es viel Englisch gibt – das möge so sein, aber nicht zum Schaden des Russischen und Weißrussischen, besonders des Weißrussischen. Dieses [das Weißrussische, Anm. MB] sollte jeder Mensch kennen. Ich unterhalte mich mit Ihnen, nun ja, allem Anschein nach grundsätzlich rein auf Russisch. Aber ich schreibe, lese hervorragend, ich muss nur einen halben Tag lesen, um auch auf Weißrussisch rein zu sprechen. Ich brauche hier nur so ein Buch zum Lesen zu nehmen – und ich werde „mich in der weißrussischen Muttersprache wie in der russischen unterhalten"[62].

Lukašėnka signalisiert hier zunächst Entschlossenheit: Er macht sich persönlich mit der Sprachensituation in den Schulen vertraut und tadelt diese, wenn sie zugunsten der englischen Sprache Russisch und vor allem Weißrussisch

62 Anführungszeichen im Originaltext; das Textfragment innerhalb der Anführungszeichen ist ein weißrussischsprachiger Einschub in die ansonsten russischsprachige Rede.

vernachlässigen. Wozu jeder das Weißrussische kennen sollte, wenn er auch das Russische beherrscht, begründet Lukašėnka allerdings nicht.

Dass Lukašėnka wieder einmal seine Sprachkenntnisse hervorhebt, zeigt den Stolz eines Mannes, der aus einfachen sozialen Verhältnissen zum Staatspräsidenten aufgestiegen ist. Im Gegensatz zu seiner Äußerung über die *Trasjanka* aus dem Jahr 1998 legt Lukašėnka hier – wenn auch mit leichten Einschränkungen („allem Anschein nach", „grundsätzlich") – Wert darauf, „reines" Russisch zu sprechen.[63] Er widerspricht damit seinen politischen Gegnern, die ihm mangelnde Bildung vorhalten.

Lukašėnka stellt es als einfach – und damit wenig beachtenswert – hin, das Weißrussische zu beherrschen: Für einen einigermaßen klugen Menschen wie ihn reicht es aus, einen halben Tag ein weißrussisches Buch zu lesen, um „rein" auf Weißrussisch zu sprechen. In dieser Logik macht sich lächerlich, wer sich über zu wenig Weißrussisch-Unterricht in den Schulen beschwert. Indem er angibt, das Weißrussische problemlos zu beherrschen, gibt sich Lukašėnka aber gleichzeitig als jemand, der kein Interesse daran hat, diese Sprache zu benachteiligen. Dabei ist „Muttersprache" (*rodnaja mova*) für ihn eine Sprache, die selbst dann ohne größeren Aufwand zu beherrschen ist, wenn sie nicht als Erstsprache erworben wurde.

Als Bedrohung für das Weißrussische – und Russische – macht Lukašėnka die englische Sprache aus, die in weißrussischen Schulen vermeintlich immer mehr Raum einnimmt. Das Englische ist hier das sprachliche Pendant zur Bedrohung, die für Lukašėnkas Macht im Einfluss des „Westens" auf die weißrussische Bevölkerung besteht. Wie die englische Sprache demnach das Weißrussische und Russische zurückdrängt, so beeinflusst der Westen die politische Orientierung von Belarus', die unter Lukašėnka zwischen Eigenständigkeit und Anlehnung an Russland wechselte.

Dass Lukašėnka die anfangs gering geschätzte weißrussische Sprache später dazu nutzte, Weißrusslands Eigenständigkeit zu betonen, belegen Aussagen einer Pressekonferenz im November 2006 (LUKAŠĖNKA 2006a). Ein Fernsehjournalist fragt Lukašėnka, ob dieser außer als effektiver Wirtschaftslenker nicht auch als derjenige, der die Nationalsprache wiedergeboren habe, in die Geschichte eingehen wolle. In seiner Antwort kritisiert Lukašėnka Schriftsteller, deren einziges Problem offenbar die weißrussische

63 An anderer Stelle seiner längeren Äußerung zur Sprachenfrage zeigt sich Lukašėnka zudem stolz darauf, dass weißrussische Schüler Wettbewerbe zur russischen Sprache in Russland gewinnen.

Sprache sei, während er als Staatspräsident sich auch mit anderen Themen befassen müsse. Dann aber sagt er:

> [...] natürlich – Sprache ist eines der Hauptmerkmale einer starken Nation und eines zivilisierten Staates.

Lukašėnka stellt dann erneut die These auf, unter ihm habe die wahre Wiedergeburt der weißrussischen Sprache stattgefunden, da so viele Studenten ihre Hochschul-Aufnahmeprüfungen auf Weißrussisch ablegten. Daran schließt er an:

> Ich persönlich bin der Meinung, dass du kein Weißrusse bist, wenn du die weißrussische Sprache nicht kennst [...], nicht verstehst, dich in ihr nicht ausdrücken kannst, in ihr nicht schreiben kannst.

Das Verhältnis zwischen weißrussischer Sprache und weißrussischer Identität ist hier ein assoziatives: Lukašėnka betrachtet das Weißrussische als wichtig für die nationale Identität der Weißrussen. Er fordert aber nicht, dass die Sprache auch im Alltag verwendet werden müsse.[64] Zweitsprachenkenntnisse des Weißrussischen reichen für die Identität stiftende Funktion aus. Entsprechend ist die Sprachpolitik Lukašėnkas auf den Erwerb des Weißrussischen als Zweitsprache, nicht aber auf den Wiedererwerb oder Spracherhalt des Weißrussischen im Alltag ausgerichtet.

3.1.4 Fazit: Von der „armen Sprache“ zum ideologischen Potenzial

Inwieweit ergibt sich aus den Äußerungen Lukašėnkas zum Thema Sprache ein zusammenhängendes Konzept? Welche Kontinuitäten und Brüche weist seine Argumentation auf? Wie sind diese zu erklären? Antworten auf diese Fragen sollen im Folgenden gegeben werden.

Was die gesellschaftliche Bedeutung von Sprachen und Sprachpolitik betrifft, ergibt sich folgendes Bild: Lukašėnka unterscheidet zwischen „großen“ und „kleinen“ Sprachen. Die „Größe“ einer Sprache besteht für ihn in deren internationaler Bedeutung und Verwendung. Für die Stellung eines Staates im internationalen Machtgefüge ist es wichtig, dass unter seinen Bürgern Kenntnisse einer „großen“ Sprache verbreitet sind. Ist dies der Fall, so sind Wohlstand, umfangreicher Kulturaustausch und wissenschaftlicher Fortschritt möglich. Wird in einem Staat dagegen eine international kaum benutzte Sprache zur einzigen Sprache des öffentlichen Lebens gemacht, so

64 Diese Auffassung deckt sich ganz offenbar mit der Einstellung weiter Teile der weißrussischen Bevölkerung, vgl. HENTSCHEL & KITTEL (2011a). Lukašėnka wusste dies in der Mitte der 1990er Jahre politisch für sich zu nutzen.

drohen kulturelle Beschränktheit, wissenschaftliche Provinzialität und ein Erlahmen der Wirtschaft. Lukašėnka zufolge sollte eine Nation zwar auch dann ihre Nationalsprache beherrschen, wenn diese nur eine „Kleinsprache" ist. Zweitsprachenkenntnisse reichen jedoch aus, um dieses Gebot des Patriotismus zu erfüllen.

Sprachpolitik ist für Lukašėnka Sache des Staates und der intellektuellen Elite. Die Masse der Bürger ist in dieser Frage durch Propaganda in den staatlichen Medien leicht zu beeinflussen. Kontinuität ist Lukašėnka zufolge oberstes Gebot der Sprachpolitik, da nur so das Recht des Einzelnen auf freie Sprachwahl gesichert wird. Eine perspektivische Sprachpolitik dagegen, welche die Sprachsituation längerfristig verändern würde, lehnt Lukašėnka als „Zwang", „übertriebene Hast", „Überspannen des Bogens" usw. ab. Vernünftige Sprachpolitik des Staates besteht für ihn darin, nach vermeintlich unpolitischen Kriterien Fördermittel an loyale Intellektuelle zu verteilen, welche von der Arbeit mit Sprache leben. Die Politisierung von Sprache dagegen lehnt Lukašėnka ab, da sie die Nation spalte, die soziale und wirtschaftliche Stabilität gefährde und zu Chaos führe.

Eine wichtige Ursache dafür, dass Lukašėnka es ablehnt, den Status der „kleinen" Sprache Weißrussisch zu verbessern, ist seine soziale Herkunft. Er stammt aus dem überwiegend russischsprachigen Osten des Landes und aus einer unteren, von ländlicher Armut geprägten sozialen Schicht. Sichere Russischkenntnisse eröffneten in der BSSR die Möglichkeit, in eine Stadt zu ziehen und sozial aufzusteigen. Das Weißrussische hingegen war in seiner dialektalen Form als „Bauernsprache" stigmatisiert, als Hochsprache dagegen fast nur bei Teilen der künstlerischen und vor allem der geisteswissenschaftlichen Intelligenz in Gebrauch. Dementsprechend löst die Parteinahme für das Weißrussische bei Lukašėnka einen antiintellektuellen Reflex aus, der die Befürworter der weißrussischen Sprache abwertet: Weißrussischsprecher sind diejenigen, die nichts anderes können, als Weißrussisch zu sprechen (Rede in Homel' 1994); vom Gerede über die weißrussische Sprache wird man nicht satt (Gespräch mit dem Schriftstellerverband 1998).

Auf der anderen Seite wirkt Lukašėnka bemüht, seinen jeweiligen Zuhörern oder Gesprächspartnern keinen Grund zu geben, ihn als sprachlich Ungebildeten zu behandeln. Sowohl gegenüber den Schriftstellern 1998 als auch auf der Pressekonferenz mit russischen Journalisten 2006 – und in mehreren weiteren, hier nicht detailliert besprochenen Äußerungen – hebt er seine Weißrussisch-Kenntnisse hervor, gegenüber den russischen Journalisten auch seine Russischkenntnisse. Dass Lukašėnka den weißrussischen Natiolekt des

Russischen als schöpferische Leistung der Weißrussen charakterisiert, passt zu dieser Strategie: Wenn in seinen russischsprachigen Äußerungen hier und dort weißrussische Elemente auftreten, so ist dies demzufolge nicht Zeichen mangelnder Bildung, sondern ein Rückgriff auf sprachliche Ressourcen, welche die Weißrussen in der Sowjetzeit entwickelt haben.

Neben der sozialen Herkunft Lukašėnkas sind auch seine politische Biographie und seine Machtinteressen zu verschiedenen Zeitpunkten für das Verständnis seiner Äußerungen zur Sprachsituation wichtig. In seinen Aussagen aus den Jahren 1994 bis 1996 setzt er sich mit der Weißrussifizierungspolitik der Jahre 1991 bis 1994 auseinander. Weitere bedeutende Faktoren sind der Konflikt mit dem Obersten Sowjet sowie die Rechtfertigung des Referendums über die Staatssprachen und Staatssymbolik. Zudem inszeniert sich Lukašėnka als Präsident, der gegen Missstände hart durchgreift. Mit seiner Rede in Homel' greift er 1994 die Weißrussischsprecher als eine Gruppe an, die im Präsidentschaftswahlkampf andere Bewerber (Zjanon Paznjak und Stanislaŭ Šuškevič) unterstützt hat. In seinem Auftritt vor dem Obersten Sowjet 1995 bezichtigt er die Parlamentarier, die wohlwollende Politik des Präsidenten – auch gegenüber der weißrussischen Sprache – nicht ausreichend zu unterstützen. In derselben Rede spielt Lukašėnka die Folgen des geplanten Referendums für das Weißrussische herunter. Gegner der „staatlichen Zweisprachigkeit" stellt er 1996 als unbelehrbare Nationalisten dar. Dass auf sein Betreiben das Russische zweite Staatssprache in Belarus' geworden ist, präsentiert er – ebenfalls 1996 – als Teil des „Großreinemachens" im Staatsapparat: Er verkündet das Ende einer Politik, die Weißrussischkenntnisse statt fachlicher Qualifikation zum Einstellungskriterium gemacht habe.

Ab 1996 verstärkt Lukašėnka seine Bemühungen, als gleichberechtigter Partner eine Integration mit Russland zu erzielen. Gleichzeitig ist er bestrebt, in der Gesellschaft eine möglichst breite Zustimmung zu seiner Herrschaft zu erreichen. Vor den Leitern der Exekutivkomitees lobt er 1996 das Staatssprachen-Referendum als Schritt zur wissenschaftlich-technischen und kulturellen Integration mit Russland. Seinen Anspruch, mit Russland politisch gleichberechtigt zu sein, untermauert Lukašėnka, indem er den Anteil der Weißrussen am Russischen betont (Dialog mit den Schriftstellern 1998) und den weißrussischen Natiolekt des Russischen – in der Nomination als *Trasjanka* – als Errungenschaft der BSSR darstellt (Vortrag vor Geisteswissenschaftlern 1998). Das Gespräch mit dem Schriftstellerverband ist ein Versuch Lukašėnkas, weißrussisch-national gesinnte Intellektuelle, die in der BSSR politisch sozialisiert worden sind, auf seine Seite zu ziehen und das Thema

weißrussische Sprache zu entpolitisieren. Er setzt die Schriftsteller unter Druck, indem er ihnen politischen Opportunismus und mangelnde Loyalität zum Staat, der sie finanziert, vorwirft.

Die analysierten Äußerungen der Jahre 2001 und 2003 dagegen fallen in eine Phase, in welcher der Rückhalt Lukašėnkas in der Bevölkerung schwächer wird. Lukašėnka reagiert darauf, indem er von loyalen Wissenschaftlern eine Staatsideologie erarbeiten lässt und diese in Schulen, Universitäten und Staatsbetrieben verbindlich macht. Auch die Sprachgeschichte Weißrusslands wird Teil dieser Ideologie, die den aktuellen politischen Kurs des Landes rechtfertigen soll. Das (Alt-)Russische verfügt demnach als „Basissprache" der Kiever Rus' über die längste Tradition als Literatursprache, hat aber zu keinem Zeitpunkt die Entwicklung nationaler „Zweitsprachen" behindert. Die russisch-weißrussische Zweisprachigkeit gilt als traditionell und damit auch in der Gegenwart als legitimiert. Innerhalb dieser Zweisprachigkeit ist die 1933 reformierte Variante des Weißrussischen (*Narkomaŭka*) die einzig legitime. Sie wird nicht als Bruch mit der Tradition des Weißrussischen, sondern als Fortführung der Tradition betrachtet. Dagegen sind Lukašėnka zufolge alle, die das Weißrussische auf den Stand vor 1933 zurückbringen wollen, Unruhestifter, die keinen Rückhalt in der Bevölkerung haben und die Einheit der Literatursprache zerstören.

Lukašėnkas Aussagen aus dem Jahr 2006 sind von der Abkühlung der Beziehungen zu Moskau beeinflusst. Die propagierte Suche nach einem „eigenständigen weißrussischen Weg" spiegelt sich in einer gewissen deklarativen Wertschätzung für die weißrussische Sprache, einer Tendenz, die auch spätere Aussagen Lukašėnkas bestätigen.[65] Dazu passt auch, dass sich Lukašėnka bei der Volkszählung 2009 dabei filmen ließ, wie er neben dem Russischen das Weißrussische als Muttersprache angab, als Sprache des Hausgebrauchs außerdem die *Trasjanka* (TUMAR 2009). Von einer „armen Sprache" hat sich das Weißrussische in Lukašėnkas Äußerungen zu einem ideologischen Potenzial entwickelt, das nationalen Patriotismus für die Herrschaftssicherung des Diktators nutzbar machen könnte. In der konkreten staatlichen Sprachpolitik zeichnet sich bis auf Weiteres jedoch kein grundsätzlicher Wandel ab.

65 So nannte Lukašėnka die weißrussische Sprache 2010 das wichtigste nationale Kulturgut und betonte im Zusammenhang mit der Rechtschreibreform die Verantwortung des Staates für das Weißrussische (LUKAŠĖNKA 2010; 2010a).

3.2 Der „Anti-Lukašėnka“ in den 1990er Jahren: Zjanon Paznjak

Zjanon Paznjak ist wohl die charismatischste und bekannteste, zugleich aber umstrittenste Persönlichkeit der weißrussischen Opposition, seit Aljaksandr Lukašėnka 1994 Staatspräsident von Belarus’ geworden ist. Seinen Text „Die weißrussische Sprache“, der hier analysiert werden soll, hat Paznjak Ende September 2001 in Warschau verfasst. Der Beitrag ist zum einen in der Zeitung *Naša Slova* vom 7. November 2001 erschienen (PAZ’NJAK 2001), zum anderen wurde er in einer Broschüre mit dem Titel „Nationale Werte“, herausgegeben 2007 in Warschau, nachgedruckt (PAZ’NJAK 2007). Neben dem Text „Die weißrussische Sprache“ enthält die Broschüre programmatische Essays mit den Titeln „Der Mensch“, „Die weißrussische Nation“, „Das weißrussische Territorium und die Natur“, „Die weißrussische Idee“ und „Kultur, Geschichte, Eigentum“. Der hier untersuchte Artikel kann somit als einer der Schlüsseltexte für das politische Denken Paznjaks und seiner Anhänger betrachtet werden.

3.2.1 Kurzbiographie

Paznjak, römischer Katholik, wurde 1944 im Dorf Subotniki geboren, das heute zur Region Hrodna gehört (vgl. zu den folgenden Ausführungen PAZNJAK 2000; PAZ’NJAK 2008; POZNJAK 2008). Sein Großvater, Janka Paznjak, war im Polen der Zwischenkriegszeit ein bekannter weißrussischer Politiker, Kulturschaffender und Publizist mit weißrussisch-nationaler und gleichzeitig katholisch-konservativer Orientierung. Er wurde von den polnischen Behörden mehrfach festgenommen und 1939 von den Sowjets erschossen (vgl. hierzu auch PAZNJAK 2000a). Der Vater von Zjanon Paznjak dagegen starb 1944 an der deutsch-sowjetischen Front.

1967 schloss Zjanon Paznjak ein Kunststudium am Weißrussischen Staatlichen Theater- und Kunstinstitut (*Belaruski dzjaržaŭny tėatral’na-mastacki instytut*) ab, 1972 seine Aspirantur am Institut für Ethnographie, Kunstwissenschaft und Folklore der weißrussischen Akademie der Wissenschaften. An diesem Institut war er in den folgenden Jahren tätig.

Darüber hinaus setzte sich Paznjak seit Ende der 1960er Jahre für die Bewahrung der historischen Architektur im Zentrum von Minsk ein. Er knüpfte Kontakte zu Anhängern der alten weißrussischen Nationalbewegung und ehemaligen politischen Gefangenen und gab *Samizdat*-Schriften heraus. In ihnen befand er, die BSSR sei nach wie vor stalinistisch und der KGB zerstöre die weißrussische Kultur (NOCUŃ & BRZEZIECKI 2007, 21). Diese Aktivitäten führten zu Konflikten mit der Leitung des Instituts für Ethnographie,

Kunstwissenschaft und Folklore, aus dem Paznjak 1976 ausschied. Er wechselte im selben Jahr als Archäologe zum Institut für Geschichte der weißrussischen Akademie der Wissenschaften und blieb hier bis 1996 tätig. Seine Aspirantur schloss er 1981 im politisch liberaleren Leningrad ab.

1988 entdeckte Paznjak bei Ausgrabungen das Massengrab von NKWD-Opfern in Kurapaty[66] bei Minsk und machte dies in der angesehenen Kulturzeitschrift *Litaratura i mastactva* 'Literatur und Kunst' öffentlich. Reaktion auf die Veröffentlichung war im Oktober 1988 eine Großdemonstration in Minsk zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus. Diese Demonstration lösten die Behörden gewaltsam auf, was in der Bevölkerung die oppositionelle Stimmung verstärkte. In dieser Atmosphäre gründete Paznjak zusammen mit anderen Aktivisten, u. a. dem bekannten Schriftsteller Vasil' Bykaŭ, die Vereinigung „Martyrolog von Belarus'" (*Martyralëh Belarusi*), deren Anliegen das Gedenken an die Opfer des Stalinismus ist. Außerdem schufen sie die gesellschaftliche Bewegung „Weißrussische Volksfront „Wiedergeburt" (*Belaruski Narodny Front „Adradžėnne"*), aus der die Partei „Weißrussische Volksfront" (BNF) hervorging. Ab 1990 war Paznjak Vorsitzender der Bewegung „Wiedergeburt", ab 1993 Vorsitzender der Partei BNF.

Von Mai 1990 bis Januar 1996 führte Paznjak die oppositionelle Fraktion des BNF im Obersten Sowjet, dem damaligen weißrussischen Parlament, an. Er forderte, die Auswirkungen von Černobyl' gründlich zu untersuchen und die staatliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit Weißrusslands zu bewahren. Außerdem setzte er sich für die Staatssymbolik aus der Zeit der Weißrussischen Volksrepublik, die weiß-rot-weiße Flagge und das *Pahonja*-Wappen, ein. 1994 trat Paznjak bei der Präsidentenwahl an. Mit 12,9 Prozent der Stimmen blieb er hinter Lukašėnka und dem damaligen Premierminister Vjačaslaŭ Kebič (vgl. VON STEINSDORFF 2004, 436).

1995 trat Paznjak in einen Hungerstreik und beteiligte sich an einer Blockade des Parlaments, die mit Gewalt aufgelöst wurde (vgl. NOCUŃ & BRZEZIECKI 2007, 94ff.). Er protestierte damit gegen das geplante Referen-

66 Dieses wichtige Ereignis in Paznjaks Biographie verschweigt der Eintrag über ihn in der *Belaruskaja Ėncyklapedyja* (PAZNJAK 2000). Vertreter der offiziellen Geschichtswissenschaft in Belarus' sowie einige Forscher und Journalisten aus Russland behaupten, die „Nationalisten" hätten bei der Erforschung der Gräber manipuliert. In Wahrheit handele es sich bei den Toten um Opfer des Faschismus (vgl. PANKOWIEC 2007). 2009 allerdings, in der Phase scheinbaren politischen Tauwetters in Belarus', initiierte unerwartet die wichtigste präsidententreue Zeitung *Belarus' Segodnja/Sovetskaja Belarus'* eine Debatte zu dem ansonsten meist verschwiegenen Thema (KIRILENKO 2009).

dum über die Staatssprachen, die Staatssymbolik und die Integration mit Russland. 1996 verließ er Belarus', nach eigenen Angaben, um nicht verhaftet oder von einem Mordkommando Lukašėnkas getötet zu werden. Im August 1996 gewährten ihm die USA politisches Asyl. Später zog er mit seiner Familie nach Warschau. Aus dem Exil nimmt er seitdem weiterhin als Politiker und Publizist auf die politische Diskussion in Weißrussland Einfluss.

Die Partei BNF, die Paznjak mitgegründet hat, spaltete sich 1999. Auslöser der Spaltung war eine „alternative Präsidentenwahl", an der sich ein Teil der weißrussischen Opposition beteiligte, um gegen Verstöße bei der offiziellen Wahl zu protestieren. Paznjak trat bei der alternativen Wahl an, wurde dabei aber nur von einem Teil der BNF-Mitglieder unterstützt. Diese gründeten daraufhin eine eigene „Konservativ-christliche Partei BNF" (*Kanservatyŭna-chryscijanskaja partyja BNF*) mit Paznjak als Vorsitzendem. Der Teil des BNF, der Paznjaks Kandidatur nicht unterstützt hatte, wählte dagegen Ende 1999 Vincuk Vjačorka zum Vorsitzenden. Der BNF unter Vjačorka gab sich in der Folgezeit kompromissbereit gegenüber anderen politischen Gruppierungen und warf Paznjak eine zu radikale Gesinnungsethik vor (PARTYJA BNF), während die „Christlich-Konservativen" sich als einzig legitime Bewahrer des BNF-Erbes sehen.[67]

Vor den Präsidentenwahlen 2002 und 2006 bildeten sich jeweils Initiativgruppen für die Kandidatur Paznjaks, konnten jedoch nicht die erforderliche Anzahl an Unterstützer-Unterschriften sammeln. Paznjak selbst begründete 2006 den Rückzug seiner Kandidatur mit der Furcht vor Repressionen gegen seine Anhänger in Belarus' (POZNJAK 2008). Der Koalition oppositioneller Kräfte, die sich 2006 mit Aljaksandr Milinkevič an der Spitze bildete, traten Paznjak und seine Unterstützer nicht bei.

Für seine Anhänger ist Paznjak ein Politiker, der als gläubiger Katholik nur seinem Gewissen folgt, aufrecht für die weißrussische nationale Sache kämpft und keine falschen politischen Kompromisse eingeht. Gegner werfen ihm übersteigerten Nationalismus, Russophobie und abenteuerliche Verschwörungstheorien vor. Gemäßigte Kritiker meinen, er habe durch seine Emigration den Kontakt zur Wirklichkeit in Belarus' verloren und überschätze die Unterstützung, die seine Christlich-Konservative Partei BNF im

67 Weder in der Biographie Paznjaks auf dessen offizieller Internetseite (PAZ'NJAK 2008) noch in der Geschichte der „Christlich-Konservativen Partei BNF" auf deren Internetseite (PBPF 2005) wird die Spaltung des BNF erwähnt.

Land habe. Die Partei selbst gab 2005 ihre Mitgliederzahl in Weißrussland mit über 3500 an (PBPF 2005).

3.2.2 Mit dem Weißrussischen gegen das Imperium: Der Essay „Die weißrussische Sprache“

Paznjak hat seinen Essay knapp drei Wochen nach dem Anschlag auf das World Trade Center in den USA verfasst. Der Terrorakt spielt, wie gezeigt wird, für seine Argumentation eine Rolle. Grundlage für die nachfolgende Analyse ist die Textfassung, die in *Naša Slova* abgedruckt ist (PAZ'NJAK 2001).

Paznjak beginnt seinen Text mit den Kernthesen des Artikels:

> Die weißrussische Nation existiert, solange die weißrussische Sprache lebt. Sprache ist das Hauptresultat und das wichtigste Mittel der Kultur.

So kategorisch Paznjaks Aussage über den Zusammenhang von Sprache und Kultur formuliert ist, so unspezifisch ist sie inhaltlich. Sprache und Kultur erscheinen hier lediglich als Teile eines nicht sinnvoll in Frage zu stellenden Merkmalbündels. Indem Paznjak das Überleben der weißrussischen Nation an die Nationalsprache knüpft, setzt er zudem voraus, dass Sprachen auf quasi naturgegebene Weise Nationen voneinander abgrenzen.

Es folgen grundsätzliche Gedanken Paznjaks zur bedeutenden Rolle von Sprache für die Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Für ihn ist Sprache ein Wunder der Kultur, Spiegel der menschlichen Seele und Existenz. Abstraktes Denken, historisches Gedächtnis und Sprache, für Paznjak die drei Eckpfeiler der Kultur, haben sich in der Menschheitsgeschichte gleichzeitig entwickelt und einander beeinflusst. Mit dem Auftauchen von Sprache ist der Mensch von der Natur zur Kultur übergegangen: „Am Anfang war das Wort“.

Paznjak leitet dann vom Allgemeinen zum Besonderen über – von der Rolle der Sprache für die Menschheitsgeschichte zur Rolle für die Völker. Seine Argumentation ähnelt der von Humboldts, wonach das Allgemeine der Menschheit nur im Individuellen der Nationalsprachen zu fassen sei:

> Auf der Erde lebt eine Vielzahl von Völkern und ethnischen Gruppen, und entsprechend gibt es eine große Anzahl verschiedener Sprachen. Jede Sprache ist wie ein Gipfel, der ein Volk bewahrt und von anderen Völkern absondert. Gleichzeitig ist sie die Plattform, auf der die kulturelle Individualität der menschlichen Gemeinschaft basiert.

Paznjak zufolge stirbt immer, wenn eine Sprache zugrunde geht, auch das dazugehörige Volk. Zum Beleg für diese These ruft er den weißrussischen

Dichter Francišak Bahušėvič als Autorität auf: „Achtet unsere Sprache, die weißrussische, damit sie [die Weißrussen, Anm. MB] nicht sterben“. Paznjak macht somit keinen Unterschied zwischen verschiedenen Formen nationaler Identität, für die Sprache im Vergleich zu anderen Faktoren auch eine geringere Rolle spielen kann.

Die Achtung eines Volkes vor der eigenen Sprache ist Paznjak zufolge am wichtigsten, wenn diese vom Untergang bedroht ist. Ursache für den „Sprachtod“ kann demnach sein, dass die Sprachträger keinen eigenen Staat besitzen. Staaten, die keine Nationalstaaten sind, erscheinen damit als Gebilde, die den Nationen aufgezwungen werden, weil sie nicht deren natürlichen Diskontinuitäten entsprechen. Als weitere mögliche Ursache des Sprachtodes nennt Paznjak eine „gesellschaftlich-politische Katastrophe“ (*hramadska-palityčnaja katastrofa*). Darunter versteht er Folgendes:

> Solche Erscheinungen wie Genozid, Ethnozid, Linguizid, Mnemozid, die für gewöhnlich aus imperialer Politik resultieren, genauso aber aus Xenophobie und Hass, sind in erster Linie für die Sprachen unfreier Nationen sehr gefährlich [...].

Der Begriff des Genozids hat sich bekanntlich für Völkermorde etabliert. Zu einer völkerrechtlichen Straftat ist der Genozid unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere mit Blick auf den Holocaust, geworden (SCHABAS 2003, 16). Er ist definiert als physische und/oder psychische Vernichtung von Angehörigen einer national, ethnisch, religiös oder rassisch definierten Gruppe (SCHABAS 2003, 139, 206). Der Begriff „Ethnozid“ dagegen ist erst seit jüngerer Zeit in der wissenschaftlichen Literatur zu finden. Vorgeschlagen haben ihn Völkerrechtler, die den Genozid als zu eng definiert kritisieren, da er „kulturellen Völkermord“ nicht einschließe (SCHABAS 2003, 250f.). Zu Recht ist allerdings gegen den Ethnozid-Begriff vorgebracht worden, dass die „Ermordung“ einer Kultur kaum so konkret zu erfassen sei wie die physische Vernichtung von Menschen. Gegen den Begriff „Linguizid“ ist Ähnliches einzuwenden. Wer wie Paznjak von einem Linguizid spricht, überträgt das Kapitalverbrechen Mord auf Sprache. Damit blendet er Faktoren außerhalb der Sprachpolitik aus, die zu Sprachwandel und Sprachwechsel führen. Die Rede von einem Linguizid macht es somit einfacher, Schuldige zu benennen, in diesem Fall „die Sowjets“ beziehungsweise „die Russen“. Der vermeintliche Mord an einer Sprache steht in dieser Argumentation auf einer Stufe mit Völkermord. Der Begriff „Linguizid“ ist somit ein Mittel der sprachpolitischen Polemik. In der internationalen Sprachwissenschaft wird er, soweit ersichtlich, kaum benutzt.

Paznjak führt dann die Begriffe Imperium, imperiale Politik und imperiale Sprache ein, die für seine Argumentation wichtig sind. Denn die genannten gesellschaftlich-politischen Katastrophen folgen für ihn in der Regel aus imperialer Politik und sind vor allem für die Sprachen unfreier Völker gefährlich. Der Zerfall eines Imperiums kann aber auch zum Verschwinden der imperialen Sprache führen.

Imperiale Staaten zerstören Paznjak zufolge Ethnien, selbst die, aus denen sie einmal hervorgegangen sind. Paznjak geht dabei von der Ethnie als naturgegebener Kategorie aus. Als Beispiel für die Zerstörung einer Ethnie durch ein Imperium nennt er unter anderem das Römische Reich:

> Rom ist aufgrund von inneren Prinzipien zerfallen (vor allem wegen des moralischen Verfalls). Die römische (lateinische) Sprache war im Senat zu hören gewesen, hatte sich in der Literatur und an allen Enden des Imperiums behauptet. Doch unter dem Schutt dieses Imperiums ist auch die große römische Sprache begraben worden, sie verwandelte sich anschließend in ein totes Latein.

Mit dem vermeintlichen Sittenverfall liefert Paznjak eine populäre, vereinfachende Erklärung für den Untergang des Römischen Reichs. Sie erfüllt den Zweck, auch auf gegenwärtige Staaten übertragbar zu sein, die Paznjak als Imperien betrachtet: Russland und die USA. Er erwähnt zwar den Terroranschlag auf das World Trade Center nicht, doch in der Logik seiner Argumentation – und angesichts der zeitlichen Nähe zur Entstehung des Textes – ist davon auszugehen, dass Paznjak den Anschlag als Vorboten für den Zerfall des US-Imperiums betrachtet.

Der moralische Verfall besteht für Paznjak in allen Fällen im Verlust des ethnischen Bewusstseins und darin, dass dieses durch ein imperiales Bewusstsein ersetzt wird. Parallel dazu verläuft ihm zufolge die sprachliche Entwicklung: Nur Sprachen, die mit ethnischem Bewusstsein unterfüttert sind, sind lebensfähig. Imperiale Sprachen dagegen sterben eines natürlichen und gerechten Todes, auch wenn sie ehemalige Ethnosprachen sind. Die Argumentation, die Paznjak hier verwendet, entspricht dem nationalistischen Diskurs von Sprache als Schlachtfeld, den Blommaert und Verschueren beschrieben haben: einer illegitimen Zentralmacht steht der Befreiungskampf national definierter Sprechergruppen gegenüber. Zwischen Sprache und Identität besteht dabei ein indexalisches Verhältnis: Die „imperialen Sprachen“ – das späte Latein, die offizielle Sprache des Osmanischen Reiches, das „künstliche“ (der Ethnie enthobene) Russisch und das Englisch der Weltmacht USA – sind für Paznjak Ausdrucksmittel degradierter imperialer Kulturen. Die „ethnischen Sprachen“ dagegen – das frühe Latein, das Türki-

sche, das nur mit der russischen Ethnie verbundene Russische und das „ethnische“ Englische – sind Träger der ethnischen Kultur ihrer Sprecher und daher mit Reinheit konnotiert.

Paznjak liefert dann einen schlaglichtartigen Überblick über die Nationalbewegungen in Europa von Ende des 18. bis Anfang des 20. Jahrhunderts. Dabei macht er klar, dass für ihn Nationsbildung mit Hilfe der Nationalsprache sowie staatliche Souveränität die höchsten Werte sind, um die es in Belarus’ geht:

> Es fällt [...] auf, dass die Völker überall zwei grundlegende Werte anerkannt und überall für diese gekämpft haben: für die Nationalsprache und für die Unabhängigkeit (das bedeutet: für den Nationalstaat).

Bestimmte Handlungen und Entwicklungsphasen der Nationsbildung sind Paznjak zufolge unerlässlich. Zuerst muss demnach eine Nationalbewegung Interesse für die nationale Kultur wecken. Paznjak nennt Künstler aus Ungarn, der Ukraine, Tschechien und anderen Ländern als Vorbilder für die Weißrussen. Indem er diese Beispiele anführt, verpflichtet Paznjak auch die weißrussischen Kulturschaffenden auf das Ziel, durch Etablierung des Weißrussischen in der Gesellschaft sprachlich eine homogene Nation zu schaffen. An zweiter Stelle der historischen Entwicklung steht für Paznjak der politische Kampf um die Befreiung vom Imperium. Ziel ist schließlich die Gründung eines eigenen Nationalstaats, in dem die Nationalsprache dominiert.

Nach dem Blick auf die europäischen Nationalbewegungen beschäftigt sich Paznjak mit dem weißrussischen Nationsbildungsprozess und fragt sich, warum dieser bis jetzt nicht abgeschlossen ist. Die Weißrussische Volksrepublik (BNR) wäre ihm zufolge ein vorbildlicher Nationalstaat gewesen, verlor jedoch schon nach kurzer Zeit ihre Unabhängigkeit. Die dann folgende sowjetische Zeit beschreibt Paznjak als finstere Epoche:

> Am russischen kommunistischen Genozid und allen Formen von Zerstörung hatten drei Generationen von Weißrussen zu leiden. Im kulturellen und insbesondere psychologischen Sinn sind die 73 Jahre sowjetischer Okkupation ein schwarzes Loch, ein Bruch im Nationalbewusstsein des Volkes.

Paznjak stellt hier das Sowjetsystem so dar, als seien Weißrussen gar nicht daran beteiligt gewesen, sondern ihm kollektiv zum Opfer gefallen. Die Jahrzehnte, in denen die BSSR existierte, sieht er als Zeitraum, der vollständig von der Unterdrückung der weißrussischen Nation geprägt ist. Perioden wie die Weißrussifizierung in den 1920er Jahren oder die *Perestrojka* spielen für seine Argumentation keine Rolle. Das Nationalbewusstsein der Weißrussen

fiel Paznjak zufolge bis in die 1980er Jahre auf den Stand vom Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Diesen Vorgang beschreibt er als psychische Deformation der Weißrussen und belegt ihn mit drei vermeintlich typischen Zitaten aus dem Volksmund:

> „Wozu diese weißrussische Sprache?"; „Was ist es für ein Unterschied, in welcher Sprache man spricht?"; „Wer braucht diese Souveränität, die Hauptsache ist, dass es sich gut leben lässt" und so weiter – das sind am Ende des 20. Jahrhunderts typische Feststellungen vieler Weißrussen, die sowjetisch erzogen worden sind.

Solche Aussagen hört man Paznjak zufolge nicht nur von vielen einfachen Bürgern in Belarus', sondern sie sind auch die Ansichten derer, die das Land regieren. Paznjak wertet diese Ansichten mit sprachlichen Mitteln ab: Er gibt die zitierten Aussagen auf Russisch wider und kennzeichnet graphisch deren „falsche", weißrussisch beeinflusste Aussprache: *Začėm ėtat belaruski jazyk? Kakaja raz'nica, na kakom jazyke havaryc'? Kamu nužėn ėtat suverėnicet, hlavnae, čtoby žylas' charašo.* Gleichgültigkeit gegenüber der weißrussischen Sprache und der staatlichen Souveränität von Belarus' sind für Paznjak Einstellungen, die von geistiger Verwirrung zeugen. Um diese vermeintliche Bewusstseinsstörung vieler Weißrussen ikonisch wiederzugeben, mischt er im zitierten Beispiel russische Morphologie und Lexik mit weißrussischer Aussprache.

Dann erläutert Paznjak, warum er diese Ansichten ablehnt. Sein Argument ist ein wirtschaftliches: Die fleißigen Weißrussen können noch so viel arbeiten – wenn sie nicht ihre gemeinsamen Interessen als Nation vertreten, streichen andere den Lohn der Mühe ein. Die nationale Perspektive ist für Paznjak somit so universell, dass nur aus ihr heraus wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen sind. Als Beleg für seine These führt er ein Gespräch an, das ein pensionierter Lehrer Anfang der 1990er Jahre mit BNF-Abgeordneten geführt habe. Der ehemalige Lehrer einer russischsprachigen Schule in Weißrussland erzählt den Abgeordneten von seiner niedrigen Pension und schwärmt außerdem von seinen ehemaligen Schülern, die in Russland Karriere gemacht hätten. Die BNF-Abgeordneten belehren ihn daraufhin über den vermeintlichen Zusammenhang zwischen beiden Tatsachen:

> „Und jetzt schauen Sie einmal", bemerkten meine Kollegen. „Sie haben Ihr ganzes Leben lang gearbeitet und Weißrussen auf Russisch unterrichtet. Eine weißrussische Universität hat aus ihnen (ebenfalls auf Russisch) Spezialisten gemacht, die nach Russland gegangen sind. Sie haben dort angefangen zu arbeiten, dem russischen Staat Einkünfte zu bringen und Steuern in die russische Staatskasse zu zahlen. Für die

> Ausbildung dieser Spezialisten und dafür, ihnen das Russische beizubringen, hat Russland keine Kopeke ausgegeben. Das ist das Ergebnis Ihrer Arbeit. Aber wo ist das Ergebnis für Sie? Wo ist Ihr Gewinn? Woraus wird Ihre Pension gezahlt, aus wessen Staatskasse?“

Der pensionierte Lehrer ist für Paznjak abschreckendes Beispiel eines rechtschaffenen Weißrussen, der nicht begriffen hat, dass Moskau noch immer die Fäden der weißrussischen Politik zieht, und dass Widerstand gegen diese illegitime Macht des Imperiums notwendig ist. Erst ein weißrussischsprachiges Bildungssystem würde Paznjak zufolge den Zustand beenden, dass Russland sich auf dem Bildungsmarkt in Belarus' die besten Talente holt. Er betrachtet die Sprachensituation im weißrussischen Bildungssystem somit als Indikator der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Zentrum des Imperiums und den ausgebeuteten Ethnien an der Peripherie.

Nach seinem Rückblick auf 73 Jahre Sowjetisierung der weißrussischen Gesellschaft macht Paznjak den Lesern seines Textes Mut: Trotz aller Deformierungen ist die nationale „Wiedergeburt“ für ihn noch nicht verloren. Schnelles Handeln ist Paznjak zufolge aber erforderlich:

> Beschleunigung – das ist das allgemeine Gesetz von Prozessen, die in Gang gesetzt worden sind, und es ist überall zu beobachten: in der Kunst, in der Literatur, in der Natur, in der Gesellschaft. Nach zehn bis 15 Jahren normaler nationaler Entwicklung in beschleunigtem Tempo gäbe es keine gesellschaftliche Rückständigkeit und kein Bewusstsein des Typs „wozu“ und „was ist es für ein Unterschied“ mehr.

Die wichtigste Rolle in diesem Prozess spielt Paznjak zufolge die sprachliche Weißrussifizierung. Wird sie nicht konsequent umgesetzt, drohen das Ende der weißrussischen Geschichte und die Unterwerfung der Weißrussen unter die wirtschaftlichen Interessen Russlands. Paznjaks Plan, die nationale Entwicklung der Weißrussen zu beschleunigen, hat das Ziel, innergesellschaftliche Widersprüche zu beseitigen. Die Rede von der weißrussischen Nation „als System“ richtet sich auf ein einheitliches Konzept der Nation, das andere Konzepte der Sozialordnung – etwa ein weniger sprachzentriertes Nationsmodell – von vornherein ausschließt.

Die weißrussische Wiedergeburtsbewegung hat nach Paznjaks Ansicht neben dem *homo sovieticus* im eigenen Land noch einen weiteren Gegner: die öffentliche Meinung in Europa. Er sieht diese bestimmt von selbstzufriedenen Nationen, für welche die eigene Nationalsprache, Kultur und staatliche Unabhängigkeit bereits lange selbstverständlich sind. Hilfe bei der Nationsbildung ist daher nicht zu erwarten:

> Die internationalen Demokraten und internationalen Liberalen arbeiten zusammen an der Schaffung neuer demokratischer Super-Imperien, Superstaaten. Für Vertreter dieser höchsten Ideologie (dieser Demokratie über alles[68]) erscheint das alles als Anachronismus – unsere weiterhin aktuellen nationalen Probleme von vor 100 Jahren, unsere Kränklichkeit, unser verzweifeltes Streben, aus der bodenlosen Höhle der Kurapaty herauszuklettern, wohin Böswillige unser Volk gesperrt haben, unser Bemühen, zuerst unsere Sprache und Unabhängigkeit zu retten. Denn bei ihnen verstehen sich Sprache, Kultur und Unabhängigkeit von selbst, sie sind damit geboren worden und denken, dass das alles natürlich existiert, der Ordnung der Dinge entsprechend, so wie Berge, Flüsse und Täler.

Der Universalität des Nationalen entkommen Paznjak zufolge auch die „internationalen Demokraten" und „internationalen Liberalen" nicht. Sie können sich nach seiner Meinung nur deshalb Geringschätzung gegenüber dem nationalen Kampf der Weißrussen erlauben, weil sie den Prozess ihrer eigenen Nationsbildung bereits abgeschlossen haben. Außer Sprache und Kultur – wie in den Anfangssätzen des Textes – nennt Paznjak hier auch staatliche Unabhängigkeit als Teil des Bündels von Merkmalen, über die eine Nation verfügen sollte. Der Begriff der Demokratie hat hier eine eindeutig negative expressive Färbung, da es nach Paznjak gerade „übertriebene" Demokratie ist, welche die Nationsbildung der Weißrussen hemmt.

Paznjak nimmt dann den – aus seiner Sicht – Hauptgegner der weißrussischen Wiedergeburt in den Blick – Russland. Er betrachtet Russland in dem Text als weiterhin bedrohliche Macht, die weltweit ihre Fäden zieht und nicht nur den Weißrussen schadet. Historisch sieht er das russische Imperium verantwortlich für den „bolschewistischen Genozid" (*bal'šavicki henacyd*). Paznjak verwendet hier einen Begriff, der in der wissenschaftlichen Diskussion über den Stalinismus höchst umstritten ist. Nicht nur national und antisowjetisch gesinnte Weißrussen, sondern auch Ukrainer nutzen ihn, um eine nationale Opferidentität zu schaffen (vgl. zur Genozid-Debatte in der Ukraine etwa JILGE 2004). Paznjak fährt dann fort:

> Und niemand kann unsere Unabhängigkeit in Frage stellen und ablehnen, unsere weißrussische Sprache, unsere Symbole, unsere Freiheit, die Einheit des Landes und der Geschichte, ohne die fast drei Millionen Weißrussen gefragt zu haben, die unschuldig in der Zeit des Terrors getötet worden sind.

68 „über alles" ist auch im Original auf Deutsch wiedergegeben.

Er erweitert somit das Bündel von Merkmalen, die untrennbar zur weißrussischen Nation gehören, noch einmal: um die Staatssymbolik (das *Pahonja*-Wappen und die weiß-rot-weiße Flagge), die Freiheit (als deren Voraussetzung er die nationale Perspektive sieht) sowie die Einheit des Landes und der Geschichte. Ein konkurrierendes Modell der weißrussischen Identität zu vertreten, bedeutet für Paznjak, die Opfer des Stalinismus zu verhöhnen. Er erklärt damit die weißrussischen Stalinismusopfer posthum und in ihrer Gesamtheit zu Anhängern seines Konzepts vom weißrussischen Nationalismus.

Die weißrussische Sprache bezeichnet Paznjak als „unser Heiligtum" (*našaja svjatynja*), auf das Weißrussen kein objektiver Blick möglich sei. Denn ihm zufolge leitet sich jede Nationalsprache von anthropologischen Merkmalen ihrer Sprecher ab. Wenn Sprachen verschieden sind, so hat dies somit für Paznjak wie für Humboldt den Grund, dass die nationalen Perspektiven auf das Weltganze unterschiedlich sind:

> In der Sprache tritt das natürliche Wesen des Volkes in Erscheinung, das sie geschaffen hat, seine Seele ist zu sehen, ihren Niederschlag finden seine spezifische Mentalität und Denkart, die Rhythmen seines Geistes und Körpers (das heißt des Temperaments) materialisieren sich.

Nur wenn ein Volk seine Muttersprache verwendet, herrscht Paznjak zufolge perfekte Harmonie zwischen Verstand, Seele, Temperament und Sprache. Dafür führt er zwei vermeintliche Beweise an. Er nennt die Lernerfolge der Kinder in weißrussischsprachigen Schulen, die Anfang der 1990er Jahre eröffnet wurden. Die Leistungen in diesen Schulen seien besser gewesen als in den russischsprachigen Schulen von Belarus'. Paznjak führt somit auf ein naturgegebenes Verhältnis von Nation und Sprache zurück, was tatsächlich das Ergebnis einer Sprachpolitik war, die damals das Weißrussische förderte. Außerdem verweist er auf das Verhalten weißrussischer Stadtbewohner:

> Es gibt viele Zeugnisse dieser Art: Ein Weißrusse, der in der Stadt aufgewachsen war, auf Russisch, und sich alle Erscheinungsformen sowjetischer Ersatzkultur angeeignet hatte, fand sich plötzlich in ländlicher Umgebung unter Teilnehmern authentischer Folklore wieder. Unerwartet, unter Einfluss von Emotionen und Ergriffenheit, schloss er sich den Volkstänzen und Gesängen an.

Paznjak idealisiert hier die ländliche Folklore als „wahre", weil ethnisch geprägte Kultur. Dabei übersieht er, dass es gerade in der ruralen Primärform keine Einheitlichkeit gibt und Weißrussisches von Russischem kaum abgrenzbar ist, was auch auf viele Dialektkontinua zutrifft. Das kulturelle Leben in den weißrussischen Städten dagegen ist für ihn lediglich sowjetisch geprägter Kulturersatz. Er erklärt einen antimodernen Reflex, für den er

weißrussische Ethnologen als Gewährsleute aufruft, zum natürlichen Verhalten. Um den Eindruck wissenschaftlicher Seriosität noch zu verstärken, führt Paznjak dann den Begriff der Ethnoplastizität ein:

> Die Menschen jedes Volkes, jede Ethnie verfügen über charakteristische Bewegungen, die mit ihrer Psychologie übereinstimmen, mit ihrem emotionalen Zustand, ihren Gedanken und der Sprache, in der sie sprechen. Das nennen wir Ethnoplastizität. Ihre Harmonisierung mit der Sprache ist […] darauf gerichtet, die Persönlichkeit des Menschen optimal zum Vorschein zu bringen.

Die Funktion dieser vermeintlich wissenschaftlichen Beweisführung ist klar ersichtlich: Das Sowjetsystem erscheint als „Reich des Bösen", das der weißrussischen Ethnie eine unnatürliche Lebensweise und eine Sprache, die ihr fremd ist, auferlegt hat. Zudem spitzt der Begriff der Ethnoplastizität Paznjaks Ideal einer sprachlich homogenen Nation zu: Nur der Sprecher des Weißrussischen handelt nicht andauernd gegen seine psychische, emotionale und gedankliche Natur.

Paznjak geht dann näher auf die sowjetische Sprachpolitik ein. Deren offizielles Ziel in der BSSR war Bilingualität. Sie führte aber Paznjak zufolge zu einer „Kreolisierung" (*krėalizacyja*), deren Produkt er als „verarmte Halbsprache" *(zbednenae paŭmove*), „ein spezifisches (hybrides) Pidgin-Russisch" (*svoeasablivaja pidžyn-ruskaja mova*) oder *Trasjanka* bezeichnet. Er beansprucht dabei für sich, den Begriff *Trasjanka* in einem Aufsatz von 1988 in die Diskussion über Sprache eingeführt zu haben:[69]

> Damals benannte ich das weißrussisch-russische „Pidgin" mit dem weißrussischen Wort „Trasjanka", nicht ahnend, dass dieser Terminus dann in begrifflichen Vorstellungen über Sprache gebräuchlich würde.

Ursprungsbedeutung des Wortes *Trasjanka* im Weißrussischen ist „Mischung von Heu mit Stroh, die als Viehfutter verwendet wird" (vgl. SUDNIK & KRYŬKO 2005, 661). In Paznjaks metaphorischer Verwendung des Begriffs nimmt das Weißrussische die Rolle des hochwertigen Heus ein, das Russische die Rolle des minderwertigen, zur Sowjetzeit beigemengten Strohs. Die Sprachmischung ist für Paznjak Anlass zu Kulturpessimismus: Das Kulturniveau vieler Weißrussen ist ihm zufolge niedrig, und die *Trasjanka* ist sowohl Ursache als auch Wirkung dieses Kulturverfalls. In der individuellen

69 Mit der Geschichte von Entstehung und Verwendung des Begriffs *Trasjanka* für sprachliche Phänomene in Belarus' beschäftigt sich ein Aufsatz des Minsker Linguisten Henadz' Cychun (CYCHUN 2000). Paznjaks Text ist darin nicht erwähnt.

Sprachverwendung bildet sie die vermeintliche Kulturlosigkeit des jeweiligen Sprechers ikonisch ab:

> Kreolisierung ist keine Bereicherung, sondern eine Herabsetzung der Sprachkultur, die den Verfall der persönlichen Kultur widerspiegelt. […] Jemand, der kulturelles Niveau hat, spricht kein kreolisiertes Pidgin.

Der Gebrauch der Begriffe „Kreol" und „Pidgin" beschreibt die sprachliche Entwicklung in Weißrussland, die zur heutigen Situation geführt hat, als eine koloniale. Deren Merkmal ist, dass eine unterdrückte Urbevölkerung gezwungen ist, ihre traditionelle Sprache aufzugeben, um sozial aufzusteigen. Indem Paznjak das weißrussische Ergebnis dieser Strategie als Halbsprache bezeichnet, wertet er den Sprachwechsel als gescheitert. Denn die Weißrussen haben demzufolge keine umfassende Kompetenz in der Zielsprache Russisch erreicht. Der Komplexität des sprachlichen Phänomens *Trasjanka* werden die Bezeichnungen „Halbsprache" und „Pidgin" nicht gerecht. Der Grad, in dem Sprecher der *Trasjanka* die russische und weißrussische Standardsprache beherrschen, ist höchst unterschiedlich. So können Äußerungen in der Mischsprache „ein halb bewusstes, halb unbewusstes Spiel mit Ausdrucksmöglichkeiten [...], die teils aus dem Russischen, teils aus dem Weißrussischen kommen" (HENTSCHEL & TESCH 2006, 232) sein. Die intensive Sprachmischung, die bei der *Trasjanka* vorliegt, ist somit nicht monokausal damit zu erklären, dass die Sprecher die Zielsprache Russisch verfehlen. Darauf aber hebt der Begriff „Halbsprache", den Paznjak verwendet, ab. Der Begriff „Pidgin" wiederum passt deshalb nicht für die *Trasjanka*, weil diese keine Reduktion der grammatischen Struktur oder des Lexikons aufweist, die für Pidgins charakteristisch ist (vgl. HENTSCHEL & TESCH 2006, 229ff.). Indem Paznjak die *Trasjanka* dennoch als Halbsprache und Pidgin bezeichnet, untermauert er, dass für ihn eine positive Entwicklung der weißrussischen Sprache und Kultur nur möglich ist, wenn der russische Einfluss zurückgedrängt wird. Diese Argumentation bestätigt sein folgender Befund:

> Der erzwungene sowjetische Bilingualismus hat das Axiom ignoriert, dass der Mensch sich ohne Festlegung einer Priorität nicht gleichzeitig in zwei Kulturen entwickeln und in ihnen existieren kann. Die desorientierte Person erhält keine vollwertige geistige Entwicklung.

Die *Trasjanka* erscheint hier als kollektive psychische Krankheit der Weißrussen. Beim *Trasjanka*-Sprecher ist demnach die Balance zwischen Denken und sprachlichem Ausdruck gestört. Er stammelt, sucht nach dem richtigen Wort, hat Schwierigkeiten mit abstrakten Begriffen, kein Wissen über Sprachstrukturen und ein gehemmtes Nationalbewusstsein. Wie ein Patient

mit fortgeschrittener Geisteskrankheit ist Paznjak zufolge auch der *Trasjanka*-Sprecher gezwungen, statt einem aktiven ein passives Leben zu führen: Er kann Kultur weder schaffen noch rezipieren, sondern lediglich ein Surrogat von Kultur, nämlich die (post-)sowjetische Massenkultur, konsumieren. Bitter stellt Paznjak fest, dass solche Menschen, „*Trasjanka*-Politiker" (*trasjankavyja palityki*), derzeit Belarus' regierten. Wenn die *Trasjanka* Paznjak zufolge eine Geisteskrankheit ist und hochrangige Politiker diese Mischsprache verwenden, so spiegelt sie ikonisch deren psychische Verwirrung und Gefährlichkeit wider. Insgesamt durchzieht den gesamten Textabschnitt über die *Trasjanka* die Vorstellung, dass Sprachmischung etwas Bedrohliches sei und die Reinheit von Sprachen und Kulturen beflecke. Paznjak blendet dabei erstens aus, dass „reine" Sprachen oder Kulturen in einer modernen, in vielerlei Hinsicht von Austauschbeziehungen geprägten Zivilisation kaum existieren. Wie z. T. die „vaterländische" weißrussische Linguistik nimmt er zweitens eine andere Tatsache nicht zur Kenntnis: Im Fall von Sprachen, die so eng verwandt und strukturell ähnlich sind wie das Weißrussische und das Russische, erfolgt Sprachmischung anders als in Konstellationen zwischen strukturell stärker divergierenden oder gar typologisch andersartigen Sprachen (vgl. HENTSCHEL 2008). Sie weist eher Ähnlichkeiten zum Dialektausgleich auf bzw. zum Ausgleich zwischen Mundarten und Standardsprache, wie er sich in Regiolekten vollzieht.

Außer zum Erhalt der weißrussischen Nation ist Paznjak zufolge die weißrussische Sprache auch noch aus einem anderen Grund erhaltenswert: wegen ihrer Schönheit. Er beruft sich auf vermeintliche Spezialisten, welche dem Weißrussischen nach Schönheitskriterien wie Sprachmelodie, Stimmhaftigkeit der Konsonanten und Zahl der offenen Silben einen beachtlichen sechsten Platz unter den Sprachen der Welt zuerkannt hätten.[70] Polen, Letten, Ukrainer, Engländer und viele andere Ausländer, weiß Paznjak stolz zu berichten, begeisterten sich für den Wohlklang des Weißrussischen und hörten diese Sprache wie Musik. Ein litauischer Bekannter habe sich zunächst nur für die unbekannte (weißrussische) Sprache auf der Nudelverpackung interessiert, dann Weißrussisch gelernt und schreibe nun sogar Gedichte auf Weißrussisch. Eine lettische Literaturwissenschaftlerin ziehe die weißrussische Sprache „wie ein Magnet" nach Belarus'.

70 Die damit ausgedrückte Sympathie zur weißrussischen Sprache ist natürlich legitim, die Objektivierbarkeit der Kriterien, die Paznjak anführt, erscheint jedoch stark zweifelhaft.

Paznjak kommt dann auf eine seiner Kernthesen zurück: Es gibt keine hässlichen Sprachen auf der Welt, denn jede Sprache gibt einen Teil der unendlichen, vielgestaltigen Welt Gottes wider. In der Nationalsprache zeige sich der Nationalcharakter. Italienisch etwa sei die ideale Sprache des Belcanto. An der weißrussischen Sprache lobt Paznjak „Bildlichkeit" (*vobraznasc'*) und „Wohlgeformtheit" (*ëmkasc'*) der Wörter, Variantenreichtum von Aussprache und Schreibung sowie den Reichtum an Synonymen.[71] Die Schlussfolgerung aus dieser Argumentation liegt auf der Hand: Das Ziel, Sprachen zu erhalten, versteht sich wie das Ziel, Kulturdenkmäler zu bewahren, von selbst. Wer einer bedrohten Sprache seine Unterstützung verweigert, verhält sich demnach moralisch verwerflich. Dass Paznjak dabei den Reichtum an Varianten und Synonymen im Weißrussischen lobt, steht im Widerspruch zu seiner Polemik gegen die *Trasjanka*: Denn eine wichtige Ursache für die vielen Synonyme und Varianten ist der lang andauernde und enge Sprachkontakt des Weißrussischen mit den benachbarten russischen, polnischen und ukrainischen Varietäten. Während Paznjak die Resultate dieser Sprachmischung positiv bewertet, lehnt er die Sprachmischung in der *Trasjanka* ab.

Nach dem Lob für die Ästhetik des Weißrussischen begründet Paznjak seine Begeisterung zusätzlich mit dem Blick auf die Sprachgeschichte. Besonders wichtig ist ihm, den Ursprung der weißrussischen Sprache weit vor die Christianisierung der Rus' – und damit vor den Beginn der ostslavischen Schriftlichkeit – zu verlegen:

> Die weißrussische Sprache existiert schon lange, noch auf Stammesebene in der vorschriftlichen Periode. Nach Ansicht von Historikern hat es sie zumindest im sechsten Jahrhundert bereits gegeben. Aber in Wirklichkeit früher. Das versteht man, wenn man die Geschichte und authentische Folklore (vor allem Texte) analysiert.

Aus linguistischer Sicht gibt es für diesen Standpunkt keine Grundlage. Für den Zeitraum von spätestens dem 5. Jahrhundert v. Chr. bis etwa 700-800 n. Chr. nimmt die historische Slavistik das Urslavische an, dessen Spätzeit auch als gemeinslavische Phase bezeichnet wird (vgl. etwa TRUNTE 2003, 5). Zweifellos war diese Sprache dialektal nicht homogen. Da das spätere weißrussische Gebiet aber nördlich der weithin angenommenen Urheimat der Sla-

71 Paznjaks Charakterisierung des Weißrussischen ähnelt dem Diskurs über die deutsche Sprache gegen Ende des 19. Jahrhunderts, wobei das Sprachlob für das Deutsche eng mit dem Germanenmythos verknüpft war (näher dazu GARDT 2000).

ven[72] liegt, kann die Entwicklung von weißrussischen Spezifika des Dialektkontinuums erst nach der Expansion aus der Urheimat begonnen haben.

Für das Kirchenslavische, das Ende des 10. Jahrhunderts mit der byzantinischen Taufe Großfürst Vladimirs in die Rus' gelangte, verwendet Paznjak den Begriff „Altbulgarisch" (*starabalharskaja mova*). Die Christianisierung der Rus' nach byzantinischem Ritus markiert für ihn den Beginn nationaler Fremdherrschaft über Weißrussland. Denn das Altbulgarische war den Weißrussen Paznjak zufolge fremd, auch wenn es der „weißrussischen Sprache" in der Folgezeit angenähert wurde.[73] Es war demnach von Anfang an eine Totgeburt – ähnlich der Sprache der Oberschicht im Osmanischen Reich –, da ihm die Bindung an eine Ethnie fehlte. Das Eindringen des Altbulgarischen auf bereits volkssprachlich „entwickeltes" weißrussisches Territorium erscheint damit als Akt sprachlicher Gewalt. Indirekt legt Paznjak nahe, dass besser eine Schriftsprache auf ethnischer Grundlage die sozialen Funktionen erfüllt hätte, die ab Ende des 10. Jahrhunderts das „fremde" Altbulgarische übernahm. Dass zum damaligen Zeitpunkt keine hinreichend elaborierte schriftliche Volkssprache existierte, die eine solche Alternative zum Altbulgarischen/Kirchenslavischen hätte sein können, bleibt außerhalb von Paznjaks Argumentation.

Der aufgezwungene, imperiale Charakter des Altbulgarischen zeigte sich Paznjak zufolge besonders in der Renaissance. Die „tote" Sprache ohne Bindung an eine Ethnie wurde nach seiner Darstellung nur noch in offiziellen Texten der Orthodoxen Kirche verwendet, die damit zum Refugium des imperialen Geistes wurde.[74] Das „Altweißrussische" dagegen trat seinen Siegeszug im öffentlichen Leben des Großfürstentums Litauen an.

72 Die Mehrheitsmeinung in der Forschung ist, dass sich die slavische Urheimat nördlich der Karpaten, südlich der Prypjac'-Sümpfe und östlich der Weichsel, also grob gesagt auf dem Gebiet der heutigen Westukraine befunden haben muss. Einige polnische Wissenschaftler gehen von einem ursprünglich weiter westlich gelegenen Siedlungsgebiet aus (TRUNTE 2003, 5).

73 Dass auch aus verbreiteter slavistischer Sicht das frühe Kirchenslavische dem überwiegenden Teil der Ostslaven weitgehend unverständlich war, soll hier nicht bestritten werden. Im Einzelfall hing die Verständlichkeit sicherlich von der Rede bzw. Art des Diskurses ab.

74 Abgesehen von der polemischen Bezeichnung des Kirchenslavischen als „imperiale Sprache" liegt Paznjak in der Sache nicht ganz falsch, wenn er sich mit seiner Äußerung auf den sogenannten Zweiten Südslavischen Einfluss bezieht. Dieser vergrößerte bekanntermaßen durch eine Archaisierung den Abstand des Kirchenslavischen zum autochthonen Ostslavischen.

Paznjak kritisiert dann scharf den Standpunkt der sowjetischen Geschichtswissenschaft:[75]

> Hier sollte man festhalten, dass die sowjetrussischen chauvinistischen Historiker die altbulgarische Sprache „Altrussisch" genannt und darauf ganze antiwissenschaftliche Konzepte aufgebaut haben: vom mythischen „altrussischen Staat" (worunter sie die Kiever Rus' und die zeitweise von ihr abhängigen Territorien verstanden), von der „Entstehung" der Weißrussen, Ukrainer und Russen aus der mythischen „altrussischen Nationalität" und vom Beginn der weißrussischen Sprache ab dem 14. Jahrhundert sowie der weißrussischen Geschichte ab 1917.

Ziel dieser Konzepte sei gewesen, die vermeintliche Natürlichkeit der UdSSR, des russischen Kolonialismus und des russischen Anspruchs auf die Ukraine und Belarus' zu untermauern.

Paznjak kehrt dann wieder zur Schönheit der weißrussischen Sprache zurück, die bereits im Altweißrussischen angelegt gewesen sei. Als Gewährsmann dieser These führt er den Dichter Maksim Bahdanovič an. Dieser habe in einem russischen Gefängnis Texte „in der altweißrussischen Buchsprache" gelesen und sei aus Begeisterung zum großen Dichter geworden. Der Begriff „Buchsprache" (*knižnaja mova*), im Kontext des Altbulgarischen noch mit Leblosigkeit und Künstlichkeit konnotiert, verweist hier – im Kontext des Altweißrussischen – auf Wohlgeformtheit und Autorität der Sprache. Unerwähnt bleibt dabei, dass die meisten „altweißrussischen" Texte starke kirchenslavische Einflüsse aufweisen.

Paznjak kehrt anschließend noch einmal zur Entstehung von Nationalbewegungen und Nationalstaaten zurück. Er betont die Rolle der jeweiligen Sprachen im Kampf um nationale Ziele. Ohne auf die sprachgeschichtliche Periode nach der Verdrängung der weißruthenischen Kanzleisprache oder auf die geringe soziale Basis der weißrussischen Nationalbewegung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einzugehen, behauptet er, die weißrussische Geschichte illustriere gut den sprachlichen Prozess der Nationswerdung.[76] Pa-

75 Den Terminus „Altrussisch" (russisch *drevnerusskij*) schreibt Paznjak hier ausschließlich der sowjetischen Geschichts- und Sprachgeschichtsschreibung zu. Tatsächlich aber war er bereits zur Zarenzeit, später dann auch unter russischsprachigen Wissenschaftlern außerhalb der Sowjetunion verbreitet. Populär wurde „Altrussisch" diffus als Sprache des „alten Russland" verstanden, in dessen Tradition man das Zarenreich sah. Nur Spezialisten war bewusst, dass es sich um die Sprache der Rus' handelte, die stark kirchenslavisch geprägt war.

76 Die Abschnitte der Sprachgeschichte herunterzuspielen, die in Sprüngen verlaufen sind, ist eine Diskursstrategie, die auch für die Bildung von Mythen um andere Nationalsprachen

thetisch folgert er: „Die weißrussische Sprache – das sind wir." Aus dieser Feststellung leitet er einen Bestandsschutz ab:

> Die Sprache gehört allen Generationen der Nation, die bis jetzt gelebt haben, und die später leben werden. Niemand hat das Recht, auf zerstörerische Weise über das Schicksal der Nationalsprache zu verfügen (nur auf positive Weise), kein Mensch und keine Generation des Volkes.

Die Frage, ob und – wenn ja – in welchem Ausmaß das Weißrussische im öffentlichen Leben verwendet werden soll, ist demnach dem politischen Streit enthoben. Denn die Universalität der nationalen Perspektive liegt für Paznjak auf der Hand, und Sprache hat für die Nation gleichsam religiöse Bedeutung. Deshalb – und nicht nur, weil die weißrussischen Gesetze dies verbieten – sieht er es als unzulässig an, in einem Referendum über das Schicksal der weißrussischen Sprache zu entscheiden. Er betrachtet jedoch nicht allein die Machthaber in Belarus' als Verantwortliche für die schwierige Lage der weißrussischen Sprache:

> Nichts kann den Willen der Menschen besiegen, wenn er stark ist und wenn er überhaupt vorhanden ist. Aus dieser Perspektive sollte es keine Probleme der weißrussischen Sprache in Belarus' geben. Denn immer kann es so kommen, wie alle es wollen.

Außerhalb von Belarus' könne niemand verstehen, warum die Weißrussen ihre Sprache nicht benutzten. Auch diese Feststellung belegt, welche Allgemeingültigkeit Paznjak für die Sichtweise beansprucht, die einer Nation zwingend eine „eigene" Sprache zuordnet. Indem er es zu einer Frage der Willensstärke erklärt, ob die Weißrussen untereinander Weißrussisch sprechen, setzt er einen grundsätzlichen Konsens darüber voraus, dass die weißrussische Sprache in Belarus' dominieren sollte.

---

verbreitet ist. Solche Mythen zur Geschichte der russischen Sprache kritisiert – mitunter in polemischer Form – Isačenko (ISSATSCHENKO 1975).

3.2.3 Fazit: Paznjak und das „Reich des Bösen“

Die scharfe antisowjetische Position in Paznjaks Text „Die weißrussische Sprache“ ist nur vor dem biographischen Hintergrund des Autors angemessen zu bewerten. Leid und Unrecht, das die Familie zur Sowjetzeit erfahren hat, spielen eine zentrale Rolle – so die Verschleppung und Erschießung von Paznjaks Großvater sowie der Tod seines Vaters an der deutsch-sowjetischen Front. Weitere einschneidende Ereignisse in Paznjaks Leben kamen hinzu: Die Behinderung seiner wissenschaftlichen Karriere in der BSSR, die Entdeckung der Massengräber in Kurapaty und der Kampf um die Anerkennung seiner Forschungsergebnisse zu den Ausgrabungen, nicht zuletzt auch die Erfahrung physischer Gewalt, etwa als die Staatsmacht 1988 eine Großdemonstration zum Gedenken an die Stalinismusopfer auflöste.

Die Übergänge zwischen der Sowjetunion und Russland als „Mächte des Bösen“ sind in „Die weißrussische Sprache“ fließend. Paznjaks äußerst negatives Bild von Russland nach 1991 hat möglicherweise auch mit seiner eigenen politischen Rolle im unabhängigen Belarus’ zu tun: Als Entdecker der Gräber von Kurapaty galt er vielen Weißrussen als moralische Instanz und durfte auf eine wichtige Rolle im politischen Leben Weißrusslands hoffen. Die Präsidentenwahl 1994, bei der er nur 12,9% der Stimmen erhielt, der Gang ins Exil und die Spaltung des BNF drängten ihn jedoch immer mehr an den Rand des politischen Geschehens. Es lag aus seiner Sicht nahe, eine Verschwörungstheorie zu entwickeln, die dafür das Wirken Russlands verantwortlich macht. Dieses besteht für ihn im vermeintlich kulturverderbenden Einfluss auf die Weißrussen, im Einsatz der Geheimdienste und in der Unterstützung der Lukašėnka-Herrschaft.

Der politischen Opposition in Weißrussland ist oft vorgeworfen worden, zu viel über Sprache und Kultur zu diskutieren, dabei aber Wirtschaftsthemen zu vernachlässigen und deshalb bei den meisten Bürgern kaum Anklang zu finden (vgl. z. B. DYN’KO 2007). Paznjak hat 2001 als Exilpolitiker, der seinen geschwundenen Einfluss wieder vergrößern will, offenbar erkannt, dass er mit den Themen Sprache und Kultur nur dann Erfolg haben kann, wenn er sie in Bezug zu ökonomischem Wohlstand setzt. Belarus’ ist ihm zufolge nur dann wirtschaftlich unabhängig, wenn es auch sprachlich und kulturell unabhängig ist. Paznjak argumentiert dabei jedoch aus der Position des Geisteswissenschaftlers, der sich für intellektuell überlegen hält. Er stellt Weißrussen, denen die nationale „Wiedergeburt“ nicht wichtig ist, als kulturlos dar. Neben der mitunter schrillen Russophobie ist dieser Überlegenheitsgestus ein

wichtiger Grund, warum Paznjak nach dem Amtsantritt Lukašėnkas rasch seine Rolle als Vordenker der Opposition verlor.

3.3 Der Verteidiger sprachlicher Rechte: Aleh Trusaŭ, Vorsitzender der Gesellschaft für die weißrussische Sprache

Die Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva belaruskaj movy*, TBM) ist die wichtigste nichtstaatliche Organisation in Belarus', die sich für Schutz und Entwicklung der weißrussischen Sprache einsetzt. Aleh Trusaŭ, seit 1999 TBM-Vorsitzender, hat von den drei bisherigen Vorsitzenden die längste Amtszeit. In der öffentlichen Debatte um die weißrussische Sprache ist er einer der Diskutanten, die am häufigsten interviewt werden. Deshalb wird hier auch Trusaŭs Sicht auf das Verhältnis von Sprache und Nation in Belarus' analysiert. Grundlage der Analyse sind zwei Vorträge Trusaŭs, die in den Ausgaben der Zeitung *Naša Slova* vom 19.7.2000 und vom 10.1.2001 abgedruckt worden sind (TRUSAŬ 2000; TRUSAŬ 2001). In ihnen legt Trusaŭ dar, welche Rolle die weißrussische und die russische Sprache seiner Meinung nach für die Demokratisierung Weißrusslands gespielt haben und in Zukunft spielen können. Die Thesen des einen Textes, der sich mit der weißrussischen Sprache beschäftigt, trug Trusaŭ im Sommer 2000 auf dem vierten Kongress der Demokratischen Kräfte vor, einem Wahl- und Aktionsbündnis der wichtigsten Oppositionsparteien in Belarus'. Den zweiten Vortrag, in dem die russische Sprache im Mittelpunkt steht, hielt er auf dem dritten Kongress der Belarussisten. Für die Einordnung von Trusaŭs Thesen ist es erforderlich, zunächst einen Überblick über die Geschichte der Gesellschaft für die weißrussische Sprache und die Biographie Trusaŭs zu geben.

3.3.1 Die Gesellschaft für die weißrussische Sprache

Die Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva belaruskaj movy*) wurde im Juni 1989 in Minsk gegründet (CUMARAŬ 1994). Sie entstand damit kurz vor dem Zerfall der Sowjetunion, als weißrussische Intellektuelle immer eindringlicher nationale Forderungen erhoben. Zu diesen zählte auch der Erhalt der weißrussischen Sprache. Indem die KP Weißrusslands die Gründung des TBM zuließ, versuchte sie, die Forderungen der Verteidiger der weißrussischen Sprache in einer Organisation zu kanalisieren. Zu den Gründern des TBM gehörten staatliche und staatsnahe Institutionen wie das Kulturministerium, das Informationsministerium, der weißrussische Schriftstellerverband und die Institute für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Akademie der Wissenschaften. Als offiziell registrierte Massenorganisation

durfte der TBM Kandidaten zur Wahl des Obersten Sowjets aufstellen. Erster Vorsitzender wurde der Schriftsteller Nil Hilevič, der bis 1997 im Amt blieb. Neben ihm gehörten dem ersten Vorstand (Republikrat) des TBM weitere bekannte Schriftsteller und Intellektuelle wie Maksim Tank, Vasil' Bykaŭ, Zjanon Paznjak und Adam Mal'dzis an (PRA ARHANIZACYJU). Nachfolger von Nil Hilevič als TBM-Vorsitzender waren der Schriftsteller Henadz' Buraŭkin (1997 bis 1999) und Aleh Trusaŭ (seit 1999).

2008 waren neben Schriftstellern auch Wissenschaftler, Politiker, Pensionäre und Vertreter anderer Berufs- und Statusgruppen Vorstandsmitglieder des TBM. Zugleich war der Anteil der geisteswissenschaftlichen Intelligenz und der älteren Generation hoch (zur Zusammensetzung des Vorstands vgl. SPIS ASOB 2007). Seinem Statut von 2007 zufolge (STATUT 2007) ist der TBM eine in Kultur und Bildung tätige Massenorganisation von Bürgern, welche die weißrussische Sprache in Belarus' wiederauferstehen lassen und dadurch die gesamte weißrussische Nationalkultur zu neuem Leben erwecken wollen. Als seine Hauptziele gibt der TBM an, unter den Bürgern die Einstellung zur weißrussischen Sprache „wie zu einem nationalen Heiligtum" zu fördern, den Gebrauch des Weißrussischen auf alle Sphären des Lebens in Belarus' auszuweiten, für Entwicklung, Reinheit und Eigenständigkeit der weißrussischen Sprache Sorge zu tragen und ihr den realen Status einer Staatssprache zu sichern.

Die Organisation hatte nach eigenen Angaben 2001 etwa 9.000 aktive Mitglieder, die an 76 Orten in Belarus' und in wenigen Städten im Ausland wirkten (PRA ARHANIZACYJU). Innerhalb des TBM gab es 2001 acht Kommissionen. Deren Zuständigkeiten waren: Organisatorische Arbeit, das Bildungssystem, Terminologie, Sprachkultur und Orthographie, Toponymie und historische Symbolik, die audiovisuelle sprachliche Gestaltung des öffentlichen Raums, Auslandsbeziehungen und Verlagstätigkeit.

In den Jahren bis zum Amtsantritt von Staatspräsident Lukašėnka arbeitete der TBM eng mit dem Obersten Sowjet zusammen. Er war an der Ausarbeitung einiger wichtiger Rechtsakte beteiligt, die sprachlich-kulturelle Fragen betrafen, darunter das Sprachengesetz von 1990 (CUMARAŬ 1994). Unter Lukašėnka setzt sich der TBM im legalen Rahmen dafür ein, dass der Gebrauch des Weißrussischen im öffentlichen Leben von Belarus' ausgeweitet wird. 1999 protestierte der Verband gegen Verstöße bei der Erhebung der sprachbezogenen Daten in der Volkszählung (PRA ARHANIZACYJU). Ebenfalls 1999 begann eine Initiative zur Gründung einer weißrussischsprachigen Universität; dieses Engagement blieb allerdings erfolglos. Darüber hinaus setzt

sich der TBM zu Beginn jedes neuen Schuljahrs für weißrussischsprachige Klassen in den Schulen ein. 2005 rief er zum Boykott des damals neuen weißrussischen Programms der Deutschen Welle auf, da dieses ausschließlich auf Russisch gesendet werden sollte. Häufig appelliert der Verband außerdem an weißrussische und internationale Unternehmen, ihre Produktwerbung und Verpackungsinformationen auf Weißrussisch zu verfassen. 2009 erarbeitete der TBM ein Projekt für ein neues Sprachengesetz und leitete es an die Präsidialverwaltung weiter (TBM NAPRAVIT PROEKT). Hintergrund war, dass das Verfassungsgericht bereits 2003 das Sprachengesetz von 1998 für verfassungswidrig erklärt hatte, das Gesetz aber weiterhin in Kraft geblieben war (VALOŠYN 2010a).

3.3.2 Kurzbiographie Aleh Trusaŭs

Aleh Trusaŭ, dessen Nationalität als russisch angegeben wird, wurde 1954 in der Stadt Mscislaŭ geboren, die in der ostweißrussischen Region Mahilëŭ liegt (ANDROSIK et al. 2007, 206). Er schloss 1976 sein Studium an der Historischen Fakultät der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk ab. 1980 legte er seine Aspirantur am Institut für Geschichte der weißrussischen Akademie der Wissenschaften ab, 1981 verteidigte er seine Kandidaten-Abschlussarbeit zur monumentalen Architektur Weißrusslands im 11. bis 17. Jahrhundert (BAHUCKI 2006; TRUSOV 2003). Trusaŭ gehörte in der späten Sowjetzeit der KPdSU an. Von 1976 bis 1992 war er für das Belarussische Institut für Restaurationsprojekte tätig (vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen BAHUCKI 2006).

Für die weißrussische Sprache begann Trusaŭ sich nach eigenen Angaben während seiner Studienzeit zu interessieren, als Weißrussischsprecher als Nationalisten bezeichnet worden seien (NOCUŃ & BRZEZIECKI 2007a, 119). Nach der Lektüre weißrussischer Klassiker sei er 1982 dazu übergegangen, bei der Arbeit nur Weißrussisch zu sprechen, außer mit Russen und mit Personen, die kein Weißrussisch verstehen.

Im Oktober 1988 war Trusaŭ einer der Initiatoren der Bewegung „Weißrussische Volksfront „Wiedergeburt“ (*Belaruski Narodny Front „Adradžėnne“*, BNF). Im Juni 1989 wurde er auf der Gründungsversammlung des BNF in dessen Vorstand (*sojm*) gewählt. Trusaŭ war darüber hinaus einer der Mitbegründer der Gesellschaft für die weißrussische Sprache (*Tavarystva belaruskaj movy*, TBM). 1990, bei der ersten Parlamentswahl in Weißrussland, zu der auch Gegner der Kommunisten antraten, stellte der TBM Trusaŭ als Kandidaten auf. Trusaŭ zog in den Obersten Sowjet ein und schloss sich

der BNF-Opposition im Parlament an, deren stellvertretender Vorsitzender er wurde. Von 1990 bis 1995 war Trusaŭ zudem stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Kultur, Bildung und die Bewahrung des historischen Erbes.

Der BNF war von 1990 bis 1992 weniger eine Partei als eine gesellschaftliche Bewegung für die Unabhängigkeit Weißrusslands. Er umfasste damals sehr unterschiedliche politische Strömungen (MIRONOWICZ 2007, 294). Insofern ist es nicht ungewöhnlich, dass 1991 Trusaŭ zusammen mit anderen Aktivisten des BNF die Belarussische Sozialdemokratische Partei (*Belaruskaja sacyjal-dėmakratyčnaja Hramada*, BSDH) gründete (MIRONOWICZ 2007, 295). Die BSDH war als Mitte-Links-Partei konzipiert, die national gesinnte Aktivisten und Reformkommunisten zusammenbringen sollte. Sie sprach sich für ein unabhängiges Weißrussland aus, ließ aber die Möglichkeit einer Föderation mit anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion offen. Wirtschaftlich setzte sich die BSDH für eine vorsichtige, sozial abgefederte Privatisierung ein. 1991 wurde Trusaŭ zunächst stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Partei, 1993 dann Vorsitzender (BAHUCKI 2006; MIRONOWICZ 2007, 295). Die BSDH war die einzige Oppositionspartei außer dem BNF, die im ersten frei gewählten Obersten Sowjet eine eigene Fraktion stellte (BAHUCKI 2006).

Trusaŭ zählt zu den Abgeordneten, die sich ab 1994 dem autoritären Kurs Lukašėnkas widersetzten. Er beteiligte sich 1995 aus Protest gegen das Referendum über die Staatssprachen und Staatssymbolik an dem Hungerstreik und der Besetzung des Parlamentsgebäudes, die von Sondereinheiten des Präsidenten gewaltsam beendet wurde. Bei den Neuwahlen zum Obersten Sowjet 1995-1996 gewann Trusaŭ dreimal die erste Runde, die zweite Runde wurde jedoch jedes Mal von der Exekutive gestoppt.

1995 stritt sich die BSDH-Führung über die Ausrichtung der Partei. Trusaŭs Gegner warfen ihm zu enge Anlehnung an das BNF-Lager vor und setzten ihn mit knapper Mehrheit als Vorsitzenden ab. Er bildete daraufhin mit einigen seiner Anhänger eine innerparteiliche Fraktion. 1996 unterstützte er das damals geplante Amtsenthebungsverfahren gegen Lukašėnka. 1997 löste das Justizministerium auf Gesuch der neuen BSDH-Führung die Partei auf. Um angesichts der zunehmenden politischen Repressionen schlagkräftiger zu werden, vereinigte sich die BDSH mit einer anderen Gruppierung (BAHUCKI 2006; VON STEINSDORFF 2010, 509). Trusaŭ leitete jedoch kurz darauf die Neugründung der BSDH ein (BAHUCKI 2006). Er wurde 1998 zum Stellvertreter des neuen Vorsitzenden, Stanislaŭ Šuškevič, gewählt und hatte

diese Position bis 1999 inne. Etwa einen Monat nach seiner Wahl musste er aufgrund von politischem Druck seinen Posten als Dekan an der Belarussischen Kulturuniversität in Minsk aufgeben, den er seit 1996 bekleidet hatte.

Von 2005 bis 2007 war Trusaŭ erneut stellvertretender Vorsitzender der BSDH (ANDROSIK et al. 2007, 206). Er beteiligte sich an der Arbeit eines Konsultationsrates bei der Präsidialverwaltung; der Konsultationsrat war im Januar 2009 gegründet worden (RACHLEJ 2010). Als einziges Gremium, dem sowohl Regimevertreter als auch -gegner angehörten, galt er zeitweise als Signal einer gewissen Liberalisierung.

Seit 1995 ist Trusaŭ als Archäologe und Architekturhistoriker an der Belarussischen Kulturuniversität in Minsk tätig.

3.3.3 Sprache und Demokratie I: Die Rolle der weißrussischen Sprache

Der Text „Die Rolle der weißrussischen Sprache bei der Demokratisierung unserer Gesellschaft“ (TRUSAŬ 2000) besteht aus drei Sinneinheiten. Zunächst legt Trusaŭ seine Sicht der Geschichte, darunter der Sprachgeschichte, Weißrusslands dar. Dann schildert er Entstehung, Tätigkeit und aktuelle Forderungen des TBM, den er bei seinem Vortrag vor dem Kongress Demokratischer Kräfte vertritt. Zum Abschluss begründet er, warum aus seiner Sicht die weißrussische Sprache für eine zukünftige Demokratisierung von Belarus’ wichtig ist.

Trusaŭ beginnt seinen Essay mit der Feststellung, die Ursprünge der weißrussischen Sprache reichten bis in vorchristliche Zeit zurück. Ihm zufolge ist die weißrussische Ethnie durch engen Kontakt von Balten mit slavischen Stämmen entstanden, die im siebten bis neunten Jahrhundert ins heutige Weißrussland gelangt seien. Die Slaven haben dann Trusaŭ zufolge die gemeinsame Sprache geprägt:

> Da die Slaven eine höhere Kultur hatten als die lokale Bevölkerung, und da es viele von ihnen gab, begann in der protoweißrussischen Sprache das ostslavische Element in seiner lokalen Kryvičen-Färbung zu dominieren. Und das ist kein Wunder, denn der slavische Verband der Kryvičen war auch im 10. und 11. Jahrhundert der stärkste.

Indem Trusaŭ gleich am Anfang des Textes betont, wie weit die Ursprünge des Weißrussischen seiner Meinung nach zurückreichen, legitimiert er die Sprache historisch als Marker der weißrussischen Identität. Diese Identität ist für ihn zwar eine slavo-baltische, doch unterstreicht er die Überlegenheit des slavischen Anteils an der entstehenden weißrussischen Kultur. Die vermeintlich hohe Kultur der Kryvičen und die „protoweißrussische“ Sprache bilden für Trusaŭ dabei ein Merkmalbündel. Ab dem 10. Jahrhundert kommt zu die-

sem Merkmalbündel Religion hinzu, als sich das byzantinische Christentum in Weißrussland verbreitet.

Trusaŭ legt dann dar, warum die Kryvičen seiner Meinung nach eine so große Bedeutung für die politische und kulturelle Entwicklung der Ostslaven hatten: Neben Polack gründeten sie auch die – heute zu Russland gehörenden – Städte Smolensk und Pskov. Am bedeutendsten sei aber lange Zeit Polack gewesen. Dies begründet Trusaŭ kulturell: Die Polacker Sophienkathedrale sei die bedeutendste im Land gewesen, mit einer Bibliothek, die Grundstein für die altweißrussische Literatur geworden sei. Auch nach dem 10. und 11. Jahrhundert geht für Trusaŭ die Erfolgsgeschichte der protoweißrussischen Gebiete weiter: Turaŭ und Smolensk seien zu neuen Machtzentren geworden, gleichzeitig sei die slavische Kolonisierung der ursprünglich baltischen Territorien weitergegangen. Das heute litauische Wilna sei mit dem Namen „Kryvičenstadt“ (weißruss. *Kryvič-horad*) gegründet worden. Eine besondere Rolle spielten Trusaŭ zufolge die ostslavischen Gelehrten Eŭfrasinnja Polackaja und Kiryla Turaŭski:

> Im 12. Jahrhundert leisteten in Weißrussland zwei große ostslavische Aufklärer fruchtbare Arbeit – Eŭfrasinnja Polackaja und Kiryla Turaŭski. Sie setzten dabei die Traditionen von Kyrill und Method, den ersten gesamtslavischen Aufklärern, fort. Auf Grundlage des von ihnen geschaffenen kyrillischen Alphabets und der altkirchenslavischen Sprache entstand auch die altweißrussische Sprache, die schon damals solche ihr eigentümlichen Besonderheiten wie das „dzėkanne“ und „cėkanne“ hatte.

Als in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts aus den Chroniken die Stämme der Kryvičen, Dryhavičen und Radzimičen verschwinden, beginnt für Trusaŭ die Geschichte der protoweißrussischen Bevölkerung und der altweißrussischen Literatursprache. Diese wurde Trusaŭ zufolge außer von den Slaven nicht nur von den Balten, sondern auch von ausländischen Händlern verwendet. Die weißrussischen Territorien hätten über die Hanse in engen Handelsbeziehungen mit dem Westen gestanden. Das Kulturniveau sei hoch gewesen, da in Smolensk sowohl westliche als auch byzantinische Gelehrte tätig gewesen seien.

Dass Weißrussland dann sein hohes Kultur- und Sprachniveau gehalten habe, führt Trusaŭ darauf zurück, dass die Gebiete kaum vom „Mongolensturm“ betroffen gewesen seien. Er fügt somit auch hier Sprache und Kultur zu einem Merkmalbündel zusammen. Im Großfürstentum Litauen, einem „weißrussisch-litauischen Staat“, sowie dem benachbarten Smolensk sei Altweißrussisch Staatssprache und Sprache der interethnischen Kommunikation

zwischen Weißrussen, Litauern, Juden, Deutschen, Polen und Tataren gewesen. Auch darüber hinaus sei es verwendet worden:

> Im Großfürstentum Litauen, in dem ab dem 14. Jahrhundert die Stadt Wilna Hauptstadt war, wurde das Altweißrussische nicht nur Staatssprache, sondern allmählich – zusammen mit Latein und Oberdeutsch – Sprache der zwischenstaatlichen Beziehungen, die auch andere Nachbarländer in ihrer zwischenstaatlichen Korrespondenz benutzten, zum Beispiel das Fürstentum der Walachei (das heutige Moldawien).[77]

Unabhängig davon, inwieweit diese Darstellung zutrifft, erfüllt sie eine wichtige Funktion für die aktuelle Debatte um die Rolle des Weißrussischen: Trusaŭ tritt hier mit historischen Argumenten zum einen der Ansicht entgegen, das Weißrussische sei eine junge, traditionslose Sprache. Von Mitte des 13. bis Mitte des 17. Jahrhunderts hat sich ihm zufolge die altweißrussische Sprache zu einem entscheidenden Faktor protonationalen Selbstbewusstseins entwickelt. Als bedeutenden Einschnitt sieht Trusaŭ dafür auch die Verabschiedung des Litauischen Statuts (1588), nach der die Weißrussen eine Rechtssammlung in ihrer eigenen Sprache gehabt hätten. Zum anderen setzt er dem Bild vom Weißrussischen als Waffe der Nationalisten entgegen, dass die Sprache im Großfürstentum Litauen Mittel des Austauschs über ethnische Grenzen hinweg gewesen sei.

Trusaŭ schildert dann, wie aus seiner Sicht äußere Gegner die weißrussische Sprache und Kultur beinahe zugrunde gerichtet hätten. Im Krieg des Großfürstentums Litauen gegen Moskau (1654-1667) habe der Feind im Osten die gebildete Schicht der Weißrussen getötet oder verschleppt. Damit begann für Trusaŭ der Niedergang der weißrussischen Sprache:

> Die ungebildete Landbevölkerung, die sich gerettet hatte, war nicht mehr in der Lage, die Literatursprache zu bewahren, und zur Staatssprache des Großfürstentums Litauen wird allmählich das Polnische. Nach der Eroberung der weißrussischen Gebiete durch Russland, insbesondere nach der Niederschlagung der Aufstände von 1830-1831 und 1863-1864, wird die Polonisierung in Belarus' durch eine totale Russifizierung ersetzt, und die weißrussische Sprache in ihrer literatursprachlichen Form ist praktisch bis 1905 verboten.

77 Die Gleichsetzung des Fürstentums Walachei mit dem heutigen Moldawien ist historisch nicht korrekt. In Wahrheit ging Moldawien in territorialer Hinsicht aus dem Ostteil des ehemaligen Fürstentums Moldau hervor. Die Walachei (Südrumänien) und Moldau (Nordostrumänien) waren vom Mittelalter bis zur Einigung Rumäniens im Jahr 1861 zwei getrennte Fürstentümer.

Trusaŭ stellt die Gründe für den Verfall des Weißruthenischen, das er „Altweißrussisch“ nennt, vereinfacht dar. Das Litauische Statut von 1588 machte zwar tatsächlich rechtlich das Weißruthenische zur Sprache des offiziellen Schriftverkehrs im Großfürstentum (nachdem es diese Funktion faktisch bereits über Jahrhunderte erfüllt hatte). Dieser Schritt war, wie Dingley vermutet, ein Beschwichtigungsversuch gegenüber dem Teil des Adels in Litauen, der auch nach der Lubliner Union von 1569 noch bemüht war, die Unabhängigkeit des litauischen Reichsteils gegenüber Polen zu erhalten (DINGLEY 2001, 443). Doch war schon damals die Dominanz der weißruthenischen Kanzleisprache nicht so eindeutig, wie dies Trusaŭ nahelegt. So gab es etwa auch einflussreiche Adlige im litauischen Reichsteil, welche die polnische Krone um Erlaubnis baten, in offiziellen Dokumenten Latein oder Polnisch zu verwenden (DINGLEY 2001, 442f.). Im 17. Jahrhundert schließlich galten Polnisch und Latein zunehmend als Tore zur attraktiven westlichen Kultur (vgl. DINGLEY 2001, 443), während das Kirchenslavische als Sprache für die Verteidiger der Orthodoxie nach der Brester Union (1596) wieder an Boden gewann (DINGLEY 2001, 444). Alles deutet darauf hin, dass sich im offiziellen Schriftverkehr des Großfürstentums Litauen im 17. Jahrhundert eine Zweisprachigkeit von Polnisch einerseits und zunehmend polonisiertem Weißruthenisch andererseits herausbildete, die das Weißruthenische schließlich überflüssig machte (vgl. DINGLEY 2001, 445). Die Verschleppung und Tötung weiter Teile der Intelligenz im Krieg mit Moskau kam als weiterer Faktor hinzu, der die weißruthenische Kanzleisprache schwächte, ist aber nicht der einzige Grund für deren Bedeutungsverlust.

„Kriege, Revolutionen, Repressionen und Teilungen des ethnisch weißrussischen Territoriums“ hielten die Patrioten nach Trusaŭs Darstellung in der Folgezeit nicht davon ab, für „Wiedergeburt, Schaffung und Entwicklung der neuweißrussischen Sprache und Literatur“ zu kämpfen. In dieser Zusammenfassung, die Trusaŭ für die Zeit vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur späten BSSR liefert, wird erneut deutlich, dass er die weißrussische Sprache als wichtigsten Identitätsmarker der Nation ansieht. Die Sprachgeschichte ist für ihn untrennbar mit der politischen Geschichte verbunden, Sprache ein Schlachtfeld des politischen Kampfes. Darin stehen sich die Regierungen des Zarenreichs, der Sowjetunion und Polens auf der einen Seite, die weißrussische Nation auf der anderen gegenüber. Gegen die Unterdrückung der Sprache, die Trusaŭ zugleich als Unterdrückung der Nation versteht, nehmen die Weißrussen ihm zufolge ein natürliches Widerstandsrecht in Anspruch.

In den Kontext dieses Kampfes führt Trusaŭ den TBM als Thema ein. Vertreter unterschiedlicher Nationalitäten, politischer Ansichten und Konfessionen hätten sich in dieser Organisation vereinigt, die Trusaŭ zufolge somit keine aggressiv nationalistische ist. Dass der TBM vertrauenswürdig sei, bemüht sich Trusaŭ auch zu belegen, indem er schildert, wie der TBM in der ersten Hälfte der 1990er Jahre politische Verantwortung übernommen habe: Er habe am Sprachengesetz mitgearbeitet, dessen Einhaltung überwacht sowie ein Staatsprogramm zur Unterstützung des Weißrussischen und der Sprachen anderer Nationalitäten entworfen. Trusaŭ zufolge ist der TBM somit eine pluralistische, verantwortungsvolle und einflussreiche Organisation. Den Einsatz des TBM für eine rein weißrussischsprachige Universität beschreibt Trusaŭ als Kampf um eine „weißrussische nationale Universität". Er verknüpft damit Sprache als Medium der Bildung mit national-patriotischen Inhalten dieser Bildung, die nach seiner Ansicht vermittelt werden sollten.

Trusaŭ versucht dann nachzuweisen, dass sich die Arbeit des TBM bereits ausgezahlt hat. Er bezeichnet die Ergebnisse der Volkszählung von 1999 als „Sieg". Denn mehr als 86 Prozent der Befragten weißrussischer Nationalität hätten Weißrussisch als ihre Muttersprache angegeben. Selbst auf die „provokative" Frage, in welcher Sprache sie zu Hause sprächen, hätten immerhin so viele Bürger wie die Gesamtbevölkerung Litauens Weißrussisch angegeben. Dies und die Tatsache, dass auch Angehörige der nationalen Minderheiten in Belarus' Weißrussisch als Alltagssprache angegeben hätten, wertet Trusaŭ als zwingendes Argument für eine weißrussischsprachige Belarus':

> Diese Zahlen [der Anteil der Weißrussischsprecher in der Sprachstatistik, Anm. MB] sind die reale Wählerschaft aller demokratischen Kräfte von Belarus' bei demokratischen Wahlen. Deshalb gehen die Zeiten der „russischsprachigen" Demokraten – der Anhänger der Perestrojka Gorbačevs – dem Ende entgegen.

Trusaŭ zufolge ist es also ein Zeichen für demokratische Gesinnung und politische Orientierung nach Westen, wenn Bürger bei der Volkszählung das Weißrussische als Sprache angeben, die sie im Alltag verwenden. Diese Annahme ist jedoch aus zwei Gründen problematisch. Zum einen kann die *erklärte* Verwendung des Weißrussischen mit ganz unterschiedlichen *tatsächlichen* Sprachverwendungen korrelieren – in einer Bandbreite von nahezu hochsprachlichem Weißrussisch über dialektales Weißrussisch, unterschiedliche Ausprägungen der *Trasjanka* bis hin zum weißrussischen Natiolekt des Russischen. Zum anderen klammert Trusaŭ wichtige soziale Faktoren wie Bildung, Status, Stadt-Land-Gegensatz, Alter etc. aus. Insbesondere Erhe-

bungen des Wilnaer Instituts NISĖPD, die solche Differenzierungen vornehmen, geben Anlass, nur mit größter Vorsicht von Sprachdeklarationen auf politische Präferenzen zu schließen.[78]

Trusaŭ stellt dann im Namen des TBM Anforderungen an die weißrussische Wahlgesetzgebung: Jeder, der sich zu einer Wahl stelle, müsse die Sprache der Titularnation von Belarus' nicht nur kennen, sondern auch frei während der Wahlkampagne benutzen. Wenn der Staat den Druck von Wahlkampfmaterial bezahle, müsse er darauf achten, dass dieses auch in der Sprache der Titularnation erscheine. Vom Thema Sprache im Wahlkampf wechselt Trusaŭ dann zum Namen des Parlaments: Keine *Palata* 'Kammer', *Palatka* 'Kämmerchen' und kein *Savet* 'Rat' dürfe das weißrussische Parlament sein, sondern es müsse – „wie vor einer Ewigkeit" – *Sojm* heißen. Alle anderen Bezeichnungen hält Trusaŭ für unhistorisch und dem heutigen Nationalstaat Belarus' unangemessen. Dann attackiert er den sprachlich indifferenten Teil der Anti-Lukašėnka-Opposition:

> Die „allgemeinen Demokraten", die den Westen mit dem „weißrussischen Nationalismus" erschrecken und dort nicht geringe Fördermittel für ihre russischsprachigen Seminare, Universitäten, Zeitungen und Flugblätter erbitten, erinnere ich, dass eine wirkliche Unabhängigkeit Weißrusslands nicht zu erreichen ist, wenn man bei Wahlen nur [Hervorhebung im Original, Anm. MB] die russische Sprache benutzt.

Russischsprachige Oppositionelle gehörten auch zum Bündnis demokratischer Kräfte, vor dem Trusaŭ die hier analysierte Rede hielt. Indem er sie geringschätzig als „allgemeine Demokraten" bezeichnet, greift er sie für ihre vermeintliche Prinzipienlosigkeit in der nationalen Frage an. Die Prinzipienlosigkeit macht Trusaŭ an der Verwendung der russischen Sprache fest. In der Konkurrenz oppositioneller Organisationen um westliche Fördermittel macht er somit Sprache zum Maßstab dafür, wie legitim diese Ansprüche sind. Der Vorrang einer nationalen Perspektive auf die politischen Verhältnisse in Belarus' versteht sich für ihn von selbst.

Prinzipienlosigkeit und Opportunismus der russischsprachigen Lukašėnka-Gegner bestehen Trusaŭ zufolge nicht nur darin, dass sie um des eigenen Vorteils willen die national gesinnten Kräfte bei westlichen Geldgebern dis-

78 Zu diesem Thema vgl. zwei Beiträge in der Kulturzeitschrift *Arche*. Während der Radiojournalist Jury Drakachrust auf der Basis von NISĖPD-Erhebungen die Russischsprachigen in Belarus' als die eigentlichen Anhänger von Demokratie und Westorientierung des Landes darstellte, zweifelte *Arche*-Chefredakteur Valer Bulhakaŭ diesen Befund an (DRAKACHRUST 2004; BULHAKAŬ 2004).

kreditieren. Er bringt zusätzlich noch einen viel schwerer wiegenden Vorwurf vor: So unterstützten die Russischsprachigen nach Trusaŭs Darstellung zunächst die Politik Lukašėnkas und wechselten erst ins Lager der Opposition, als dieser sie nicht an der Macht beteiligen wollte. Trusaŭ stellt es als unerhört dar, dass diese Politiker nun die Führung in der Opposition beanspruchten:

> Ihre Auftritte [am Anfang von Lukašėnkas Amtszeit, Anm. MB], verehrte „gospoda“[79], sind in den Zeitungsveröffentlichungen und Stenogrammen festgehalten, und die 37 Prozent, die bei der Volkszählung das Weißrussische unterstützt haben, werden niemals mehr für Sie stimmen, unabhängig von Ihren freundschaftlichen Beziehungen mit Javlinskij, Nemcov und Čubajs.[80] Für einen Sieg braucht man nicht 100 Prozent der Wählerstimmen zu haben, sondern nur 50,1. In dieser Zahl ist der *Schlüsselanteil* [Hervorhebung im Original, Anm. MB] von 37 Prozent inbegriffen.

Mit dem Verweis darauf, dass 37 Prozent ein bedeutender Wähleranteil seien, tritt Trusaŭ dem Argument entgegen, man müsse den Wahlkampf auf Russisch betreiben, da man nur auf Russisch alle Wähler erreiche. Dass bei der Volkszählung nahezu 37 Prozent[81] der Bürger Weißrussisch als Alltagssprache angegeben haben, bringt Trusaŭ dann noch mit Wohlstand, Unabhängigkeit und Demokratie in einer zukünftigen Belarus’ in Verbindung. Insgesamt wertet er das Bekenntnis zum Weißrussischen in Lukašėnkas Belarus’ als Zeichen für Mut zu politischem Widerstand, Zugehörigkeit zum demokratischen Lager und den Wunsch nach wirklicher Unabhängigkeit des Landes.

Der Text endet mit einem Vergleich mit anderen Nationen. Trusaŭ zufolge gelingt jeder Nation die „Wiedergeburt“ auf andere Weise – den Tschechen durch das Theater, den Esten durch das nationale Liedgut. Den Weißrussen ist es nach Ansicht Trusaŭs vorherbestimmt, ihre nationale Unabhängigkeit einzuleiten, indem sie ihre Nationalsprache verwenden. Sprache und Politik sind für ihn somit auch in Zukunft ein Merkmalbündel, das analytisch nicht zu trennen ist. Das Ziel der nationalen Entwicklung gibt Trusaŭ mit zwei bekannten Allegorien an:

> Die Ausweitung der weißrussischen Sprache in allen Sphären des gesellschaftlichen und politischen Lebens wird das schlagendste Bei-

79 Das russische Wort, das auf Deutsch „Herren“ bedeutet, ist in den ansonsten weißrussischsprachigen Redetext eingefügt.

80 Grigorij Javlinskij, Boris Nemcov und Anatolij Čubajs waren damals führende russische Reformpolitiker.

81 Genau sind es 36,7 Prozent, vgl. die Angaben des weißrussischen Ministeriums für Statistik und Analyse (PEREPIS’ 1999).

> spiel dafür sein, dass Belarus' sich aus der Umklammerung des „benachbarten Bären" gelöst hat und in Gänze ins Europäische Haus zurückgekehrt ist.

Die Allegorie des russischen Bären schließt die Vorstellung ein, dass der russische Einfluss auf Weißrussland stets von Gewalt geprägt gewesen ist. Die Allegorie vom Europäischen Haus und die Rede von der Rückkehr in dieses Haus schreibt Westeuropa zu, zivilisatorische Heimat der weißrussischen Nation zu sein und ihr Schutz vor der Gewalt des aggressiven Nachbarn zu bieten. Ein unabhängiges, wohlhabendes, demokratisches und nach Westen orientiertes Weißrussland ist für Trusaŭ ein Ziel, das Zivilreligion der Weißrussen sein sollte.

3.3.4 Sprache und Demokratie II: Die Rolle der russischen Sprache

Auch der Vortrag „Die Rolle der russischen Sprache bei der Demokratisierung in Belarus'" (TRUSAŬ 2001), den Trusaŭ auf dem dritten Belarussistenkongress gehalten hat, lässt sich in drei Teile gliedern: Zunächst begründet er Thema und Inhalt seines Vortrags, dann blickt er auf die Geschichte der russischen und weißrussischen Sprache zurück, um schließlich Forderungen an die Sprachpolitik zu stellen. Trusaŭ bedauert zunächst den Grund, der ihn veranlasst, einen Vortrag zum gewählten Thema zu halten – die Auswirkungen der Volksabstimmung über die Staatssprachen:

> Nach dem zu trauriger Berühmtheit gelangten Referendum von 1995 ist die russische Sprache erneut – zum wievielten Mal bereits – Staatssprache in Belarus' geworden. Ungeachtet der formalen Gleichheit mit der weißrussischen Sprache, hat sie sofort begonnen, diese aus verschiedenen Sphären des Gebrauchs zu verdrängen, vor allem aus der Sphäre der Bildung und der Massenmedien.

Nach Trusaŭs Darstellung hat die weißrussische Intelligenz heftig, aber vergeblich gegen diese Politik protestiert. Mit der weißrussischen Intelligenz meint er die weißrussischsprachige Intelligenz. Um zu erkennen, wie schädlich die starke Stellung des Russischen für die weißrussische Gesellschaft ist, muss man Trusaŭ zufolge die Geschichte der russischen Sprache und deren Einfluss auf die Mentalität der Einwohner Weißrusslands gut kennen. Sprache und Mentalität bilden ihm zufolge somit ein Merkmalbündel, das auf die Identität einer Nation einwirkt. Der TBM-Vorsitzende geht dabei davon aus, dass sich nationale Mentalitäten nur sehr langfristig verändern lassen.

Trusaŭ beginnt dann seinen Rückblick auf die Sprachgeschichte. Dazu zitiert er das autoritative Nachschlagewerk *Belaruskaja mova* (MICHNEVIČ et al. 1994), das ein Redaktionskollektiv unter Leitung des namhaften Belarus-

sisten Arnol'd Michnevič 1994 herausgegeben hat. Die Enzyklopädie enthält auch einen Artikel zur russischen Sprache (NIKALAEVA 1994), auf den Trusaŭ sich bezieht. Dem Artikel zufolge entstanden nach dem Zerfall der urslavischen „ethnosprachlichen Einheit" drei Gruppen verwandter Sprachen – das Südslavische, das Westslavische und das Ostslavische. Trusaŭ empört sich darüber, dass der Enzyklopädie-Beitrag der südslavischen und westslavischen Sprachgruppe in Klammern die heutigen Ethnonyme zuweist (Polen, Tschechen, Bulgaren, Slowenen usw.), während er der ostslavischen Sprachgruppe das „altrussische Volkstum"[82] zuordnet. Für Trusaŭ ist die Rede von einem altrussischen Volkstum ein vom „Russischen Imperium" aufgezwungener, pseudowissenschaftlicher Mythos. Diese Ansicht begründet er nicht mit historischen Fakten, sondern mit der Forderung nach historischer Gerechtigkeit: Da niemand die Polen oder Slowaken in ein altwestslavisches Volkstum zwingt, genauso wenig die Serben, Mazedonier und andere in ein altsüdslavisches Volkstum, ist es Trusaŭ zufolge ungerecht, den Weißrussen und Ukrainern eine Frühgeschichte als „Altrussen" aufzuerlegen. Gleichzeitig erklärt er die heutige Aufteilung der Slavia in Nationen zu einer gleichsam natürlichen Diskontinuität, die sich schon in der slavischen Frühgeschichte abgezeichnet haben muss.

Er fordert die weißrussischen Historiker auf, sich ein Beispiel an ihren ukrainischen Kollegen zu nehmen, die diesen Mythos bereits verworfen hätten. Trusaŭ lehnt somit die Vorstellung von einem altrussischen Volkstum ab, weil sie die Gemeinsamkeit der weißrussischen mit der russischen Geschichte betont und es damit schwierig macht, eine von Russland unabhängige weißrussische Identität herzuleiten. Eine Identität zu schaffen, die von der russischen deutlich verschieden ist, hat für Trusaŭ den Rang einer Zivilreligion der Weißrussen. Zugleich geht er davon aus, dass die Abgrenzung von Sprachen untrennbar mit der Abgrenzung von Nationalitäten verknüpft ist. Damit vereinfacht er – ebenso wie der Enzyklopädie-Artikel – die Sprachenverhältnisse in der Kiever Rus'. Nach heutigem Forschungsstand ist von einem ostslavischen Dialektkontinuum in der Rus' auszugehen. Für dieses war eine Diglossie charakteristisch, in der das Kirchenslavische H-Varietät

82 Der im weißrussischsprachigen Original verwendete Begriff der *staražytnaruskaja narodnasc'* lässt sich auf Deutsch mit „altrussisches Volkstum" nur unpräzise wiedergeben, da das deutsche Adjektiv „russisch" ausschließlich auf das russische Ethnos oder die russische Nation abhebt. Das entsprechende weißrussischsprachige Adjektiv dagegen ist doppeldeutig und kann sich sowohl auf das russische Ethnos/die russische Nation als auch auf die Rus' beziehen.

war, die lokalen Varianten des Ostslavischen dagegen als L-Varietäten gebraucht wurden.[83]

Trusaŭ zweifelt auch die Behauptung des Enzyklopädie-Artikels an, die „altrussische" Sprache habe bereits vom 7. bis zum 14. Jahrhundert existiert. Für ihn kann dies deshalb nicht sein, weil dann die finno-ugrischen Stämme, die bis zum 11.-12. Jahrhundert die ethnisch russischen Gebiete besiedelt hätten, Ostslavisch gesprochen hätten. Als fragwürdig bezeichnet er außerdem eine weitere These des Beitrags:

> Laut der Enzyklopädie entstanden die weißrussische, ukrainische und russische Sprache gleichzeitig im 15. Jahrhundert, aber schlagende Beweise dafür werden dort nicht geliefert, weil es sie aller Wahrscheinlichkeit nach ganz einfach nicht gibt. Diese Frage aber erfordert ernsthafte Untersuchungen, denn vom 14. bis ins 16. Jahrhundert lebten die Weißrussen mit den Ukrainern gemeinsam in einem einzigen Staat – dem Großfürstentums Litauen –, weshalb ihre Sprachen sich nicht genauso entwickeln konnten wie die russische im Moskauer Fürstentum, dem einstigen Vasall der Goldenen Horde.

In dem Zitat wird keine Differenzierung vorgenommen, wie sie das Modell von Dachsprachen[84] und überdachten Varietäten erlaubt (dessen mögliche Unkenntnis Trusaŭ als Nicht-Linguisten nicht vorzuwerfen ist); statt dessen ist ganz allgemein von Russisch, Ukrainisch und Weißrussisch die Rede. Um kein schlechtes Licht auf die Entstehung des Russischen zu werfen, verschweigt die Enzyklopädie nach Ansicht Trusaŭs neben der staatlichen Trennung von „Weißrussisch" und „Ukrainisch" einerseits, „Russisch" andererseits auch eine weitere Tatsache: Moskau habe mit Gewalt die eigenständige Entwicklung der Sprachen beendet, welche die Ethnien von Novgorod und Pskov verwendet hätten. Indem Trusaŭ hier betont, dass die Geschichte des Russischen mit Gewalt beginne, bereitet er die Basis für seine Sicht des Russischen als Sprache imperialer Aggression. Die Entwicklung von Sprache sieht er völlig abhängig von der politischen Entwicklung: Unter der Oberherrschaft der Goldenen Horde konnte sich das „Russische" nicht entfalten,

---

83 Vgl. für dieses Modell USPENSKIJ (1994). Allerdings hebt selbst Uspenskij in seiner insgesamt überzeugenden Darstellung auf das volkssprachliche Ostslavische mit der Nomination *russkij jazyk* ab. Ähnliches gilt wohl für die bei weitem überwiegende Zahl von Darstellungen der ostslavischen Sprachgeschichte in russischer Sprache, sei es von russischen oder von weißrussischen bzw. ukrainischen Linguisten und Historikern. Das von Trusaŭ zitierte „Negativbeispiel" ist somit alles andere als singulär.

84 Als Urheber dieses Modells gilt Heinz Kloss (vgl. etwa KLOSS 1952, 21); näher zur Geschichte des Begriffs „Dachsprache" MULJAČIĆ (1989).

und um es zu vereinheitlichen, musste Moskau zuerst Novgorod und Pskov unterwerfen.

Die weißrussische Sprache und die weißrussische Ethnie müssen Trusaŭ zufolge erheblich früher als die russische Sprache und die russische Ethnie existiert haben. Seine Begründung ist, dass im 16. Jahrhundert bereits weißrussischsprachige Bücher gedruckt worden seien. Trusaŭ nimmt an, dass die weißrussische Sprache und die weißrussische Ethnie im 12.-13. Jahrhundert entstanden seien, und begründet dies wie in seinem Text zur Demokratisierung durch das Weißrussische: Damals seien die Stammesbezeichnungen der Kryvičen, Dryhavičen und Radzimičen aus den Chroniken verschwunden. Danach begann Trusaŭ zufolge der unaufhaltsame Aufschwung der weißrussischen Sprache: Das Weißrussische sei schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts offizielle Sprache des Großfürstentums Litauen, im 15. Jahrhundert gar „Sprache der Beziehungen zwischen den Nationalitäten" geworden. Für Trusaŭ hat somit das Weißrussische lange vor dem Russischen wichtige Funktionen im öffentlichen Leben eines Staates übernommen.

Die parallele Entwicklung der russischen Sprache dagegen gibt Trusaŭ zufolge wenig Anlass zum Stolz:

> Dafür verstärkt sich in der russischen Sprache gegen Ende des 14. Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem südslavischen Einfluss die Archaisierung, es entsteht ein schwülstiger, feierlicher Stil, der sehr wenig Ähnlichkeit mit den damaligen Kanzlei-, Rechts- und Diplomatie-Stilen der weißrussischen Sprache hat. Im 17. Jahrhundert formiert sich die russische Sprache auf der Grundlage der Moskauer Mundart, die als vorbildlich angesehen wird und dabei bereits damals eine Reihe von Entlehnungen aus der altweißrussischen Sprache aufweist, besonders im Bauwesen und in den Handwerksberufen […].

Den südslavischen Einfluss stellt Trusaŭ hier als fremd und damit schädlich für die Entwicklung des Russischen dar. Die Varietät, auf die er mit dem Begriff „Russisch" vereinfachend abhebt, ist das Kirchenslavische der Moskauer Redaktion. Es erscheint dadurch als frühe russische Nationalsprache, deren vermeintlich negative Merkmale auch auf die späteren Epochen der russischen Sprachgeschichte ausstrahlen: Archaismen, Schwulst und übertriebene stilistische „Feierlichkeit". Diesen Eigenschaften des „Russischen" stellt Trusaŭ die Vorzüge des damaligen „Weißrussischen" – Klarheit und Sachlichkeit – gegenüber.[85] Der vermeintliche ästhetische Gegensatz zwi-

85 Trusaŭs Sprachlob für das Weißrussische ähnelt hier dem Sprachlob für das Deutsche, das auf dem Germanenmythos beruht, vgl. GARDT (2004, 374f).

schen den vorherrschenden Stilen des Weißrussischen und Russischen steht dabei ikonisch für den Gegensatz zweier Identitäten – einer vermeintlich rationalen, nach Westen orientierten weißrussischen sowie einer vermeintlich rückwärtsgewandten, irrationalen russischen Identität.

Der verbreiteten Ansicht, nach der das Weißrussische lediglich eine Abspaltung vom Russischen oder gar „verdorbenes" Russisch sei, hält Trusaŭ entgegen, dass es in Wahrheit das Russische sei, das in seiner Entstehungsphase Lehnwörter aus dem Weißrussischen benötigt habe. Dass das Russische überhaupt auf weißrussischen Boden vorgedrungen ist, führt Trusaŭ nicht auf die Überlegenheit der Sprache, sondern auf erneute Gewalt Moskaus – nach der Unterwerfung von Novgorod und Pskov – zurück: Entscheidend war demnach der Krieg gegen das Großfürstentum Litauen von 1654 bis 1667.

Ab dem 18. Jahrhundert beginnen für Trusaŭ der Verfall des Weißrussischen und der Aufstieg des Russischen. Die Leistungen Lomonosovs und Karamzins für die Entwicklung der russischen Sprache in Wissenschaft und Staatsapparat erkennt er an. Doch die Dominanz des Russischen in den weißrussischen Gebieten, die sich nach den Teilungen Polens herausbildete, ist für ihn das Ergebnis von Unterdrückung, Gewalt und Umsiedlungen, von „totaler Russifizierung". Im 19. und 20. Jahrhundert steht das Russische in Trusaŭs Argumentation für eine weißrussische Identität, die von außen aufgezwungen ist und im Gegensatz zur Identität der „bewussten" Weißrussen steht.

Die „totale Russifizierung" führte Trusaŭ zufolge langfristig dazu, dass Nichtrussen in der BSSR massenhaft Russisch als ihre Muttersprache angaben. Trusaŭ wechselt hier von einer Argumentation mit Sprachstatistiken zu einer Argumentation mit Nationalitätenstatistiken: Erst mit der Unabhängigkeit Weißrusslands im Jahr 1991 sei die Zahl der Russen im Land deutlich gefallen, die Zahl der „bewussten Weißrussen" dagegen gestiegen. Aus seiner Sicht der Sprachgeschichte zieht Trusaŭ folgenden Schluss für die Gegenwart: Um den weiteren Verfall der weißrussischen Sprache aufzuhalten und ihr den Status zu sichern, der ihr zustehe, müsse Schluss sein mit „alten imperialen und sowjetischen (kommunistischen) Ansätzen" in Geschichte und Sprachwissenschaft. Dabei kritisiert er vor allem die Rolle des Russischen:

> Als erstes muss man ein für allemal den Mythos von der ausschließlichen Rolle der russischen Sprache in Belarus' zerstören und ihm seine messianische sowie panslavistische Funktion nehmen. Zugleich ist es

> unerlässlich, dem Erlernen und der Verbreitung der ukrainischen und polnischen Sprache als Muttersprachen unserer Nachbarn mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Die russische Sprache ist für Trusaŭ nicht lediglich Kommunikationsmittel, sondern Träger verwerflicher politischer Konzepte. Sich von diesen Konzepten – dem russischen Panslavismus und Messianismus – zu lösen, ist demnach Element der weißrussischen Zivilreligion. Als Mittel, der russischen Sprache als Träger dieser Konzepte die Grenzen aufzuzeigen, sieht Trusaŭ das Ukrainische und das Polnische. Ihm zufolge sollte nämlich die russische Sprache in Belarus' keine größere Rolle als diese beiden Sprachen spielen. Sie sollte nicht mehr als die Muttersprache einer benachbarten Nation – und damit für die Weißrussen eine Fremdsprache – sein:

> In einem Land, in dem die Weißrussen fast 82 Prozent der Bevölkerung ausmachen, kann es nur eine Staatssprache geben – die Sprache der Titularnation.

Trusaŭ vertritt somit in der Tradition Herders und von Humboldts das Konzept, dass einer Nation jeweils eine Nationalsprache zugeordnet ist. Doch obwohl nach der Volkszählung von 1999 Russen nur etwas mehr als elf Prozent der Bevölkerung ausmachten (vgl. PEREPIS' 1999), vertritt Trusaŭ die Ansicht, 15 bis 20 Prozent der staatlichen Einrichtungen könnten russischsprachig sein.[86] Seine Begründung: Neben den Russen benutzten auch Bürger mit nicht weißrussischer Abstammung das Russische. Damit verlangt Trusaŭ von den Weißrussen, aus Loyalität unbedingt ihre Nationalsprache zu verwenden. Er betrachtet somit sprachliche Homogenität innerhalb einer Nation als Norm. Die anderen Nationalitäten dagegen sollten ihm zufolge wählen können, ob sie das Weißrussische, das Russische oder gegebenenfalls ihre Nationalsprache benutzen.

Trusaŭ legt dann dar, wie er sich sinnvolle Spracherwerbspolitik im Bildungswesen Weißrusslands vorstellt. Er regt ein hierarchisches System des Fremdsprachenerwerbs an:

> In den staatlichen weißrussischsprachigen Bildungseinrichtungen, allen voran in den Schulen, kann von der ersten Klasse an eine der europäischen Sprachen gelernt werden: Englisch, Deutsch, Französisch oder Spanisch, abhängig von der Abstammung der Eltern. Von der fünften Klasse an wählen die Eltern und ihre Kinder zusätzlich noch eine slavische Sprache: Ukrainisch, Russisch, Polnisch, Tschechisch

86 In der Volkszählung von 2009 ist der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung noch weiter gesunken, auf rund 8,3 Prozent (vgl. PEREPIS' 2009).

> oder Bulgarisch. Den Zwangsunterricht in Russisch muss man als imperial-sowjetisches Überbleibsel verbieten.

Seltsam erscheint hier zunächst die Forderung Trusaŭs, die nichtslavische erste Fremdsprache der Schüler solle von der Abstammung der Eltern abhängen.[87] Dann fällt wiederum die Herabstufung des Russischen auf: Es soll Trusaŭ zufolge auf den Status eines Wahlpflichtfaches absinken. Andere Lösungen bedeuten für ihn, dass ein Zwang aus der Sowjetzeit aufrechterhalten wird. Setzt man die Sprachstatus- und Spracherwerbspolitik, die Trusaŭ fordert, zur Überschrift des Textes in Bezug, so ergibt sich folgendes Bild: Die Rolle der russischen Sprache bei der Demokratisierung von Belarus' kann nur darin bestehen, dass sie ihre Sonderrolle im öffentlichen Leben verliert. Für Trusaŭ sollte sie in Weißrussland lediglich eine slavische Fremdsprache sowie die Sprache einer nationalen Minderheit sein.

Trusaŭs Forderung, das Russische zur Minderheiten- und Fremdsprache herabzustufen, geht an der tatsächlichen Sprachverwendung der Bürger Weißrusslands vorbei. Die überwiegende Mehrheit von ihnen erlernt das Russische muttersprachlich, wenn auch meist in Form des weißrussischen Natiolekts des Russischen oder der *Trasjanka*. Diesen muttersprachlichen Erwerb nehmen nur Weißrussen mit nationaler politischer Orientierung als „imperialen Zwang" wahr. Viele russischsprachig sozialisierte Weißrussen würden es dagegen wohl als Zwang betrachten, wenn Trusaŭs Forderung umgesetzt würde.[88]

Nach der Sprachstatus- und Spracherwerbspolitik wendet sich Trusaŭ der Sprachkorpuspolitik – in einem weiten Sinne – zu. Sowohl das Weißrussi-

87 Möglicherweise ist die Aussage falsch wiedergegeben, und Trusaŭ meint nicht die Abstammung (*pachodžanne*), sondern den Wunsch (weißruss. *pažadanne*) der Eltern, was mehr Sinn ergäbe.

88 Vgl. dazu etwa die Erhebung, die 2008 das NISĖPI (Unabhängiges Institut für sozioökonomische und politische Forschungen mit Sitz in Wilna) unter 1531 weißrussischen Bürgern durchgeführt hat (NISĖPI 2008). Auf die Frage, in welchem Maße die weißrussische Sprache im öffentlichen Leben präsent sein solle, wünschten sich 37,2% – und damit die Mehrheit – der Befragten, die jetzige Situation solle erhalten bleiben. 12,8% meinten, die weißrussische Sprache solle proportional zum Anteil der Weißrussischsprachigen verwendet werden, während immerhin 5,8% die Ansicht vertraten, die gesamte öffentliche Sphäre solle zum Russischen wechseln. Es ergab sich somit mit 55,8% eine knappe Mehrheit gegen eine aktive Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen, wie sie Trusaŭ und andere Sprachschützer fordern. Demgegenüber waren 27,2% der Meinung, das Weißrussische müsse im öffentlichen Raum genau so präsent sein wie das Russische, und 13,6% forderten, die gesamte öffentliche Sphäre müsse zum Weißrussischen übergehen.

sche als auch das Russische in Belarus' sind ihm zufolge von zwei Gefahren bedroht – erstens von lexikalischen Anglizismen, die immer mehr um sich greifen, zweitens von der „eigenen" nichtnormativen Lexik, nämlich Vulgarismen und Kriminellenjargon. Die Anglizismen erwähnt Trusaŭ nur in einem einzigen Satz, während das Problem der russischen Vulgarismen ihn über mehrere Abschnitte des Textes beschäftigt.

Was die Rolle der Presse für die Korpusentwicklung von Sprachen angeht, nimmt Trusaŭ einen normativistischen und etatistischen Standpunkt ein: Die Behörden müssen nach seiner Ansicht Pressetitel, die nichtnormative Lexik verwenden, verwarnen, dann bestrafen und im schlimmsten Fall schließen. Es ist somit nicht nur Staatspräsident Lukašėnka, der eine strenge Aufsicht des Staates über die sprachlichen Verhältnisse befürwortet, sondern mit Trusaŭ auch einer seiner profiliertesten sprachpolitischen Gegner, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Auch wenn Trusaŭ behauptet hat, sowohl das Weißrussische als auch das Russische müssten vor Vulgarismen geschützt werden, geht er nur auf das Russische ein:

> Ein großes Problem für die Bürger Weißrusslands und vor allem die Jugend ist die weite Verbreitung und alltägliche Verwendung des „russischen Mat" – einer schmutzigen, nicht zensurgemäßen Flucherei, die auf staatlicher Ebene niemand bekämpft. Ganz im Gegenteil, diese Sprachkrankheit hat weite Kreise von Bediensteten ergriffen, insbesondere in Miliz und Armee.

Wie schlimm die Lage der russischen Sprache sei, habe auch die russische Staatsduma erkannt. Sie habe ein Gesetz zum Schutz der Sprache auf den Weg gebracht. Auf ähnliche Weise müsse „das nächste demokratisch gewählte Parlament Weißrusslands" aktiv werden und ein entsprechendes Gesetz zur Bestrafung von *Mat*-Sprechern erlassen.

Setzt man auch die Ausführungen Trusaŭs zur Vulgärsprache in Bezug zur Textüberschrift, so ist das Russische in der heutigen Belarus' nicht nur als imperiale Sprache, sondern auch als Quelle von Vulgarismen eine Gefahr für die Demokratisierung. Während die erste Bedrohung, die Trusaŭ zufolge vom Russischen ausgeht, den Status des Weißrussischen betrifft, bezieht sich die zweite auf das Korpus der weißrussischen Sprache. Denn wenn dem russischen *Mat* nicht Einhalt geboten wird, so könnte nach Trusaŭs Argumentation diese „sprachliche Krankheit" über kurz oder lang auch auf die Nationalsprache der Weißrussen übergreifen.

Unter „Demokratie" und „Demokratisierung" versteht Trusaŭ nicht die Beteiligung der Bürger an der Sprachpolitik in Belarus', also eine „Sprachpolitik von unten". Statt dessen ist sprachliche Demokratisierung für ihn Sa-

che einer Elite, die im Namen der weißrussischen Nation deren vermeintliche Interessen verfolgt. Dabei sollte sie sich nach seiner Vorstellung vor allem des Staatsapparates und seiner Sanktionsmöglichkeiten bedienen, das heißt, eine „Sprachpolitik von oben" betreiben. Trusaŭs kulturkonservative Argumentation folgt dem Muster, das Heller und Duchêne beschrieben haben: Seine Warnung vor Anglizismen und russischer Vulgärsprache (*Mat*) weist über Sprachliches hinaus. Letztlich ist es der kulturelle Einfluss der Globalisierung sowie Russlands, den Trusaŭ als Bedrohung für die weißrussische Gesellschaft betrachtet und auf dem Feld der Sprachpflege bekämpft. Reinheit der Sprache von Anglizismen und russischen Vulgarismen ist ein Ziel, das Symbolwert in diesem Abwehrkampf gegen vermeintlich schädliche Kultureinflüsse hat.

3.3.5 Fazit: Aleh Trusaŭ – Vorkämpfer einer fürsorgenden Sprachpolitik „von oben"

In Trusaŭs Argumentation zur weißrussischen und russischen Sprache in Belarus' spiegeln sich sowohl Entstehungsgeschichte und Rolle der Gesellschaft für die weißrussische Sprache als auch seine politische Biographie. Vor dem Hintergrund der Gründungs- und Frühgeschichte des TBM wird verständlich, warum Trusaŭ so umfangreiche Forderungen an die *staatliche* Sprachpolitik in Belarus' stellt, statt den Sprechern eine größere Rolle beim Erhalt des Weißrussischen einzuräumen. Mit seinem Etatismus in der Sprachpolitik knüpft Trusaŭ daran an, dass der TBM in der Endphase der BSSR als staatliche Massenorganisation gegründet worden ist und in den Jahren vor dem Amtsantritt Lukašėnkas (1991-1994) bei den Themen Sprache, Kultur und historisches Erbe maßgeblich an der Gesetzgebung beteiligt war. Ein solches Mitspracherecht in der staatlichen Sprachpolitik fordert Trusaŭ auch in den beiden analysierten Texten. Dass er seit 2009 Mitglied im Konsultationsrat bei der Präsidialverwaltung war, zeigt, dass er – anders als etwa Paznjak – zur begrenzten Zusammenarbeit mit dem Regime bereit ist, wenn es dem Schutz des Weißrussischen nützt. Darauf, dass Lukašėnka den TBM – anders als in seinen ersten Amtsjahren – nicht mehr so sehr als oppositionelle Organisation wahrnimmt, deutet die Tatsache hin, dass Trusaŭ mittlerweile auch in Staatsmedien wie der Zeitung *Zvjazda* zu Wort kommt.

Dem Organisationsprofil des TBM entspricht außerdem, dass in Trusaŭs Argumentation zur Sprachpolitik der Diskurs über Geschichte und Kultur so viel Raum einnimmt und die *aktuelle* sprachliche und politische Situation in den Hintergrund tritt. Hierin spiegelt sich die Entstehungsgeschichte des

TBM als Vereinigung, in der die national gesinnte künstlerische und geisteswissenschaftliche Intelligenz den Ton angab. Außerdem passt das Vorgehen, den Streit um Sprache nicht in der Gegenwart auszutragen, sondern ihn in die Geschichte zu verlagern, zur Strategie einer gewissen, begrenzten Zusammenarbeit mit dem Regime.

Trusaŭs Profil als Politiker schlägt sich in mehreren Argumentationsgängen der analysierten Texte nieder. Die Nähe zum nationalkonservativen BNF, die ihm sozialdemokratische Kollegen vorgehalten haben, zeigt sich etwa in seiner Entschlossenheit, den Einfluss der russischen Sprache in Weißrussland zurückzudrängen und den „imperialen Zwang" zum Erlernen des Russischen zu beenden. Auch seine Angriffe gegen die „russischsprachigen Demokraten" sind in diesem Kontext zu sehen. Anders als bei Zjanon Paznjak aber fehlen in Trusaŭs Texten Charakterisierungen Russlands als „finstere Macht" und Verschwörungstheorien über die Rolle des KGB bei der Unterdrückung der weißrussischen Kultur.

3.4 Vasil' Bykaŭ und Adam Mal'dzis zu Sprache und Nation in Belarus'

Aus forschungspraktischen Gründen musste sich die Materialsichtung für die vorliegende Untersuchung auf wenige Medien und einen begrenzten Zeitabschnitt beschränken. Dadurch wurden einige weißrussischsprachige Intellektuelle nicht berücksichtigt, die in diesen Medien im untersuchten Zeitraum nicht mit Äußerungen zur Sprachenfrage vertreten waren. Stellvertretend für diese Gruppe sollen im Folgenden Positionen von Adam Mal'dzis und Vasil' Bykaŭ zum Verhältnis von Sprache und Nation kurz angerissen werden, ohne dass eine vertiefende Einordnung dieser Positionen angestrebt wird. Mal'dzis und Bykaŭ wurden ausgewählt, weil sie aufgrund ihres Lebenswerks als Autoritäten innerhalb der weißrussischsprachigen Intelligenz anzusehen sind.

Adam Mal'dzis, geboren 1932, genießt in Weißrussland als Literaturwissenschaftler, Historiker, Schriftsteller und Journalist hohe Anerkennung (zur Biographie vgl. die „Mal'dzisiana" in ZAPRUDSKI 2007a). Von 1991 bis 2005 war er Vorsitzender des Internationalen Belarussistenverbandes (*Mižnarodnaja Asacyjacyja Belarusistaŭ*); seit 2010 ist er dessen Ehrenvorsitzender. Für die hier untersuchte Thematik sind vor allem Mal'dzis' Anmerkungen zur Sprachgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts von Interesse, die er am Rande literaturgeschichtlicher Untersuchungen gemacht hat.[89]

89 Auf Mal'dzis' ebenfalls bedeutende Studien zur weißrussischen Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts (insbesondere MAL'DZIS 1969) wird hier nicht eingegangen, da unstrittig ist,

In *Na skryžavanni slavjanskich tradycyj* ‘An der Kreuzung slavischer Traditionen’, einer 1980 erschienenen Untersuchung, beschäftigt sich Mal’dzis mit der Literatur Weißrusslands in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und im 18. Jahrhundert (MAL’DZIS 1980). Er nennt diesen Zeitraum eine Übergangsperiode und skizziert die damalige sprachliche Situation wie folgt (MAL’DZIS 1980, 15):

> In der Zeit, als Weißrussland nationale Unterdrückung durch die regierenden Kreise der *Rzeczpospolita* erfuhr, als die weißrussische Sprache durch das Polnische, Lateinische und Altslavische[90] aus dem offiziellen Gebrauch und dem literarischen Leben verdrängt wurde, als man meinte, auf Weißrussisch könne man nur Werke des niedrigen, komödiantischen Genres schreiben, konnten die Errungenschaften der weißrussischen Literatur in der Tat nicht groß sein.

Von „nationaler Unterdrückung“ Weißrusslands in der *Rzeczpospolita* kann insofern keine Rede sein, als sich ein weißrussisches Nationalbewusstsein erst im 19. Jahrhundert entwickelte. Entsprechend wird auch das Glottonym „weißrussische Sprache“ auf eine Varietät bezogen, die längst noch nicht als Nationalsprache der Weißrussen aufgefasst wurde. Die Darstellung, nach der das „Weißrussische“ „verdrängt“ worden sei, übersieht zudem, dass sich der ostslavische Adel in den heutigen weißrussischen Gebieten damals weitgehend freiwillig polonisierte.

Wenig überraschend angesichts der Tatsache, dass die Studie in der BSSR veröffentlicht wurde, verknüpft MAL’DZIS (1980, 25) den Topos der „nationalen“ und religiösen „Unterdrückung“ der Weißrussen mit „sozialer Unterdrückung“. Neben der sprachlichen und konfessionellen Barriere habe die Klassenbarriere den „[o]rthodoxen oder unierten Dorfbewohner respektive Städter von seinem polnischen oder polonisierten Feudalherren getrennt“ (ebd.). Ungeachtet der realen Existenz dieser sozialen Unterschiede ist ihre Deutung als „nationaler“ polnisch-weißrussischer Antagonismus möglicherweise der politischen Situation bei Veröffentlichung des Buches geschuldet, d. h. der Rolle Polens als „Unsicherheitsfaktor“ im sozialistischen Lager. Diese Darstellung dürfte Voraussetzung dafür gewesen sein, zugleich weißrussisch-patriotische Inhalte zu vermitteln, worüber hier aber nur spekuliert werden kann.

---

dass sich in diesem Jahrhundert die moderne weißrussische Literatursprache und ein weißrussisches Nationalbewusstsein entwickelten – wie dies aus Mal’dzis’ Darstellung auch erhellt.

90 Gemeint ist das Kirchenslavische.

Neben dem weißrussisch-polnischen wird auch das weißrussisch-ukrainische sprachliche Verhältnis im genannten Band angesprochen. MAL'DZIS (1980, 12) kritisiert zu Recht, dass bis zur Oktoberrevolution selbst namhafte Slavisten literarische Werke der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert als „ukrainisch" oder „südrussisch" bezeichnet hätten, auch wenn in ihnen weißrussische Merkmale überwogen hätten. Ebenfalls zu Recht weist er darauf hin, dass im genannten Zeitraum die sprachlichen Grenzen sehr fließend gewesen seien (MAL'DZIS 1980, 11). Dennoch befand sich Mal'dzis zufolge die „neue weißrussische Sprache" an der Schwelle vom 17. zum 18. Jahrhundert bereits im „Prozess der Entstehung" (ebd.). Diese Darstellung steht im Gegensatz zum Forschungsstand, dass die moderne weißrussische Literatursprache erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde. Mal'dzis konzediert allerdings, dass sich das Weißrussische an der Schwelle vom 17. zum 18. Jahrhundert „noch nicht endgültig von der ‚westrussischen' (‚rusinischen') Sprache abgesondert" habe (MAL'DZIS 1980, 11; Anführungszeichen im Original).

Ein weiteres wichtiges Werk von Adam Mal'dzis mit dem Titel *Jak žyli našy prodki ŭ XVIII stahoddzi* (MAL'DZIS 2009) greift ebenfalls die Polonisierung des ostslavischen Adels in der *Rzeczpospolita* auf und verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff „Denationalisierung" (MAL'DZIS 2009, 88). Dieser „Denationalisierung" zum Trotz verstand der Adel[91] im heutigen Zentral- und Westweißrussland MAL'DZIS (2009, 91) zufolge „die weißrussische Sprache gut – sowohl die althergebrachte Buchsprache als auch die Umgangssprache, in der sich die Dorfbewohner unterhielten". Das Glottonym *belaruskaja mova* wird in diesem Kontext nicht in Anführungszeichen gesetzt, im Gegensatz zum in den Quellen verwendeten Glottonym *ruskaja mova* und dessen Ableitungen (*pa-rusku* usw.).

Es zeigt sich also, dass ähnlich wie Zjanon Paznjak und Aleh Trusaŭ auch Adam Mal'dzis zu einer „verfrühten" Nationalisierung der Sprachgeschichte im heutigen Weißrussland neigt. Auch innerhalb der „einheimischen" Sprach- und Literaturwissenschaft ist Mal'dzis mit seiner „nationalen" Terminologie für vornationale Phänomene keinesfalls allein, wie Verweise auf die Arbeiten anderer Forscher in den genannten Werken belegen. Schließlich darf für die Sowjetzeit auch die alles in allem russozentrische Ausrichtung philologischer Forschung nicht vergessen werden, so dass Mal'dzis' Behar-

91 Mal'dzis bezieht sich hier auf die Angehörigen des ostslavischen Adels im heutigen Zentral- und Westweißrussland, die damals als *litviny* oder *licvjaki* bezeichnet wurden.

ren auf einer national weißrussischen Perspektive forschungspolitisch als verdienstvoll zu werten ist.

Weniger zur Sprachgeschichte als zur Sprachpolitik in der BSSR und im unabhängigen Weißrussland hat sich dagegen Vasil' Bykaŭ geäußert. Bykaŭ (1924-2003) gilt als einer der bedeutendsten weißrussischen Schriftsteller (zur Biographie vgl. GIMPELEVICH 2005). Den Kern seines literarischen Schaffens bilden Erzählungen, deren Handlung sich im Zweiten Weltkrieg ereignet und die ethischen Konflikte widerspiegelt, denen das Tun jedes Einzelnen während Krieg und Besatzung ausgesetzt war. Seine Werke verfasste Bykaŭ auf Weißrussisch und übersetzte sie zu einem großen Teil selbst ins Russische. Bykaŭs Haltung zur Sprachenfrage in Belarus' erschließt sich am besten aus seinen Memoiren mit dem Titel *Doŭhaja daroha dadomu* 'Der lange Weg nach Hause', BYKAŬ 2003) sowie einem Band mit Interviews, den der Prager Sender *Radyë Svaboda* anlässlich von Bykaŭs Tod herausgab (NAVUMČYK 2005).

In seinen Lebenserinnerungen kommt BYKAŬ (2003, 238) u. a. auf die Situation des Weißrussischen in der späten Sowjetzeit zu sprechen. Er urteilt, dass damals die „Nationalsprache der Weißrussen, wie auch 100 Jahre zuvor, auf allen Ebenen verächtlich mit Füßen getreten, durch das Russische verdrängt wurde, auch wenn man das offiziell nicht zugab". Offiziell hätten die Machthaber vom Aufblühen des Weißrussischen getönt, so dass man die reale Situation fälschlicherweise als „eine Art Unachtsamkeit" habe betrachten können, die sich korrigieren lasse (BYKAŬ 2003, 238f.). BYKAŬ (2003, 239) knüpft in diesem Kontext den Erhalt der weißrussischen Kultur an die Bedingung des Spracherhalts und beklagt, dass seine „russischen Kollegen, selbst diejenigen mit der demokratischsten Orientierung", das „nationale Problem" der Weißrussen nicht verstehen wollten. Doch auch namhaften weißrussischen Schriftstellern wie Ivan Šamjakin[92] wirft er vor, ihre herausgehobene Position nicht für den Erhalt des Weißrussischen eingesetzt zu haben (BYKAŬ 2003, 239f.).

Bykaŭ hingegen gehörte zu den Unterzeichnern eines Briefes an Michail Gorbačev, in dem eine Gruppe von weißrussischen Intellektuellen die bedrohliche Situation der Nationalsprache thematisierte (LISTY 1987; vgl. auch Kap. 2.2). In seinen Memoiren stellt Bykaŭ das Verfassen dieses Briefes als erwartbar folgenlose Handlung dar, die aber unter ethischem Gesichtspunkt notwendig war (BYKAŬ 2003, 305). Er schildert, wie in Reaktion auf den

92 Šamjakin war von 1971 bis 1985 Vorsitzender des Obersten Sowjets der BSSR.

Brief eine Untersuchungskommission von Parteifunktionären angereist sei; diese habe gezielt eine vorab ausgewählte weißrussischsprachige Musterschule besucht, um die Verfasser des Briefes an Gorbačev zu widerlegen (BYKAŬ 2003, 307f.).

Eine Rettung der weißrussischen Sprache wäre BYKAŬ (2003, 340ff.) zufolge in der späten BSSR möglich gewesen, wenn sich die KP weißrussifiziert hätte. Denn das Volk strebe danach, die Sprache der Machthaber zunächst zu verstehen und dann selbst zu verwenden, um Macht ausüben zu können. Statt an der Wende von den 1980er zu den 1990er Jahren einen schnellen Übergang zum Weißrussischen zu vollziehen, hätten die Kommunisten sich des Sprachproblems durch endlose Beratungen zu entledigen versucht und damit ihren politischen Tod herbeigeführt. Das Sprachengesetz sei 1990 nur zur Ablenkung, nicht zur Umsetzung, verabschiedet worden (NAVUMČYK 2005, 21). Für Bykaŭ war die Souveränitätserklärung Weißrusslands der Punkt, an dem es nicht mehr anstand, eine „zwar wunderbare, aber doch fremde" Sprache, nämlich das Russische, offiziell zu verwenden (NAVUMČYK 2005, 61).

Die Übergangsfrist von zehn Jahren für die Weißrussifizierung bewertet BYKAŬ (2003, 34) als viel zu lang; auch habe außer dem Vorsitzenden[93] des Obersten Sowjets niemand aus der Staatsführung begonnen, Weißrussisch zu sprechen (NAVUMČYK 2005, 21). In seine Kritik schließt er auch den Dichter und Nationalkommunisten Nil Hilevič sowie die von ihm gegründete Gesellschaft für die weißrussische Sprache (TBM) ein: Statt um die politische Unabhängigkeit des Landes zu kämpfen, in deren Folge die weißrussische Sprache leichter zu etablieren sei, habe der TBM damals die gleichen Ziele verfolgt wie bereits die weißrussische Intelligenz am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Mangel an strategischem Geschick attestiert Bykaŭ auch der Weißrussischen Volksfront (BNF) und ihrem damaligen Vorsitzenden Zjanon Paznjak. Die Präsidentenwahl 1994 habe Paznjak verloren, weil das BNF-Lager mitten in der Wirtschaftskrise auf Themen der nationalen „Wiedergeburt" gesetzt habe, darunter die Rückkehr zur weißrussischen Grammatik von Taraškevič (BYKAŬ 2003, 354). In der Situation sozialer Instabilität hätte Bykaŭ zufolge „eine gewisse Einheitlichkeit der weißrussischen Sprache" gewahrt bleiben müssen (NAVUMČYK 2005, 49). Statt sich „plötzlich, mit einem Mal" der

93 Es handelt sich um Stanislaŭ Šuškevič, der Bykaŭ zufolge aber auch vorher schon das Weißrussische verwendete (NAVUMČYK 2005, 21).

Taraškevica zuzuwenden, hätten sich die Anhänger der nationalen Wiedergeburt zunächst nur für die Wiederzulassung einzelner Orthographieregeln einsetzen sollen (NAVUMČYK 2005, 334f.). Auch sei die *Taraškevica* schon bei ihrer Einführung „nicht übermäßig praktikabel" gewesen und inzwischen in vielerlei Hinsicht veraltet. Trotz dieser Einschränkungen gab sich Bykaŭ in seinen Interviewäußerungen alles in allem als Anhänger der *Taraškevica* zu erkennen und schrieb seine jüngeren Werke in ihr; sie sei weißrussischer und entspreche der „weißrussischen sprachlichen Mentalität" mehr als die *Narkomaŭka* (NAVUMČYK 2005, 141).

Rund einen Monat vor dem Referendum von 1995 sah Bykaŭ als dessen Ziel u. a. „die Zerstörung der Nationalsprache" an (NAVUMČYK 2005, 33). Grund für die Gegnerschaft „gewisser reaktionärer Kräfte" gegen die Nationalsprache sei, dass Sprache „die Grundlage nicht nur für die nationale Kultur, sondern auch für die Existenz der Nation, die Existenz der Ethnie" sei (NAVUMČYK 2005, 48). Auf einer Pressekonferenz im März 2000 bezeichnete Bykaŭ die sprachliche Situation als „Erscheinungsform nationaler Diskriminierung der Weißrussen seitens des diktatorischen Lukašėnka-Regimes" (NAVUMČYK 2005, 188). Unter der fehlenden Freiheit hätten auch die Schriftsteller zu leiden, führt BYKAŬ (2003, 365) in seiner Autobiographie aus:

> Und sei es auch nur die Freiheit zur Muttersprache. Ja sogar [die Freiheit] zum Weichheitszeichen[94], damit von der unnatürlichen, barbarischen Aussprache nicht die Zunge im Mund verkrampft. In der Tat ist laut Heinrich Böll die Sprache die letzte Stütze der Freiheit.

Damit, dass Weißrussisch seine „Muttersprache" (*rodnaja mova*) sei, begründet Bykaŭ, warum er seine Prosa ausschließlich in dieser Sprache verfasse (NAVUMČYK 2005, 139). Auf Russisch schreibe er nur publizistische Texte; die russische Sprache sei „reich und in der Literatur hervorragend elaboriert, aber sie ist dem Weißrussen trotz allem nicht so gehorsam wie die Muttersprache" (NAVUMČYK 2005, 140).

Zur Zukunft der sprachlichen Situation äußerte sich Bykaŭ im September 2001 (NAVUMČYK 2005, 256f.). Nur wenn Belarus' ein souveräner Staat werde, könne das Weißrussische überleben. Denn nur in einem souveränen Weißrussland müsse kein Zwang zur Verwendung des Weißrussischen ausgeübt werden, da die Sprache in einem solchen Staat von der gesamten Na-

94 Bykaŭ bezieht sich hier auf das Weichheitszeichen, das die regressive Assimilation nichtpalataler vor palatalen Konsonanten anzeigt und das augenfälligste Merkmal der Taraškevica-Orthographie ist. Vgl. zum Orthographiestreit in Belarus' auch BRÜGGEMANN (2013); BUNČIĆ (2013).

tion benötigt werde. Wenn Belarus' aber zum Nordwestgebiet des Russischen Imperiums werde, sterbe die weißrussische Sprache endgültig. Denn die Landbevölkerung sei als Sprachträger verschwunden, und die nationale Intelligenz schwinde ebenfalls. Belarus' unter Lukašėnka befindet sich Bykaŭ zufolge auf dem Weg, wieder „Nordwestgebiet" zu werden.

3.5 Zwischen Lukašėnka und den „Nationalisten": Russischsprachige Intellektuelle in Belarus'

2004 widmete die Zeitschrift *Arche* der Sprachensituation in Belarus' besondere Aufmerksamkeit. In den Ausgaben 3/2004 und 5/2004 erschienen zwei längere Polemiken, in denen es um Sprache als politischen Faktor in Belarus' ging. Im ersten der beiden Texte führte der Journalist Jury Drakachrust die Ergebnisse einer soziolinguistischen Studie des Unabhängigen Instituts für sozioökonomische und politische Studien (*Nezaležny instytut sacyjal'naėkanamičnych i palityčnych dasledvannjaŭ*) an. Die Ergebnisse machten es DRAKACHRUST (2004) zufolge fragwürdig, die Verwendung der weißrussischen Sprache mit der Opposition gegen Lukašėnka und Sympathien für die Europäische Union zu verbinden, Russischsprachigkeit dagegen als Zeichen für Präsidententreue und eine antiwestliche Einstellung zu werten. Drakachrust warf dem weißrussischsprachigen Teil der Opposition eine kulturkämpferische und intolerante Haltung gegenüber den Russischsprachigen vor. Zugespitzt regte er an, nach einem Sturz Lukašėnkas sollten Weißrussisch- und Russischsprachige in Belarus' eine „Genfer Konvention" für ihren Kulturkampf abschließen. Valer Bulhakaŭ, Chefredakteur von *Arche*, reagierte auf den Text Drakachrusts mit einer Gegenpolemik (BULHAKAŬ 2004). Er warf den Soziologen des NISĖPD Fehler in der Methodik ihrer Studie vor, unter anderem hinsichtlich des Verhältnisses von erklärter und tatsächlicher Sprachenverwendung. Drakachrust hielt er eine voreilige und tendenziöse Interpretation der Umfrageergebnisse vor. Gleichzeitig verteidigte Bulhakaŭ das Ziel einer kulturell „dekolonisierten" Belarus', in der die russischsprachige Kultur nicht mehr vorherrschend sei.

Als Ergänzung zum Streit von Drakachrust und Bulhakaŭ erschien in Ausgabe 5/2004 von *Arche* eine Umfrage unter russischsprachigen Intellektuellen in Belarus' (APYTAN'NE 2004). Thema war unter anderem, wie die Russischsprachigen die Sprachensituation in Weißrussland einschätzen. Die Antworten, die sich auf Sprache beziehen, sind Gegenstand dieses Kapitels.

Zunächst aber soll ein Überblick über die Biographien der Befragten gegeben werden.

3.5.1 Kurzbiographien

Am bekanntesten ist unter den befragten russischsprachigen Intellektuellen wohl Svjatlana Aleksievič. Sie wurde 1948 als Tochter eines Weißrussen und einer Ukrainerin im heutigen Ivano-Frankivs'k in der Ukraine geboren (vgl. zu den folgenden Angaben ANDROSIK et al. 2007, 10f.; ALEXIEVICH 2006). Nach der Demobilisierung des Vaters zog die Familie nach Weißrussland. Aleksievič schloss ihr Studium der Journalistik an der Belarussischen Staatsuniversität 1972 ab. Sie arbeitete zunächst als Lehrerin und in Redaktionen verschiedener Regionalzeitungen, 1976 bis 1984 dann bei der überregionalen Literaturzeitschrift *Nëman*.

Bekannt wurde Aleksievič als Autorin dokumentarischer Prosa, in der Zeitzeugen-Interviews als Collagen zusammengestellt sind. Ihr erstes Buch, „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht" (ALEKSIEVIČ 1985, deutsch 1987), fertiggestellt 1983, konnte zunächst zwei Jahre lang nicht erscheinen. Dem Werk wurden Pazifismus, Naturalismus und Zerstörung des Bildes von den heldenhaften sowjetischen Frauen vorgeworfen. Das Buch, das Kriegserlebnisse von Frauen zum Thema hat, erschien erst im Zuge der *Perestrojka* 1985 in Minsk und Moskau und wurde ein großer Publikumserfolg. Als weitere viel beachtete Veröffentlichungen der Autorin folgten „Die letzten Zeugen" (ALEKSIEVIČ 1985a, deutsche Erstausgabe 1989), ein Buch über Kinder im Zweiten Weltkrieg, „Zinkjungen" (ALEKSIEVIČ 1991, deutsch 1992), ein Band mit Interviews, die Aleksievič mit Teilnehmern des Afghanistan-Krieges und deren Angehörigen geführt hat, „Bezaubert vom Tod" (ALEKSIEVIČ 1994), ein Werk, das Menschen porträtiert, die sich wegen des Untergangs der Sowjetunion das Leben nehmen wollten, und „Das Gebet von Tschernobyl: Chronik der Zukunft" (ALEKSIEVIČ 1997, deutsch 2006), ein Buch mit Zeitzeugeninterviews zur Reaktorkatastrophe bzw. deren Folgen für die Bevölkerung in Weißrussland. Aleksievič veröffentlicht in russischer Sprache. In Übersetzung sind ihre Werke in insgesamt 19 Ländern erschienen. Für mehrere von ihnen hat sie internationale Preise erhalten, u. a. den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung (1998). 2013 wurde ihr der Friedenspreis des deutschen Buchhandels zuerkannt.[95] Bereits zuvor war im sel-

95 Aus Anlass der Preisverleihung führte die Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Interview mit Aleksievič (HOLM 2013). Darin wird die Schriftstellerin mit folgender Aussage zitiert: „[I]ch schreibe nur russisch und verstehe mich auch als Angehörige der russischen Kultur.

ben Jahr ihr neuestes Werk „Secondhand-Zeit“ (ALEKSIEVIČ 2013) erschienen, in dem ehemalige Sowjetbürger schildern, wie sie den Zerfall der Sowjetunion biographisch verarbeitet haben.

Mit ihrer dokumentarischen Prosa, die einen nüchternen Blick auf die Sowjetrealität wirft, brachte Aleksievič auch im unabhängigen Weißrussland den sowjetnostalgischen Teil der Gesellschaft gegen sich auf. Wegen vermeintlich falsch wiedergegebener Interviewaussagen im Buch „Zinkjungen“ wurde 1992 ein Gerichtsverfahren gegen sie angestrengt. Auf Druck weißrussischer Bürgerrechtler und der internationalen Öffentlichkeit stellte die Justiz das Verfahren ein. Aleksievič, die nach mehreren Jahren in der Emigration seit 2011 wieder in Minsk lebt, ist eine erklärte Gegnerin von Lukašėnka (vgl. ALEKSIEVIČ 2010; BÖRSENVEREIN 2013).

Aljaksandr Fjaduta wurde 1964 in Hrodna geboren (vgl. zu den folgenden Informationen ANDROSIK et al. 2007, 213). 1986 schloss er sein Studium der russischen Philologie an der Hrodnaer Staatsuniversität ab. Bis 1991 arbeitete er als Lehrer für russische Sprache und Literatur an einer Mittelschule in Hrodna. 1991 wurde Fjaduta Erster Sekretär im Zentralkomitee des weißrussischen *Komsomol* und behielt diesen Posten bis 1994, als der Verband bereits in Bund der Jugend von Belarus’ (*Sajuz moladzi Belarusi*)

Die weißrussische Sprache ist sehr bäuerlich und literarisch unausgereift.“ Im weißrussischen Internet löste diese Äußerung eine sehr emotional geführte Debatte aus (vgl. LAŠUK 2013; ŠUPA 2013; PRUDNIKOVA 2013). Aleksievič stellte daraufhin gegenüber weißrussischen Journalisten klar, dass sie „doch kein Kamikaze [sei], solche Sachen zu sagen. Und das dann auch noch so grob zu formulieren. Ich habe viel feiner und gutmütiger gesprochen“ (PRUDNIKOVA 2013). Die Journalistin Kerstin Holm dagegen, damals Moskauer Kulturkorrespondentin der FAZ, gab an, die Aussage von Aleksievič korrekt wiedergegeben zu haben (ebd.). Gleichzeitig erläuterte sie, dass das Thema Sprache in dem Interview nicht vertieft worden sei und sie selbst die in Frage stehende Äußerung nicht als negativ empfunden habe. Über den tatsächlichen Wortlaut des Gesprächsfragments kann hier natürlich nur spekuliert werden. Nicht unwahrscheinlich ist, dass Aleksievič die umstrittenen Aussagen in abgemilderter Form getroffen hat und sie lediglich als Hintergrundinformation – nicht als potenzielles isoliertes Zitat – für die „ausländische“ (d. h. mit der sprachlichen Situation im Land möglicherweise wenig vertrauten) Journalistin verstand. (Dass Holm in der schließlich publizierten Äußerung nichts Negatives erkennt, zeugt in der Tat von einem bestenfalls geringen Gespür für die Brisanz der Sprachenfrage in Weißrussland.) Die Aussagen von Aleksievič, die in der vorliegenden Untersuchung analysiert werden, liefern jedenfalls keine Anhaltspunkte für eine derartig offene Geringschätzung des Weißrussischen (die für eine im „Westen“ geschätzte und mit Preisen ausgezeichnete Schriftstellerin auch nicht besonders klug wäre). Für eine andere Beurteilung der „Interviewaffäre“ vgl. LAŠUK (2013).

umbenannt worden war. 1993 war Fjaduta kurzzeitig Mitglied der Republikanischen Partei für Arbeit und Gerechtigkeit (*Rėspublikanskaja partyja pracy i spravjadlivasci*), die den politischen Kurs Lukašėnkas unterstützt (vgl. RESPUBLIKANSKAJA PARTIJA).

Vor der ersten Präsidentenwahl in der unabhängigen Belarus' wurde Fjaduta Mitglied des Wahlkampfstabes von Lukašėnka. Nach dessen Wahlsieg übernahm er im Juli 1994 die Leitung der Informationsabteilung in der Präsidialverwaltung, schied jedoch bereits im Dezember 1994 aus diesem Amt wieder aus. Anlass war die Affäre um die sogenannten „weißen Flecken" in weißrussischen Zeitungen (dazu näher FEDUTA 2005, 217ff.). Ein oppositioneller Parlamentsabgeordneter hatte in einer emotionalen Rede engste Mitarbeiter des Präsidenten der Korruption bezichtigt. Lukašėnka soll daraufhin Fjaduta – nach dessen eigener Darstellung – angewiesen haben, den Abdruck der Rede in den wichtigsten Zeitungen des Landes zu verhindern. Fjaduta leitete diese Anordnung an die Redaktionen weiter. Diese ließen daraufhin als Zeichen des Protestes anstelle der Rede weiße Flecken in ihren Zeitungen. Fjaduta trat wegen dieser Zensur-Affäre zurück, nach eigenen Angaben, um Lukašėnka ein Amtsenthebungsverfahren zu ersparen.

Mit seinem Ausscheiden aus der Präsidialverwaltung wechselte Fjaduta ins Lager der Lukašėnka-Gegner. Er ist seitdem als politischer Publizist und Kulturjournalist für russische und oppositionelle weißrussische Zeitungen tätig.[96] Von 1995 bis 1998 war er Vizevorsitzender des nichtstaatlichen wissenschaftlichen Analysezentrums *Weißrussische Perspektive*, von 1999 bis 2005 Präsident der Nichtregierungsorganisation *Soziale Technologien*. Seit 1997 ist Fjaduta Mitglied der weißrussischen Vereinigung *Jabloko*, seit 2000 in deren Vorstand. 1997 promovierte er zu einem Thema der russischen Literaturwissenschaft. Er ist Verfasser einer in Moskau erschienenen, nicht autorisierten Lukašėnka-Biographie (FEDUTA 2005).

Vor der Präsidentenwahl 2010 gehörte Fjaduta zum Wahlkampfstab des oppositionellen Kandidaten und Dichters Uladzimir Njakljaeŭ. Er wurde am Morgen nach der Wahl unter dem Verdacht festgenommen, „Massenunruhen" angezettelt zu haben (SVABODA 2010). Amnesty International zählte ihn im Januar 2011 zu den politischen Gefangenen des Regimes (AMNESTY 2011).

Aljaksandr Sasnoŭ ist ebenfalls ein ehemaliger politischer Wegbegleiter Lukašėnkas. Er wurde 1947 im südostweißrussischen Homel' geboren

96 Blog von Aljaksandr Fjaduta: http://feduta.livejournal.com [Stand: 6.3.2009]

(vgl. zu den folgenden Informationen ANDROSIK et al. 2007, 180). Sasnoŭ schloss 1975 sein Studium an der Staatsuniversität in Homel' ab und war bis 1983 als Wirtschaftswissenschaftler an dieser Universität, von 1983 bis 1990 als stellvertretender Lehrstuhlleiter am Polytechnischen Institut von Homel' tätig. Von 1990 bis 1994 war Sasnoŭ Abgeordneter des Obersten Sowjets Weißrusslands und Vorsitzender der Parlamentskommission für Arbeit, Preise, Beschäftigung und soziale Sicherung. 1994 wurde Sasnoŭ Arbeitsminister und war 1995 eines der Gründungsmitglieder der wirtschaftsliberalen Vereinigten Bürgerpartei (*Ab"jadnanaja hramadzjanskaja partyja*). Aus Protest gegen das Referendum von 1996, in dem Lukašėnka mit Hilfe von Manipulationen und Verfahrensverstößen eine neue Verfassung durchsetzte (vgl. etwa SAHM 2001, 192f.), trat Sasnoŭ von seinem Ministeramt zurück. Er war dann von 1996 bis 2005 stellvertretender Direktor des Unabhängigen Instituts für sozioökonomische und politische Studien (*Nezaležny Instytut Sacyjal'na-Ėkanamičnych i Palityčnych Dasledvannjaŭ*, NISĖPD), das 2005 in Belarus' vom Obersten Gericht aufgelöst und danach im litauischen Exil neu registriert wurde (JAZYKOVIČ 2005; O NISĖPI).[97] Seit 2005 ist Sasnoŭ, dessen Wohnung 2004 im Zusammenhang mit der NISĖPD-Schließung vom KGB durchsucht wurde (BELGAZETA 2004), als freier Wirtschaftsexperte und Publizist tätig. Er ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender des Belarussischen Helsinki-Komitees.

Wie Sasnoŭ stammt auch Stanislaŭ Bahdankevič aus dem Lager von Wirtschaftsliberalen, die unter Lukašėnka einige Zeit hohe Staatsämter innehatten, dann aber aus unterschiedlichen Gründen zur Opposition stießen. Bahdankevič wurde 1937 in einem Dorf der Minsker Region geboren (vgl. hierzu und zu den folgenden Angaben ANDROSIK et al. 2007, 21). Er schloss ein Technikum für Bank- und Kreditwesen in Pinsk, dann ein Studium an einem (sowjet-)unionsweiten Fernstudieninstitut für Finanzen und Wirtschaft mit Sitz in Moskau ab (1964). Bis 1981 war Bahdankevič in der weißrussi-

97 Das Gericht machte in seiner Entscheidung formale Gründe geltend. So hieß es, das Institut habe keine juristische Adresse, sei wiederholt unter abgekürztem Namen in den Massenmedien aufgetreten und habe es versäumt, den Behörden Kopien bestimmter Umfrage-Ergebnisse vorzulegen (JAZYKOVIČ 2005). Die tatsächlichen Gründe für die Schließung des Instituts dürften andere sein: die politischen Meinungsumfragen, die unabhängig von den staatlichen Strukturen durchgeführt wurden, die marktliberale Ausrichtung des Instituts sowie seine Kooperation mit westlichen Forschungsinstitutionen und Geldgebern (u. a. Open Society Institute, Zentrum des internationalen privaten Unternehmertums).

schen Niederlassung der sowjetischen Staatsbank tätig. Von 1981 bis 1991 bekleidete er den Posten eines stellvertretenden Lehrstuhlleiters am Belarussischen Institut für Volkswirtschaft, 1991 wurde er Professor für Wirtschaftswissenschaften.

Ebenfalls 1991 übernahm Bahdankevič das Amt als Vorstandsvorsitzender der weißrussischen Nationalbank. In dieser Funktion setzte er sich 1993-1994 gegen eine Vereinigung des weißrussischen Finanzsystems mit dem russischen ein. Als Marktliberaler geriet er rasch in Konflikt mit dem neu gewählten Staatspräsidenten Lukašėnka. Dieser verlangte von Bahdankevič die Bekämpfung der Inflation. Gleichzeitig lehnte er die Forderung von Bahdankevič ab, den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zu begrenzen (zum Konflikt zwischen Lukašėnka und Bahdankevič vgl. FEDUTA 2005, 211ff.). Als Lukašėnka schließlich Bahdankevič in zentralen Fragen wie der Reform des Bankensystems überging, trat dieser 1995 von seinem Amt zurück und schloss sich der Opposition an. Er war von 1995 bis 1996 Abgeordneter des Obersten Sowjets und zählte zu den Parlamentariern, die 1996 gegen den „kalten Staatsstreich" des Präsidenten protestierten.

Von 1995 bis 2000 war Bahdankevič Vorsitzender der wirtschaftsliberalen *Vereinigten Bürgerpartei*, seit 2000 ist er deren Ehrenvorsitzender. In die öffentliche Debatte in Belarus' greift er vor allem mit Reformvorschlägen für das weißrussische Finanz- und Wirtschaftssystem ein. 2008 ließ er sich als Kandidat für die Parlamentswahl aufstellen, zog aber seine Kandidatur aus Protest gegen die Behinderung seines Wahlkampfes zurück (UCPB 2008). In Dialog mit der Staatsmacht trat Bahdankevič durch sein Mitwirken im Konsultationsrat bei der Präsidialverwaltung, der im Januar 2009 gegründet wurde (RACHLEJ 2010).

Pëtr Marcaŭ ist in Belarus' vor allem als Unternehmer und Publizist bekannt. Er wurde 1962 in Minsk geboren (vgl. zu den folgenden Angaben ANDROSIK et al. 2007, 138f.; MARCEV 2009). 1984 schloss er ein Philologie-Studium an der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk ab und arbeitete danach zwei Jahre als Lehrer für russische Sprache und Literatur. Von 1986 bis 1988 war Marcaŭ Korrespondent und Redakteur bei der staatlichen Presseagentur *BelTA*. Wegen seiner Teilnahme an Demonstrationen, u. a. an den Massengräbern von Kurapaty, musste er diese Tätigkeit aufgeben. In den Jahren 1989 bis 1993 arbeitete Marcaŭ für verschiedene Redaktionen und Presseagenturen, u. a. als Weißrussland-Korrespondent der russischen Wirtschaftszeitung *Kommersant*.

1992 machte sich Marcaŭ als Verleger selbstständig und gab die Zeitung *Birži i banki: Belorusskaja delovaja gazeta* ‘Börsen und Banken: Weißrussische Wirtschaftszeitung’, seit 1999 *Belorusskaja delovaja gazeta* (BDG), heraus, von 1995 bis 1999 auch die Wochenzeitung *Imja* ‘Name’. Darüber hinaus gründete er eine Reihe von Werbefirmen. Seit 1997 ist Marcaŭ nicht nur Verleger, sondern auch Chefredakteur der russischsprachigen BDG, die als regimekritisch gilt und Anfang 2003 eine hohe Popularität erreicht hatte (EURASIANHOME 2009). Im Mai 2003 untersagte das weißrussische Informationsministerium wegen vermeintlicher Gesetzesverstöße für drei Monate die Herausgabe der Zeitung. 2006 wurde die BDG komplett aus dem Katalog des staatlichen Pressevertriebs gestrichen. Seitdem erscheint sie ausschließlich im Internet.[98]

Marcaŭ, der Produzent und Mitautor eines dokumentarisch-satirischen Filmporträts über Aljaksandr Lukašėnka ist[99], gilt als einer der einflussreichsten regimekritischen Publizisten in Belarus’. Wegen seines Einsatzes für die Pressefreiheit hat ihn die unabhängige Weißrussische Assoziation der Journalisten (*Belaruskaja asacyjacyja žurnalistaŭ*) mit einem Ehrendiplom ausgezeichnet.

Ebenfalls Journalisten sind Jury Drakachrust und Viktar Marcinovič. Drakachrust, geboren 1960 im russischen Fernen Osten (Chabarovsk), begann zunächst eine naturwissenschaftliche Karriere (vgl. zu den biographischen Angaben ANDROSIK et al. 2007, 68). 1982 schloss er sein Studium an der mechanisch-mathematischen Fakultät der Belarussischen Staatsuniversität Minsk ab, promovierte 1986 zu einem mathematischen Thema und war bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Mathematik der weißrussischen Akademie der Wissenschaften. Von 1991 bis 1993 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, ebenfalls an der Akademie. Es schloss sich dann von 1993 bis 2000 eine wissenschaftliche Tätigkeit für das unabhängige NISĖPD-Meinungsforschungsinstitut an.

Seine journalistische Karriere begann Drakachrust als Mitarbeiter der nicht-staatlichen liberalen Wirtschaftszeitung *Belorusskij Rynok* ‘Weißrussischer Markt’, für die er von 1992 bis 1994 schrieb. Von 1994 bis 1998 war er politischer Korrespondent der Wirtschaftszeitung *Belorusskaja Delovaja Gazeta.* Seit 2000 gehört er zum Redaktionsteam des weißrussischsprachigen

98 Die Adresse der BDG im Internet ist http://bdg.by [Stand: 8.3.2009]

99 Erschienen 1996 unter dem Titel *Obyknovennyj prezident* ‘Ein gewöhnlicher Präsident’

Exilsenders *Radyë Svaboda* in Prag. Er ist seit 1997 Mitglied der *Weißrussischen Assoziation der Journalisten*.

Viktar Marcinovič wurde 1977 in Ašmjany, einer Kleinstadt im Nordwesten Weißrusslands (Region Hrodna), geboren.[100] Von 1994 bis 1999 studierte er Journalismus an der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk. Während seines Studiums schrieb er für das Wirtschaftsressort der Zeitung *Belorusskaja Delovaja Gazeta* und war von 1998 bis 2000 Leiter des Politikressorts dieser Zeitung.

1999 begann Marcinovič ein Promotionsstudium der Journalismusgeschichte an der Belarussischen Staatsuniversität. Er schrieb seine Arbeit zur Darstellung der Vicebsker künstlerischen Avantgarde in der sowjetischen Presse der 1920er Jahre, durfte sie aber nach eigenen Angaben wegen seiner politischen Ansichten nicht verteidigen. Während des Studiums – im September 2000 – wechselte Marcinovič als Leiter des Ressorts Politik zur nichtstaatlichen russischsprachigen Wochenzeitung *Belgazeta*. Seit 2002 ist Marcinovič stellvertretender Chefredakteur dieser Zeitung, welche zu den wenigen regimekritischen Printmedien in Belarus' zählt, die unter Präsident Lukašėnka seit Jahren ohne größere Unterbrechungen über das staatliche Vertriebssystem erhältlich sind.

Seine wissenschaftliche Weiterbildung setzte Marcinovič nach dem Scheitern seiner Promotion in Minsk an der Europäischen Humanistischen Universität (EHU) in Wilna fort. Die EHU ist eine westlich ausgerichtete und von westlichen Geldgebern geförderte nicht-staatliche Universität, der die weißrussischen Behörden 2004 den Hochschulstatus entzogen haben, und die daraufhin nach Litauen verlegt wurde (vgl. EUROPEAN HUMANITIES UNIVERSITY). Von 2004 bis 2007 studierte Marcinovič als Postgraduierter an der EHU und verteidigte 2008 seine Dissertation an der Akademie der Künste in Wilna. Er ist Lehrkraft an der EHU und befasst sich mit Kunstgeschichte und Medientheorie. 2010 veröffentlichte er unter dem Titel „Paranoia" (MARTINOVIČ 2010) seinen ersten Roman, eine Anti-Utopie im Stil von George Orwells „1984", die in weißrussischen Oppositionskreisen viel Beachtung fand. Weitere Romane, sowohl in russischer als auch in weißrussischer Sprache, schlossen sich an (MARCINOVIČ 2011; MARTINOVIČ 2013).[101]

100 Die biographischen Informationen hat Viktar Marcinovič dem Verfasser in einer persönlichen E-Mail vom 18.3.2009 übermittelt.

101 Die Veröffentlichung seiner Romane nahm Marcinovič zum Anlass, über das Verhältnis von Sujet und Sprachverwendung zu reflektieren (MARCINOVIČ 2012). Die Wahl des Weißrussischen für seinen bisher einzigen weißrussischsprachigen Roman, *Scjudzëny vyraj*

Als Kommentator der weißrussischen Politik hat Marcinovič nach eigenen Angaben bereits mehrfach mit renommierten westlichen und russischen Medien zusammengearbeitet, darunter die *Deutsche Welle*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Newsweek*.

Sjarhej Pan'koŭski wurde 1956 in Minsk geboren (vgl. hierzu und zu den folgenden Angaben ANDROSIK et al. 2007, 157f.). Er schloss 1982 sein Studium am Minsker Pädagogischen Institut ab und verteidigte 1991 eine Dissertation zur Philosophie von Albert Camus. Pan'koŭski arbeitete zunächst als Mittelschullehrer, dann als Hochschullehrer für Philosophiegeschichte an der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk, schließlich als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für ausländische Philosophie an der Akademie der Wissenschaften. Von 1992 bis 1993 war er Berater des Parlamentspräsidenten Stanislaŭ Šuškevič. 1994 wurde er Dekan der französisch-weißrussischen Fakultät für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Europäischen Humanistischen Universität (EHU). Diesen Posten hatte er bis 2001 inne. Von 2001 bis 2004 arbeitete Pan'koŭski als Berater des Rektors sowie als Lehrkraft der EHU. Es schloss sich von 2002 bis 2005 eine Tätigkeit als Vizepräsident und Leiter der Abteilung für politische Studien in der staatsbürgerlichen Vereinigung *Soziale Technologien* an. Seit 2003 war Pan'koŭski Leiter des Internetportals *Naše mnenie* 'Unsere Meinung', das einer der wichtigsten Publikationsorte für politische Analysen und Kommentare der russischsprachigen oppositionellen Intelligenz ist.[102] Ebenfalls seit 2003 stand er dem Redaktionsrat des *Belorusskij ežegodnik* 'Weißrussisches Jahrbuch' vor, eines Periodikums mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung wie *Naše mnenie*. Pan'koŭski war zudem Mitglied des Rates (und von 2006 bis 2007 Vorsitzender) des *Weißrussischen Instituts für Strategische Studien* ('Belarusian Institute for Strategic Studies', BISS), eines politischen Thinktanks mit Sitz in Wilna. Das Institut ist von führenden oppositionellen Intellektuellen – sowohl weißrussisch- als auch russischsprachigen – gegründet worden, um Szenarien für eine alternative politische Entwicklung in Belarus' zu entwerfen.[103] Pan'koŭski starb im Juni 2009.

'Eiskalter Süden' (MARCINOVIČ 2011), begründet er mit der Handlung des Romans im belarussophonen Milieu. Im Vorwort des Romans schildert Marcinovič die Schwierigkeiten, die ihm als Russophonem das Schreiben auf Weißrussisch bereitet habe.

102 Internetadresse: http://www.nmnby.org [Stand: 5.4.2009]

103 Außer Pan'koŭski zählen zu den Gründern des Instituts etwa Valer Bulhakaŭ, Chefredakteur der Zeitschrift *Arche*, Pëtr Marcaŭ von der *Belorusskaja Delovaja Gazeta* und Andrėj Dyn'ko, Chefredakteur von *Naša Niva*.

Leanid Zaiko wurde 1948 in Hrodna geboren (vgl. hierzu und zu den folgenden biographischen Angaben ANDROSIK et al. 2007, 80). 1970 schloss er am Staatlichen Institut für Volkswirtschaft in Minsk sein Studium ab und promovierte 1975. Er war dann als Ökonom an der Weißrussischen Staatlichen Wirtschaftsuniversität tätig. Von 1986 bis 1993 war er Prorektor für die wissenschaftliche Arbeit am Institut für die Erhöhung der Qualifikation der Dozenten in den Sozialwissenschaften, angesiedelt an der Belarussischen Staatsuniversität in Minsk. Weitere Stationen waren das Amt als Dekan der ökonomischen Fakultät der Europäischen Humanistischen Universität, der Posten als Direktor des Instituts für unabhängige Forschungen am Nationalen Zentrum für strategische Initiativen „Ost-West" (1993 bis 1997)[104] sowie – seit 1999 – das Amt als Präsident des Analytischen Zentrums *Stratėhija*. *Stratėhija* wurde zwar 1997 von den ehemaligen Mitarbeitern der Initiative „Ost-West" gegründet, entwickelte sich aber in der Folgezeit zu einer Institution, die sowohl mit den staatlichen als auch mit nicht-staatlichen Einrichtungen und Medien zusammenarbeitete. Sowohl offizielle Quellen als auch die politische Opposition zitieren Forschungsergebnisse von *Stratėhija* (EURASIANHOME 2009a).

Dass Zaiko als Ökonom auch für den Lukašėnka-Apparat ein wichtiger Ansprechpartner ist, zeigen seine folgenden Tätigkeiten: Von 1997 bis 2000 war er Mitglied einer Expertenkommission der Regierung. Seit 2004 ist er Vorsitzender eines Wissenschaftsrates, der im staatlichen Auftrag an Studien zur Entwicklung der weißrussischen Gesellschaft mitwirkt. Auch in den Staatsmedien ist Zaiko häufig aufgetreten, u. a. als Moderator von Fernsehsendungen zu Wirtschaftsthemen. Er war außerdem Mitglied des 2009 gegründeten Konsultationsrates bei der Präsidialverwaltung (RACHLEJ 2010).

Uladzimir Mackevič wurde 1956 im sibirischen Irkutsk geboren. Seine Familie war aus Westweißrussland deportiert worden (vgl. hierzu und zu den folgenden biographischen Angaben ANDROSIK et al. 2007, 143). Er schloss 1982 ein Psychologiestudium an der Leningrader Staatsuniversität ab und war von 1983 bis 1987 am Lehrstuhl für angewandte Soziologie, Psychologie und Pädagogik des Leningrader Instituts für Ingenieure des Eisenbahntransports tätig. Von 1987 bis 1989 war Mackevič Lehrkraft am Pädagogischen Institut von Liepāja/Lettland. Als Organisationsberater arbeitete er

104 Diese Initiative wurde 1991 als Reaktion auf den Augustputsch in Moskau gegründet (vgl. TAMKOVIČ 2009). 1997 musste sie zusammen mit verschiedenen anderen westlich orientierten Initiativen und Stiftungen (etwa der weißrussischen Niederlassung der Soros-Stiftung) ihre Tätigkeit einstellen (vgl. EKADUMAVA 2001).

von 1988 bis 1994 in Riga, Krasnojarsk, Moskau und Kaliningrad. 1991-1992 beriet er die lettische Regierung in Nationalitätenfragen.

Von 1995 bis 1997 war Mackevič als Autor und Moderator einer Fernsehsendung für das weißrussische Staatsfernsehen tätig. Seit 1997 ist er Leiter der Abteilung für Methodologie am *Republikanischen Institut für Berufsbildung*. 1997 erarbeitete er für die Soros-Stiftung ein Konzept zur Reform der Geisteswissenschaften. Es war ein Gegenentwurf zu einem entsprechenden staatlichen Konzept. 2000 beteiligte sich Mackevič an einem UNESCO-Projekt zur funktionalen Alphabetisierung in Belarus', das der Staat unterstützte.

Politisch war Mackevič von 1995 bis 1998 als Mitglied des Nationalen Komitees und des Politischen Rates der liberalen *Vereinigten Bürgerpartei* aktiv. Außerdem war er Mitglied im Organisationskomitee der Menschenrechtsorganisation „Charta 97" und verfasste den Text zu ihrer Gründung.

Sjamën Bukčyn wurde 1941 im Bezirk Kursk in Russland geboren, wohin seine Mutter aus Weißrussland geflüchtet war.[105] 1967 schloss er ein Journalistikstudium an der Belarussischen Staatsuniversität ab und promovierte 1972 als Literaturwissenschaftler. Von 1968 bis 1985 war Bukčyn für die Zeitschrift *Vesci AN BSSR* 'Nachrichten der Akademie der Wissenschaften der BSSR' tätig. Von 1985 bis 1993 war er Mitarbeiter am Institut für Literaturwissenschaft der weißrussischen Akademie der Wissenschaften, von 1993 bis 1997 am *Republikanischen Institut für das Hochschulwesen und die geisteswissenschaftliche Bildung*. Bukčyn ist Mitglied der *Verbands der weißrussischen Schriftsteller*, des weißrussischen PEN-Zentrums und der *Weißrussischen Assoziation der Journalisten* 'Belaruskaja asacyjacyja žurnalistaŭ'. Seit 1998 lebt er in Polen. Den weißrussischen Lesern ist er als Literaturkritiker und Publizist bekannt, der sich in seinen Texten für die Demokratisierung Weißrusslands einsetzt. Seine Publizistik ist in mehrere Sprachen übersetzt worden.

3.5.2 Zusammenfassende Betrachtung der Biographien

Die russischsprachigen Intellektuellen, um die es hier geht, gehören verschiedenen Generationen an, die vom Geburtsjahr 1937 (Bahdankevič) bis 1977 (Marcinovič) reichen. Es überwiegen allerdings deutlich Vertreter aus den

105 Die biographischen Angaben wurden dem Verfasser per E-Mail vom 5.4.2009 von Valjancina Tryhubovič übermittelt, Koordinatorin und eine der Verfasserinnen von ANDROSIK et al. (2007). Sie stammen nach Angaben von Tryhubovič aus einer 2004 erschienenen Ausgabe des biographischen Nachschlagewerks *Kto est' kto v Belarusi*.

Geburtsjahrgängen von Mitte der 1940er bis Anfang der 1960er Jahre. Dies sind Generationen, die zum einen den Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben, zum anderen ihre ersten Berufsjahre noch zur Sowjetzeit hatten und dann – im Alter von etwa 30 bis 45 Jahren – den Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten. Am augenfälligsten ist dieser Übergang wohl in der Biographie von Aljaksandr Fjaduta, der vom Komsomolvorsitzenden zum Mitglied des Wahlkampfstabs von Lukašėnka wurde.

Hinsichtlich der Herkunft ist die Streuung recht groß: Es gibt Befragte, die in Minsk oder dem Minsker Gebiet geboren sind (Bahdankevič, Marcaŭ, Pan'koŭski), ebenso wie aus (Nord-)Westweißrussland Stammende (Fjaduta, Marcinovič, Zaiko). Hoch ist der Anteil von Interviewten, die in anderen Sowjetrepubliken – der russischen (Drakachrust, Mackevič, Bukčyn) oder ukrainischen (Aleksievič) – geboren sind. Aus dem (Süd-)Osten Weißrusslands gibt es dagegen nur einen einzigen Vertreter (Sasnoŭ).

Alle Befragten verfügen über einen Hochschulabschluss. Die meisten von ihnen haben darüber hinaus promoviert und sind – zumindest zeitweise – im Wissenschaftsbetrieb tätig gewesen. Hinsichtlich ihrer Berufe lassen sich die befragten Intellektuellen in zwei größere Gruppen unterteilen – zum einen die Wirtschafts- und Finanzexperten (Sasnoŭ, Bahdankevič, Zaiko), zum anderen Journalisten, Publizisten und Verleger (Fjaduta, Marcaŭ, Drakachrust, Marcinovič, Bukčyn). Eine Sonderrolle nimmt die prominente Schriftstellerin Aleksievič ein.

Was die Haltung zu Staatspräsident Lukašėnka angeht, gibt es unter den Interviewten einige, die zeitweise in herausgehobener Position mit ihm zusammengearbeitet haben und dann in Konflikt mit ihm geraten sind (Fjaduta, Sasnoŭ, Bahdankevič). Zaiko und Mackevič haben auch in jüngerer Zeit die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen nicht prinzipiell abgelehnt. Aleksievič dagegen ist eine langjährige Gegnerin Lukašėnkas.

Unter dem Gesichtspunkt der Parteibindung fällt die Verbindung einiger Befragter mit der wirtschaftsliberalen, oppositionellen *Vereinigten Bürgerpartei* auf (Sasnoŭ, Bahdankevič, Mackevič).

Hervorzuheben ist außerdem, dass unter den Interviewten Personen fehlen, die bereits zur Sowjetzeit über einen längeren Zeitraum als Oppositionelle in Erscheinung getreten sind.[106]

106 Zu den Konflikten von Aleksievič und Marcaŭ mit der Staatsmacht kam es erst in der Endphase des Sowjetsystems.

3.5.3 Von der normativen Kraft sprachlicher Fakten: Die Position der russischsprachigen Intelligenz

Die Zeitschrift *Arche* stellte den russischsprachigen Intellektuellen in ihrer 2004 veröffentlichten Umfrage sieben Fragen. Diese lauteten wie folgt:

1) Muss es in Belarus' weiterhin zwei Staatssprachen geben?
2) Nach welchem Prinzip sollte die Unterrichtssprache im weißrussischen Bildungssystem bestimmt werden?
3) Ist die russische Kultur höherwertig als die weißrussische?
4) Begrüßen Sie die Begrenzung des russischen Einflusses im medialen Raum?
5) Bedeutet eine weißrussische Integration mit der Europäischen Union gleichzeitig eine Abkehr von Russland?
6) Welche Rolle in der Gesellschaft sollte die weißrussische Sprache ausfüllen:
   – herrschende Sprache sein (wie die litauische in Litauen oder die polnische in Polen),
   – eine von zwei gleichberechtigten Staatssprachen sein (wie die französische und flämische Sprache in Belgien)
   – Sprache lokaler Exotik sein (wie die irische Sprache in Irland)?
7) Wie wird Ihrer Meinung nach die reale Balance der Sprachen in Belarus' in absehbarer Zukunft sein?

Da Frage 7 sich auf die gleichen drei möglichen Szenarien wie Frage 6 bezieht, wurde sie den russischsprachigen Intellektuellen zusammen mit dieser gestellt.

Thema dieses Kapitels sind die Antworten auf die Fragen 1, 2, 6 und 7, da diese unmittelbar das Thema Sprache betreffen. In den Fragen 3 bis 5 dagegen geht es um das Verhältnis von Belarus' zu Russland in Kultur und Politik.

3.5.3.1 Zwei Staatssprachen: Den Status quo akzeptieren, Russland nicht reizen

In ihrer ganz überwiegenden Mehrheit sprechen sich die befragten russischsprachigen Intellektuellen dafür aus, dass in Belarus' Russisch und Weißrussisch Staatssprachen bleiben sollten. Zwei der Interviewten fordern, das Weißrussische zur alleinigen Staatssprache zu machen; einer hält die Diskussion über Staatssprachen für nicht mehr zeitgemäß.

Für Svjatlana Aleksievič ist es „offensichtlich", dass in Belarus' zwei Staatssprachen existieren sollten. Sie legt sich jedoch ausdrücklich nicht fest, ob dies nur vorübergehend oder dauerhaft der Fall sein sollte. Als Grund

für ihre Meinung nennt sie „eine Reihe von historischen Faktoren", gibt allerdings nur zwei an: Die „Russifizierung" und die Tatsache, „dass die Nation im Allgemeinen in ihrem nationalen Selbstbewusstsein stehengeblieben ist". Aleksievič macht also zum einen die Politik „Russlands" für die aktuelle Situation verantwortlich, zum anderen, wie es scheint, auch die weißrussische Nation, die zu wenig unternommen hat, um sich ihrer selbst bewusst zu werden. Beispiele für die vermeintliche nationale Gleichgültigkeit der Weißrussen liefert sie aus der Gegenwart:

> Gehen Sie die Straße entlang – da spricht doch niemand Weißrussisch. Gehen Sie in eine beliebige Institution, in ein Geschäft, ins Café.

Nach der Typologie Coopers nimmt das Weißrussische Aleksievič zufolge weder eine Gruppenfunktion noch die Funktion einer offiziellen Arbeitssprache ein. Denn Aleksievič argumentiert, dass weder die Weißrussen im Alltag das Weißrussische verwenden noch die Behörden bei ihrer Arbeit. Mit dieser Situation begründet Aleksievič, warum sie es als „ein Element von Gewalt" ansähe, wenn das Weißrussische einzige Staatssprache würde. Der weißrussische Begriff *gvalt* 'Gewalt' ist hier zu verstehen als „mit Zwang verbundenes Einwirken auf jemanden oder etwas" (zu den Bedeutungen von *gvalt* in der weißrussischen Gegenwartssprache vgl. etwa SUDNIK & KRYŬKO 2005, 147). In dieser Bedeutung kann *gvalt* auf jede Handlung des Staates bezogen werden, die dem einzelnen Bürger Regeln auferlegt. Aleksievič aber benutzt den Begriff hier, um zu betonen, wie sehr für sie die Abschaffung des Russischen als Staatssprache ein Willkürakt wäre. Vermeintlich wehrloses Opfer dieser Willkür wäre die russischsprachige Mehrheit der Weißrussen.

Die „Idee", das Weißrussische zur einzigen Staatssprache zu machen, sei „in der Bevölkerung bereits unpopulär". Dies ist für Aleksievič neben der „tatsächlichen" Sprachsituation ein weiteres Argument gegen diesen Schritt. Damit stellt sie sich gegen Sprachpatrioten, für die nicht die Popularität, sondern das Ziel das entscheidende Kriterium für staatliche Sprachpolitik ist. Das Wort „Idee" (*idėja*) signalisiert, dass die sprachliche Homogenität der Nation für Aleksievič kein alternativloses Ziel ist. Ideen können zudem flüchtig und wenig durchdacht sein. Eben dies ist ein verbreiteter Vorwurf an die weißrussische Sprachpolitik zwischen 1991 und 1994: Die national gesinnten Politiker hätten überstürzt versucht, das gesamte öffentliche Leben in Belarus' zu weißrussifizieren.

Aljaksandr Fjaduta antwortet auf die Frage, ob in Belarus' zwei Staatssprachen bleiben sollten, mit *užo tak* 'bereits ja'. Dieser Antwort zufolge hat es für ihn eine Zeit gegeben, in der das Weißrussische als einzige

Staatssprache denkbar gewesen wäre. Fjaduta sagt nicht, wann das gewesen sein könnte. Seine folgenden Äußerungen geben jedoch einen Hinweis:

> Leider sollten die Demokraten jetzt verstehen: Jeder beliebige Versuch, der russischen Sprache den Status einer Staatssprache wegzunehmen, wird zur Komplikation der Beziehungen mit Russland führen. Das ist gefährlich, denn im Gegensatz zu Lettland werden wir nicht so schnell in Europa sein.

Man kann diese Aussagen folgendermaßen interpretieren: Für Fjaduta war unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion der richtige Zeitpunkt, das Weißrussische zur einzigen Staatssprache zu machen und das Russische zurückzudrängen. Dies wurde damals auch begonnen, doch auf so ungeschickte Weise, dass Lukašėnka seinen Präsidentenwahlkampf mit einer Kampagne gegen die „Weißrussifizierung" führen konnte. Im Jahr 2004, als *Arche* die russischsprachigen Intellektuellen befragt, ist Russland unter Präsident Putin wieder erstarkt, und ein Zurück zum Weißrussischen als einziger Staatssprache in Belarus' ist verbaut. Etwas überraschend für einen russischsprachigen Intellektuellen in Belarus' bedauert Fjaduta dies („leider"). Auch grenzt er sich nicht – wie man dies erwarten könnte – von den Sprachpatrioten in Weißrussland ab: Denn er bezeichnet sie, die seiner Meinung nach einsehen sollten, dass eine Rückkehr zum Weißrussischen als einziger Staatssprache gefährlich wäre, mit dem positiv konnotierten Begriff „Demokraten".

Fjaduta vermeidet es in seiner Äußerung, Russland als Aggressor erscheinen zu lassen: Statt von Druck Russlands auf Belarus' – um den es geht – spricht er im Diplomatenjargon von „Komplikation der Beziehungen mit Russland". Mit einem aktiven Verb stellt er diejenigen als mögliche Provokateure dar, die das Weißrussische zur einzigen Staatssprache machen wollen: Sie wollen dem Russischen den Status als Staatssprache „wegnehmen" (*zabrac'*), während Russland lediglich den sprachlichen Status quo erhalten möchte.

In Lettland machte 1989 die russische Bevölkerung einen Anteil von 34 Prozent gegenüber lediglich 52 Prozent Letten aus (HOGAN-BRUN et al. 2008, 67), in Weißrussland lag das Verhältnis von Russen zu Weißrussen im selben Jahr bei 13 gegenüber 78 Prozent (DEMOSKOP 2011). Den Schritt, das Lettische nach der Unabhängigkeit zur einzigen Staatssprache zu machen, konnte sich Lettland als kleines Land Fjaduta zufolge nur erlauben, weil es eine Perspektive als EU-Mitglied hatte. Fjaduta führt hier somit eine rein machtpolitische Begründung dafür an, warum Belarus' sich nicht Lettland als Vorbild in der Sprachpolitik nehmen sollte. Er argumentiert nicht damit, dass die

sprachlichen Situationen in Lettland und Weißrussland verschieden sind, etwa dadurch, dass Weißrussisch und Russisch enger verwandt sind als Lettisch und Russisch.

Neben dem Argument, Belarus' würde Russland provozieren, wenn es das Weißrussische wieder zur einzigen Staatssprache machte, nennt Fjaduta noch einen weiteren Grund, warum er gegen diesen Schritt ist: Die Schüler müssten sich dann wieder umstellen. Dieses Argument führt Fjaduta allerdings nicht weiter aus. Es scheint ihm daher weniger wichtig zu sein als die Angst, das Verhältnis zu Russland könnte sich verschlechtern.

Ohne dass die Interviewfrage nach den Staatssprachen dies erfordern würde, macht Fjaduta dann einen Vorschlag, wie man nach seiner Meinung die Lage der weißrussischen Sprache verbessern könne. Dies deutet darauf hin, dass er nicht als „herzloser" Pragmatiker erscheinen möchte, dem das Schicksal der Nationalsprache gleichgültig ist. Fjaduta schlägt vor:

> Beamte und Kandidaten für höhere Posten sollten eine Prüfung über ihre Kenntnis der beiden Staatssprachen ablegen. Wenigstens auf dem Niveau eines Schulaufsatzes oder einer Nacherzählung. Glauben Sie mir, das wird ausreichen. Die nächste Generation wird dann bereits unter einem sprachlichen Kommunismus leben: Volle Gleichheit der Sprachen, sogar ohne materiellen Anreiz. So aber sinkt allgemein das Niveau des schriftlichen Ausdrucks.

Fjaduta verbindet hier das Thema Staatssprachen mit einer kulturpessimistischen Sichtweise, nach der in Belarus' allgemein ein Verfall des sprachlichen Niveaus – nicht nur im Weißrussischen – festzustellen ist. Diese Sichtweise teilt er mit national gesinnten Sprachschützern wie Aleh Trusaŭ.[107] Die vermeintlich verbreitete Missachtung von Sprachnormen führt Fjaduta auf die Missachtung der Staatssprache Weißrussisch zurück. Als einziges wirksames Gegenmittel nennt er Prüfungsdruck auf Beamte und andere hohe Funktionäre. Sie erscheinen in der zitierten Argumentation wie widerspenstige Schüler, mit denen ein strengerer Umgang nötig ist. Dass Fjaduta die Frage, ob jemand in zwei Sprachen kleinere Texte verfassen kann, als Beleg für sein Bildungs- und Kulturniveau wertet, ist eine Ikonisierung nach Irvine und Gal.

Mit seiner Rede von „sprachlichem Kommunismus", von der „vollen Gleichheit der Sprachen" und mit dem Zukunftsoptimismus seiner Aussage („die nächste Generation") greift Fjaduta auf ironische Weise die KP-Ideologie auf, welche die Gleichberechtigung der Nationalsprachen und -kulturen in der UdSSR propagierte. Diese Ironie lässt in den Hintergrund treten, dass

107 Vgl. das Kapitel zur Position Trusaŭs in dieser Untersuchung.

Fjaduta mit seinem Ruf nach Sprachprüfungen nur eine oberflächliche Gleichberechtigung der weißrussischen mit der russischen Sprache fordert. Denn die Tatsache, dass Beamte in der Lage sind, auf Weißrussisch Schulaufsätze oder Nacherzählungen zu schreiben, führt ja nicht zwangsläufig dazu, dass sie die Sprache auch häufiger verwenden. Einerseits distanziert sich Fjaduta somit auf ironische Weise von der Sprachpolitik der Sowjetunion. Andererseits nimmt er für sich in Anspruch, mit seinen Vorschlägen den Parolen dieser Sprachpolitik Leben einzuhauchen, zum Wohl der weißrussischen Sprache.

Sjarhej Pan'koŭski interpretiert die Frage, ob in Belarus' zwei Staatssprachen erhalten bleiben sollten, als „Frage nach der Nationalsprache" (*pytan'ne pra nacyjanal'nuju movu*). Für ihn berührt somit die Sprachgesetzgebung unmittelbar das Verhältnis von Sprache und Nation. Über diesen Zusammenhang fordert er

> eine breite öffentliche Diskussion, eine besonnene und delikate, die bewusst nicht auf Trennung, sondern auf die Bereitschaft und den Wunsch ausgerichtet ist, in der Gesellschaft Eintracht und eine mehr oder weniger von Kompromissbereitschaft geprägte Lösung zu finden, auf das Verständnis dessen, dass wir ein Volk, das sich von anderen unterscheidet, sind, und dass wir unter uns, unter „unseresgleichen"[108], bestrebt sein sollten, einander respektvoll und demokratisch gegenüberzutreten.

Was Pan'koŭski hier fordert, hat es aus seiner Sicht in der Vergangenheit offenbar nicht gegeben. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat demzufolge bisher über die Lage des Weißrussischen diskutiert. Diese Diskussion ist Pan'koŭski zufolge unbesonnen geführt worden und davon gekennzeichnet gewesen, dass man sich vom politischen Gegner abgrenzen wollte. Der Hauptvorwurf geht somit an die Sprachnationalisten: Sie führen laut Pan'koŭski ihre Debatte über die weißrussische Sprache unter Gleichgesinnten und versuchen, mit Rigorismus in der Sprachenfrage die Gesellschaft zu spalten, statt sie zu einigen. Respekt vor politisch Andersdenkenden und eine demokratische Gesinnung lassen sie ihm zufolge vermissen. Bei aller Kritik an den Sprachnationalisten setzt Pan'koŭski die Existenz eines weißrussischen Volkes, „das sich von anderen unterscheidet", voraus.

108 Im weißrussischsprachigen Original steht hier das substantivierte Possessivpronomen *svaich*, das im Weißrussischen verwendet wird, um eine besondere emotionale Nähe zu den damit bezeichneten Personen auszudrücken ('unsere Leute', 'zu uns gehörende Leute').

Während Pan'koŭski einerseits an die „Eintracht" der weißrussischen Nation appelliert, fordert er andererseits, diese dürfe nicht den „Ausschluss von Unterschieden" bedeuten. Die Debatte über das Weißrussische als Nationalsprache ist für ihn damit auch mit der Toleranz oder Intoleranz der weißrussischen Gesellschaft verknüpft. Die Frage, inwieweit die von den „Anderen" bevorzugte Sprache – Russisch oder Weißrussisch – toleriert wird, macht Pan'koŭski damit zum Maß für die demokratische Reife der weißrussischen Nation. Die Auseinandersetzung zwischen den Verfechtern von Einsprachigkeit und Mehrsprachigkeit ist demnach ein Fall von fraktaler Rekursivität, denn ihr entspricht der Gegensatz zwischen autoritärer und demokratischer politischer Kultur.

Den Sprachnationalisten gibt Pan'koŭski zwar die Hauptschuld, nicht aber die alleinige Schuld an einer Situation, in der die Diskussion über die weißrussische Sprache undemokratisch, intolerant und in nur kleinem Kreis geführt wird: Pan'koŭski verweist außerdem auf „den herrschenden politischen Stil, der auf das Ersticken von Alternativen, das Entflammen von Misstrauen und Widersprüchen innerhalb der Gesellschaft" sowie die „Behandlung des Unterschieds als Feindschaft" gerichtet sei. Und der „politische Kontext" sei einer offenen Diskussion nicht zuträglich. Zwei Faktoren verhindern Pan'koŭski zufolge Harmonie und Toleranz in der weißrussischen Gesellschaft: Einerseits die Eiferer für das Weißrussische, andererseits der autoritäre Herrschaftsstil der Staatsführung.[109] Innerhalb „eines gewissen Spektrums freien und demokratischen Denkens, innerhalb dessen „Toleranz" keine leere propagandistische Demagogie, sondern programmatisches Prinzip" sei, könne man dagegen bereits jetzt mit einem Dialog beginnen.

Nachdem sich Pan'koŭski zu Toleranz und Diskussionsklima in der weißrussischen Gesellschaft geäußert hat, geht er schließlich auf die Interviewfrage zu den Staatssprachen ein: Er gibt an, „eher ja" auf die Frage zu antworten, ob in Belarus' zwei Staatssprachen erhalten bleiben sollten. Wie zahlreiche andere Diskutanten der Sprachdebatte in Belarus' verwendet auch er den Begriff der „realen Gleichberechtigung" der zwei Sprachen, die sicherzustellen sei. Das Überwiegen der weißrussischen Sprache müsse aber allmählich zunehmen, und es sei „natürlich", dass „idealerweise Hauptsprache das Weißrussische" sein sollte. Gleichzeitig aber sei das „Ignorieren" der russischen Sprache nun „kulturell und politisch nicht zielführend", und man dürfe sich mit der Verbesserung der Situation des Weißrussischen nicht be-

109 Pan'koŭski vermeidet es, Lukašėnka direkt als Schuldigen zu benennen.

eilen, denn Revolutionen seien immer gefährlich. Wenn Pan'koŭski vom Weißrussischen als „natürlicher" Hauptsprache der weißrussischen Nation spricht, geht er vom Modell „eine Nation – eine Sprache" aus. Um zu diesem Ziel zu gelangen, befürwortet er eine perspektivische Sprachpolitik, die darauf ausgerichtet ist, das Verhältnis von Weißrussisch und Russisch in der Gesellschaft zu verändern.

Jury Drakachrust sieht es in seiner Äußerung als Errungenschaft an, dass Belarus' zwei Staatssprachen hat. Dieser Zustand sei es wert, erhalten zu werden. Sein Urteil fällt Drakachrust, ohne darzulegen, ob er das Referendum von 1995 für legitim hält oder nicht. Als Begründung für seine Meinung führt er zum einen „die Ergebnisse der Volkszählung und zahlreicher soziologischer Untersuchungen" an, zum anderen „die gewöhnliche Lebenserfahrung". Wissenschaft und Alltagsbeobachtung sind somit die beiden Autoritäten, auf die sich Drakachrust stützt. Beide zeugen seiner Meinung nach davon,

> dass die überwiegende Masse der weißrussischen Bevölkerung, darunter auch die überwiegende Masse der ethnischen Weißrussen, nicht nur im offiziellen Umgang, sondern auch im Alltag die russische Sprache benutzt.

Drakachrust macht hier den vermeintlichen sprachlichen Ist-Zustand zum Ausgangspunkt seiner weiteren Überlegungen. Denkbar wäre demgegenüber auch gewesen, vom Ziel der Sprachpolitik auszugehen, oder sich auf die hohen Werte für Weißrussisch als Muttersprache in den Volkszählungen zu beziehen.[110] Drakachrust argumentiert dabei mit dem Mehrheitsprinzip: Da die „überwiegende Masse" der Bevölkerung in Belarus' Russisch spricht, ist es für ihn eine Selbstverständlichkeit der Demokratie, dass diese Sprache Staatssprache bleiben sollte. Mit der Feststellung, dass zu dieser russischsprachigen Mehrheit auch die Mehrheit der ethnischen Weißrussen gehöre, fügt Drakachrust dieses Demokratie-Argument in den Rahmen nationalen Denkens ein. Er tritt damit dem möglichen Gegenargument entgegen, dass das Russische in Belarus' lediglich Sprache der Russen und anderer nationaler Minderheiten sei, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in Weißrussland verblieben seien.

Drakachrust stellt in dem zitierten Fragment die beiden Sprachdomänen „offizieller Umgang" (*aficyjnyja znosiny*) und „Alltag" (*pobyt*) einander ge-

110 Bei der Volkszählung von 1999 gaben rund 86 Prozent der Weißrussen Weißrussisch als Muttersprache an, 2009 allerdings nur noch rund 61 Prozent (PEREPIS' 1999; 2009).

genüber. Indem er betont, dass auch im Alltag das Russische dominiere, legt er nahe, dass die Dominanz der russischen Sprache in Belarus' nicht auf Vorschriften beruht, sondern auf Kommunikationsgewohnheiten.

Außer dem Ziel spielt auch die Geschichte der staatlichen Sprachpolitik in Drakachrusts Argumentation eine untergeordnete Rolle. Dass nicht die Geschichte, sondern die Gegenwart für ihn entscheidend ist, wird in der Aussage deutlich, dass man – wenn überhaupt – „nur" (!) auf historischer Ebene von einer „Zwangs-Russifizierung" (*prymusovaja rusifikacyja*) sprechen könne. Aus der Aussage spricht eine allgemeine Skepsis gegenüber dem Begriff „Russifizierung", den Verteidiger der weißrussischen Sprache in Belarus' häufig verwenden. Die Selbstwahrnehmung der russischsprachigen Weißrussen ist Grund für Drakachrusts Skepsis: Für die einzelnen Sprecher sei ihre Russischsprachigkeit „eine absolut natürliche und überhaupt nicht erzwungene Sache".[111]

Von diesem Gedanken ausgehend, formuliert Drakachrust die folgende Regel:

> In welcher Sprache jemand zu Hause sprechen soll – auf diesem Gebiet kann kein Machthaber irgendwelchen Zwang ausüben. Die „Hausspra-che" ist – mit seltenen Ausnahmen – nicht Ergebnis einer Auswahl oder Folge einer bestimmten Haltung. Die Eltern haben so gesprochen, die Freunde und Bekannten sprechen so, die Ehefrau (der Ehemann) schließlich spricht so – und was werde ich da tun – anders sprechen? Und dieser soziale „Zwang" verleiht den sprachlichen Präferenzen eine besondere Hartnäckigkeit.

Drakachrust ignoriert hier zugunsten einer vereinfachten Theorie der „unsichtbaren Hand"[112] völlig die Bedeutung staatlicher Sprachpolitik für Herausbildung und Verfestigung sprachlicher Präferenzen. Deren Wandel stellt er als quasi naturwüchsig ablaufenden Prozess dar. Zwar spricht er von sozialem Zwang bei der Wahl einer Sprache, fragt aber nicht nach dessen Ur-

111 Einen Hinweis, dass Drakachrust damit nicht falsch liegt, liefert eine Studie, die aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt von Slavisten und Soziologen der Universität Oldenburg mit Belarussisten und Soziologen der Belarussischen Staatsuniversität Minsk hervorgegangen ist. Das Projekt, das von der Volkswagen-Stiftung gefördert wurde, beschäftigte sich mit der Sprachmischung in Belarus' und sozialen Faktoren, welche die Verwendung der weißrussisch-russischen gemischten Rede beeinflussen. Der Studie zufolge waren 83,7 Prozent der befragten Weißrussen der Meinung, man könne Weißrusse sein, ohne Weißrussisch zu sprechen (HENTSCHEL & KITTEL 2011a).

112 Zur „unsichtbaren Hand" in der sprachlichen Entwicklung vgl. den viel diskutierten Ansatz von KELLER (2003).

sachen. Zudem zieht Drakachrust die Fähigkeit von Sprechern nicht in Betracht, sehr wohl in einer anderen als der am meisten verbreiteten Varietät zu sprechen, wenn das sozial vorteilhaft ist.

Er wendet sich dann wieder der Situation in Belarus' zu und fasst seine erste Begründung, warum in Belarus' zwei Staatssprachen erhalten bleiben sollten, zusammen (eine zweite Begründung wird noch folgen): Die „Erniedrigung des Status der russischen Sprache, die Begrenzung ihrer Rechte im offiziellen Gebrauch" würde „von der russischsprachigen Mehrheit als ungerechte Diskriminierung empfunden" werden. Drakachrust erklärt damit die Russischsprachigen in Belarus', die ihm zufolge die Bevölkerungsmehrheit ausmachen, zur möglichen Opfergruppe. Sie werden demnach von den Sprachnationalisten bedroht, die das Weißrussische zur einzigen Staatssprache machen wollen. Inhaberin von Rechten ist in Drakachrusts Äußerung die russische Sprache selbst. Jede Statusverschlechterung für das Russische ist Drakachrust zufolge ein Unrecht, auch wenn sie möglicherweise in langsamen Schritten erfolgt und erst als langfristiges Ziel die Dominanz des Weißrussischen im öffentlichen Leben hat.

Dem Russischen den Status als Staatssprache zu nehmen, lehnt Drakachrust nicht nur ab, weil dies aus seiner Sicht undemokratische Sprachpolitik wäre. Für ihn kommt hinzu, dass dieser Schritt auch die Demokratie als Ganzes bedrohen könnte:

> Wenn durch das Zusammentreffen absolut einmaliger Umstände (wie das 1990 der Fall war) die weißrussische Sprache einzige Staatssprache wird, wird sich das massenhafte Gefühl von Ungerechtigkeit und Diskriminierung früher oder später Bahn brechen und eine politische Form annehmen – einfach gesagt: das Sprachreferendum von 1995 wird sich wiederholen.

Insgesamt betrachtet, vereinfacht Drakachrust die sprachliche Situation in Belarus', indem er die Gesellschaft als mehrheitlich russischsprachig darstellt. Seine Verweise auf die Wissenschaft und die Alltagserfahrung sind sehr allgemein und klammern einige Probleme aus. So müssen Bekenntnis zu einer Sprache und tatsächliche Verwendung der Sprache nicht zusammenfallen. Strittig ist zudem, wie mit der weißrussisch-russischen gemischten Rede umzugehen ist, die in Belarus' sehr verbreitet ist, in Umfragen aber oft nicht als gesonderte Kategorie erhoben wird.[113]

Aljaksandr Sasnoŭ charakterisiert das Thema Staatssprachen zunächst als komplexes Problem: „Das ist keine so leichte Frage, wie es vielen er-

113 Vgl. dazu HENTSCHEL & KITTEL (2011a), KITTEL et al. (2010).

scheint.“ Diese Frage zu leichtfertig zu beantworten, wirft er vor allem denen vor, die das Weißrussische zur einzigen Staatssprache machen wollen. Seine Argumentation beginnt Sasnoŭ mit der Feststellung, dass „bereits neun bis zehn Generationen von Weißrussen unter Bedingungen starker Russifizierung“ lebten. Mit „Russifizierung“ verwendet er einen Begriff, den national gesinnte Politiker benutzen, um das historische Unrecht, das den Weißrussen von russischer Seite widerfahren sei, zu betonen. Ethnizität erscheint in Sasnoŭs Äußerung nicht als Konstrukt, sondern als etwas gleichsam Natürliches, das nicht rational, sondern nur emotional zu erfassen ist:

> Diejenigen, die dazu befähigt waren, irgendwie ihr Weißrussischsein zu fühlen, wurden zunächst von den zaristischen, dann den sowjetischen Machthabern (die ebenso Russen waren!) zerstört, streng und gnadenlos.

Sasnoŭ bewertet somit die Geschichte Weißrusslands unter zaristischer und sowjetischer Herrschaft nicht anders als nationalkonservative Politiker wie Zjanon Paznjak: Die weißrussische Ethnie bzw. – später – die weißrussische Nation ist Opfer aggressiver russischer Herrschaftssysteme. Noch deutlicher macht Sasnoŭ diesen Standpunkt durch die Aussage, den „Übrigen“ (also denjenigen, die ihr Weißrussischsein nicht gefühlt haben), habe man „die ganze Zeit eingetrichtert, dass sie genauso Russen seien, aber solche, die ein wenig von den Polen verdorben worden“ seien.

Diese Politik, die sich über zwei Jahrhunderte erstreckt habe, habe dazu geführt, dass heute die bedeutende Mehrheit der Weißrussen Russisch spreche. Dies ist Sasnoŭ zufolge aber nur durch die gleichzeitige Urbanisierung möglich gewesen:

> Man muss feststellen, dass es keine Sprachenfragen gäbe, wenn die meisten Weißrussen bis heute Landbewohner geblieben wären: Alle würden in der Muttersprache sprechen. Aber jetzt sind auf dem Land nur noch alte Leute und „Pythons“ geblieben, die Mehrheit aber ist in die Städte gezogen, hat Bildung (in russischer Sprache!) erhalten und gibt eben diese Sprache an die Nachkommen weiter.

Genauso selbstverständlich, wie Sasnoŭ zuvor eine weißrussische Identität als gegeben vorausgesetzt hat, hebt er hier auf die weißrussische Sprache als „Muttersprache“ ab. Die Folgen der Urbanisierung, die sich zur Sowjetzeit in Weißrussland vollzogen hat, schildert Sasnoŭ als ambivalent. Einerseits ist ihm zufolge durch die Landflucht die weißrussische Muttersprache verloren gegangen, andererseits haben die Migranten Zugang zu Bildung erhalten. Sasnoŭ steht damit zwischen den beiden Extremen in der Bewertung dieser Politik: Einerseits betrachtet er die Urbanisierung in der BSSR nicht aus-

schließlich als Modernisierungsleistung, wozu die russophil-imperiale Geschichtsschreibung in Belarus' neigt. Andererseits verklärt er nicht die bäuerlichen Traditionen der Weißrussen, wie dies mitunter im weißrussisch-nationalen Lager der Historiographie geschieht. Mit der Feststellung, dass auf dem Land jetzt nur noch alte Leute und „Pythons" lebten, verwehrt sich Sasnoŭ gegen eine antimoderne Argumentation in der Sprachenfrage. Die Python als Metapher umfasst Exotik und geringe Beweglichkeit. Sie liefert damit ein Bild für eigenartige Menschen, an denen die Modernität vorübergegangen ist, und die mit den gesellschaftlichen Anforderungen nicht zurechtkommen. Die Zukunft der sprachlichen Verhältnisse in Belarus' entscheidet sich Sasnoŭ zufolge in den Städten. Da die russischsprachigen Bewohner der Städte den größten Anteil an der Bevölkerung Weißrusslands ausmachten, habe Lukašėnka die Ergebnisse des Referendums von 1995 nicht fälschen müssen, sondern auch ohne Fälschung das gewünschte Ergebnis erzielt. Wenn aber „diese Tatsache" – das heißt die zwei Jahrhunderte andauernde „Russifizierung" der weißrussischen Bevölkerung – nicht wäre, müsste man laut Sasnoŭ „unbedingt nur eine Sprache zur Staatssprache machen", nämlich die weißrussische.

Nachdem Sasnoŭ die Interviewfrage bereits beantwortet hat, stellt er sich selbst noch die Frage, warum „bewusste Weißrussen so für eine einzige Staatssprache kämpfen". Mit der Rede von „bewussten" Weißrussen übernimmt er eine Selbstzuschreibung des national gesinnten Teils der Gesellschaft. Er äußert Erklärungsbedarf dafür, dass ein Teil der Bevölkerung sich den vermeintlich so klaren sprachlichen Fakten – der jahrhundertelangen „Russifizierung" – widersetzt. Sasnoŭ erklärt sich dies damit, dass es im Kampf um das Weißrussische als einzige Staatssprache „nicht im Geringsten um Sprache" gehe. Statt dessen sei aus Sicht der bewussten Weißrussen Sprache „für die Bevölkerung Hauptträger nationaler Selbstbestimmung". Sasnoŭ fährt fort:

> Deshalb denken sie, dass eine andere Sprache, nämlich die weißrussische, es erlaubt, eine sehr tiefgreifende und starke *Andersartigkeit von Russland* [kursive Schrift im Original, Anm. MB] zu haben, [dass eine andere Sprache, Anm. MB] es erlaubt, *Belarus' aus dem russischen imperialen Bereich herauszureißen*.

Sasnoŭ bezeichnet dieses Denken als „Fehler", denn:

> Das Beherrschen und Benutzen der russischen Sprache fügt in keiner Weise etwas hinzu, das dem Weißrussischsein entgegensteht oder es ergänzt. Wer ein sowjetischer „Internationalist" war, bleibt einer, auch wenn er besser als alle die weißrussische Sprache beherrscht. Wer sein

> Vaterland liebt, der wird es doch auch in der russischen (polnischen, englischen, hebräischen oder anderen) Sprache schätzen. Die nationale Selbstbestimmung ist heute mit der Staatsbürgerschaft – nicht mit der ethnischen Herkunft – verbunden – und schon gar nicht mit Sprache. Die Kanadier aus Quebec werden doch nicht allein dadurch zu Franzosen, dass sie Französisch sprechen!

Sasnoŭ tritt hier der aus seiner Sicht falschen Ikonizitäts-Annahme entgegen, nach der Sprachverwendung mit politischer Orientierung korreliert. Sprache sollte ihm zufolge nur eine kommunikative Funktion haben, wird aber von national gesinnten Politikern für die „nationale Selbstbestimmung" (*nacyjanal'naje samavyznačėnne*) benutzt. Diesen Begriff verwendet Sasnoŭ, statt von ethnischer oder nationaler *Identität* zu sprechen. Dem Erklärenden Wörterbuch der weißrussischen Literatursprache zufolge ist *nacyjanal'naje samavyznačėnne* die „Willensäußerung einer Nation hinsichtlich ihrer nationalen und staatlichen Ordnung" (SUDNIK & KRYŬKO 2005, 582). Der Begriff hebt somit auf die Staatlichkeit Weißrusslands ab, nicht auf den Zusammenhalt der Weißrussen als *imagined community*.

In seiner Argumentation vermischt Sasnoŭ allerdings die Aspekte ethnische/nationale Identität und Staatlichkeit/Staatsbürgerschaft. Wenn er äußert, die Sprachnationalisten wollten mit Hilfe der weißrussischen Sprache eine möglichst große Andersartigkeit von Russland erreichen, so geht es um ethnischen Zusammenhalt als Akt von Identität: Sprache soll zum konstitutiven Merkmal der Gruppenzugehörigkeit werden. Wenn er dagegen das Ziel vermutet, Weißrussland aus dem Einflussgebiet des russischen Imperiums zu reißen, so hat er die Unabhängigkeit des Staates im Blick.

Sasnoŭ stellt die „sowjetischen Internationalisten", d. h. die Anhänger einer sowjetischen Staatsnation, den Unterstützern einer eigenständigen weißrussischen Nation gegenüber. Was dieses Konzept einer eigenständigen Nation ausmacht, erläutert er nicht. Er stellt lediglich fest, dass diese Idee Menschen verträten, die ihr Vaterland[114] liebten. Sasnoŭ urteilt damit positiv über die Anhänger nationaler Eigenständigkeit. Ihre Gegner, die „Internationalisten", bewertet er nicht direkt. Eine indirekte Bewertung ergibt sich aber daraus, dass Sasnoŭ zuvor das Sowjetsystem als Unterdrücker nationaler Gefühle dargestellt hat.

Das Verhältnis zwischen Sprache und nationaler Identität ist für Sasnoŭ nicht lediglich arbiträr, sondern völlig zu vernachlässigen. Um dies zu unterstreichen, führt er verschiedene Sprachen an, in denen man sein Vaterland

114 Wörtlich übersetzt bedeutet *matčyna* 'Mutterland'.

lieben könne. Neben dem Russischen nennt er das Polnische und Hebräische, das heißt Sprachen von national beziehungsweise religiös definierten Gruppen, die in Weißrussland als Minderheiten leben. Er nennt aber auch das Englische. Es steht mit keiner der Bevölkerungsgruppen in Verbindung, die in Weißrussland traditionell sesshaft sind. Als Beleg für seine These, dass nationale „Selbstbestimmung" – gemeint ist nationale Identität – nicht mit Ethnizität und Sprachverwendung, sondern mit der Staatsbürgerschaft zusammenhänge, führt Sasnoŭ die Frankophonen in Quebec an: Diese fühlten sich trotz ihrer französischen ethnischen Herkunft und der Verwendung der französischen Sprache nicht als Franzosen, sondern als Kanadier. Sasnoŭ vergleicht die Verhältnisse in Quebec nicht ausdrücklich mit der Situation in Belarus', aber worauf das Beispiel abzielt, ist klar: So wie die Französischsprachigen in Quebec sich nicht als Franzosen, sondern als Kanadier fühlen, so fühlen sich Sasnoŭ zufolge auch die meisten Russischsprachigen in Belarus' nicht als Russen, sondern als Weißrussen – und zwar auch dann, wenn ihre Vorfahren als ethnische Russen nach Weißrussland gekommen sind.

Stanislaŭ Bahdankevič vertritt ebenfalls die Ansicht, in Weißrussland müssten zwei Staatssprachen erhalten bleiben – etwas Anderes sei „nicht zielführend". Gleichzeitig fordert er aber, der Staat müsse eine Hierarchisierung der beiden Staatssprachen anstreben, damit das Weißrussische „de iure und de facto" zur „realen ersten Staatssprache" werde. Dies solle durch ein staatliches Programm geschehen. Das Programm müsse darauf gerichtet sein, die Verwendung des Weißrussischen im Bildungssystem auszuweiten. Ziel sollte Bahdankevič zufolge „die Erneuerung der Bedeutung, Prestigeträchtigkeit und Nützlichkeit" der weißrussischen Sprache sein. Als Zeitraum, in dem dies zu erreichen sei, nennt er „etwa 15 Jahre".

Unklar lässt Bahdankevič, wie er sich das Nebeneinander zweier Staatssprachen vorstellt, von denen die eine Vorrang haben soll. Dass es zu Lasten des Russischen ginge, wenn das Weißrussische im Bildungssystem mehr verwendet würde, erwähnt er nicht. Ebensowenig äußert er sich dazu, wie allein mehr weißrussischsprachiger Unterricht und „finanzielle Unterstützung" dazu führen sollen, dass das Weißrussische auch im Alltag mehr verwendet wird.

Leanid Zaiko reflektiert in seiner Antwort auf die Interviewfrage zunächst den Begriff der Staatssprache, der sich wandele. Er stellt das Thema in den Kontext der Globalisierung und verwendet dabei die Schlüsselworte „Wandel", „Mobilität", „Perspektiven" und „Elite". Zunächst stellt er allgemein fest, dass es auf der Welt viele sehr mobile Menschen gibt, die häufig

Arbeit und Wohnort wechseln. Dann verengt Zaiko seine Perspektive auf die Weißrussen, die ein solches Leben führen. Zu diesen zählt er seine ehemalige Studenten: Mehr als die Hälfte von ihnen lebe und arbeite im Ausland, wolle dort in ein wirtschaftliches und intellektuelles Milieu kommen, das ihnen mehr Perspektiven biete, und „Teil der globalen Elite" werden. Was er darunter versteht, bestimmt Zaiko nicht näher. Er nennt lediglich die Sprache, die ihm zufolge Zutritt zur globalen Elite gewährt: das Englische. Zaiko kommt dann zu dem Schluss:

> Es ist möglich, dass diese Sprache und diese Elite die neue Ordnung des 21. Jahrhunderts darstellen.

Nach dieser Vermutung kehrt Zaiko zum Begriff der Staatssprache zurück. Ihn und verwandte Begriffe kontrastiert er mit seinen vorangegangenen Aussagen zur Globalisierung. Damit lässt er den Staat als schwachen Akteur erscheinen:

> Staatssprache und staatliche Wissenschaft, staatliche Kunst – das sind die Schöpfungen von Beamten und Politikern.

Implizit ist dies auch ein Vorwurf an die weißrussischen Sprachnationalisten: Indem sie fordern, dass das Weißrussische wieder einzige Staatssprache wird, erweisen sie sich aus Zaikos Sicht als ähnlich staatsgläubig wie ihre Gegner, die Sowjetnostalgiker. Diese Erwartungshaltung dem Staat gegenüber passt Zaiko zufolge nicht mehr zum Zeitalter der Globalisierung.

Zaiko betont dann, dass „er persönlich gegen die Auslöschung eines Sprachsystems durch ein anderes" sei. Gemeint sein kann damit die weitere Verdrängung des Weißrussischen. Zaiko könnte aber auch die Verdrängung des Russischen in Belarus' meinen, wenn das Weißrussische einzige Staatssprache würde. Er hält es für notwendig, dass die Weißrussen drei Sprachen erlernen, um „in die regionale und globale Gemeinschaft" bzw. „in die Elite ihres Landes und der Welt" einzutreten: das Weißrussische, das Russische und das Englische. Dies ist eine Ikonisierung nach Irvine und Gal: Zaiko wertet individuelle Mehrsprachigkeit als Hinweis auf intellektuelle Weltläufigkeit und Karrieretauglichkeit der jeweiligen Sprecher. Das Weißrussische ist für ihn dabei die Sprache der nationalen Identität. Das Russische verbindet die Weißrussen mit den anderen Nationen der früheren Sowjetunion, während das Englische für die Kommunikation mit der Weltgemeinschaft erforderlich ist. Das Weißrussische erfüllt demzufolge in erster Linie eine Gruppenfunktion, das Russische in Belarus' sowohl eine Gruppen- als auch eine internationale Funktion, während das Englische ausschließlich eine internationale Funktion erfüllt, deren Bedeutung aber wächst.

Laut Zaiko ist das System der Sprachausbildung in Weißrussland dreimal so teuer wie etwa in Großbritannien und den USA. Dort nämlich reiche die Kenntnis des Englischen aus, um sich weltweit zu verständigen. Allein aus Kostengründen dürfe man aber nicht die Ausbildung und Berufspraxis in einer der drei Sprachen beschränken, die für Belarus' wichtig seien. Dann nämlich nehme man der Mehrheit der jungen Menschen die Chance, in die Elite ihres Landes und der Welt aufzusteigen. Diese Aussage könnte man als Verteidigung des Weißrussisch-Unterrichts gegen diejenigen verstehen, die ihn gern abschaffen würden, weil er die Staatskasse belastet, und weil das Weißrussische im Alltag kaum benutzt wird. Die zwei Folgesätze legen aber eine andere Interpretation nahe:

> Für die eigene Muttersprache zu kämpfen, ist eine Art von Minimalprogramm. Eine Hyperkompensation zugunsten der Selbstidentifikation.

„Hyperkompensation" ist ein Begriff aus der Trainingslehre im Sport. Er bezeichnet den Vorgang, dass der menschliche Körper nach einer Trainingsbelastung in der darauf folgenden Regenerationsphase seine Leistungsfähigkeit über das Ausgangsniveau hinaus steigert und dieses höhere Niveau über eine bestimmte Zeit hält, was gezielt zur Steigerung der Trainingsleistung genutzt werden kann. Legt man in Zaikos Aussage dieses Verständnis des Begriffs zugrunde, so kann man die Hyperkompensation hier als Metapher verstehen. Der wiederholten Trainingsbelastung entsprechen repressive Phasen in der Sprachpolitik des Zarenreichs, der Sowjetunion und des Staatsapparats unter Präsident Lukašėnka. Den Regenerationsphasen dagegen sind die Zeitabschnitte der Sprachpolitik in Weißrussland zugeordnet, die als weniger repressiv gelten. Die „Leistungssteigerung" schließlich besteht im zunehmenden Sprachpatriotismus national gesinnter Weißrussen. Zaiko kritisiert diesen Sprachpatriotismus als Minimalprogramm. Sein Argument ist, dass der Kampf für das Weißrussische als einzige Staatssprache zwar die nationale Identität der Weißrussen stärkt, aber ihre Kommunikationsfähigkeit mit anderen Nationen gefährdet.

Zaiko stellt dann den Sinn der Diskussion über die Staatssprachen in Belarus' grundsätzlich in Frage: Substanz dieser Diskussion sei „die politische Wahl", diese aber sei der Gesellschaft „von Politikern und *palitykany* aufgezwungen" worden. Der Begriff *palitykan* bezeichnet im Weißrussischen pejorativ einen prinzipienlosen Politiker (SUDNIK & KRYŬKO 2005, 429). Das Wort ist im Mediendiskurs in Belarus' häufig anzutreffen, ebenso wie die Ableitungen *palitykanstva* „prinzipienloses politisches Handeln" und *palitykanstvavac'* 'prinzipienlos politisch handeln'. Mit diesen Begriffen titulie-

ren sich Lukašėnka-Anhänger und oppositionelle Politiker gegenseitig. Das Wort *palitykany* erfüllt in Zaikos Äußerung die Funktion, die Debatte über die Staatssprachen mit dem Thema Politikverdrossenheit zu verknüpfen. Inhaltlich bleibt der Begriff bei Zaiko genau so unbestimmt wie auch sonst im weißrussischen Mediendiskurs. Als Schlüsselwort greift er die Politikverdrossenheit, die beim Leser vermutet wird, auf und schafft damit ein Einverständnis zwischen Sprecher/Textautor und Zuhörer/Leser. Eine Erläuterung, was konkret den vermeintlichen *palitykany* vorgeworfen wird, ist dann oft nicht mehr nötig.

Zaiko zufolge macht folgende Wahl das Wesen der Diskussion über die Staatssprachen aus: „[E]ntweder die freie Entwicklung des Landes, die Distanzierung von Russland, oder der östliche Vektor der strategischen Orientierung von Belarus'". Dafür dass Zaiko die Debatte über Staatssprachen als aufgezwungenes Thema darstellt, ist die Entscheidung, um die es ihm zufolge dabei geht, bemerkenswert wichtig. Erstaunlich ist, dass Zaiko als russischsprachiger Intellektueller die freie Entwicklung Weißrusslands mit Distanz zu Russland verbindet. Die politischen Optionen, die Belarus' hat, stellt er einander nicht als genaue Gegensatzpartner gegenüber: Während er die Westorientierung positiv „freie Entwicklung des Landes" nennt, bezeichnet er die Ostorientierung im bürokratischen Jargon der Staatsmedien als „östlichen Vektor der strategischen Orientierung von Belarus'".

Obwohl Zaiko somit die Westintegration von Belarus' positiv bewertet, die Ostintegration dagegen bestenfalls neutral beschreibt, bekräftigt er dann, dass die Zukunft Weißrusslands in drei Sprachen liege – Weißrussisch, Englisch und Russisch. Für die EU brauche man das Englische, für den östlichen Vektor das Russische. Dreisprachigkeit sei für die Weißrussen genauso unumgänglich wie für Litauer, Letten und Polen. Denn mit diesen teile man ein Schicksal, das die ganze Zeit auf Wahl beruht habe und weiter beruhen werde. Zaikos Vergleich mit Litauern, Letten und Polen überrascht insofern, als die baltischen Staaten und Polen sich klar für die Westintegration entschieden haben. Im öffentlichen Leben Polens spielt das Russische überhaupt keine Rolle mehr. In Litauen und Lettland gibt es zwar noch russischsprachige Minderheiten, doch ist hier die Sprache der jeweiligen Titularnation einzige Staatssprache. Der Vergleich mit Polen deutet jedoch darauf hin, dass Zaiko für das Russische im weißrussischen Schulsystem eine ähnliche Rolle vorschwebt wie etwa für das Deutsche im polnischen Schulwesen.

Zaiko beendet seine Antwort auf die Frage zu den Staatssprachen mit der Feststellung, dass Weltpolitik und Integrationsprozesse nun so beschaffen

seien, „dass mächtigere und einflussreichere Länder für uns die Wahl treffen“. Er bekräftigt damit, dass aus seiner Sicht die Debatte über Staatssprachen überflüssig ist. Sie ist Nebenschauplatz eines Streits, in dem es tatsächlich um die außenpolitische Orientierung des Landes geht. Belarus’ aber kann laut Zaiko diesen Kurs nicht selbst bestimmen, sondern ist nur Spielball konkurrierender Machtblöcke.

Uladzimir Mackevič schildert in seiner Antwort auf die Interviewfrage, was er tun würde, „wenn man solche Fragen [nach der besten Staatssprachen-Regelung, Anm. MB] künstlich lösen könnte und das von mir abhinge“: Er würde nach eigenen Angaben das Weißrussische zur alleinigen Staatssprache machen und auf den entsprechenden Artikel der Verfassung ein Moratorium von 40 bis 50 Jahren verhängen. Weiter sagt er:

> Wenn dann in 50 Jahren die russische Sprache in Belarus’ wenigstens so verbreitet wäre wie heute die weißrussische, dann könnte man erneut zu dieser Frage zurückkehren. Aber das hängt nicht von mir und überhaupt von niemandem persönlich ab. Politik ist eine Kunstfertigkeit, die Kunst des Möglichen.

Die Begriffe „künstlich“ (*štučna*) und „Kunstfertigkeit“/„Kunst“ (*štuka* und *mastactva*) bilden eine Klammer um den ersten Teil von Mackevičs Antwort. Das Adverb *štučna* ist negativ konnotiert, denn im zitierten Kontext hebt es auf eine Handlung ab, die eigenmächtig vorgenommen wird und den Willen der Gesellschaftsmehrheit außer Acht lässt. Mackevič zweifelt mit Hilfe dieses Adverbs an der Möglichkeit, langfristige Sprachplanung bzw. eine perspektivische Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen zu betreiben. In der Aussage, dass Politik eine Kunstfertigkeit und die Kunst des Möglichen sei, sind dagegen die Begriffe *štuka* und *mastactva* positiv besetzt: Das Beharren auf nicht durchsetzbaren Prinzipien bringt weniger als taktisch geschicktes politisches Handeln, auf das sich die beiden Begriffe beziehen.

Mackevič hält es zwar prinzipiell für wichtig, der weißrussischen Sprache gegenüber der russischen einen vorrangigen Status zu geben. Er sieht dazu aber keine Möglichkeit. Dies verdeutlicht er durch das zitierte Gedankenspiel, wie er sich als Herrscher verhalten würde, der dem Weißrussischen wohlgesonnen ist. Seine Ablehnung „künstlicher“ Lösungen in der Sprachenfrage entspricht der ähnlich lautenden Argumentation von Staatspräsident Lukašėnka. Mackevičs Aussage, dass die sprachlichen Verhältnisse in Belarus’ „von niemandem persönlich“ abhingen, widerspricht proweißrussischen Meinungen, wonach die geringe Verbreitung des Weißrussischen im öffentlichen Leben ausschließlich Lukašėnka anzulasten sei.

Mackevič zufolge ist es unmöglich, Widerstand der Gesellschaft gegen eine bestimmte Sprachpolitik einfach zu ignorieren. Davon abgesehen gibt es für ihn keinen Grund, warum das Weißrussische nicht einzige Staatssprache sein sollte. Er wendet sich gegen das Argument, die Menschenrechte der Russischsprachigen würden bei einer solchen Lösung verletzt:

> Ein solches Argument ist nur dann annehmbar, wenn die Staatsbürger sich einigen, alles für die Ausweitung der Sphären zu tun, in denen das Weißrussische verwendet wird. Ein solcher Konsens ist wenig wahrscheinlich. Deshalb ist die einzige vernünftige Lösung der in der Verfassung garantierte Schutz der weißrussischen Sprache.

Der Erhalt des Weißrussischen ist somit für Mackevič ein Staatsziel, das unabhängig von einer Entscheidung der Mehrheit feststeht. Dieses Ziel gehört ihm zufolge in die Verfassung, weil die Gesellschaft nicht hinreichend einsieht, dass die weißrussische Sprache geschützt werden muss.

Knapp antwortet auf die Frage, welche Staatssprachen-Lösung Belarus' anstreben sollte, der Literaturwissenschaftler und Publizist Sjamën Bukčyn. Ohne seine Ansicht zu begründen, äußert er, allein das Weißrussische müsse Staatssprache sein. Gleichzeitig fordert er, die Situation „realistisch" zu sehen und „normal" auf die Verbreitung des Russischen in Belarus' zu schauen, daraus keine „Politik" zu machen und die russische Sprache nicht der weißrussischen gegenüberzustellen. Ähnlich wie bei Zaiko ist der Begriff „Politik" negativ konnotiert. Bukčyn stellt ihn „Realismus" und „Normalität" bei der Betrachtung der sprachlichen Situation gegenüber. Mit dem Weißrussischen als einziger Staatssprache gibt Bukčyn ein Ziel an, über das die weißrussische Gesellschaft zerstritten ist. Andererseits warnt er vor einer politischen Auseinandersetzung über dieses Thema und geht somit offenbar davon aus, dass der Konflikt harmonisch gelöst werden kann.

Im Gegensatz zu Zaiko hält Bukčyn die sprachliche Situation in Belarus' und den baltischen Staaten nicht für vergleichbar:

> Belarus' ist nicht Estland und nicht Lettland. Wenn das seinerzeit unsere feurigen Patrioten verstanden hätten, hätten wir vielleicht nicht das, was wir heute haben.

Mit seiner Kritik meint Bukčyn die nationalen Patrioten, die Anfang der 1990er Jahre die sprachpolitische Debatte in Belarus' bestimmten. Ihnen gibt er eine Mitschuld an der sprachlichen Situation unter Lukašėnka. Denn sie wollten Bukčyn zufolge das Russische ähnlich zurückdrängen wie die baltischen Volksfront-Bewegungen, sind damit aber zu weit gegangen. Die aktuelle sprachliche Situation in Belarus' bewertet Bukčyn indirekt negativ.

Für Viktar Marcinovič ist die Zahl der Staatssprachen für Kultur und Ethnizität bedeutungslos. Entscheidend ist für ihn, welche Sprachen tatsächlich benutzt werden. Mit diesem Verständnis von der ethnischen Gruppenfunktion einer Sprache stimmt Marcinovič mit Cooper überein, für den die tatsächliche Sprachverwendung ebenfalls das entscheidende Kriterium ist. Er unterscheidet sich mit seiner Ansicht von Smolicz und Secombe sowie Eastman, für welche die Bedeutung einer Sprache für die ethnische Identität nicht zwangsläufig daran geknüpft ist, dass sie auch benutzt wird.

In Belarus', in dem es zwei Staatssprachen gebe, wäre es Marcinovič zufolge „logisch", wenn die gesamte offizielle Dokumentation in diesen zwei Sprachen geführt würde. Dies sei aber nicht der Fall, selbst nachdem Lukašėnka ein distanzierteres Verhältnis zu Russland entwickelt habe. Marcinovič geht hier somit davon aus, dass im Normalfall jede Staatssprache auch die Funktionen einer offiziellen Arbeitssprache innehat, nicht nur die Funktionen als gesetzlich verankerte offizielle Sprache und/oder als symbolische offizielle Sprache (vgl. zu den Begriffen COOPER 1989, 99f.).

Damit die Macht zweisprachig werde, brauche man keine offizielle Erklärung von Zweisprachigkeit, sondern eine andere Zusammensetzung der Eliten:

> Wenn in der Machtvertikale sowohl Träger der *Trasjanka* (das heißt die Onkels aus der Region Mahilëŭ-Homel', die meinen, dass sie Russisch sprechen) als auch Vertreter der Partei BNF sitzen – oder einfach die national orientierte Intelligenz –, dann werden alle Gesetze und Regierungsbeschlüsse im Nu zweisprachig.

Aufschlussreich ist die Gegenüberstellung, mit der Marcinovič argumentiert: Das „russischsprachige" Lager ist demzufolge erstens durch seinen tatsächlichen Sprachgebrauch (*Trasjanka*) definiert, der von der sprachlichen Selbstzuschreibung bzw. dem imaginierten Sprachgebrauch („Russisch") abweicht. Zweites Definitionsmerkmal ist die regionale Herkunft – der Osten und Südosten des Landes, nämlich die Regionen Mahilëŭ und Homel'. Drittens bezeichnet Marcinovič die Mitglieder dieser Gruppe spöttisch als *dzjadz'ki* 'Onkel'. Sie sind damit als Männer im mittleren bis höheren Lebensalter charakterisiert, die aus eher kleinen Verhältnissen stammen und ein eher niedriges Bildungsniveau aufweisen. Bildung ist dabei nicht als formaler Abschluss zu verstehen, sondern als Persönlichkeitsmerkmal, etwa im Sinne des Bourdieuschen *homo academicus* (BOURDIEU 2002).

Die dazu in sprachlicher Hinsicht entgegengesetzte, d. h. dem Weißrussischen zugeneigte Elite besteht für Marcinovič zum einen aus Sympathisanten einer politischen Partei, nämlich dem nationalkonservativen BNF. Zum ande-

ren gehören zu dieser Gruppe Menschen mit hohem Bildungsgrad, die ein Modell der weißrussischen Nation befürworten, das nicht von der Sowjetzeit geprägt ist.

Das Kriterium Bildung wendet Marcinovič somit sowohl auf die Weißrussisch-Anhänger in der Elite als auch – über die Spottbezeichnung *dzjadz'ki* – auf die Russisch-Anhänger an. Die Gruppe der Russisch-Anhänger ist hinsichtlich ihrer politischen und weltanschaulichen Orientierung nicht bestimmt. Gleiches gilt für die Weißrussisch-Anhänger hinsichtlich ihres tatsächlichen und imaginierten Sprachgebrauchs, ihrer regionalen Herkunft sowie ihres Alters und Geschlechts.

Welche offiziellen Arbeitssprachen bei der politischen Elite Weißrusslands in Gebrauch sind, sieht Marcinovič nicht als entscheidend für die gesamtgesellschaftliche Zweisprachigkeit an. Trotzdem warnt er davor, die staatlichen Institutionen zu abrupt auf zwei Sprachen umzustellen:

> [...] wenn dies allzu scharf eintritt, kann es die grundlegende Masse der Bevölkerung abschrecken und in Furcht versetzen. Ich war und bin weiterhin der Meinung, dass die Tatsache, dass 1994 ein Präsidentenkandidat an die Macht kam, der danach die weiß-rot-weiße Flagge und das Wappen „Verfolgung" verboten hat, Ergebnis einer Politik der dynamischen nationalen Wiedergeburt war, die von den Eliten verstanden und beschlossen worden war, aber einen beträchtlichen Anteil der „unbewussten Bevölkerung", die nicht zum Stamm des „homo politicus" gehörte, ein wenig erschreckt hatte.

Die weißrussisch-national orientierte Elite und ihre Sprachpolitik in der ersten Hälfte der 1990er Jahre bezeichnet Marcinovič als dynamisch. Dieser Dynamik der politischen Elite stellt er die Furcht der unpolitischen Masse vor Veränderungen gegenüber. Mit seiner vermeintlich überstürzten Weißrussifizierung hat das nationale Lager nach Meinung von Marcinovič überhaupt erst ermöglicht, dass Lukašėnka Präsident geworden ist.

Nach seinen Ausführungen zum Sprachgebrauch der Eliten und dessen Einfluss auf den Sprachgebrauch der Gesamtbevölkerung beantwortet Marcinovič die Interviewfrage:

> [...] ich denke Folgendes: In Belarus' könnte man, wenn man die nationale Zusammensetzung des Landes berücksichtigt, vier Staatssprachen einführen: Weißrussisch, Russisch, Hebräisch und Arabisch. Und Weißrussisch könnte man für eine gewisse Zeit zur Sprache der internationalen Beziehungen erklären.

Zieht man in Erwägung, dass Marcinovič die Frage nach der Zahl der Staatssprachen am Anfang seiner Äußerung als bedeutungslos abgetan hat, so er-

scheint die zitierte Aussage ironisch. Der Anteil von Weißrussen an der Bevölkerung liegt nach der Volkszählung von 2009 bei 83,7 Prozent, es folgen Russen (8,3 Prozent), Polen (3,1 Prozent) und Ukrainer (1,7 Prozent), vgl. dazu BELSTAT (2009). Der Anteil an jüdischer (0,1 Prozent) und arabischer Bevölkerung (weniger als 0,1 Prozent) ist in Belarus' so gering, dass der Vorschlag, Hebräisch und Arabisch zu Staatssprachen zu erklären, absurd erscheint. Marcinovičs Idee, Weißrussisch zur „Sprache der internationalen Beziehungen" zu machen, wirkt dagegen wie eine Anknüpfung an die Sprachpolitik der Sowjetunion, in der das Russische diese Rolle innehatte. Damit signalisiert Marcinovič Skepsis gegenüber Verteidigern der weißrussischen Sprache, die eine rechtliche Sonderstellung des Weißrussischen fordern. Deren sprachpolitische Ziele verbindet er mit der Bevorzugung der russischen Sprache zur Sowjetzeit. Die Ironie der Aussage besteht darin, dass Belarus' nur einen Bruchteil der Fläche und Bevölkerung der Sowjetunion umfasst und somit eine vermeintlich imperiale Sprachpolitik von vornherein als ein absurdes Ziel erscheint.

Der Verleger Pëtr Marcaŭ äußert sich in seiner Antwort im scheinbar marxistisch-leninistischen Duktus: „In dieser konkreten historischen Periode" müsse die staatliche Zweisprachigkeit erhalten bleiben. Das Weißrussische als „Muttersprache" (*rodnaja mova*) und „Nationalsprache" (*nacyjanal'naja mova*) müsse man im Prinzip zwar „entwickeln und verbreiten", aber „nicht in einem Staat dieses Typs, nicht in dieser historischen Periode".

Für seine Forderung, auch das Russische müsse Staatssprache bleiben, nennt Marcaŭ zwei Gründe: Zum einen sei das Russische „Arbeitssprache des Umgangs (*znosinaŭ*) bei praktisch der gesamten Bevölkerung", das Weißrussische dagegen „leider" nicht. Zum anderen sei Russisch „Arbeitssprache in der staatlichen Tätigkeitssphäre", das Weißrussische wiederum nicht. Unter der Arbeitssprache in der staatlichen Sphäre versteht Marcaŭ, was Cooper offizielle Arbeitssprache nennt (COOPER 1989, 99ff.). Zusätzlich führt Marcaŭ aber den Begriff einer Arbeitssprache des alltäglichen Umgangs ein, der bei Cooper keine direkte Entsprechung hat. Als normales Kommunikationsmedium im Alltag werden nach Cooper zwar Sprachen mit Gruppenfunktion verwendet, doch schreibt Marcaŭ dem Russischen in Belarus' eben keine gruppenkonstituierende Wirkung zu. Diese ist für ihn dem Weißrussischen vorbehalten. Dessen Erhalt sei unerlässlich, da es Muttersprache und Nationalsprache der Weißrussen sei.

Marcaŭ zufolge ist es „in dieser historischen Periode", „in einem Staat dieses Typs" – d. h. im neosowjetischen Herrschaftssystem unter Lukašėnka

– ausreichend, das Weißrussische als Staatssprache zu bewahren. Marcaŭ hebt damit auf den Status als gesetzlich verankerte offizielle Sprache ab, wie ihn Cooper definiert hat. Solange also die Verfassung das Weißrussische als Staatssprache nennt, kann es Marcaŭ zufolge nicht „untergehen". Seine tatsächliche Verwendung kann sofort nach einem Ende der Herrschaft Lukašėnkas ausgeweitet werden.

3.5.3.2 Völlige Wahlfreiheit oder „Handicap" für das Weißrussische: Die Unterrichtssprachen

Auf die Frage, nach welchem Prinzip die Unterrichtssprache im weißrussischen Bildungssystem bestimmt werden sollte, antwortet Svjatlana Aleksievič nicht direkt. Sie setzt sich zunächst damit auseinander, dass in der Volkszählung von 1999 mehr als 80 Prozent der Weißrussen Weißrussisch als ihre Muttersprache angegeben haben (vgl. PEREPIS' 1999). Mit dieser Tatsache wird häufig für eine entschiedenere staatliche Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen argumentiert, Aleksievič aber tritt dem entgegen. Zunächst äußert sie Verständnis für diejenigen, die bei der Volkszählung Weißrussisch als ihre Muttersprache genannt haben:

> Auf die Frage der Volkszählung [zur Muttersprache, Anm. MB] hätte ich genauso geantwortet, dass meine Muttersprache Weißrussisch ist.

Dann aber nennt die erfolgreiche russischsprachige Schriftstellerin Aleksievič sich selbst als Beispiel, um den Unterschied zwischen erklärter und tatsächlicher Sprachverwendung aufzuzeigen:

> Aber das bedeutet überhaupt nicht, dass ich in ihr [der weißrussischen Sprache, Anm. MB] spreche, dass ich sie gut kenne, dass ich in ihr genauso schreiben könnte, wie ich auf Russisch schreibe.

Dass so viele Weißrussen das Weißrussische als Muttersprache angegeben haben, ohne es tatsächlich zu benutzen, erklärt Aleksievič anders als die meisten Kommentatoren außerhalb des Regierungslagers. Sie nennt als Grund nicht den Nationalstolz der Weißrussen oder die Ablehnung der sowjetischen Sprachpolitik, sondern die Globalisierung:

> Die Antworten der Menschen, dass ihre Muttersprache Weißrussisch ist – das ist der Versuch, weiter zu existieren, nicht in dieser Welt der Globalisierung zu verschwinden. Der Mensch spürt, dass die Welt so gewaltig groß wird, und du selbst bist so klein, du kannst in all dem verschwinden. Deshalb gibt es hier ein Element der Selbsterhaltung, wenn die Leute so auf diese Frage antworten.

Angesichts dessen stellt sich Aleksievič zufolge die Frage, warum sich die Weißrussifizierungspolitik nicht durchgesetzt hat. Die Schriftstellerin be-

gründet dies damit, dass „die nationale Basis […] bei uns zerstört ist“, und hält dies für einen Mangel. Sie umschreibt mit einer Hausbau-Metapher, was aus ihrer Sicht zu tun ist, um das Nationalbewusstsein zu stärken:

> Für mich gibt es nur ein einziges Programm – dass man all dies Ziegelstein für Ziegelstein aufbauen und hochziehen muss, das sollte ein großes Programm sein. Es sollten zwei Sprachen existieren, aber es sollte eine groß angelegte Arbeit begonnen werden, mindestens über zwei, drei Generationen, damit vom Kindergarten an eine allgemeine Atmosphäre zum Erlernen der Muttersprache, der heimatlichen[115] Geschichte geschaffen wird, aber nicht in radikalen Formen.

Aleksievič setzt sich somit für den Spracherhalt des Weißrussischen ein. Aus ihrer Sicht muss vor allem der Anreiz zum Erwerb dieser Sprache verbessert werden. Ein verbesserter Anreiz besteht für Aleksievič allerdings nur in einer etwas diffusen positiven Atmosphäre. Zwar wiederholt sie ihre Ansicht, in Belarus' müssten zwei (Staats-)Sprachen erhalten bleiben, doch spricht sie sich im Bildungswesen für eine perspektivische Sprachpolitik aus. Diese wäre darauf gerichtet, die Situation der weißrussischen Sprache zu verbessern.

Außer mit dem Thema Globalisierung verknüpft Aleksievič die Sprachpolitik mit dem Geschichtsdiskurs. Sie vertritt die Ansicht, in beiden Bereichen – Sprachpolitik und Geschichtspolitik – müsse man „Ordnung schaffen“ (*z ŭsim hėtym trėba jaščė razabracca*). Wiederum untermauert Aleksievič ihre Meinung mit persönlicher Erfahrung: In den Geschichtsbüchern, die sie gelesen habe, sei manchmal schwer zu verstehen, was Mythologie und was reale Geschichte sei. Noch einmal betont Aleksievič, dass „gewaltige Arbeit“ erforderlich sei. Diese aber müsse man „ruhig“ und „ohne gezückten Säbel“ erledigen.

Insgesamt vergleicht Aleksievič, was aus ihrer Sicht gute und schlechte Spracherwerbs- und Geschichtspolitik ausmacht: Gute Politik besteht ihr zufolge aus Ruhe, Mäßigung, Orientierung an einer objektiv feststellbaren Wirklichkeit sowie Anstrengung bei der Umsetzung der Ziele. Schlechte Spracherwerbs- und Geschichtspolitik dagegen ist radikal, maßlos, praxisfern und basiert auf Mythen.

Ihre Antwort auf die Interviewfrage beendet Aleksievič mit einer indirekten Begründung, warum sie das Thema Sprache mit den Themen Globalisierung und Geschichtspolitik verknüpft:

115 Im weißrussischsprachigen Original steht sowohl mit dem Substantiv für „Sprache“ als auch mit dem Substantiv für „Geschichte“ das Adjektiv *rodnaja* ‘heimatlich; Mutter-’.

> Die Meinung, die vor etwa 20 Jahren herrschte, dass wir alle Probleme durch Sprache lösen werden, ist eine Kraftlosigkeit des Denkens, darunter des nationalen. Sprache – das kann eins der Probleme sein, aber es ist nicht das ganze Problem.

Aleksievič kritisiert hier die Position der nationalen Intellektuellen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Sie bezeichnet den Glauben als naiv, nach dem man die nationale Identität allein dadurch stärken könne, dass man die Nationalsprache in allen Bereichen für verbindlich erklärt. Diese Ansicht, die Aleksievič als falsch darstellt, geht auf die These von Humboldts zurück, nach der die Verschiedenheit von Sprachen einer Verschiedenheit von Weltsichten entspricht. Demzufolge könnten die Weißrussen sich vom großrussischen imperialen Denken lösen, indem sie sich von der russischen Sprache lossagen.

Der Publizist Aljaksandr Fjaduta antwortet nur kurz auf die Frage, nach welchem Prinzip die Unterrichtssprache im Bildungssystem von Belarus' bestimmt werden sollte. Er fordert das „Prinzip der Freiwilligkeit". Dabei solle jedoch an den Hochschulen „die Kenntnis beider Sprachen und ebenso die Kenntnis zweier Fremdsprachen" verbindlich sein. Die Beispiele von Vincuk Vjačorka und Ljavon Barščėŭski[116] zeigten, dass sogar noch mehr möglich sei.

Wie schon in seiner Antwort auf die Frage nach den Staatssprachen verzichtet Fjaduta darauf, grundsätzliche Gedanken zum Verhältnis von Sprache und Nation in Belarus' zu äußern. Er beklagt auch nicht das vermeintlich geringe Nationalbewusstsein der Weißrussen. Die weißrussische Sprache zu erhalten, formuliert Fjaduta nicht als Ziel der Spracherwerbspolitik und benennt demzufolge auch keine Methode, dieses Ziel zu erreichen. Bereits in seiner Antwort auf die erste Interviewfrage hat sich Fjaduta besorgt über das Niveau der philologischen Bildung in Belarus' geäußert. Dazu passt seine Forderung, Russisch, Weißrussisch und zwei – oder sogar noch mehr – Fremdsprachen müssten an den weißrussischen Hochschulen verbindlich sein. Das Weißrussische ist dieser Argumentation zufolge lediglich eine Sprache, deren Kenntnis unter Gebildeten zum „guten Ton" gehören sollte.

116 Vjačorka und Barščėŭski sind namhafte ehemalige Spitzenpolitiker der konservativen Oppositionspartei BNF, gleichzeitig Philologen mit umfangreichen Fremdsprachenkenntnissen. Der BNF-Vorsitzende Barščėŭski etwa hat mehrere literarische Werke aus dem Deutschen ins Weißrussische übersetzt.

Ihren Gebrauch zu fördern, um das Nationalbewusstsein zu stärken, ist laut Fjaduta aber nicht nötig.[117]

Sjarhej Pan'koŭski erörtert ebenfalls nicht, welche Rolle Spracherwerbspolitik für die nationale Identität der Weißrussen spielen könnte. Er fordert aber eine größere Rolle des Weißrussischen, als sie Fjaduta vorsieht. Pan'koŭski zufolge sollten nicht erst Hochschulabsolventen, sondern bereits Schulabgänger „frei" sowohl das Weißrussische als auch das Russische beherrschen. Dabei sollte es seiner Meinung nach vom Profil der jeweiligen Schule abhängen, ob die Stundentafeln überwiegend weißrussisch- oder eher russischsprachig sind. Pan'koŭskis Forderung, die Zahl der „weißrussischen" – gemeint sind weißrussischs*prachige* – Schulen müsse allmählich wachsen, läuft darauf hinaus, im Bildungssystem den Status der weißrussischen Sprache zu verbessern. Die Verantwortung dafür, dass mehr weißrussischsprachiger Unterricht erteilt wird, sieht er beim Staat. Dieser müsse eine „durchdachte und realistische Politik" betreiben.

Jury Drakachrust fordert für das Bildungswesen einen „kombinierten Ansatz". Grundprinzip müsse der freie Wille der Eltern bei der Wahl der Unterrichtssprache für ihre Kinder sein. Gleichzeitig sollte Drakachrust zufolge der Anteil der weißrussischsprachigen Schulen höher sein, als der Elternwille dies erfordern würde. Dafür könne man per Gesetz eine Quote einführen, zum Beispiel 30 Prozent weißrussischsprachige Schulen, wenn nur 20 Prozent der Eltern weißrussischsprachigen Unterricht wollen:

> Das Ausmaß dieses Vorsprungs kann auf dem Weg von Diskussionen ermittelt werden, aber seine Legitimität können Weißrussischsprachige (und vernünftige Russischsprachige) verteidigen, indem sie nicht nur auf den erniedrigten Status der weißrussischen Sprache verweisen, sondern auch die Asymmetrie der Positionen der Sprechergruppen ausnutzen, ferner ein gewisses Sentiment gegenüber der weißrussischen Sprache, das es sogar bei den völlig russifizierten Weißrussen gibt. Und schließlich ist der Traum von einer völlig weißrussischsprachigen Belarus' relativ verbreitet, eine völlig russischsprachige Belarus' dagegen möchte wohl niemand.

Drakachrust fordert somit für das Bildungswesen eine perspektivische Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen. Die Spracherwerbspolitik in Belarus' sollte ihm zufolge den Erhalt des Weißrussischen zum Ziel haben. Umzusetzen ist eine solche Spracherwerbspolitik seiner Meinung nach, in-

117 Wie entscheidend Sprache für die Entwicklung eines Nationalbewusstseins sein kann, zeigt dagegen die „Wiederbelebung" des Hebräischen, die für den Zionismus eine wichtige Rolle spielte (näher etwa MYHILL 2004, 73ff.).

dem der Staat die *Möglichkeiten* zum Erwerb der weißrussischen Sprache verbessert. Zu möglichen *Anreizen*, welche die Zahl der Anmeldungen an weißrussischsprachigen Schulen erhöhen könnten, äußert er sich nicht. Dass es die Situation des Weißrussischen entscheidend verbessern würde, lediglich die Quote weißrussischsprachiger Schulen etwas zu erhöhen, erscheint zweifelhaft. Wichtiger sind die Perspektiven, die eine Sprache in der weiterführenden Schulbildung und der Hochschulbildung bietet: Bereits 1958-1959 wurde in der Sowjetunion die freie Wahl der Unterrichtssprache eingeführt. Dass in der Folgezeit immer mehr Weißrussen das Russische bevorzugten, lag somit nicht an einer Diskriminierung der Nationalsprache im primären Schulbereich, sondern daran, dass das Russische in den weiterführenden Schulen dominierte und abseits der Belarussistik und Geschichte Weißrusslands Arbeitssprache der Hochschulen in der BSSR war.

Drakachrust regt zwar ein Gesetz an, das ein „Handicap" der weißrussischsprachigen Schulen festlegt. Er betrachtet eine solche Lösung aber als Ergebnis einer gesellschaftlichen Diskussion, nicht als Regelung, die der Gesellschaft einfach auferlegt werden kann. Mögliche Verfechter einer retrospektiven Sprachpolitik, die nicht darauf ausgerichtet ist, die Bildungsfunktion des Weißrussischen auszuweiten, sind für Drakachrust „unvernünftig".

Für seine Meinung, dass das Weißrussische im Bildungssystem gestärkt werden muss, nennt Drakachrust vier Argumente. Das erste ist der Verweis auf den „erniedrigten Status der weißrussischen Sprache". Mit ihm erklärt Drakachrust die weißrussische Sprache zum Opfer von Unterdrückung und fordert Gerechtigkeit für dieses Opfer. Sein zweites Argument ist „die Asymmetrie der Positionen der Sprechergruppen". Drakachrust sieht in Belarus' einen ungleichen demokratischen Wettbewerb zwischen zwei sprachlich definierten Gruppen – den Weißrussischsprechern und den Russischsprechern. Diese Ungleichheit muss nach seiner Meinung kompensiert werden, da sie ein Faktor ist, der die demokratische Entwicklung in Belarus' behindert. Drakachrusts Anregung, die Weißrussischsprecher zu bevorzugen, ähnelt der positiven Diskriminierung nationaler Minderheiten in zahlreichen europäischen Staaten. Politische Eliten und die Mehrheit der Bevölkerung betrachten diese in der Regel nicht als undemokratisch, sondern als Stärkung demokratischer Prinzipien.

Drittens argumentiert Drakachrust mit dem „gewissen Sentiment" vieler „völlig russifizierter Weißrussen" für das Weißrussische. Er hebt dabei auf Weißrussen ab, für die das Weißrussische zwar die Sprache ist, die sie mit ihrer Identität assoziieren, nicht aber im Alltag verwenden. Drakachrust er-

wartet von ihnen kein Handeln, das die Nationalsprache stärkt. Er vermutet aber, dass sie eine moderate perspektivische Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen billigen würden. Aus dieser vermuteten Haltung leitet Drakachrust eine Handlungsanleitung ab:

> Gespräche der Art „Wir haben ebenfalls nichts gegen die weißrussische Sprache“ müssten sich in einem genauen Maß für diesen Vorrang [des Weißrussischen im Schulsystem, Anm. MB] niederschlagen.

Das vierte Argument schließlich, das Drakachrust für eine gewisse Bevorzugung des Weißrussischen vorbringt, bezieht sich auf Sprache als Träger einer Gruppenidentität: Ein vollkommen belarussischsprachiges Weißrussland würden viele begrüßen, ein vollkommen russischsprachiges dagegen niemand. Diese Aussage ist vor dem Hintergrund von Drakachrusts Feststellung zu sehen, dass für die meisten Russischsprecher in Belarus' ihre Russischsprachigkeit neutral und „natürlich“ sei. Ein Nationalstaat aber braucht Drakachrust zufolge eine Sprachideologie, die das ideelle Ziel der Sprachpolitik festlegt. Da Drakachrust Russischsprachigkeit in Belarus' als neutral ansieht, bietet für ihn nur das Weißrussische diese ideelle Perspektive.

Drakachrusts Einschätzung, niemand wolle ein vollständig russischsprachiges Weißrussland, erscheint zumindest nach dem späteren Forschungsstand stark übertrieben. Eine Studie zu Urteilen von Weißrussen über die Sprachensituation in Belarus' berichtet, dass immerhin 17,2 Prozent der Respondenten zu Russisch als einziger Staatssprache tendieren (HENTSCHEL & KITTEL 2011a).[118] Gar nicht in Betracht zieht Jury Drakachrust in seiner Argumentation, dass auch der weißrussische Natiolekt des Russischen oder eine weißrussisch-russische Mischsprache mit stabilisierten Gebrauchsnormen als Träger nationaler Identität in Frage kämen. Dass eine areale Subvarietät identitätsstiftend sein kann, zeigt etwa das Beispiel des Schweizerdeutschen (vgl. für einen Überblick über die Entwicklung des Deutschen in der Schweiz AMMON 1995, 229ff.).

Drakachrust geht dann auf einen möglichen Einwand gegen seine Argumentation ein: Wenn die meisten Russischsprecher keine komplett russischsprachige Belarus' wollen, sondern Sympathien für die weißrussische Sprache hegen – wozu ist dann überhaupt ein Gesetz nötig, das die Anteile der Sprachen in den Schulen regelt? Um diese Frage zu beantworten, argumentiert Drakachrust mit Mentalität und politischer Kultur:

118 Die richtige Tendenz weist Drakachrusts Befund insofern auf, als 68,2 Prozent gegen das Russische als einzige Staatssprache votierten.

> Andere Formeln bringen, wenn man unsere slavische Mentalität berücksichtigt, unausweichlich ihre politische Korrumpierung hervor.

Die Slaven, darunter die Weißrussen, haben sich Drakachrust zufolge in der Geschichte immer wieder als unzuverlässig erwiesen. Im Gegensatz zu anderen „Völkerfamilien" – gemeint sind vermutlich „westliche" – fühlen sie sich in ihrem politischen Handeln nicht dem Gemeinwohl verpflichtet, sondern nur ihren Privatinteressen. Deshalb müssen laut Drakachrust in „slavischen" Staaten politische Entscheidungen, die sich am Gemeinwohl orientieren, sofort Gesetz werden. Geschieht dies nicht, setzen sich Teilinteressen durch. Der Erhalt des Weißrussischen ist für Drakachrust ein allgemeines Interesse, das der vermeintlich slavischen Orientierung am Eigennutz zum Opfer fallen könnte. Dass Drakachrust den Weißrussen wenig demokratische Fairness zutraut, zeigt sich auch in seiner abschließenden Äußerung:

> Und noch ein wichtiger Zusatz: Absolut ausgeschlossen sein sollte die Zerstörung von Bildungseinrichtungen, die für die eine oder andere Sprechergruppe symbolische Bedeutung haben – wie etwa das Jakub-Kolas-Gymnasium oder die EHU.

Drakachrust spielt mit dieser Bemerkung auf zwei Ereignisse an: die Schließung des privaten Jakub-Kolas-Gymnasiums in Minsk im Jahr 2003 sowie die Schließung der Europäischen Humanistischen Universität (EHU), ebenfalls in Minsk im Jahr 2004 (vgl. dazu etwa EUROPEAN HUMANITIES UNIVERSITY; KARNEJ 2009). Das Jakub-Kolas-Gymnasium führte ab 2003 ohne offizielle Zulassung seinen Unterricht in Minsk fort.[119] Die EHU dagegen zog nach ihrer Schließung ins litauische Wilna.

Symbolische Bedeutung in der Sprachenfrage haben die Schule und die Universität in folgender Hinsicht: Das Kolas-Gymnasium ist eine nichtstaatliche Bildungseinrichtung in Belarus', die in weißrussischer Sprache unterrichtet und unter national gesinnten Weißrussen hohes Ansehen genießt (vgl. BRÜGGEMANN 2011). Die EHU gilt als westlich orientierte Universität mit modernen Bildungsstandards. Gleichzeitig wurde sie von weißrussischsprachigen Intellektuellen immer wieder als russischsprachige Institution kritisiert, welche die nationale Identität junger Weißrussen schwäche[120] (vgl.

119 An den staatlichen Schulen Weißrusslands können auch Externe Prüfungen ablegen. Die Schüler des offiziell nichtexistenten Jakub-Kolas-Gymnasiums machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, so dass sie am Ende ihrer Ausbildung über staatlich anerkannte Abschlüsse verfügen (vgl. BRÜGGEMANN 2011).

120 Empört waren Sprachpatrioten 2005 über einen Gastvortrag des EHU-Rektors Anatol' Michajlaŭ an der Universität Freiburg. In seinem Vortrag soll Michajlaŭ das Weißrussische

etwa stellvertretend für zahlreiche ähnlich lautende Äußerungen die Aussagen des weißrussischen Philosophen Ales' Ancipenka in HARAČKA 2009).

Dass das Lukašėnka-Regime das Jakub-Kolas-Gymnasium nicht nur wegen seines oppositionellen Geistes geschlossen hat, sondern auch die Verwendung der weißrussischen Sprache eine Rolle spielte, erscheint plausibel. Nichts deutet dagegen darauf hin, dass für die Schließung der EHU Sprache eine Bedeutung gehabt haben könnte. Wenn Drakachrust fordert, dass *keine* der Bildungseinrichtungen zerstört werden dürfe, die für die beiden Sprechergruppen symbolisch seien, so hat dies im Fall der EHU einen anderen Hintergrund: Er warnt vor sprachnationalistischem Eifer nach einem möglichen Regimewechsel. Die Rechte derer, die keine sprachliche Umerziehung zum Weißrussischen wünschen, dürfen Drakachrust zufolge nicht verletzt werden.[121]

Aljaksandr Sasnoŭ bedauert in seiner Äußerung, dass in den Grundschulen nicht mehr für die weißrussische Sprache getan werden könne. Denn die Entscheidung, ob ein Kind auf eine weißrussischsprachige oder eine russischsprachige Schule geschickt werde, liege nun einmal bei den Eltern. An den weiterführenden Schulen und Hochschulen allerdings sollten Sasnoŭ zufolge beide Staatssprachen „in gleichen Proportionen" Unterrichtssprachen sein. An den jeweiligen Schulen und Hochschulen sollten unterschiedliche Anteile der beiden Sprachen erlaubt sein, aber jede dieser Institutionen müsse grundsätzlich Unterricht in beiden Sprachen anbieten. Die Entscheidung, ob eine überwiegend weißrussisch- oder eine überwiegend russischsprachige weiterführende Schule oder Hochschule besucht wird, will Sasnoŭ den Schülern und ihren Eltern, auf keinen Fall aber dem Staat überlassen. Seine Forderungen stehen in einem Konflikt miteinander: Wenn eine Mehrheit der Eltern und Schüler entweder Unterricht auf Russisch oder Unterricht auf Weißrussisch wünscht, kann der Proporz der Sprachen, den Sasnoŭ fordert, nicht eingehalten werden. Wenn aber für die Staatssprachen eine Quote festgelegt wird, kann es sein, dass Schüler gegen ihren Willen eine überwiegend russisch- oder weißrussischsprachige Schule oder Hochschule besuchen müssen.

Stanislaŭ Bahdankevič fordert, einzig „die freiwillige Wahl der Eltern" dürfe über die Unterrichtssprache entscheiden. Gleichzeitig aber könne

---

als Sprache ohne Zukunft bezeichnet haben, den Einsatz für das Weißrussische an Schulen und Universitäten als Akt der Gewalt (HORN 2005).

121 Vor einem solchen Szenario warnt Drakachrust auch in einem Aufsatz für die Zeitschrift *Arche*. Sein Text gipfelt in der Forderung nach einer „Genfer Konvention für den Kampf der Kulturen" in Belarus' (DRAKACHRUST 2004).

und solle der weißrussische Staat „durch Schaffung prestigeträchtiger Bildungseinrichtungen mit Weißrussisch als Unterrichtssprache und verschiedene Formen materieller Stimulation“ auf die Entscheidungen der Eltern Einfluss nehmen. Bahdankevič fordert somit eine perspektivische Sprachpolitik, die den Anteil des Weißrussischen im Bildungssystem erhöhen soll. Ziel dieser Politik ist der Erhalt des Weißrussischen, der nicht nur durch entsprechende Möglichkeiten (Schulen mit der Unterrichtssprache Weißrussisch), sondern auch durch Anreize (Prestigeträchtigkeit dieser Schulen; materielle Begünstigungen, wobei unklar bleibt, worin diese bestehen sollen) erreicht werden soll.

Leanid Zaiko fordert „freies Lernen“ als Prinzip, nach dem die Unterrichtssprachen im weißrussischen Bildungssystem verwendet werden sollen. Möglich sein solle die Wahl von Schulen mit der „Grundsprache“ Weißrussisch, Englisch oder Russisch. Der Umfang an Sprachpraxis, der in den jeweiligen Schulen vermittelt werde, könne unterschiedlich sein. Interessant ist hier die Reihenfolge, in der Zaiko die Unterrichtssprachen nennt: An erster Stelle erwähnt er das Weißrussische, obwohl es gegenüber dem Russischen im weißrussischen Bildungssystem eine geringere Rolle spielt. Dann folgt in seiner Aufzählung das Englische und erst an letzter Stelle das Russische. Weißrussisch scheint somit Zaiko zufolge eine wichtige Gruppenfunktion für die weißrussische Nation zu haben. Auch das Englische mit seiner internationalen Funktion ist in Zaikos Hierarchie von Sprachen dem Russischen offenbar übergeordnet. Quintessenz der Äußerung ist, dass der Staat sich im Bildungssystem stärker zurücknehmen und mehr „Freiheit“ zulassen soll.

Uladzimir Mackevič beginnt seine Antwort mit einem Beispiel aus dem Bauwesen. In New York hätten sich irgendwann einmal die Bürger beschwert: Immer, wenn ein neuer Wolkenkratzer gebaut werde, behindere die Baustelle den Straßenverkehr. Als Reaktion auf die Beschwerde sei ein Gesetz beschlossen worden, nach dem Baustellen nicht größer sein dürften als der Grundriss des geplanten Gebäudes. Die Baufirmen hätten anfangs behauptet, das sei unmöglich. Dann jedoch hätten sie Techniken entwickelt, die dieses platzsparende Bauen doch ermöglicht hätten. Das Beispiel, das Mackevič hier anführt, richtet sich gegen die Ansicht, eine sprachliche Weißrussifizierung des Bildungswesens sei nicht umsetzbar:

> […] vom Gesichtspunkt der Gesetzgebung aus kann man das sehr einfach machen: „Der gesamte Unterricht findet in den Schulen aller Stufen, mit Ausnahme der Schulen nationaler Minderheiten, in weißrussischer Sprache statt.“ Und mit der Zeit werden dann Lehrbücher ausgearbeitet, Methoden-Ratgeber geschrieben, die Terminologie

> ausgearbeitet, und alle lernen, frei zu sprechen. Nur darf man nicht in Hektik verfallen.

Wie schon in seiner Antwort auf die Frage zu den Staatssprachen zeigt sich Mackevič als russischsprachiger Intellektueller, für den der Erhalt der weißrussischen Sprache ein selbstverständliches Staatsziel sein sollte. Grund ist ihre Gruppenfunktion als Nationalsprache. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Mackevič zufolge vor allem die Möglichkeiten beseitigt werden, in einer anderen Sprache als der weißrussischen Unterricht zu erhalten. Nach dem Prinzip „eine Nation – eine Sprache" würde damit die russische Sprache an die Zugehörigkeit zur nationalen Minderheit der Russen geknüpft. Würde das Weißrussische somit die (fast) ausschließliche Sprache mit Bildungsfunktion, so würde sich laut Mackevič die Sprachkorpuspolitik dieser Entwicklung anpassen. Nicht erwähnt wird in seiner Argumentation die Problematik, dass Eltern und Schüler eine Unterrichtssprache letztlich nur dann akzeptieren, wenn sie auch Perspektiven für die Hochschulbildung bietet.

Wie viele andere Russischsprachige in Belarus' warnt auch Mackevič vor „Hektik" bei der Umsetzung einer perspektivischen Sprachpolitik. Er nimmt dabei die Expertenrolle als Soziologe ein, aus der heraus er die vermeintliche Rückständigkeit von weißrussischen Politikern, „Wissenschaftlern der [nationalen, Anm. MB] Wiedergeburt" und „Lehrern" bemängelt: Bevor man das Weißrussische zur einzigen Unterrichtssprache mache, müsse man mehrere Jahre lang intensiv PR, „humanitäre Technologien", betreiben. Das aber müssten die genannten Personengruppen erst lernen. Mackevič präsentiert sich insgesamt als weltgewandter, gut informierter russischsprachiger Intellektueller, der die national gesinnten Sprachschützer oft als engstirnig, provinziell und fantasielos wahrnimmt. Gleichzeitig gibt er an, ihre Ziele zu teilen.

Eine Position, die nicht so sehr Partei für das Weißrussische im Bildungssystem ergreift, nimmt Sjamën Bukčyn ein. Er stellt als oberstes Prinzip weder den Willen der Eltern noch die „freie Wahl" der Unterrichtssprache an den Anfang seiner Äußerung. Statt dessen fordert er, das Bildungssystem müsse den „national-staatlichen Interessen von Belarus'" entsprechen. Als solche Interessen nennt er nicht den Erhalt der weißrussischen Sprache und Kultur oder ein gutes Verhältnis zu Russland. Er versteht unter den „national-staatlichen Interessen von Belarus'" lediglich, „die reale Situation zu berücksichtigen". Bukčyn weist dann die Expertenrolle von sich:

> Ich bin kein Spezialist auf diesem Gebiet, aber ich bin überzeugt, dass die Kenntnis und das Studium der weißrussischen Sprache, Literatur und Kultur (wie auch einer anderen nationalen) nicht nur niemandem schaden, sondern umgekehrt die Welt der jeweiligen Person erweitern.

Diese Aussage Bukčyns knüpft an die Theorie Wilhelm von Humboldts an, nach welcher der Vielfalt von Sprachen eine Vielfalt von Weltsichten entspricht: Wer eine zusätzliche Sprache erlernt, erweitert seinen geistigen Horizont um die Weltsicht dieser Sprache. Dass es den Weißrussen schaden könne, sich mit der weißrussischen Sprache, Literatur und Kultur zu beschäftigen, ist allerdings eine Position, die in dieser Radikalität im publizistischen Diskurs über Sprache und Nation nicht begegnet. Somit erscheint diese Abgrenzung Bukčyns gegenüber möglichen Opponenten überspitzt. Sie dient offenbar vor allem dem Zweck, grundsätzliches Wohlwollen gegenüber der weißrussischen Sprache und Kultur zu signalisieren. In seiner folgenden Aussage fordert Bukčyn nämlich nur eine sehr zurückhaltende Politik zugunsten des Weißrussischen:

> Die Tiefe dieses Studiums (Unterricht in weißrussischer Sprache) sollte wiederum von eben dieser realen Situation ausgehen. Das allgemeine Prinzip muss ein solches sein: Obligatorische staatliche Unterstützung nationaler Programme, die auf die Entwicklung der „weißrussischen Sache" (Kultur, Weißrussentum) ausgerichtet sind, aber ohne Zwang für die, die sich das Weißrussische[122] ohne eine gewisse Vertiefung anzueignen wünschen.

Die „reale Situation" besteht für Bukčyn darin, dass das Russische im öffentlichen Leben dominiert und viele Weißrussen eine Veränderung dieser Situation ablehnen. Bukčyn verknüpft die Sprachenfrage im Bildungswesen mit dem Thema der nationalen Identität und spricht sich für eine gemäßigt perspektivische Identitätspolitik aus: Zwar sieht er den Staat in der Pflicht, Möglichkeiten und Anreize zum Erwerb von Merkmalen weißrussischer Identität zu schaffen, doch überlässt er den Adressaten dieser Politik die Entscheidung über deren Erfolg oder Scheitern: Wenn sich nicht genügend Bürger Weißrusslands dazu entschließen mögen, sich die Elemente weißrussisch-nationaler Identität „vertieft" anzueignen, bleibt die „reale Situation", wie sie ist. Bukčyn zufolge muss der Zusammenhalt der Gruppe als Nation unbedingt freiwillig bleiben.

Zur tatsächlichen Situation, von der man in Belarus' ausgehen müsse, zählt für Bukčyn außerdem, dass es im Land „nicht wenige Zwischen-Menschen"[123] gebe, „darunter auch unter den ethnischen Weißrussen"[124]. Mit

122 Da im weißrussischsprachigen Originaltext *belaruskae* steht, ist hier mit „dem Weißrussischen" nicht (nur) die Sprache, sondern „das Weißrussische überhaupt" (d. h. alle Elemente der Identität) gemeint.

123 Im weißrussischsprachigen Original: *U Belarusi njamala „pramežžavych ljudzej".*

seiner Rede von „Zwischen-Menschen“ greift Bukčyn offenbar das Konzept hybrider nationaler Identitäten auf. Es ist vor allem im Zusammenhang mit Migranten aufgekommen, die sich aufgrund ihrer Migration zu mehr als einer Kultur zugehörig fühlen und dies entweder als Kulturkonflikt oder als Möglichkeit zur Navigation zwischen den Kulturen wahrnehmen (vgl. etwa HEIN 2006). Bukčyn räumt ein, dass der Begriff der Zwischen-Menschen „etwas beleidigend“ sei. Über keine eindeutige nationale Identität zu verfügen, ist Bukčyn zufolge somit mit einem Makel behaftet. Dieser tritt im vermeintlich abwertenden Charakter des Begriffs „Zwischen-Menschen“ zutage.

Der Tatsache, dass in Belarus’ häufig uneindeutige nationale Identitäten aufträten, müsse Rechnung getragen werden, findet Bukčyn: Man dürfe sich nicht beeilen, „alle [Zwischen-Menschen, Anm. MB] in die nationalen Minderheiten zu treiben, die für den einen oder anderen wie eine Art Ghetto aussehen“.

Die Vertreibungs- und Ghetto-Metapher in Bukčyns Argumentation stellt eine Ähnlichkeitsbeziehung zwischen der Verfolgung und Diskriminierung einer religiös definierten Gruppe (der Juden) und einem sozialen Druck her, der ein eindeutiges Bekenntnis verlangt. Von den (hypothetisch) unter Druck Gesetzten wird demzufolge erwartet, entweder eine weißrussisch-nationale Identität anzunehmen oder sich zu einer nationalen Minderheit zu bekennen. Den Minderheiten kommt dabei laut Bukčyn höchstens die Rolle von Bittstellern gegenüber einer wohlwollenden Staatsmacht zu. Indem er dieses Szenario schildert, kritisiert Bukčyn die weißrussisch-nationale Publizistik zu Beginn der 1990er Jahre: So seien damals in Veröffentlichungen der Kulturzeitschrift *Litaratura i mastactva* ‘Literatur und Kunst’ die Russen in Belarus’ gedrängt worden, sich endlich als „normale“ nationale Minderheit zu organisieren. Ziel dieser Aufrufe war Bukčyn zufolge, „das nationale Selbstwertgefühl der an nationaler Unreife kränkelnden Weißrussen zu befriedigen“. Bukčyn verwendet hier für die Weißrussen als Kollektivsubjekt die Metapher des zurückgebliebenen Individuums, das an einem Minderwertigkeitskomplex leidet. Um sein eigenes Selbstwertgefühl zu stärken, setzt es einen vermeintlich stärkeren anderen Menschen herab.

---

124 Diese Annahme kollidiert mit dem Befund einer Studie des Oldenburger und Minsker Forschungsprojekts zur *Trasjanka* (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). Unter den (ausschließlich ausgewerteten) Respondenten, die angaben, Weißrussen zu sein, hielt eine Mehrheit zwar prinzipiell eine weißrussisch-russische Doppelidentität für möglich, mit Bezug auf die eigene Person wurde eine solche Doppelidentität aber fast ausschließlich verneint.

Die Strategie, „die Russen“ in Belarus’ als nationale Minderheit zu behandeln und in ihre Schranken zu weisen, hält Bukčyn nicht nur für moralisch verwerflich. Sie ist ihm zufolge auch wenig erfolgversprechend: Aus entsprechenden Bemühungen werde beim nächsten Versuch keine „normale nationale Minderheit“ entstehen, sondern eher der nächste *Slavjanskij Sobor* ‘Slavische Versammlung’. Die Slavische Versammlung *Belaja Rus’* war eine Partei in Belarus’, die von 1992 bis 1999 existierte[125] (vgl. die Anmerkungen zur „Belaja Rus’“ in SURJAEV 2004; NEČAPAJKA 2007). Ihre Ausrichtung war slavophil und eurasisch. Sie trat für die Idee einer russischen Nation, bestehend aus Großrussen, Kleinrussen (Ukrainern) und Weißrussen sowie für die staatliche Vereinigung Russlands, der Ukraine und Weißrusslands ein. Die *Belaja Rus’* unterstützte Lukašėnka am Anfang seiner Präsidentschaft in seinen Auseinandersetzungen mit dem Parlament. Sie begrüßte die Referenda zu den Staatssprachen und zur Änderung der Verfassung. Mitglieder der Partei waren neben Russen in Belarus’ auch Weißrussen, Ukrainer und Angehörige anderer Nationalitäten, die sich zur Sowjetzeit in Weißrussland niedergelassen hatten. Für ihre Fahne verwendete die Partei die schwarz-gelb-weißen Farben der russischen Monarchie (FLAGI 2005). Da die *Belaja Rus’* bei einer Neuregistrierung der politischen Parteien im Jahr 1999 nicht die erforderliche Mindestzahl von 1000 Mitgliedern vorweisen konnte, löste sie sich auf.

Bukčyn warnt somit: Eine Interessenorganisation der Russen als nationale Minderheit wird es in Belarus’ nicht geben, auch wenn weißrussisch-nationale Intellektuelle sich dies wünschen würden. Übt das nationale Lager wie Anfang der 1990er Jahre zu starken Druck auf die Russischsprachigen aus, so organisiert sich keine russische Minderheit, sondern eine Partei, die selbstbewusst eine großrussisch-imperiale Staatsidee vertritt [126].

Viktar Marcinovič setzt sich grundsätzlich für das Russische als Unterrichtssprache in den „technischen Wissenschaften“ und für das Weißrussische in den Humanwissenschaften ein. Diese Lösung bezeichnet er als „klas-

125 Sie ist nicht mit der 2007 gegründeten Vereinigung *Belaja Rus’* zu verwechseln. Diese wurde ins Leben gerufen, um gesellschaftliche Unterstützung für die Politik Lukašėnkas zu mobilisieren. Als ihr Vorbild gilt die russische Präsidentenpartei *Edinaja Rossija* ‘Einiges Russland’. Zu Geschichte und Programm der 2007 gegründeten *Belaja Rus’* vgl. deren Internetseiten (BELAJA RUS’).

126 Die Auflösung der *Belaja Rus’* wegen zu geringer Mitgliederzahl muss dieser Argumentation nicht widersprechen. Man könnte die damalige Schwäche der Partei nämlich damit erklären, dass sie überflüssig geworden war. Denn Lukašėnka verfolgte Ende der 1990er Jahre einen politischen Kurs, der eindeutig auf Annäherung an Moskau ausgerichtet war.

sische Herangehensweise“ (*kljasyčny padychod*). Seine Forderung für die Spracherwerbspolitik ist einerseits perspektivisch, andererseits retrospektiv: Perspektivisch ist sie insofern, als sie die Unterrichtssprache Weißrussisch für die geisteswissenschaftlichen Fächer verbindlich machen würde. Dies wäre eine deutliche Ausweitung, denn verpflichtend war das Weißrussische beim Entstehen dieser Untersuchung nur in den Fächern weißrussische Sprache und Literatur.[127] Retrospektiv ist sie, weil sie den Vorrang des Russischen in naturwissenschaftlich-technischen Fächern bekräftigt. Marcinovič schließt zwar nicht aus, dass mitunter auch Naturwissenschaften und Technik auf Weißrussisch unterrichtet werden könnten. Dies hält er jedoch nur in den Fällen für möglich, in denen der Dozent ein „Unikum“ sei und die weißrussische Technik-Terminologie besser beherrsche als die russische. Im Gegensatz zu den anderen russischsprachigen Intellektuellen macht Marcinovič bei dieser „Ausnahmeregelung“ die Wahl der Unterrichtssprache nicht vom Willen der Eltern oder Schüler abhängig, sondern von den Fähigkeiten des Lehrers. Die Verwendung des Weißrussischen in Naturwissenschaften und Technik stellt er als Normabweichung dar, Lehrkräfte, die sich diese Normabweichung erlauben, als Exoten.

Die Dominanz des Russischen in Naturwissenschaften und Technik stellt Marcinovič somit nicht in Frage. Andererseits stellt er das Schulfach „russische Sprache“ in den Kontext des Fremdsprachenlernens:

> Ausnahmen in den Humanwissenschaften [von der Regel, dass diese auf Weißrussisch gelehrt werden, Anm. MB] könnten die russische Sprache und Literatur sein. Was die russische Sprache angeht, so ist das ein allgemein akzeptiertes Vorgehen. Alle ernstzunehmenden Englisch-Schulen auf der ganzen Welt (zum Beispiel International House) lehren das Englische nämlich auf Englisch.

Warum das Fach „russische Sprache“ auf Russisch unterrichtet werden sollte, begründet Marcinovič somit ausschließlich didaktisch. Er verzichtet damit auf die naheliegende Begründung, dass der überwiegende Teil der Weißrussen das Russische ohnehin als Alltagssprache verwendet. Für den Unterricht in russischer Literatur geht Marcinovič noch weiter:

> Was die russische Literatur angeht, könnte ihre Vermittlung auf Russisch eine vorübergehende Kompromissregelung sein. Sie auf Russisch zu vermitteln, ist so lange zielführend, bis ein bedeutendes Massiv an Werken russischer Literatur entsteht, die korrekt und schön in die

127 Bis zum Beginn des Schuljahres 2006-2007 war das Weißrussische auch im Fach „Geschichte Weißrusslands“ verpflichtend.

> weißrussische Sprache übersetzt worden sind (ich bin überzeugt davon, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein solches Massiv nicht existiert).

Auch hier sieht Marcinovič darüber hinweg, dass es das Verständnis nicht erfordert, im Unterricht aus dem Russischen ins Weißrussische zu übersetzen. Außerdem tritt für ihn die indexalische Verbindung zwischen russischer Sprache und Literatur gegenüber der symbolischen Verbindung zwischen weißrussischer Sprache und nationaler Identität der Weißrussen in den Hintergrund: Auch wenn sich der künstlerische Inhalt der russischen Literatur in all seinen Nuancen besser in der Originalsprache, d. h. auf Russisch, erschließen lassen sollte, ist es für Marcinovič wichtiger, dass die Weißrussen durch Übersetzung dieser Werke ins Weißrussische ihre nationale Identität stärken.

Gegen das mögliche Argument, die Unterrichtssprache Weißrussisch sei selbst für die Geisteswissenschaften ungeeignet, argumentiert Marcinovič damit, dass in einigen humanwissenschaftlichen Hochschulen die Schlüsselfächer bereits seit der Sowjetzeit auf Weißrussisch unterrichtet würden. Als Beispiel dafür hebt er die Akademie der Künste in Minsk hervor. Weil an ihr die weißrussischsprachigen Dozenten in der Mehrheit seien, gebe es in Belarus' viele Künstler, die das Weißrussische auch im Alltag verwendeten. Doch Marcinovič lobt die Rede in der Akademie der Künste auch noch aus einem anderen Grund:

> Die Tatsache, dass die Traditionen des Weißrussischen in der Akademie seit alten Zeiten, ohne Sprünge und hektisches Überreißen – wie es dem Anfang der 1990er Jahre eigentümlich war –, aufrechterhalten werden, hat direkten Einfluss auf die Qualität der Sprache, deren Träger die Dozenten dieser Hochschule sind. Sie [die Sprache, Anm. MB] ist melodisch, schön, ohne Russizismen und Elemente der „Trasjanka".

Marcinovič stellt hier eine ikonische Verbindung zwischen der Rede der Hochschullehrer und der politischen Zurückhaltung der Kunstakademie her: Die „Reinheit" und Eleganz, mit der die Dozenten Weißrussisch sprechen, bildet ihm zufolge die gemäßigte Haltung ab, mit der sich die Akademie der Künste vom radikalen Sprachnationalismus abgegrenzt hat.

Insgesamt weist die Verteilung der Sprachen, die Marcinovič für das Bildungssystem vorschlägt, über Sprachliches hinaus. Die Argumentation folgt dabei dem Muster fraktaler Rekursivität: Den Gegensatz zwischen Russisch und Weißrussisch überführt Marcinovič in einen Gegensatz zwischen Naturwissenschaften, Technik und Fortschritt einerseits, Geisteswissenschaften, Kultur und nationale Tradition andererseits.

Pëtr Marcaŭ zufolge sollte alleine die „Willenserklärung der Staatsbürger" für die Unterrichtssprache in den Schulen entscheidend sein. Wer in der

jeweiligen Sprache – Russisch oder Weißrussisch – unterrichtet werden wolle, müsse auch die Möglichkeit dazu erhalten. Dies sei momentan jedoch nicht der Fall; der aktuelle Zustand sei „nicht richtig".

Ohne konkret auszuführen, wie man die Sprachenverhältnisse im Bildungswesen zum Besseren ändern sollte, grenzt sich Marcaŭ sogleich von der Sprachpolitik am Anfang der 1990er Jahre ab. Diese bezeichnet er als zu radikal:

> Andererseits ist es nicht möglich, das Volk dazu zu zwingen, in der Muttersprache zu lernen. Hier muss man Schritt für Schritt und präzise vorgehen. Zu Anfang der 1990er Jahre gab es eine falsche Demonstration, und das rief die Entfremdung der Staatsbürger hervor. National orientierte Politiker wollen das nicht zugeben, aber es ist so.

Wie viele andere Diskutanten verwendet Marcaŭ den Begriff der Muttersprache (*rodnaja mova*) für eine Sprache, die für die meisten Weißrussen nicht die zuerst erworbene Sprache ist.[128] Die Argumentation Marcaŭs ähnelt hier der von Lukašėnka: Anfang der 1990er Jahre haben demzufolge nationalistische Politiker Zwang auf die Bevölkerung ausgeübt. Diese habe darauf mit Unverständnis und „Entfremdung" reagiert.

Auch Marcaŭs Forderung nach einer besonnenen und überlegten Sprachpolitik passt in dieses Muster: Selbst die Muttersprache könne man nicht mit Gewalt lehren, und die Sprachenfrage sei „eine sehr delikate Materie". Marcaŭ vertritt zwar grundsätzlich die Meinung, man müsse die Muttersprache kennen. Er lehnt aber eine Spracherwerbspolitik, die auf den Erhalt des Weißrussischen hinwirkt, ab und erklärt sie für wirkungslos. Alles hänge vom Nationalbewusstsein unter den Weißrussen ab. Dieses entwickelt sich Marcaŭ zufolge offenbar unabhängig vom Einfluss des Staates:

> Wenn das Nationalbewusstsein kommt, kommt auch das Bewusstsein dessen, dass man die Muttersprache kennen muss. Aber wenn dieses Eigenbewusstsein nicht kommt, kann der Staat das auf dem Verordnungswege nicht machen – was für ein Staat auch immer es ist, ob ein liberaler oder ein „sozial orientierter" wie bei uns jetzt.

3.5.3.3 Herrscher oder Außenseiter: Die zukünftige Rolle des Weißrussischen

128 In einer Befragung von 1230 Weißrussen gab nur etwas mehr als ein Drittel derjenigen, die das Weißrussische als Muttersprache nannten (12,67 gegenüber insgesamt 34,36 Prozent), dieses auch als zuerst erworbene Sprache an (HENTSCHEL & KITTEL 2011a)

„Welche Rolle in der Gesellschaft sollte die weißrussische Sprache ausfüllen?“ – Als mögliche Antworten auf diese Frage wurden den befragten russischsprachigen Intellektuellen drei Alternativen zur Auswahl gegeben:

– Das Weißrussische sollte herrschende Sprache sein (wie die litauische in Litauen oder die polnische in Polen).
– Das Weißrussische sollte eine von zwei gleichberechtigten Staatssprachen sein (wie die französische und flämische Sprache in Belgien).
– Das Weißrussische sollte Sprache lokaler Exotik sein (wie die irische Sprache in Irland).

Außerdem fragte *Arche*, wie die reale Balance der Sprachen in Belarus’ in absehbarer Zukunft aussehen werde.

Svjatlana Aleksievič zufolge sollte es in Belarus’ zwei Staatssprachen geben. Diesen Wunsch begründet sie damit, dass die Gleichberechtigung von Russisch und Weißrussisch dem entspreche, „was wir im Bewusstsein, in unserer Geschichte haben“. Sie argumentiert also nicht – wie man erwarten könnte – pragmatisch, aus der gegenwärtigen sprachlichen Situation heraus. Statt dessen sieht Aleksievič die russische Sprache als wichtigen Teil der weißrussischen Geschichte und der nationalen Identität der Weißrussen. Die Verbindung der Zweisprachigkeit in Belarus’ mit dem „Bewusstsein“ der Weißrussen ist eine Ikonisierung: Aleksievič wertet gesellschaftliche Mehrsprachigkeit als Verweis auf den angenommenen Nationalcharakter der Weißrussen, nämlich die Toleranz im Umgang mit verschiedenen Ethnien und Kulturen.

Tatsächlich war die russisch-weißrussische Zweisprachigkeit zur Sowjetzeit bekanntermaßen eine asymmetrische: Die Dominanz des Russischen beruhte nicht auf dem vermeintlichen Nationalcharakter der Weißrussen, sondern auf dem deutlich höheren Gebrauchswert des Russischen im Bildungssystem und Berufsleben. Auch ein Rückgriff auf die „altweißrussisch“-polnische Zweisprachigkeit im Großfürstentum Litauen stützt Aleksievič’ Argumentation nicht. Denn die ostslavische Führungsschicht des Großfürstentums gab diese Zweisprachigkeit zugunsten des Polnischen auf, das politisch dominant und kulturell attraktiver war.

In resignativem Tonfall verbindet Aleksievič dann das Thema Staatssprachen mit der Betrachtung des Herrschaftssystems in Belarus’. Damit signalisiert sie, dass eine reale Gleichberechtigung der beiden Staatssprachen unter Lukašėnka kaum zu erreichen ist:

> Aber ich bin der Ansicht, dass diese Frage [nach der Rolle der Sprachen in Belarus', Anm. MB] heute sehr eng mit der Politik der Machthaber, mit der Politik Lukašėnkas, verbunden ist. Wir leben in einer Zeit, in der sich diese Person und die Geschichte des Landes sehr eng miteinander verflochten haben, und wir sind Geiseln dieser Situation, denn wir haben sie nicht aufrechterhalten und konnten ihr nichts entgegenstellen. Wir sind heute demoralisiert und erniedrigt, man muss zugeben, dass wir eine Niederlage erlitten haben.

Aleksievič zeichnet hier ein Bild der jüngsten Geschichte Weißrusslands, das durch den „Geiselnehmer" Lukašėnka geprägt ist. Dieser hat den „bewussten" Teil der weißrussischen Bevölkerung in seiner Gewalt.

Auch wenn Aleksievič für eine volle Gleichberechtigung beider Sprachen unter Lukašėnka keine Chance sieht, so prophezeit sie, dass „sogar diese Machthaber" nicht so weit gehen würden, „die [weißrussische, Anm. MB] Sprache völlig zu zerstören". Indem sie von Zerstörung einer Sprache spricht, bedient sich Aleksievič einer kriegerischen Metapher. Diese verwendet sie zur Bezeichnung einer Sprachpolitik, die sich gegen den Erhalt des Weißrussischen richtet. Obwohl die Machthaber das Weißrussische nicht zerstören würden, werde es eine „Herrschaft" des Russischen geben. Diese sei einerseits bedingt durch die politischen Umstände, andererseits dadurch, „dass wir keinen Rückhalt im Bewusstsein der Menschen haben". Aleksievič argumentiert hier, dass sich die Lukašėnka-Gegner auch deshalb in ihrer Zwangslage befinden, weil der Masse der Gesellschaft die Unterdrückung politischen Widerstands gleichgültig ist. Sie klagt die Gesellschaft allerdings nicht dafür an, sondern beschreibt die Lage, wie sie sich aus ihrer Sicht darstellt, zwar resigniert, aber nüchtern. Aufgrund des Mangels von Anreizen, sich mit der weißrussischen Sprache zu beschäftigen, drängen Aleksievič zufolge immer mehr Eltern ihre Kinder dazu, lieber intensiv westeuropäische Fremdsprachen zu lernen. Die weißrussische Sprache nennt sie eine „Idee", die nur noch von 100 Schülern eines Gymnasiums aufrechterhalten werde.[129] Damit knüpft sie an das Humboldtsche Konzept von der (National-)Sprache als schöpferische Realisierung des Nationsgedankens an. Aufgrund der geringen Unterstützung für die „Idee" der weißrussischen Sprache sieht Aleksievič die Chancen auf eine reale staatliche Zweisprachigkeit als gering an.

Sie thematisiert dann noch einmal das Herrschaftssystem Lukašėnkas: Dieser habe aus persönlichem Machtstreben die Unabhängigkeit Weißruss-

129 Gemeint ist das Jakub-Kolas-Gymnasium in Minsk, das im Jahr 2003 schließen musste, aber außerhalb des offiziellen Bildungssystems seinen Unterrichtsbetrieb fortsetzt, s. o.

lands bewahrt, „aber in einer irgendwie deformierten Variante – so eine russische Orientierung, verbunden mit dem Wunsch, völlig getrennt [von Russland, Anm. MB] zu sein." Aleksievič fährt fort:

> Stellen Sie sich vor, was in den Köpfen der Leute vorgeht. Deshalb vollzieht sich absolut kein kulturelles Programm, das alles wird auf später verschoben, und das bei unserer ganzen Verspätung.

Indem sie das Adjektiv „deformiert" auf die Verhältnisse in Belarus' anwendet, kritisiert Aleksievič eine staatliche Unabhängigkeit, die nicht mit Eigenständigkeit der Kultur einhergeht.[130]

Aljaksandr Fjaduta beantwortet die Frage nicht, welche Rolle der weißrussischen Sprache in der Gesellschaft er für wünschenswert hält. Zur Frage nach der realen Balance von Weißrussisch und Russisch in absehbarer Zukunft äußert er sich zunächst skeptisch („Ich werde mich nicht anschicken, das vorauszusagen. Und ich würde es nicht gern voraussagen."). Am Ende seiner Einschätzung gibt er dann aber doch eine Prognose ab: Der weißrussischen Sprache blühe der Status der herrschenden Sprache vorerst nicht.

Zwischen diesen beiden Aussagen steht die Metapher eines gerechten Rächers im Wilden Westen. Mit ihr verstärkt Fjaduta die Expressivität seiner Äußerung, die vom Zorn auf die Verteidiger des gemischten Sprechens geprägt ist:

> Es ist einfach so, dass es deine Hand zur Pistole zieht, wenn du Dummheiten wie etwa das Lob der Trasjanka hörst. Das ist wirklich geistige Beschränktheit – sich an dem Kulturlosigkeits-Standard von Škloŭ zu orientieren.

Fjaduta bezieht sich hier zum einen auf positive Äußerungen Lukašėnkas zur *Trasjanka*. Zum anderen kritisiert er vergleichbare Aussagen anderer bekannter Persönlichkeiten: Einige weißrussische Künstler, etwa der bekannte Musiker und Komödiant Sjarhej Michalok[131], schätzen die *Trasjanka* als volksnahes und vielfältiges Ausdrucksmittel (vgl. etwa KURS 2004). Bei der Aussage Fjadutas dagegen handelt es sich um eine Ikonisierung nach Irvine und Gal: Fjaduta sieht in der Verwendung der Mischsprache ein Zeichen von Kulturlosigkeit, die ihm zufolge in Belarus' zum Normalfall geworden ist.

130 Der Begriff der Deformation meint etwa in der Medizin eine durch äußere Einflüsse entstandene Missbildung.

131 Michalok, Sohn eines in der DDR stationierten Militärs und in Dresden geboren, kam erst mit 18 Jahren nach Minsk. Er ist als Kopf der beliebten Rockband *Ljapis Trubeckoj* bekannt, außerdem als Mitglied des Comedy-Duos *Saša i Siroža*, das in seinen Texten auch die gemischte Rede verwendet.

Die *Trasjanka* öffentlich zu verteidigen oder gar zu loben, ist für ihn ein Tabubruch, weil solche Äußerungen vermeintlich zum weiteren Verfall des Bildungsniveaus beitragen. Die Stadt Škloŭ macht er als Ursprung dieser Kulturlosigkeit aus, weil hier Lukašėnkas politische Karriere begann.

Weißrussisch dagegen bezeichnet Fjaduta als „Sprache der kulturellen Elite". Er präzisiert diese Aussage noch im selben Satz, indem er die weißrussische Sprache als Sprache der „jungen kulturellen Elite" bezeichnet. Was Fjaduta unter dem Begriff „Elite" bzw. „kulturelle Elite" versteht, lässt er offen. Ihm zufolge muss sie jedenfalls noch dazulernen, denn

> […] diese Elite versteht noch nicht, dass es genauso unmöglich ist, alle Schulen und Kindergärten in die *Taraškevica* zu überführen, wie es unmöglich ist, zur russischen Orthographie, die vor der Reform galt, zurückzukehren. Aber sollen sie spielen, „das Kind ist noch jung", wie es Vasilisa Kašparovna bei Gogol' gesagt hat.

Fjaduta hält somit eine Archaisierung der weißrussischen Orthographie für unrealistisch. Um diese Ansicht zu verdeutlichen, zieht er einen Vergleich zum Russischen: Die *Taraškevica* im weißrussischen Bildungssystem (wieder) einführen zu wollen, wäre genau so ein Unterfangen, als würde man in Russland versuchen, die *graždanskij šrift* aus der Zarenzeit wieder zur verbindlichen Rechtschreibung zu erklären. Ähnlich wie die *graždanskij šrift* ist für Fjaduta somit die *Taraškevica* Symbol einer untergegangenen, nicht zurückzuholenden historischen Epoche.

Bezeichnend für Fjadutas Sichtweise der weißrussischsprachigen „jungen kulturellen Elite" ist die Kind-Metapher, die er verwendet: Ihm zufolge kann man jungen patriotischen Weißrussischsprechern nicht übelnehmen, dass sie unerfüllbare Träume wie die Wiedereinführung der *Taraškevica*-Orthographie hegen. Denn dieses vermeintlich radikale Gedankenspiel ist mit ihrem jugendlichen Alter zu entschuldigen. Zur Illustration dieses Arguments zitiert Fjaduta die Erzählung *Ivan Fedorovič Špon'ka und sein Tantchen* aus der Erzählungssammlung *Abende auf dem Vorwerk bei Dikan'ka* von Nikolaj Gogol' (in deutscher Übersetzung enthalten etwa in GOGOL 2009, 653-681).

Die Erzählung handelt vom Leben des Titelhelden Ivan von der Schulzeit bis zu einem Alter von fast 40 Jahren. Als Schüler ist Ivan rechtschaffen und fleißig, gibt dann aber als Nachhilfelehrer einem kleinen Bestechungsversuch eines Mitschülers nach und wird dafür vom Lehrer vor der Klasse bestraft. Für den scheuen Jungen ist dies ein Schlüsselerlebnis. Nach dem frühen Tod seines Vaters tritt er in den Militärdienst ein. Obwohl er aufgrund seiner zurückhaltenden Art ein Außenseiter bleibt, macht er wegen seiner Zuverläs-

sigkeit Karriere. Nachdem auch seine Mutter gestorben ist, ruft ihn nach einigen Jahren seine Tante, die das Gut der Eltern verwaltet, in die Heimat zurück. Ivan gibt seine militärische Karriere auf, um diesem Ruf zu folgen. Nach der Rückkehr Ivan Fedorovičs auf seinen Hof sagt das energische „Tantchen" dreimal über Ivan „Das Kind ist noch jung" (ukrainisch: 'Moloda šče dytyna'): Das erste Mal sagt sie sich dies, als sie zwar feststellt, dass ihr Neffe ein talentierter Landwirt sei, ihm aber noch nicht Einblick in die gesamte Bewirtschaftung des Gutes geben mag. Das zweite Mal fällt die Tante dieses Urteil über Ivan, als sie ihm Verliebtheit in die Tochter eines benachbarten Gutsbesitzers einreden will. Ziel ist, dass der schüchterne Ivan durch eine Heirat mit der jungen Frau dem Nachbargutsbesitzer Land wegnimmt, das dieser – aus Sicht der Tante unrechtmäßig – an sich gerissen hat. Die dritte Feststellung, Ivan sei noch ein junges Kind, folgt, als der 37-jährige Neffe verstört von einem Treffen mit der Nachbarstochter zurückkommt, das die Tante arrangiert hat. Er bekennt dabei, gar nicht zu wissen, was er mit einer Frau anfangen solle. Mit einem Alptraum Ivans, in dem Frauen als Bedrohung vorkommen, und der Aussage des Erzählers, im Kopf der Tante sei bereits ein neuer Plan herangereift, bricht die Erzählung ab.

Indem Fjaduta das genannte Zitat aufruft, überträgt er die Charakterzüge des Ivan Fedorovič Špon'ka auf die jungen Weißrussischsprecher, die er als kulturelle Elite betrachtet. Er selbst dagegen nimmt die Position der Tante ein. Die jungen Weißrussischsprecher sind für Fjaduta ebenso fleißig, rechtschaffen und talentiert wie der Held der Erzählung Gogol's. Gleichzeitig sind sie aber auch verträumt[132], naiv und in ihrer Entwicklung gegenüber „Gleichaltrigen" – den kulturellen Eliten anderer Nationen – zurückgeblieben. Fjaduta sieht sie wie Ivan Fedorovič als erwachsene Kinder, die sich ohne zugleich wohlwollende und strenge Führung nur schwer gegenüber ihrer Umgebung behaupten können. Das Korrektiv an Lebenstauglichkeit, das für Ivan sein resolutes „Tantchen" ist, sind für die junge weißrussischsprachige Elite russischsprachige Intellektuelle. Ihnen schreibt Fjaduta durch die Verwendung des Zitats Zielstrebigkeit und Pragmatismus zu.

Ihre Reife als Kulturelite sollte die junge Generation von Weißrussischsprechern laut Fjaduta wie folgt beweisen:

132 So liest Ivan Fedorovič Špon'ka während seines Militärdienstes in der Freizeit lieber in seinem Wahrsagebuch, als sich an der rauen Geselligkeit seiner Mitsoldaten bzw. Mitoffiziere zu beteiligen.

> Wenn aber diese neue Generation es schafft, sagen wir, „Don Quichotte“ und Homer (ganz) ins Weißrussische zu übersetzen und damit auf den „Faust“ und die Bibel in der Übersetzung Sëmuchas wie auf Herausforderungen der Zeit zu antworten, dann bedeutet das, dass diese Generation ihre kulturologische [sic!, MB] Funktion erfüllt, indem sie bewiesen hat, dass die weißrussische Sprache als klassische Sprache existiert.

Für Fjaduta ist somit die literarische Funktion entscheidend bei der Beurteilung, ob eine Nationalsprache international ernst zu nehmen ist. Erst wenn eine hinreichende Menge übersetzter Literatur von großer Tradition und hohem künstlerischen Wert vorliegt, hat das Weißrussische Fjaduta zufolge die Schwelle zur „klassischen Sprache“ überschritten.[133]

Der in Belarus’ bekannte Übersetzer Vasil’ Sëmucha hat neben Goethe und der Bibel auch Ingeborg Bachmann, Friedrich Nietzsche und Hermann Hesse ins Weißrussische übersetzt. Nach dem Amtsantritt von Staatspräsident Lukašėnka entließ ihn die bekannte Literaturzeitschrift *Mastackaja Litaratura* als Redakteur. Nach Angaben der Zeitschrift *Arche* spielten politische Motive dabei eine Rolle (vgl. SEMUCHA 2001). Übersetzer aus der Generation Sëmuchas, der 1936 geboren wurde, haben laut Fjaduta angefangen, das Weißrussische zu einer vollwertigen Sprache für übersetzte Literatur zu machen. Die junge Generation sollte Fjaduta zufolge lieber diese Arbeit fortsetzen, statt unrealistische Forderungen zu stellen. Als Beispiel für solche Forderungen betrachtet er den Ruf nach Durchsetzung der *Taraškevica*.

Jury Drakachrust beantwortet die beiden Interviewfragen, indem er Rangfolgen der möglichen sprachlichen Situationen aufstellt. Am liebsten sähe er eine Gleichberechtigung zweier Staatssprachen wie in Belgien. Dabei geht er über das wesentliche Merkmal hinweg, das die sprachliche Situation in Belgien ausmacht: die areal weitgehend komplementäre Verteilung der Sprechergruppen (für einen Überblick über die sprachliche Situation in Belgien siehe etwa KERN 1997). An zweiter Stelle seiner Präferenzen nennt Drakachrust die Dominanz der weißrussischen Sprache, an dritter Stelle das Weißrussische als Sprache lokaler Exotik wie das Irische in Irland. Nach Wahrscheinlichkeit des Eintretens sieht Drakachrust folgende Rangfolge: das Weißrussische als Sprache lokaler Exotik an erster Stelle, Gleichberechti-

133 Die realen Mechanismen, nach denen Sprecher den ökonomischen Wert von Sprachen taxieren, sollen durch diese Analyse nicht in Abrede gestellt werden. Sie werden in DE SWAAN (2001) beschrieben.

gung der Sprachen an zweiter Stelle und die beherrschende Stellung des Weißrussischen als unwahrscheinlichstes Szenario.

Drakachrust geht dann fast ausschließlich auf das belgische Modell ein. Er bezeichnet es als das komplizierteste. Denn der weißrussischen Gesellschaft und ihrer Elite verlange es „die größten, für sie nicht ganz charakteristischen Anstrengungen“ ab. Drakachrust wirft somit indirekt sowohl den Russisch- als auch den Weißrussischsprachigen mangelndes Bemühen um einen Kompromiss vor. Dann tritt er – wie zuvor bereits Sasnoŭ – der Vorstellung entgegen, dass die Russischsprachigkeit von Weißrussen ein ikonischer Verweis auf deren enge Bindung an Russland sei. Die aggressive Botschaft der Russischsprecher an ihre „andersprachigen Landsleute“ sei nicht „sprich Russisch“, sondern „sprich, wie es die Menschen tun, sprich wie alle“. Drakachrust trennt hier somit die Russischsprachigkeit der meisten Weißrussen von ihren (außen)politischen Präferenzen. Für ihn ist sie lediglich Ausdruck eines sprachlichen Konformismus. Dieser besteht Drakachrust zufolge in der tadelnden oder sogar aggressiven Reaktion auf Abweichungen von der Norm, Russisch zu sprechen. Wer das Weißrussische verwendet, versucht demzufolge aus Sicht der russischsprachigen Konformisten, sich mit Hilfe von Sprache von der Masse abzuheben. Diesen Versuch betrachten die Russischsprachigen Drakachrust zufolge als verwerflich und sanktionieren ihn entsprechend.

Drakachrust stellt den Antagonismus zwischen Verfechtern von Einsprachigkeit und Mehrsprachigkeit aber auch insgesamt als Rekursion des Gegensatzes von Konformismus und Toleranz dar. Denn viele Weißrussischsprachige sind ihm zufolge ebenso konformistisch wie die Russischsprachigen: Auch ihnen gehe es darum, die Landsleute zu einem „Sprich wie alle“ auffordern zu können. Nur solle die Sprache aller eben das Weißrussische sein. Diese Äußerung Drakachrusts ist eine Provokation an die Adresse überzeugter Weißrussischsprecher. Denn diese betonen oft die historische Unterdrückung der weißrussischen Sprache und erklären es zum Ziel, die Nationsbildung in Belarus’ zu vollenden. Indem Drakachrust aber den vermeintlichen Konformismus beider Sprechergemeinschaften hervorhebt, ignoriert er die Frage nach der möglichen historischen Legitimität einer Weißrussifizierung. Den einzigen Unterschied des weißrussischsprachigen zum russischsprachigen Konformismus sieht er darin, dass der russischsprachige sich auf die Gegenwart bezieht, der weißrussischsprachige dagegen auf die Zukunft. Insgesamt fällt Drakachrust somit ein negatives moralisches Urteil über das Streben nach sprachlicher Konvergenz. Er hebt es zudem als etwas spezifisch

Weißrussisches hervor, obwohl Sprecher generell zur Konvergenz tendieren, während Handlungen zugunsten einer sprachlichen Divergenz in der Regel eine spezifische Motivation erfordern.

Drakachrust zufolge hindert eine aggressive Einsprachigkeits-Ideologie beider Sprechergruppen die Weißrussen daran, zu einer fairen Zweisprachigkeit im öffentlichen Leben zu kommen. Er widerspricht allerdings der Ansicht, Vorhandensein oder Fehlen sprachlicher Gleichberechtigung hänge vom Nationalcharakter ab:

> […] sogar die oberflächliche Bekanntheit mit den belgischen Erfahrungen zeigt, dass die Harmonie der dortigen Zweisprachigkeit nicht automatisches Ergebnis irgendeines immanenten „Europäertums" der Belgier (im Unterschied zu den weißrussischen „Wilden") ist, sondern tägliche komplizierte Arbeit der Gesellschaft, in erster Linie der Intellektuellen, um diesen Konsens zu erreichen.

Zu diesem Weg ermuntert Drakachrust die Weißrussen am Beispiel des Flämischen: Dieses habe, obwohl traditionell von fast der Hälfte der Bevölkerung gesprochen, erst in den 1960er Jahren die Gleichberechtigung mit dem wallonischen Französischen erreicht. Dieses späte Bemühen beider großen Sprechergruppen um Konsens ist für Drakachrust der entscheidende Grund für die vermeintlich vorbildliche Mehrsprachigkeit Belgiens. Als tragende Elemente dieser Übereinkunft nennt er „sperrige Konstruktionen mit fixierten Quoten und Handicaps für die Schwächeren". Indirekt bringt Drakachrust damit auch für Belarus' ein Modell ins Spiel, in dem Russisch und Weißrussisch prinzipiell gleichberechtigt sind, die Verwendung des Weißrussischen im öffentlichen Leben aber wegen der schwächeren Position dieser Sprache quotiert ist. Das vermeintliche Funktionieren der Mehrsprachigkeit in Belgien widerlegt Drakachrust zufolge den Einwand, dass die „übermäßige" Verwendung der jeweils anderen Sprache den Zusammenhalt der Nation gefährde:

> Auf den ersten Blick sehen diese Konstruktionen [die belgische Sprachgesetzgebung, Anm. MB] flüchtig aus und scheinen die Einheit der Nation zu untergraben, doch in Wirklichkeit kann man diese Einheit der Gesellschaft, die real unter sprachlichem Gesichtspunkt gespalten ist, eben auf diese Weise sichern.

Außer der Tatsache, dass Drakachrust hier ein zu harmonisches Bild der sprachlichen Situation in Belgien zeichnet, ist seine Terminologie auffällig: Er spricht einerseits von der „Einheit der Nation" (*adzinstva nacyi*), andererseits von der „Einheit der (Staatsbürger-)Gesellschaft" (*adzinstva hra-*

madztva). Nation und Gesellschaft sind für ihn hier gleichbedeutend, er verwendet also einen Nationsbegriff, der als Staatsbürgerschaft definiert ist.

Die Einheit einer Nation ist Drakachrust zufolge nicht durch eine kompliziert austarierte Sprachengesetzgebung bedroht. Er sieht die Bedrohung statt dessen in Strategien, „die auf den totalen Sieg einer der Seiten ausgerichtet sind". Für wie gefährlich er das Ziel der Einsprachigkeit in Weißrussland hält, macht Drakachrust durch eine chiastische Konstruktion deutlich: „Auf den ersten Blick scheinen diese Konstruktionen […] die Einheit der Nation zu *untergraben* […]. Doch *zerstört* wird die nationale Einigkeit eben durch „reine Strategien" [...]" Deutlicher wird dies im weißrussischsprachigen Original: *Na peršy pohljad hetyja kanstrukcyi* […] *padryvajuc' adzinstva nacyi* […]. *A razryvajuc' nacyjanal'nae adzinstva jakraz „čystyja stratėhii* […]." Auch durch seine Wortwahl unterstreicht Drakachrust die Gefahr, die ihm zufolge droht: Dem Verb *padryvac'* „untergraben" stellt er das wurzelgleiche, in seiner Bedeutung drastischere Verb *razryvac'* „zerstören, zerreißen" gegenüber. Dieses bezieht er auf die Befürworter russischer oder weißrussischer Einsprachigkeit. Die Ziele der Anhänger einer einsprachigen Belarus' beschreibt er zudem in kriegerischer, fast faschistisch anmutender Terminologie – „reine Strategien", „totaler Sieg".

Schließlich verknüpft Drakachrust das Thema Mehrsprachigkeit mit dem Thema Multikonfessionalität. Anlass zu Optimismus gibt Drakachrust zufolge die Tatsache, dass auch die Weißrussen in ihrer Geschichte bereits einen „Mechanismus" zum Konsens ausgearbeitet hätten. Dieser verhindere die Spaltung der Gesellschaft in Katholiken und Orthodoxe. Die Konfession habe in Belarus' durchaus Bedeutung, doch „über Jahrhunderte hinweg ist ein Gespür dafür herausgearbeitet worden, welche Grenzen dieser Unterschied nicht überschreiten darf". Diese religiöse Toleranz bezeichnet Drakachrust als „weißrussischen Weg zur Lösung weißrussischer Probleme". Er mache es möglicherweise sogar überflüssig, sich an der „exotischen europäischen Erfahrung" zu orientieren. Damit lehnt Drakachrust zwar die Gegenüberstellung von vermeintlicher fortschrittlicher Toleranz der (West-)Europäer und rückständiger Intoleranz der Osteuropäer ab. Allerdings grenzt er Belarus' dann doch von Europa ab, indem er die europäische Sprachpolitik als „exotisch" für die Weißrussen bezeichnet.

Letztlich steht für Drakachrust Einsprachigkeit als politisches Ziel für Belarus' nicht zur Debatte. Ob es sich dabei um russische oder weißrussische Einsprachigkeit handeln würde, spielt für ihn keine Rolle. Eine monolinguale Belarus' stellt er zum einen als unerreichbar dar, zum anderen als nutzloses

Ziel. Diese Argumentation, mit der Drakachrust seine Äußerung abschließt, stützt sich wieder auf vermeintliche Parallelen zur Situation der Konfessionen in Belarus':

> Ist es notwendig, ganz Belarus' zu katholisieren oder zur Orthodoxie zu bekehren? Als Antwort auf ein solches Dilemma kommt zuerst der Gedanke an die absolute Unmöglichkeit, dann der Gedanke an den schrecklichen Preis dafür, würde man auch nur den Versuch unternehmen, und am Ende (oder umgekehrt: in erster Linie) die Frage „wozu überhaupt?".

Im Gegensatz zu Drakachrust gibt Aljaksandr Sasnoŭ an, dass er es begrüßen würde, wenn das Weißrussische in Belarus' dominant würde. Er hält dies aber wegen der „Politik der weißrussischen Machthaber" aktuell ebenso für unmöglich wie die tatsächliche Gleichberechtigung beider Sprachen. Es bleibe somit vorerst nur die Variante mit dem Weißrussischen als Sprache lokaler Exotik. Gegenüber der Sprachpolitik „von oben" unter Lukašėnka sieht Sasnoŭ die weißrussische Gesellschaft als machtlos an. Ihr bleiben nach seiner Auffassung nur der individuelle Spracherhalt im Privaten und die Hoffnung auf bessere Zeiten:

> […] es ist Sache aller, welche die Zukunft der weißrussischen Sprache beunruhigt, diese zu achten, zu erhalten und den Nachfahren zu überliefern. In Zukunft kann es so kommen, dass sich alles zum Besseren wandelt, wie seinerzeit in Prag, wo innerhalb von einer Generation einst die tschechische Sprache die deutsche ablöste!

Interessant an dieser Aussage ist, dass Sasnoŭ die Veränderung der sprachlichen Situation in Böhmen und Mähren im 19. Jahrhundert als Hoffnung spendendes Vorbild für Belarus' betrachtet. Er hebt hier auf folgende Aspekte der tschechischen Sprachgeschichte ab: In der Gegenreformation geriet das Tschechische, das bereits eine jahrhundertelange Tradition als Schriftsprache hatte, schriftlich wie mündlich außer Gebrauch. Es wurde vom Deutschen verdrängt. Im Zuge der romantischen Bewegung schuf eine Gruppe von tschechischen und slowakischen Gelehrten das moderne Tschechische schließlich nahezu neu. Ab 1880 wurde es im Habsburger Reich Amtssprache, ohne dem Deutschen voll gleichgestellt zu sein. Erst in der Zwischenkriegszeit, mit einem Sprachengesetz der unabhängigen Tschechoslowakei, wurde „Tschechoslowakisch" zur Staatssprache.[134] Indem Sasnoŭ den Ver-

134 Zu einer realen Verschmelzung von Tschechisch und Slowakisch kam es dabei nicht. Das tschechoslowakische Sprachengesetz von 1920 legte lediglich fest, dass die vermeintlich tschechoslowakische Sprache aus einer tschechischen und einer slowakischen Variante bestehe. De facto dominierte in dem gemeinsamen Staat das Tschechische, das Slowakische

gleich zur tschechischen Sprachgeschichte zieht, zieht er die Möglichkeit in Betracht, dass auch die weißrussische Sprache von patriotischen Intellektuellen neu geschaffen wird. Bleibt man in der Analogie zum tschechischen Vorbild, müsste auch die neue weißrussische Literatursprache binnen kürzester Zeit ein so hohes Prestige erlangen, dass sie das Russische als Alltagssprache verdrängen würde. In seinem Vergleich lässt Sasnoŭ aber ein wichtiges Moment außer Acht: Die „Neuerschaffung" der tschechischen Hochsprache im 19. Jahrhundert war in ihren wesentlichen Zügen ein Ausbau des Tschechischen, wie es in bedeutenden Schriftdenkmälern der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert verwendet wurde (ŠLOSAR 2002, 531). Die lokalen Subvarietäten dagegen hatten sich in den zwei Jahrhunderten, in denen die Hochsprache außer Gebrauch war, weiterentwickelt. Deshalb weist die tschechische Umgangssprache bis heute eine deutliche Distanz zur Hochsprache auf, auch in der Grammatik (näher zu den Varietäten der tschechischen Gegenwartssprache ŠLOSAR 2002). Wenn Sasnoŭ somit die Entwicklung des Tschechischen als Vorbild für das Weißrussische nennt, so spricht er sich damit in letzter Konsequenz für eine Diglossiesituation aus. Abwegig wäre ein solches Szenario prinzipiell nicht, das im wissenschaftlichen Diskurs Hentschel und Kittel in Erwägung ziehen (HENTSCHEL & KITTEL 2011, 66f.): Sollte aufgrund eines politischen Richtungswechsels das Weißrussische wieder einzige Staatssprache werden und zugleich die staatliche Sprachpolitik die Standardsprache von der weißrussisch-russischen gemischten Rede distant halten, so könnte die Standardsprache als H-Varietät, die *Trasjanka* dagegen noch auf lange Zeit als L-Varietät verbreitet sein.

Sehr kurz antwortet auf die Frage nach der zukünftigen sprachlichen Situation in Belarus' der Finanzexperte Stanislaŭ Bahdankevič. Ihm zufolge wird es in Belarus' „in nächster Perspektive […] eine gefestigte reale Zweisprachigkeit" geben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Bahdankevič in der Gegenwart eine nur scheinbare, zumindest aber nicht gefestigte Zweisprachigkeit sieht. Er erläutert dabei nicht, was er unter Zweisprachigkeit versteht – Zweisprachigkeit von Individuen, Gemeinschaften oder Institutionen. Auch nennt er keine Gründe, warum sich nach seiner Ansicht eine stabile Zweisprachigkeit etablieren wird. Diese wären gerade angesichts der Tatsache interessant, dass gesellschaftliche Zweisprachigkeit im Gegensatz zur Diglossie dazu tendiert, instabil zu sein.

---

hatte den Status „einer zwar geduldeten, aber doch zweitrangigen Variante" (BERGER 1997, 174).

Leanid Zaiko spielt in seiner Aussage zunächst die Bedeutung der Sprachenfrage herunter. Zudem nennt er nicht Belarus' für sich genommen, sondern die „Welt" als Objektbereich, mit dem sich die Debatte beschäftigen sollte: „Die Welt ändert sich nicht in sprachlicher Hinsicht, sondern in informationstechnischer." Insgesamt enthält die Äußerung Zaikos zahlreiche Charakteristika eines Technik-und-Fortschritt-Diskurses, in dem sich der Sprecher auf der Höhe der Zeit gibt. Die auftretenden Verben bzw. Verbalphrasen signalisieren Dynamik: „sich ändern", „eine Wahl treffen", „überholen", „aktiver/funktionstüchtiger/vielfältiger sein", „sich bewegen". Die verwendeten Substantive und Adjektive verstärken diese Wirkung: „Welt", „Cyber-Generation", „jung", „perspektivisch", „Internet", „Chance", „Erfolge".

Hauptakteur der zukünftigen Veränderungen in Belarus' ist Zaiko zufolge die „Cyber-Generation junger Weißrussen, die ihre Wahl zugunsten dessen treffen wird, was perspektivischer ist". Die „Sprache des Internets" sei eine „Chance, viele Länder zu überholen, die heute sehr zufrieden mit sich und ihren Erfolgen sind". Die „Sprache des Internets" ist hier eine Metonymie: Das Internet verbindet laut Zaiko auch vermeintlich „rückständigere" Nationen wie die weißrussische mit neuen Ideen, die zeitgleich auf der ganzen Welt entstehen. Damit ermöglicht es diesen Nationen, an der Diskussion über neue Ideen teilzunehmen. Mittel zur Diskussion in dieser Weltöffentlichkeit ist Zaiko zufolge die Sprache mit ihren Besonderheiten, die durch das Medium Internet bedingt sind. Die Metapher des „Überholens" verknüpft die Metonymie von der „Sprache des Internets" mit der Ganzes-Teil-Metonymie von den selbstzufriedenen Ländern: (National-)Staaten, deren Gesellschaften als fortschrittlicher gelten als die weißrussische, werden zu Trägern einer individuellen menschlichen Eigenschaft – der Selbstzufriedenheit. Auch wenn Zaiko insgesamt mit Blick auf die Zukunft argumentiert, betrachtet er die Weißrussen als historische Schicksalsgemeinschaft. Diese Grundannahme bezieht er in seine Argumentation ein: „Wir sind historisch dazu gezwungen, aktiver, funktionaler und vielseitiger zu sein [als andere Nationen, Anm. MB]".

In sprachlichen Fragen müsse man weiter voraus blicken, auf die Jahre 2090 bis 2100, äußert Zaiko und kehrt damit zum Thema Sprache zurück. Eine so weit in die Zukunft reichende Vorhersage der sprachlichen Situation traut er sich nicht zu, gibt aber zu bedenken: „Die Balance der Sprachsysteme bei uns wird von der Geschäftspraxis determiniert werden." Die gruppenkonstituierende Funktion von Sprache tritt für Zaiko somit hinter pragmatische Erwägungen bei der Sprachverwendung zurück.

Auch wenn er die sprachliche Situation in Belarus' nicht voraussagen will, gibt Zaiko drei mögliche Szenarien an: Mit drei Sprachen – gemeint sind wohl Weißrussisch, Russisch und Englisch – werde Weißrussland eine *prasunutaja kraina* sein. Das Wort *prasunutaja* als Adjektiv-Attribut zu *kraina* 'Land' ist hier mehrdeutig, entsprechend der Polysemie des Lexems *prasunuc'* (vgl. etwa SUDNIK & KRYŬKO 2005, 502): Erstens kann es 'fortgeschritten, fortschrittlich' bedeuten. Im Kontext einer Mehrsprachigkeit, welche die Weltsprache Englisch einschließt, ergibt dies Sinn. Zweite mögliche Bedeutung, die mit der ersten eng zusammenhängt, ist „(in einer Hierarchie) erhöht, befördert". In einer solchen Betrachtungsweise stände Belarus' durch seine (hypothetisch angenommene) Dreisprachigkeit in der Hierarchie der Staaten mit einer modernen Sprachpolitik ganz oben. Dritte Bedeutung von *prasunutaja*, die hier angenommen werden kann, ist 'vorgeschoben, vorgestreckt'. Sie fügt der Aussage den Sinn hinzu, dass Belarus' zu den am weitesten nach Osten „vorgeschobenen" Ländern Europas zählt. Im zitierten Kontext wäre dies so zu verstehen, dass Belarus' sprachpolitisch eine Vermittlerrolle zwischen West und Ost einnehmen könnte.

Zu einer möglichen zweisprachigen Zukunft von Belarus' äußert sich Zaiko auf Weißrussisch wie folgt: „Dz've movy – my sjadzim z Rasejaj na pečkach-lavačkach." Frei könnte man diesen Satz wie folgt übersetzen: „Zwei Sprachen – das bedeutet, dass wir mit Russland auf gut angewärmten Bänken sitzen." Wörtlich ist im weißrussischen Original außer von *lavački* 'Bänken, Schemeln' von *pečki* 'Öfen' die Rede – 'gut gewärmte Bänke' würde im Deutschen die hier entscheidende Eigenschaft von Öfen, die des Heizens, angemessen wiedergeben. Der Satz enthält somit zwei Metaphern: Die „Bank"-Metapher hebt auf ein enges Verhältnis zwischen Belarus' und Russland ab, das durch die Zweisprachigkeit Weißrusslands begründet ist. Mit dem Russischen als zweiter Staatssprache rücken die Weißrussen den Russen näher, so als säßen sie gemeinsam auf einer kleinen Bank. Die Metapher vom wärmenden Ofen dagegen spricht das heikle Thema der Energiesicherheit an: Bleibt das Russische in Belarus' Staatssprache, so betrachtet die Moskauer Führung Weißrussland weiterhin als ihren Verbündeten und gewährt entsprechend günstige Bedingungen für die Energieversorgung.

Hinzu kommt noch ein weiteres Bedeutungselement: *lavačka* ist auf Weißrussisch auch ein Wort für kleine Gaunereien und Kleinganoven (vgl. SUDNIK & KRYŬKO 2005, 310). Bleibt das Russische in Belarus' zweite Staatssprache, so können nach dieser Lesart die Weißrussen weiterhin zwielichtige Geschäfte mit Russland treiben.

Eine rein weißrussischsprachige Belarus' lehnt Zaiko ab: Das Land erfreue sich dann zwar an seiner Unabhängigkeit, befinde sich aber „gleichzeitig an der Peripherie Europas und Eurasiens". Wie auch in den Argumentationen zur möglichen Drei- oder Zweisprachigkeit von Belarus' verhandelt Zaiko hier die außenpolitische Orientierung des Landes auf dem Terrain von Sprache. Gegen Weißrussisch als einzige Staatssprache führt er letztlich die mangelnde Ökonomie dieser Sprache – im Sinne de Swaans – ins Feld: Weißrussisch weist nach Zaikos Argumentation sowohl innerhalb des europäischen als auch innerhalb des eurasischen politischen Blocks nur eine sehr geringe Zentralität auf, d. h. nur sehr wenige multilinguale Sprecher haben die Sprache in ihrem Repertoire. Auch wenn dieser Befund richtig ist, muss er Weißrussisch als einzige Staatssprache nicht prinzipiell ausschließen. Dies zeigen die Beispiele von EU-Staaten, in denen die Nationalsprachen „kleiner" Titularnationen einzige Amtssprachen sind.

Uladzimir Mackevič antwortet nicht auf die Frage, welche Balance von Sprachen er für Belarus' für die wahrscheinlichste hält. Auf die Frage, welche Situation er sich wünschen würde, entgegnet er:

> Mir erscheint die finnische Variante am attraktivsten, in der die schwedische Sprache den traditionellen Status als zweite Staatssprache behält, aber die finnische Sprache vorherrschend ist. Wenn wir in einem evolutionären Prozess von der heutigen Lage zu einer solchen Variante kämen, würde ich meinen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass bei uns alles gut läuft.

Ähnlich wie die Präsenz des Russischen in Belarus' hat die Tatsache, dass Schwedisch in Finnland Amtssprache ist, historische Ursachen. Das heutige Finnland gehörte vom 12. bis ins frühe 19. Jahrhundert zum Staatsgebiet Schwedens. Auch als die finnischen Gebiete 1809 ein halbautonomes Großfürstentum des Russischen Reiches wurden, blieb das Schwedische zunächst dominant (PAN 2006, 149). Unterstützt von den russischen Zaren ab Alexander II., entstand jedoch eine finnische Nationalbewegung, deren Ziel die Gleichstellung des Finnischen mit dem Schwedischen im öffentlichen Leben und im Bildungswesen war (PAN 2006, 149). Ebenfalls im 19. Jahrhundert schuf die romantische Bewegung in Finnland mit ihren sprachpflegerischen Bemühungen die moderne finnische Schriftsprache, für die sich in den 1880er Jahren ein einheitlicher Standard durchsetzte (HAARMANN 2002a, 132). Ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Finnische im öffentlichen Leben des Landes dominant, insbesondere nach der staatlichen Unabhängigkeit 1917. In der Gegenwart macht der Anteil der schwedischsprachigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Finnlands nur noch knapp über

fünf Prozent aus (PAN 2006, 149). Einen mehrheitlichen oder hohen Bevölkerungsanteil haben die Schwedischsprachigen an Küstenstreifen im Süden und Westen des Landes sowie auf den autonomen Åland-Inseln.

Laut der finnischen Verfassung von 2000 sind Finnisch und Schwedisch Amtssprachen, die jeder Bürger gegenüber Behörden und vor Gericht verwenden darf (PAN 2006, 154). Die Schwedischsprachigen, die in überwiegend finnischsprachigen Verwaltungsbezirken leben, haben den gleichen Status und die gleichen Rechte wie die Finnischsprachigen in überwiegend schwedischsprachigen Bezirken (PAN 2006, 155). Amtliche Dokumente werden allerdings auf Finnisch verfasst, die schwedische Sprachfassung ist eine Übersetzung (HAARMANN 2002b, 336). Bei Reden hoher staatlicher Funktionsträger wird zuerst Finnisch gesprochen, die folgende schwedische Übersetzung ist meist eine verkürzte Fassung (HAARMANN 2002b, 336).

Überträgt man wie Mackevič das finnische Modell auf Belarus', so nimmt das Weißrussische die Rolle des Finnischen, das Russische die Rolle des Schwedischen ein. Mackevič zufolge sollte ein solcher Wandel der Sprachpolitik „evolutionär" erfolgen; wie genau dieser Weg aussehen könnte, lässt er allerdings offen. Unberücksichtigt lässt er überdies, dass Finnisch und Schwedisch im Gegensatz zu Weißrussisch und Russisch typologisch sehr unterschiedliche Sprachen und gegenseitig unverständlich sind. Während es ein großer typologischer Abstand zu areal benachbarten Varietäten erleichtert, eine Hochsprache als *legitimate language* zu etablieren, hat die große Nähe zwischen Weißrussisch und Russisch zusammen mit dem intensiven und lang andauernden Sprachkontakt zur Entstehung einer offenbar zunehmend konventionalisierten gemischten Rede geführt, die das mundartliche Substrat des Weißrussischen und damit auch die Stellung der Standardsprache schwächt.

Sjamën Bukčyn stellt zwei Fragen an den Anfang seiner Äußerung zur sprachlichen Zukunft von Belarus':

> Nun, was soll man mit dem „weißrussischen Komplex" machen, der zwischen „herrschender Sprache" und „Exotik" schwankt? Muss man etwa erklären, dass es vor allem notwendig ist, zu versuchen, ein mehr oder weniger normales Leben in Belarus' zu schaffen, mit normaler Achtung vor dem Menschen?

Mit diesen rhetorischen Fragen erklärt Bukčyn das Problem der „sprachlichen Balance" in Belarus' zu einem nachrangigen. Ihm zufolge sollte diese Bewertung unter regimekritischen Intellektuellen selbstverständlich sein („Muss man etwa erklären […]?"). Schlüsselbegriff in Bukčyns Argumenta-

tion ist die „Normalität“. Indem er dem gegenwärtigen „Leben“ in Belarus’ die Normalität abspricht, verknüpft er die Debatte über die sprachliche Situation mit der Debatte über den Zustand der weißrussischen Gesellschaft. Diese ist laut Bukčyn durch die politischen Verhältnisse in Belarus’ deformiert. Die Argumentation folgt hier dem Muster der fraktalen Rekursivität nach Irvine und Gal: Bukčyn zufolge zeigt sich der vermeintliche Gegensatz zwischen *homo sovieticus* und verantwortlich denkendem Individuum in der heutigen Belarus’ auch auf sprachlicher Ebene. Sprachlich besteht dieser Gegensatz laut Bukčyn zwischen denen, denen das Weißrussische gleichgültig ist, und denen, die sich um den Zustand der weißrussischen Sprache Sorgen machen.

Eine „normale“ Einstellung zur weißrussischen Sprache werde es dann wieder geben, wenn auch ein „normales“ Leben mit Achtung vor dem Menschen wiederhergestellt sei. Bukčyn verwendet den Gegensatz zwischen „natürlich“ und „künstlich“ für seine Argumentation: Wenn Belarus’ auf dem Weg zur Normalität der Gesellschaft sei, werde „natürlich“ auch parallel die normale Einstellung zur weißrussischen Sprache erreicht. Dann wird es laut Bukčyn keine „künstlichen Herangehensweisen, kein „Anprobieren des Flämischen oder Irischen“ geben. „Natürlich“ und „normal“ ist somit für Bukčyn eine Situation, in der das Weißrussische „herrschende Sprache“ in Belarus’ ist. Nur lässt sich ihm zufolge diese Situation nicht losgelöst von den allgemeinen politischen Bedingungen herbeiführen. Das Sprachengesetz von 1990 ist laut Bukčyn übereilt verabschiedet worden. Dieser Fehler habe dazu geführt, dass man das Land und seine Zukunft an undemokratische Kräfte verloren habe. Aus dieser Äußerung Bukčyns spricht die Befürchtung, übereifrige Patrioten könnten diesen Fehler wiederholen, wenn sie in Belarus’ an die Macht gelangen.

Viktar Marcinovič beginnt seine Äußerung mit der Antwort auf die Frage, welche Rolle das Weißrussische seiner Meinung nach in Belarus’ spielen sollte. Er geht dabei vom Nationalstaat (*nacyjanal’naja dzjaržava*) aus, in dem „ohne jeglichen Zweifel“ die „Nationalsprache“ – d. h. das Weißrussische – „stark“ sein sollte. Begrenzt werden solle diese starke Position der Nationalsprache aber von den berechtigten Interessen anderer Nationalitäten. Man könnte somit zunächst davon ausgehen, dass Marcinovič nur den Angehörigen der nationalen Minderheiten Sprachenrechte einräumen will. Bereits im folgenden Satz jedoch spricht er von den „Russischsprachigen in Belarus’“, womit auch die Russischsprachigen weißrussischer Nationalität gemeint sind. Diese sollten Marcinovič zufolge „das Recht haben, Russisch zu sprechen“. Mit diesem Recht allerdings meint er offenbar nur einen ge-

setzlich verankerten offiziellen Status, der es erlauben würde, das Russische in Behörden, Minderheitenschulen usw. zu benutzen. Für den Alltag dagegen ist laut Marcinovič eine möglichst weitreichende Dominanz des Weißrussischen zu bevorzugen: Ohne Weißrussischkenntnisse solle es den Russischsprachigen im Nationalstaat Belarus' nicht möglich sein, zum Friseur zu gehen oder einzukaufen – „ihr alltägliches Leben" würde „sich in einen Alptraum verwandeln". Für Marcinovič ist die Idee des weißrussischen Nationalstaats also mit Einsprachigkeit der Gesellschaft verknüpft. Die Russischsprachigen sollten ihm zufolge zwar begrenzte sprachliche Rechte erhalten, sich aber grundsätzlich einer staatlichen Sprachpolitik, die dem Weißrussischen Vorrang gibt, unterordnen. Um die beherrschende Stellung zu betonen, die er dem Weißrussischen einräumen will, benutzt er einen Begriff, der zur Sowjetzeit dem Russischen vorbehalten war:

> […] den idealen Status des Weißrussischen würde ich so festlegen: Sprache der interethnischen Beziehungen in Belarus'. Aber das ist die Situation, wie sie im Idealfall sein sollte.

Für die nahe Zukunft sagt Marcinovič dagegen eine Situation voraus, die eher der irischen ähnelt. Hoffnung, dass das Weißrussische nicht wie das Gälische ausschließlich zur „Prärogative von Volksmusik-Interpreten" werde, gebe ihm das „mächtige und patriarchale Massiv, welches das weißrussische Dorf ist". Dieses könne keine Russifizierung zerstören. Dass Marcinovič als russischsprachiger Intellektueller den Begriff der Russifizierung verwendet, überrascht. Mit der Metapher vom Massiv des weißrussischen Dorfes, das von der Russifizierung nicht zerstört werden könne, stellt er einen Gegensatz auf. Dieser besteht zwischen der vermeintlich ursprünglichen, natürlichen Weißrussischsprachigkeit auf dem Land und den vermeintlich widernatürlichen Einflüssen aus den überwiegend russischsprachigen Städten.

Ob die Sprecher in den Dörfern Weißrusslands sich zur Sowjetzeit tatsächlich der sprachlichen Russifizierung so stark entziehen konnten, wie dies im metasprachlichen Diskurs oft suggeriert wird, ist unklar, erscheint aber zumindest stark zweifelhaft. Mit Sicherheit aber ist zu erwarten, dass das weißrussische Dorf keine Bastion vermeintlicher sprachlicher „Reinheit" bleiben wird, wenn die Mobilität zunimmt und auch die Kleinstädte Weißrusslands einer stärkeren Urbanisierung unterliegen. Trotz seiner zuvor geäußerten Ansicht, keine Russifizierung könne das Dorf zerstören, warnt auch Marcinovič:

> […] je weiter, desto weniger Zeit für eine Reanimation bleibt der weißrussischen Sprache, um so mehr, als zu ihren Verbreitern die

> Träger der „Trasjanka“ und der fürchterlichen russischen Sprache mit frikativem „h“ werden.

Marcinovič geht hier von der „Massiv“- zu einer anderen Metaphorik über: Mit der Verwendung des Begriffs „Reanimation“ macht er die weißrussische Sprache zum Patienten, dessen Leben bedroht ist. Diese Bildlichkeit weitet er dann aus: Ein todkranker Patient benötigt unmittelbar die Hilfe eines Arztes. Die Zeit drängt, denn je länger der Patient warten muss, desto mehr potenzielle „Ärzte“ sind mit dem vermeintlichen sprachlichen Krankheitserreger *Trasjanka* infiziert.[135] Das weißrussische Wort *nos'bity* ‘Träger’ hat hier eine Doppelbedeutung – zum einen „Sprachträger“, zum anderen ‘Träger einer Infektion’.

Festzuhalten ist noch, dass Marcinovič in seiner Äußerung vier sprachliche Erscheinungsformen in Belarus’ auseinanderhält: Erstens „das Russische“, dem er die Verwendung in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens zubilligen will. Zweitens „das Weißrussische“, das die dominierende Alltagssprache sowie Sprache interethnischer Beziehungen in Belarus’ sein sollte. Drittens nennt er die *Trasjanka* als eigenständige sprachliche Erscheinungsform. Von ihr wiederum unterscheidet er das Russische mit einer phonetischen Interferenz des Weißrussischen – dem frikativen [h] anstelle des Plosivs [g]. Diese Unterscheidung ähnelt dem Analysemodell, das auch die Untersuchungen des Oldenburger und Minsker Forschungsprojekts zur gemischten Rede in Belarus’ verwenden, wobei sie ein vom Weißrussischen interferiertes Russisch als weißrussischen Akzent des Russischen bezeichnen (z. B. HENTSCHEL & TESCH 2006, 217).

Pëtr Marcaŭ gibt an, für Belarus’ die „belgische Variante“ als ideal zu bevorzugen. Ihm zufolge ist sie jedoch unerreichbar. Als Grund für seine Skepsis führt Marcaŭ an, dass wie zur Sowjetzeit der Staat die Gesellschaft beherrsche. Hinge die Sprachenfrage dagegen allein von der Entwicklung der Gesellschaft ab, so sei die belgische Lösung in absehbarer Zukunft erreichbar. In der Ukraine etwa sei das Verhältnis von Staat und Gesellschaft bereits günstiger als in Belarus’. Wie Jury Drakachrust geht Marcaŭ darüber hinweg,

135 Unabhängig von dieser Zuspitzung ist nach den Einschätzungen der Sprecher die gemischte Rede auch auf dem Land bereits weit verbreitet. In einer Studie zu Spracheinstellungen nannte die Mehrheit der befragten Landbewohner nicht das Weißrussische, sondern die Mischsprache als Sprache der Erstsozialisation (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). Dieses Ergebnis weckt erhebliche Zweifel an der weit verbreiteten Meinung, auf dem Land werde vor allem „reines“ dialektales Weißrussisch gesprochen, während die Mischsprache nur in den Städten zwischen den Generationen weitergegeben werde.

dass in Belgien die Sprechergruppen weitgehend komplementär über das Staatsgebiet verteilt sind und ihre Koexistenz dennoch alles andere als konfliktfrei ist.

3.5.4 Sympathie für das Weißrussische, Skepsis gegenüber Weißrussifizierung

Im Folgenden sollen die Positionen der russischsprachigen Intellektuellen zusammenfassend betrachtet werden. Als Instrumentarium für dieses Resümee dienen die Ansätze zur Erforschung von Sprachideologien, die im einleitenden Teil dieser Arbeit vorgestellt worden sind.

Betrachtet man die Äußerungen mit Hilfe von Bourdieus Ansatz zu Sprache und symbolischer Macht (BOURDIEU 1994), so sind sich die Diskutanten noch weitgehend einig über die bestehende Situation, über die Notwendigkeit, diese zu verändern, sowie darüber, wo Veränderungen ansetzen müssten. Dass das Russische im öffentlichen Leben von Belarus' den höheren Wert auf dem sprachlichen Markt hat als das Weißrussische, bestreitet keiner der Befragten. Begründungen für diesen Zustand liefern die Diskutanten im Allgemeinen nicht. Nur Viktar Marcinovič verweist auf den Vorsprung der russischen gegenüber der weißrussischen Sprache in den Verwendungssphären Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft. Leanid Zaiko sieht gegenüber dem Russischen und Weißrussischen das Englische als Sprache mit dem höchsten Marktwert in Belarus'.

Alle Diskutanten äußern, dass sich die Situation des Weißrussischen grundsätzlich verbessern sollte. Hinsichtlich der Möglichkeiten, dies mit staatlicher Sprachpolitik zu erreichen, wird jedoch vorsichtige Skepsis geäußert: Marcinovič zufolge wird es keinen Wandel des sprachlichen Marktes geben, ohne dass sich zunächst die Zusammensetzung der politischen Elite ändert. Uladzimir Mackevič betrachtet die Festlegung von Staatssprachen als künstliche Eingriffe in die symbolische Preisbildung auf dem Sprachenmarkt. Andererseits plädiert er im Bildungswesen für den härtesten möglichen Eingriff des Staates in diesen Markt: Er spricht sich für ein Gesetz aus, nach dem der gesamte Unterricht in weißrussischer Sprache zu erfolgen habe. Laut Mackevič könnte dies einen positiven Effekt auf die Entwicklung der weißrussischen Sprache haben. Die anderen russischsprachigen Intellektuellen äußern sich in dieser Hinsicht weniger radikal als Mackevič. Sie sehen aber ebenfalls im Bildungssystem den entscheidenden Faktor, um die Lage des Weißrussischen zu verbessern: Jury Drakachrust zufolge muss der Staat die schwächere Position der weißrussischen Sprache bis zu einem gewissen Grad ausgleichen, und zwar vor allem im Bildungswesen. Stanislaŭ Bahdankevič fordert, dass der Staat weißrussischsprachige Bildungseinrichtungen sowie materielle Anreize schafft, um weißrussischsprachiges Lehren und Lernen

attraktiv zu machen. Auch Aljaksandr Fjaduta erscheint die Weitergabe der weißrussischen Standardsprache an die junge Generation als besonders drängendes Problem. Er stellt dabei die *Trasjanka* der weißrussischen Standardsprache gegenüber und kommt zu einer Opposition, die dem Gegensatz zwischen dem Status von Sprachen und der Solidarität gegenüber Sprachen ähnelt, auf den Gal in ihrer Kritik an Bourdieu hingewiesen hat (GAL 1989): Die *Trasjanka* hat laut Fjaduta im weißrussischen Staatsapparat einen gesicherten Status als (mündliche) Arbeitssprache. Die weißrussische Standardsprache dagegen lebt vor allem von der Solidarität ihrer Sprecher, der „jungen kulturellen Elite". Status und Solidarität treten in Fjadutas Argumentation unter anderen Vorzeichen als bei Gal auf: Sie schreibt der offiziellen Sprache (*legitimate language*) einen hohen Status zu, den nichtstandardsprachlichen Varietäten eine hohe Solidarität der Sprecher. Fjaduta dagegen stellt für die gemischte Rede einen hohen Status fest, für die weißrussische Standardsprache eine hohe Sprechersolidarität.

Diese Solidarität gegenüber der „bedrohten" weißrussischen Sprache hat für einige der russischsprachigen Intellektuellen durchaus den Charakter einer Zivilreligion der weißrussischen Nation (zum Begriff der Zivilreligion ROBERGE 1990). Laut Mackevič sollten die Weißrussen ihr Möglichstes tun, um ihre Nationalsprache zu erhalten und deren Gebrauch auszuweiten. Auch Aljaksandr Sasnoŭ stellt es als eine historische Aufgabe der Weißrussen dar, die Nationalsprache zu erhalten und zu tradieren, bis für diese bessere Bedingungen entstehen. Bestandteile einer Zivilreligion im Sinne Roberges sind aber auch Äußerungen der russischsprachigen Intellektuellen, die über das Problem des Spracherhalts hinausweisen. Entscheidend ist hier die Auffassung, dass sich die Weißrussen als kleine Nation im Konzert der Großen behaupten müssen.

Ein anderes Ziel als der Spracherhalt oder die Selbstbehauptung der Weißrussen unter den „großen" Nationen steht für Jury Drakachrust im Mittelpunkt. Für ihn ist die Entwicklung Weißrusslands zu einem demokratischeren Gemeinwesen am wichtigsten. Die sprachliche Situation ist Drakachrust zufolge eines von mehreren Feldern, auf denen ein demokratischer Fortschritt angestrebt werden sollte. Dabei gelte es auch, die „slavische Mentalität" zu überwinden, die dieser Entwicklung im Wege stehe. Analog zum Verhältnis zwischen Orthodoxie und römischem Katholizismus sollte laut Drakachrust auch das Verhältnis der beiden Hauptsprachen in Belarus' klar geregelt sein. Er fordert einen fairen Kompromiss zwischen Russisch- und Weißrussischsprechern.

Eine gemeinsame soziale Philosophie der russischsprachigen Intellektuellen besteht in ihrer Betonung demokratischer Werte. Hinzu kommt die Skepsis gegenüber dem Staat als Akteur der Sprachpolitik. Für Fjaduta etwa sind die freie Wahl der Unterrichtssprache und ein hohes Bildungsniveau, zu dem auch gute Russischkenntnisse gehören, höher zu bewerten als die Entwicklung der nationalen Identität. Laut Sjarhej Pan'koŭski muss über die gesellschaftliche Rolle einer Nationalsprache breit diskutiert werden. Ihm zufolge ist die Art, wie diese öffentliche Diskussion geführt wird, ein Gradmesser für die demokratische Reife der Gesellschaft.

Laut Svjatlana Aleksievič sollte der Staat vor allem als Moderator sprachpolitischer Auseinandersetzungen auftreten. Sie äußert sich nicht gegen eine perspektivische Sprachpolitik, lehnt aber ein Handeln gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit ab. Ohnehin ist Sprache für Aleksievič bei der Weiterentwicklung des Gemeinwesens nur ein Faktor unter mehreren. Für sie sind die sprachlichen Verhältnisse eng mit dem historischen Bewusstsein der Nation verknüpft.

Auch Drakachrust warnt in seinen Äußerungen davor, Sprache als Katalysator sozialer Prozesse zu überschätzen. Für ihn ist sie in erster Linie ein Kommunikationsmittel. Um der Demokratie willen sollte ihm zufolge eine Sprache, welche die Bevölkerungsmehrheit benutzt, ihren offiziellen Status behalten. Diese Forderung ist für Drakachrust unabhängig von vermeintlicher historischer Gerechtigkeit oder den Erfordernissen der Nationsbildung. Die Sprachpolitik des Staates sollte laut Drakachrust eine demokratisch ausgewogene Sprachgesetzgebung anstreben. Als objektive Grundlage dafür sieht er die Daten aus soziologischen Erhebungen und Volkszählungen. Letztlich hängt eine demokratische Sprachpolitik Drakachrust zufolge aber von der politischen Kultur und der Kompromissbereitschaft der Sprechergruppen ab.

Viktar Marcinovič stellt Staat und Gesellschaft als zwei Sphären dar, die prinzipiell klar voneinander abgegrenzt sind. Ihm zufolge sollte es die Staatsführung vermeiden, die Gesellschaft mit einer überstürzten Sprachpolitik zu beunruhigen. Pëtr Marcaŭ dagegen vertritt zwar die Auffassung, dass die Nationalsprache Weißrussisch schützenswert ist. Er äußert aber Zweifel, dass die Sprachpolitik des Staates diesen Schutz gewähren kann. Laut Marcaŭ hängt die sprachliche Situation eines Landes von historischen und allgemeinpolitischen Voraussetzungen ab. Staatlicher Druck im Bildungssystem, für die National- oder „Muttersprache" zu optieren, ist ihm zufolge so lange unzulässig, wie die Bevölkerung nicht von der Notwendigkeit des Spracherhalts überzeugt ist. Eine ähnliche Position formuliert Sjamën Bukčyn: Er spricht

sich einerseits für die Entwicklung einer nationalen Identität aus. Andererseits fordert er für jeden einzelnen Weißrussen das Recht, auf diese Identität keinen Wert zu legen.

BLOMMAERT & VERSCHUEREN (1998) haben in ihrer Studie zum Sprachnationalismus festgestellt, dass in den untersuchten Pressetexten zu nationaler Identität und ethnischen Konflikten Sprache kaum explizit vorkommt. Um so auffälliger ist, dass die russischsprachigen Intellektuellen die Bedeutung des Themas Sprachpolitik kaum in Frage stellen. Lediglich Zaiko wendet ein, dass es sich bei der Staatssprachen-Frage in Belarus' nur um eine symbolische Auseinandersetzung um die West- oder Ostorientierung des Landes handele. Diese habe geringe Bedeutung, da über die weißrussische Außenpolitik ohnehin nicht in Minsk entschieden werde. Als „non-issue" ordnet Zaiko das Thema Sprache auch deshalb ein, weil die globale Kommunikation im Internet und auf Englisch erheblich wichtiger sei als der Streit um Staatssprachen.

Auseinander gehen die Meinungen der russischsprachigen Intellektuellen bei der Frage, welche Rolle Sprache für die nationale Identität spielt. Fjaduta fordert im Bildungssystem keinen besonderen Schutz für die Nationalsprache Weißrussisch. Er scheint damit der identitätsstiftenden Rolle der Sprache keine große Bedeutung beizumessen. Sasnoŭ wendet sich klar gegen die Ansicht, dass die Alltagssprache der Bevölkerung direkten Einfluss auf die nationale Identität hat. Dazu führt er das Beispiel der Kanadier in Québec an, die durch Verwendung des Französischen nicht zu Franzosen würden. Die große räumliche Distanz zwischen Kanada und Frankreich wird als Hauptgrund für diese Tatsache ausgeblendet. Drakachrust dagegen betrachtet zwar Sprache nicht in erster Linie als Identitätsmarker, sondern als Kommunikationsmittel. Er verweist aber auch auf weißrussische Bildungseinrichtungen, die für die eine oder die andere Sprechergruppe symbolische Bedeutung hätten.

Für andere russischsprachige Intellektuelle ist die weißrussische Sprache durchaus ein wichtiger Identitätsmarker, auch wenn dies nur indirekt aus ihren Äußerungen hervorgeht. Ein Beispiel dafür ist Marcinovič, der für die Unterrichtssprache Weißrussisch in den Geisteswissenschaften und langfristig auch im Unterricht der russischen Literatur plädiert. Bahdankevič betont zwar, dass die individuelle Wahl der Unterrichtssprache frei sein sollte. Gleichzeitig aber betrachtet er den Erhalt des Weißrussischen als Wert an sich. Zaiko wünscht sich Kompetenz der Weißrussen in Weißrussisch, Russisch und Englisch, wobei er für das Weißrussische die Funktion als identitätsstiftende Nationalsprache vorsieht. Nicht ganz eindeutig ist dagegen die

Haltung von Aleksievič. Sie wertet einerseits das Bekenntnis zur Muttersprache Weißrussisch als Versuch des nationalen „Selbsterhalts“ in der Globalisierung. Andererseits sieht sie die geringe Verwendung der Sprache im Alltag als Zeichen eines schwachen Nationalbewusstseins. Zudem ist Aleksievič zufolge die gesellschaftliche Zweisprachigkeit in Belarus’ ein wichtiges Element der weißrussischen Identität.

Auch als Teil eines Merkmalbündels spielt Sprache in den Argumentationen der russischsprachigen Intellektuellen eine Rolle. Für Zaiko ist die Sprachenfrage mit der Wirtschaftskraft, dem intellektuellen und kulturellen Kapital von Eliten sowie der Anschlussfähigkeit im globalen Diskurs verbunden. Ferner berührt laut Zaiko das Thema Sprache die außenpolitische Orientierung Weißrusslands. Marcinovič verknüpft mit der Sprachverwendung Sprechereigenschaften wie Alter, Geschlecht, regionale Herkunft, politische Orientierung und Bildungsniveau. Er umschreibt die Sprecher der *Trasjanka* indirekt als eher wenig gebildete ältere Männer aus den Regionen Mahilëŭ und Homel’, die davon überzeugt sind, Russisch zu sprechen.[136] Weißrussischsprachigkeit dagegen verbindet er mit Zugehörigkeit zur nationalkonservativen Partei BNF oder zur national orientierten Intelligenz.

Auch für Fjaduta ist Sprache eng mit Bildung, Kultur und dem Lebensalter verwoben. Er bezeichnet Weißrussisch als Sprache der jungen Kulturelite. Für Bukčyn ist Sprache mit der Nationalkultur und der Nationalgeschichte verbunden. Sie ist ihm zufolge damit Teil des Merkmalbündels „nationale Identität“. Für Aleksievič geht es bei Auseinandersetzungen um den Status der Nationalsprache auch um einen Kampf zwischen verschiedenen Geschichtsbildern sowie ebenfalls um die nationale Identität. Deutlich wird dies daran, dass sie weißrussischsprachigen Unterricht als eine Idee bezeichnet, die in Minsk nur noch von 100 Schülern aufrechterhalten werde.

Grundsätzlich gehen auch die russischsprachigen Intellektuellen von der Annahme aus, dass einer einzigen Nation eine einzige Sprache zugeordnet sein sollte. Unterschiedlich sind jedoch die Meinungen, inwieweit diese Prämisse auch die Sprachpolitik des Staates bestimmen sollte. Von der Ansicht, dass eine Nation auch eine homogene Sprechergemeinschaft sein sollte, weichen nur Drakachrust und Fjaduta ab: Drakachrust hält sprachliche Homoge-

136 Arbeiten wie KITTEL et al. (2010), HENTSCHEL & KITTEL (2011a), die auf der Selbsteinschätzung von weißrussischen Respondenten basieren, oder wie HENTSCHEL 2014; im Druck, die Sprachdaten beschreiben, zeigen klar, dass die Annahme einer Beschränkung der weißrussisch-russischen gemischten Rede auf ein Teilareal in Weißrussland oder die Schicht der Ungebildeten haltlos ist.

nität prinzipiell für gefährlich, da sie die Gesellschaft spalten könne. Fjaduta fordert für die Unterrichtssprache in den Schulen das Prinzip der Wahlfreiheit, für die Hochschulen, dass die Studenten Russisch, Weißrussisch und zwei Fremdsprachen beherrschen lernen. Sasnoŭ und Bukčyn warnen für die Gegenwart ebenfalls, dass eine sprachliche Weißrussifizierung zu gefährlich sei. Gleichzeitig betonen sie aber, dass wegen seiner Geschichte eigentlich das Weißrussische die dominierende Sprache in Belarus' sein müsste. Stärker an der sprachlichen Homogenität der Nation orientiert sich Pan'koŭski. Er regt an, durch eine allmähliche Vergrößerung der Zahl weißrussischsprachiger Schulen Weißrussisch schrittweise zur „Hauptsprache" in Belarus' zu machen. Marcinovič zufolge müsste Weißrussisch die vorherrschende Alltagssprache in Belarus' sein, begrenzt nur durch gewisse Schutzrechte für die russischsprachigen Weißrussen und die nationalen Minderheiten. Mackevič spricht sich am deutlichsten für eine sprachliche Homogenität der weißrussischen Nation aus. Er regt an, Weißrussen sollten in allen Schulen ausschließlich auf Weißrussisch unterrichtet werden, um die Dominanz der Nationalsprache im öffentlichen Leben zu erreichen.

Die Mehrzahl der russischsprachigen Intellektuellen gibt zwar an, aus Gründen historischer Gerechtigkeit zumindest grundsätzlich eine Dominanz des Weißrussischen zu akzeptieren. Andererseits ist ihren Äußerungen eine positive Einstellung gegenüber Mehrsprachigkeit zu entnehmen. Zu internationaler Mehrsprachigkeit äußert sich nur Zaiko. Ihm zufolge ist internationale Mehrsprachigkeit die Voraussetzung für intellektuellen und wirtschaftlichen Austausch. Zu einer – zumindest vorübergehenden – innergesellschaftlichen und institutionalisierten Zweisprachigkeit in Belarus' äußern sich mehrere russischsprachige Intellektuelle positiv: Pan'koŭski fordert eine reale Gleichberechtigung der beiden Staatssprachen, auch wenn er langfristig ein weißrussisch-einsprachiges Weißrussland als Ziel angibt. Bahdankevič spricht sich für eine Zweisprachigkeit des Staates aus, in der das Weißrussische bevorzugt wird. Marcinovič regt eine institutionalisierte Zweisprachigkeit im Schulwesen an, bei der Naturwissenschaften und Technik auf Russisch, die Geisteswissenschaften dagegen auf Weißrussisch unterrichtet werden. So weit, die Zweisprachigkeit in Belarus' als Wert an sich darzustellen, geht nur Drakachrust. Er verweist dabei auf das Vorbild Belgien.

Die russischsprachigen Intellektuellen überraschen nicht nur damit, dass die Mehrzahl von ihnen die Norm einer weißrussischsprachigen Homogenität nicht in Frage stellt. Ebenso auffällig ist die Übernahme von Argumentationsmustern, nach denen Sprache ein Schlachtfeld im Imperium ist. In Äuße-

rungen Sasnoŭs treten Zar und Kreml als Unterdrücker der weißrussischen Nation auf. Marcinovič zufolge ist die sprachliche Russifizierung vor allem von den Städten ausgegangen. Lediglich „das weißrussische Dorf“ als Bollwerk der Nationalsprache habe dieser Entwicklung widerstanden, allerdings in immer geringerem Maße. Laut Mackevič muss die weißrussische Sprache heute aus einer ähnlichen imperialen Unterdrückung befreit werden wie im 19. Jahrhundert das Finnische aus dem Einflussbereich Schwedens. Sasnoŭ dagegen bezweifelt, dass die weißrussische Sprache ein geeignetes Mittel sein kann, Belarus’ aus der Umklammerung durch das russische Imperium zu lösen. Fjaduta warnt davor, Russland durch eine Herabstufung der russischen Sprache im offiziellen Bereich zu verärgern.

Die russischsprachigen Intellektuellen befürworten zwar grundsätzlich den Erhalt der weißrussischen Sprache. In ihrer Argumentation blenden sie aber oft aus, dass konkrete Anreize geschaffen werden müssten, damit das Weißrussische auch tatsächlich verwendet wird. Ein Beispiel dafür ist Marcaŭ: Er macht eine patriotische Haltung gegenüber der weißrussischen Sprache davon abhängig, dass sich das Nationalbewusstsein der Weißrussen entwickelt. Warum die nationale Identität ohne eine darauf gerichtete Politik stärker werden sollte, bleibt ausgeklammert. Ähnliches gilt für die Äußerungen von Drakachrust, Sasnoŭ, Zaiko, Bahdankevič und Fjaduta: Sie vertreten die Meinung, dass das Weißrussische im öffentlichen Leben eine größere Rolle spielen sollte, verschweigen aber, dass eine entsprechende Stärkung des Weißrussischen unausweichlich Einschränkungen für das Russische mit sich brächte. So bleiben sie in ihren Vorstellungen für das Bildungssystem vage: Fjaduta und Sasnoŭ fordern für die Hochschulen ein Nebeneinander von Weißrussisch und Russisch, wollen aber an der freien Wahl der Unterrichtssprache in den Schulen festhalten. Auf diese Weise bleibt unklar, warum sich die Zahl der Interessenten an weißrussischsprachigen Studiengängen erhöhen sollte. Auch Zaiko lässt im Dunklen, wie das Weißrussische als Schulsprache langfristig zu erhalten ist, wenn in einer Gesellschaft, in der das Russische klar dominiert, völlige Wahlfreiheit der Unterrichtssprache herrscht. Drakachrust befürwortet zwar eine Quote für den Anteil weißrussischsprachiger Schulen am Schulsystem, lässt aber offen, durch welche Anreize Eltern motiviert sein sollten, ihre Kinder auf diese Schulen zu schicken.

Die Argumentation, dass das Weißrussische eine bedrohte Sprache sei, spielt in den Äußerungen der russischsprachigen Intellektuellen eine eher geringe Rolle. Vereinzelt gibt es jedoch auch bei ihnen Anknüpfungen an den Bedrohungsdiskurs. Ein Beispiel ist die Aussage Zaikos, er sei „gegen die

Auslöschung eines Sprachsystems durch ein anderes“. Noch deutlicher wird Mackevič, der eine Analogie zwischen sprachlicher Diversität und Artenvielfalt der Natur zieht:

> […] ist der einzige vernünftige Ausweg der Schutz der weißrussischen Sprache durch die Verfassung. Das ist Gegenstand der Ökologie von Kultur und nicht die Unterdrückung von Menschenrechten, als die man das auszugeben bestrebt ist. Es ist zu wenig, die Jagd auf Tiere aus der „Roten Liste“ zu verbieten – diese sterben dann einfach aufgrund der ungleichen Konkurrenz –, nein, man muss sie gesondert pflegen und züchten. So ist es auch im Fall von Sprachen, die sich an der Grenze des Verschwindens befinden. Unsere Sprache hat diese Grenze noch nicht überschritten, aber nähert sich ihr immer mehr an.

Indem Zaiko sprachliche Vielfalt und biologische Diversität miteinander verbindet, bedient er sich eines Arguments, das in der Sprachwissenschaft kaum noch eine Rolle spielt, wohl aber im (auch von Linguisten geführten) publizistischen Streit um Sprachpolitik (HELLER & DUCHÊNE 2007, 2). Gegen diese Analogie spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass sich in einer Sprachkontaktsituation auch strukturell weit voneinander entfernte sprachliche Varietäten mischen können, in der Biologie dagegen eine Kreuzung äußerst unähnlicher Arten nicht möglich ist.

Mit der zitierten Aussage kommt Zaiko den national gesinnten Sprachschützern am weitesten entgegen. Sie verdeutlicht den Zwiespalt, in dem sich zahlreiche russischsprachige Intellektuelle befinden: Einerseits machen sie ein Defizit an demokratischer Gesinnung nicht nur im Lukašėnka-Apparat, sondern auch unter einigen Verfechtern der weißrussischen Sprache und nationalen Idee aus. Andererseits bemühen sie sich, der nationalkonservativen Opposition keine Möglichkeit zu geben, sie als unpatriotisch oder „antiweißrussisch“ hinzustellen. Dies ist der Grund, warum sie Argumentationsmuster des nationalen Lagers übernehmen.

Die Äußerungen der russischsprachigen Intellektuellen sind auch vor dem Hintergrund ihrer Biographien und daraus resultierenden Interessen zu sehen. Vor allem die berufliche Sozialisation als Sozial-, Wirtschafts- oder Naturwissenschaftler schlägt sich in in den Aussagen zur sprachlichen Situation in Belarus’ nieder. Für Drakachrust etwa bilden soziologische Erhebungen die tatsächliche Verwendung von Sprachen verlässlich ab. Ähnlich großes Vertrauen wie in die Daten von Umfragen hat Drakachrust in die Möglichkeiten des *social engineering*: Er vertritt die Auffassung, mit Quotenregelungen für die benachteiligte Sprache Weißrussisch lasse sich deren Situation im Bildungswesen verbessern. Neben dem Naturwissenschaftler Drakachrust ist

auch der Soziologe Mackevič davon überzeugt, dass *social engineering*, begleitet von PR, ein wirksames Mittel dazu ist. Nur auf diese Weise können ihm zufolge die Weißrussen davon überzeugt werden, dass ein weißrussischsprachiges Bildungssystem notwendig ist. Indirekt bewertet Mackevič damit Gesellschaftskenntnis und PR-Arbeit der national gesinnten Sprachschützer und Politiker als mangelhaft. Sich selbst präsentiert er demgegenüber als gesellschaftspolitischen Experten, dessen Fachwissen auch in einem möglicherweise belarussischsprachigen Weißrussland weiter gefragt sein wird.

Der sozial-, wirtschafts- oder naturwissenschaftliche Hintergrund der meisten Russischsprachigen, um die es hier geht, spiegelt sich auch in ihrem eher distanzierten Blick auf das Thema Sprache und Nation. In Analogie zu ihren Fachgebieten Finanz- und Wirtschaftswissenschaft gehen Bahdankevič und Zaiko von einem Sprachenmarkt aus, der den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgt. So bevorzugt Zaiko auf dem Markt der Unterrichtssprachen das „freie Lernen“: Wenn die Wahl der Unterrichtssprache in Belarus’ frei ist, wird sich demnach das Angebot an die Nachfrage anpassen. Der Staat sollte Zaiko zufolge möglichst wenig in die sprachliche Situation eingreifen. Als international orientierter Ökonom sieht Zaiko die nationale Identität nicht als Hauptproblem der Weißrussen an. Ihm zufolge sollte sich die Entwicklung von Sprache und Kultur an wirtschaftlichen Erfordernissen orientieren: Um im Wettbewerb der Volkswirtschaften nicht den Anschluss zu verlieren, brauchen die Weißrussen laut Zaiko nicht nur Weißrussisch-, sondern auch sehr gute Englisch- und Russisch-Kenntnisse.

Die Befragten, die weder Wirtschafts- noch Sozialwissenschaftler sind, äußern ähnliche Befürchtungen. Demnach könne Belarus’ zur Peripherie des Waren- und Informationsaustauschs werden, sollte eine national gesinnte Elite eine erneute sprachliche Weißrussifizierung betreiben. So ist etwa Marcinovič als Journalist einer wichtigen russischsprachigen Zeitung in Belarus’ daran interessiert, dass das Russische ein wichtiges Kommunikationsmittel bleibt. Dies ist zu berücksichtigen, wenn er vorschlägt, naturwissenschaftliche und technische Fächer auf Russisch, die Geisteswissenschaften dagegen auf Weißrussisch zu unterrichten. Auch für Fjaduta als Russisten und ehemaligen Komsomol-Funktionär ergibt es Sinn, gegen eine Weißrussifizierung einzutreten, die Kultur und Wissenschaft in Belarus’ von der russischsprachigen Community abtrennen würde. Seine eigene philologische Bildung erklärt die Klage über das allgemeine Bildungsniveau in Belarus’. Auch dass Fjaduta zur letzten Generation von Politikern gehört, die noch in der BSSR in Führungspositionen gelangten, schlägt sich in seiner Argumentation nieder:

Er zeigt sich skeptisch gegenüber den jungen weißrussischsprachigen Intellektuellen und fordert von ihr, sich als zukünftige Elite erst einmal durch kulturelle Leistungen zu legitimieren.

3.6 Das Weißrussische als „Nonsens“: Die russophil-imperiale Sichtweise Jury Barančyks

Die russischsprachigen Intellektuellen, deren Äußerungen im vorhergehenden Kapitel untersucht worden sind, vertreten einerseits die Position, dass zumindest auf absehbare Zeit Russisch Staatssprache bleiben sollte. Andererseits schreiben sie der weißrussischen Sprache eine wichtige Funktion für die nationale Identität der Weißrussen zu.

Diese gemäßigte Einstellung zur weißrussischen Sprache ist allerdings nicht für alle russischsprachigen Intellektuellen in Belarus' charakteristisch. Äußerungen, in denen die weißrussische Sprache offen gering geschätzt wird, scheinen zwar im publizistischen Gesamtdiskurs von Belarus' in den vergangenen Jahren eine eher geringe Rolle zu spielen. Die Vertreter einer solchen Haltung sind weniger bekannt als russischsprachige „liberale“ Intellektuelle wie Svjatlana Aleksievič oder Publizisten des nationalen Lagers wie Zjanon Paznjak. Zudem verhält es sich mit ihren Äußerungen zur Sprachpolitik wie mit den entsprechenden Aussagen Lukašėnkas: Sie machen Sprache kaum zum selbstständigen Thema und treten nur vereinzelt auf. Wie Lukašėnka stellen diese Intellektuellen sehr stark Themen wie die Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik in den Mittelpunkt. Am Diskurs über Sprache, Kultur und nationale Identität dagegen beteiligen sie sich kaum. Äußern sie sich dennoch, so stellen sie diese Themen häufig als wenig wichtig dar. Dennoch ist auch ihr Standpunkt in dieser Untersuchung zu berücksichtigen. Gegenstand der folgenden Analyse sind Aussagen zur Sprachensituation in Belarus', die der Publizist Jury Barančyk in zwei Streitgesprächen mit anderen weißrussischen Intellektuellen getroffen hat.[137] Gesendet wurden die Gespräche von dem weißrussischsprachigen Exilsender *Radyë Svaboda* in Prag. Anlass für die erste der beiden Sendungen war der fünfzehnte Jahrestag des Referendums zu Staatssprachen und Staatssymbolik (DRAKACHRUST 2010). Die zweite Sendung beschäftigte sich mit den Sprachstatistiken aus der Volkszählung von 2009 (DRAKACHRUST 2010a).

137 Für Beiträge weiterer Russophoner zur Sprachendebatte in Belarus' vgl. BRÜGGEMANN 2013.

3.6.1 Jury Barančyk und das Internetportal <imperiya.by>

Über Jury Barančyk konnten nur rudimentäre biographische Informationen recherchiert werden (BARANČYK).[138] Er hat in Philosophie promoviert und war Direktor des Informations- und Analysezentrums am Forschungsinstitut für Theorie und Praxis der Staatsverwaltung. Das Institut ist an der Verwaltungsakademie des Staatspräsidenten in Minsk angesiedelt. Seine Hauptaufgabe ist die wissenschaftliche Begleitung der Kaderpolitik in der weißrussischen Verwaltung, darunter auch die „Vervollkommnung der Technologien ideologischer Arbeit und politischer Bildung" (INSTITUT). Als die vorliegende Untersuchung entstand, war Barančyk Chefredakteur des Internetportals <imperiya.by>. Das Portal ist russophil-imperial orientiert. So arbeitet die Redaktion von <imperiya.by> mit einer Vereinigung *Rus'*[139] in einem Informations- und Forschungsprojekt mit dem Namen *Russkij mir* 'Russische Welt' zusammen. Grundsatz des Projektes *Russkij mir* ist „das Verständnis der Weißen (Westlichen) Rus' (Weißrussland, Belarus') als natürlicher und untrennbarer Teil der Russischen Welt [...]" (RUSSKIJ MIR 2008). Als Vorläufer der heutigen Staatlichkeit von Belarus' werden in derselben Erklärung die mittelalterliche Rus' und die BSSR gesehen. Politisch tritt <imperiya.by> für die Vereinigung Weißrusslands mit Russland und dem gesamten postsowjetischen Raum nach Vorbild der EU ein (KRUGLYJ STOL 2010). Zudem wendet sich <imperiya.by> gegen die „westliche geisteswissenschaftliche Intervention" in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (KRUGLYJ STOL 2010a). In einem Manifest „Für den Bund von Belarus' und Russland", zu dessen Unterzeichnern auch Barančyk gehört, wird bedauert, dass „als Ergebnis unüberlegter und wenig nützlicher Handlungen einiger Autorität besitzender Politiker in der Republik Belarus' und der Russländischen Föderation […] der Idee der Vereinigung zu einem Staatenverbund im postsowjetischen Raum kolossaler Schaden zugefügt worden ist" (MANIFEST 2010). Kritik äußerten die Betreiber von <imperiya.by> vor allem am zeitweise distanzierten Verhältnis Lukašėnkas zu Russland. Auf ihre Kritik führten sie zurück, dass <imperiya.by> mitunter schwer zugänglich und offenbar Ziel von Hacker-Angriffen war (ZERKALO IMPERII 2010; KAK OBOJTI UKAZ 2010). Unmittelbar nach der Präsidentenwahl im Dezember 2010 sprach Barančyk

138 Darüber hinaus gehende Auskünfte erteilte Barančyk auf E-Mail-Anfrage des Verfassers nicht.

139 Barančyk ist auch Vorstandsmitglied der *Rus'*, die nicht mit der Lukašėnka-treuen Vereinigung *Belaja Rus'* zu verwechseln ist.

Lukašėnka die Legitimität ab und verurteilte das brutale Vorgehen gegen die Opposition (BARANČIK 2010).

3.6.2 Die Argumentation Jury Barančyks in zwei Streitgesprächen über Sprache

Die Äußerungen Barančyks, die hier analysiert werden, stammen aus zwei Streitgesprächen, deren Transkripte auf den Internetseiten von *Radyë Svaboda* veröffentlicht sind. Das erste Gespräch mit dem Titel *Mova jak pole boju: 1995-2010* 'Sprache als Schlachtfeld: 1995-2010' wurde im Mai 2010 zum 15. Jahrestag des Referendums über die Staatssprachen und Staatssymbolik gesendet (DRAKACHRUST 2010). Teilnehmer des Gesprächs waren neben Barančyk und Moderator Jury Drakachrust140 der Journalist Viktar Marcinovič sowie Aleh Trusaŭ, Vorsitzender der Gesellschaft für die weißrussische Sprache. Das Protokoll des zweiten hier analysierten Gesprächs, das im September 2010 geführt wurde (Drakachrust 2010a), trägt den Titel *Belaruskaja nacyja ŭ ljustėrku moŭna-ėtničnych vynikaŭ perapisu* 'Die weißrussische Nation im Spiegel der sprachlich-ethnischen Ergebnisse der Volkszählung'. Teilnehmer dieses Gesprächs waren außer Barančyk und Drakachrust der Naša-Niva-Chefredakteur Andrėj Dyn'ko sowie Aljaksej Lastoŭski, Soziologe an der weißrussischen Akademie der Wissenschaften.

3.6.2.1 Die Diskussion über das Referendum von 1995

In das Gespräch über das Referendum bezieht Moderator Drakachrust Barančyk mit der Frage ein, wie er die Ergebnisse der Volksabstimmung von vor 15 Jahren einschätze. Barančyk erklärt zunächst, warum es aus seiner Sicht überhaupt zu dem Referendum gekommen ist. Damit beantwortet er nicht sofort die Frage des Interviewers, sondern ist zunächst bemüht, den aus dem nationalen Lager immer wieder vorgebrachten Zweifeln an der Legitimität des Referendums entgegenzutreten. Dem Vorwurf, die Volksabstimmung sei der Gesellschaft von Lukašėnka aufgezwungen worden, begegnet Barančyk mit der Feststellung, das Referendum sei durch die „reale politische Situation" und „Unzufriedenheit in der Gesellschaft" zustande gekommen. Diese Unzufriedenheit wiederum führt Barančyk auf „die Politik der gewaltsamen Weißrussifizierung" zurück. An der Legitimität der Volksbe-

140 Trotz seiner Tätigkeit für den weißrussischsprachigen Exilsender *Radyë Svaboda* ist Drakachrust dem Lager der russischsprachigen liberalen Intellektuellen zuzurechnen. Zu seiner Position in der Sprachendebatte vgl. das vorangegangene Kapitel dieser Untersuchung.

fragung bestehen für ihn somit keine Zweifel. Als illegitim und der Gesellschaft oktroyiert stellt er dagegen die Weißrussifizierungspolitik von 1991 bis 1995 dar, indem er sie als „gewaltsam" bezeichnet. Dass in den Schulen und Hochschulen die weißrussische Sprache aufgezwungen worden sei, sei „kein Geheimnis". Barančyk wirft den Befürwortern der sprachlichen Weißrussifizierung hier indirekt vor, den Zwangscharakter dieser Politik zu verschweigen und ihren Abbruch verfälschend als Missachtung des Bürgerwillens zu bewerten. Als Beweis für seine These, dass die Volksabstimmung von 1995 dem Willen der Gesellschaft entsprochen habe, führt Barančyk außerdem an, dass sich „bereits früher" ein Bürgerkomitee zur Vorbereitung eines Sprachenreferendums gebildet habe. Dass die Abstimmung dann stattgefunden hat, ist für ihn somit ein Erfolg direktdemokratischer Bemühungen.

In seiner Rechtfertigung des Referendums lässt Barančyk die undemokratischen Umstände außer Acht, unter denen die Bürger damals befragt wurden (detailliert dazu ZAPRUDSKI o. J.). So ging der Abstimmung eine monatelange Propaganda-Kampagne der Staatsmedien voraus, für die Gleichberechtigung der russischen Sprache zu stimmen. Gegner einer Einführung des Russischen als zweiter Staatssprache kamen nicht zu Wort, und das Internet existierte als Gegenöffentlichkeit noch nicht. Zwar gab es einflussreiche Gruppen wie die Kriegsveteranen und das Komitee „Für die freie Wahl der Unterrichtssprache", das von der prorussischen Slavischen Union (*Slavjanskij Sobor*) angeführt wurde. Sie setzten sich für die Gleichberechtigung des Russischen ein. Doch auch die Gegenseite war entsprechend organisiert: Sie hatte ein Komitee gebildet, das für eine konsequente Umsetzung des Sprachengesetzes von 1990 eintrat. Die Stimmung in der Gesellschaft war somit nicht derart eindeutig gegen die Weißrussifizierung, wie Barančyk dies darstellt.

Gegen die Legitimität des Referendums von 1995 spricht auch ein weiterer Umstand: Bereits 1994 befanden sechs Parlamentskommissionen und das Justizministerium, es sei rechtswidrig, den Status des Weißrussischen als einzige Staatssprache per Volksabstimmung anzutasten. Nur mit Gewalt gegen Abgeordnete, die aus Protest gegen das geplante Referendum das Parlamentsgebäude besetzt hielten, konnte Lukašėnka den Obersten Sowjet zwingen, der Befragung zuzustimmen.

Barančyk zufolge geben die Ergebnisse der Abstimmung getreu den Willen des „weißrussischen Volkes" wieder. Denn die Befragung sei in einer Zeit durchgeführt worden, als es „noch keine massenhaften Fälschungen" gegeben habe. Die Weißrussen hätten sich für „staatliche Zweisprachigkeit"

(*dzjaržaŭnae dvuchmoŭe*) ausgesprochen, außerdem „für neue, genauer gesagt, modernisierte alte Staatssymbole“. Mit der Rede von der staatlichen Zweisprachigkeit übernimmt Barančyk die Bezeichnung des offiziellen Diskurses für die weißrussische Sprachstatuspolitik. Indem er sich überzeugt äußert, die Weißrussen würden 2010 über die vier Fragen des Referendums wieder genau so abstimmen, beendet Barančyk seine Antwort auf die Interviewfrage.

Sein zweiter Redebeitrag in dem Gespräch folgt auf eine Frage Drakachrusts an Marcinovič sowie auf dessen Antwort. Drakachrust knüpft an Marcinovičs zuvor geäußerte These an, es habe sich in Belarus’ unter Lukašėnka keine „rot-grüne Identität“ herausgebildet. Damit meint Marcinovič eine weißrussische Identität, die sich sowohl von der weißrussischen Sprache und den Symbolen des nationalen Lagers als auch von Russland abgrenzt.[141] Marcinovič bekräftigt daraufhin seine These: Er argumentiert, dass es im aktuellen Weißrussland keine eigene Sprache und kein weißrussischsprachiges Bildungssystem gebe. Einziger, aber schwacher identitätsstiftender Faktor sei eine Macht, die sich selbst erhalten wolle.

Barančyk bezeichnet Marcinovičs Aussagen zur nationalen Identität der Weißrussen als „sehr interessant“, würde aber nach eigenen Angaben völlig entgegengesetzte Schlussfolgerungen aus ihnen ziehen. Um seine Position zu verdeutlichen, vergleicht er die Diskussion um die Identität mit einer Anekdote von zwei Schuhhändlern, die nach Afrika gekommen sind: Während der eine aus der Beobachtung, dass alle barfuß laufen, schließt, dass sich der Handel mit Schuhen nicht lohnt, schließt der andere aus derselben Beobachtung, dass gerade der Handel mit Schuhen große Gewinne verspricht. Der Entdeckung der Schuhhändler, dass alle Menschen barfuß laufen, entspricht in dem Vergleich Marcinovičs Feststellung, dass Belarus’ ein russischsprachiges Land mit russischsprachigem Bildungswesen ist. Den Erfolgsaussichten des Schuhhandels entspricht die Frage, ob die weißrussische Sprache im öffentlichen Leben und vor allem im Bildungssystem des Landes eine Chance als identitätsstiftender Faktor hat.

Seinen Widerspruch gegen die These Marcinovičs, wegen der Russischsprachigkeit des öffentlichen Lebens habe sich keine Identität der Weißrussen herausgebildet, kleidet Barančyk dann in eine rhetorische Frage: „Was

141 Die Rede von der „rot-grünen Identität“ bezieht sich auf die Farben der weißrussischen Flagge, die mit dem Referendum von 1995 eingeführt wurde. Sie ist farblich mit der Flagge der BSSR identisch.

soll es heißen, dass es bei uns keine Nationalsprache gibt?“ Mit dem Argument, dass „aktuell 90 oder noch mehr Prozent der weißrussischen Staatsbürger Russisch sprechen“, belegt er seine dann folgende These, dass die Bevölkerung von Belarus’ in sprachlicher Hinsicht sehr wohl über eine Identität verfüge, nämlich eine russischsprachige. Für ihn ist es also das Russische, nicht das Weißrussische, das durch seine Gruppenfunktion die belarussische Gesellschaft zusammenhält.

Vom Blick auf die Gesellschaft als Ganzes wechselt Barančyk dann zur Betrachtung seines persönlichen sprachlichen Alltags. Er gibt zunächst an, Russisch zu sprechen, und kündigt dann an, dies „zumindest im Alltag“ auch weiterhin zu tun, „unabhängig davon, was die Machthaber davon halten werden“. Barančyk besteht hier auf einer Trennung von Gruppenfunktion und offizieller Funktion von Sprachen. Er wendet sich damit gegen eine Argumentation, die häufig im weißrussisch-nationalen Lager anzutreffen ist und die Gruppenfunktion von der offiziellen Funktion abhängig macht. Für Barančyk, der sich als *pars pro toto* für die weißrussische Gesellschaft ins Feld führt, ist für den tatsächlichen Sprachgebrauch im Alltag unerheblich, welche Sprache die Behörden verwenden. Verteidiger der weißrussischen Sprache dagegen machen immer wieder den Staatsapparat dafür verantwortlich, dass das Weißrussische auch im Alltag kaum verwendet wird.

Nach seiner Ankündigung, unabhängig von der staatlichen Sprachpolitik auch weiterhin Russisch zu sprechen, zieht Barančyk seine Alltagsbeobachtungen zum Beweis dafür heran, dass das Weißrussische nicht verbreitet ist. Stellvertretend für den gesamten sprachlichen Alltag in Belarus’ steht das Verkaufsgespräch im Geschäft:

> Wir alle gehen in Geschäfte, auch ich gehe jeden Tag dorthin. Ich habe nicht ein einziges Mal gehört, dass sich in einem Geschäft irgendjemand auf Weißrussisch unterhalten hätte. Das sagt etwas über das Verbreitungsniveau [des Weißrussischen, Anm. MB] aus.

Die Erfahrung, dass in den Geschäften kein Weißrussisch zu hören sei, hat Barančyk vermutlich nur in Minsk gemacht, verallgemeinert sie hier aber auf ganz Weißrussland. Er sieht seine Alltagsbeobachtung als Argument an, das einer eher abstrakten Argumentation zu politischer Herrschaft und Sprachverwendung überlegen ist. Barančyk wendet sich damit gegen den proweißrussischen Diskurs, dessen verbreiteter Bestandteil ist, dass Lukašėnka die weißrussische Sprache und Kultur unterdrücke. Das Geschäft ist Barančyk zufolge ein herrschaftsfreier Raum, in dem jeder frei nach Vorliebe Russisch

oder Weißrussisch sprechen könnte. Aus rein pragmatischen Gründen entschieden die Weißrussen sich für das Russische:

> Wenn die Leute Weißrussisch sprechen wollten, würden sie es tun – die weißrussische Sprache wird in der Schule gelehrt, es gibt einen Kurs in weißrussischer Literatur. Aber für die Leute ist das unkomfortabel. Es verringert sofort ihr Niveau sozialer Kommunikation.

Barančyk sieht hier die Schulfachfunktion der weißrussischen Sprache als ausreichend an, damit sie in der Gesellschaft auch eine Gruppenfunktion übernehmen könnte. Die Ursache dafür, dass dieser Übergang von der Schulfach- zur Gruppenfunktion nicht erfolgt, sieht er ausschließlich in den einzelnen Sprechern: Diesen erscheine die Verwendung der weißrussischen Sprache „unkomfortabel" (*njazručna*). Warum sich aus seiner Sicht die potenziellen Weißrussischsprecher im Alltag gegen das Weißrussische entscheiden, führt Barančyk im Stil einer ärztlichen Diagnose an: Weißrussisch verringere das Niveau sozialer Kommunikation. Barančyk zufolge ist somit ausschließlich der einzelne Sprecher dafür verantwortlich, durch Verwendung des Russischen Kommunikationsstörungen zu vermeiden. Die Bürger in Belarus' sind sich dessen aus Barančyks Sicht bewusst.

Nach der Mikroperspektive des sprachlichen Alltags in Belarus' folgt in Barančyks Argumentation wieder eine Makroperspektive. Er verknüpft das Thema weißrussische Sprache mit der Globalisierung der Wirtschaft. Seine These hierzu stellt er diesem thematischen Abschnitt als rhetorische Frage voran:

> Und wer braucht überhaupt die weißrussische Sprache unter den Bedingungen der Globalisierung? Das ist einfach Nonsens.

Um diese These zu belegen, führt Barančyk Indien als Beispiel an. Als Grund für den Erfolg Indiens in der IT-Branche nennt er, dass die indische Bevölkerung vom Kindesalter an Englisch als Zweitsprache lerne. Dem stellt er als rhetorische Frage das Szenario weißrussischer Einsprachigkeit gegenüber, das er als bedrohlich darstellt:

> Was aber wäre mit uns, wenn wir nur das Weißrussische beherrschten? Wir wären an überhaupt keinem Markt beteiligt.

Barančyk verknüpft hier ikonisch die Sprecherzahl einer Sprache mit dem Erfolg der jeweiligen Volkswirtschaft. Die Bedeutung des Russischen für die Teilnahme am Weltmarkt setzt er dabei mit der Bedeutung des Englischen gleich. Außerdem unterstellt er den Sprachschützern des Weißrussischen, in ihrem Streben nach einer weißrussischsprachigen Gesellschaft die Schulfachfunktion anderer Sprachen wie Russisch oder Englisch stark zu beschneiden.

Indem er es als „gut“ bezeichnet, wenn die Weißrussen „zwei Schätze“ hätten – „die weißrussische und die russische Sprache“ –, gesteht Barančyk dem Weißrussischen zwar grundsätzlich ein Existenzrecht zu, wenn auch wohl nur als symbolische offizielle Sprache. Gleichzeitig aber bestreitet er, dass die Attraktivität der Sprache für die Bevölkerung erhöht werden könne. Dies begründet er – anders als im vorhergehenden Diskursfragment über die Situation von Belarus’ auf dem Weltmarkt – ausschließlich mit der vermeintlich spärlich entwickelten literarischen Funktion des Weißrussischen:

> Wenn wir Literaturgenies wie Puškin oder Dostoevskij hätten, dann wäre es möglich [die Attraktivität des Weißrussischen zu erhöhen, Anm. MB]. Es gibt ein Beispiel in der spanischsprachigen Literatur – Borges. Es ist aber doch unmöglich zu sagen, dass Bykaŭ ein nationales Genie ist. Ein ziemlich mittelmäßiger Schriftsteller.

Im Unterschied zu de Swaan, für den die Attraktivität einer Sprache das Produkt aus ihrer Prävalenz und ihrer Zentralität in einer Sprechergemeinschaft ist (DE SWAAN 2001), ist für Barančyk die Existenz belletristischer Werke von Weltrang maßgeblich. Dass das Weißrussische über vergleichsweise wenige Sprecher verfügt, betrachtet er ikonisch als Verweis auf die Provinzialität der Literatur, die in dieser Sprache entsteht. Anders als Barančyk es darstellt, dürfte für Literaturen in „kleinen“ Sprachen ein anderes Problem von größerer Bedeutung sein: Die niederländische Literatur etwa deckt ein breites Spektrum von Genres und Themen ab, international aber werden meist nur diejenigen Autoren rezipiert, deren Werke in Sprachen mit größerer Sprecherzahl übersetzt worden sind.

Mit Jorge Luis Borges führt Barančyk einen argentinischen Schriftsteller als Vorbild an, der in spanischer Sprache, d. h. der Sprache des Zentrums des spanischen Kolonialreichs, veröffentlicht hat. Übertragen auf Belarus’ ist dies so zu interpretieren, dass Barančyk zufolge auch ein Autor, der auf Russisch veröffentlicht, als weißrussischer Autor von Weltrang wahrgenommen werden kann.[142] Die Verwendung der Nationalsprache ist demnach nicht entscheidend für die nationale Zuordnung. Inhaltlich kommt bei Borges hinzu, dass dieser in seinen Werken das Problem der postkolonialen Identität der

142 Diese Frage wird auch im proweißrussischen Diskurs erörtert. In einem Beitrag für *Radyë Svaboda* forderte Jan Maksimjuk, weißrussischsprachiger Übersetzer und Literaturkritiker aus Podlachien, die Verteidiger des Weißrussischen auf, auch die weißrussischen Werke in russischer Sprache als Teil der eigenen Kultur zu begreifen (MAKSIMJUK 2012). Sein Opponent, der Journalist und politische Aktivist Franak Vjačorka, bezeichnete eine solche Position dagegen als „kulturelle Kapitulation“ (VJAČORKA 2012).

Argentinier thematisiert hat (näher dazu DE TORO 1999). So kritisierte er etwa die Beschränkung patriotischer Schriftsteller Argentiniens auf lokale Themen sowie ihre Abgrenzung von der Kulturtradition des ehemaligen kolonialen Zentrums Europa. Wenn Barančyk somit Borges als Vorbild für weißrussische Schriftsteller nennt, so schließt dies nicht nur die Sprachverwendung in literarischen Werken ein. Diese sollten ihm zufolge auch in Belarus' in der Sprache des ehemaligen Machtzentrums verfasst werden, d. h. auf Russisch. Darüber hinaus aber geht es in dem Bezug auf Borges auch um die kulturelle Orientierung der Weißrussen: Statt sich auf vermeintliche nationale Themen und weißrussisches „Lokalkolorit" zu beschränken, sollten Barančyk zufolge weißrussische Schriftsteller universelle Themen der Menschheit behandeln und sich von der gemeinsamen Geschichte mit Russland nicht lossagen.

Mit Bykaŭ stellt Barančyk einen Schriftsteller als mittelmäßig dar, der sich gleich mehrfach im Gegensatz zur russophil-imperialen Orientierung befand: Erstens verwendete er für seine Werke überwiegend die weißrussische Sprache und übersetzte viele von ihnen selbst ins Russische. Weißrussisch war für ihn somit die primäre Sprache des literarischen Schaffens. Zweitens sind die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs aus der nüchternen Sicht einfacher Soldaten zentrales Motiv in Bykaŭs Werken. Diese Perspektive setzte Bykaŭ der Ideologie der BSSR und der Geschichtsschreibung unter Lukašėnka entgegen. Nach dieser hatten die Weißrussen als Partisanen heldenhaft gegen die nationalsozialistische Besatzung und für den Erhalt der sowjetischen Ordnung gekämpft. Drittens war Bykaŭ 1988 einer der Mitbegründer der Belarussischen Volksfront (BNF). Er verbrachte die letzten Lebensjahre im Exil, und sein Begräbnis 2003 in Minsk wurde zu einer Demonstration der national gesinnten Opposition gegen Lukašėnka.[143]

Nach dieser Verknüpfung der Themen Sprache und Literatur reagiert Barančyk auf eine Frage des Moderators zum Verhältnis von wirtschaftlichen Beziehungen und Sprachpolitik: Drakachrust konfrontiert Barančyk mit einer Aussage von Aleh Trusaŭ. Dieser hat zuvor behauptet, dass Lukašėnkas diskriminierende Sprachpolitik seine Gegenleistung für niedrige Preise russischer Energieträger gewesen sei. Barančyk bezeichnet diesen Zusammenhang als „an den Haaren herbeigezogen". Zum einen gebe es keine Beweise für diese These. Zum anderen habe Russland die Vorzugspreise für Belarus' kürzlich abgeschafft, ohne dass dies mit dem Status des Russischen in Bela-

143 So wurde etwa der Sarg Bykaŭs mit der weiß-rot-weißen Nationalflagge bedeckt, die mit dem Referendum 1995 abgeschafft worden war (GOSUDARSTVO UŠLO 2003).

rus' verbunden sei. Für Russland hat der Status der russischen Sprache in Belarus' Barančyk zufolge ausschließlich „in der geisteswissenschaftlichen Sphäre" Bedeutung, „für die Konzeption der russischen Welt". Für die Perspektive Russlands lehnt er also die Verknüpfung der Themen Sprachpolitik und Wirtschaftsbeziehungen ab. Aus weißrussischer Sicht hat er diese Themen zuvor verbunden, um die vermeintliche Nutzlosigkeit des Weißrussischen aufzuzeigen.

Drakachrust geht dann auf Äußerungen russischer Politiker zur Sprachpolitik in der Ukraine ein. Mit ihnen greift er die These Barančyks an, dass Russland kein wirtschaftliches Interesse habe, Russisch in ehemaligen Sowjetrepubliken als Staatssprache zu erhalten. In seiner Entgegnung auf diesen Einwand weist Barančyk jegliche Verknüpfung der Sprachpolitik in der Ukraine mit wirtschaftlichen Aspekten zurück. Dass Russland gegen die Lage der russischen Sprache in der Ukraine protestiert hat, begründet er ausschließlich mit der Wahrung sprachlicher Menschenrechte.[144] Für seine Argumentation nimmt er die Perspektive des einzelnen russophonen Ukrainers ein, der im Alltag das Russische verwenden will, daran aber von einer staatlich angeordneten „gewaltsamen Ukrainisierung" (*hvaltoŭnaja ŭkrainizacyja*) gehindert wird. Wie in der Sprachpolitik Weißrusslands Anfang der 1990er Jahre sieht Barančyk dabei das Mehrheitsprinzip der Demokratie außer Kraft gesetzt:

> Wenn drei oder vier ukrainische Bezirke Ukrainisch sprechen, bedeutet das nicht, dass auch die übrigen Bezirke, besonders diejenigen im Osten und Süden der Ukraine, in dieser Sprache sprechen, Filme anschauen oder lernen wollen. Dort ist es zu einer offensichtlichen Diskriminierung aufgrund von Sprache gekommen.

Als „normalen Stand der Dinge" bezeichnet Barančyk dagegen, wenn die Sprachwahl allein dem Individuum vorbehalten ist: Jeder solle die Sprache selbst wählen können, in der er unterrichtet wird, oder in der seine Kinder unterrichtet werden. Die Forderungen nach einer positiven Diskriminierung des Weißrussischen wertet Barančyk als Zeichen für dessen fehlendes Potenzial, die Gruppenfunktion innerhalb der weißrussischen Nation zu überneh-

144 Der Verweis auf „sprachliche Menschenrechte" dient auch prorussischen Politikern in der Ukraine als diskursive Strategie, um sich de facto für eine russophone Einsprachigkeit einzusetzen, vor allem im Süden und Osten des Landes. So wurde das Russische zur Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erklärt und genießt seit 2012 entsprechende Schutzrechte (vgl. etwa MOSER 2013; BESTERS-DILGER 2013; GUTTKE & RANK 2012).

men. Dass dieses Potenzial ganz wesentlich von den politischen Rahmenbedingungen abhängt, die gezielt verändert werden können, bleibt ausgespart:

> Warum ist meinen geschätzten Kollegen so um die weißrussische Sprache bange, und warum schlagen sie verschiedene Wege vor, sie in der weißrussischen Gesellschaft zu verankern? Weil sie hervorragend verstehen, dass die weißrussische Sprache in der Konkurrenz mit dem Russischen nicht bestehen kann.

Drakachrust fragt dann, was mit der Sprachensituation und Staatssymbolik werde, wenn es in Belarus' zu einem Machtwechsel komme. Barančyk gibt sich daraufhin überzeugt, dass eine neue Regierung aus „nationalistischen Kreisen" versuchen würde, durch Initiierung eines neuen Referendums die Lage zu ändern. Wenn es zu einer gewissenhaften Stimmauszählung käme, würde eine solche Regierung laut Barančyk aber mit dem Versuch scheitern, das Russische als Staatssprache abzuschaffen. Er traut dem national gesinnten Teil der Opposition somit eine ähnlich populistische Kampagne zu, wie sie Lukašėnka vor dem Referendum von 1995 in den staatlichen Medien geführt hat (vgl. dazu ZAPRUDSKI o.J.). Barančyks Aussage, mit der Staatssymbolik sei die Sache komplizierter, deutet darauf hin, dass er sich offenbar auch ein Referendumsergebnis vorstellen kann, nach dem das Russische Staatssprache bleibt, die weiß-rot-weiße Flagge und das *Pahonja*-Wappen aber wieder eingeführt werden. Das wäre eine Verknüpfung von Russophonie mit einem weißrussisch-nationalen Geschichtsbild, dessen Symbole weiß-rot-weiße Flagge und *Pahonja* sind.

Am Ende seiner Äußerung erläutert Barančyk den Begriff *rasejski svet* 'russische Welt' (russisch: *russkij mir*), den er zuvor als Konzept dargestellt hat, für das der Status des Russischen in den Nachbarstaaten Russlands eine Rolle spielt:

> Die russische Welt – das ist eine Idee, die nicht so sehr Russland wie die nationalen Randgebiete betrifft. Wenn man sich anschaut, wer auf der Welt – und in Belarus' im Besonderen – diese Idee verfolgt, dann machen die Russen unter ihnen die Minderheit aus.

Barančyk weist hier den möglichen Vorwurf zurück, als Chefredakteur des Portals <imperiya.by> im Auftrag Moskaus in Belarus' russophil-imperiales Gedankengut zu verbreiten, welches der weißrussischen Gesellschaft äußerlich und fremd ist. Dem hält er entgegen, dass in den „nationalen Randgebieten", d. h. in Belarus', der Ukraine und anderen früheren Sowjetrepubliken, ein pro-russischer geisteswissenschaftlicher Diskurs auch ohne Einflussnahme von außen sehr verbreitet sei. Mit seiner Rede von „nationalen Randgebieten" wiederum offenbart Barančyk, dass er Weißrussen und Ukrainer

nicht als eigenständige Nationen, sondern als Ethnien innerhalb der russischen Nation wahrnimmt.

3.6.2.2 Die Ergebnisse der Volkszählung von 2009 aus Barančyks Sicht

Das zweite Gespräch von *Radyë Svaboda* zur sprachlichen Situation in Belarus' leitet Moderator Jury Drakachrust ein, indem er die Entwicklung der Sprachenstatistiken von der Volkszählung 1999 zur Volkszählung 2009 schildert. Er gibt an, dass der Anteil der Befragten, die das Weißrussische als Muttersprache genannt hätten, von 73 auf 53 Prozent gefallen sei. Der Anteil derer, die angegeben hätten, zu Hause vor allem Weißrussisch zu sprechen, sei von 37 auf 23 Prozent gesunken. Nachdem zuerst der *Naša-Niva*-Chefredakteur Andrėj Dyn'ko die „Russifizierungspolitik" unter Lukašėnka für diese Entwicklung verantwortlich gemacht hat, befragt Drakachrust Barančyk zu den Ursachen.

In seiner Antwort nimmt Barančyk die Perspektive der Respondenten ein. Er stellt zwei Gegensatzpartner einander gegenüber, die ihm zufolge beeinflussen, wie die Frage nach der Muttersprache beantwortet wird: Werteorientierung und nüchterne Einschätzung (der sprachlichen Situation). Laut Barančyk ist die weißrussische Sprache mittlerweile aus dem Kanon der Werte herausgefallen, die den Bürgern von Belarus' wichtig sind. Für frühere Jahre macht er die Wertschätzung der Sprache daran fest, dass dieser gegenüber in Angaben zur Muttersprache Solidarität gezeigt worden sei. Diese hat Barančyk zufolge auf dem territorialen Prinzip basiert: Wer in Belarus' lebt, dessen Muttersprache muss das Weißrussische sein!

Die vermeintlich nüchterne Einschätzung, die diese Solidarität ersetzt habe, besteht laut Barančyk darin, dass die Respondenten über den Begriff „Muttersprache" grundsätzlich nachdenken: „Was ist eine Muttersprache?" Der Schwund der Solidarität gegenüber der weißrussischen Sprache geht Barančyk zufolge somit mit einem gestiegenen Reflexionsniveau der Bevölkerung einher.[145]

145 Eine rezente Studie zur sprachlichen Selbsteinschätzung der Weißrussen (HENTSCHEL & KITTEL 2011a) hat den Respondenten differenziertere Antwortmöglichkeiten auf die Frage nach der Muttersprache gegeben, als dies die Volkszählung tat. Insgesamt etwa 80 Prozent der Interviewten gaben in der Befragung entweder a) Weißrussisch, b) die weißrussisch-russische „Mischsprache", c) Weißrussisch und Russisch oder d) Weißrussisch, Russisch und die „Mischsprache" an. Dies entspricht dem Anteil, den im Zensus von 1999 das Weißrussische als Muttersprache erreichte.

Barančyk wechselt dann von der Perspektive der Befragten in seine eigene. Er definiert aus seiner Sicht die Muttersprache als Sprache, die von der jeweiligen Person am besten beherrscht wird. Auch wenn er diese Ansicht als seine eigene kennzeichnet (*ja liču* 'ich denke'), legt der unmittelbare Anschluss dieser Äußerung an das zuvor Gesagte nahe, dass Barančyk auch für die Respondenten der Volkszählung von 2009 dieses Verständnis des Begriffs Muttersprache annimmt. Als russischsprachiger Intellektueller sieht er sich somit auf der Seite einer vermeintlich zunehmenden Zahl von weißrussischen Bürgern, die nüchterne Reflexion gegenüber unreflektiertem Patriotismus bevorzugen.

Mit einem geringeren Grad der Überzeugung (*mne zdajecca* 'mir scheint') bezeichnet Barančyk dann die Zensus-Frage nach der gewöhnlich zu Hause gebrauchten Sprache als „adäquater" (*bol'š adėkvatnym*). Barančyk hält sie für adäquater als die Frage nach der Muttersprache, weil sie den vermeintlich realen Sprachgebrauch besser abbilde. Mit der Bevorzugung dieser Frage gegenüber der vermeintlich diffusen Frage nach der Muttersprache nimmt er die Gegenposition zu Verteidigern der weißrussischen Sprache wie Aleh Trusaŭ ein. Dieser ist ein Gegner der Frage, welche Sprache gewöhnlich zu Hause gebraucht wird (vgl. eine entsprechende Interviewäußerung Trusaŭs in DRAKACHRUST 2010). Doch auch den Anteil von 23 Prozent der Bevölkerung, die laut der Volkszählung von 2009 zu Hause Weißrussisch sprechen, hält Barančyk für überhöht. Er geht „real" von etwa zwei Prozent aus.[146] Für ihn sind somit auch die Antworten auf die vermeintlich objektivere Frage nach der Alltagssprache noch verfälscht, und zwar durch Solidaritätserwägungen und Festhalten am Weißrussischen als Sprache, die mit der eigenen Identität assoziiert ist. Als Beleg für seine These führt Barančyk seine Beobachtung an, dass in den Geschäften „niemand" Weißrussisch spreche.

Drakachrust konfrontiert Barančyk daraufhin mit zwei Einwänden: Erstens bezögen sich seine Einschätzungen auf Minsk. Auf dem Land dagegen hätten mehr Befragte das Weißrussische als Alltagssprache angegeben.

146 Nahe an dieser Schätzung Barančyks liegt das entsprechende Ergebnis der Studie von Hentschel und Kittel (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). In dieser gaben nur knapp fünf Prozent der Respondenten Weißrussisch als primäre Gebrauchssprache an. Der überwiegende Teil von ihnen entschied sich dabei für die Antwortoption „Weißrussisch mit etwas Russisch". Allerdings äußerten jeweils fast zwei Drittel der Sprecher, die in der Studie Russisch oder die weißrussisch-russische Mischsprache als gewöhnlich verwendete Sprache nannten, zusätzlich auch das Weißrussische zu benutzen.

Zweitens sei nach der zu Hause verwendeten Sprache gefragt worden, nicht nach der Sprache, die in Geschäften benutzt wird. Barančyk bleibt bei der Argumentation mit seiner persönlichen Erfahrung: Auch von den Personen, die er zu Hause besuche, spreche niemand Weißrussisch. Als Beleg für seine These, dass der Anteil derer, die Weißrussisch als Alltagssprache angegeben haben, im Vergleich zur Realität überhöht sei, führt er dann noch ein vermeintlich linguistisches Kriterium an – die Nähe der verwendeten Varietäten zur Literatursprache:

> Nun, und was bedeutet denn, dass die Dorfbewohner Weißrussisch sprechen? Es ist doch bekannt, in was für einer weißrussischen Sprache sie sprechen. Das ist nicht die weißrussische Literatursprache.

Die Äußerung erweckt den Anschein, als sei es für Barančyk nur dann zulässig, in einer Erhebung eine bestimmte Sprache als Alltagssprache anzugeben, wenn diese in ihrer literatursprachlichen Form verwendet wird.[147] Als aber die Rede auf die russische Sprache kommt, geht er von einem Kontinuum der „Nähe zur Literatursprache" aus, innerhalb dessen es noch vertretbar ist, den verwendeten Code dem Russischen zuzuordnen:

> Drakachrust: Sprechen denn ganz Russland und Belarus' in der russischen Literatursprache?
>
> Barančyk: Das alles ist aber immer noch näher an der russischen Literatursprache.

Drakachrust kommt dann auf seine Ausgangsfrage zurück – die Frage nach den Gründen, warum der Anteil des Weißrussischen als Mutter- und Alltagssprache zurückgegangen ist. Barančyks Argumentation, die Bevölkerung blicke nun nüchterner auf die sprachliche Situation, lässt er nur als Begründung für den Rückgang bei der Muttersprache gelten. Barančyk bezieht in seiner Entgegnung diese Argumentation auch auf die Statistik zur Alltagssprache: Für die Volkszählung 2009 stellt er die vermeintliche Objektivität und Ehrlichkeit der Respondenten früheren patriotischen Erwägungen gegen-

147 Mit seiner Feststellung, dass kaum ein Landbewohner die weißrussische Literatursprache verwendet, hat Barančyk Recht. Das weißrussische Dorf ist im Übrigen wohl auch nicht mehr die Bastion der weißrussischen Mundarten, als die es in der populären und wissenschaftlichen Literatur oft dargestellt wird: In der Studie von Hentschel und Kittel nennen fast drei Fünftel der Respondenten, die ihre Jugend auf dem Land verbracht haben, die weißrussisch-russische „Mischsprache" als Erstsprache – gegenüber nur etwa einem Viertel Weißrussisch-Nennungen (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). Die weißrussische Dialektologie dagegen hat die Interferenzen des Russischen in weißrussischen Dialekten lange unterbewertet.

über. Für eine Volkszählung im Jahr 2019 sagt er einen noch geringeren Anteil von Bekenntnissen zum Weißrussischen voraus.

Nachdem zuvor ausschließlich die Sprachenstatistik der Volkszählung von 2009 besprochen worden ist, befragt Drakachrust seine Gesprächspartner zum Verhältnis von Sprachen- und Nationalitätsstatistik. Während nämlich die Bekenntnisse zum Weißrussischen als Mutter- und Alltagssprache gegenüber 1999 zurückgegangen sind, ist der Anteil der Gesamtbevölkerung, der sich zur weißrussischen Nation bekannt hat, von 81 auf 84 Prozent gestiegen. Der Anteil derjenigen, die sich als Russen bezeichnet haben, ist gleichzeitig von elf auf acht Prozent zurückgegangen. Drakachrust bietet Barančyk zwei mögliche Bewertungen dieser Entwicklung an: zum einen die „Formierung einer normalen, überwiegend russischsprachigen weißrussischen Nation", zum anderen eine Situation, die zur „nationalen Katastrophe" führt.

Seine Meinung, dass von einer nationalen Katastrophe keine Rede sein kann, begründet Barančyk, indem er den Weißrussen Nationscharakter abspricht:

> Wenn wir die Ansicht vertreten, dass die Weißrussen genauso ein Teil des russischen Volkes sind wie die Russen selbst und die Ukrainer, dann gibt es keine nationale Katastrophe. Es ist doch bekannt, dass die sprachlichen Unterschiede zwischen weißrussischer, russischer und ukrainischer Sprache bedeutend geringer sind als zwischen den Mundarten der deutschen Sprache. Das aber zeugt nicht davon, dass die deutsche Nation nicht geeint ist.

Mit seiner Argumentation, die weißrussische und die russische Identität seien miteinander kompatibel, steht Barančyk im Gegensatz zu rezenten Forschungsergebnissen. In einer Studie von Hentschel und Kittel betrachteten sich über 90 Prozent einer Gruppe weißrussischer Respondenten ausschließlich als Weißrussen, weniger als drei Prozent dagegen sahen sich sowohl als Weißrussen als auch als Russen (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). Barančyk macht sich in seiner Aussage das russophil-imperiale Geschichtsbild zu eigen, nach dem die Weißrussen – wie auch die Ukrainer – lediglich eine Ethnie innerhalb der russischen Nation sind. Die fehlende Nationseigenschaft der Weißrussen begründet er mit der strukturellen Nähe der weißrussischen Sprache zum Russischen. Somit ist für ihn die Frage, ob eine sprachliche Varietät als Abstandsprache zu einer benachbarten Nationalsprache bezeichnet werden kann, entscheidend dafür, ob eine eigenständige Nation vorliegt oder nicht. Ausreichender sprachstruktureller Abstand ist für Barančyk aber lediglich eine notwendige, nicht eine hinreichende Bedingung für nationale Eigen-

ständigkeit. Dies macht er am Beispiel der Deutschen klar, die zwar hochgradig differente Mundarten verwenden, aber trotzdem eine einzige Nation bilden.

Drakachrust konfrontiert Barančyk dann mit Zweifeln an dessen sprachzentrierter Erklärung für die Existenz von Nationen: Wenn die Österreicher eine eigene Nation bildeten, so sei das also ein Fehler, und eigentlich bräuchten sie einen „Anschluss"? Die Verwendung des deutschen Wortes „Anschluss" (*anšljus*) in der auf Weißrussisch gestellten Frage hebt auf den Einmarsch des nationalsozialistischen Deutschland in Österreich ab. Das Wort fügt den sachlichen Zweifeln an Barančyks Argumentation auf polemische Weise moralische hinzu: Ist es zulässig, geschlossen siedelnden Bevölkerungsgruppen mit Wunsch, eine Nation zu bilden, die Nationseigenschaft einfach mit dem Hinweis auf mangelnde sprachliche Eigenständigkeit abzusprechen?

Barančyk geht auf den Einwand Drakachrusts nur zum Schein ein. Er unterstreicht, dass die sprachlichen Unterschiede in Österreich „wesentlicher" (*bol'š istotnyja*) und „größer" (*bol'šyja*) als zwischen den Sprachen Russisch, Weißrussisch und Ukrainisch seien. Dies sagt aber nichts über das Verhältnis zwischen den Mundarten in Österreich einerseits, Deutschland andererseits aus, sondern wiederholt nur den Vergleich mit den ostslavischen Sprachen. Auf die Hochsprache bezogen, liegen in Österreich und Deutschland jedenfalls zwei nationale Varianten des Deutschen vor, während es sich bei Russisch, Weißrussisch und Ukrainisch um drei unterschiedliche Hochsprachen handelt (näher zum Deutschen in Österreich AMMON 1995, 117ff.). Auch auf der Ebene der Dialektgruppen des Deutschen ergibt Barančyks Argumentation, Bedingung für unterschiedliche nationale Identitäten sei sprachlicher Abstand, keinen Sinn: Das bairisch-österreichische Dialektgebiet umfasst Territorien, in denen einerseits die deutsche, andererseits die österreichische nationale Identität vorherrscht. Der alemannische Dialektverband erstreckt sich außer über deutsches und österreichisches (Vorarlberg) auch über schweizerisches und französisches Gebiet (Elsass).

Nachdem Barančyk Drakachrusts Nachfrage unbeantwortet gelassen hat, zieht er ihn auf seine Seite, indem er die Ansicht äußert, Drakachrust habe seine Frage richtig gestellt: Er habe in Bezug auf die Weißrussen die Alternativen „normale, überwiegend russischsprachige Nation" und „nationale Katastrophe" einander gegenübergestellt. In apodiktischer Weise entscheidet sich Barančyk für die erste der beiden Alternativen und greift Zweifel an seinem Standpunkt als abwegig an:

> Ich habe schon vor langer Zeit gesagt, dass Belarus' ein russischsprachiger Staat ist, und daran gibt es nichts Tragisches. Wovon sprechen meine werten Opponenten, wenn doch die weißrussische Sprache nach allen Parametern gegenüber der russischen das Nachsehen hat? Wozu sollte man jetzt ein Kind in den Weißrussisch-Unterricht geben, wenn klar ist, dass Zweitsprache das Englische sein sollte?

Wie sich hier zeigt, ist für Barančyk eine retrospektive Sprachpolitik der Normalfall, der nicht in Frage gestellt werden sollte: Die Sprachpolitik des Staates sollte sich am sprachlichen Status quo in der Gesellschaft orientieren. Dies gilt allerdings nur für die Erstsprache, unter der Barančyk die Sprache versteht, die im Alltag am weitesten verbreitet ist. Hinsichtlich der Zweitsprache fordert er, eine retrospektive durch eine perspektivische Sprachpolitik zu ersetzen. Das Englische als Sprache der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sollte laut Barančyk ein größeres Gewicht haben. Aus Sicht der einzelnen Schüler und Eltern steht ihm zufolge der instrumentelle gegenüber dem integrativen Bilingualismus im Vordergrund: Karriereerwägungen, die zugunsten des Englischen ausfallen, dominieren gegenüber dem Wunsch, mit einem aktiven Erwerb des Weißrussischen als Zweitsprache die nationale Identität zu stärken.

Nachdem Barančyk den Prozess bewertet hat, dass der Bevölkerungsanteil der Weißrussen steigt, während immer weniger Bürger das Weißrussische als Mutter- und/oder Alltagssprache angeben, fordert Drakachrust ihn noch auf, dieses Phänomen zu erklären. Wenn es in einem russischsprachigen Staat gleichgültig sei, ob man sich als Weißrusse oder Russe fühle, müsse doch der Anteil der Russen deutlich steigen statt zu fallen. Barančyk erklärt die gegenläufige Entwicklung mit einer „Tradition", die sich aus der sowjetischen Zeit erhalten habe: Unabhängig von der eigenen Nationalität ließen demnach Eltern in Weißrussland ihre Kinder als Weißrussen registrieren. Der Traditionsbegriff, den Barančyk hier verwendet, bezieht sich nicht auf die Weitergabe von kollektiven Werten oder von Verhaltensweisen, die auf den Erhalt von Werten gerichtet sind. Er meint statt dessen ein Vorgehen, das sich als maximal nützlich für die Handelnden erwiesen hat:

> Sie [die Leute, Anm. MB] verstehen, dass es [das Kind, MB] dann [wenn es als Weißrusse registriert ist, MB] leichter Arbeit findet und leichter Karriere in den Staatsorganen macht. Darum die Registrierung als Weißrussen.

Barančyk bewertet den Anstieg der Bekenntnisse zur weißrussischen Nationalität als „rein formalen Anstieg", nicht „qualitativen". Er geht also davon aus, dass Nationalität nicht ausschließlich eine Frage des Bekenntnisses ist,

denn auf das Bekenntnis hebt er mit der Rede vom „formalen“ Anstieg ab. Ihm zufolge gehören zur Nationalität auch Wesensmerkmale, die aus einem formalen Bekenntnis ein qualitativ berechtigtes machen. Wie sich auf Nachfrage Drakachrusts dann zeigt, ist für Barančyk dieses zentrale Wesensmerkmal die (National-)Sprache. Entscheidend ist ihm zufolge dabei nicht das Bekenntnis zu der Sprache, sondern deren tatsächliche Verwendung:

> Ein qualitativer Anstieg [des Anteils von Weißrussen an der Gesamtbevölkerung, MB] wäre es, wenn sie sich als Weißrussen registrieren lassen hätten und immer und überall Weißrussisch sprächen. Aber das findet nicht statt, das [das Bekenntnis zur weißrussischen Nationalität, MB] ist ein rein konjunkturelles Moment.

In der Sprachstatistik hat es Barančyk positiv bewertet, wenn die Befragten ihre Entscheidung für Russisch oder Weißrussisch aufgrund ökonomischer Überlegungen treffen. In seiner Äußerung zur Nationalitätenstatistik dagegen wertet er die Bekenntnisse zur weißrussischen Nationalität gerade wegen ihrer vermeintlich ökonomischen Motivation ab. Barančyk spielt damit die Bedeutung dieser Statistik herunter, die dem weißrussisch-nationalen Lager Argumente zu liefern scheint. Mit seiner Argumentation, nach der die Verwendung des Weißrussischen für die Zugehörigkeit zur weißrussischen Nation entscheidend ist, widerspricht er seiner These, dass Russen, Weißrussen und Ukrainer wegen ihrer sprachlichen Nähe eine Nation bilden.

Drakachrust zufolge argumentiert Barančyk wie die weißrussischen Nationalisten, weil er Sprache zum entscheidenden Merkmal einer Nation erklärt. Nur argumentiere er mit anderer Wertung als etwa Andrėj Dyn’ko, Chefredakteur der Zeitung *Naša Niva*. Drakachrust hält Barančyk entgegen, dass es neben der Sprache auch andere Möglichkeiten zur Nationsbildung gebe. Dieser reagiert auf den Einwurf, indem er seine eigene Familiensituation schildert. Sein Vater sei Weißrusse, seine Mutter Russin. Grund, warum er Weißrusse sei, sei eine formale Prozedur: Im Pass werde die Nationalität des Vaters auf das Kind übertragen. Barančyk stellt sich als Opfer dieses Automatismus dar: Nachdem er mit der Konjunktion „aber“ anschließt, dass er Russisch spreche und Russisch für seine Muttersprache halte, stellt er die rhetorische Frage „Wie soll man damit klarkommen?“ (*Jak byc’ z hėtym*?).

Drakachrust hält dem entgegen, dass in der unabhängigen Belarus’ die Nationalität nicht mehr in die Pässe eingetragen werde. Barančyk reagiert mit dem Verweis, dass dies aber zur Sowjetzeit so gewesen sei. Drakachrust wiederum antwortet darauf mit der ironischen Bemerkung, es scheine aber, dass es nun die Sowjetunion nicht mehr gebe. Darauf entgegnet Barančyk:

> Na und? Die Gewohnheit ist geblieben. Ich spreche aber Russisch. Und ich finde, dass das ein normaler Standpunkt ist. Und was werden die Nationalisten dem entgegenhalten – dass ich mich auf Weißrussisch unterhalten soll?

Auch hier ist Barančyks Argumentation nicht schlüssig. Die vermeintliche Gewohnheit, auf die er sich nach Drakachrusts Einwand zurückzieht, bleibt diffus. Sie liefert keine Gründe, warum der Anteil der Weißrussen an der Gesamtbevölkerung von 1999 bis 2009 gestiegen sein sollte. Barančyks Argumentation mit der Beharrungskraft sowjetischer Nationalitäten-Angaben widerspricht sogar seinem vorherigen Gedankengang: Ein Nationalitätsbekenntnis, das von der politischen Konjunktur abhängt, setzt ja gerade Beweglichkeit in dieser Kategorie voraus. Die zitierte Äußerung ist als Verteidigung gegen vermeintliche Angriffe national gesinnter Weißrussen zu verstehen: Indem Barančyk seine Russischsprachigkeit zu einem „normalen Standpunkt" erklärt, spricht er den Weißrussischsprachigen das Recht ab, sich aufgrund von Sprache moralisch überlegen zu fühlen.

Die letzten Redebeiträge Barančyks in dem Radiogespräch leitet Drakachrust mit der Frage ein, was Barančyk von der Meinung des TBM-Vorsitzenden Trusaŭ halte. Dieser habe angesichts der jüngsten Zensusergebnisse die Befürchtung geäußert, die weißrussische Sprache könne in einigen Jahren oder Jahrzehnten ganz verschwinden. Barančyk teilt diese Meinung nicht und begründet dies mit der Schulfachfunktion, die das Weißrussische innehat und nach seiner Ansicht auch behalten wird. Zum Erhalt der weißrussischen Sprache ist Barančyk zufolge somit ein remanenter Bilingualismus in der Gesellschaft ausreichend: Das Weißrussische wäre danach auf den Schulunterricht, die Belarussistik sowie bestimmte offizielle Anlässe beschränkt. Aus individueller Perspektive läge sekundäre bilinguale Kompetenz vor. Im Mittelpunkt stände nicht die Kommunikation auf Weißrussisch, sondern die Untersuchung des Sprachsystems. Dass ihm dieses Modell vorschwebt, zeigt Barančyk, indem er auf andere Länder verweist, in denen „tote Sprachen" studiert würden.

Offenbar als Begründung, warum das Weißrussische als Schulfach erhalten bleiben wird, führt Barančyk an, dass in der weißrussischen Sprache „keine schlechten Werke der Literatur und Poesie" geschaffen worden seien. Er relativiert damit seine Aussage aus dem anderen Radiogespräch, dass es der weißrussischen Sprache an Literaturgenies fehle. Ganz zurück nimmt er die Aussage aber nicht: Die Einschätzung „keine schlechten Werke" (*njakepskija tvory*) ist schließlich von der Bewertung als „geniale

Werke/Meisterwerke“ weit entfernt. Immerhin aber ist Barančyk zufolge die weißrussischsprachige Belletristik ein hinreichendes kulturelles Kapital, um ein Verbot der Sprache absurd erscheinen zu lassen. Insgesamt sagt er für das Weißrussische einen etwas diffusen Zwischenzustand voraus: Einerseits ist die Sprache nicht „verschwunden“ oder „untergegangen“, wie Trusaŭ dies befürchtet. Andererseits weist das Weißrussische nach Barančyks Prognose Merkmale einer „toten Sprache“ auf. Anderenfalls hätte er im Zusammenhang mit dem Weißrussischen nicht andere Länder erwähnt, in denen „tote Sprachen“ studiert würden.

Barančyk wehrt sich dann gegen eine Aussage des Naša-Niva-Chefredakteurs Dyn’ko. Dieser hat Barančyks Position als Ausdruck des „russischen imperialen Interesses“ bezeichnet. Dieses Interesse bestehe in der Hoffnung, die Weißrussen könnten sich aufgrund ihrer Russischsprachigkeit eines Tages wieder als Russen fühlen. Laut Barančyk hat Dyn’ko damit einen Gegensatz konstruiert: Auf der einen Seite Dyn’kos eigener, weißrussischer Standpunkt, auf der anderen Barančyks imperialer, nicht weißrussischer. Obwohl er Chefredakteur eines Internetportals mit dem Namen <imperiya.by> ist, lehnt Barančyk ab, dass seine Position imperial genannt wird. Er wirft Dyn’ko vor, das Attribut „weißrussisch“ für seinen Standpunkt zu monopolisieren:

> [...] Sie sollten verstehen, dass es außer Ihrer weißrussischen Position auch eine andere weißrussische Position gibt, die genauso weißrussisch ist wie Ihre. Ich finde, dass man in dieser Frage korrekter sein muss und keine Etiketten kleben darf.

Drakachrust fragt daraufhin nach einer Begründung, warum der Gebrauch der weißrussischen Sprache nicht weiter schwinden sollte. Schließlich hätten auch zwischen 1999 und 2009 die „nicht schlechten Werke“ der weißrussischen Literatur bereits existiert. Die Zahl der Weißrussisch-Sprecher sei dennoch gesunken. Barančyk will sich daraufhin auf kein bestimmtes Zukunftsszenario für die sprachliche Situation festlegen. Denn diese Diskussion bewege sich in der „Sphäre von Wahrscheinlichkeit“. Er führt dann allerdings noch eine weitere Richtung an, in welche die nationale und sprachliche Entwicklung gehen könnte:

> Wenn Belarus’, wie dies meine Opponenten wollen, ein europäisches Land wird und einen „eisernen Vorhang“ an der Grenze zu Russland errichtet, dann wird man alles sprachlich weißrussifizieren.

Die Rede von Belarus’ als „europäischem Land“ ist hier metonymisch zu verstehen. Geographisch ist unstrittig, dass das Staatsgebiet von Belarus’ ein

Teil von Europa ist. Doch hebt Barančyk hier nicht auf den geographischen Begriff, sondern auf die politische Ordnung und außenpolitische Orientierung ab, die sich im vermeintlichen Kerngebiet Europas etabliert hat – den Staaten der Europäischen Union. Um diese politische Bedeutung des Europa-Begriffs ging es auch immer wieder, wenn die Anti-Lukašėnka-Opposition von Belarus' als „europäischem Land" oder von einer „europäischen Belarus'" sprach.[148]

Barančyk lehnt eine Anlehnung Weißrusslands an Westeuropa klar ab. Was er für Weißrussland befürchtet, wenn dieses zu einem „europäischen Land" wird, verdeutlicht er durch den „Eisernen Vorhang", eine erstarrte Metapher aus der Blöcke-Konfrontation. Diese Bildlichkeit überträgt er auf das weißrussisch-russische Verhältnis: Die Grenze wird durch neue politische Rahmenbedingungen – etwa ein neues Visaregime und veränderte Handelsbestimmungen – undurchlässiger. Die zugleich einsetzende sprachliche Weißrussifizierung des öffentlichen Lebens wäre für Barančyk Teil der Bestrebungen, Belarus' von Russland zu entfremden. Seine Argumentation ist ein Beispiel für fraktale Rekursivität nach Irvine und Gal: Er erklärt die Auseinandersetzung, ob Weißrussisch einzige Staatssprache in Belarus' sein sollte, zu einem außenpolitischen Gegensatz. Außer der Abschottung Weißrusslands von Russland hält Barančyk ein noch weitergehendes, aus seiner Sicht erschreckendes Szenario für möglich:

> Vielleicht aber wird auch das BNF-Projekt der 90er Jahre umgesetzt, als man vorschlug, alles sprachlich zu weißrussifizieren und dann das Schriftsystem vom kyrillischen auf das lateinische umzustellen. Aber das ist ein direkter Weg in die polnische Sprache. Wer weiß – vielleicht wird hier die polnische Sprache sein, wenn Belarus' ein europäischer Staat wird. Und dann gibt es keine Weißrussen mehr, nur noch Polen.

Barančyk erklärt die Lateinschrift nicht nur zum Symbol für eine enge Bindung an Westeuropa. Er verknüpft mit ihr auch ikonisch – im Sinne von Irvine und Gal – eine sprachliche und nationale Polonisierung von Belarus'. Damit widerspricht er seiner Argumentation zum Verhältnis von Russen, Weißrussen und Ukrainern. Denn mit der strukturellen Nähe der Sprachen Russisch, Weißrussisch und Ukrainisch hat Barančyk eine nationale Zusam-

148 Eines von vielen Beispielen ist der Name der Kampagne, die den oppositionellen Kandidaten Andrėj Sannikaŭ bei der Präsidentenwahl 2010 unterstützte: „Europäisches Weißrussland" (*Eŭrapejskaja Belarus'*).

mengehörigkeit von Russen, Weißrussen und Ukrainern begründet.[149] Eine ähnliche Nähe der weißrussischen zur polnischen Sprache, sichtbar gemacht durch die Lateinschrift, ist für ihn hingegen kein Anlass, die Weißrussen als legitimen Teil der polnischen Nation zu betrachten. Eine Polonisierung Weißrusslands wäre für ihn keine vermeintlich natürliche Entwicklung wie die Russifizierung des Landes. Sie wäre lediglich ein politisches Programm, angestoßen von einer nationalistischen Partei (BNF).

Lehnt Barančyk die Integration von Belarus' in die Europäische Union ab, so ist diese für ihn ein Vorbild, wenn es um die Integration mit Russland geht. Dies macht er auf die Frage nach seinem Projekt einer zukünftigen Belarus' deutlich. Barančyk kündigt an, das Weißrussische würde auch im Fall einer Integration mit Russland seine Bedeutung behalten und in den Schulen gelernt. Wozu aus Barančyks Sicht Weißrussisch gebraucht wird, wenn er die Kenntnis dieser Sprache an anderer Stelle als „Nonsens" bezeichnet, wird nicht klar. Ihm zufolge sollte es Angelegenheit des Einzelnen sein, „in welcher Sprache er sprechen will". Barančyk plädiert somit für eine retrospektive staatliche Sprachpolitik, in welcher der Staat sich vermeintlich nicht in die sprachlichen Präferenzen seiner Bürger einmischt. Eine solche Sprachpolitik sieht er bereits unter der aktuellen weißrussischen Staatsführung verwirklicht:

> Mir scheint, dass der Staat auch jetzt schon niemandem verbietet, Weißrussisch zu sprechen, und dass es für die Beamten kein Verbot gibt, dienstliche Papiere auf Weißrussisch zu verfassen. Nur will das niemand tun.

Seinen Opponenten in dem Radiogespräch, insbesondere Andrėj Dyn'ko, wirft Barančyk vor, nicht wahrhaben zu wollen, „dass es unmöglich ist, die Leute dazu zu zwingen, die [weißrussische, MB] Sprache zu mögen und zu verwenden". Dass er eine perspektivische Sprachpolitik zur Stärkung des Weißrussischen ablehnt, spitzt Barančyk schließlich mit einer rhetorischen Frage zu. Er fragt seine Gegner, ob sie die Weißrussen „auf totalitäre Weise" (*tatalitarna*) dazu bringen wollten, Weißrussisch zu sprechen. Barančyk verwendet damit das Attribut „totalitär" anders, als es gewöhnlich in der weißrussischen Diskussion über Sprachpolitik benutzt wird: Statt der Russifizierung zur Sowjetzeit verurteilt er eine mögliche positive Diskriminierung des Weißrussischen.

149 In Wahrheit betrifft diese strukturelle Nähe vor allem die Grammatik. In Lautung und Lexik sind die drei Sprachen differenter.

3.6.2.3 Zusammenfassung: Sprache als Marktfaktor und Privatsache

Barančyk geht in seiner Argumentation davon aus, dass der Einzelne die Sprache, die er im Alltag verwendet, weitgehend unabhängig auswählt. Sie ist ihm zufolge zumindest nicht vorrangig Teil des symbolischen Kapitals eines Sprechers, sondern wird pragmatisch ausgewählt, um in einer gegebenen Situation bestimmte kommunikative Ziele am besten zu erreichen.

Sehr wohl allerdings betrachtet Barančyk sprachliche Konstellationen als marktförmig. Den sprachlichen Markt sieht er in erster Linie als weltweite Konkurrenz von Literatursprachen. Die staatliche Sprachpolitik in einer mehrsprachigen Gesellschaft wie der weißrussischen sollte seiner Argumentation zufolge die Kenntnis derjenigen Sprachen fördern, die auf diesem Markt den höchsten Erfolg versprechen. Im Fall von Belarus' sind dies Barančyk zufolge das Russische und das Englische.

Spielen bei der individuellen Sprachverwendung für Barančyk vor allem pragmatische Überlegungen eine Rolle, so kommen im Weltsystem der Sprachen stärker symbolische Aspekte ins Spiel. Herausragende Werke der Belletristik können nach Barančyks Argumentation den internationalen Marktwert einer Sprache erhöhen. Dies wiederum treibt den symbolischen Wert der Sprache in einer mehrsprachigen Gesellschaft in die Höhe. Barančyks Argumentation ähnelt hier dem Faktor Zentralität, der für de Swaan neben der Prävalenz entscheidend für die Attraktivität einer Sprache ist. Entscheidender Unterschied ist, dass Barančyk im Gegensatz zu de Swaan nicht die Perspektive des einzelnen Sprechers, sondern die der gesamten Sprechergemeinschaft einnimmt.

Für Barančyk weist die internationale Konkurrenz der Sprachen über den sprachlichen Markt hinaus. Er stellt eine enge Verbindung zwischen Sprache und internationalen Wirtschaftsbeziehungen her, die als soziale Philosophie im Sinne Roberges angesehen werden kann: Dominiert in einem Staat eine Sprache, die international über eine große Sprecherzahl verfügt, so stärkt dies den jeweiligen Staat als Wirtschaftsstandort. Die Verwendung einer international kaum verbreiteten Sprache dagegen schwächt die Wirtschaft des jeweiligen Landes. Ein beliebig zwischen den Staaten verhandelbares Gut, das man gegen Wirtschaftsgüter wie Öl oder Gas eintauschen könnte, ist Sprache aber nicht.

Barančyk zufolge grenzen Sprachen die Territorien gleicher kultureller Orientierung ein. Die russischsprachige Belarus' ist für ihn Teil der „russischen Welt". Gleichzeitig gibt es in Barančyks Argumentation eine enge Verbindung zwischen sprachlichen Fakten und nationaler Identität: Ist der

strukturelle Abstand zwischen zwei Sprachen gering, so ist dies ein Indiz für die Zugehörigkeit zu derselben Nation. Entscheidend sind dabei die jeweiligen Literatursprachen. Dialekte erscheinen in Barančyks Aussagen als minderwertige Erscheinungsformen von Sprache, die für Sprecherstatistiken unbedeutend sind. Benutzt eine Sprechergemeinschaft ihre vermeintliche Nationalsprache nicht im Alltag, so deutet dies für Barančyk darauf hin, dass sich keine eigenständige nationale Identität herausgebildet hat. Welche Sprache die Respondenten im Zensus als Muttersprache angeben, ist dabei zweitrangig.

Die Nationsbildung ist für Barančyk nachrangig gegenüber dem Recht jedes Einzelnen, bei der Sprachverwendung nicht bevormundet zu werden. Verteidiger der weißrussischen Sprache, die sich für mehr Weißrussisch im öffentlichen Leben einsetzen, stellt er demzufolge als politisch rückwärtsgewandt und allzu staatsgläubig dar. Die individuelle Freiheit, die bevorzugte Sprache zu verwenden, ist für Barančyk dagegen selbstverständlicher Teil einer liberalen Gesellschaft. Wie zwischen Marktteilnehmern in der Wirtschaft sollte Barančyk zufolge auch zwischen den Sprachen eine Konkurrenz herrschen, in die der Staat möglichst wenig eingreift.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Die in der vorliegenden Untersuchung ausgewerteten Texte und Einzelaussagen weißrussischer Politiker und Intellektueller bestätigen die Vermutung, dass der Diskurs über Sprache in Belarus' hochgradig politisiert ist. Die analysierten Äußerungen weisen die gesamte denotative Breite auf, die der Ideologiebegriff nach Kathryn Woolard umfasst: Ideen und Konzepte der tatsächlichen sowie einer denkbaren Sprach- und Kulturpolitik, Verzerrungen in der Wahrnehmung der sprachlichen Entwicklung sowie Äußerungen zum Thema Sprache, aus denen das Interesse an Machterhalt oder -erwerb, mitunter auch ein spezifischer sozialer Standpunkt ersichtlich ist. Die Diskursteilnehmer tragen damit zur Produktion von „Wissen" über Sprache und Nation in Belarus' bei und nehmen Einfluss auf das Feld des Sagbaren.

Ein wichtiger Bereich, in dem die analysierten Äußerungen „Wissen" produzieren, ist die Sprachgeschichte auf dem Territorium der heutigen Republik Belarus'. Um die analysierten Aussagen zur Sprachgeschichte einschätzen zu können, ist es erforderlich, bis in die Frühphase der slavischen Sprachentwicklung zurückzugehen: Für den Zeitraum von spätestens dem 5.

Jahrhundert v. Chr. bis etwa 700-800 n. Chr. nimmt die modernere historische Slavistik das zwar areal nicht homogene, aber als Kontinuum zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisende Urslavische an, dessen Spätphase auch als Gemeinslavisch bezeichnet wird. Siedlungsgebiet der Slaven war nach der am weitesten akzeptierten Meinung bis etwa in das 5. Jahrhundert n. Chr. die sogenannte Urheimat, die sich östlich der Weichsel, nördlich der Karpaten und südlich der Prypjac'-Sümpfe, damit also auch südlich des heutigen Weißrussland, befand. Danach setzte die Expansion der Slaven ein, außer auf den Balkan und nach Westen auch nach Norden, d. h. auch in die heutigen weißrussischen Gebiete.

Mit der Taufe des Großfürsten Vladimir nach byzantinischem Ritus im Jahr 988 begann die Christianisierung der Kiever Rus', des mittelalterlichen ostslavischen Reiches, dem auch die Gebiete des heutigen Weißrussland in zeitweise engerer, zeitweise loserer Verbindung angehörten. Mit der Christianisierung gelangte das Kirchenslavische in die Rus', eine sprachliche Varietät, die zur Missionierung der Slaven auf Basis bulgarischer Mundarten geschaffen worden war und sich in Syntax und abstraktem Wortschatz am Vorbild des Griechischen orientierte. Es entstand eine diglossische sprachliche Situation: H-Varietät war das Kirchenslavische. Es war der theologisch nicht geschulten Masse der Bevölkerung zumindest nicht direkt zugänglich, wenn nicht auch weitgehend unverständlich, wies aber mit der Zeit zunehmende ostslavische Interferenzen auf, so dass sich in der Forschung weithin die Bezeichnung als ostslavische Redaktion des Kirchenslavischen verbreitet hat. Die Rolle der L-Varietät nahm das autochthone Ostslavische ein. Das Verhältnis kirchenslavischer und ostslavischer Elemente variierte in den Texten abhängig von Parametern wie Textgattung, Thema und Stil. Die frühesten erhaltenen Texte aus weißrussischem Gebiet stammen aus dem 12. Jahrhundert und sind auf Kirchenslavisch verfasst, spezifisch weißrussische Merkmale weisen Sprachdenkmäler ab dem 13. Jahrhundert auf. Zjanon Paznjak als bekanntester nationalkonservativer Oppositionspolitiker Weißrusslands, Aleh Trusaŭ als profiliertester Verteidiger der Rechte von Weißrussischsprechern sowie Staatspräsident Aljaksandr Lukašėnka ideologisieren den skizzierten Abschnitt der weißrussischen Sprachgeschichte bis hin zu Verzerrungen und Verfälschungen.

Paznjak vertritt die Auffassung, die weißrussische Sprache müsse bereits vor dem sechsten Jahrhundert existiert haben. Diese Ansicht ist nicht mit dem Forschungsstand in Einklang zu bringen, dass erst ab etwa dem fünften Jahrhundert die slavische Expansion aus der Urheimat einsetzte und in der ur-

slavischen Periode der Sprachentwicklung bis etwa 700-800 n. Chr. die Gemeinsamkeiten überwogen. Die damalige slavischsprachige Bevölkerung auf dem heutigen Gebiet der Belarus' als weißrussisch zu bezeichnen, ist somit eine Übertragung heutiger Kategorien, die sich in jener Zeit noch nicht einmal andeuteten.

Die Verzerrung in Aleh Trusaŭs Sicht auf die frühe Geschichte der Ostslaven besteht darin, dass er eine Unterteilung der Rus'-Bevölkerung nach Ethnien suggeriert, die der heutigen Abgrenzung von Nationen entspricht: Weißrussen, Ukrainer und Russen. Er entwickelt diese Position in Abgrenzung zu einem Artikel der belarussistischen Enzyklopädie *Belaruskaja mova*, die in Weißrussland über Autorität verfügt. Der Artikel fasst die ostslavische Bevölkerung der Rus' gleichfalls historisch unpräzise als „altrussisches Volkstum" zusammen.

Ebenfalls auf die Kiever Rus' bezieht sich eine ideologische Verfälschung in den Äußerungen Aljaksandr Lukašėnkas: Lukašėnka spricht von einer „altrussischen Basissprache", die er offenbar als homogen betrachtet, und die ihm zufolge Ausgangspunkt für die Entstehung der Dialekte und Einzelsprachen, darunter des Weißrussischen, war. Die skizzierte mittelalterliche Diglossie aus Kirchenslavisch und autochthonem Ostslavisch interpretiert Lukašėnka dagegen als frühe russisch-weißrussische Zweisprachigkeit.

Nach dem Zerfall der Kiever Rus' wurden die heutigen weißrussischen Gebiete Teil des Großfürstentums Litauen, das ab 1385 in einer Personalunion, ab 1569 in einer Realunion mit der polnischen Krone verbunden war. Infolge von zahlreichen Eroberungen erreichte das Großfürstentum Mitte des 15. Jahrhunderts seine größte Ausdehnung und wies eine klar ostslavische Bevölkerungsmehrheit auf. Sprachlich entwickelte sich auf autochthon ostslavischer Grundlage eine Schriftsprache, die u. a. als Kanzleisprache, in amtlichen Dokumenten und Chroniken, aber auch in künstlerischer Literatur und religiösen Texten verwendet wurde. In zeitgenössischen Sprachdenkmälern wird sie als *ruskij jazyk* bezeichnet, das Adjektiv *ruskij* bezieht sich dabei auf die Ostslaven innerhalb des Großfürstentums. Das Kirchenslavische wird als *slavjanskij jazyk* bezeichnet. Die zunehmende Bedeutung der Schriftsprache auf autochthoner Grundlage bis zur Realunion Litauens mit Polen dokumentiert die Tatsache, dass der ostslavische Buchdrucker Francysk Skaryna (1485?-1540), eine zentrale Figur der weißrussischen Nationalgeschichtsschreibung, seine Bibelübersetzung ins Kirchenslavische mit Erläuterungen im *ruskij jazyk* versah. Insbesondere Texte „höherer" Genres und Stilebenen waren jedoch weiterhin stark vom Kirchenslavischen beein-

flusst. Nach 1569 sank die Bedeutung des damaligen *ruskij jazyk*, der Schriftsprache auf autochthoner Basis, die heute meist als „Altweißrussisch“ oder „Kanzleisprache des Großfürstentums Litauen“ bezeichnet wird. Hauptgrund war die zum großen Teil freiwillige Polonisierung des ostslavischen Adels in Litauen, die zum einen aus politischen Motiven erfolgte, zum anderen aufgrund der Attraktivität der polnischen Kultur.

Lukašėnka bezieht sich auf diesen Abschnitt der weißrussischen Sprachgeschichte in verzerrter Weise, indem er den Buchdrucker und Bibelübersetzer Skaryna als „Russen“ darstellt. Dessen Aussage *Ja ruski z goroda Polocka* ist nicht im heutigen Sinne als Äußerung einer Zugehörigkeit zur russischen Nation zu verstehen, sondern hebt auf die ethnischen Ostslaven im Großfürstentum Litauen ab. Dies blendet Lukašėnka ebenso aus wie die Tatsache, dass Skaryna sich nicht nur als *ruski*, sondern auch als *litvin* bezeichnete und sich damit zum Großfürstentum Litauen bekannte – Irvine und Gal bezeichnen diesen semiotischen Prozess des Ausblendens als Löschung.

Löschungen in diesem Sinne – und damit auch ideologische Verzerrungen – kennzeichnen ebenfalls Paznjaks und Trusaŭs Blick auf die sprachliche Situation im Großfürstentum Litauen. Paznjaks Sprachlob für die „altweißrussische Buchsprache“ verschweigt den starken Einfluss des Kirchenslavischen in altweißrussischen Texten höherer Genres und Stilebenen. Trusaŭ dagegen erklärt monokausal, warum das Altweißrussische bzw. die Kanzleisprache des Großfürstentums Litauen außer Gebrauch geriet: Im Krieg zwischen Polen-Litauen und dem Moskauer Reich (1654 bis 1667) habe das siegreiche Moskau die weißrussische Oberschicht Litauens verschleppen oder töten lassen und damit die Sprache ihrer Träger beraubt. Dabei blendet Trusaŭ die bereits ab der polnisch-litauischen Realunion begonnene Polonisierung des ostslavischen Adels in Litauen aus.

Während die untersuchten Äußerungen russischsprachiger weißrussischer Intellektueller zur skizzierten „älteren“ Sprachgeschichte keine Aussagen treffen, tragen Lukašėnkas, Paznjaks und Trusaŭs Äußerungen zur diskursiven Konstruktion weißrussischer Ethnizität bei. In Lukašėnkas ideologischem Konzept einer „altrussischen Basissprache“ der Kiever Rus’ wird das Weißrussische nach dem Stammbaum-Modell zur sekundären Sprache. Über das Attribut Sprache wird damit auch die weißrussische ethnische Identität sekundär gegenüber einer übergeordneten „russischen“ Identität. Das Argument, dass die Zweisprachigkeit der Weißrussen ihren Ursprung in der Rus’ habe, untermauert diese Sichtweise, ebenso wie die Tatsache, dass Lukašėnka Francysk Skaryna als zentraler Figur der weißrussisch-nationalen Ge-

schichtsschreibung eine russische Selbstidentifikation zuschreibt. Außerdem dient die Feststellung einer vermeintlichen historischen Zweisprachigkeit der Weißrussen der Legitimation von Lukašėnkas Sprachpolitik und ist damit ideologisch in dem Sinne, dass sie dem Interesse des Machterhalts folgt.

Paznjaks und Trusaŭs Sicht auf die Sprachgeschichte sichert ebenfalls ein Machtinteresse ideologisch ab. Dieses Machtinteresse ist darin zu sehen, einen weißrussisch-nationalen Standpunkt zur Sprachgeschichte im Feld des diskursiv Sagbaren zu bewahren und für die Zeit nach einem möglichen Regimewechsel zur Herrschaftssicherung nutzbar zu machen. Die Feststellung vermeintlicher früher Diskontinuitäten zwischen den ostslavischen „Sprachen" und Ethnien dient der geschichtlichen Legitimation der Weißrussen als Kulturnation. Bestandteil dieses Legitimationsdiskurses ist das Konzept einer sprachlichen Bedrohung von außen, die zugleich eine Bedrohung der ethnischen Gruppe ist: Zjanon Paznjak bedient sich des Argumentationsmusters von Sprache als Schlachtfeld, indem er dem „Weißrussischen" das Kirchenslavische gegenüberstellt, das als illegitime „imperiale Sprache" von Kiev aus auf weißrussischen Boden vorgedrungen sei. Für Trusaŭ ist der „Untergang" des Altweißrussischen Ergebnis des Krieges zwischen Polen-Litauen und Moskau und damit einer tatsächlichen militärischen Aggression.

Als jüngere historische Etappen mit sprachideologischer Bedeutung haben sich in der vorliegenden Untersuchung die Sowjetzeit und die ersten Jahre weißrussischer Unabhängigkeit nach dem Zerfall der Sowjetunion erwiesen.

In der weißrussischen Sowjetrepublik (BSSR) wurde bis Anfang der 1930er Jahre eine Sprachpolitik der Weißrussifizierung betrieben, die zum einen den Ausbau der weißrussischen Sprache förderte, zum anderen die Funktion des Weißrussischen als Unterrichtssprache sowie Arbeitssprache der Behörden und Parteihierarchie ausweiten sollte. Diese Politik endete mit dem Kampf Stalins gegen „nationaldemokratische Abweichler" und der Verhaftung, Deportation und Ermordung eines großen Teils der weißrussischen Intelligenz. 1933 verabschiedete das Volkskommissariat für Bildung eine Reform, die dem Titel nach lediglich die Rechtschreibung der weißrussischen Sprache ändern und vereinfachen sollte, tatsächlich aber auch Vorgaben zur Morphologie umfasste. Durch eine stärkere Hinwendung zu den Merkmalen der nordostweißrussischen Dialekte wurde die weißrussische Standardsprache dem Russischen angenähert. Auch nach dem Ende des Stalinismus blieben in der BSSR die wesentlichen Teile der Reform in Kraft, in der Lexik wurden Varianten und Entlehnungsmuster bevorzugt, die sich am Russischen

orientierten. Die weißrussische Diaspora außerhalb des sowjetischen Machtblocks berief sich dagegen weiterhin auf die 1918 veröffentlichte Kodifizierung von Branislaŭ Taraškevič und bemühte sich um Divergenz des Weißrussischen gegenüber dem Russischen.

Erheblicher Einfluss auf die sprachliche Situation in der BSSR ging zudem von der Urbanisierung und Industrialisierung Weißrusslands in den Nachkriegsjahrzehnten aus. Diese Entwicklung war mit einem Zuzug von russischsprachigen Fachkräften aus anderen Teilen der Sowjetunion verbunden. Das Russische dominierte folglich in immer stärkerem Maße die offiziellen Lebensbereiche, vor allem in den Städten. Neben einem weißrussischen Natiolekt des Russischen, der in prinzipiell russischer Rede einzelne, vor allem lautliche, weißrussische Merkmale enthält, entwickelte sich im Zuge der Migration weißrussischer Dialektsprecher vom Land in die Städte eine gemischte Rede mit variierenden Anteilen von russischen, weißrussischen und hybriden Elementen. Für diese gemischte Rede verbreitete sich im unabhängigen Weißrussland die pejorative Bezeichnung *Trasjanka* („minderwertige Futtermischung aus Heu und Stroh"). Die weißrussische Standardsprache spielte zur Sowjetzeit eine marginale Rolle und wurde im Wesentlichen von Teilen der geisteswissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz verwendet.

Mit Blick auf die sprachliche Entwicklung im sowjetischen Weißrussland stellt Lukašėnka die weißrussische Nation als „schöpferische Individualität" im Sinne Humboldts dar: Sie habe ein Russisch geschaffen, das sich von der „rein russischen Sprache" unterscheide, das manch einer als *Trasjanka* verspotte, und das möglicherweise auch *Trasjanka* sei. Lukašėnka hebt in seiner entsprechenden Äußerung in Wahrheit auf den weißrussischen Natiolekt des Russischen ab, blendet aber in seiner Benennung den Unterschied zur gemischten Rede aus, der selbst linguistisch nicht ausgebildeten Sprechern in Belarus' durchaus bewusst ist. Dies ermöglicht die Bewertung eines breiten Spektrums von Redepraktiken als ein einziges Artefakt, d. h. als ein Objekt, das intentional von seinen Urhebern zu einem bestimmten Zweck geschaffen worden ist. Lukašėnkas Sprachideologie – hier im Sinne einer Idee bzw. eines gedanklichen Konzepts zur Entstehung von Sprachen – ist damit Bestandteil der allgemeinen Staatsideologie, die das offizielle Weißrussland vertritt: Vermeintliche und tatsächliche Errungenschaften der Sowjetzeit werden betont, die Kontinuität zur BSSR gilt als Stabilitätsfaktor. Mit seiner Charakterisierung des weißrussischen Natiolekts des Russischen als Artefakt löscht Lukašėnka die Interferenz eng verwandter sprachlicher Varietäten als

entscheidenden Faktor für die Entstehung dieses „Russisch der Weißrussen". Er blendet zudem aus, dass die sowjetische Sprachpolitik eben nicht eine polyzentrische Entwicklung der russischen Standardsprache förderte, sondern im Gegenteil bestrebt war, in den Peripherien den Sprachgebrauch des Moskauer Zentrums zu etablieren, und gegenläufige Tendenzen als Verstöße gegen die Sprachkultur bewertete.

Im Unterschied zur BSSR-Zeit vom Anfang der 1930er Jahre – mit der Unterbrechung durch die nationalsozialistische Besatzung – bis zum Ende der Sowjetunion war die staatliche Sprachpolitik des unabhängigen Weißrussland bis zum Amtsantritt Lukašėnkas perspektivisch darauf ausgerichtet, das Weißrussische zur dominanten Sprache des öffentlichen Lebens zu machen. Innerhalb von zehn Jahren sollten die staatlichen Institutionen belarussifiziert werden. Das weißrussischsprachige Schulwesen wurde zu Lasten des russischsprachigen Unterrichts stark ausgebaut. In der Gesellschaft stieß die Weißrussifizierung bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Skepsis und Ablehnung. Dazu trug auch bei, dass der national gesinnte Teil der Elite, der in der Bildungs- und Kulturpolitik federführend war, eine größere Divergenz der offiziellen weißrussischen Kodifizierung gegenüber dem Russischen anstrebte. Dies ließ Befürchtungen entstehen, die bisher im Schulsystem erworbenen Weißrussischkenntnisse könnten entwertet werden. Als Präsidentschaftskandidat baute Aljaksandr Lukašėnka 1994 seine Wahlkampagne u. a. auf diesen Vorbehalten und Befürchtungen auf. Nach seinem Amtsantritt betrieb er über die Staatsmedien eine Kampagne für die Durchführung eines Referendums, in dem u. a. über die „Gleichberechtigung" der russischen mit der weißrussischen Sprache abgestimmt werden sollte. In dem Plebiszit unterstützte schließlich eine deutliche Mehrheit der Bürger Lukašėnkas Appell, für diese „Gleichberechtigung" zu stimmen. Das Referendumsergebnis bedeutete den Schlusspunkt der Weißrussifizierungspolitik.

In den untersuchten Stellungnahmen weißrussischer Elitenvertreter wird diese Politik unterschiedlich bewertet. Lukašėnka argumentiert in einer Äußerung vom Dezember 1994 mit der Ökonomie von Sprachen. Während etwa der Sprachsoziologe Abram de Swaan ein Weltsystem von Sprachen annimmt, in dem das Englische im Zentrum steht und das Russische zusammen mit Sprachen wie Französisch und Deutsch die darauf folgende Hierarchieebene einnimmt, sind für Lukašėnka Russisch und Englisch die beiden dominierenden Weltsprachen. Aus der peripheren Rolle des Weißrussischen im „Weltsystem der Sprachen" leitet er die Abwertung des weißrussischsprachigen Teils der Elite her, indem er von der Verwendung einer international

kaum gebräuchlichen Sprache ikonisch auf den vermeintlich beschränkten intellektuellen Horizont und die mangelnde berufliche Eignung der Sprecher schließt: Es sei nicht möglich, auf Weißrussisch irgendetwas Großes zu sagen; Weißrussischsprecher könnten nichts anderes tun, als sich auf Weißrussisch zu unterhalten. In einer späteren Äußerung attackiert Lukašėnka außerdem den erwähnten Versuch, die Divergenz der weißrussischen Standardsprache gegenüber dem Russischen zu vergrößern. Die Prinzipien dieser Sprachkorpuspolitik während der Weißrussifizierung beschreibt er als zerstörerisch und volksfern. Wendet man Bourdieus Analysemodell zur Ökonomie des sprachlichen Austauschs an, so ist Lukašėnkas Polemik ein Angriff auf den Versuch der national gesinnten Eliten, eine gegenüber dem Russischen deutlich divergente weißrussische Standardsprache als legitime Sprache in Belarus' zu etablieren. Unabhängig von dieser Polemik sehen heute auch einflussreiche Belarussisten Weißrusslands die damals versuchte Anknüpfung an vorsowjetische Normen des Weißrussischen kritisch.

Zu einer insgesamt negativen Einschätzung der Weißrussifizierung von 1991 bis 1994 gelangen die russischsprachigen Intellektuellen in den untersuchten Äußerungen. Am deutlichsten verurteilt diese Politik Jury Barančyk, der ehemals Führungskraft an einem präsidententreuen Forschungsinstitut war, später ins Lager der Lukašėnka-Gegner wechselte und Chefredakteur des russophilen politischen Internetportals <imperiya.by> wurde. Den damaligen Versuch einer perspektivischen, auf die Veränderung des funktionalen Verhältnisses von Weißrussisch und Russisch gerichteten Sprachpolitik bewertet er als „Politik der gewaltsamen Weißrussifizierung", die Förderung des Weißrussischen als Unterrichtssprache von Schulen und Hochschulen als Zwang. Die Stimmung in der Bevölkerung richtete sich damals Barančyk zufolge eindeutig gegen die staatliche Sprachpolitik, die maßgeblich von der Bewegung zur nationalen „Wiedergeburt" beeinflusst war. Folge dieser Unzufriedenheit sei das Ergebnis des Referendums von 1995 gewesen. Barančyk löscht aus seiner Argumentation die massive Propaganda-Kampagne der Staatsmedien für ein Abstimmungsverhalten im Sinne Lukašėnkas – eine Gegenöffentlichkeit war zur damaligen Zeit, vor der Verbreitung des Internets, kaum vorhanden. Zudem blendet er aus, dass es trotz dieser sehr begrenzten Möglichkeit, andere Sichtweisen zu veröffentlichen, zumindest in Teilen der Gesellschaft auch Unterstützung für die Weißrussifizierung gab. Auch die zumindest zweifelhafte Verfassungskonformität des Referendums erwähnt Barančyk nicht: Mehrere Parlamentskommissionen und das Justizministerium hatten bestritten, dass es rechtens sei, mit einem Plebiszit den

von der Verfassung festgelegten Status des Weißrussischen als einzige Staatssprache in Frage zu stellen.

Etwas vorsichtiger urteilt über die Weißrussifizierung Viktar Marcinovič, Schriftsteller und stellvertretender Chefredakteur der regierungskritischen russischsprachigen Wochenzeitung *Belgazeta*: Er stimmt zwar mit Barančyk darin überein, dass die Politik der nationalen „Wiedergeburt" Lukašėnka Unterstützung für eine Rücknahme dieser Politik verschafft habe. Für Marcinovič hat die Weißrussifizierung aber ausschließlich bei „unpolitischen" und „unbewussten" Weißrussen Befürchtungen ausgelöst.

Zjanon Paznjak und Aleh Trusaŭ dagegen bewerten die von 1991 bis 1994 betriebene staatliche Sprachpolitik positiv. Nach dem nationalkonservativen Politiker und Publizisten Paznjak wie nach dem Sprachverteidiger Trusaŭ nahm die weißrussische Nation mit der Politik der Belarussifizierung ihr quasi-natürliches Widerstandsrecht gegen die verheerende Politik des Moskauer Zentrums auf dem „Schlachtfeld Sprache" wahr. Als Vorsitzender der *Gesellschaft für die weißrussische Sprache* hebt Trusaŭ die aktive Rolle dieser Gesellschaft bei der damaligen Gestaltung der staatlichen Sprachpolitik hervor. Paznjak lobt speziell die bis 1994 betriebene Schulpolitik im unabhängigen Weißrussland: In den damals sprachlich weißrussifizierten Schulen waren ihm zufolge die Leistungen besser als in russischsprachigen Schulen, weil weißrussischsprachiger Unterricht der „Ethnoplastizität" der Weißrussen entspreche. Paznjaks Begriff der Ethnoplastizität bezieht sich auf eine essenzialistische Sichtweise der Bedeutung von Sprache für ethnisches Verhalten: Nur wenn ein Volk seine „Muttersprache" verwende, herrsche perfekte Harmonie zwischen Verstand, Seele, Temperament und Sprache. Diese Ansicht ähnelt der Auffassung Herders, dass nur die „Muttersprache" Nationen auf dem Meer der Menschheitsgeschichte Orientierung gebe.

Nach dem Referendum von 1995 wurde das Russische neben dem Weißrussischen Staatssprache in Belarus'. Die Sprachengesetzgebung gestattet seitdem im amtlichen Sprachgebrauch die Verwendung des Weißrussischen oder des Russischen, was in der Regel die Verwendung des Russischen als tatsächliche Arbeitssprache bedeutet. Der Anteil der auf Weißrussisch unterrichteten Schüler sank wieder auf das Niveau der späten Sowjetzeit zurück. Außer in Fächern mit lokalem Bezug wie der Belarussistik ist die weißrussische Sprache an Hochschulen nur punktuell präsent, eine in Gänze weißrussischsprachige Hochschule fehlt. Als primäre Gebrauchssprache nennt mehr als die Hälfte der Weißrussen Russisch, die zweitmeisten Nennungen entfallen auf die weißrussisch-russische Mischsprache, der Anteil der Weißrussen,

die ihre Nationalsprache angeben, liegt unter fünf Prozent (HENTSCHEL & KITTEL 2011, 60f.). Hinsichtlich der aktuellen sprachlichen Situation und möglicher Zukunftsszenarien dominieren in den untersuchten Äußerungen drei Themenkomplexe: Sprache und Wirtschaft/Wissenschaft, Sprache und Demokratie sowie Sprache und Kultur bzw. Identität.

Sprache und Wirtschaft/Wissenschaft: Jan Blommaert hat als Bestandteil von Sprachideologien sozial geteilte Auffassungen darüber bezeichnet, welchem Zweck eine Sprache dient (BLOMMAERT 1997, 3). Aljaksandr Lukašėnka betont in seinen öffentlichen Äußerungen zur gegenwärtigen sprachlichen Situation die kommunikative Funktion von Sprache und stellt sie in den Kontext von wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Austausch. Das Russische müsse in Belarus' Staatssprache sein und bleiben, da nur auf diese Weise Kommunikation mit den ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten der anderen postsowjetischen Staaten möglich sei. Betrachtet man Lukašėnkas Äußerung vor dem Hintergrund von de Swaans Ansatz zur Ökonomie von Sprachen, so argumentiert er mit der größeren Zentralität der russischen gegenüber der weißrussischen Sprache im postsowjetischen Wirtschaftsraum und der postsowjetischen Wissenschaftslandschaft: In den ehemaligen Sowjetrepubliken ist der Anteil der mehrsprachigen Sprecher, die Russisch in ihrem sprachlichen Repertoire haben, größer als der Anteil der Mehrsprachigen, zu deren Repertoire Weißrussisch gehört. Russisch ist damit Lukašėnka zufolge das entscheidende sprachliche Mittel zur Sicherung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand, dem zentralen Thema im allgemeinpolitischen Diskurs der weißrussischen Staatsmedien. Sieht man von der polemischen Abwertung der weniger zentralen Varietät – hier: der weißrussischen Standardsprache – ab, ähnelt diese Argumentation Erwägungen, die auch für die Sprachpolitik im deutschsprachigen Teil der Schweiz wichtig sind: Gegen den Ausbau des identitätsstiftenden Schweizerdeutschen zur Standardsprache und Amtssprache der Schweiz spricht nicht zuletzt der ökonomische Nutzen der deutschen Sprache für die Kommunikation mit Deutschen und Österreichern (vgl. zur Mehrsprachigkeit der Schweiz als „Standortvorteil" die Diskussion in RIBEAUD 2013).

Die ökonomischen Aspekte der sprachlichen Situation in Belarus' spielen auch in der Argumentation der russischsprachigen Intellektuellen, die außerhalb der weißrussischen Regierungselite stehen, eine wichtige Rolle. In Anlehnung an die von Blommaert und Verschueren erkannten Muster sprachideologischer Debatten kann man Sprache in den Äußerungen der Russophonen – wie auch bei Lukašėnka – als Teil eines Merkmalbündels ansehen, zu

dem die internationalen Wirtschafts- und Wissenschaftsbeziehungen einer Nation gehören. Für Jury Barančyk spricht dieser Zusammenhang in der weißrussischen Konstellation klar gegen den Erhalt der Nationalsprache: Angesichts der Globalisierung sei der Erwerb des Weißrussischen „Nonsens". Die Sprachpolitik im Bildungswesen sollte Barančyk zufolge perspektivisch sein und sich an der Lernermotivation der instrumentellen Mehrsprachigkeit orientieren, die nach der Typologie von Mackey auf den Erwerb von Sprachen gerichtet ist, die beruflichen und materiellen Nutzen versprechen. Als Zweitsprache der Weißrussen – neben der muttersprachlich erworbenen Erstsprache Russisch – müsse daher in den Schulen das Englische vermittelt werden. Dieser Sprachideologie – im Sinne eines Konzepts zu der Frage, was staatliche Sprachpolitik angesichts der Globalisierung leisten muss – stellt Barančyk die vermeintliche Bedrohung durch Konzepte eines einsprachigen Weißrussland gegenüber: Wenn die Belarussen nur das Weißrussische beherrschten, wären sie „an überhaupt keinem Markt beteiligt". Diese Gegenüberstellung spielt das Weißrussische gegen das Englische aus und löscht die Tatsache, dass sich Barančyks sprachideologische Gegner nicht gegen den Erwerb von Fremdsprachen, sondern gegen die Dominanz des Russischen im weißrussischen Bildungssystem richten. Zudem argumentiert Barančyk ausschließlich aus der Perspektive der vermeintlichen weißrussischen Interessen mit der Marktförmigkeit sprachlicher Verhältnisse. Er blendet aus, dass ein gesicherter Status der russischen Sprache in Belarus' u. a. aus wirtschaftlichen Erwägungen auch im Interesse Russlands liegt.

In den Äußerungen der übrigen russischsprachigen Intellektuellen spielt Mehrsprachigkeit als Wirtschaftsfaktor ebenfalls eine zentrale Rolle. Doch ist dieser Diskurs bei ihnen nicht mit einer Abwertung des Weißrussischen verknüpft und schließt perspektivisch mitunter auch einen niedrigeren Status des Russischen nicht aus. Grund dafür ist die Positionierung dieser Gruppe von Russophonen im Themenfeld „Sprache und Identität", dazu unten mehr. Ein wenig überraschend erscheint die Tatsache, dass die Russophonen – wie auch die anderen Diskutanten – nicht die Niederlande als mögliches Vorbild einer sprachpolitischen Entwicklung in Belarus' nennen: In der Wirtschaft und im Bildungssystem – bis hinein in die Hochschulen – könnte eine starke Hinwendung zum Englischen erfolgen, ohne dass damit eine Aufgabe der Nationalsprache verbunden wäre.

Noch stärker als die russischsprachigen Intellektuellen – mit Ausnahme Jury Barančyks – verknüpft Zjanon Paznjak den Diskurs über Sprache und Wirtschaft mit der nationalen Identität der Weißrussen. Die wirtschaftliche

Problematik ordnet Paznjak dabei dem Thema Identität unter – die nationale Perspektive ist für ihn so universell, dass sie wirtschaftliche Zusammenhänge einschließt. Aus dieser Perspektive erscheint die weitgehende Russischsprachigkeit des Schul- und vor allem des Hochschulwesens als wirtschaftliche Bedrohung der Weißrussen durch Russland: Da die Weißrussen auf Russisch unterrichtet werden, kann Russland – als Zentrum des vermeintlich fortbestehenden, ehemals sowjetischen Imperiums – kostenlos über einen Pool gut ausgebildeter weißrussischer Fachkräfte verfügen, die nach Russland emigrieren, dort Steuern zahlen und zum Ansehen der russischen Hochschulen beitragen.

Sprache und Demokratie: Im einführenden Teil dieser Untersuchung wurde die Typologie der Minsker Linguistin Nina Mjačkoŭskaja zur Sprachpolitik vorgestellt. Unabhängig davon, wie Mjačkoŭskaja selbst die aktuelle staatliche Sprachpolitik in Belarus' einschätzt, stellt Lukašėnka diese Politik so dar, wie sie nach Mjačkoŭskajas Typologie für offene, demokratische und liberale Systeme charakteristisch ist. Zu den typischen Merkmalen „demokratischer Sprachpolitik" gehören demzufolge u. a. der Vorrang der individuellen Sprecherpräferenzen vor der Schaffung einer homogenen Sprechergemeinschaft, die Gleichberechtigung der in einem Staat verbreiteten Nationalsprachen sowie die Entpolitisierung der Sprachpolitik. In Lukašėnkas Äußerungen werden für die staatliche Sprachpolitik in Belarus' alle drei Merkmale als gegeben angenommen. So betont der weißrussische Präsident das Recht aller Bürger, „sich sprachlich selbst zu bestimmen". Er behauptet, ausgehend vom 1995 durchgeführten Referendum, immer wieder die „Gleichheit der Sprachen" in Weißrussland. Außerdem stellt er Sprachpolitik mitunter als eher unwichtiges Politikfeld dar, über dessen Details sich unpolitische Spezialisten im Staatsapparat und Kulturschaffende untereinander verständigen sollten. Die de-facto-Sprachpolitik unter Lukašėnka kann demgegenüber als retrospektiv bezeichnet werden, da sie in ihren Grundzügen das funktionale Verhältnis von Russisch und Weißrussisch bewahrt, das Belarus' aus der späten Sowjetzeit übernommen hat, unterbrochen durch die kurze Phase der Weißrussifizierung. Der demokratische Anschein dieser Politik wird durch die Unschärfe der Rede von der „Gleichheit der Sprachen" erzeugt, die den Unterschied zwischen dem gesetzlich festgelegten Status und den in Wahrheit ausgefüllten sozialen Funktionen des Russischen und des Weißrussischen systematisch verwischt. Damit einher geht die Löschung der Tatsache, dass sich die sozialen Funktionen der weißrussischen Standardsprache nur durch eine Vergrößerung der externen Vernetzungseffekte beim Gebrauch

dieser Sprache ausweiten ließen, insbesondere durch die Schaffung von ökonomischen Anreizen.

Wichtiger Bestandteil von Lukašėnkas Diskurs über Sprache und Demokratie ist außerdem ein Freund-Feind-Schema, das der weißrussische Präsident auch auf andere Politikfelder wie insbesondere die Außenpolitik anwendet. Die Bedrohung der sozialen Ordnung, die Lukašėnka zufolge vom nationalen politischen Lager ausgeht, wird in fraktaler Rekursivität auf die Sprachpolitik übertragen und auf dem Terrain „Sprache" verhandelt. Das Freund-Feind-Schema verlangt der belarussophonen Kulturelite, etwa den Schriftstellern, Positionierung auf der Seite vermeintlich demokratischer, takt- und respektvoller oder auf der Seite undemokratischer und „rücksichtsloser" Sprachpolitik ab, als die Lukašėnka eine mögliche Neuauflage der Weißrussifizierungspolitik darstellt. Dass Lukašėnkas Warnungen vor einer Sprachpolitik ohne „Taktgefühl" auf fruchtbaren Boden gefallen sind, ist zum einen damit zu erklären, dass die Weißrussifizierung der 1990er Jahre wohl von nicht unerheblichen Bevölkerungsanteilen tatsächlich als Überforderung wahrgenommen wurde. Eine weitere Erklärung ist die teils scharfe Polemik national gesinnter Politiker und Publizisten gegen Sprecher des Russischen und der gemischten Rede. Nicht vergessen werden darf dabei jedoch die weit verbreitete Sympathie, die das Weißrussische als Nationalsprache auch unter Lukašėnka genießt (HENTSCHEL & KITTEL 2011a, 129).

In der russischsprachigen Intelligenz außerhalb der herrschenden Elite lassen sich zum Teil Übereinstimmungen mit Lukašėnkas Diskurs zu Sprache und Demokratie feststellen. Wie bei Lukašėnka ist die Warnung vor einer Sprachstatuspolitik des Staates verbreitet, welche auf die individuellen Sprecherpräferenzen keine Rücksicht nimmt. Am schärfsten formuliert seinen Vorbehalt gegen eine erneute sprachliche Weißrussifizierung Jury Barančyk, der Anhänger einer solchen Politik rhetorisch fragt, ob sie die Weißrussen auf totalitäre Weise dazu bringen wollten, Weißrussisch zu sprechen. Als abschreckendes Beispiel für eine demokratiefeindliche staatliche Sprachpolitik nennt Barančyk die Ukraine: Die dort nach der Unabhängigkeit betriebene „gewaltsame Ukrainisierung" habe zu einer Diskriminierung der Russophonen im Osten und Süden des Landes geführt; der Protest Russlands gegen diese Politik sei allein menschenrechtlich motiviert.

Nicht als totalitär, sondern als „Gewalt" bezeichnet die oppositionelle russischsprachige Schriftstellerin Svjatlana Aleksievič die Option, das Weißrussische in Belarus' wieder zur einzigen Staatssprache zu machen. Insgesamt aber steht unter den russischsprachigen Intellektuellen Jury Barančyk mit sei-

ner Sichtweise allein da, dass ausschließlich eine Zurückdrängung des Russischen undemokratisch wäre: Der Mathematiker und Journalist Jury Drakachrust bewertet – ebenso wie der Philosoph und Publizist Sjarhej Pan'koŭski – innergesellschaftlichen institutionalisierten Multilingualismus positiv und betrachtet den Gegensatz zwischen Anhängern und Gegnern einer solchen Mehrsprachigkeit als Rekursion des Gegensatzes zwischen Demokraten und Demokratiegegnern. Er sieht damit sowohl die Verteidiger der weißrussischen Sprache als auch die am Weißrussischen desinteressierten Russophonen in der Verantwortung für eine demokratische Sprachpolitik mit zwei gesellschaftlich legitimen Sprachen. Die Situation, in der sich die weißrussische Sprache und ihre Sprecher befinden, schätzt er als Demokratiedefizit ein, das durch Quotenregelungen ausgeglichen werden müsse. Auch die übrigen russischsprachigen Intellektuellen – mit Ausnahme von Jury Barančyk – befürworten Maßnahmen zur positiven Diskriminierung des Weißrussischen. Eine zu den übrigen Standpunkten distante Extremposition nimmt der Sozialwissenschaftler Uladzimir Mackevič ein, der sich für eine komplette Weißrussifizierung des Schulwesens – nach einer mehrjährigen Übergangsphase – ausspricht.

Während, wie gezeigt, russischsprachige Intellektuelle Weißrusslands den Gegensatz zwischen demokratischer und undemokratischer Gesinnung an der Haltung zu gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit messen, stellt Aleh Trusaŭ als Verteidiger der weißrussischen Sprache einen anderen Zusammenhang zwischen Sprache und Demokratie her. Eine demokratische Entwicklung von Belarus' ist für ihn gleichbedeutend mit der Eigenständigkeit des Nationalstaates, insbesondere der Distanz zu Russland. Dass weißrussische Politiker, die sich zur Anti-Lukašėnka-Opposition rechnen, ausschließlich auf Russisch Wahlkampf betreiben, wertet Trusaŭ folgerichtig als ikonisch für ihre zweifelhafte demokratische Gesinnung. Bekenntnisse zur weißrussischen Sprache in der Volkszählung schätzt er dagegen als Ausweis demokratischer Werteorientierung ein, was aufgrund empirischer Forschung hochgradig fragwürdig erscheint. Ungeachtet der sprachlichen Erstsozialisation des bei weitem überwiegenden Teils der Weißrussen im weißrussischen Natiolekt des Russischen oder in der russisch-weißrussischen gemischten Rede wertet Trusaŭ Russischunterricht als Zwang, der seine Wurzeln in der Sowjetzeit hat. Als entscheidenden Akteur einer perspektivischen Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen sieht er den Staat an, beraten von der Gesellschaft für die weißrussische Sprache, deren Vorsitzender Trusaŭ ist.

Auch für den nationalkonservativen Politiker und Publizisten Zjanon Paznjak ist das Ziel einer weißrussischsprachigen Belarus' selbstverständlich und damit dem gesellschaftlichen Diskurs enthoben. Anders als Trusaŭ verknüpft Paznjak jedoch den Begriff „Demokratie" nicht mit der Unabhängigkeit Weißrusslands, sondern stellt ihn in einen deutlich negativ bewerteten Kontext: Mit der auf Deutsch wiedergegebenen Losung „Demokratie über alles" stellt er Demokratie als totalitäre Ideologie dar, welche die amerikanischen und westeuropäischen Eliten nur deshalb als universell propagieren, weil sie selbst in ihrer nationalen Entwicklung bereits gefestigt sind. Auf dem „Schlachtfeld Sprache" haben die Weißrussen daher Paznjak zufolge an zwei Fronten zu kämpfen: Zum einen gegen die Bedrohung durch das weiterhin imperiale Russland, zum anderen gegen die Bedrohung des „westlichen" Demokratie-Universalismus, der nationale Befreiungskämpfe zu delegitimieren trachtet.

Sprache und nationale Identität/Kultur: Aljaksandr Lukašėnkas Argumentation hinsichtlich der Bedeutung des Russischen für die weißrussische Identität ist, wie gezeigt wurde, retrospektiv: Russisch sei die Sprache, zu deren Entwicklung auch die Weißrussen beigetragen hätten, insbesondere zur Sowjetzeit. Was das Weißrussische angeht, so nehmen in Lukašėnkas Amtszeit gegenüber der anfänglichen Abwertung der Sprache Äußerungen zu, die dem Weißrussischen Bedeutung für die nationale Identität zubilligen. Am deutlichsten ist in dieser Hinsicht die Aussage aus dem Jahr 2006, dass kein Weißrusse sei, wer kein Weißrussisch spreche. Die tatsächliche staatliche Sprachpolitik unter Lukašėnka konterkariert jedoch diese deklarative Wertschätzung für die Nationalsprache. Während der weißrussische Präsident in Bezug auf das Russische auch dessen kommunikative Bedeutung hervorhebt, erscheint das Weißrussische in seinen Äußerungen als Sprache, die mit der Identität der Weißrussen assoziiert ist, ohne dass ein Erwerb als Erstsprache notwendig oder wünschenswert wäre. Diese Assoziation mit der nationalen Identität erfolgt Lukašėnka zufolge in erster Linie durch die literarische Funktion – im engeren Sinne, d. h. durch weißrussischsprachige Belletristik – und die Schulfachfunktion – gute schulische Leistungen im Weißrussischen werden als Indikatoren für die Entstehung einer jungen weißrussischen Elite bezeichnet. Die in Lukašėnkas Äußerungen erkennbare Argumentationslinie, dass der weißrussischen Sprache eine identitätsstiftende Rolle zukomme, ein Gebrauch des Weißrussischen im Alltag für die nationale Identität aber nicht erforderlich sei, entspricht Erhebungen zufolge der Meinung der meisten Weißrussen.

Für Jury Barančyk ist bei der Einschätzung des Verhältnisses von Sprache und nationaler Identität in Belarus' das ideologische Konzept der „Russischen Welt" (*Russkij Mir*) von zentraler Bedeutung. Aus Barančyks Äußerungen, die hier analysiert wurden, lässt sich die Russische Welt als Konzept einer Kulturnation im Sinne von Kloss begreifen, d. h. als Gesamtheit „derjenigen Angehörigen eines Sprachvolkes, die unabhängig von ihrer staatlichen Zugehörigkeit als eine Wesens-, Kultur- und […] Willensgemeinschaft empfinden" (KLOSS 1987, 102). Legitime Sprache dieser aus Russen, Weißrussen und Ukrainern bestehenden Kulturnation ist Barančyk zufolge die russische Standardsprache, legitimiert nicht zuletzt durch die hohe Qualität russischsprachiger Literaturklassiker.

Demarkationslinie der Russischen Welt ist für Barančyk die Sprachgrenze der Russophonie. Wird diese vermeintliche Sprachgrenze nicht beachtet, so ist dies nach seiner Argumentation gleichbedeutend mit der Bedrohung durch kulturell „Andere". So würde demzufolge ein erneuter Versuch sprachlicher Weißrussifizierung langfristig zur kulturellen Europäisierung und Polonisierung Weißrusslands führen, die der vermeintlich natürlich gewachsenen kulturellen Verbindung der Weißrussen mit den Russen und Ukrainern widerspräche. Der weißrussischen Sprache gesteht Barančyk lediglich die Funktionen als (wenig nützliches) Schulfach und Forschungsobjekt („tote Sprache") zu.

Die geringe Verwendung der weißrussischen Standardsprache und den gesunkenen Anteil der Weißrussen, die Weißrussisch bei der Volkszählung als Muttersprache angaben (1999: 86 Prozent; 2009: 61 Prozent), wertet Barančyk als Bestätigung seiner These, dass die Weißrussen Teil einer übergreifenden russischsprachigen Nation sind. Dass der Bevölkerungsanteil der Weißrussen in Belarus' von rund 81 Prozent im Zensus von 1999 auf rund 84 Prozent im Zensus von 2009 gestiegen ist, während der Anteil der Russen sank (1999: elf Prozent; 2009: acht Prozent), erklärt er oberflächlich als „konjunkturellen" Anstieg und blendet damit die Möglichkeit einer zwar wenig sprachzentrierten, aber grundsätzlich eigenständigen nationalen Identität der Weißrussen aus. Das von Barančyk vertretene ideologische Konzept, nach dem die Weißrussen Teil einer Kulturnation aus Russen, Weißrussen und Ukrainern sind, weicht zudem von der Auffassung einer deutlichen Mehrheit der Weißrussen ab, die sich nicht gleichzeitig als Russen betrachten (HENTSCHEL & KITTEL 2011a, 132f.).

Russophone in Belarus', die nicht das ideologische Konzept der Russischen Welt vertreten, betrachten die Weißrussen als eigenständige Nation. Hinsichtlich der Rolle der weißrussischen Sprache für die nationale Identität

der Weißrussen ist das Spektrum der untersuchten Äußerungen weit, wie die folgenden vier Positionen russischsprachiger Intellektueller exemplarisch zeigen:

- Für den russophonen Wirtschaftswissenschaftler und Publizisten Aljaksandr Sasnoŭ ist grundsätzlich völlig arbiträr, welche Sprache die Weißrussen mit ihrer Identität assoziieren; man könne sein Vaterland auch in anderen Sprachen als dem Weißrussischen lieben. Sasnoŭ verbindet diese Einschätzung nicht mit einer Abwertung der weißrussischen Sprache, sondern äußert Sympathie für eine mögliche zukünftige Verbesserung ihres Status.
- Der russischsprachige Literaturwissenschaftler und politische Publizist Aljaksandr Fjaduta schreibt dem Weißrussischen zwar eine kulturerhaltende Funktion zu und befindet sich damit auf einer Linie mit einer deutlichen Mehrheit der Weißrussen. In dieser Funktion stellt er die weißrussische Sprache allerdings nicht dem Russischen, sondern der weißrussisch-russischen gemischten Rede gegenüber. Russisch und Weißrussisch sind für Fjaduta kulturell gleichberechtigte legitime Sprachen in Belarus', die gemischte Rede dagegen stellt er als ikonisch für die vermeintliche Kulturlosigkeit ihrer Sprecher dar. Ideologisch im Sinne einer Verzerrung ist daran die Annahme einer klaren Abgrenzbarkeit von Sprachen und Kulturen. Die Gegenüberstellung von legitimer Verwendung der Standardsprachen und illegitimem, kulturell destruktivem gemischtem Sprechen reflektiert Fjadutas sozialen Standpunkt als Angehöriger der geisteswissenschaftlichen Elite und Inhaber sprachlichen Kapitals im Sinne Bourdieus. Fjaduta setzt sich für eine sehr begrenzt perspektivische Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen ein.
- Auch für die russophone Schriftstellerin Svjatlana Aleksievič ist sowohl die weißrussische als auch die russische Sprache mit der weißrussischen nationalen Identität assoziiert. Sie schreibt jedoch dem Weißrussischen eine stärker identitätserhaltende Rolle zu, indem sie den hohen Anteil von Bekenntnissen zur „Muttersprache" Weißrussisch in Volkszählungen als Bestreben der Respondenten interpretiert, sich in einer zunehmend vernetzten Welt nicht zu verlieren. Auch fordert sie eine deutlicher perspektivische Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen, die mit einer patriotischen Geschichtsvermittlung in den Bildungseinrichtungen einhergehen müsse.

– Der Sozialwissenschaftler Uladzimir Mackevič ist derjenige von den russophonen Intellektuellen, der am stärksten die identitätserhaltende Rolle der weißrussischen Sprache betont. Sie ist für ihn ein ähnliches sprachliches Artefakt wie für Lukašėnka das Russische der Weißrussen und muss daher zur Not auch vor denjenigen Sprachträgern geschützt werden, die dem Erhalt ihrer Nationalsprache keine Bedeutung beimessen. Die perspektivische Sprachpolitik zugunsten des Weißrussischen, für die Mackevič sich ausspricht, liefe darauf hinaus, den Status des Russischen in Belarus' auf die Rolle einer Minderheitensprache der Russen zu beschränken. Mackevič geht damit von der vermeintlichen Norm aus, dass Nationen sprachlich homogen sein sollten.

Die Annahme, dass sprachliche Homogenität von Nationen die erstrebenswerte Norm ist, teilt Mackevič mit Aleh Trusaŭ, dem Vorsitzenden der Gesellschaft für die weißrussische Sprache. Auch für Trusaŭ sollte das Russische in Belarus' lediglich Sprache der russischen nationalen Minderheit sein, unter Umständen kann es ihm zufolge noch als Verkehrssprache anderer nationaler und ethnischer Minderheiten im Land verwendet werden. Die Weißrussen dagegen sollten nach seinem sprachpolitischen Modell ungeachtet ihrer sprachlichen Erstsozialisation ausschließlich mit dem Weißrussischen als Unterrichtssprache konfrontiert werden. In ihrer Gruppenfunktion ist die weißrussische Sprache Trusaŭ zufolge Träger einer historisch legitimierten, nach Westeuropa orientierten nationalen Ideologie. Indem er gleichzeitig vor den vermeintlich sprachverderbenden Anglizismen warnt – wenn auch nur knapp –, zeigt er zugleich, dass er die weißrussische Gesellschaft auch vom westlichen Einfluss bedroht sieht. Diese Bedrohung besteht für Trusaŭ offenbar in der vermeintlichen Gleichgültigkeit westlicher Gesellschaften in Fragen der nationalen Identität, sichtbar im mangelnden Kampf gegen Anglizismen. Deutlich größere Bedrohungen sind Trusaŭ zufolge mit der russischen Sprache verknüpft: Sie ist nach seiner Argumentation indexalisch – im Sinne Fishmans – mit einer „panslavistischen", „messianischen" Ideologie verbunden, die den (Groß-)Russen die kulturelle Führungsrolle innerhalb der östlichen Slavia zuschreibt. Zu dieser vermeintlichen Bedrohung der weißrussischen Gesellschaft „von oben" – durch eine Ideologie, welche die Herrschaft einer nach Russland orientierten Elite legitimiert – kommt nach Trusaŭ eine Bedrohung „von unten": die Bedrohung durch einen lebensweltlichen Alltag in Belarus', der als „russisch" wahrgenommen wird, und gegen den sich

Trusaŭ letztlich wendet, wenn er gegen „russisches“ vulgäres Sprechen (*mat*) polemisiert.

Der nationalkonservative Politiker und Publizist Zjanon Paznjak geht ebenfalls – und am deutlichsten – von sprachlicher Homogenität der Nationen als Norm aus: Außerhalb von Belarus’ könne niemand verstehen, warum die Weißrussen „ihre“ Sprache nicht benutzten. Paznjak nimmt ein Merkmalbündel aus Sprache, nationaler Symbolik und Kultur an, das für ihn die Weißrussen als Kulturnation auszeichnet. Die Bestandteile dieses Merkmalbündels haben für ihn den Charakter von Artefakten, deren Inhalt durch die nationale Geschichte vorgegeben ist und daher nicht sinnvoll in Frage gestellt werden kann. Die von Paznjak angenommene Binarität aus Existenz und Untergang dieser Artefakte macht Bemühungen um ihren Erhalt zur moralischen Verpflichtung sämtlicher Nationsangehöriger. Der Erhalt der weißrussischen Sprache ist laut Paznjak Bedingung für den Erhalt der Nation, zugleich kann die Sprache ihm zufolge nur dann „überleben“, wenn das Nationalbewusstsein der Weißrussen weiterexistiert.

Legitime Sprache im Sinne Bourdieus ist für Paznjak die Variante der weißrussischen Standardsprache, die zur Sowjetzeit außerhalb des sowjetischen Einflussbereichs verwendet wurde und divergenter zum Russischen ist als die Variante, die im heutigen Weißrussland im offiziellen Gebrauch ist. Als legitime Erscheinungsformen von Sprache in Belarus’ sieht Paznjak außerdem die weißrussischen Mundarten an. Hinsichtlich der Merkmale Reinheit und Authentizität stellt er eine indexalische Verbindung zwischen den Mundarten und der in ihnen tradierten Kultur her. Dieser vermeintlich reinen und authentischen ländlichen Kultur stellt Paznjak urbane, russischsprachige „Ersatzkultur“ gegenüber, die von den Weißrussen lediglich konsumiert, nicht aber produziert werde. Seine Argumentation basiert auf der Annahme, Sprachen und Kulturen seien klar voneinander abgrenzbar. Sie blendet damit die Existenz von Kontinua zwischen nah verwandten Sprachen und Kulturen aus, konkret etwa die russischen Interferenzen in den weißrussischen Mundarten, ein bisher noch unzureichend erforschtes Untersuchungsfeld. Bestandteil dieser Argumentation ist außerdem die Abwertung des weißrussisch-russischen gemischten Sprechens als sprachliches Verhalten, das auf den einzelnen Sprecher bezogen als defizitär, mithin krankhaft, dargestellt wird, auf die Nation bezogen als kulturzerstörerisch. Paznjaks Umschreibung der gemischten Rede als „Pidgin“ und als „Halbsprache“ impliziert eine Bewertung der sprachlichen Situation in Belarus’ als koloniale Sprachsituation, in der die Weißrussen als von „Russland“ unterworfene Nation den beabsichtigten

Sprachwechsel zum Russischen nicht vollständig vollzogen haben, sondern in einer grammatisch und lexikalisch reduzierten Varietät, der *Trasjanka*, verharren. In Wahrheit aber liegt in der gemischten Rede der Weißrussen keine Reduktion von Grammatik und Lexikon vor, wie sie für Pidgins typisch ist. Auch der Begriff „Halbsprache" trifft das Phänomen nicht. Denn die Sprachmischung kann in unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Gesprächssituationen bewusst als sprachliches Ausdrucksmittel eingesetzt werden. Empirisch belegt ist, dass rund ein Drittel der Weißrussen die gemischte Rede als Muttersprache nennt. Sie verfügt damit möglicherweise sogar über ein gewisses Prestige und könnte zur Abgrenzung vom Zwang dienen, sich zu einem der beiden sprachlichen Lager zu bekennen.

Die folgenden beiden Tabellen stellen die wichtigsten sprachideologischen Positionen der Diskutanten, deren Äußerungen untersucht wurden, einander gegenüber. In der ersten Tabelle sind die historischen Aspekte der Sprachdebatte zusammengefasst, in der zweiten Tabelle die Argumentationsweisen, die sich auf die gegenwärtige oder zukünftige sprachliche Situation beziehen. Zellen ohne Inhalt stehen für eine fehlende explizite Positionierung der Person oder Personengruppe unter dem jeweiligen Gesichtspunkt – eine implizite Positionierung kann gleichwohl gegeben sein, etwa durch die Beurteilung zeitlich „benachbarter" historischer Phasen. Aufgrund ihrer insgesamt wohlwollenden Haltung gegenüber dem Weißrussischen werden die von der Zeitschrift *Arche* befragten russischsprachigen Intellektuellen hier als belarussophile Russophone bezeichnet. Innerhalb dieser Gruppe gibt es, wie gezeigt, einige Unterschiede und Abstufungen in den Äußerungen zur sprachlichen Situation, die in der tabellarischen Übersicht nicht detailliert berücksichtigt werden können. Wiedergegeben wird daher jeweils die intermediäre Position innerhalb des Meinungsspektrums, mit Ausnahme der sehr heterogenen Äußerungen der russischsprachigen Intellektuellen zu Sprache und Identität. Anzumerken ist außerdem, dass in der Kategorie „Sprache und Demokratie" die von Lukašėnka und Barančyk vertretene individuelle sprachliche Selbstbestimmung in Anführungszeichen gesetzt wurde. Damit soll auf die Fragwürdigkeit dieser demokratischen Argumentation hingewiesen werden: Im Falle Lukašėnkas ist die Diskrepanz zur realen – nicht nur sprachlichen – Politik des weißrussischen Staatspräsidenten allzu offensichtlich, im Falle Barančyks ist zumindest zweifelhaft, ob die vermeintlich demokratische Sichtweise – bei gleichzeitiger Abwertung des Weißrussischen – nicht lediglich zur Bemäntelung von Machtinteressen dient.

	„Frühphase"/ Rus'	Großfürstentum Litauen	Sowjetunion/ BSSR	Weißrussifizierung 1991-1995
Lukašėnka	„Altrussisch" primär, Weißrussisch sekundär	(groß-)russische Identität aller Ostslaven	Russisch der Weißrussen als Artefakt	Gewalt gegen „sprachliche Selbstbestimmung"
Barančyk				Gewalt gegen „sprachliche Selbstbestimmung"
Belarussophile Russophone				übereilt, aber grundsätzlich legitim
Trusaŭ	Ethnisch-sprachliche Differenzierung: Weißrussen, Ukrainer, Russen	Sprachlob für „Altweißrussisch", Linguizid durch Moskau		historisch legitim
Paznjak	Weißrussisch primär, Kirchenslavisch imperialer Aggressor	Sprachlob für „Altweißrussisch", Ausblenden kirchenslav. Einflüsse	Linguizid am Weißrussischen	„natürliche" Legitimität dieser Politik (essenzielles Verhältnis Nation/Sprache)

Tabelle 1: Positionen zur sprachlich-nationalen Geschichte der Weißrussen

	Sprache und Wirtschaft/ Wissenschaft	Sprache und Demokratie	Sprache und Kultur/ Identität
Lukašėnka	Russophonie sichert Wohlstand/ Fortschritt, Weißrussisch nutzlos	„sprachliche Selbstbestimmung" ohne positive Diskriminierung des Weißrussischen	Russisch der Weißrussen, Weißrussisch identitätsstiftend
Barančyk	Russophonie sichert Wohlstand/ Fortschritt, Weißrussisch nutzlos	„sprachliche Selbstbestimmung" ohne positive Diskriminierung des Weißrussischen	Weißrussen Teil einer russophonen Kulturnation, Weißrussisch führt zu Spaltung/Polonisierung
Belarussophile Russophone	Russophonie nützlich, keine Abwertung des Weißrussischen	Sprachliche Selbstbestimmung mit positiver Diskriminierung des Weißrussischen	Spektrum von arbiträrem Verhältnis Sprache/Identität bis hin zu weißrussischsprachiger Homogenität als Ideal
Trusaŭ		Weißrussifizierung bedeutet Demokratisierung	Weißrussisch identitätsstiftend, Russisch identitätsbedrohend
Paznjak	Russophonie schadet weißrussischer Volkswirtschaft, Weißrussifizierung unerlässlich	Westliches Demokratieverständnis bedroht die notwendige Weißrussifizierung	Weißrussisch nationserhaltend, Russisch u. *Trasjanka* als Bedrohung der nationalen Identität

Tabelle 2: Positionen zu ausgewählten Aspekten der gegenwärtigen und zukünftigen sprachlichen Situation in Weißrussland

Die Zukunft der sprachlichen Situation in Belarus' ist nicht von der allgemeinpolitischen Entwicklung zu trennen. Zieht man dies in Betracht, sind grundsätzlich die folgenden Szenarien denkbar:

Wechsel von einer pro-russischen zu einer pro-weißrussischen Sprachpolitik unter einem autoritär regierenden Staatspräsidenten Lukašėnka: Auf diese Perspektive deutet gegenwärtig nichts hin, dennoch soll sie hier hypothetisch in Betracht gezogen werden. Prinzipiell

motiviert sein könnte ein solcher Wandel durch eine tiefe, nicht nur vorübergehende Krise im Verhältnis der weißrussischen zur russischen Staatsführung. Ein erneuter Anlauf zur sprachlichen Weißrussifizierung des öffentlichen Lebens könnte in einem solchen Fall mit einer entsprechenden Geschichts- und Kulturpolitik einhergehen, deren Ziel es wäre, die Andersartigkeit Weißrusslands gegenüber Russland hervorzuheben und zu vergrößern. In Anbetracht der bisher propagierten Staatsideologie könnte ein solcher Wechsel nur sehr langsam und graduell erfolgen, was aus Sicht des Regimes auch aufgrund der Erfahrungen mit der Weißrussifizierung der frühen 1990er Jahre geboten erscheinen müsste. Sollte in einem solchen Fall das bisherige, dirigistische politische System in Belarus' fortbestehen, so hätte die Staatsführung die entscheidenden Instrumente in der Hand, die ausschlaggebenden ökonomischen Anreize für die tatsächliche Verwendung der weißrussischen Sprache zu schaffen: die Weißrussifizierung der Behörden und Staatsunternehmen, die flächendeckende Entstehung eines durchgängig weißrussischsprachigen Bildungssystems von den Vorschulen bis zu den Hochschulen, die Umstellung der Staatsmedien auf Weißrussischsprachigkeit; eine vermeintlich mangelnde Umsetzung der pro-weißrussischen Sprachgesetzgebung könnte dann als Vorwand für Schikanen der Behörden gegen missliebige Verbände und Privatunternehmen dienen. Ihren Stellenwert als Symbol eines Teils der Anti-Lukašėnka-Opposition würde die weißrussische Sprache damit verlieren. Diese Rolle könnte die weißrussisch-russische Mischvarietät *Trasjanka* übernehmen, die dann für eine liberale, russischen Einflüssen gegenüber tolerante Sprecheridentifikation stände. Das Fortbestehen der gemischten Rede wäre jedenfalls auch unter den Bedingungen einer pro-weißrussischen Sprachpolitik hoch wahrscheinlich, mit dem Standardweißrussischen als H-Varietät und *legitimate language*, der *Trasjanka* als regional diversifizierter L-Varietät (so auch bereits HENTSCHEL & TESCH 2006, 241).

Wenig plausibel ist dieses Szenario nicht nur aufgrund der bisherigen Ideologie des Lukašėnka-Regimes, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen: Zur ökonomisch ohnehin angespannten Situation Weißrusslands kämen die Kosten einer erneuten sprachlichen Weißrussifizierung. Eine finanzielle Unterstützung durch Russland käme wegen des als „antirussisch" aufgefassten Charakters einer solchen Sprachpolitik nicht in Frage, eine Unterstützung von westlicher Seite deshalb nicht, weil sich am repressiven politischen und wirtschaftlichen System in Belarus' nichts geändert hätte.

Wechsel von einer pro-russischen zu einer autoritären pro-weißrussischen Sprachpolitik unter einer weißrussisch-nationalen Führung, nach einem Sturz Lukašėnkas: Ein weiteres prinzipiell denkbares, wenn auch zur Zeit kaum realistisches Szenario wäre ein politischer Umsturz, der radikale nationalistische Kräfte in Weißrussland an die Macht brächte. Mit der Argumentation, dass unter Lukašėnka die nationale Entwicklung der Weißrussen aufgehalten worden sei und man diese verlorene Zeit nun aufholen müsse, auch gegen demokratische Bedenken „des Westens“[150], könnte in diesem Fall ebenfalls eine staatliche Politik betrieben werden, die auf maximale Abgrenzung von der russischen Sprache, Kultur und Geschichte setzt. Auch bei einer solchen Entwicklung würde die weißrussisch-russische gemischte Rede vermutlich weiter existieren und die Sprechersolidarität der Teile der Bevölkerung genießen, welche die erneute Weißrussifizierung ablehnen. Der empirische Befund, dass mehr als 80 Prozent der Weißrussen den Gebrauch der weißrussischen Sprache nicht als zwingend für ihre nationale Identität erachten, deutet darauf hin, dass diese Ablehnung wohl groß wäre, selbst angesichts einer möglichen Aufbruchstimmung nach einem Sturz des Lukašėnka-Regimes.

Auch das Eintreten einer solchen Entwicklung ist gegenwärtig sehr unwahrscheinlich. Der gesellschaftliche Rückhalt der Oppositionskräfte mit dezidiert weißrussisch-nationaler Orientierung ist, anders als noch in der Mitte der 1990er Jahre, gering, was zu einem erheblichen Teil, aber sicherlich nicht nur auf die Propaganda der Staatsmedien und Angst vor Repressionen und Schikanen der Behörden zurückzuführen ist. Außerdem stünde eine autoritäre nationale Regierung aus vormaligen Oppositionskräften mit ihrer Politik vor einem ähnlichen Dilemma wie ein zum Weißrussischen „gewendetes“ Lukašėnka-Regime: Russland würde eine pro-weißrussische Sprach-, Kultur- und Geschichtspolitik nicht unterstützen. Die Forderungen der Europäischen Union an das Lukašėnka-Regime dagegen betrafen bisher vor allem Menschenrechte, Medienfreiheit und politische Partizipation, während der Schutz der weißrussischen Sprache kaum eine Rolle spielte (BIEDER 2008, 91). Unterstützte die EU nach einem *regime change* in Belarus’ die autoritäre Weißrussifizierungspolitik einer nationalistischen Regierung, so wäre dies vor dem Hintergrund des bisherigen menschenrechtlichen Diskurses kaum glaubwürdig zu vermitteln, so dass auch von dieser Seite wohl eher keine Unterstützung zu erwarten wäre.

150 Vgl. die entsprechende Position Zjanon Paznjaks.

Wandel Weißrusslands in ein demokratisches politisches System unter der alten oder einer neuen Elite, verbunden mit einer Förderung des Weißrussischen: Für eine Demokratisierung des politischen Systems in Belarus' gäbe es prinzipiell zwei Möglichkeiten: die unwahrscheinliche, wenn überhaupt, dann wohl nur durch erheblichen ökonomischen Druck zu erzwingende Demokratisierung des Lukašėnka-Regimes oder den Sturz der jetzigen Machthaber, gefolgt von der Machtübernahme demokratischer Kräfte und der Umgestaltung des politischen Systems.

Eine an demokratischen Werten orientierte staatliche Sprachpolitik müsste von den Sprechereinstellungen ausgehen, die von der Bevölkerungsmehrheit vertreten werden, unabhängig davon, unter welchen politischen Bedingungen sie sich herausgebildet haben. Gegenwärtig sieht eine Mehrheit der Weißrussen, wie erwähnt, die belarussische Sprache zwar als kulturerhaltend an und lehnt das Russische als einzige Staatssprache ab, betrachtet aber gleichzeitig weder Russisch noch die gemischte Rede als Bedrohung und ist der Meinung, man könne Weißrusse sein, ohne Weißrussisch zu sprechen (HENTSCHEL & KITTEL 2011a). Für eine massive Hinwendung zum aktiven Gebrauch des Weißrussischen nach einem Wechsel des politischen Systems gibt es also keine Anhaltspunkte, sofern nicht starke Anreize dafür geschaffen würden, die in erster Linie ökonomische sein müssten. Dies wäre nur durch eine sehr langsam verlaufende, dabei über mehrere Sprechergenerationen stetig steigende positive Diskriminierung der weißrussischen Sprache möglich. So könnte mit einer sehr moderaten Quotierung für die Einstellung von Weißrussischsprechern (mit entsprechend zertifizierten mündlichen wie schriftlichen Kenntnissen) in den Behörden begonnen werden. Die zeitlich bevorzugte Erledigung von Anträgen und Eingaben, die in weißrussischer Sprache abgefasst sind, könnte Unternehmen und Privatpersonen dazu veranlassen, sich in der schriftlichen Korrespondenz des Weißrussischen zu bedienen. Firmen, die sich aktiv um eine Weißrussifizierung ihrer internen und externen, schriftlichen und mündlichen Kommunikation bemühen, könnten steuerliche Vergünstigungen erhalten, etwa aufgrund von regelmäßig neu ausgeschriebenen Wettbewerben. Im Bildungswesen könnte ebenfalls der Weg einer zunächst moderaten, aber von Generation zu Generation steigenden Quotierung zugunsten weißrussischsprachiger Einrichtungen beschritten werden. Dabei wäre es sinnvoll, gleichzeitig schrittweise die Bereiche auszuweiten, in denen eine lückenlose Ausbildung auf Weißrussisch von der Vorschule bis zum Berufs- oder Hochschulabschluss möglich ist, angefangen

mit Disziplinen, in denen eine entsprechende Terminologie auf Weißrussisch bereits etabliert und seit längerer Zeit in Gebrauch ist.

Außer einer moderaten Anfangsphase und einer nur sehr langsamen Steigerung der positiven Diskriminierung des Weißrussischen müsste auch der Verzicht auf jegliche Verurteilung von Russischsprachigkeit oder der Verwendung der gemischten Rede gegeben sein, um einen breiten gesellschaftlichen Konsens über einen langfristigen kollektiven Sprachwechsel zu erzielen. Der allmähliche Zuwachs von Domänen, in denen das Weißrussische überwiegt, wäre mit einem Auf- und Ausbau von Rechten für das Russische als Minderheitensprache zu flankieren.

Außer einem langfristig angestrebten kollektiven Sprachwechsel könnte auch eine mehr oder weniger paritätische Zweisprachigkeit des öffentlichen Lebens in Belarus' Ziel einer demokratischen Sprachpolitik sein. Die Schritte, um diese Zweisprachigkeit zu erreichen, wären in etwa die gleichen wie die oben beschriebenen – die Schaffung möglichst konkreter wirtschaftlicher und Karriere-Anreize. Hauptunterschied zum vorhergehenden Szenario wäre, dass die positive Diskriminierung des Weißrussischen vermutlich dauerhaft aufrechterhalten werden müsste, um den höheren ökonomischen Nutzen des Russischen – nach de Swaan seine höhere Zentralität im Weltsystem der Sprachen – auszugleichen. Fraglich erscheint, ob die Mehrheit der weißrussischen Gesellschaft damit einverstanden wäre, die Kosten der Zweisprachigkeit zeitlich unbegrenzt aus Steuergeldern zu bestreiten.

Fehlen einer staatlichen Förderung des Weißrussischen unter der aktuellen autoritären oder unter einer demokratischen Staatsführung: Als problematisch sehen Verteidiger des Weißrussischen, wie gezeigt, nicht nur ein Szenario an, in dem die jetzige autoritäre Staatsführung ihre bisherige Sprachpolitik noch über einen langen Zeitraum fortführen würde. In einem demokratischen politischen System könnte dem Weißrussischen nach verbreiteter Ansicht eine ähnlich schwierige Situation bevorstehen. Dies wäre der Fall, wenn die neuen Eliten eine Sprachpolitik betrieben, die sich auf ein Verbot individueller Diskriminierung aufgrund sprachlicher Merkmale beschränkte, der faktischen Minderheitensituation der aktiven Weißrussischsprecher aber nicht Rechnung trüge. Eine solche Politik könnte sich auf die Meinung einer Mehrheit der Weißrussen stützen, dass man nicht Weißrussisch sprechen müsse, um Weißrusse zu sein, ferner mit wirtschaftlichen Problemen als Erbe des Lukašėnka-Regimes argumentieren, die eine aktive staatliche Förderung des Weißrussischen unmöglich machten.

In beiden Zukunftsszenarien läge die Hauptlast für den Erhalt des Weißrussischen bei den aktiven Sprachträgern selbst und ihrer Fähigkeit zu Lobbyarbeit und Imagekampagnen für die weißrussische Sprache, einer Fähigkeit, die im übrigen auch dann weiterhin wichtig wäre, wenn die Staatsführung das Weißrussische fördern würde. Aufgrund ihrer symbolischen Bedeutung sowie ihrem Stellenwert in der landesbezogenen geisteswissenschaftlichen Forschung, der Literatur und Kulturpflege erscheint die weißrussische Sprache zwar in absehbarer Zeit auch dann nicht unmittelbar bedroht, wenn eine ökonomisch orientierte positive Diskriminierung durch die staatliche Sprachpolitik unterbliebe. Ob es dagegen gelänge, die Verwendungsbereiche des Weißrussischen auszuweiten, dürfte nicht unwesentlich von der Fähigkeit der Sprachschützer abhängen, die Sprache im gesellschaftlichen Bewusstsein mit Modernität und Europäisierung in Verbindung zu bringen und sie sowohl vom Image als Bauern- und Folkloresprache als auch vom Image einer Sprache „aggressiver Nationalisten" zu befreien. Rezente Umfrageergebnisse deuten allerdings darauf hin, dass ein solcher Imagewandel in den vergangenen Jahren zumindest begonnen hat[151], nicht zuletzt durch „elitäre" weißrussischsprachige Internet-Projekte und Gruppen in sozialen Netzwerken. Es ist der weißrussischen Sprache und ihren Sprechern zu wünschen, dass diese positive Entwicklung sich fortsetzt.

151 In einer 2012 veröffentlichten Erhebung der Initiative *Budz'ma belarusami!* 'Seien wir Weißrussen!' äußerten immerhin 46,7% der Respondenten, dass diejenigen, die Weißrussisch sprechen, „wahre Patrioten" (*sapraŭdnyja patryëty*) seien (BUDZ'MA 2012).

Literatur

ABOUT NASHA NIVA = http://www.nn.by/?c=sp&i=8 [Stand: 10.8.2007]

AD RĖDAKCYI 2008 = http://www.nn.by/index.php?c=ar&i=22044 [Stand: 30.12.2009]

AKUDOWITSCH, V. 2013: *Der Abwesenheitscode. Versuch, Weißrussland zu verstehen*. Berlin

ALEKSIEVIČ, S. 1985: *U vojny ne ženskoe lico*. Minsk

ALEKSIEVIČ, S. 1985a: *Poslednie svideteli. Kniga nedetskich rasskazov*. Moskva

ALEKSIEVIČ, S. 1991: *Cinkovye mal'čiki*. Moskva

ALEKSIEVIČ, S. 1994: *Začarovannye smert'ju*. Moskva

ALEKSIEVIČ, S. 1997: *Černobyl'skaja molitva. Chronika buduščego*. Moskva

ALEXIEVICH 2006 = http://alexievich.info/biogr_EN.html [Stand: 2.3.2009]

ALEKSIEVIČ, S. 2010: „Wie früher will niemand mehr leben". Offener Brief an Präsident Lukašėnka. In: *Osteuropa* 12, 23-25

ALEKSIEVIČ, S. 2013: *Vremja sekond-chėnd*. Moskva

ALPATOV, V. 1997: *150 jazykov i politika 1917-1997. Sociolingvističeskie problemy SSSR i postsovetskogo prostranstva.* Moskva

AMMON, U. 1995: *Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten*. Berlin, New York

AMMON, U. et al. (Hrsg.) 1987: *Sociolinguistics. An international handbook of the science of language and society.* Vol. 1. (= *Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft* 3). Berlin etc.

AMMON, U. et al. (Hrsg.) 1988: *Sociolinguistics. An international handbook of the science of language and society.* Vol. 2. (= *Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft* 3). Berlin etc.

AMMON, U. (ed.) 1989: *Status and function of languages and language varieties.* Berlin, New York

AMMON, U. et al. (Hrsg.) ^{2}2004: *Sociolinguistics. An international handbook of the science of language and society.* Vol. 1. (= *Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft* 3). 2. Auflage. Berlin etc.

AMMON, U. et al. (Hrsg.) 2006: *Sociolinguistics. An international handbook of the science of language and society.* Vol. 3. (= *Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft* 3). 2. Auflage. Berlin etc.

AMNESTY 2011 = Belarus' prizyvajut osvobodit' uznikov sovesti, zaderžannych v svjazi s protestami posle vyborov. PURL: http://amnesty.org.ru/node/1677 [Stand: 24.2.2011]
ANDERSON, B. 1988: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt/M., New York
ANDROSIK, L. et al. (rėd.) 2007: *Chto ësc' chto ŭ Belarusi*. Vil'nja
APYTAN'NE 2004. = http://arche.bymedia.net/2004-5/apyt504.htm [Stand: 2.4.2007]
ASSOCIATION OF BYELORUSSIANS IN GREAT BRITAIN (rėd.) 1988: *Nacyjanal'naja mova ŭ sacyjalistyčnaj dzjaržave. Dakumant ab stane belaruskaj movy ŭ Saveckaj Belarusi*. Lëndan
AUSWÄRTIGES AMT 2009 = http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Belarus.html [Stand: 6.7.2009]
BABIŠČĖVIČ, A. et al. 2006: Palityčnae bjaspraŭe, nacyjanal'ny pryhnët. In: Kascjuk (rėd.) 2006, 366-378
BAHDANKEVIČ, S. et al. (rėd.) 2000: *Anjamenne. Z chroniki zniščėnnja belaruskaj movy*. Vil'nja
BAHUCKI, A. 2006: Trusaŭ Aleh. PURL: http://slounik.org/153715.html [Stand: 10.7.2007]
BAHUŠĖVIČ, F. 1891: *The belarusian pipe*. Kraków
BARANČIK, J. 2010: Jurij Barančik: Lukašenko – ne president. PURL: http://belarus.regnum.ru/news/belarus/1358447.html [Stand: 17.4.2011]
BARANČYK = http://mnenia.zahav.ru/AuthorProfile.aspx?aid=1584 [Stand: 9.11.2010]
BARBOUR, S. 2002: Nationalism, language, Europe. In: Barbour, S. & Carmichael, C. (eds.), *Language and nationalism in Europe.* Oxford, 1–17
BELAJA RUS' = http://www.belayarus.by/ [Stand: 1.4.2011]
BELGAZETA 2004 = http://www.belgazeta.by/20041220.50/020040332 [Stand: 7.3.2009]
BELIKOV, V. & KRYSIN, L. 2001: *Sociolingvistika*. Moskva
BELSTAT 2009 = http://belstat.gov.by/homep/ru/perepic/2009/itogi1.php [Stand: 17.3.2011]
BENECKE, W. 2001: Kresy. Die weißrussischen Territorien in der Polnischen Republik (1921–1939). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 153-165
BENNETT, B. 2011: *The last dictatorship in Europe. Belarus under Lukashenko.* London

BERGER, T. 1997: Tschechen und Slowaken. Zum Scheitern einer gemeinsamen, tschechoslowakischen Schriftsprache. In: Hentschel, G. (Hrsg.) 1997, 151-181

BESTERS-DILGER, J. 2013: Prüfstein der europäischen Sprachenpolitik – die Ukraine. In: *Europa ethnica* 1-2, 23-31

BEYRAU, D. & LINDNER, R. (Hrsg.) 2001: *Handbuch der Geschichte Weißrußlands*. Göttingen

BIEDER, H. 1991: Die erste und zweite Wiedergeburt der weißrussischen Sprache und Kultur. In: Bieber, U. & Woldan, A. (Hrsg.), *Georg Mayer zum 60. Geburtstag*. München, 405-451

BIEDER, H. 1992: Die gegenwärtige sprach- und kulturpolitische Entwicklung in Weißrussland. In: *Die Welt der Slaven* 16, 142-168

BIEDER, H. 1995: Soziolinguistische Aspekte der weißrussischen Sprache. In: *Zeitschrift für Slawistik* 40, 398-414

BIEDER, H. 2000: Die weißrussische Standardsprache am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Zybatow, L. (Hrsg.), *Sprachwandel in der Slavia. Die slavischen Sprachen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Bd. 2. Frankfurt/M. etc., 211-240

BIEDER, H. 2000a: Konfession, Ethnie und Sprache in Weißrussland im 20. Jahrhundert. In: *Zeitschrift für Slawistik* 45, 200-214

BIEDER, H. 2001: Der Kampf um die Sprachen im 20. Jahrhundert. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 451-471

BIEDER, H. 2008: Die Sprachpolitik der Ukraine und Weißrusslands im Kontext internationaler Sprachplanung. In: Braselmann, P. & Ohnheiser, I. (Hrsg.), *Frankreich als Vorbild? Sprachpolitik und Sprachgesetzgebung in europäischen Ländern*. Innsbruck, 79-97

BIRNBAUM, H. 1975: On the significance of the second south Slavic influence for the evolution of the Russian literary language. In: *International Journal of Slavic Linguistics and Poetics* 21, 23-50

BLOMMAERT, J. 1997: Introduction. Language and politics, language politics and political linguistics. In: Blommaert, J. & Bulcaen, C. (eds.), *Political linguistics* (= *Belgian Journal of Linguistics* 11). Amsterdam

BLOMMAERT, J. 1999: The debate is closed. In: Blommaert, J. (ed.), *Language ideological debates*. Berlin, New York, 425-438

BLOMMAERT, J. & VERSCHUEREN, J. 1998: The role of language in European nationalist ideologies. In: Schieffelin, B. et al. (eds.) 1998, 189-210

BOHN, T. & SHADURSKI, V. (Hrsg.) 2011: *Ein weißer Fleck in Europa. Die Imagination der Belarus als Kontaktzone zwischen Ost und West*. Bielefeld

BOHN, T. et al. (Hrsg.) 2013: *Bunte Flecken in Weißrussland. Erinnerungsorte zwischen polnisch-litauischer Union und russisch-sowjetischem Imperium*. Wiesbaden.

BOURDIEU, P. 1994: *Language and symbolic power*. Cambridge

BOURDIEU, P. 2002: *Homo academicus*. Frankfurt/M.

BÖRSENVEREIN 2013 = http://www.boersenverein.de/445722/?aid=626370 [Stand: 2.12.2013]

BRÜGGEMANN, M. 2011: Belarussische Schulen: We don't need no education? PURL: http://www.cafebabel.de/gesellschaft/artikel/belarussische-schulen-we-dont-need-no-education.html [Stand: 14.12.2013]

BRÜGGEMANN, M. 2013: Contesting spelling ideologies: debates preceding the Belarusian spelling reform of 2010. In: *Russkaja Filologija* 24. *Sbornik naučnych rabot molodych filologov*. Tartu, 413-416 PURL: http://bit.ly/1a4QNMa [Stand: 20.10.2013]

BRÜGGEMANN, M. 2013a: Unentbehrliches Russisch, entbehrliches Weißrussisch? Russophone zur Sprachgeschichte und Sprachverwendung in Weißrussland. In: Kempgen, S. et al. (Hrsg.) 2013, 89-98

BRZOZOWSKA, A. 2006: Narrative encounters. Competitive projects of nation building in borderlands. In: Törnquist-Plewa, B. (ed.) 2006, 15-32

BUDZ'MA 2012 = Belaruskaja mova – mova ėlity i apazicyi. PURL: http://budzma.org/news/belaruskaya-mova-mova-elity-i-apazicyi.html [Stand: 29.12.2013]

BULHAKAŬ, V. 2001: Vybary prėzydėnta krėolaŭ. In: *Arche* 4. PURL: http://arche.bymedia.net/2001-4/bulha401.html [Stand: 26.11.2011]

BULHAKAŬ, V. 2004: Čamu Belarus' nja Aŭstryja, a ėŭrazijskaja satrapija. In: *Arche* 5. PURL: http://arche.bymedia.net/2004-5/bulhakau504.htm [Stand: 20.8.2008]

BULHAKAŬ, V. & SILICKI, V. (rėd.) 2007: *Belaruskaja palityčnaja scėna i prėzydėnckija vybary 2006 hodu*. *Analityčnyja artykuly*. Vil'nja

BULYKO, A. & KRYSIN, L. (red.) 1999: *Tipologija dvujazyčija i mnogojazyčija v Belarusi*. Minsk

BUNČIĆ, D. 2013: Pis'mennost' Belarusi na styke vostoka i zapada (meždu dvumja alfavitami, dvumja orfografijami, dvumja jazykami). In: Kempgen, S. et al. (Hrsg.) 2013, 99-108

BUŠLJAKOŬ, J. et al. (rėd.) 2005: *Belaruski kljasyčny pravapis*. *Zbor pravilaŭ.* Vil'nja, Mensk
BYKAŬ, V. 2003: *Doŭhaja daroha dadomu*. Minsk
CIK 2010 = http://naviny.by/rubrics/elections/2010/12/20/ic_news_623_357671/ [Stand: 20.1.2011]
CLYNE, M. et al. 2001: Ethnic varieties of Australian English. In: Collins, B. & Blair, P. (eds.), *English in Australia*. Amsterdam etc., 223-238
COOPER, R. 1989: *Language planning and social change*. Cambridge etc.
COULMAS, F. 1985: *Sprache und Staat. Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin, New York
CUMARAŬ, J. 1994: Tavarystva Belaruskaj Movy (TBM) imja Franciška Skaryny. In: Michnevič, A. (rėd.) 1994, 552-553
CYCHUN, H. 2000: Krėalizavany pradukt. Trasjanka jak ab'ekt linhvistyčnaha dasledvannja. PURL: http://arche.bymedia.net/6-2000/cychu600.html [Stand: 9.11.2006]
CYCHUN, H. 2002: Weißrussisch. In: Okuka, M. (Hrsg.) 2002, 563-579
CYCHUN, H. 2006: The linguistic situation and mixed language forms in Belarus. In: Törnquist-Plewa, B. (ed.) 2006, 61-75
DE SWAAN, A. 2001: *Words of the world. The global language system*. Cambridge etc.
DE TORO, A. 1999: Das Jahrhundert von Borges. Der postmoderne und postkoloniale Diskurs von Jorge Luis Borges. PURL: http://www.uni-leipzig.de/~detoro/siglodeborges /Jhvonborgesneu. htm [Stand: 26.11.2010]
DEMOSKOP 2011 = http://demoscope.ru/weekly/ssp/sng_nac_89.php?reg=3 [Stand: 11.12.2011]
DEUMERT, A. 2004: Ethnicity/Ethnizität. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 2004, 355-359
DI CESARE, D. 1998: Einleitung. In: von Humboldt, W., *Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluß auf die geistige Entwicklung des Menschengeschlechts*. Paderborn etc., 11-128
DINGLEY, J. 1989: The Byelorussian language – creation and reform. In: Fodor, I. & Hagége C. (eds.), *Language reform. History and future*. Vol. IV. Hamburg, 141-161
DINGLEY, J. 2001: Sprachen in Weißrußland bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 437-450

DOROCHOW, W. 2005: *Massenmedien in Belarus. Presse – Rundfunk – Agenturen – Online-Medien*. Berlin

DRAKACHRUST, J. 2004: Žėnėŭskaja kanvėncyja dlja vajny kul'turaŭ. PURL: *Arche* 3, http://arche.bymedia.net/2004-3/drakachrust304.htm [Stand: 20.8.2008]

DRAKACHRUST, J. 2010: Mova jak pole boju: 1995-2010. PURL: http://www.svaboda.org/articleprintview/2044999.html [Stand: 19.5.2010]

DRAKACHRUST, J. 2010a: Belaruskaja nacyja ŭ ljustėrku moŭna-ėtničnych vynikaŭ perapisu. PURL: http://www.svaboda.org/articleprintview/2156104.html [Stand: 9.11.2010]

DUCHÊNE, A. & HELLER, M. (eds.) 2007: *Discourses of endangerment. Ideology and interest in the defence of languages*. London, New York

DYJALOH 1998 = Prėzidėnt – pis'menniki: dyjaloh dzelja Belarusi. In: *Zvjazda* (16.9.1998)

DYN'KO, A. 1998: Ad zasnaval'nika. PURL: http://arche.bymedia.net/ prajekt.htm [Stand: 31.7.2011]

DYN'KO, A. 2007: Economics Matter! Die Ignoranz der Opposition in Belarus. In: *Osteuropa* 4, 77-83

EASTMAN, C. 1984: Language, ethnic identity and change. In: Edwards, J. (ed.), *Linguistic minorities, policies and pluralism*. London etc., 259-276

EICHINGER, L. M. 2010: Kann man der Selbsteinschätzung von Sprechern trauen? In: Anders, A. et al. (Hrsg.), *Perceptual dialectology. Neue Wege der Dialektologie.* Berlin, 433-449.

EKADUMAVA, I. 2001: Systėma ŭlady i systėma apazycyi pas'lja kanstytucyjnaha kryzysu 1996 h. PURL: http://kamunikat.fontel.net /www/knizki/palityka/systema/systema_02_jekadumava02.htm [Stand: 5.4.2009]

EURASIANHOME 2009 = http://www.eurasianhome.org/xml/t/databases.xml?lang=ru&nic=databases&country=24&pid=67 [Stand: 8.3.2009]

EURASIANHOME 2009a = http://www.eurasianhome.org/xml/t/databases.xml?lang=ru&nic=databases&country=24&pid=346&s=-1 [Stand: 5.4.2009]

EUROPEAN HUMANITIES UNIVERSITY = http://ehu.lt [Stand: 4.4.2009]

FEDUTA, A. 2005: *Lukašenko. Političeskaja biografija*. Moskva

FERGUSON, C. 1959: Diglossia. In: *Word* 15, 325-340

FERGUSON, C. 1968: Language development. In: Fishman, J. et al. (eds.), *Language problems of developing nations*. New York, 27-35

FILATAVA, A. 2005: Kanfesijanal'na-nacyjanal'naja palityka carskaha ŭrada. In: Janoŭskaja, V. & Rudovič, S. (rėd.) 2005, 67-75

FISHMAN, J. 1985: *The rise and fall of the ethnic revival. Perspectives on language and ethnicity*. Berlin etc.

FISHMAN, J. 1991: *Reversing language shift. Theoretical and empirical foundations of assistance to threatened languages*. Clevedon

FLAGI 2005 = Flagi političeskich partij Belarusi. PURL: http://www.hrono.ru/heraldicum/flagi/belarus/party.htm [Stand: 25.7.2009]

FREUNDEL, N. 2008: Chadanowytschs freie Verse. PURL: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/buechermarkt/736570 [Stand: 5.4.2008]

GAL, S. 1988: The political economy of code choice. In: Heller, M. (ed.), *Codeswitching. Anthropological and sociolinguistic perspectives*. Berlin etc., 245-264

GAL, S. 1989: Language and political economy. In: *Annual Review of Anthropology* 18, 345-367

GAPOVA, E. 2008: Negotiating Belarusian as a "national language". In: Andrews, E. (ed.), *Linguistic changes in post-communist eastern Europe and Eurasia*. Boulder, New York, 131-160

GARDT, A. 2000: Sprachnationalismus zwischen 1850 und 1945. In: Gardt, A. (Hrsg.), *Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart*. Berlin, New York 2000, 247-271

GARDT, A. 2004: Nation/Nation. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 2004, 369-377

GERHARDS, J. 2011: Der Kult der Minderheitensprachen. In: *Leviathan* 39, 165-186

GIGER, M. & SLOBODA, M. 2008: Language management and language problems in Belarus: education and beyond. In: *The International Journal of Bilingual Education and Bilingualism* 11, 315-339

GIMPELEVICH, Z. 2005: *Vasil Bykaŭ. His life and works*. Montreal etc.

GLÜCK, H. 1979: *Die preußisch-polnische Sprachenpolitik. Eine Studie zur Theorie und Methodologie der Forschung über Sprachenpolitik, Sprachbewußtsein und Sozialgeschichte am Beispiel der preußisch-deutschen Politik gegenüber der polnischen Minderheit von 1914*. Hamburg

GŁOGOWSKA, H. 1996: *Białoruś 1914-1929. Kultura pod presją polityki*. Białystok

GOEBL, H. et al. (Hrsg.) 1996: *Kontaktlinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung* (= *Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft* 12/1). Berlin, New York

GOEHRKE, C. 1992: *Frühzeit des Ostslaventums*. Darmstadt

GOETTE, J. 1994: Die nationale Identität Weißrußlands in historischer Entwicklung. In: Nitsche, P. (Hrsg.), *Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Beiträge zu Geschichte, Wirtschaft und Politik*. Frankfurt/M. etc., 59-80

GOGOL, N. 2009: *Gesammelte Werke*. Frankfurt/M.

GOLUBEV, V. = http://www.slounik.org/80058.html [Stand: 31.3.2008]

GOSUDARSTVO UŠLO 2003 = Gosudarstvo ušlo s pochoron Bykova. PURL: http://www.chas-daily.com/win/2003/06/27/v_027.html?r=3& [Stand: 4.12.2010]

GOUJON, A. 1999: Language, nationalism, and populism in Belarus. In: *Nationalities Papers* 27/4, 661-677

GUTSCHMIDT, K. 2000: Sprachenpolitik und sprachliche Situation in Weißrußland seit 1989. In: Panzer, B. (Hrsg.), *Die sprachliche Situation in der Slavia zehn Jahre nach der Wende.* Frankfurt/M. etc., 67-84

GUTTKE, M. & RANK, H. 2012: Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine. In: *Ukraine-Analysen* 106 (11.9.2012), 11-15. PURL: http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen106.pdf [Stand: 26.12.2013]

HAARMANN, H. 1988: Sprachen- und Sprachpolitik. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 1987, 1660-1678

HAARMANN, H. 2002: *Kleines Lexikon der Sprachen*. München

HAARMANN, H. 2002a: Finnisch. In: Haarmann 2002, 129-132

HAARMANN, H. 2002b: Schwedisch. In: Haarmann 2002, 336-339

HALL, R. 1950: *Leave your language alone!* Ithaca

HANSÈN, I. 2007: Prastora belaruskaha palityčnaha dyskursu i jahonyja vizual'nyja dy pèrfarmacyjnyja èlemènty. PURL: http://arche.bymedia.net/2007-04/hansen704.htm [Stand: 16.3.2008]

HARAČKA, H. 2009: Ci varta ÈHU vjartacca? PURL: http://www.polskieradio.pl/zagranica/by/news/print.aspx?id=105648 [Stand: 9.7.2009]

HAUGEN, E. 1966: Linguistics and language planning. In: Firchow, E. et al. (eds.), *Studies by Einar Haugen. Presented on the occasion of his 65th birthday – April 19, 1971*. Paris, 510-530

HAUGEN, E. 1987: Language planning. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 1987, 626-637

HEIN, K. 2006: *Hybride Identitäten*. *Bastelbiografien im Spannungsfeld zwischen Lateinamerika und Europa*. Bielefeld

HELLER, M. 2006: Bilingualism. In: Jourdan, C. & Tuite, K. (eds.), *Language, culture, and society*. Cambridge

HELLER, M. & PFAFF, C. 1996: Code-switching. In: Goebl, H. et al. (Hrsg.) 1996, 594-609

HELLER, M. & DUCHÊNE, A. 2007: Discourses of endangerment: Sociolinguistics, globalization and social order. In: Duchêne, A. & Heller, M. (eds.) 2007, 1-13

HENTSCHEL, G. 1997: Rußland, Weißrußland, Ukraine: Sprachen und Staaten der „slavischen Nachfolge" von Zarenreich und Sowjetunion. In: Hentschel, G. (Hrsg.) 1997, 211-240

HENTSCHEL, G. 2008: Zur weißrussisch-russischen Hybridität in der weißrussischen „Trasjanka". In: Kosta, P. & Weiss, D. (Hrsg.), *Slavistische Linguistik 2006/2007* (= *Slavistische Beiträge* 464), 169-219

HENTSCHEL, G. 2013: Belorusskij, russkij i belorussko-russkaja smešannaja reč'. In: *Voprosy jazykoznanija* 1, 53-76

HENTSCHEL, G. 2014: Belarusian and Russian in the mixed speech of Belarus. In: Besters-Dilger, J. et al. (eds.), *Congruence in contact-induced language change: Language families, typological resemblance, and perceived similarity*. Berlin, 93-121

HENTSCHEL, G. im Druck: On the systemicity of Belarusian-Russian mixed speech: the redistribution of Belarusian and Russian variants of functional words. Erscheint in: Hentschel, G. et al. (eds.), *Studies on Belarusian trasjanka and Ukrainian suržyk as results of Belarusian- and Ukrainian-Russian language contact*.

HENTSCHEL, G. & TESCH, S. 2006: „Trasjanka": Eine Fallstudie zur Sprachmischung in Weißrussland. In: Stern, D. & Voss, Ch. (eds.), *Marginal linguistic identities*. *Studies in Slavic contact and borderland varieties*. (= *Eurolinguistische Arbeiten* 2), Wiesbaden 213-243

HENTSCHEL, G. & KITTEL, B. 2011: Zur weißrussisch-russischen Zweisprachigkeit in Weißrussland – nicht zuletzt aus Sicht der Weißrussen. In: Bohn, T. & Shadurski, V. (Hrsg.) 2011, 49-67

HENTSCHEL, G. & KITTEL, B. 2011a: Weißrussische Dreisprachigkeit? Zur sprachlichen Situation in Weißrussland auf der Basis von Urteilen

von Weißrussen über die Verbreitung „ihrer Sprachen“ im Lande. In: *Wiener Slawistischer Almanach* 67, 107-135

HENTSCHEL, G. (Hrsg.) 1997: *Über Muttersprachen und Vaterländer*. Frankfurt/M. etc.

HILPINEN, R. 2011: Artifact. In: *Stanford encyclopedia of philosophy*. PURL: http://plato.stanford.edu/entries/artifact/ [Stand: 5.12.2011]

HISTORYJA = http://www.zvyazda.minsk.by/ru/pages/index.php?id=62 [Stand: 31.7.2011]

HOBSBAWM, E. 1991: *Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Frankfurt/M., New York

HOFFMANN, J. 1986: *Stereotypen, Vorurteile, Völkerbilder in Ost und West in Wissenschaft und Unterricht: eine Bibliographie.* Teil 1. (= *Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund* 1) Wiesbaden

HOFFMANN, J. 2006: *Stereotypen, Vorurteile, Völkerbilder in Ost und West in Wissenschaft und Unterricht: eine Bibliographie.* Teil 3. (= *Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund* 1) Wiesbaden

HOFFMANN, J. 2008: *Stereotypen, Vorurteile, Völkerbilder in Ost und West in Wissenschaft und Unterricht: eine Bibliographie*. Teil 2. (= *Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund* 1) Wiesbaden 2008

HOGAN-BRUN, G. et al. 2008: Language politics and practices in the Baltic states. In: Kaplan, R. & Baldauf, R. (eds.) 2008, 3-192

HOLM, K. 2013: Uns fehlt die Kultur des Glücks PURL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bilder-und-zeiten/ein-gespraech-mit-der-friedenspreistraegerin-swetlana-alexijewitsch-uns-fehlt-die-kultur-des-gluecks-12238217.html [Stand: 24.11.2013]

HORN, T. 2005: Rėktar ĖHU: belaruskaja mova ŭ škołach – hėta hvalt. PURL: http://nn.by/index.pl?theme=nn/2005/44&article=do-ehu [Stand: 9.7.2009]

HRUZ'DZILOVIČ, A. 2010: Na Akrės'cina za belaruskuju movu bili nahami. PURL: http://www.svaboda.org/content/article/2261609.html [Stand: 30.12.2010]

IHNACENKA, I. 2006: Abvjaščėnne BNR. In: Kascjuk (rėd.) 2006, 96-105

INSTITUT = http://www.pac.by/niitpgu/index.htm [Stand: 20.11.2010]

IOFFE, G. 2003: Understanding Belarus. Questions of language. In: *Europe-Asia Studies* 55/7, 1009-1047

IOFFE, G. 2003a: Understanding Belarus. Belarusian identity. In: *Europe-Asia Studies* 55/8, 1241-1272

IRMSCHER, H. D. 2001: *Johann Gottfried Herder*. Stuttgart

IRVINE, J. & GAL, S. 2000: Language ideology and linguistic differentiation. In: Kroskrity, P. (ed.), *Regimes of language. Ideologies, polities, and identities*. Santa Fe, Oxford, 35-83

ISSATSCHENKO, A. 1975: *Mythen und Tatsachen über die Entstehung der russischen Literatursprache*. Wien

ISSATSCHENKO, A. 1980: *Geschichte der russischen Sprache.* Bd. 1. Heidelberg

JANEKE, K. 2013: Zeitschrift Arche wurde eingestellt. PURL: http://www.tradicia.de/wordpress/archives/1489 [Stand: 12.1.2013]

JANOŬSKAJA, V. & RUDOVIČ, S. (rėd.) 2005: *Belarus' u skladze Rasijskaj imperyi (kanec XVIII - pačatak XX st.)* (Kascjuk et al. (rėd.): Historyja Belarusi u 6 tamach. Tom 4). Minsk

JÄGER, S. 1999: *Kritische Diskursanalyse*. *Eine Einführung*. Duisburg

JÄGER, S. 2001: *Kritische Diskursanalyse*. *Eine Einführung*. 3. Auflage. Duisburg

JÄGER, S. 2006: Diskurs und Wissen. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) 2006, 83-114

JAZYKOVIČ, O. 2005: NISĖPI bol'še ne sprašivaet PURL: http://neg.by/news/3058.html [Stand: 7.3.2009]

JILGE, W. 2004: Holodomor und Nation. Der Hunger im ukrainischen Geschichtsbild. In: *Osteuropa* 12, 147-165

JOSEPH, J. & TAYLOR, T. (eds.) 1990: *Ideologies of language*. London, New York

KACEWICZ, M. 2007: *Łukaszenko*. *Dyktator w kołchozie Białoruś*. Warszawa

KAK OBOJTI UKAZ 2010 = Kak obojti Ukaz no 60. PURL: http://imperiya.by/news.html?id=51113 [Stand: 20.11.2010]

KAMYŠEVIČ, A. 2007: Idėalahičnaja infrastruktura belaruskae palityki. In: Bulhakaŭ, V. & Silicki, V. (rėd.) 2007, 44-60

KAPLAN, R. & BALDAUF, R. (eds.) 2008: *Language planning and policy in Europe.* Vol. 3. *The Baltic States, Ireland and Italy*. Bristol etc.

KARNEJ, I. 2009: Kolasaŭski licėj pasprabue legalizavacca. PURL: http://www.svaboda.org/articleprintview/1763329.html [Stand: 9.7.2009]

KASCJUK, M. (rėd.) 2006: *Belarus' u 1917-1945hh.* (Kascjuk et al. (rėd.): Historyja Belarusi u 6 tamach. Tom 5). Minsk

KELLER, R. 2003: *Sprachwandel. Von der unsichtbaren Hand in der Sprache*. Tübingen etc.

KEMPGEN, S. et al. (Hrsg.) 2013: *Deutsche Beiträge zum 15. Internationalen Slavistenkongress Minsk 2013*. München etc.

KERN, R. 1997: Sprachen und Völker Belgiens. In: Hentschel, G. (Hrsg.) 1997, 63-101

KHLEIF, B. 1979: Insiders, outsiders and renegates. Towards a classification of ethnolinguistic labels. In: GILES, H. & SAINT-JACQUES, B. (eds.), *Language and ethnic relations*. Oxford, 159-172

KIRILENKO, I. 2009: Kuropaty. Mir pod sosnami. PURL: http://www.sb.by/post/93010/ [Stand: 23.9.2013]

KITTEL, B. et al. 2010: Mixed language usage in Belarus. The sociostructural background of language choice. In: *International Journal of the Sociology of Language* 206, 47-71

KITTEL, B. & LINDNER, D. 2011: Der soziale Hintergrund von Sprachwahlen in Belarus. Eine sprachsoziologische Analyse der „gemischten Rede". In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63/4, 623-647

KITTEL, B. & LINDNER, D. im Druck: *Sprachwahl und Sprachwandel. Eine sprachsoziologische Untersuchung der Mischsprache in Weißrussland*.

KLIMAŬ, I. 2006: Dva standarty belaruskaj litaraturnaj movy. PURL: http://mab.org.by/materials/publ/klimau_standards.php [Stand: 24.4.2007]

KLOSS, H. 1952: *Die Entwicklung neuer germanischer Kultursprachen von 1800-1950*. München

KLOSS, H. 1969: *Research possibilities on group bilingualism. A report*. Quebec

KLOSS, H. 1969a: *Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert. Die Sprachgemeinschaften zwischen Recht und Gewalt*. Bad Godesberg

KLOSS, H. 1987: Nation. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 1987, 102-108

KOLJADA, N. & CHALEZIN, N. 2003: Vladimir Nekljaev: Prosto choču domoj. PURL: http://www.charter97.org/rus/news/2003/09/22/neklyaev [Stand: 20.1.2011]

KOSAKOWSKI, A. 2013: *Sprachliche Konstruktionen nationaler Identität im postsowjetischen Belarus. Nominations- und Metaphernanalyse am Material belarussischer Staats- und Oppositionszeitungen (1990 bis 2001)*. München etc.

KREMNITZ, G. 2004: Diglossie – Polyglossie. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 2004, 158-165

KRETSCHMER, A. 1999: Norm und Sprachkultur. In: Jachnow, H. (Hrsg.), *Handbuch der sprachwissenschaftlichen Russistik und ihrer Grenzdisziplinen*. Wiesbaden, 639-659

KRÖKEL, U. 2010: Weißrusslands Wahl ohne Wahl. PURL: http://www.stern.de/politik/ausland/lukaschenko-setzt-weiter-auf-gewalt-weissrusslands-wahl-ohne-wahl-1636114.html [Stand: 23.12.2010]

KRUGLYJ STOL 2010 = V Minske prošel Kruglyj stol na temu "Ob'edinenie postsovetskogo geopolitičeskogo prostranstva". PURL: http://imperiya.by/news.html?id=50184 [Stand: 20.11.2010]

KRUGLYJ STOL 2010a = Kruglyj stol "Aktual'nye voprosy razvitija belorussko-rossijskich otnošenij". PURL: http://imperiya.by/news.html?id=43153 [Stand: 20.11.2010]

KTO EST' KTO DYN'KO = http://who.bdg.by/obj.php?&kod=541 [Stand: 3.9.2010]

KUNCEVIČ, L. 1999: Dvujazyčije v sfere narodnogo obrazovanija. In: Bulyko, A. & Krysin, L. (red.) 1999, 139-147

KURCOVA, V. 2001: Ruskamoŭnae maŭlenne belarusaŭ: da pytannja jaho kvalifikacyjnych acėnak. In: *Belaruskaja Lingvistyka* 51, 17-22

KURCOVA, V. 2002: Ruskamoŭnae maŭlenne belarusaŭ: da pytannja jaho kvalifikacyjnych acėnak. In: *Belaruskaja Lingvistyka* 52, 35-40

KURS, S. 2004: Sjarhej Michalok: "Mne trasjanka smačnaja". PURL: http://www.nn.by/index.pl?theme=nn/2004/08&article=04 [Stand: 7.9.2009]

LASTOŬSKI, V. 2008: Budaŭnictva belaruskaj nacyi praz intėlektual'nae vyniščėnne apanentaŭ. In: *Arche* 11, 44-59

LAŠUK, N. 2013: Svetlana Alexievich, der Friedenspreis und die belarussische Sprache. PURL: http://nadinelashuk.wordpress.com/2013/06/29/svetlana-alexievich-der-friedenspreis-und-die-belarussische-sprache [Stand: 24.11.2013]

LE PAGE, R. & TABOURET-KELLER, A. 1985: *Acts of identity. Creole-based approaches to language and identity*. Cambridge

LEPEŠAŬ, I. 1994: Krapiva Kandrat. In: Michnevič, A. et al. (rėd.) 1994, 268-270

LËSIK, J. 1926: *Spraščėn'ne pravapisu*. Minsk (Matar'jaly da Akadėmičnae Konfėrėncyi pa rėforme pravapisu i azbuki)

LINDNER, R. 1999: *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert*. München

LINDNER, R. 2001: Weißrußland im Geschichtsbild seiner Historiker. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 25-48

LIPPMANN, W. 1922: Public opinion. PURL: http://www.gutenberg.org/cache/epub/6456/pg6456.html [Stand: 13.6.2011]

LISKOVEC, I. 2005: *Russkij i belorusskij jazyk v Minske. Problemy dvujazyčija i otnošenija k jazyku*. Sankt-Peterburg

LISTY 1987 = *Listy da Harbačova*. Sšytak 2. Vydanne 2-e z perakladam na anhel'skuju movu. Lëndan

LOJKA, P. 2001: Der Zerfall der Kiever Rus und das Fürstentum Polozk (9. bis 12. Jahrhundert). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 69-79

LOJKA, P. 2001a: Die weißrussischen Territorien als Teil des Großfürstentums Litauen (13.-16. Jahrhundert). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 80-92

LÜDI, G. 1996: Mehrsprachigkeit. In: Goebl, H. et al. (Hrsg.) 1996, 233-245

LUCKEVIČ, A. 1920: *Pol'skaja okupacyja u Belarusi*. Vil'nja

LUKAŠANEC, A. et al. (rëd.) 1998: *Belaruskaja mova*. Opole

LUKAŠËNKA, A. 1994: Z vystuplennja na sesii Homel'skaha harsaveta. In: Bahdankevič, S. et al. (rëd.) 2000, 276

LUKAŠËNKA, A. 1995: Vizit u Litvu. In: Bahdankevič, S. et al. (rëd.) 2000, 246

LUKAŠËNKA, A. 1996: Prablemy sacyjal'na-kul'turnaj sfery na sučasnym ëtape. In: *Zvjazda* 157 (21.6.1996)

LUKAŠËNKA, A. 1998: Ab razvicci humanitarnych navuk u Rëspublicy Belarus' i pavyšënni ich roli ŭ dzjaržaŭnym budaŭnictve. In: *Zvjazda* (27.11.1998)

LUKAŠËNKA, A. 2001: Vystuplenie A.G. Lukašenko na soveščanii „O merach po rešeniju problem razvitija kul'tury i iskusstva". PURL: http://president.gov.by/press13575.print.html [Stand: 11.4.2008]

LUKAŠËNKA, A. 2003: Lekcija „Istoričeskij vybor Respubliki Belarus'" v BGU. PURL: http://president.gov.by/press14059.print.html [Stand: 11.4.2008]

LUKAŠËNKA, A. 2006: Stenogramma press-konferencii dlja predstavitelej rossijskich regional'nych SMI. PURL: http://president.gov.by/press31104.print.html [Stand: 12.4.2008]

LUKAŠĖNKA, A. 2006a: Stenogramma press-konferencii predstaviteljam sredstv massovoj informacii Ukrainy. PURL: http://president.gov.by/press33657.print.html [Stand: 12.4.2008]
LUKAŠĖNKA, A. 2010: Naš istoričeskij vybor – nezavisimaja, sil'naja i procvetajuščaja Belarus'. PURL: http://president.gov.by/ press101782.html#doc [Stand: 6.2.2011]
LUKAŠĖNKA, A. 2010a: Poslanie Prezidenta Respubliki Belarus' Aleksandra Lukašėnko belorusskomu narodu i Nacional'nomu sobraniju. PURL: http://president.gov.by/press10256.html [Stand: 6.2.2011]
ŁATYSZONEK, O. 2006: *Od Rusinów Białych do Białorusinów*. Białystok
MACKEY, W. 1987: Bilingualism and multilingualism. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 1987, 699-713
MAKSIMJUK, J. 2012: Syndrom "malodšaha brata". PURL: http://www.svaboda.org/content/transcript/24626377.html [Stand: 22.12.2012]
MAL'DZIS, A. 1969: *Padarožža ŭ XIX stahoddze*. *Z historyi belaruskaj litaratury, mastactva i kul'tury*. Minsk
MAL'DZIS, A. I. 1980: *Na skryžavanni slavjanskich tradycyj*. *Litaratura Belarusi perachodnaha peryjadu (druhaja palavina XVII-XVIII st.)*. Minsk
MAL'DZIS, A. 2009: *Jak žyli našy prodki ŭ XVIII stahoddzi*. *Vosen' pasjarod vjasny*. Minsk.
MALERIUS, S. 2010: Politik aus der Nische. Die digitale politische Kommunikation als Informationsquelle und Austauschforum für die Opposition in Weißrussland. PURL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_ 19707-544-1-30.pdf?100526133215 [Stand: 29.7.2011]
MANIFEST 2010 = Manifest Dviženija „Za Sojuz Belarusi i Rossii". PURL: http://imperiya.by/news.html?id=56642 [Stand: 22.11.2010]
MARCEV 2009 = http://who.bdg.by/obj.php?&kod=254 [Stand: 8.3.2009]
MARCINOVIČ, V. 2011: *Scjudzëny vyraj*. PURL: http://34mag.net/post/tok-shou-vyrajj [Stand: 2.12.2013]
MARCINOVIČ, V. 2012: Nacyja bilinhva (da sprėčki Vjačorki z Maksimjukom). PURL: http://www.svaboda.org/articleprintview /24632706. html [Stand: 22.12.2012]
MARPLES, D. 1996: *Belarus. From Soviet rule to nuclear catastrophe*. Basingstoke, London
MARPLES, D. 1999: *Belarus. A denationalized nation*. Amsterdam

MARPLES, D. 1999a: National awakening and national consciousness in Belarus. In: *Nationalities Papers* 27/4, 565-578
MARPLES, D. 2001: Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrußland (1917-1945). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 135-152
MARPLES, D. 2001a: Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrußland (1945-1991). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 166-177
MARTI, R. 1996: Sprachenpolitik in den Grenzgebieten der Slavia. In: Marti, R. (Hrsg.), *Sprachenpolitik in Grenzregionen*. Saarbrücken, 273-303
MARTI, R. 2003: Don't leave your language alone! The importance of language in the development and the preservation of national identity for Slavonic peoples. In: Jakavenka, V. et al. (rėd.), *Raznastajnasc' moŭ i kul'tur u kantėksce hlabalizacyi*. Kniha 1. Minsk. 176-190
MARTINOVIČ, V. 2010: *Paranojja*. Moskva
MARTINOVIČ, V. 2013: *Sfagnum*. PURL: http://34mag.net/piarshak/post/sfagnum [Stand: 2.12.2013]
MAY, S. 2001: *Language and minority rights. Ethnicity, nationalism and the politics of language*. Harlow etc.
MAYO, P. 1977: The alphabet and orthography of Byelorussian in the 20th Century. In: *The Journal of Byelorussian Studies* IV/1, 28-48
MAYO, P. 1978: Byelorussian orthography. From the 1933 reform to the present day. In: *The Journal of Byelorussian Studies* IV/2, 25-47
MCMILLIN, A. 1977: *Die Literatur der Weißrussen. A History of Byelorussian Literature from its Origins to the Present Day*. Gießen
MCMILLIN, A. 1980: Belorussian. In: Schenker, A. & Stankiewicz, E. (eds.), *The Slavic literary languages. Formation and development*. New Haven, 105-117
MEČKOVSKAJA, N. 1998: Začem odnomu narodu dve azbuki? In: Mečkovskaja, N. 2003, 47-62
MEČKOVSKAJA, N. 2002: Jazykovaja situacija v Belarusi načala XXI v. In: Mečkovskaja, N. 2003, 126-143
MEČKOVSKAJA, N. 2002a: Jazyk v roli ideologii: nacional'no-simvoličeskie funkcii jazyka v belorusskoj jazykovoj situacii. In: Gutschmidt, K. (Hrsg.), *Möglichkeiten und Grenzen der Standardisierung slavischer Schriftsprachen in der Gegenwart*. Dresden
MEČKOVSKAJA, N. 2003: *Belorusskij jazyk. Sociolingvističeskie očerki*. München
MEČKOVSKAJA, N. 2003a: Ob učebnike po sociolingvistike V.I. Belikova i L.P. Krysina. In: *Russian Linguistics* 27, 41-55

MEČKOVSKAJA, N. 2005: Postsovetskij russkij jazyk: Novye čerty v sociolingvističeskom statuse. In: *Russian Linguistics* 29/1, 49-70.
MEČKOVSKAJA, N. 2006: *Obščee jazykoznanie. Strukturnaja i social'naja tipologija jazykov*. Moskva
MELNIK, O. & KESSNER, G. 2005: Belarus. Schriftsteller als Gefangene des politischen Systems. PURL: http://www.dw-world.de/popups/popup_printcontent/0,,1791617,00.html [Stand: 5.4.2008]
MEL'NIKOVA, L. 1999: Dvujazyčie v sfere kul'tury, iskusstva. In: Bulyko, A. & Krysin, L. (red.) 1999, 156-168
MICHALUK, D. 2010: *Białoruska Republika Ludowa 1918-1920. U podstaw białoruskiej państwowości*. Toruń
MICHNEVIČ, A. (rėd.) 1994: *Belaruskaja mova. Ėncyklapedyja*. Minsk
MIKULIČ, T. 1996: *Mova i ėtničnaja samasvjadomasc'*. Minsk
MINEDU 2004 = http://www.minedu.unibel.by/index.php?module=subjects&func=printpage&pageid=42&scope=page [Stand: 14.8.2008]
MIRONOWICZ, E. 2007: *Białoruś*. Warszawa
MOODIE, T. 1975: *The rise of Afrikanerdom. Power, apartheid, and the Afrikaner civil religion*. Berkeley
MOSER, M. 2000: Koexistenz, Konvergenz und Kontamination ostslavischer Sprachen in Weißrussland und der Ukraine. In: *Zeitschrift für Slawistik* 45/2, 185-199
MOSER, M. 2013: *Language policy and the discourse on languages in Ukraine under president Viktor Yanukovych (25 february 2010 - 28 october 2012).* Stuttgart (= *Soviet and Post-Soviet Politics and Society* 122)
MULJAČIĆ, Ž. 1989: Über den Begriff *Dachsprache.* In: Ammon, U. (ed.) 1989, 256-277
MÜLLER, L. (Hrsg.) 1977: *Die Nestorchronik* (= *Handbuch zur Nestorchronik* 1). München
MYHILL, J. 2004: *Language in Jewish society. Towards a new understanding*. Clevedon etc. (= *Multilingual Matters* 128)
NASYTKA, J. 2005: Ėtnadėmahrafičnyja charaktarystyki. In: Janoŭskaja, V. & Rudovič, S. (rėd.), 222-233
NAVUMČYK, S. (rėd.) 2005: *Bykaŭ na svabodze. Vydan'ne druhoe, dapoŭnenae.* Praha
NEČAPAJKA, T. 2007: Belorussia: „rajskoe mesto dlja porjadočnych russkich". PURL: http://newsvote.bbc.co.uk/mpapps/pagetools/

print/news.bbc.co.uk/hi/russian/in_depth/newsid_6901000/6901302.stm [Stand: 18.7.09]
NEUREITER, F. 1983: *Weißrussische Anthologie. Ein Lesebuch zur weißrussischen Literatur (mit deutschen Übersetzungen)*. München
NIKALAEVA, V. 1994: Ruskaja mova. In: Michnevič, A. (rèd.) 1994, 459-460
NIKOLAEVA, O. 1999: Dvujazyčie v sfere byta i vo vnutrisemejnom obščenii. In: Bulyko, A. & Krysin, L. (red.) 1999, 220-234
NIKOL'SKIJ, L. 1976: *Sinchronnaja sociolingvistika*. Moskva
NISĖPI 2005 = http://www.iiseps.org/e9-05-7.html [Stand: 18.1.2007]
NISĖPI 2006 = http://www.iiseps.org/e11-06-8.html [Stand: 18.1.2007]
NISĖPI 2006a = http://www.iiseps.org/e11-06-5.html [Stand: 18.1.2007]
NISĖPI 2008 = http://www.iiseps.org/press13.html [Stand: 9.6.2008]
NOCUŃ, M. & BRZEZIECKI, A. 2007: *Białoruś - kartofle i dżinsy*. Kraków
NOCUŃ, M. & BRZEZIECKI, A. 2007a: *Ograbiony naród. Rozmowy z intelektualistami białoruskimi*. Wrocław
NUNNER-WINKLER, G. 2011: Kult der Minderheitensprachen oder Erziehung zur Mehrsprachigkeit? In: *Leviathan* 39, 187-193.
Ó LAOIRE, M. 2008: The language planning situation in Ireland. In: Kaplan, R. & Baldauf, R. (eds.) 2008, 193-255
O NISĖPI = http://www.iiseps.org/about.html [Stand: 7.3.2009]
O PROEKTE 2010 = http://zapraudu.info/about/o-proekte [Stand: 20.1.2011]
OERTEL, B. 2006: Weißrusslands Schriftsteller sind obdachlos. In: *die tageszeitung* (1.9.2006)
OERTEL, B. 2010: Ein Land in Aufruhr, in: *die tageszeitung* (21.12.2010)
OKUKA, M. (Hrsg.) 2002: *Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens*. Klagenfurt
OMDAL, H. 2006: Language planning. Standardization. In: Ammon, U. et al. (Hrsg.) 2006, 2384-2394
ORLOV, V. 2001: Berestejskaja cerkovnaja unija. In: Orlov, V. & Saganovič, G. 2001, 130-131
ORLOV, V. 2001a: Provozglašenie nezavisimosti Belorusskoj Narodnoj Respubliki. In: Orlov, V. & Saganovič, G. 2001, 220-221
ORLOV, V. & SAGANOVIČ, G. 2001: *Desjat' vekov belorusskoj istorii. 862-1918*. Minsk
OSWALT, J. 2001: Die Regionen Weißrußlands im Zeitalter der Konfessionalisierung. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 344-358

PAN, C. 2006: Die Minderheitenrechte in Finnland. In: Pan, C. & Pfeil, B. *Minderheitenrechte in Europa*. (= *Handbuch der europäischen Volksgruppen* 2). Wien, 149-168

PANKOWIEC, Z. 2007: Tu rodził się naród. In: *Tygodnik Powszechny* (29.7.2007), 15

PANZER, B. 1999: Weißrussisch. In: Panzer, B. 1999: *Die slavischen Sprachen in Gegenwart und Geschichte*. *Sprachstrukturen und Verwandtschaft.* Berlin etc., 39-49

PARTYJA BNF = http://www.pbnf.org/index.php?index=4 [Stand: 12.2.2008]

PAŠKOŬ, H. et al. (rėd.) 2000: *Belaruskaja Ėncyklapedyja*. Tom 11. Minsk

PAŠKOŬ, H. et al. (rėd.) 2004: *Belaruskaja Ėncyklapedyja*. Tom 18. Minsk

PAZNJAK 2000 = Paznjak Zjanon Stanislavavič. In: Paškoŭ, H. et al. (rėd.) 2000, 519-520

PAZNJAK 2000a = Paznjak Janka. In: Paškoŭ, H. et al. (rėd.) 2000, 520

PAZ'NJAK, Z. 2001: Belaruskaja mova. In: *Naša Slova* 44/532, (7.11.2001), 2-4

PAZ'NJAK, Z. 2007: *Nacyjanal'nyja kaštoŭnas'ci. Kul'turna-as'vetnickae vydan'ne*. Varšava

PAZ'NJAK 2008 = http://www.zianonpazniak.de/life/biography.htm [Stand: 11.2.2008]

POZNJAK 2008 = http://www.bdg.by/who/obj.php?&kod=284 [Stand: 6.2.2008]

PBPF 2005 = http://www.pbpf.org/print.php?cat=0&art=3&lang=be [Stand 12.2.2008]

PEREPIS' 1999 = http://belstat.gov.by/homep/ru/perepic/p6.php [Stand: 29.5.2008]

PEREPIS' 2009 = http://belstat.gov.by/homep/ru/perepic/2009/itogi1.php [Stand: 21.2.2011]

PILECKI, A. 2010: „Destruktivnaja organizacija, členstvo v kotoroj nesovmestimo s rabotoj v gosudarstvennych učreždenijach i vedomstvach". PURL: http://www.nn.by/index.php?c=ar&i=34701 [Stand: 5.2.2010]

PLOKHY, S. 2006: *The origins of the Slavic nations. Premodern identities in Russia, Ukraine, and Belarus*. Cambridge

PLOTNIKAŬ, B. 2000: Äußere Ursachen für die begrenzte Verwendung der weißrussischen Sprache. In: *Die Welt der Slaven* 45, 49-58

PLOTNIKAŬ, B. & ANTANIUK, L. 2003: *Belaruskaja mova*. *Lingvistyčny kampendyum*. Minsk

PRA ARHANIZACYJU = http://tbm.org.by/tbm_old/bel/tbm.html [Stand: 25.5.2008]
PRUDNIKOVA, O. 2013: Svetlana Aleksievič. Ja ne krepostnoj belorusskoj kul'tury, ja svobodnyj čelovek. PURL: http://naviny.by/rubrics/culture/2013/06/24/ic_articles_117_182147 [Stand: 24.11.2013]
PRYHODZIČ, M. 1998: Z historyi belaruskaj movy i jaje vyvučėnnja. In: Lukašanec, A. et al. (rėd.) 1998, 13-24
RACHLEJ, M. 2010: Timeout. In: *Belarus Perspektiven* 1, 17
RAD'KOV 2008 = http://mensk.by/modules.php?name=News&file=print&news_id=895 [Stand: 30.12.2009]
RADZIK, R. 1999: Języki Białorusi w XIX-XX wieku (białoruski, polski, rosyjski) – ewolucja ich funkcji i zmienność relacji. In: *Studia Russica* XVII, 93-101
RADZIK, R. 2005: Die ideologischen Grundlagen des weißrussischen Staatswesens. In: *Annus Albaruthenicus* 6/2005, http://kamunikat.fontel.net/www/czasopisy/annus/2005/01.htm [Stand: 2.9.2013]
RAMZA, T. 2013: Hutarkovae belaruskae maŭlenne ŭ supastaŭlenni z formami štodzënnaha kamunikavannja ŭ zachodne- i ŭschodneslavjanskich litaraturnych movach. In: *Movaznaŭstva, litaraturaznaŭstva, fal'klarystyka*. XV Mižnarodny z'ezd slavistaŭ (Minsk, Belarus', 20-27 žniŭnja 2013 h.). Daklady belaruskaj dėlehacyi. Minsk, 147-162
RESPUBLIKANSKAJA PARTIJA = http://rpts.by [Stand: 6.3.2009]
RĖZALJUCYJA 2013 = Rėzaljucyja VI Z'ezda belarusaŭ svetu "Belaruskaja mova – harantyja zachavannja belaruskaj nacyi". PURL: http://www.tbm-mova.by/news_553.html [Stand: 12.8.2013]
RIBEAUD, J. 2013: *Vier Sprachen, ein Zerfall: wie die Schweiz ihren wichtigsten Vorteil verspielt.* München
ROBERGE, P. 1990: The ideological profile of Afrikaans historical linguistics. In: Joseph, J. & Taylor, T. (eds.) 1990, 131-149
RUSSKIJ MIR 2008 = "Russkij mir": sovmestnyj proekt Belorusskogo obščestvennogo ob'edinenija "Rus'" i internet-proekta "Imperija". PURL: http://imperiya.by/news.html?id=18451 [Stand: 20.11.2010]
RZETELSKA-FELESZKO, E. 1997: Zagrożone języki słowiańskie: łużycki i białoruski. In: *Lětopis* 44, 194-197
SAGANOVIČ, G. 2001: Drevnie belorusskie knjažestva. In: Orlov, V. & Saganovič, G. 2001, 10-14

SAGANOVIČ, G. 2001a: Velikoe Knjažestvo Litovskoe. In: Orlov, V. & Saganovič, G. 2001, 47-53
SAGANOVIČ, G. 2001b: Belarus' v Reči Pospolitoj. In: Orlov, V. & Saganovič, G. 2001, 107-111
SAHANOWITSCH, H. 2001: Der Eintritt des Großfürstentums Litauen in die polnische Adelsrepublik: Weißrußland im 16. und 17. Jahrhundert. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 93-105
SAHANOWITSCH, H. 2001a: Weißrußland und die Agonie der Adelsrepublik (1648-1795). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 106-118
SAHM, A. 1994: Politische Konstruktionsversuche weißrussischer Identität. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 42, 541-561
SAHM, A. 1994a: *Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991)*. Münster, Hamburg
SAHM, A. 2001: Von der BSSR zur Republik Weißrußland – Belarus (1988-2001). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 178-196
SAHM, A. 2008: Stabilität und Wandel. Die schwierige politische Selbstfindung von Belarus. In: *Dialog* 82, 54-57
SAKALOVA, M. et al. 2005: Nacyjatvorčyja pracėsy ŭ Belarusi. In: Janoŭskaja, V. & Rudovič, S. (rėd.), 42-48
SALZBORN, S. 2005: *Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa*. Frankfurt/M., New York
SCHABAS, W. 2003: *Genozid im Völkerrecht*. Hamburg
SCHARLAJ, M. 2008: *Das Weißrussische zwischen Sprachkontakt und Sprachverdrängung*. München
SCHARLAJ, M. 2012: *Null und Atlantis. Metaphorische Konzeptualisierung des Weißrussischen*. (= *Specimina Philologiae Slavicae* 162) München, Berlin
SCHIEFFELIN, B. et al. (eds.) 1998: *Language ideologies. Practice and theory.* New York, Oxford
SCHIFFMAN, H. o. J.: Problems with language and 'ideology'. PURL: http://ccat.sas.upenn.edu/haroldfs/540/handouts/ideology/ideology.html [Stand: 20.10.2007]
SCHRÖDER, B. 2004: *Sprachen, Einstellungen und nationale Selbstidentifikation. Zum Problem der Identitätsfindung in der Republik Belarus'.* Dissertation, Universität Bochum. PURL: http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/ SchroederBrittaL/diss.pdf [Stand: 29.10.2011]

SCHYBEKA, S. 2001: Die Nordwestprovinzen im Russischen Reich (1795-1917). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 119-134

SEMUCHA, V. 2001 = http://dzvinkaxxv.narod.ru/syom.htm [Stand: 15.2.2010]

SEMUSCHIN, D. 2001: Wappen und Staatssymbolik der Weißrussen vom Mittelalter bis in die Gegenwart. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 49-66

SILICKI, V. 2010: Kuchonnaja apazicyja havoryc' pa-rusku. In: *Arche* 6, 416-434

SILICKI, V. 2011: Rusifikacyja + kalanijalizm = hramadzjanskaja nacyja? Sacyjalohija moŭna-kul'turnaha pytannja ŭ Belarusi. In: *Arche* 1-2, 11-35

SJAMEŠKA, L. 1998: Sacyjalingvistyčnyja aspekty funkcyjanavannja belaruskaj litaraturnaj movy ŭ druhoj palove XX st. In: Lukašanec, A. et al. (rėd.) 1998, 25-54

SLOBODA, M. 2009: A Language management approach to language maintenance and shift. A study from post-Soviet Belarus. In: Nekvapil, J. & Sherman, T. (eds.), *Language management in contact situations. Perspectives from three continents*. Frankfurt/ M. etc., 15-47

SMITH, A. 1996: Culture, community and territory. The politics of ethnicity and nationalism. In: *International Affairs* 72/3, 445-458

SMITH, G. et al. (eds.) 1998: *Nation-building in the post-Soviet borderlands. The politics of national identities*. Cambridge

SMOLICZ, J. & SECOMBE, M. 1988: Community languages, core values and cultural maintenance. The Australian experience with special reference to Greek, Latvian and Polish groups. In: Clyne, M. (ed.), *Australia, meeting place of languages*. Canberra 11-38

SMOLICZ, J. & RADZIK, R. 2004: Belarusian as an endangered language. Can the mother tongue of an independent state be made to die? In: *International Journal of Educational Development* 24, 511-528

SMUŁKOWA, E. 2000: *Białoruś i pogranicza. Studia o języku i społeczeństwie*. Warszawa

SMUŁKOWA, E. 2000a: Dwujęzyczność po białorusku: bilingwizm, dyglosja, czy coś innego? In: Smułkowa, E. 2000, 414-424

SNYDER, T. 2003: *The reconstruction of nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999.* New Haven, London

SNYDER, T. 2010: *Bloodlands.* München

SOLOVJANČIK, T. 1999: Dvujazyčije v sfere nauki. In: Bulyko, A. & Krysin, L. (red.) 1999, 148-155

SOLŽENICYN, A. 1990: *Kak nam obustroit' Rossiju. Posil'nye soobraženija*. Leningrad

SPIS ASOB 2007 = Spis asob, abranych u sklad IX Rėspublikanskaj Rady TBM. PURL: http://tbm.org.by/index.php?option=com_content&task=view&id=11&Itemid=36 [Stand: 25.5.2008]

SPOLSKY, B. 2012: What is language policy? In: Spolsky, B. (ed.), *The Cambridge handbook of language policy*. Cambridge etc., 3-15

SREDSTVA MASSOVOJ INFORMACII = http://www.eurasianhome.org/xml/t/databases.xml?lang=ru&nic=databases&country=24&pid=67 [Stand: 31.7.2011]

STANKEVIČ, S. O.J.: Rusifikacyja belaruskae movy ŭ BSSR i supraciŭ rusifikacyjnamu pracėsu. PURL: http://knihi.com/mova/rusifikacyja.html [Stand: 11.2.2007]

STATUT 2007 = Statut Hramadskaha ab'jadnannja „Tavarystva belaruskaj movy imja Franciška Skaryny". PURL: http://tbm.org.by/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=36 [Stand: 25.5.2008]

STEGHERR, M. & LIESEM, K. 2010: *Die Medien in Osteuropa: Mediensysteme im Transformationsprozess*. Wiesbaden

STERN, D. 2013: Die Trasjanka und die Regiolektalisierung des Russischen in Weißrußland. In: *Zeitschrift für Slawistik* 58**,** 169-192

STEWART, W. 1968: A Sociolinguistic typology for describing national multilingualism. In: Fishman, J. (ed.), *Readings in the sociology of language*, The Hague, 531-545

STILISTIKA 2007 = http://www.journ.bsu.by/index.php?option=com_content&task=view&id=34&Itemid=102 [Stand: 14.8.2008]

STRATĖHIJA = Stratėhija razviccja belaruskaj movy ŭ XXI stahodzzi, http://tbm.org.by/strategy [Stand: 19.4.2012]

STUDZINSKAJA, I. 2011: NISĖPD: Za Lukašėnku – 51,1%. PURL: http://www.svaboda.org/content/article/2281419.html [Stand: 20.1.2011]

SUDNIK, M. & KRYŬKO, M. (rėd.) 2005: *Tlumačal'ny sloŭnik belaruskaj litaraturnaj movy*. Minsk

SURJAEV, V. 2004: Respublika Belarus' v kontekste evrazijskoj teorii i praktiki. PURL: http://www.evrazia.org/modules.php?name=News&file=article&sid=2130 [Stand: 18.7.2009]

SVABODA 2010 = 17 zatrymanym pas'lja vybaraŭ pahražae da 15 hadoŭ turmy. PURL: http://www.svaboda.org/articleprintview/2255417.html [Stand: 24.2.2011]

ŠEREMET, P. & KALINKINA, S. 2004: *Slučajnyj prezident*. Sankt-Peterburg, Moskva

ŠLOSAR, D. 2002: Tschechisch. In: Okuka, M. (Hrsg.) 2002, 513-534

ŠUPA, S. 2013: Aleksievič. Ad belaruskaj kul'tury ja ne admaŭljalasja. PURL: http://www.svaboda.org/content/article/25025128.html [Stand: 24.11.2013]

TALEV, I. 1973: *Some problems of the second South Slavic influence in Russia.* München

TAMKOVIČ, A. 2009: Njazhasnaja zorka Anatolja Majseni. PURL: http://baj.by/m-p-viewpub-tid-1-pid-6263.html [Stand: 5.4.2009)

TAVARYSTVA BELARUSKAJ ŠKOLY 2005 = http://nastaunik.info/initiative/tbs [Stand: 5.11.2009]

TBM NAPRAVIT PROEKT = TBM napravit proekt zakona o jazykach v Centr zakonotvorčeskoj dejatel'nosti pri prezidente. PURL: http://news.tut.by/society/137630_print.html [Stand: 15.2.2011]

TEMPER, E. 2012: *Belarus verbildlichen*. *Staatssymbolik und Nationsbildung seit 1990*. Wien etc. (= *Visuelle Geschichtskultur* 7)

TEREŠKOVIČ, P. 2004: *Ėtničeskaja istorija Belarusi XIX - načala XX veka*. *V kontekste Central'no-Vostočnoj Evropy.* Minsk

TONKS, I. 2010: Spezialdiskurs. In: Jäger, S. & Zimmermann, J. (Hrsg.), *Lexikon Kritische Diskursanalyse*. *Eine Werkzeugkiste*. Münster (= *Edition DISS* 26), 112

TORKE, H. 1997: *Einführung in die Geschichte Rußlands.* München

TÖRNQUIST-PLEWA, B. (ed.) 2006: *History, language and society in the borderlands of Europe. Ukraine and Belarus in focus*. Lund

TOŠOVIĆ, B. 2002: Russisch. In: Okuka, M. (Hrsg.) 2002, 409-436

TRUNTE, N. 2003: *Ein praktisches Lehrbuch des Kirchenslavischen in 30 Lektionen*. Band I. *Altkirchenslavisch*. 5., völlig neu bearbeitete Auflage. München

TRUSAŬ, A. 2000: Rolja belaruskaj movy ŭ dėmakratyzacyi našaha hramadstva. In: *Naša Slova* 28 (19.7.2000)

TRUSAŬ, A. 2001: Rolja ruskaj movy ŭ dėmakratyzacyi ŭ Belarusi. In: *Naša Slova* 2 (10.1.2001)

TRUSOV, O. 2003 = http://www.belarustoday.info/?pid=802 [Stand: 6.2.2008]

TSCHAKWIN, I. 2001: Kulturgeographie und ethnischer Wandel der Weißrussen in Mittelalter und früher Neuzeit. In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 334-343

TUMAR, B. 2009: Pavarot Lukašėnki, abo Mova Koli. PURL: http://www.nn.by/index.php?c=ar&i=30597 [Stand: 6.2.2011]

UCPB 2008 = Zapreščeno daže to, čto razrešeno. 5 stoličnych členov OGP snjali kandidatury s „vyborov". PURL: http://www.ucpb.org/ component/content/article/49052 [Stand: 25.2.2011]

USPENSKIJ, B. 1987: *Istorija russkogo literaturnogo jazyka (XI-XVII vv.)*. München

USPENSKIJ, B. 1994: *Kratkij očerk istorii russkogo literaturnogo jazyka (XI-XIX vv.)*. Moskva

USSHER, A. 1949: *The Face and Mind of Ireland*. London

VACHTIN, N. & GOLOVKO, E. 2004: *Sociolingvistika i sociologija jazyka. Učebnoe posobie*. Sankt-Peterburg

VAKAR, N. 1956: *Belorussia. The making of a nation*. Cambridge (Massachusetts)

VALOŠYN, J. 2010: Bitva za rodnae slova. PURL: http://www.zvyazda.minsk.by/ru/archive/article.php?id=71471&idate=2010-12-28 [Stand: 30.12.2010]

VALOŠYN, J. 2010a: Bitva za rodnae slova – častka 2. PURL: http://www.zvyazda.minsk.by/ru/archive/article.php?id=71564&idate=2010-12-29 [Stand: 30.12.2010]

VEŠTORT, G. 1999: Dvujazyčie v sfere massovoj kommunikacii. In: Bulyko, A. & Krysin, L. (red.) 1999, 119-139

VJAČORKA, F. 2012: Kul'turnaja kapituljacyja. PURL: http://www.svaboda.org/content/article/24628206.html [Stand: 22.12.2012]

VON STEINSDORFF, S. 2010: Das politische System Weißrusslands (Belarus). In: ISMAYR, W. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 479-526

WEINREICH, U. 1953: *Languages in contact. Findings and problems*. New York

WERLEN, I. 2002: *Sprachliche Relativität. Eine problemorientierte Einführung*. Tübingen, Basel

WEXLER, P. 1967: *Purism and language. A study in modern Ukrainian and Belorussian nationalism (1840-1967)*. Bloomington

WEXLER, P. 1985: Belorussification, russification and polonization trends in the Belorussian language 1890-1982. In: Kreindler, I. (ed.), *Sociolinguistic perspectives on soviet national languages*. *Their past, present and future*. Berlin etc., 37-56

WEXLER, P. 1992: Diglossia et schizoglossia perpetua – the fate of the Belorussian language. In: Mattheier, K. J. & Panzer, B. (Hrsg.), *Nationalsprachenentstehung in Osteuropa* (= *Sociolinguistica* 6). Tübingen, 42-51

WILSON, A. 2011: *Belarus. The last dictatorship in Europe*. New Haven etc.

WOOLARD, K. 1998: Introduction. Language ideology as a field of inquiry. In: Schieffelin, B. et al. (eds.) 1998, 3-47

WOOLHISER, C. 2004: Language ideology and language conflict in post-Soviet Belarus. In: O'Reilly, C. (ed.), *Language, ethnicity and the state*. Volume 2. *Minority languages in Eastern Europe post-1989.* Basingstoke, 91-122

WOOLHISER, C. 2012: "Belarusian Russian". Sociolinguistic status and discursive representations. In: Muhr, R. et al. (eds.), *Non-dominant varieties of pluricentric languages*. Wien etc., 227-262

WOOLHISER, C. im Druck: The Russian language in Belarus: language use, speaker identities and metalinguistic discourse. Erscheint in: Ryazanova, L. (ed.): *The Russian language outside the nation: speakers and identities*. Edinburgh

WORTH, D. 1983: The "Second South Slavic influence" in the history of the Russian literary language. (Materials for a discussion.) In: Flier, M. (ed.), *American contributions to the ninth international congress of slavists, Kiev, September 1983.* Vol. I. Columbus, Ohio, 349-372

WRIGHT, S. 2004: *Language policy and language planning*. *From nationalism to globalisation.* Basingstoke

ZAPRUDSKI, S. 2007: In the grip of replacive bilingualism. The Belarusian language in contact with Russian. In: *International Journal of the Sociology of Language* 183, 97-118

ZAPRUDSKI, S. o.J.: Language policy in the Republic of Belarus in the 1990s. PURL: http://www.eedc.org.pl/eng/www/biblioteka/3sektor/07_zaprudski.htm [Stand: 1.12.2006]

ZAPRUDSKI, S. im Druck: Zur öffentlichen Diskussion der weißrussischen Sprachkultur, zum Aufkommen des Terminus „Trasjanka" und zur modernen Trasjankaforschung. Erscheint in: Hentschel, G. et al.

(eds.): *Studies on Belarusian Trasjanka and Ukrainian Suržyk as results of Belarusian- and Ukrainian-Russian language contact.*

ZAPRUDSKI, S. (rėd.) 2007a: *Belarus' i belarusy ŭ prastory i čase*. *Zbornik do 75-hoddzja prafesara Adama Mal'dzisa*. Minsk

ZERASCHKOWITSCH, P. 2001: Ethnischer Wandel und Nationalitätenpolitik in den weißrussischen Provinzen (1795-1914). In: Beyrau, D. & Lindner, R. (Hrsg.) 2001, 359-376

ZERKALO IMPERII 2010 = Zaregistrirovan domen – zerkalo Imperii v rossijskoj domennoj zone. PURL: http://imperiya.by/news.html?id =44332 [Stand: 20.11.2010]

ZMAHANNE ZA MOVU[1] = Zmahanne za movu ŭ Vjarchoŭnym Savece Rėspubliki Belarus' 12 sklikannja. In: *Naša Slova* 3 (388), (20.1.1999)

ZMAHANNE ZA MOVU[2] = Zmahanne za movu ŭ Vjarchoŭnym Savece Rėspubliki Belarus' 12 sklikannja. In: *Naša Slova* 9 (394), (3.3.1999)

ZMAHANNE ZA MOVU[3] = Zmahanne za movu ŭ Vjarchoŭnym Savece Rėspubliki Belarus' 12 sklikannja. In: *Naša Slova* 12 (397), (24.3.1999)

ŽURAŬSKI, A. 1998: Dėstruktyŭnyja ŭchily ŭ sučasnaj belaruskaj move. In: *Belaruskaja mova ŭ druhoj palove XX st. Matėryjaly mižnarodnaj kanferėncyi*. Minsk, 12-16

ŽURAŬSKI, A. & PRYHODZIČ, M. 1994: Historyja belaruskaj litaraturnaj movy. In: Michnevič, A. (rėd.) 1994, 147-156

Anhang

Personennamen

Weißrussisch	Russisch	Polnisch	Litauisch	Deutsch
Aleh (Fürst)	Oleg			
Aleksievič, Svjatlana	Aleksievič, Svetlana			Alexijewitsch, Swetlana
Babroŭski, Michal	Bobrovskij, Michail			
Bahdankevič, Stanislaŭ	Bogdankevič, Stanislav			
Bahdanovič, Maksim	Bogdanovič, Maksim			
Bahušėvič, Francišak	Boguševič, Francisk			
Barančyk, Jury	Barančik, Jurij			
Barščėŭski, Ljavon	Borščevskij, Leonid			
Bukčyn, Sjamën	Bukčin, Semen			
Bulhakaŭ, Valer	Bulgakov, Valerij			
Buraŭkin, Henadz’	Buravkin, Gennadij			
Bykaŭ, Vasil’	Bykov, Vasil’			
Čaly, Sjarhej	Čalyj, Sergej			
Čorny, Kuz’ma	Čornyj, Kuz’ma			
Drakachrust, Jury	Drakochrust, Jurij			
Dunin-Marcinkevič, Vincėnt	Dunin-Marcinkevič, Vikentij			
Dyn’ko, Andrėj	Dyn’ko, Andrej			
	El’cin, Boris			Jelzin, Boris
Eŭfrasinnja Polackaja				Euphrosyne von Polazk

Fjaduta, Aljaksandr	Feduta, Aleksandr			
	Gorbačev, Michail			Gorbatschow, Michail
Hilevič, Nil	Gilevič, Nil			
Holubeŭ, Valjancin	Golubev, Valentin			
Jahajla (Großfürst)		Jagiełło	Jogaila	
Kalinkina, Svjatlana	Kalinkina, Svetlana			
Kebič, Vjačaslaŭ	Kebič, Vjačeslav			
Kiryla Turaŭski				Kyrill von Turaŭ
Lastoŭski, Aljaksej	Lastovskij, Aleksej			
Lastoŭski, Vaclaŭ	Lastovskij, Vaclav			
Liskavec, Iryna	Liskovec, Irina			
Lukašėnka, Aljaksandr	Lukašenko, Aleksandr			Lukaschenko, Alexander
Mackevič, Uladzimir	Mackevič, Vladimir			
Maksimjuk, Jan		Maksymiuk, Jan		
Mal'dzis, Adam	Mal'dis, Adam			
Mališėŭski, Viktar	Mališevskij, Viktor			
Marcaŭ, Pëtr	Marcev, Petr			
Marcinovič, Viktar	Martinovič, Viktor			
Michajlaŭ, Anatol'	Michajlov, Anatolij			
Michalok, Sjarhej	Michalok, Sergej			
Milinkevič, Aljaksandr	Milinkevič, Aleksandr			
Mindoŭh (Großfürst)		Mendog/ Mindowe	Mindaugas	

Mjačkoŭskaja, Nina	Mečkovskaja, Nina			
Nasovič, Ivan	Nosovič, Ivan			
Njakljaeŭ, Uladzimir	Nekljaev, Vladimir			
Pan'koŭski, Sjarhej	Pan'kovskij, Sergej			
Paznjak, Janka	Poznjak, Janka	Pazniak, Janka		
Paznjak, Zjanon	Poznjak, Zenon			
Sakaloŭ, Jafrėm	Sokolov, Efrem			
Sannikaŭ, Andrėj	Sannikov, Andrej			
Sëmucha, Vasil'	Semucha, Vasilij			
Sasnoŭ, Aljaksandr	Sosnov, Aleksandr			
Skaryna, Francysk	Skorina, Francisk			
Stankevič, Jan		Stankiewicz, Jan		
Šaramet, Pavel	Šeremet, Pavel			
Šuškevič, Stanislaŭ	Šuškevič, Stanislav			
Taraškevič, Branislaŭ	Taraškevič, Bronislav	Taraszkiewicz, Bronisław		
Trusaŭ, Aleh	Trusov, Oleg			
Tryhubovič, Valjancina	Trigubovič, Valentina			
Uladzimer (Großfürst)	Vladimir			
Vjačorka, Franak	Večërko, František			
Vjačorka, Vincuk	Večërko, Valentin			
Zaiko, Leanid	Zaiko, Leonid			

Namen von Organisationen und Institutionen

Weißrussisch	Russisch	Polnisch	Englisch
Ab”jadnanaja hramadzjanskaja partyja	Ob”edinënnaja graždanskaja partija		
Belaruskaja sacyjaldėmakratyčnaja Hramada	Belorusskaja socialdemokratičeskaja Gromada		
Belaruski dzjaržaŭny tėatral’na-mastacki instytut	Belorusskij gosudarstvennyj teatral’no-chudožestvennyj institut		
Eŭrapejskaja Belarus’	Evropejskaja Belarus’		
Nezaležny instytut sacyjal’na-ėkanamičnych i palityčnych dasledvannjaŭ	Nezavisimyj institut social’no-ėkonomičeskich i političeskich issledovanij		Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies
Rėspublikanskaja partyja pracy i spravjadlivasci	Respublikanskaja partija truda i spravedlivosti		
Sajuz moladzi Belarusi	Sojuz molodëži Belarusi		
Tavarystva belaruskaj movy	Obščestvo belorusskogo jazyka		

Ortsnamen

Weißruss.	Russisch	Polnisch	Litauisch/ Lettisch	Ukrainisch	Deutsch
Aljaksandryja	Aleksandrija				
Belastok		Białystok			
Belaveža		Białowieża			
Brėst	Brest	Brześć nad Bugiem			Brest (früher auch Brest-Litowsk)
Čarnobyl’	Černobyl’			Čornobyl’	Tschernobyl
Homel’	Gomel’				
Hrodna	Grodno	Grodno			
	Kiev			Kyjiv	Kiew
Krėva		Krewo	Krėva (lit.)		
Kurapaty	Kuropaty				
	Liepaja	Lipawa	Liepāja (lett.)		Libau
Mahilëŭ	Mogilëv				
Mscislaŭ	Mstislavl’				
Navahrudak/ Navahradak	Novogrudok	Nowo-gródek	Naugardukas (lit.)		
Navapolack	Novopolock				
Polack	Polock				
Rėčyca	Rečica				
Smalensk	Smolensk				
Subotniki	Subbotniki	Sobotniki			
Škloŭ	Šklov				

Turaŭ	Turov				
Vicebsk	Vitebsk				
Vil’nja	Vil’njus/Vil’na	Wilno	Vilnius (lit.)		Wilna

Studia Slavica Oldenburgensia
herausgegeben von Rainer Grübel, Gerd Hentschel und Gun-Britt Kohler
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Fakultät III, Institut für Fremdsprachenphilologien

Es liegen folgende Bände vor:

Bd. 1 Funktionswörter im Polnischen / Maciej Grochowski; Gerd Hentschel. –1998. – XV, 259 S.
ISBN 3-8142-0629-0 / EUR 11.30

Bd. 2 Lexikologie und Sprachveränderung in der Slavia / M. Giger ; T. Menzel ... – 1998. – VIII, 228 S.
ISBN 3-8142-0639-8 / EUR 11.30

Bd. 3 Diversität und Kontinuität: die Entwicklung des russischen historischen Versepos im 18. Jahrhundert / Eddy Weeda. – 1999. – VIII, 312 S. – Literaturverz. S. 293–312
ISBN 3-8142-0656-8 / EUR 11.30

Bd. 4 Variierende Markierung von Nominalgruppen in Sprachen unterschiedlichen Typs / Winfried Boeder; Gerd Hentschel (Hrsg.). – 2001. – VI, 411 S.
ISBN 3-8142-0739-4 / EUR 15.40

Bd. 5 Flexionsmorphologischer Wandel im Polnischen: eine natürlichkeitstheoretische Untersuchung auf allgemeinslavistischem Hintergrund / Thomas Menzel. – 2000. – III, 369 S.
ISBN 3-8142-0731-9 / EUR 11.30

Bd. 6 Untersuchungen zur Morphologie und Syntax im Slavischen: Beiträge zur dritten Tagung der Europäischen Slavistischen Linguistik (POLYSLAV) Torun/Thorn 1999 / H. Bartels ... – 2001. – VI, 221 S.
ISBN 3-8142-0740-8 / EUR 12.80

Bd. 7 Ödipus im Glück: zur Poetik von Aleksej Skaldins Roman „Stranstvija i prikljucenija Nikodima starsego“ („Reisen und Abenteuer Nikodims des Älteren“) / Arne Ackermann. – 2001. – VII, 284 S.
ISBN 3-8142-0761-0 / EUR 10.30

Bd. 8 On prepositions / Ljiljana Saric ... (eds.). – 2001. – VIII, 327 S.
ISBN 3-8142-0777-7 / EUR 12.30

Bd. 9 Studies on the syntax and semantics of Slavonic languages: papers in honour of Andrzej Boguslawski on the occasion of his 70th birthday / ed. by Viktor S. Chrakovskij ... Gerd Hentschel. – 2001. – XIII, 459 S.
ISBN 3-8142-0796-3 / EUR 15.30

Bd. 10 Wörterbuch der deutschen Lehnwörter im Teschener Dialekt des Polnischen / Thomas Menzel; Gerd Hentschel. – 2003. – XXXV, 408 S.
ISBN 3-8142-0857-9 / EUR 15.40

Bd. 11 Präpositionen im Polnischen: Beiträge zu einer gleichnamigen Tagung Oldenburg, 8. bis 11. Februar 2000 / Gerd Hentschel; Thomas Menzel. –2003. – XI, 417 S.
ISBN 3-8142-0858-7 / EUR 15.40

Bd. 12 Dativ oder Präposition: Zur Markierungsvariation im Kontext adjektivischer Prädikate im Deutschen, Russischen und Polnischen / Hauke Bartels. – 2005. – X, 287 S.
ISBN 3-8142-0972-9 / EUR 12.80

Bd. 13 Gabe und Opfer in der russischen Literatur und Kultur der Moderne / Rainer Grübel; Gun-Britt Kohler. – 2006. – XII, 563 S. – Beitr. teilw. in Kyrill.
ISBN 978-3-8142-2048-2 / EUR 20.80

Bd. 14 Der poetische Sprachentwurf bei Iosif Brodskij: eine Untersuchung der expliziten und impliziten Poetik / Wiebke Wittschen. – 2007. – 203 S.
ISBN 978-3-8142-2056-7 / EUR 10.00

Bd. 15 Michail Geršenzon: seine Korrespondenzen und sein Spätwerk als Fokus russischer Hochmoderne und russischer Revolution / Rainer Grübel (Hrsg.). – 2007. – 285 S.
ISBN 978-3-8142-2091-8 / EUR 12.80

Bd. 16 Secondary predicates in Eastern European languages and beyond / Christoph Schroeder, Gerd Hentschel, Winfried Boeder (eds.). 2008. – 449 S.
ISBN 978-3-8142-2133-5 / EUR 16.80

Bd. 17 Belarusian Trasjanka and Ukrainian Suržyk: structural and social aspects of their description and categorization / Gerd Hentschel; Siarhiej Zaprudski (eds.). – 2008 – IX, 133 S.
ISBN 978-3-8142-2131-1 / EUR 9.80

Bd. 18 Dostojewskis Legende vom Großinquisitor / Rosanow, W.; Grübel, R. (Hrsg.). – 2009. – 446 S.
ISBN 978-3-8142-2143-4 / EUR 19.80

Bd. 19 Bilinguale Lexiko-Aspektographie / Hans-Jörg Schwenk – 2010 – 443 S.
ISBN 978-3-8142-2198-4 / EUR 19.80

Bd. 20 Kleinheit als Spezifik / Kohler, G.-B.; Navumenka, P.I.; Grüttemeier, R. (Hrsg.) – 2012 – 266 S.
ISBN 978-3-8142-2270-7 / EUR 16.80

Bd. 21 Variation und Stabilität in Kontaktvarietäten / Gerd Hentschel (Hrsg.) – 2013 – 121 S.
ISBN 978-3-8142-2286-8 / EUR 9.80

Bd. 22 Studien zur „Trasjanka“ / Henadz´ Cychun – 2013 –
XIV, 53 S.
ISBN 978-3-8142-2287-5 / EUR 9.80

Außerhalb der Reihe:

Textlehrbuch zum Altpolnischen / Gehrmann, Maria / Hentschel, Gerd / Menzel, Thomas – 1999 – 169 S.
ISBN 3-8142-0675-4 / EUR 10.30

Wörterbuch der deutschen Lehnwörter in der polnischen Schrift- und Standardsprache
de Vincenz, André / Hentschel, Gerd – 2010 – Online-Ressource (ca. 1000 S.) — http://diglib.bis.uni-oldenburg.de/bis-verlag/wdlp/
ISBN: 978-3-8142-2208-0 / kostenlos nutzbar

Weißrussische Sprache in 20 Lektionen: Intensivkurs
Ramza, Taccjana / Tesch, Sviatlana – 2011 – 198 S.
ISBN: 978-3-8142-2222-6 / EUR 16.80